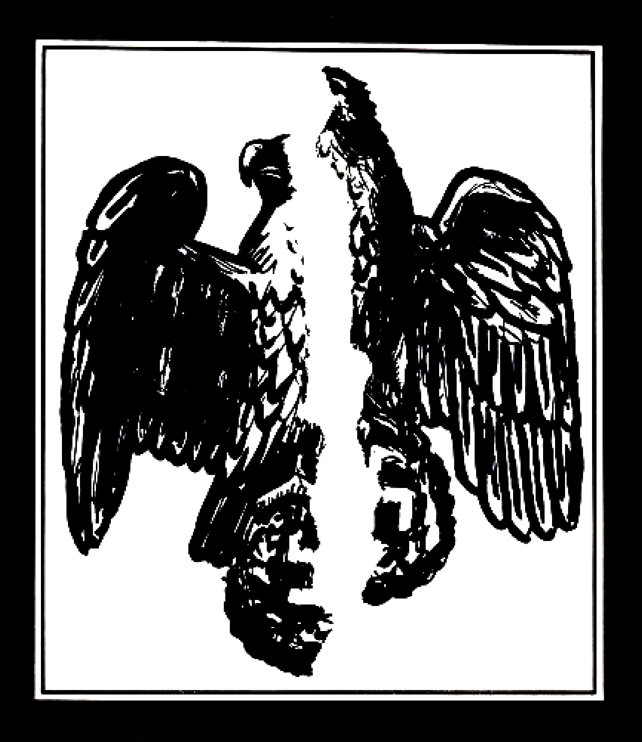
Otto Ernst Remer

Kriegshetze gegen Deutschland



Lüge und Wahrheit über die Ursache beider Weltkriege

**Dank gebührt meinen Freunden
Karl Balzer, G. A. Bosse und Gerd Festerling,
die mir bei der Herausgabe dieses Buches zur Seite standen.**

**Mein besonderer Dank gilt meiner Frau Anneliese,
deren beharrlicher Beistand
das Zustandekommen dieses Buches maßgeblich förderte.**

**‚Ein Volk, das seine eigene Geschichte nicht kennt,
versteht sich selbst und seine Gegenwart nicht.
Erst durch die Geschichte wird ein Volk
sich seiner selbst vollständig bewußt."**

ADALBERT STIFTER

Dieses Buch ist der deutschen Jugend gewidmet

1. Auflage 1989 bei Eigenverlag

REMER HEIPKE

8730 Bad Kissingen • Postfach 1310
Alle Rechte vorbehalten
Umschlaggestaltung: Jürgen Mosler
Printed in Germany

OTTO ERNST REMER

KRIEGSHETZE

GEGEN

DEUTSCHLAND

Lüge und Wahrheit
über die Ursachen beider Weltkriege

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 7

I. Kapitel
Kriegsschuld und Geschichtslügen

Die Ursachen, die zum Ersten Weltkrieg führten 13
Die englische Rolle 17
Das angelsächsische Amerika 19
Der zu Unrecht verleumdete deutsche Generalstab 20
Weitere politische und militärische Entwicklungen 21
Französisch-russischer Optimismus 23
Das angeblich stets kriegslüsterne Deutschland 24
Kriegeverzeichnis 24
Die entscheidenden Ursachen des Ersten Weltkriegs 25
Auslaufen des Rückversicherungsvertrages mit Rußland und die Folgen 26
Die Marokko-Krise 28
Bündnis England-Rußland 33
Die englische Politik 39
Frankreich-Rußland 44
Die Balkankriege und ihre Bedeutung für den Weltkrieg 50
Die deutsche Flottenfrage 57
Verletzung der belgischen Neutralität? 66
Verhängnisvolle Versäumnisse der kaiserlichen Regierung 73
Propaganda zur Vorbereitung der Kriegsschuldlüge 76
Der Köder - Die 14 Punkte Woodrow Wilsons 80
Die Depesche Landings vom 5. 11. 1918 81
Die Schuldlüge, Vorbedingung weiterer Verträge 91

II. Kapitel
Der Versailler Vertrag

Die Waffenstillstandsverhandlungen 99
Die wesentlichen Bestimmungen des Vertrages 100
Die äußeren Umstände von Versailles 111
Stimmen zum Versailler Vertrag 115
Die innerpolitische deutsche Situation vor und nach Versailles 119

III. Kapitel
Die deutsche Revolution

Das III. Reich 128
Die Deutsche Revolution im Vergleich zu der englischen und französischen . . 131
Die Hauptursache des Zweiten Weltkriegs war Hitlers Wirtschafts- und
Finanzpolitik 139
Hatte Hitler Kriegsgründe? . . . 146
Der europäische Rüstungsstand 1939 150

IV. Kapitel
Sprengung der Fesseln von Versailles und St Germain

Der Anschluß Österreichs . . . . . '171
Die Tschechoslowakei und die Sudetendeutschen 186
Die Münchener Konferenz - Höhepunkt des Erfolges Adolf Hitlers - Die große Hoffnung für Europa 210
Gründung des Protektorats Böhmen-Mähren 217

V. Kapitel
Der Führer antwortet Roosevelt

Reichstagsrede Hitlers vom 28. April 1939 245
1. Österreich 252
2. Böhmen und Mähren 253
Die Münchener Entscheidung 259
Problem des Memeltums 266
Das deutsch-polnische Verhältnis 268
Punkt für Punkt: Antwort an Roosevelt 274

VI. Kapitel
Die deutsch-polnische Frage

Hitlers Friedens- und Freundschaftsvereinbarung mit Polen am 26.1.1934 trotz polnischen Unrechts und Chauvinismus 293
Hitlers Politik gegenüber Polen 307
Der von Hitler angestrebte friedliche Lösungsversuch der polnischen Frage . . 309
Die englische und französische Garantie für Polen 324
Die Mobilisierung der polnischen Armee und Zurückweisung Hitlers maßvolle Friedensvorschläge 331
Die verhängnisvolle Rolle Roosevelts in Amerika 336
Die Behandlung der deutschen Minderheiten in Polen . 345
Der Explosionsherd Danzig 350
Presselügen und Verleumdungskampagnen 360

VII. Kapitel
Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt

Die Ausgangslage 369
Das Liebeswerben der Westmächte um Stalin und Hitlers Reaktion 374
Hitler schaltete sich ein 382
Stalin und das ZK der Kommunistischen Internationale 394
Der deutsche Operationsplan gegen Polen 401
Das Militärabkommen Polen-Frankreich 403
Ein weiterer Störversuch Englands, Italien aus der Achse herauszubrechen . . . 404

VIII. Kapitel
Hitlers intensive Friedensbemühungen während der letzten Friedenstage
- Der Kriegsausbruch -

Hitlers globales Freundschaftsangebot an England 408
Die Hintertreibung dieses Angebots Hitlers durch Halifax Brüskierung durch Ratifizierung des Garantievertrages 410
Mussolinis Verhalten 412

Die Fehleinschätzung der Lage durch die Polen . . . 414
Der deutsche Widerstand - Eine Ermunterung Englands für den Krieg 415
Hendersons Mission und Antwort der britischen Regierung . . . 417
Antwortnote Hitlers am 29. August 1939 . . . 424
Historisches Material'hinsichtlich der Kriegsschuld am Zweiten Weltkrieg . . . 431
Die verhängnisvolle Rolle des deutschen Widerstandes -
Mitursache zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges . . . 434
Roosevelts Friedensschwindel . . . 438
Die Friedensbemühungen von Dahlerus im Auftrage Görings . . . 440
Die Mitternachtsunterredung zwischen Ribbentrop und Henderson
am 30. 8. 1939 . . . 441
Kriegserklärung des Weltjudentums - Mussolinis Friedensappell . . . 446
Die letzten Stunden vor Ausbruch der Kampfhandlungen . . . 448
Hitlers Friedensvorschläge nach dem Polenfeldzug an die Welt 459
Hitlers unterschiedliche Denk- und Handlungsweise gegenüber den
Weltdemokraten . . . 463
Die Rechtslage des Deutschen Reiches . . . 468

IX. Kapitel
Hindergründe des Rußlandfeldzuges

Stalins Rechnung ging nicht auf . . . 472

X. Kapitel
Schlußgedanken.

Trägt Deutschland die Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg? . . . 487
Churchills Lebenslauf . . . 489
Meine letzte Meldung und Vortrag bei Adolf Hitler . . . 494
Schlußwort . . . 500
Nachwort . . . 504

Vorwort

Wer es unternimmt, die Frage nach der Schuld am Ausbruch der beiden Weltkriege erschöpfend zu beantworten, darf mit seinen Forschungen und Untersuchungen nicht mit dem Versailler Friedensvertrag oder mit der Entente cordiale, dem Bündnis zwischen Großbritannien und Frankreich des Jahres 1904, beginnen, sondern mit dem Jahre 1889, als auf dem internationalen Pariser Kongreß der jüdisch geprägten und gelenkten Freimaurerei ihre Idee von der „Einwelt-Regierung" verkündet wurde. Auf diesem Kongreß wurde unmißverständlich ausgesprochen, daß die Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Idee der Sturz der Monarchien Europas sei, zu denen jedoch nicht die Monarchien Englands und Frankreichs gehörten, weil deren Regierungen bereits freimaurerisch geleitet waren und selbst dringend daran interessiert, gegen das Deutsche Kaiserreich und die mit ihm verbündete österreichisch-ungarische Doppelmonarchie zu hetzen und einen Krieg zu entfesseln.
Schon im Jahre 1915, als es noch keinen Hitler in der politischen Welt gab, offenbarte Churchill, das Werkzeug der internationalen jüdischen Freimaurerloge, seinen teuflischen Haß gegen uns Deutsche mit den Worten: „Wir werden Deutschland an der Kehle würgen, bis sein Herz aussetzt!" (Conrad Rooster, „Der Lügenkreis um die deutsche Kriegsschuld", Herausgeber: Bund für Deutsche Wiedervereinigung e.V., Beerfelden-Hetzbach, 1976, S. 14)

Im September 1934 erklärte Churchill dem ehemaligen Reichskanzler Heinrich Brüning bei dessen Besuch: „Die Welt wird ausschließlich vom Kampf um die Vorherrschaft beherrscht, und wörtlich fügte er hinzu: »Deutschland muß wieder besiegt werden, und diesmal endgültig. Sonst werden Frankreich und England keinen Frieden haben!' Als er sich zwei Jahre später mit Kriegsminister Duff Cooper über dieselbe Frage unterhielt, waren sich beide Männer einig, daß es nur *ein* Heilmittel gegen die »deutsche Gefahr' gegeben hätte: die in Versailles versäumte Aufteilung des Reiches. Hitler war ihm gefährlich, nicht weil er Hitler war, sondern der geschichtslogische Ausdruck deutschen Selbstverwirklichungswillens als .naturgegebenen' stärksten Macht des Kontinents." (Dietrich Eigner, „Churchill", Göttingen 1975, S. 103)

Der Verfasser des vorliegenden Werkes, Generalmajor i. R. Otto Ernst Remer, der bekanntlich am 20. Juli 1944 in Berlin den bereits angelaufenen Umsturz der 20. Juli-Verschwörung vereitelte, legt mit diesem Buch eine profunde Untersuchung vor, in der er eindeutig zu dem Ergebnis kommt, daß die wahren Schuldigen am Ausbruch der beiden Weltkriege die Siegermächte mit ihren Trabanten gewesen sind, während in Adolf Hitler, der den zweiten Weltkrieg durch größte Opferbereitschaft gegenüber Frankreich, England und schließlich gegenüber Polen zu verhindern suchte, der große Europäer gesehen werden muß. Denn er bewahrte, nachdem er in seinem großgermanischen Reich den unheilvollen Marxismus mit Stumpf und Stil ausgerottet hatte, schließlich am Ende des Krieges das westliche Europa durch letzten Einsatz seiner fast schon ausgebluteten Regimenter und Bataillone vor der Überflutung durch den asiatischen Bolschewismus.

Trotz des vorliegenden Werkes geschichtlicher Wahrheiten werden die Vollstrecker des Siegerwillens, unsere regierenden Politiker aller im Bundestag und in den Länderparlamenten zurzeit vertretenen Parteien mit Hilfe der Massenmedien Fernsehen, Rundfunk und Presse sowie der Umerzieher in den Hoch-, Fach- und Volksschulen dem deutschen Volk und seiner Jugend die Wahrheit über die Kriegsschuld vorenthalten, bis das Maß übervoll ist und eine endlich wachgewordene kommende Generadon dem jetzigen ehrlosen Spuk ein jähes Ende bereitet.

Treffend urteilte der amerikanische Historiker H. E. Barnes im Jahre 1951 über das feige Verhalten unseres Volkes mit den Worten: „Ich kenne kein anderes Beispiel in der Geschichte dafür, daß ein Volk diese nahezu wahnsinnige Sucht zeigt, die dunklen Schatten der Schuld auf sich zu nehmen an einem politischen Verbrechen, das es nicht begangen hat, es sei denn, jenes Verbrechen, sich selbst die Schuld am zweiten Weltkrieg aufzubürden." (Conrad Rooster, a. a. O., Seite 32)

Überlassen wir es unserem um die geschichtliche Wahrheit hochverdienten und leider viel zu früh verstorbenen Publizisten Emil Maier-Dorn, dem ranghöchsten Nestbeschmutzer unseres Volkes, dem derzeitigen deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker ins Gewissen zu reden, wie er es in seiner hervorragenden Veröffentlichung „Zu Weizsäckers Ansprache vom 8. Mai 1985" niedergeschrieben hat:

„Ich kann es Ihnen nicht ersparen, zu fragen, ob in der ganzen Welt ein Staatspräsident denkbar ist, der an einem Tag zum Gedenken an das Ende des heldenhaftesten Ringens der Weltgeschichte kein ehrendes Wort für die Leistung seiner Soldaten über die Lippen bringt. Stattdessen ist Ihre Ansprache in Reinkultur eine Bestätigung der bedrückenden Erkenntnis des Abgeordneten und späteren Bundeskanzlers Helmut Schmidt - gesprochen vor einem Vierteljahrhundert: ‚Es ist mit Erfolg

gelungen, aus der ganzen deutschen Geschichte ein Verbrecheralbum zu machen'.
(
Auch Sie betrachten die Vergangenheit wie durch ein Hintenrohr, das auf die deutsche Schuld justiert ist... Mit wahrer Wonne wird alles aufgegriffen, was uns selbst angelastet werden könnte. Umgekehrt wird jeder, selbst der Ausländer, als Störenfried behandelt, wenn er eine Lanze für Deutschland brechen will...

1945 meinte Winston Churchill, man hätte es mit einem geköpften Deutschland zu tun, .dessen Leben und Eigentum in der vollen Verfügungsgewalt der Sieger liegt'. Sie aber meinen, daß .dankbar andere Deutsche vor dem geschenkten neuen Anfang' standen. Ganz abgesehen von der wirklichen Lage der Deutschen im Westen: Was sind das für Deutsche, die angesichts der Zerreißung Deutschlands dankbar für solchen neuen Anfang sein können? Noch dazu für einen .geschenkten'! Das ganz besondere Geschenk, das bis heute noch unvermindert erfreut, wurde von Churchill in seinem Memorandum für die Konferenz in Teheran (Dezember 1943) angeregt, ‚daß Deutschland in einzelne Staaten aufgebrochen werden muß. Ostpreußen und das Deutschland östlich der Oder müssen dem Reich für immer entfremdet und die Bevölkerung muß ausgetrieben werden'. Weiß Gott, ein weltgeschichtlich einmaliges Geschenk für einen ‚neuen Anfang'. Nicht minder aber ein Bundespräsident, der dafür auch noch .dankbar' ist...

In dem Zusammenhang mit der englischen Weigerung, Friedensvorschläge auch nur zur Kenntnis zu nehmen, gehört auch das Geständnis des polnischen Staatspräsidenten Mosicki, Polen habe 1939 schließlich die deutschen Vorschläge annehmen wollen, sei aber von England daran gehindert worden!

Herr Bundespräsident, wie mögen Sie Ihre Behauptung aufrecht erhalten, daß Hitler .den Anlaß zum Krieg in Polen suchte und fand'?... Die Polen wußten es besser als Sie es nach 46 Jahren geschichtlicher Forschung wissen oder es zu wissen vorgeben. Wer suchte wohl den Anlaß zum Kriege in Polen? Der polnische Gesandte in Washington, Graf Potocki, hat seinem Staatssekretär Szembek gemeldet: ‚1m Westen gibt es allerlei Elemente, die offen zum Krieg treiben; Die Juden, die Großkapitalisten, die Rüstungsfabrikanten. Alle stehen heute vor einer glänzenden Konjunktur, denn sie haben einen Ort gefunden, den man in Brand stecken kann: Danzig; und eine Nation, die bereit ist, zu kämpfen: Polen. Auf unserem Rücken wollen sie Geschäfte machen. Die Zerstörung unseres Landes würde sie gleichgültig lassen...'

Die als Weltmacht bereits damals abgetakelte Nation der Briten wurde zu ihrer selbstmörderischen Haltung gezwungen. Der US-Marinemini-

ster im Kabinett Roosevelt ‚Forrestal', berichtete die Ansicht des amerikanischen Botschafters in London, Joseph Patrick Kennedy (Vater des Präsidenten): ‚Weder die Franzosen noch die Engländer hätten Polen zum Kriegsgrund-gemacht..., wenn nicht das ständige Aufhetzen durch Washington erfolgt wäre'. Rastet es bei Ihnen, Herr Bundespräsident, immer noch nicht ein? Bleibt die ‚Schuld' der Deutschen für einen deutschen Repräsentanten Ihres Ranges immer noch strahlende Monstranz unserer Moralität?

Weil die bundesdeutschen Politiker es so beharrlich unterschlagen, wissen Millionen nicht, daß *England uns* den Krieg erklärte und nicht wir, sondern *sie* den Krieg erst zum europäischen Krieg ausweiteten. Der Mann, der uns das Ultimatum stellte, der uns den Krieg erklärt hatte, der englische Premier Chamberlain höchstderoselbst hat es dem amerikanischen Botschafter in klassischer Gedrängtheit und unanfechtbarer Eindeutigkeit gestanden: ‚Chamberlain stated, that America and the world Jews had forced England into the war'. (Chamberlain stellte fest, daß Amerika und das Weltjudentum England in den Krieg gezwungen haben.)

Kannten Sie diese schwerwiegenden Beweise? Wenn ja, warum reden Sie dann so wahrheitswidrig? Wenn nein, warum urteilen Sie überhaupt in einer Frage, die Leben oder Tod Ihres eigenen Volkes betrifft? …

Herr Bundespräsident, Sie sagen: ‚Es war Hitler, der zur Gewalt griff'. Zur Gewalt aber hatten zuerst die gegriffen, die die feierlichen Zusagen des Waffenstillstandes von 1918 gebrochen haben. Lloyd George im September 1932 - also noch vor Hitler: ‚Ich nehme keinen Anstoß, mir die deutsche Auffassung zu eigen zu machen, die dahin geht, daß die Siegernationen schamlos die Treue in der Rüstungsfrage gebrochen haben... Können wir uns denn wundern, daß die Deutschen zu guter Letzt zu einer Revolution und Revolte gegen diese chronische Betrügerei der großen Mächte getrieben wurden?' Können Sie redlichen Sinnes davon sprechen, daß es ‚Hitler war, der zur Gewalt griff' ? Waren nicht die Leiden der Deutschen in Polen zwischen 1919 und 1939 namenlos? Haben Sie, Herr Bundespräsident, nie von der Protestschrift gelesen, die namhafte französische Politiker wie Herriot, Painlevé, Paul-Boncour gegen die Greuel der wildgewordenen Polen unterzeichneten: ‚Eine Woge von Terror ergießt sich in diesem Augenblick über Polen. Das ist in ihrer Abscheulichkeit die Herrschaft der Polizei und ihrer Gewaltmaßnahmen. Im Namen der einfachsten Menschlichkeit erheben wir lebhaften Einspruch gegen solche Mißbräuche und verlangen, daß die elementaren Forderungen erfüllt werden.' Das war viele Jahre vor Hitler!…

Herr Bundespräsident, Sie sagten: ‚Es war Hitler, der zur Gewalt griff'… SirHartley Shawcross, Hauptankläger für England im Nürnberger Prozeß, hat laut Associated Press, Stourbridge, 16. März 1984, in einer Rede gesagt:

‚Ich klagte die Nationalsozialisten in Nürnberg an. Zusammen mit meinem russischen Kollegen verdammte ich die Nazi-Aggression und den Nazi-Terror.

Hitler und das deutsche Volk haben den Krieg nicht gewollt! Nach den Prinzipien unserer Politik der Balance of Power haben wir, angespornt durch die ‚Amerikaner' um Roosevelt, Deutschland den Krieg erklärt, um es zu vernichten.

Wir haben auf die verschiedenen Beschwörungen Hitlers um Frieden nicht geantwortet. Nun müssen wir feststellen, daß Hitler recht hatte. Anstelle eines kooperativen Deutschland, das er uns angeboten hatte, steht die riesige imperialistische Macht der Sowjets. Ich fühle mich beschämt und gedemütigt, jetzt sehen zu müssen, wie dieselben Ziele, die wir Hitler unterstellt haben, unter einem anderen Namen verfolgt werden und daß dieselbe Taktik hemmungslos Anwendung findet.'...

Herr Bundespräsident, Sie heben hervor, daß ‚das nationalsozialistische Regime viele Völker gequält und geschändet' habe. Millionen Soldaten haben das deutsche Volk an allen Fronten vertreten. Ihr Verhalten meinen Sie doch, wenn Sie von dem nationalsozialistischen Regime sprechen. Ich antworte Ihnen mit dem Urteil des wohl zuständigsten Militärsachverständigen der Welt, dem Engländer Liddell Hart: ‚Es war eine überraschende Erscheinung des nächsten Krieges, daß sich die deutsche Armee in bezug auf menschliches Verhalten einen besseren Ruf erwarb, als 1870 und 1914: man hätte eigentlich erwarten sollen, daß die Addition von .Nazismus' und ‚Preußentum' diesen Ruf verschlechtert hätte… Reiste man nach dem Kriege durch die befreiten Länder, so hörte man allenthalben das Lob der deutschen Soldaten - und nur zu oft wenig freundliche Betrachtungen über das Verhalten der Befreiertruppen… Die Annäherung zwischen Franzosen und Deutschen ist das bemerkenswerteste Ergebnis davon gewesen... Es ist in der Tat beunruhigend, festzustellen, wie im allgemeinen nachteilig das persönliche Verhalten vieler Mitglieder der Befreiungsarmee mit dem der deutschen Soldaten von denen verglichen wird, welche unmittelbare Erfahrungen hatten.'

Für die bevorstehende Invasion in der Normandie gab man in England den Soldaten eine Tornisterschrift mit auf ihren schweren Weg, in der zu lesen war: ‚Fast bestimmt wird es das erste Mal sein, daß Sie ein Land

sehen, das mehrere Jahre deutscher Besetzung unterworfen war. Das müssen Sie sich fest einprägen. In der Tat hat sich, im ganzen genommen, der einzelne Soldat in Frankreich bemerkenswert korrekt verhalten. Er hatte Befehl, sich so zu verhalten.'

Herr Bundespräsident, ist es nicht tief beschämend, daß uns der Feind mehr Gerechtigkeit widerfahren läßt, als der höchste Vertreter unseres Staates, der die Ehre des eigenen Landes herabsetzt?"

Karl Balzer

I. KAPITEL

KRIEGSSCHULD UND GESCHICHTSLÜGEN

Die Ursachen, die zum Ersten Weltkrieg führten

Obwohl seit über 80 Jahren historisch feststeht, daß das Deutsche Reich an der Vorbereitung und Auslösung des Ersten Weltkrieges schuldlos ist, wird heute noch die das Gegenteil besagende Lüge weltweit, aber auch von interessierter deutscher Seite vertreten. Diese ungeheuerliche Belastung Deutschlands kann nur den Zweck verfolgen, die Weltmeinung von dem katastrophalen Ergebnis und den Folgen des Zweiten Weltkrieges abzulenken. Auch hier wird die Geschichte in nicht allzu weiter Ferne zu wesentlich anderen Ergebnissen kommen, als es den damals wie heute handelnden Regierenden und Meinungsmachern recht ist.

Wenn über derart folgenschwere Ergebnisse geurteilt und berichtet wird, steht meistens nur der unmittelbare Anlaß und das Ergebnis eines solchen Kriegsgeschehens im Vordergrund der Betrachter. Die Entwicklung aber zur Auslösung des Krieges "und» damit die wahren Ursachen desselben, die für die Bewertung der Schuldfrage von entscheidender Bedeutung sind, kommt dabei wesentlich zu kurz und wird bei der Erforschung der geschichtlichen Wahrheit nur ungenügend berücksichtigt.

Für eine profunde Untersuchung der Schuld am Ersten Weltkrieg gab der deutsche Kaiser Wilhelm II. gegenüber dem amerikanischen Geschichtsphilosophen Harry Barnes einen bedeutenden Hinweis. Barnes berichtete in seiner 1968 in Tübingen erschienenen Schrift „Die Deutsche Kriegsschuldfrage, Seite 30: „Wenn der Kaiser auch erfreut darüber war, daß ich ihm nicht die Schuld für den Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 gab, so teilte er doch keineswegs meine Auffassung, die Hauptverantwortlichen seien Rußland und Frankreich. Er hielt für die Schuldigen an 1914 die internationalen Juden und Freimaurer, die, wie er behauptete, sich die Zerstörung der Nationalstaaten und des Christentums zum Ziel gesetzt hätten. Sie hätten sich zuerst Edwards VII. (engl. König von 1901-10, d.Verf.) und sodann Sir Edward Greys (engl. Außenminister 1905-16, d. Verf.) als ihre Werkzeuge bedient."

Die Behauptung des deutschen Kaisers wird von dem Begründer des politischen Zionismus, Theodor Herzl, bestätigt, der am 13. August 1900 verkündete: „Mit England können wir sicher sein, daß die zionistische Idee mächtiger und höher steigen wird als je".

So ist es kein Wunder, daß Winston Churchill 37 Jahre später, im Juli 1937, dem Zionismus die Dienste des ganzen Empire zu Füßen legte, als er in Anwesenheit der prozionistischen Parteiführer Attlee (Labour Party) und Sinclair (Liberal Party) dem Zionistenführer Chaim Weizmann erklärte: „Sie (Weizmann, d. Verf.) wissen, daß Sie über uns verfügen können . . u n d was Sie sagen, gilt. Wenn Sie von uns verlangen, daß wir kämpfen, dann werden wir kämpfen wie die Tiger."

(Rooster, Conrad, „Der Lügenkreis", Herausgeber: Bund für Deutsche Wiedervereinigung, Beerfelden-Hetzbach 1976, S. 18).

Im Mecklenburgischen Logenblatt ist in dem in den Jahren 1919/20 erschienenen Aufsatz „Auf den Pfaden der internationalen Freimaurerei" im Abschnitt „Die Freimaurerei als Erweckerin des Weltkrieges" u. a. folgendes zu lesen: „Auf dem internationalen Freimaurerkongreß, der am 16. und 17. Juli 1889 in Paris stattfand, wurde als das zu erstrebende Ziel ganz offen die Weltrepublik verkündigt. Die Freimaurerei sei berufen, als die geeignete Dolmetscherin des Willens der Volkssouveränität die Geschicke der Länder und der ganzen Menschheit zu bestimmen. Auf diesem Kongreß wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß der Tag kommen würde, an dem die Monarchien Europas zusammenstürzen. ‚Das ist der Tag, den wir erwarten, und der Tag ist nicht mehr fern'..."

Der vom Groß-Orient von Frankreich bestellte amtliche Kongreßredner Br. Francolin führte unter stürmischen Beifallskundgebungen der Kongreßteilnehmer aus: „Der Tag, an dem die Monarchien zusammenstürzen, wird die allgemeine Völker- und Weltverbrüderung bringen. Das ist das Zukunftsideal, das uns vorschwebt. Unsere Sache ist es, den Anbruch dieses Tages der allgemeinen Verbrüderung zu beschleunigen."

Weiter heißt es in dem Mecklenburgischen Logenblatt, 48.Jahrgang, Nr. 5/6, 19.10.1919: „Lord Northcliffe (Leiter der englischen Presse) selbst erklärte, daß 52 englische, russische, französische und italienische Blätter den Krieg gemacht hätten... Diese stille Bearbeitung der Presse durch die Loge und ihre Sendlinge trat bei Ausbruch des Krieges für die Mittelmächte (Deutschland und Österreich-Ungarn) in wahrhaft erschreckender Weise in die Erscheinung. Durch die Weltpresse, die seit vielen Jahren im Sinne der allgemeinen Richtlinien des Northcliffeschen Programms unter Mitwirkung der IMrei (Internationalen Maurerei) ,und Aufwendung riesenhafter Bestechungsgelder für die Interessen der Entente gewonnen war, wurde die öffentliche Meinung der ganzen Welt

nicht bloß im Sinne der Entente einseitig bearbeitete, sondern geradezu vergiftet'..." ' •

Der Autor Karl Heise von „Die Entente-Freimaurerei und der Weltkrieg", Basel 1919, S. 19 f., berichtete: „Northcliff (ursprünglich Stern, dann Harmsworth) gehörte, wie sein Bruder Rothermere, Minister für das Flugwesen, zu den geadelten Juden des englischen Oberhauses (House of Peers)..."

Wie wichtig die Beherrschung der Presse ist, war bereits auf einem internationalen Oberrat zu Krakau (1840) von dem ehemaligen Sheriff (oder obersten Zivilbeamten) der City von London, Ordensbruder Baronet Moses Montefiore mit folgenden Worten ausgesprochen worden: »... Was faselt Ihr! Solange wir nicht die Pressé der ganzen Welt in Händen haben, ist alles, was Ihr tut, vergeblich; wir müssen die Zeitung der ganzen Welt beeinflußen, um die Völker zu täuschen und zu betäuben."

Mit Hilfe der jüdisch gelenkten internationalen Presse war es den freimaurerisch geleiteten Regierungen Englands und Frankreichs gelungen, das Deutsche Kaiserreich und die mit ihm verbündete österreichisch-ungarische Doppelmonarchie einzukreisen und zum Weltkrieg zu heuen.

Eine nicht unbedeutende Hilfe hatten die längst erkannten Hetzer zum Weltkrieg auch in der römisch-katholischen Kirche, die bereits seit Jahrhunderten ein erklärter Feind des preußischen Staates gewesen ist.

Der katholische Professor Franz Josef von Buß, der im Jahre 1848 Präsident des 1. Deutschen Katholikentages war, umriß im Jahre 1851 die katholische Strategie gegen Preußen und das spätere deutsche Kaisergeschlecht der Hohenzollern (1871-1918): „Mit einem Netz von katholischen Vereinen werden wir den altprotestantischen Herd in Preußen von Osten und Westen umklammern, durch möglichst viele Klöster diesen Klammern Halt geben, so den Protestantismus erdrücken, die katholischen Provinzen, die der Kirche zum Hohn der Mark Brandenburg zugeteilt worden sind, befreien und die Hohenzollern unschädlich machen." (Fritz Hermann, „Ein Schwarzbuch des XX. Jahrhunderts", 1956, S. 27).

Genau drei Jahre nach der Gründung des deutschen Kaiserreiches im Spiegelsaal von Versailles sagte Papst Pius IX. am 18.1.1874 vor einer großen internationalen Pilgerversammlung über den Kanzler dieses deutschen Reiches, den Preußen Bismarck:

„Bismarck ist die Schlange im Paradies der Menschheit. Durch diese Schlange wird das deutsche Volk verführt, mehr sein zu wollen als Gott selbst, und dieser Selbsterhöhung wird eine Erniedrigung folgen, wie noch kein Volk sie hat kosten müssen. Nicht wir - nur der Ewige weiß, ob nicht das Sandkorn an den Bergen der ewigen Vergeltung sich schon gelöst hat, das - im Niedergang zum Bergsturz wachsend - in einigen

Jahren an die tönernen Füße dieses Reiches anrennen und es in Trümmer verwandeln wird; dieses Reich, das wie der Turmbau zu Babel Gott zum Trotz errichtet wurde und das zur Verherrlichung Gottes vergehen wird." (Armin Roth, „Rom wie es ist - nicht - wie es scheint", 1937, S. 39)

Papst Benedikt XV. äußerte nach dem Ersten Weltkrieg: „Luther ist es, der den Krieg verloren hat." (Nach Emil Ludwig, „Weltbühne", 9. Februar 1922). (Wolfgang Seeger, „Wie die beiden Weltkriege ‚gemacht' wurden", Grabert-Verlag Tübingen 1988, S. 11)

Zu den überstaatlichen Mächten Freimaurerei und ultramontane katholische Kirche gesellte sich die materialistische Weltanschauung des ebenfalls jüdisch gesteuerten Marxismus, der die Hirne vor allem deutscher Arbeiterführer bis zur Jetztzeit (Siehe die Landesverräter Willy Brandt, Herbert Wehner und Genossen) vernebelte, während die marxistisch geprägte „Frankfurter Schule" der Horkheimer, Adorno und Marcuse seit Kriegsende für die Umerziehung des deutschen Volkes und seiner Jugend nach dem Willen der Siegermächte verantwortlich sind.

Alle vorstehend genannten überstaatlichen Mächte haben seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gegen Deutschland und dessen Verbündete gehetzt und die beiden Weltkriege auf dem Gewissen. Dabei ist zu bedenken, daß für die Motivierung der Hetze zum Ersten Weltkrieg Adolf Hitler und sein Drittes Reich noch nicht existierten.

Der Anlaß und damit die Auslösung des Ersten Weltkrieges war die Ermordung des österreichischen Thronfolgers. Erzherzog Franz Ferdinand, in Sarajewo am 28. Juli 1914. Die Mordgesellen gehörten der „Arodna Odbrana", einer serbischen Freimaurerloge an, die im engsten Einvernehmen mit den Logenleitungen von Großbritannien, Frankreich, Italien und Rußland stand. König Eduard von England galt bekanntlich seinen Brüdern als der erste Maurer seiner Zeit. Ziel dieser Organisation war die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie und die Zerschlagung Deutschlands durch einen Krieg von allen Seiten. Der österreichische Thronfolger galt dieser Loge als besonders gefährlich, weil er von ihr für einen Mann gehalten wurde, der dank seiner Fähigkeit und Energie im Stande war, die österreichisch-ungarische Monarchie zusammenzuhalten und zu einem leistungsfähigen Ganzen zu entwickeln.

Dieser Mord als Initialzündung konnte unmöglich von Österreich hingenommen werden, wenn es weiterhin als Großmacht ernstgenommen werden wollte. Es verlangte am 23. Juli, nach einem Monat Wartezeit, in einem Ultimatum von Serbien Genugtuung in Form von verschiedenen drastischen Maßnahmen, die der antiösterreichischen Agitation und feindseligen Haltung ein Ende bereiten sollten. Dies war eine absolut berechtigte Forderung, die einem souveränen Staat wohl ansteht, wenn

er sich aggressiven Absichten eines feindlich gesinnten Nachbarn gegenübersieht.
Ob nun ein österreichisches Vorgehen gegen Serbien einen allgemeinen Krieg auszulösen vermochte, hing ausschließlich von Rußland ab, das sich mit panslavischen Ambitionen stets gegen die Interessen der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie gestellt hatte. Der Friede war nur zu retten, wenn Rußland die mit einem Mord an dem österreichischen Thronfolger belasteten Serben nicht unterstützte. Der Provokateur war in jedem Fall Serbien.
Deutschland war an einem Krieg nicht interessiert. Der Dreierbund Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien war in Anbetracht des aggressiven französisch-russischen Militärbündnisses mit England als Dritte im Bunde zur sogenannten Triple-Entente vereint, ein reines Devensivbündnis. Deutschland war in diesem Bündnis der einzige ernstzunehmende Faktor, Für das Deutsche Reich war es aber eine Lebensfrage, daß Österreich-Ungarn intakt blieb. Aus diesem Grunde war es selbstverständlich, daß die serbische Verschwörung in Schranken gehalten wurde und werden mußte. Das Vertrauen zur Bündnistreue Italiens war, wie sich später herausstellte, nicht allzu hoch einzuschätzen. Die Tatsache war nicht zu übersehen, daß die althergebrachten Spannungen zwischen Österreich und Italien den Dreierbund belasten und dieser deshalb alle Kraft dazu verwenden mußte, um seinen gefährdeten Bestand zu erhalten. Infolgedessen mußte es dem Dreierbund geraten erscheinen, nach außen hin eine defensive Haltung einzunehmen. Wenn Rußland die serbische Frage als den längst willkommenen Grund zum Kriege betrachtete, so mußte dies zwangsweise auch Frankreich auf Grund des geschlossenen Militärbündnisses zum Kriegseintritt herausfordern. Dies mußte umso willkommener sein, als Poincaré als Präsident der Dritten Republik Frankreichs 1912 den Russen unzweideutige Zusicherungen gegeben hatte, daß sie unter allen Umständen auf französische militärische Unterstützung rechnen könnten, gleichgültig, ob Rußland angegriffen werde oder angreife. Hinzu kam noch der seit 1871 im französischen Volk sorgsam gepflegte Rachegedanke hinsichtlich der Wiedergewinnung des geschichtlich zu Deutschland gehörigen Elsaß-Lothringens.

Die englische Rolle

Daß England dann als Dritter im Bunde die höchstwillkommene Gelegenheit benutzen würde, Deutschland als vielgeneideten Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu vernichten, war für jeden Einsichtigen seit Jahren vorprogrammiert. Seit Januar 1906, gelegentlich eines Wahlkampfes fürs

Unterhaus, bestand zwischen dem englischen Kriegsminister Haidane und dem Außenminister Sir Edward Grey Einvernehmen darüber, im Falle eines Krieges auf dem Festland Möglichkeiten für ein Eingreifen Englands zu. schaffen, die zwischen dem englischen und französischen Generalstab abzusprechen seien. Dieses Landpartiegespräch fand geheim hinter dem Rücken des englischen Premierministers und der anderen Kabinettsmitglieder statt.

Die tieferen Gründe und die aggressive englische Haltung gegenüber aufstrebenden Nationen wie Deutschland liegen im Krämergeist der englischen Handelsnation. Bezeichnend dafür ist der 1909 erschienene preisgekrönte Artikel eines englischen Seeoffiziers, in dem es heißt: „Wir ziehen nicht in den Krieg aus sentimentalen Gründen. Ich bezweifle, daß wir das jemals getan haben; Krieg ist das Ergebnis von Handelsstreitigkeiten. Er hat zum Ziel, unseren Gegnern solche Handelsbedingungen mit unserem Schwert aufzuzwingen, wie wir sie für notwendig halten, um uns im Handel in Vorteil zu bringen. Wir benutzen alle Arten von Gründen im Kriege, aber auf dem Boden von ihnen liegt der Handel. Ob der Anlaß des Krieges durch Verteidigung oder Einnahme einer strategischen Position, durch Bruch von Verträgen oder etwas anderes gemacht wird, alle Ursachen und Anlässe führen sich auf den Handel als gemeinsame Wurzel zurück".

Hier erhebt sich die Frage, ob nicht dieser brutale Krämergeist weitaus gefährlicher und verwerflicher ist als ein sogenannter verketzerter Militarismus, dessen Trägern man immerhin höherstehende Moralgrundsätze zugestehen muß, zumal sie um die Gefährlichkeit eines solchen Krieges wissen, da sie zuerst ihren Kopf hinhalten müssen.

Schon Fürst Bismarck hat im Frühjahr 1898 dem Engländer Sidney Whitmann auf seine Frage, ob nicht die deutsch-englischen Beziehungen zu verbessern seien, durch seinen Schwiegersohn antworten lassen: „Der Fürst bedauere, daß die Beziehung zwischen Deutschland und England nicht besser seien als sie eben sind. Bedauerlicherweise wisse er kein Mittel dagegen, da das einzige ihm bekannte, das darin bestehe, daß wir unserer deutschen Industrie einen Zaum anlegen, nicht gut verwendbar sei."

Die wahre verächtliche Denkungsweise englischer Führungskräfte aber beweist ein Artikel, der am 11. 9.1897 in der Londoner Wochenzeitschrift „Saturday Review" von einem Unbenannten erschienen ist. Bezeichnenderweise erschien dieser Artikel gerade zum Zeitpunkt eines Treffens des deutschen Kaisers mit dem russischen Zaren, als England tief darüber beunruhigt war, daß diese Zusammenkunft eine Verbesserung des deutsch-russischen Verhältnisses erbringen könnte. Es heißt dort: „Bismarck habe gesagt: die Unterhaltung zwischen den beiden Monarchen müsse sich um England gedreht haben." Der Verfasser die-

ses Aufsatzes setzte nun die englisch-deutsche Handelsrivalität in der ganzen Welt auseinander und schrieb:
„Würde Deutschland morgen aus der ganzen Welt vertilgt, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um so viel reicher geworden wäre"... Deutschland sei überdies die einzige Großmacht, welche von England ohne enormes Risiko bekämpft werden könnte. Ja der Aufsatz schoß mit der abgewandelten Wendung Catos: „Germaniam esse delenogmwas soviel heißt wie: Deutschland müsse zerstört werden. Klarer und brutaler kann kein Kriegswille und Kriegsgrund ausgesprochen werden. Ein Engländer darf sich so etwas erlauben, ohne von der Weltmeinung öffentlich und nachhaltig angeprangert zu werden, denn England beherrschte auch weltweit die Presse. Hätte aber eine deutsche Zeitschrift nur ein einziges Mal solches von sich gegeben, stände sie bis zum Jüngsten Gericht unter Anklage. Solche Artikel aber waren keineswege die Ausnahme, sondern häuften sich zu Hunderten und wurden tausendfach in Reden wiederholt.

Das angelsächsische Amerika

Ein ähnliches egoistisches, brutales und despotisches Handelsdenken machte sich vor dem Weltkrieg auch in Amerika bemerkbar. So fiel der aussichtsreiche Präsidentschaftskandidat einer Kugel zum Opfer, weil er nicht diesen weltweiten Handelskrieg gegen Deutschland mitmachen, sondern sich vermehrt um die inneren Probleme Amerikas, isoliert vom Weltgeschehen, kümmern wollte. Dieser Kandidat war irischer Abstammung und kannte das englische Geschäftsgebaren. Außerdem kannte er als Reporter aus dem amerikanisch-mexikanischen Krieg das entsetzliche Kriegsgeschehen, dem auch sein Bruder zum Opfer gefallen war.
Auch hier erkannte man die für uns Deutsche oftmals ungünstig verlaufene geschichtliche Tragik, daß statt seiner ein zum Kriege bereiter Präsident, dem eine Einmischung in europäische Belange höchst willkommen war, ans Ruder kam. Schon einmal hatte das Schicksal das Pendel gegen Deutschland ausschlagen lassen, als im amerikanischen Kongreß über die zukünftige für alle verbindliche Landessprache abgestimmt wurde. Es ging darum, ob deutsch oder englisch die Landessprache werden sollte. Wie stark damals das deutsche Element vertreten war, geht aus dem ersten Wahlgang hervor, in dem eine Mehrheit von zwei Stimmen von Seiten der Abgeordneten auf die deutsche Sprache entfiel. Erst nach einer unwürdigen Bestechung einiger Vertreter des Parlaments fiel im zweiten Wahldurchgang das Stimmenverhältnis umgekehrt aus. Amerika könnte heute deutsch sprechen, wahrlich ein ungewöhnlich beeindruckender geschichtlicher Vorgang mit noch bis heute

bedeutungsvollen Folgen. Das Weltgeschehen wäre vermutlich anders verlaufen, wenn Amerika deutsch-sprachig geworden wäre.

Der zu Unrecht verleumdete deutsche Generalstab

Wie sah nun der deutsche Generalstab in dieser kritischen Situation die Lage? War er wirklich das verwerfliche kriegerische Element, wie er immer wieder in seiner angeblichen Arroganz mit Monokel und Stechschritt in der weltweiten Propaganda, so auch zuletzt beim Nürnberger Tribunal, als verbrecherische militante Organisation hingestellt wurde? Lassen wir nüchterne Fakten sprechen. Gerade sein Bericht zur damaligen Lage, die der Reichsregierung auf dem Höhepunkt der Krise vorgelegt wurde, bedeutete für solche Verleumder geradezu eine sensationelle Entdeckung und beweist eine geradezu bewunderungswürdige ausgeglichene, weitsichtige und staatsmännische weise Ausgewogenheit hinsichtlich der Beurteilung der weltweiten Lage. Es heißt dort in der Denkschrift vom 29. Juli 1914, Rußland habe verkündet, daß es gegen Österreich mobilisieren werde, falls es in Serbien einmarschiert. Aus diesem Grunde wird deshalb Österreich gegen Rußland zu mobilisieren haben. Ein Zusammenstoß beider Staaten würde damit unvermeidlich sein. Dies aber würde zwangsläufig für Deutschland den Casus foederalis (Bündnisverpflichtung) bedeuten. Die Zwangsfolge für Deutschland wäre ebenfalls die erforderliche Mobilisierung. Dann wird Rußland seine übrigen Streitkräfte mobilisieren und behaupten: „Ich bin von Deutschland angegriffen worden".

Damit aber würde wiederum das französisch-russische Bündnis, welches fälschlicherweise nur als reines Verteidigungsbündnis dargestellt wurde, automatisch in Kraft treten und damit das gegenseitige Gemetzel der zivilisierten Nationen Europas beginnen.

„... so müssen und so werden sich die Dinge entwickeln, wenn nicht, so möchte man sagen, ein Wunder geschieht, um noch in letzter Stunde einen Krieg zu verhindern, der auf Jahrzehnte hinaus die Kultur fast ganz Europas vernichten würde." „Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch 1914", von K. Kautzki, Graf Montgelas und W. Schücking, Nr. 349, S. 445 f.)

Wo kann man hier von einem Säbelrasseln oder einer verbrecherischen Organisation sprechen, die einen klaren und folgerichtigen Bericht verfaßt, aus der eindeutig der Widerwille gegen einen Krieg hervorgeht? Dokumente russischer und französischer Generalstäbler, ebenso auch viele Tagebücher unserer Gegner sprechen eine andere Sprache.

Obige Denkschrift des deutschen Generalstabes enthält nur eine falsche Prognose. Die Russen warteten die deutsche Mobilmachung gar nicht

erst ab, sondern verkündeten ihre totale Mobilmachung als erster, zwanzig Stunden früher als die Deutschen, die zuvor noch zwecks Verhinderung des Kriegs an die Russen und Franzosen ein Ultimatum für eine geforderte Aufhebung dieser Mobilmachung versandt hatten.
Später hat man uns gerade wegen dieser Ultimaten unsere Kriegslüsternheit anzukreiden versucht. Dieser Vorwurf ist zweifelsfrei unberechtigt. Denn nach unbestreitbarer Auffassung aller Generalstäbler der Welt bedeutet eine totale Mobilmachung zweier so feindlicher Staaten wie Rußland und Deutschland den unvermeidlichen Krieg. Gerade aus diesem Grunde aber wurde als letzte Friedenschance ultimativ die Aufhebung der Mobilisation gefordert. Hinzu kam noch für uns Deutsche das Wissen um die offensiven Planungen der Russen und Franzosen, die Deutschland angriffsweise mit angekündigtem Marsch auf Berlin vernichten wollten. Oft genug ist öffentlich geprahlt worden, daß dazu bis zum letzten Gamaschenknopf alles fertig sei. Bei diesem in Rechnung gestellten Zweifrontenkrieg kam es bei der deutschen Mobilmachung entscheidend darauf an, auf Grund unseres besseren Verkehrsnetzes und eines leistungsfähigeren und schnelleren Mobilmachungssystems den geplanten russischen und französischen Angriffsabsichten mindestens an einer Front durch einen entscheidenden Gegenschlag zuvorzukommen. Weil uns das gelungen ist, wurden wir später fälschlicherweise zum Aggressor gestempelt, was optisch nur dadurch entstand, weil wir schneller als die anderen waren und ihnen zuvorkamen. Aus diesem Grunde spielten die Zeiten der Mobilmachung eine entscheidende Rolle und durften von deutscher Seite nicht leichtfertig vertan werden. Diese diplomatische Hinhaltetaktik unserer Gegner war ihr offensichtliches Ziel, auf die wir auf keinen Fall hereinfallen durften.
Die bekannte Reihenfolge der Mobilmachungen war folgende: am 29.7. 1914 russische Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn. Am 30. 7. allgemeine russische Mobilmachung. Am 31.7. allgemeine österreichisch-ungarische Mobilmachung. Am 1. 8. französische, darauf erst die deutsche Mobilmachung.

Weitere politische und militärische Entwicklungen

Vorausgegangen war die unbefriedigende serbische Antwort auf das österreichische Ultimatum. Die serbische Antwort, die, wie wir heute wissen, mit den Russen und Frankreich abgesprochen war, wurde am 25. Juli um 6 Uhr nachmittags dem österreichischen Geschäftsträger in Belgrad übergeben. Bemerkenswert ist, daß die Russen bereits vor Abgabe der serbischen Antwortnote die Einleitung der Mobilmachung beschlossen hatten, die dann am nächsten Tag auch in die Tat umgesetzt

wurde. Am 28. Juli um 11 Uhr erklärte Österreich ohne vorherige Beratung mit dem deutschen Kaiser Serbien den Krieg. Unmittelbar darauf wurde von St. Petersburg ein weiterer Schritt zur Mobilmachung angeordnet. In Deutschland geschah nichts. Der Kaiser und die deutsche Regierung strebten tatsächlich die Erhaltung des Friedens an.
Noch am 28. 7. ließ der Kaiser dem Generalstab mitteilen, daß der Krieg unwahrscheinlich sei. Wie wenig sich der Kaiser von einer allgemeinen Kriegshysterie anstecken ließ oder sie gar mitmachte, geht aus seiner telegrafischen Anweisung an den deutschen Botschafter in Wien hervor, der der österreichischen Regierung dringend Mäßigung nahelegen sollte. Auch der englische König hatte sich beim deutschen Kaiser scheinheilig für seine mäßigende Einwirkung auf das Kaiserhaus in Wien verwendet. Es gibt eine Fülle von Beweisen, daß dies auch von deutscher Seite im Interesse der Erhaltung des Friedens geschehen ist. Nur vermißt der Historiker die gleichen Anstrengungen des englischen Königs oder seiner Regierung in St. Petersburg, um die Rücknahme der russischen Mobilmachung zu erwirken. Dagegen gelang es dem deutschen Kaiser, beim Zaren einen Aufschub der Mobilmachung zu erreichen, der allerdings am nächsten Tage durch den russischen Außenminister und dem Generalstabschef mit Druck auf den Zaren wieder aufgehoben wurde. Auch als am 29. Juli der deutsche Generalstab mit einem Memorandum den deutschen Kaiser auf die Gefahren einer Verzögerung der deutschen Mobilmachung hinwies, geschah weder an diesem noch am nächsten Tag etwas.

Verhält sich so ein kriegslüsterner Monarch, der trotz der serbischen Ereignisse seine geplante Nordlandreise ausführte und erst am 27. Juli zurückkehrte ? Wie wenig man geneigt war, in der österreichisch-serbischen Auseinandersetzung von deutscher Seite aus eine allgemeine Kriegsgefahr zu sehen, sondern nur eine lokale Auseinandersetzung, beweist auch die Tatsache, daß der deutsche Kriegsminister an den Chef des Generalstabs schrieb, er möge seinen Krankenhausaufenthalt in Karlsbad getrost fonsetzen, denn er glaube nicht, daß Österreich diesmal ernst machen werde. Auch wurden der Marinesekretär und der Admiralschef nicht vom Urlaub zurückgerufen. Ebenso verließ die deutsche Hochseeflotte die deutschen Gewässer wie im tiefsten Frieden. Man wartete gespannt darauf, wie Österreich-Ungarn auf die serbische Provokation reagieren würde, und war erst dann in einer gewissen Sorge, als das Ultimatum an Serbien geschickt wurde. Der Gedanke an wirklich ernste Konsequenzen war in Berlin keineswegs zu beobachten.
Ich bin weit davon entfernt, eine solche Sorglosigkeit und naive Lagebeurteilung gutzuheißen, zumal ein aufmerksamer politischer Beobachter der Vorgänge wohl erkennen konnte, daß hier die serbischen Ereignisse von Seiten der „Triple Entente" als willkommene Gelegenheit

für die Auslösung eines allgemeinen Krieges zur Vernichtung der beiden deutschen Staaten begrüßt wurde, auch wenn man es nicht laut aussprach. Aber gerade diese unverantwortliche Sorglosigkeit spricht eindeutig gegen die uns immer wieder unterschobene Kriegsbereitschaft und den angeblichen Willen, bei der ersten besten Gelegenheit unsere Nachbarn militärisch-zu überfallen.

Französisch-russischer Optimismus

Allein schon die Reise Poincarés im Juli nach St. Petersburg auf dem Höhepunkt der Krise läßt eine andere Sprache und Absicht erkennen. Der Franzose M. Morhardt urteilt in „Les Preuwes" auf Seite 299 f. wie folgt: „Die Tatsache allein, daß zu dieser Zeit eine solche Reise unternommen wurde, bedeutet einen Kriegsplan. Wenn Raymond Poincaré Frieden wünschte, so würde ein Brief nach St. Peterburg genügt haben. Wenn Rußland gewarnt worden wäre, daß Frankreich entschlossen war, sich nicht vor der Welt der Sache der Mörder von Serajewo zu eigen zu machen, so wäre die ganze Sache beigelegt worden. Der Friede wäre erhalten geblieben. Wenn Poincaré nicht nach St. Peterburg gegangen wäre, um dort, wie Botschafter Maurice Paléologue uns berichtet hat, wilde Kreuzzugpredigten für den Krieg zu halten, so würde der feige Nicolaus IL niemals gewagt haben, die Initiative zu einem Angriff zu ergreifen."

Aber Frankreich und Rußland wollten diese Gelegenheit zu einem allgemeinen Krieg wahrnehmen, der zur Vernichtung der beiden deutschen Staaten führen sollte. Zu lange hatte man sich politisch wie militärisch auf diese Stunde, wie wir noch sehen werden, vorbereitet. Frankreich träumte von der Vorherrschaft in Europa und war seit 1871 vom Gedanken der Rache erfüllt, obwohl gerade dieser Krieg damals von Frankreich provoziert worden war. Rußland träumte von seinem kommenden Einfluß auf dem Balkan und wollte sich am Bosporus den Zugang zum Mittelmeer erzwingen. Beide sahen sich auf Grund ihrer geglaubten militärischen Überlegenheit siegreich in Berlin einziehen. Darin bestand auch eine gewisse Berechtigung. Denn die Vorkriegsschätzungen der Kriegsstärke der verschiedenen Armeen setzten das französisch-russische Übergewicht gegenübet den Mittelmächten auf 700000 bis 1,2 Millionen Mann an. Zweifellos war für Deutschland, trotz der gezeigten Zuversicht das Millionenheer Rußland eine schwer einkalkulierbare Größe. Wenn sich dann später der Zustand der russischen Armee doch als recht jämmerlich herausstellte und sich trotz der Siegesgewißheit französischer Generäle ihre Theorie der „bedingungslosen Offensive" mit dem Siegesmarsch nach Berlin als selbstmörderischer

Fehlschlag erwies und dann bei den deutschen Gegenangriffen in einen vollen Rückzug ausartete, so darf man dennoch die berechtigte Sorge der deutschen Armeeführung vor einer solchen Auseinandersetzung mit unbekannten Größen nicht nachträglich in Zweifel ziehen.

Das angeblich stets kriegslüsterne Deutschland

Wenn aber aus dem geplanten französischen Vormarsch ein Rückzug und damit eine deutsche Invasion nach Frankreich wurde, so trifft die Verantwortung und die Schuld einzig und allein die Franzosen. Die Behauptung, die Deutschen hätten den Krieg begonnen und hätten nur Erfolg gehabt, weil sie auf völlig überraschte Franzosen und Russen gestoßen seien, läßt sich nicht auf das geringste Beweismaterial stützen. Was die Russen anbetrifft, scheint mir „Tannenberg", wo sie vernichtend geschlagen wurden, auf deutschem Boden zu liegen, wohin sie ja irgendwie gekommen sein müssen. Es ist eine glatte Lüge und eine völlige Umkehrung des Geschehens.

Auch die Mär vom preußischen Militarismus und dem stets kriegslüsternen Deutschland läßt sich durch keinerlei Fakten geschichtlich nachweisen und ist eine Propagandalüge, die ihren Ursprung in der innenpolitischen Argumentation der Sozialdemokratie hatte und begierig und dankbar vom Ausland aufgegriffen wurde. Ihr jeweils vorhandener Einfluß und ihre Agitation wurden im Ausland entsprechend gewertet. War sie stark, so galt das Reich als schwach und umgekehrt. Es ist eine bemerkenswerte geschichtliche Tatsache, die viel zu wenig Beachtung findet, daß seit Bestehen des Reiches, also seit 1871-1914, das sind 43 Jahre, Deutschland das einzige Land war, das sich einer langjährigen Friedensperiode erfreute und im Gegensatz zu England, Rußland, Italien, der Türkei, den Balkanstaaten, den Vereinigten Staaten und Spanien keinen Krieg geführt hatte. Auch wenn man die letzten fast 100 Jahre seit 1815 heranzieht, steht Preußen-Deutschland am Ende der Skala der kriegführenden Nationen. In dieser Zeitspanne hatte England 10, Rußland 7, Frankreich 5, Österreich 3, Preußen-Deutschland 3 Kriege geführt.

Kriegeverzeichnis

Der britische Historiker Wheeler-Bennett rechnet in seiner „Nemesis" den Deutschen bzw. Preußen vor, daß sie zwischen 1788 und 1945 in sieben Kriege verwickelt waren. Wesentlich länger ist die Liste der Kriege, die England und Frankreich in diesem Zeitraum geführt haben.

Frankreich	
1792-1801	Österreich, Preußen
1798-1801	Türkei (Ägypten)
1805	Österreich
1806-1807	Preußen, Rußland
l/807r-1814	Spanien, Portugal
1 W	Österreich
1812-1814	Rußland
1813-1814	Preußen, Österreich, England u. a.
1815	Napoleon 100 Tage
1823-1828	Spanien
1827-1840	Algerien
1844	Marokko
1851	Marokko
1854-1856	Krimkrieg
1858-1860	China
1858-1862	Annam
1859	Österreich
1860-1861	Syrien
1863	Mexiko Kaiser Maximilian
1867	Italien
1870-1871	Preußen und andere deutsche Staaten
1881	Tunis
1882	Annam
1883-1885	China
1884-1885	Madagaskar
1895	Madagaskar
1900	China (Boxer)
1914-1918	Weltkrieg I
1939-1945	Weltkrieg E

England	
1793-1802	Frankreich
1803-1815	Frankreich
1807	Dänemark
1812-1814	Nordamerika
1839	Afghanistan
1840-1842	Opiumkrieg
1842	Afghanistan
1849-1850	Griechenland
1850	Afrika (Kaffern)
1854-1856	Krimkrieg
1856-1858	China
1857-1858	Indien (Sepoys)
1860	China
1860	Neuseeland
1861-1862	Mexiko
1867 ,	, Abessinien
1878-1879	Afghanistan
1879	Afrika (Zulus)
1880-1881	Burenkrieg
1882	Ägypten
1884-1885	Sudan (Gordon f)
1885-1886	Birma
1893	Afrika (Matab.)
1895	Indien-Tschitral
1896-1899	Sudan (Mahdi)
1897	Indien (Afridi)
1899-1902	Burenkrieg
1900	China (Boxer)
1904	Tibet
1914-1918	Weltkrieg I
1939-1945	Weltkrieg II

Die entscheidenden Ursachen des Ersten Weltkrieges

Die entscheidenden Ursachen, die zum ersten Weltkrieg führten, liegen viel tiefer. Sie ergaben sich seit Abschluß der englisch-französischen Entente Cordiale 1904 aus den Spannungen, die von den expansionistischen Bestrebungen der Franzosen in Marokko und der Serben auf dem Balkan ausgelöst wurden. Wie immer hatte wiederum England dabei seine Hand im Spiel. Im englisch-französischen Ententeabkommen gab

es eine Geheimklausel, die England freie Hand in Ägypten und Frankreich in Marokko überließ, obwohl von beiden Seiten nach außen hin die marokkanische Unabhängigkeit vertreten wurde. Wie so oft in der Kolonialgeschichte der beiden Nationen war das Gegenteil von dem geplant, was man öffentlich aussprach. ^

Dieses Abkommen ist deshalb so bedeutsam, weil es nicht allein die kolonialen Reibungsflächen zwischen England und Frankreich aus dem Wege räumte und damit eine echte Annäherung beider Staaten schuf, sondern weil sich hier die Grundlage gemeinsamen diplomatischen und politischen Handelns mit dem Ziel eines Vernichtungskrieges gegen Deutschland entwickelte. In dieser Hinsicht brauchte Frankreich mit seinem stetigen Rachegedanken, der in aller Offenheit gefördert wurde, keine Kursänderung vorzunehmen. England dagegen tat hiermit einen Schritt von eminenter Bedeutung, der seiner Tradition widersprach.

Bismarck hatte stets Wert auf gute Beziehungen mit England gelegt. Nur wußte er auf Grund erlebter Intrigen und Schwierigkeiten mit England auf dem Gebiet der Kolonialpolitik, daß es wenig Sinn habe, eigene Interessen für die Erringung britischen Wohlverhaltens zu opfern. Das geht sehr klar aus seiner Weisung an den deutschen Botschafter, Graf Münster, in London hervor: „Unser Verhalten muß darauf gerichtet sein, in Deutschland den Eindruck zu verhüten, als ob wir den in der Tat aufrichtig vorhandenen Wunsch des guten Einvernehmens mit England vitale Interessen Deutschlands opfern könnten." Bismarck wußte sehr wohl, daß mit England schwer ein Bündnis abzuschließen war, das ausgewogen, gleiche Verpflichtungen und gegenseitige Loyalität zur Grundlage hatte. Er kannte die Geschichte Englands hinreichend genug, um zu wissen, daß es der englischen Politik immer um Übervorteilung ging und eine wirkliche Annäherung nur durch einseitige deutsche Verpflichtungen entsprechend den Gepflogenheiten eines Krämergeistes zu erreichen war. Umgekehrt wußten die Engländer sehr wohl, daß von Bismarck keine Freundschaftsverträge auch nur mit den geringsten Zugeständnissen auf Kosten deutscher Belange zu erreichen waren und sie respektierten es. Das Kernstück Bismarckscher Politik war der Rückversicherungsvertrag mit Rußland, der ihm die Gewähr für die Verhinderung einer immer drohenden Einkreisung Deutschlands war.

Auslaufen des Rückversicherungsvertrages mit Rußland und die Folgen

Erst als Bismarck ausschied, wurde dieses für Deutschland lebenswichtige Landschaftsbild durch den sehr selbstherrlichen Kaiser und seine Mitarbeiter leichtfertig geändert, sehr zum Schaden der deutschen

Nation. Infolge des Auslaufens dieses Vertrages bekam England nunmehr freie Hand. Die scheinbare Annäherung zwischen Großbritannien und Deutschland begann mit dem Helgolandgeschäft und fand ihren sichtbaren Ausdruck mit der Ernennung des Deutschen Kaisers zum britischen Admiral der Flotte. Bismarck schreibt im 3. Band seiner Erinnerungen von einem Wendepunkt der deutschen Politik. Man sprach enthusiastische Worte über die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, wobei die Rollenverteilung England zur See, Deutschland zu Lande war.

Naturgemäß mußte sich die Annäherung beider Mächte für Rußland wie ein Schlag ins Gesicht auswirken, zumal die Rolle Deutschlands sehr nach „britischem Festlandsdegen" aussah und so gewertet wurde. Die Beziehungen Englands zu Rußland waren immer gespannt gewesen. England machte sich Sorgen, daß Rußland eines Tages von Mittelasien aus Indien angreifen könnte, dem England als Seemacht nur schwerlich etwas entgegensetzen konnte. Mit Recht muß man sich fragen, wo hier die englische Gegenleistung lag, zumal auch in dieser Periode die Hinterhältigkeit Englands auf dem kolonialen Sektor und in den Beziehungen zu Rußland bestehen blieb.

Dagegen war den Engländern die enge, auf Gegenseitigkeit beruhende deutsch-russische Freundschaft ein Dorn im Auge. Unter Vortäuschung echter Freundschaft nahm England immer mehr Einfluß auf den Deutschen Kaiser, so daß die fällige Verlängerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages unterblieb. Um dieser angeblichen englischen Freundschaft wegen sah sich plötzlich Deutschland, mit Ausnahme von Österreich und Italien, in Europa und in der Welt isoliert. England hatte sein großes diplomatisches Spiel gewonnen, indem es die beiden stärksten Festlandsmächte voneinander trennte. Der erste Schritt zum ersten Weltkrieg war hiermit von Seiten Englands erfolgreich abgeschlossen.

Trotz dieser Freundschaftsperiode, die durch keinerlei Verträge abgedeckt war, ließ sich England keineswegs davon abhalten, das Erstarken der deutschen Wirtschaft und die Ausdehnung des deutschen Handels argwöhnisch und neidvoll zu beobachten und überall, wo es möglich war, mit Intrigen aufzuwarten und uns Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Ja gerade diese Tatbestände waren es, die diese Freundschaft erkalten ließen, zumal der Hauptgrund, einen Keil zwischen Deutschland und Rußland zu treiben, gelungen war. Hier half auch keine noch so vorsichtige und den Interessen der Briten entgegenkommende Politik, die manchmal in Liebesdienerei auszuarten drohte. Dabei spielte zu diesem Zeitpunkt die deutsche Flottenfrage, die mehr oder weniger nur auf dem Papier stand, eine nur unbedeutende Rolle. Trotz aller Fehler der deutschen Politik muß aber eines deutlich festgestellt werden, daß es

kaum eine friedliebendere und mehr den Krieg scheuende Politik gegeben hat als diejenige des Deutschen Reiches während des ersten Jahrzehnts des „neuen Kurses". Auch später hat sich daran nichts geändert.

Die Marokko-Krise

Diese schwächliche und nachgiebige deutsche Politik aber haue zur Folge, daß Großbritannien ab 1903 Schritt für Schritt die Initiative und Führung der europäischen Großmächte und der kleineren Staaten übernehmen konnte. Darüber hinaus hatte das schon zuvor erwähnte Marokko-Abkommen mit Frankreich 1904 die „Entente-Cordiale", das „herzliche Einvernehmen" geschaffen, dessen Front damals eindeutig gegen Deutschland gerichtet war. Schon ein Jahr später trat geradezu regiemäßig im Rahmen der sogenannten Marokko-Krise der erste ernstzunehmende Konflikt auf.

Dieser Konflikt bedeutete gleichzeitig eine ernsthafte Brüskierung des freundschaftlich verbundenen Deutschen Reiches durch England. Denn England hatte es unterlassen, Deutschland Kenntnis von den mit Frankreich ausgehandelten Geheimklauseln zu geben. Für Deutschland mußte dieses Verhalten der Engländer um so unverständlicher erscheinen, als 7 Jahre zuvor das Verhältnis England zum Deutschen Reich besser war als zu Frankreich. Das einer französischen Ausdehnung in Marokko feindselig gegenüberstehende Foreign Office hatte Deutschland gebeten, verschiedene Häfen an der atlantischen Marokkoküste als Gegengewicht gegen etwaige französische Pläne zu besetzen, unter anderem auch Casablanca. Zum Verständnis der ganzen Situation muß man wissen, daß die beiden Entente-Cordiale-Mächte geheim über den Kopf Deutschlands hinweg eindeutig ein Übereinkommen gegen die deutschen Interessen getroffen hatten. Denn das Reich hatte auf Grund früherer internationaler Verträge auf dem marokkanischen Markt die gleichen Handelsrechte wie die anderen Mächte.

Die vorbereitenden Maßnahmen der Franzosen, die sich auf die Errichtung eines französischen Protektorats über das Land des Sultans von Marokko erstreckten, klappten aber nicht auf Anhieb wie geplant. Deutschland, das dieses Spiel durchschaute, wurde argwöhnisch. Der Kanzler von Bülow riet daraufhin dem Deutschen Kaiser, nach Tanger zu fahren, um dort dem berechtigten deutschen Protest Ausdruck zu verleihen.

Man mag heute über die Art und "Weise dieses Protestes urteilen wie man will. Ein legitimes Recht dieser Aktion kann man jedoch nicht bestreiten. Der Kaiser wie sein Kanzler vertraten den Standpunkt der Unabhängigkeit des marokkanischen Staates. Die Reaktion auf diese

Aktion war bei den verschiedenen Mächten unterschiedlich und hatte Folgen. Der französische Außenminister Delcasse mußte zurücktreten, weil er sich von seinen Ministerkollegen verlasssen sah und Heer und Flotte nicht genügend kriegsbereit waren. England hielt es für notwendig, die englische Kanalflotte als Kundgebung gegen Deutschland in dem Hafen Esbjerg an der Westküste von Jütland vor Anker gehen zu lassen. Dort ließ der Geschwaderchef auf neutralem Boden Truppen landen und Übungen vornehmen, obwohl von dänischer Seite auf Respektierung neutralen Bodens aufmerksam gemacht worden war. Wie weit auch schon zu diesem Zeitpunkt England die angeblich deutsche Freundschaft mißachtet hat, ja bereits einen eindeutigen aggressiven antideutschen Kurs vertrat, geht aus der Enthüllung des zurückgetretenen Außenministers Delcass6 hervor: seine Berechnung sei gewesen, daß angesichts der britischen Flotte Deutschland es nicht auf einen Krieg ankommen lassen würde. Ferner habe die britische Regierung sich Frankreich gegenüber verpflichtet und ausdrücklich angeboten, im Falle des Krieges mit Deutschland hunderttausend Mann an der Küste Jütlands zu landen und von dort nach Süden rückend den Kaiser-Wilhelm-Kanal zu besetzen und untauglich zu machen.

Daher also diese Manöver in Esbjerg. Man ist geneigt, über dieses Theater zu lächeln. Denn in keinem Moment haben der Kaiser und seine Regierung auch nur daran gedacht, wegen der Marokkofrage militärisch einzugreifen, obwohl es nachgewiesenermaßen für Deutschland eine einmalige günstige Gelegenheit gewesen wäre, den Franzosen ein für alle Mal ihre aggressiven Träume zu versalzen. Sicherlich hätte dann der Weltkrieg nicht stattgefunden, zumindest aber unter günstigeren Bedingungen.

Aber auch in diesem Fall ist es wie so oft im Leben: „was ich denk und tu, trau ich auch dem andern zu". Und hier erkennt man die verschiedene Denkungsweise der Engländer und Franzosen und der Deutschen auf der anderen Seite. Beide Mächte des „herzlichen Einvernehmens" gehen davon aus, daß Deutschland etwa das Gleiche denken und entsprechend handeln muß, wie es ihnen ihre Denkungsweise eingibt. Aus diesem Blickwinkel entwickelte sich auch ihre Propaganda und wurden ihre Verleumdungen und Lügen geboren. Unnd Wenn sie dann hinsichtlich ihrer Prognosen falsch getippt haben, so gehen sie dennoch nicht von ihrer einmal vorgefaßten Meinung ab, weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

Auch in diesem Fall bewies das Deutsche Reich wieder einmal seine Friedensliebe. Statt zu marschieren, verlangten die Deutschen die Einberufung einer internationalen Konferenz, die schließlich nach langem Zögern in Algeciras stattfand. Bei dieser Gelegenheit befand sich Deutschland in einer hoffnungslosen Minderheit. Wie schon erwähnt,

bestanden zwischen England und Frankreich Geheimabkommen. Dasselbe traf für Spanien und Frankreich zu. Neu war, daß zwischen Italien und Frankreich Absprachen stattgefunden hatten, was bereits die Unzuverlässigkeit Italiens innerhalb des Dreierbundes erkennen ließ. Rußland stand im Bündnis mit Frankreich. Amerika war über die Geheimabkommen nicht unterrichtet und stimmte mit den noch anwesenden kleineren Nationen für Frankreich, so daß sich die Franzosen den Löwenanteil in Marokko sichern konnten. Nur Marokko als betroffenes Land und Österreich traten für die deutschen Vorschläge ein. So sah sich Deutschland in eine hoffnungslose Minderheit gedrängt und mußte eine schwere diplomatische Schlappe hinnehmen, die bei der parteiischen Zusammensetzung der Versammlung vorauszusehen war.

Trotz dieser für die Franzosen erfolgreichen Konferenz traten Schwierigkeiten in der Verfolgung ihrer Ziele auf, so daß sie noch weitere fünf Jahre warten mußten, bevor sie ihr endgültiges Ziel, die völlige Besetzung und Beherrschung des Landes, erreichen konnten. Dies geschah erst 1911 mit der Besetzung von Fez. Auch dies war trotz aller schönen Worte ein vorsätzlicher Bruch der Verpflichtungen, die Frankreich bei der Konferenz eingegangen war. Als Mißbilligung schickte Deutschland demonstrativ das Kanonenboot „Panther" nach Agadir. Ob auch diese Demonstration richtig oder falsch war, soll hier nicht untersucht werden. Nur geschah sie nicht, um einen Krieg zu provozieren, wie häufig behauptet wird, sondern sie stellte gemäß den Gepflogenheiten der damaligen Zeit eine Anmeldung einer Forderung dar, bei der Aufteilung Afrikas nicht übergangen zu werden. So war es auch. Die Agadir-Krise wurde durch Verhandlung mit den Franzosen auf der Grundlage „Kongo für Marokko" beigelegt.

Eine weltweite Aufregung schuf wiederum England. Diesmal war es der gar nicht zuständige Minister des Schatzamtes David Lloyd George, der die deutschfeindliche Politik des inzwischen verstorbenen Königs Eduard konsequent fortsetzte. Seine Rede enthielt eine klare Kriegsdrohung gegen Deutschland. Er erklärte, Englands Lebensinteressen seien durch das Erscheinen eines deutschen Kanonenbootes an der marokkanischen Atlantikküste bedroht. Daß dies völlig unsinnig war, wußten auch die Engländer. Denn wenn Deutschland wirklich angreifen wollte, hätte es nicht ein kleines Kanonenboot geschickt, sondern eine Flotte mit Landungstruppen. Wieso sah England jetzt seine Lebensinteressen für bedroht an, wo noch einige Jahre zuvor der ausdrückliche Wunsch Großbritanniens an das Deutsche Reich gerichtet worden war, durch das Anlaufen einiger Häfen in Marokko die Franzosen zu warnen? Aber das war vor dem englisch-französischen Marokko-Abkommen und damit vor der Gründung der Entente-Cordiale.

Die Marokkokrise hat eines klar gezeigt: nicht Deutschland war der Aggressor, sondern Frankreich und damit erstmalig offenkundig England. Die zuvor angeführten Ausführungen Delcassés, die englische Flottendemonstration vor Jüdand, die zur gleichen Zeit erfolgten Flottenbesuche der Franzosen in einem englischen Hafen und der englische Flottenbesuch als Gegengeste in Brest sowie die demonstrativen Ansprachen unter anderem auch des englischen Königs an die französischen Offiziere mit Unterstreichung der Notwendigkeit des herzlichen Einvernehmens sind sichtbare Zeichen dafür, daß die Entente-Cordiale ein offensives, eindeutig gegen Deutschland gerichtetes politisches und militärisches Bündnis bedeutete.
Deutschland aber ließ sich nicht provozieren, es wählte den Verhandlungsweg, obwohl es auch im Hinblick auf die militärische Schwäche Frankreichs zu diesem Zeitpunkt den Vorbeugungskrieg gegen Frankreich hätte wählen können, was unter den gegebenen Umständen nicht als frivoler Akt hätte bezeichnet werden können.
England aber glaubte, Kapital aus dieser Situation schlagen zu können. Es hoffte, im Kriegsfalle einen großen Raubzug zur See gegen Deutschland zu führen und schreckte noch nicht einmal vor einer Landung auf deutschem Boden zurück. Dies aber war nur denkbar, weil England Deutschlands Schwäche zur See kannte.
Der gewiß nicht deutschfreundliche belgische Gesandte in Berlin schrieb im Februar 1905 seiner Regierung: „Als Graf Bülow das englische Publikum wissen ließ, daß Deutschland keinerlei aggressive Absichten gegen England habe, sagte er nichts, was nicht jedem ruhigen Beurteiler bereits bekannt war… Die deutsche Flotte wurde lediglich zu Verteidigungszwecken geschaffen... Die wahre Ursache des Hasses der Engländer ist die Eifersucht, hervorgerufen durch die außergewöhnlich rasche Entwicklung der deutschen Handelsflotte, des deutschen Handels und der deutschen Industrie. Dieser Haß wird fortbestehen, bis die Engländer sich mit dem Gedanken vertraut gemacht haben, daß der Welthandel kein Monopol ist, welches England von Rechts wegen zukäme. Außerdem wird der Haß von der „Times" und einer Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften sorgsam gerührt, die auch Verleumdungen nicht scheuen, um dem Geschmack ihrer Leser zu schmeicheln...
Einer der Hauptgründe für die letztlich zwischen Frankreich und England geschlossenen Abkommen, das meiner Ansicht noch nicht eine genügende Erklärung gefunden hat, ist sicherlich der Wunsch gewesen, gegen Deutschland freie Hand zu bekommen…
Es war klar, daß die Neuorganisierung der englischen Hotte gegen Deutschland gerichtet war."
Derselbe Botschafter im Herbst 1905: „Der von den Deutschen geleitete Dreierbund hat uns dreißig Jahre des Friedens in Europa beschert. Die

neue französisch-englisch-russische .Triple Entente' würde kein Ersatz sein, sondern im Gegenteil eine Ursache dauernder Beunruhigung...

Die riesigen Anstrengungen der englischen Presse, einen friedlichen Ausgang der Marokkokrise zu verhindern, "und die wohl doch unaufrichtige Leichtgläubigkeit, mit der sie alle Verleumdungen gegen die deutsche Politik aufnimmt, beweisen, wie sehr die öffentliche Meinung in Großbritannien bereit ist, jede deutschfeindliche Kombination zu begrüßen."

Unabhängig von diesen Berichten schreibt der belgische Gesandte von Paris: „Ob wohl die Leute, welche in England Furcht vor einem unausführbaren deutschen Angriff zur Schau tragen, ganz aufrichtig sind? Schützen sie derartige Besorgnisse nicht etwa nur vor, um einen neuen Krieg zu entfachen, in welchem die deutsche Kriegsflotte vernichtet, die deutsche Handelsmarine und der überseeische deutsche Handel zerstört werden würde? England befindet sich in sicherer Lage. Deutschland hingegen ist leicht zu treffen. Wenn England Deutschland eines Tages angreift, nur um einen Rivalen loszuwerden, so würde es nur seinen alten Grundsätzen folgen".

Obwohl der Rückversicherungsvertrag mit Rußland leichtfertigerweise von der deutschen Regierung nicht erneuert worden war, weil man fälschlicherweise mit England in nähere Beziehung treten zu müssen glaubte, ist dennoch nicht von der deutschen Regierung eine Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland gewollt oder tatsächlich eingetreten. Im Gegenteil, während des russisch-japanischen Krieges hat Deutschland sehr zum Ärger der Engländer Rußland den Rücken freigehalten. Es hat zwar ohne Dank nichts unternommen, was den Russen in ihren schweren verlustreichen Kämpfen irgendwelche Nachteile verursacht hätte. Dagegen hatte England schon zuvor in den Jahren 1902/03 auf Grund der englisch-japanischen Zusammenarbeit von Deutschland verlangt, seine prorussische Politik zugunsten einer probritischen aufzugeben.

Die Ablehnung dieser Forderung war für England ein wesentlicher Grund, die Schwenkung nach Frankreich vorzunehmen. Wie viele britische dokumentarische Veröffentlichungen beweisen, ist diese Schwenkung entgegen anders lautenden Agitationslügen nicht wegen der deutschen Kriegsflotte geschehen. Denn diese war zu diesem Zeitpunkt noch im Embryonalzustand und in der Planung. Deshalb ist es auch eine Geschichtsfälschung, wenn dies immer wieder von der Sozialdemokratie als Grund für die Entfremdung mit England angegeben wird. Die Wahrheit ist vielmehr, daß um die Jahrhundertwende Deutschland von allen Großmächten der Welt zur See am wehrlosten war. Aber gerade zu dieser Zeit unternahmen die Russen, Franzosen und Ameri-

kaner enorme Seerüstungen, die beiden ersten speziell für Offensivzwecke.

Weil Deutschland sich nicht zu einer antirussischen Politik verleiten ließ, erfolgte während der russisch-japanischen Kämpfe aus dem Munde eines hohen britischen Beamten, des civil Lord der britischen Admiralität, Mr. Lee, eine offene und öffentliche Drohung gegen das Deutsche Reich. Unter einmütiger Zustimmung der gesamten englischen Presse sagte er: „Im Falle eines Krieges wird die britische Flotte früher an den deutschen Küsten sein als die Nachricht vom Beginn der Feindseligkeiten in den deutschen Zeitungen. Wir glauben an das alte Wort: dreimal gesegnet derjenige, wer den ersten Schlag führt".

Nie sind aus deutschem Munde solche unverschämten Worte gekommen. Aber England darf sich solche ungestraft erlauben. Nachdem es in zwei Weltkriegen sein Weltreich verloren hat, kann es das heute sicherlich nicht mehr. Jedenfalls muß vor der Geschichte festgestellt werden, daß England in dieser Phase des Geschehens während der Marokkokrise und im Zusammenhang mit dem russisch-japanischen Krieg Deutschland zweimal massiv militärisch gedroht und damit seinen Kriegswillen unter Beweis gestellt hat.

Bündnis England-Rußland

War es bislang England nicht gelungen, Deutschland aus seiner friedlichen, ja fast pazifistischen Haltung herauszulocken, so mußte ein weiterer Schritt unternommen werden. Dazu mag auch die derzeitige Schwäche Frankreichs ein wenig beigetragen haben. England mußte sich nach einer zweiten Kontinentalmacht umsehen, um seinen gefürchteten Handels- und Industriegegner Deutschland vernichten zu können, da dazu offensichtlich die Stärke seines Entente-Cordiale-Partners nicht ausreichte. Rußland war sicherlich der geeignete Wunschkandidat, zumal dann ein Zweifrontenkrieg das Deutsche Reich weitaus verwundbarer machen konnte, dazu eine totale Blockade, die höchste Wirkung versprach.

Dieses politische Unterfangen war zweifelsohne kein leichtes. Einmal hatten Bündnisse zwischen England und Rußland keine Tradition, zum anderen hatte England während des russisch-japanischen Krieges alles getan, um den russischen Imperialismus zum Fernen Osten hin mit Hilfe seines japanischen Bundesgenossen zu stoppen, so daß Rußland dort als Nebenbuhler und Konkurrent für die nächste Zeit ausschied. Trotz alledem war Rußland für England der geeignete Fesdandsdegen gegen Deutschland. Hinzu kam noch, daß die Beziehung«! Rußlands

zur österreichisch-ungarischen Monarchie infolge der wieder aufgelebten panslavistischen Politik von St. Petersburg denkbar schlecht waren.
Nachdem Rußlands Ambitionen in Richtung Ferner Osten wie eine Seifenblase zerplatzt waren, konnte nunmehr England als Ausweichmöglichkeit Konstantinopel und den Nahen Osten für. den russischen Expansionsdrang schmackhaft machen. Es schlug damit zwei Fliegen mit einer Klappe. Konstantinopel aber war nur über Österreich-Ungarn zu erreichen. Hinter der Doppelmonarchie aber stand im Rahmen des Dreierbundes Deutschland, das dazu mit der Türkei enge Kontakte hatte. Seit den 80ziger Jahren geisterte nicht von ungefähr das vielzitierte Wort des russischen Generals Skobelow herum: Der Weg nach Konstantinopel führe durch das Brandenburger Tor.
Sollte ein solcher Wurf je gelingen, so war er zwar genial, aber zynisch, verwerflich und verbrecherisch. Wenn es immer heißt, die englische Diplomatie sei die geschickteste und beste der Welt, so mag das insofern stimmen, als sie zumindest in diesem Fall mit ihrer Skrupellosigkeit und Menschenverachtung zweckbestimmten Erfolg gehabt hat, aber mit Moral, Aufrichtigkeit und Anständigkeit hat das wenig zu tun. Das Ganze war eine eindeutige Einkreisungspolitik mit dem ausschließlichen Ziel der Vernichtung Deutschlands. Hier ersieht man deutlich die historische Kriegsschuld Englands am ersten Weltkrieg.
Dieser Wurf gelang, wenn auch mit Hilfe der Franzosen, die seit 1899 im Bündnis mit Rußland standen. Das alte englische Sprichwort gab den Handelnden auf der politischen Bühne recht: Erst schlag ich ihn nieder, dann frag ich ihn nach seinen Wünschen. Dieses Bündnis war schon von der Anlage her offensiv angelegt. England und Rußland wußten sehr genau, daß der Panslavismus und die Freigabe des Weges nach Konstantinopel die Existenz der Doppelmonarchie zerstörten und klar den Krieg herausfordern mußten. Die Verpflichtungen Deutschlands gegenüber Österreich-Ungarn waren bekannt. Der Dreierbund war ein Bündnis zur Verteidigung des Besitzstandes. Wer also solche Planungen vorsieht und dementsprechende Bündnisse abschließt, kann sich nicht auf Abwehrplanungen herausreden, sondern er weiß sehr genau, daß er den Krieg plant, ihn will und auch auslösen wird. Er stempelt sich damit zum Kriegsverbrecher und nimmt eine ungeheure Schuld auf sich.
Der Berliner Gesandte Belgiens meinte damals, die Entente zwischen Frankreich und England sei einmal noch unwahrscheinlicher gewesen als die zwischen Großbritannien und Rußland, dennoch sei sie zustandegekommen. „Sie ist von beiden Völkern sanktioniert worden, da in *ihr der gemeinsame Haß gegen Deutschland* zum Ausdruck kommt. Ebenso haßt der Russe die Deutschen, weil Deutschland das Nachbarland ist, welches zum Vergleich reizt und dessen überlegene Zivilisation seinen Barbarenstolz demütigt."

Die englische Politik der Annäherung an Rußland begann 1903 und fand 1907 ihren Abschluß durch das offizielle Hinzutreten Rußlands zur britisch-französischen Entente. Sie leitete das Drama des ersten Weltkrieges ein. Dieses Bündnissystem war die Ursache zum ersten Weltkrieg und war zielstrebig die planmäßige Vorbereitung zur Vernichtung der Mittelmächte, Deutschland und der mit ihr verbundenen Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. Die Geschichte des Kriegsausbruchs selbst hat nur untergeordnete Bedeutung. Man war entschlossen, die Politik, die zur Marokko-Krise geführt hat, planmäßig fortzusetzen. Man haßte Deutschland und wollte ihm das Recht der offenen Tür für seinen lebensnotwendigen Handel und seine Wirtschaft nicht zugestehen.
Dieselben Motive zeichneten sich vor dem zweiten Weltkrieg mit dem Versuch ab, das gleiche Bündnissystem zu schaffen. Das gleiche würde auch heute wieder geschehen, wenn nicht infolge des katastrophalen Ausganges des zweiten Weltkrieges England und Frankreich zwangsweise mit uns im gleichen Boot säßen.

Sie müssen heute gemeinsam mit den USA die Folgen ihrer antieuropäischen Politik erkennen, die mit der Zerschlagung Deutschlands endete. Waren sie es doch, die erst der Sowjetunion zu dieser Weltmachtstellung verholfen haben. Heute betrachtet man zwar wiederum neidvoll die Wirtschaftskraft des geteilten Deutschland, muß aber diese im Interesse des Überlebens schlucken, wenngleich die EG erheblich abkassiert.
England hat inzwischen sein Empire verloren und ist zu schwach, Resteuropa zu verteidigen, Frankreich zieht sich, wie es scheint, mit seiner atomaren Force de frappe wie damals hinter seine Maginotlinie zurück und träumt vom Überleben. Nur das kleine Westdeutschland in Verbindung mit amerikanischer Hilfe könnte beiden Ländern den sowjetischen Garaus ersparen, wenn nicht die Gefahr der sittlichen und moralischen Knochenerweichung in Restdeutschland vorprogrammiert wäre.

Heute verfügt England nicht mehr über die Macht und Mittel, wie zu Zeiten der Triple-Entente, weltweit den Kampf zur Vernichtung Deutschlands mit einem ungeheuren Apparat »einer weltumfassenden Diplomatie und Politik in Bewegung zu setzen, um sich den Rücken für einen konzentrierten Kampf gegen das Deutsche Reich freizuhalten, um den „tollen Hund Europas" an die Kette zu legen, wie man sich damals über Deutschland auszudrücken pflegte. Dieses Ziel wurde stets damit begründet, daß die freien Völker die Pflicht hätten, Kultur, Zivilisation und die Freiheit gegen die preußisch-deutsche Herrschsucht und Barbarei zu schützen. Und wer schützt nun diese Verleumder vor den sicherlich noch viel schrecklicheren Barbaren, die Europa nunmehr bedrohen? Niemals habe ich solche Worte aus dem Munde der Engländer und Franzosen gegen Sowjetrußland gehört, das doch mit beider Hilfe

heute eine weit stärkere Position einnimmt als Deutschland zur damaligen Zeit. Aber man hütet sich in Anbetracht der offensichtlichen Stärke der Sowjetunion solches zu offenbaren, weil es ihnen unter Umständen schlecht bekommen könnte. Allein dieser Umstand beweist, wie schwach und angreifbar Deutschland damals war trotz behaupteter gegenteiliger Propagandalügen.

Als vorbereitende Maßnahme für den beabsichtigten Vernichtungskrieg gegen Deutschland und Österreich-Ungarn wurden zwischen Rußland und Japan, wie auch zwischen Frankreich und Japan, Einverständnisse hergestellt. Das bisherige englisch-japanische Bündnis wurde erweitert und damit alles getan, um im Fernen Osten alle Reibungspunkte auszuschalten, um am Tage des großen Kampfes gegen die Mittelmächte den Rücken frei zu behalten. Zwischen den beiden Westmächten und Spanien, aber auch erneut mit Italien wurden dahingehende Abkommen geschlossen, daß das Mittelmeer, politisch wie auch von der maritimen Seite her, sich unter englischem Einfluß befand. Zudem war es dem englischen König Edward, der immer die Führungsrolle der Triple-Entente übernahm, gelungen, das deutsch-freundliche Schweden von Norwegen zu trennen. Letzteres stand dann ganz unter Englands Bevormundung und war dazu ausersehen, den militärischen Nachschub im Falle eines Krieges nach Rußland zu sichern. Außerdem war es eingeplant, gegen die völkerrechtswidrige, gegen Deutschland gerichtete Hungerblockade am Nordausgang der Nord- und Ostsee eine wichtige Schlüsselposition einzunehmen.

Es ist endlich an der Zeit, daß der Welt über die verlogene Propaganda der damaligen Triple-Entente die Augen geöffnet werden. Wo je in der Geschichte hat es eindeutigere Maßnahmen und Vorbereitungen zum Krieg gegeben, die den Willen zum Krieg so sichtbar und eindeutig zum Ausdruck gebracht haben? Wo je in der Geschichte sind die eindeutigen Realitäten und Fakten so ungefälscht und umgelogen worden wie in der Kriegsschuldlüge während und nach dem ersten Weltkrieg? Schon aus diesem Grunde müßte man mit äußerstem Mißtrauen die heute wiederum propagierten einseitigen Darstellungen beurteilen, die zum zweiten Weltkrieg führten. Wie wir später sehen werden, liegen auch hier die Gründe und Ursachen dieses Krieges in ihrer Verantwortlichkeit ganz anders verteilt als es die gleichen Sieger darstellen und wahrhaben wollen. Auch hier wird munter darauf los gelogen. Auch hier wird, heute wie damals, von der eigenen deutschen Regierung dieses verwerfliche Spiel mitgetragen, so daß, abgesehen von einer mangelnden deutschen Ehrauffassung moralische Verklemmtheit zu immer neuen ungerechtfertigten Forderungen führt, die einer großen Nation unwürdig sind und verwerflich erscheinen müssen.

Das führt heute so weit, daß unsere Jugend, auf die es morgen einmal entscheidend ankommen wird, wenn Europa noch eine Überlebenschance haben soll, zum Eunuchentum umerzogen, kaum in der Lage sein wird, diese Aufgabe im europäischen Sinne zu erfüllen. Warum wird heute keine objektive Geschichte mehr gelernt und gelehrt, warum klärt man unsere Jugend nicht über die Zusammenhänge des neuesten geschichtlichen Geschehens genügend und objektiv auf? Will man etwa, nachdem der Morgenthauplan sich als undurchführbar herausgestellt hat, auf kaltem Wege die Vernichtung Europas, indem man den Kraftquell Deutschland umerzieht und damit die Funktion eines Europas mit seiner traditionellen alten Kultur so aufweicht, daß morgen nur noch die asiatische Vermassung und Niveaulosigkeit, ein für die Welt gefahrloses Dahinvegitieren die Folge ist? Geschichtslügen und ihre Verbreitung sind hierfür die besten Wegweiser.

Damals wurden alle Verzögerungen und Schwierigkeiten, die bei diesem Kräfteaufmarsch gegen die Mittelmächte eintraten, von der damals lauthals schreienden westlichen Presse dem „gerissenen Potentaten" (astude potentate), dem deutschen Kaiser zugeschoben. Dabei half die Sozialdemokratie noch in landesverräterischer Weise und betrieb das Spiel unserer Gegner. Auf der anderen Seite nannte man Wilhelm II. von Seiten der Franzosen Guilleaume le Timide, den Furchtsamen, und verglich seine Politik mit Hunden, die bellen, aber nicht beißen. Immerhin liegt der letzten taktlosen Äußerung, die man auch einem feindlichen Staatsoberhaupt gegenüber nicht machen sollte, die ungewollte Anerkenntnis seiner tatsächlichen Friedensliebe zugrunde. Es muß aber auch in diesem Zusammenhang gesagt werden, daß es, trotz oftmals starker prahlerischer Worte unter der Regierungszeit des letzten Kaisers, eine so verhängnisvolle, aber unbewegliche Politik, selten gegeben hat. Der Intrigant war nicht Wilhelm II., sondern eindeutig der englische König Eduard.

Dadurch, daß die damalige deutsche Politik den offensichtlich ihr angedrohten Krieg unter allen Umständen vermeiden wollte, verurteilte sie sich selbst zur Erfolglosigkeit und geriet in eine immer schwieriger werdende Lage. Waren schon jegliche lebensnotwendige wirtschaftliche und politische Maßnahmen des Reiches zur Erhaltung seiner Lebensinteressen von der Triple-Entente ohne weiteres zur Kriegsfrage hochstilisiert worden, so mußte eine Politik des ewigen Ausweichens, des Nachgebens, keiner klaren Entscheidungen, also eine Politik der Schwäche tödlich sein, ja gerade zum Nachstoßen und zur Vernichtung Deutschlands herausfordern.

Dies aber ist auch der einzige Vorwurf, den man der schwächlichen kaiserlichen Politik vorwerfen kann und muß. Gelegenheiten für ein aggressives Vorgehen und damit ein Ausbrechen aus dieser tödlichen

Einkreisungsfront gab es genug. Vor allem war Deutschland um die Jahrhundertwende und auch noch später stark genug, um das effektiver und mit weitaus größerer Aussicht auf Erfolg tun zu können als 1914, als die Triple-Entente voll aufgerüstet hatte. Dagegen hatte es Deutschland aus falsch verstandener Friedensliebe unterlassen, sich gegen solche Falschmünzer im Ausland und im Inneren energisch zu wehren und gegen solche Landesverräter, die aus demokratischen und vor allem sozialdemokratischen Kreisen kamen, energisch genug vorzugehen, beziehungsweise ihnen ihr schmähliches Handwerk zu legen. Denn diese Kreise mit einer starken Presse im Hintergrund waren es, die laufend ihren haßerfüllten Kampf gegen die deutsche Wehrkraft und ihre notwendige Verstärkung geführt haben. Sie machten den Kaiser lächerlich und erfanden die Begriffe „Militarismus", „Militärkaste", Junkertum" und „Kriegspartei", die es nie gegeben hat. Sie unterschoben dem Kaiser einen schrankenlosen Imperialismus und unterstellten der Industrie, einen Krieg aus Profitgier heraufbeschwören zu wollen. Diese Vokabeln der Linken und ihrer Hintermänner wurden nur zu begierig von unseren Feinden aufgegriffen. Diese Parolen waren innenpolitisch auf den Umsturz und die Vernichtung der Monarchie gemünzt und dienten der Sozialdemokratie und ihren Helfershelfern für einen sozialdemokratischen Umsturz, um damit aber den jüdisch geleiteten Kapitalismus ein Stück näher an sein Ziel zu bringen. Bei diesem antideutschen Konzert spielte auch die Freimaurerei mit ihren „Menschheitsidealen" schon deshalb eine negative Rolle, weil sie es unterließ, ihr Wissen um die Angriffsabsichten unserer Feinde, das ihren durch ihre ausländischen Brüder bekannt war, verantwortlichen Persönlichkeiten zur Kenntnis zu bringen, beziehungsweise der deutschen Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Daß es zur englisch-russischen Annäherung kam, ist nicht unerheblich darauf zurückzuführen, daß die Russen über das unheilvolle Wirken der Sozialdemokratie in Deutschland verärgert waren. Sie betrachteten das Zarentum ebenso wie die deutsche Monarchie als ihre größten Feinde und brachten das in ihren Presseorganen auch offen zum Ausdruck. Es ist immer schlimm, wenn ideologische Gesichtspunkte notwendiges politisches Handeln überschatten und damit das Kräfteverhältnis zum eigenen Schaden verändern. Ein wesentlicher Grund dieser Haltung war der Einfluß der Juden auf den Marxismus und damit auf die sozialdemokratische Partei. In Rußland dagegen waren die Juden unter dem Zarentum völlig machtlos und unterdrückt. Damit trifft auch die Sozialdemokratie eine schwere Schuld am Ausbruch des Krieges, auch wenn sie ihn nicht gewollt hat.

Die englische Politik

Aber es geht hier um die Rolle und Verantwortung Englands, die zum ersten Weltkrieg geführt haben. Die englische Politik war außerordentlich geschickt und undurchsichtig. Erst im Verlaufe des Krieges und durch Veröffentlichungen entscheidender Dokumente in der Nachkriegszeit konnte das intrigante verhängnisvolle aber zielstrebige englische diplomatische Spiel aufgehellt werden. England hatte zweifellos die entscheidende Führungsrolle übernommen und blieb dennoch geschickt im Hintergrund. So konnte es geschehen, daß kurz vor Kriegsausbruch, als schon viele politisch denkende Menschen mit äußerster Sorge die auf Deutschland zukommende Gefahr erkannt hatten, viele in der politischen Verantwortung stehende deutsche Politiker erklärten, die Engländer, Franzosen und Russen hätten einen ungeheuren Respekt vor Deutschland und würden sich freuen, von uns in Frieden gelassen zu werden. Wohlgemerkt geschahen solche trügerischen Aussagen zu einer Zeit, als die Kriegspläne und Kriegsziele unserer potentiellen Gegner untereinander ausgetauscht waren und der Stand ihrer Rüstungen sich auf das Ende zubewegte. England hatte es verstanden, gerade den deutschen Kaiser und seinen für die Politik verantwortlichen deutschen Kanzler von Bethmann Hollweg bis zuletzt zu täuschen.

Dabei spielte Eduard Grey als britischer Außenminister eine Schlüsselrolle. Auf der einen Seite unterstrich er immer wieder, daß sein ganzes Wollen der Erhaltung des Friedens gewidmet sei, auf der anderen Seite beklagte er sich, als die von ihm zementierten Absprachen und Kriegsvorbereitungen in Gang kamen, über seine bösen Bundesgenossen, die nun das friedfertige England zum Handeln und Eingreifen zwängen. Wenn er aber wirklich ehrlich die Erhaltung des Friedens gewünscht hätte, so hätte er diesen Friedenswillen mit gewichtigem Nachdruck in St. Petersburg und Paris auch durchsetzen können. Aber nicht dies stand für ihn zur Debatte, sondern die Frage, wie bringe ich nach all meinen friedfertigen Täuschungsmanövern der englischen Öffentlichkeit die Unausweichlichkeit eines Krieges bei.

Das zweite schwierige Problem war für ihn Deutschland. Hier ging es nur um die einzige Frage, was geschehen muß, um weiterhin Deutschland im Nebel stehen zu lassen, dessen Kaiser bis zum letzten Tag an das Königswort Eduards geglaubt hat. Welche diplomatischen Schritte müssen erwogen werden, um Deutschlands Mobilmachung in Anbetracht des gemeinsamen russischen und französischen Angriffsplans so weit wie möglich hinauszuzögern. Bezeichnend sind zwei Vorgänge:
Der deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowski wurde falsch informiert und schickte eine dementsprechende unrichtige Depesche an

den Deutschen Kaiser. Diese hätte um Haaresbreite zur Folge gehabt, die befohlene Mobilmachung nach Westen im Interesse der Erhaltung des Friedens anzuhalten, was bei Durchführung einer solchen Maßnahme naturgemäß zu einer nicht abzusehenden Verwirrung geführt hätte.

Zum gleichen Botschafter äußerte sich Grey anläßlich seiner Abmeldung bei Kriegsausbruch: England könne als Kriegsgegner Deutschland bessere Dienste leisten, denn als Neutraler. Er rechne mit schneller Niederwerfung Deutschlands zu Lande, wonach dann England verhindern müsse, daß Rußland nicht zu mächtig werde. Er rechne kaum mit Seekrieg. .. Als kriegsführende Macht werde Englands Handel nicht mehr Schaden nehmen, denn als neutrale. Englands Geschichte zeigt in dreihundert Jahren, daß die jeweils stärkste Festlandsmacht von englischer Gegnerschaft bedroht war. Man verkannte und verkennt in Deutschland ganz die außergewöhnliche Bedeutung der britischen Festlandsinteressen.

Eine zynischere und frivolere Umschreibung englischer Kriegsinteressen kann es wohl kaum noch geben. Der Krug geht eben solange zu Wasser, bis er bricht. Vielleicht hat eine solche Auslegung der Moral nicht von ungefähr zum Zusammenbruch des Empire beigetragen, zumal man der Ansicht war, sich beim Zustandekommen des zweiten Weltkrieges das gleiche Spiel erlauben zu können. Nur, daß sich Hitler für England folgenschwerer ausgewirkt hat als der damalige harmlose Kaiser Wilhelm II.

Nichts unterstrich diesen Tatbestand besser als die kurze Notiz des Kaisers, als er am 30. Juli 1914 an den Rand der Depesche, die er von seinem Petersburger Gesandten erhielt, schrieb: „das Netz ist uns plötzlich über dem Kopf zugezogen, und hohnlächelnd hat England den glänzenden Erfolg seiner beharrlich durchgeführten puren antideutschen Weltpolitik, gegen die wir uns als machdos erwiesen haben, indem es uns isoliert im Netz zappelnd, aus unserer Bundestreue zu Österreich den Strick zu unserer politischen und ökonomischen Vernichtung gedreht. Eine großartige Leistung, die Bewunderung erweckt, selbst bei dem, der durch sie *zugrunde geht.* Eduard VII. ist noch nach seinem Tode stärker als ich, der ich lebe". Sodann spricht der Kaiser seine Ansicht aus, Deutschland werde sich in diesem Kriege „verbluten".

Kürzer äußerte sich der Reichskanzler von Bethmann Hollweg über seine verfehlte Politik, als er vom britischen Botschafter das englische Ultimatum überreicht erhielt: „Damit fällt ja meine ganze Politik wie ein Kartenhaus zusammen".

Beide Erklärungen bedeuten eine Bankrott-Aussage der deutschen Friedenspolitik. Es ist nicht Aufgabe dieser Schrift, das Fehlverhalten der deutschen Politik zu untersuchen und nachzuweisen. Hier geht es um

die Kriegsschuldfrage und die nachweisbare Verantwortlichkeit der damals verantwortlich Handelnden. Die Frage sei aber gestellt, benehmen sich so zwei kriegslüsterne Staatsmänner, die, wie ihnen die Propaganda immer nachgesagt hat, einen blutigen Angriffskrieg gegen friedliebende Nachbarn verkündet und vorbereitet haben? Die Frage stellen, heißt sie verneinen.

Ein Engländer hat nach dem Krieg den britischen Außenminister, Sir Eduard Grey, zu Recht als den eigentlichen Generalstabschef der Triple-Entente und Belgiens bezeichnet. Darüber besteht heute historisch kein Zweifel mehr. Im Gegensatz zu den verbündeten Mächten mußte die britische Führung Rücksicht auf die nicht kriegswillige Bevölkerung nehmen. Aus diesem Grunde mußten alle militärischen und politischen Planungen, die auf Vorbereitung eines Angriffskrieges schließen ließen, mit äußerster Vorsicht und geheim geschehen, wobei von Grey nur der König und eine Handvoll Kabinettmitglieder Kenntnis bekamen. Wo immer etwas durchsickerte, wurde schlicht gelogen und abgestritten. Man redete sich damit heraus, daß die allgemein üblichen militärischen und maritimen Abkommen der Generalstäbe keinerlei politische Bindungen zur Folge hätten.

Dazu ist grundsätzlich folgendes zu sagen: Absprachen und Vereinbarungen militärischer Art zwischen befreundeten Mächten bis zu Mobilmachung, Aufmarsch und Operationsplan dürfte wohl das Geheimste und das Wichtigste für die Existenz eines Staates sein, das man nur bei Bestehen eines absoluten Vertrauensverhältnisses zu treffen und preiszugeben pflegt, ausschließlich unter Absicherung höchster Regierungsstellen. Deshalb gehört zu solchen militärischen Besprechungen und Abkommen die Notwendigkeit eines Höchstmaßes an Solidarität und Verschwiegenheit, in jedem Falle in einem weitaus höheren Maße als bei politischen Bündnissen. Bismarck hat sich stets gegen Militärkonventionen ausgesprochen, weil sie in entscheidenden Augenblicken die politische Handlungsfreiheit einzuschränken pflegen. Auf keinen Fall bestanden militärische und maritime Abmachungen innerhalb des Dreierbundes. Wie jeder heute nachlesen kann, wurden hier lediglich rein politische Abkommen geschlossen.

Deshalb liegt es von der Materie her auf der Hand, daß militärische Konventionen weitaus bindender und explosiver sind als politische Abkommen. Wenn sich aber aus der Planung vierer Mächte, England, Frankreich, Rußland und Belgien, eine eindeutige, untereinander abgesprochene Aufgabe und Zielsetzung ergibt, die nicht für sondern gegen etwas in Szene gesetzt wird, so beweist das trotz schöner, auch nach außen hin getarnter Formulierungen, für den objektiven und nüchternen Historiker eine eindeutige aggressive Kriegsvorbereitung, die hin-

sichtlich der Kriegsschuldbeurteilung von eminenter Bedeutung ist und nicht abgestritten werden kann.

Vor allem spricht es für ein schlechtes Gewissen, wenn bei Anfragen im Parlament das Bestehen solcher Abmachungen glatt geleugnet und zu Ausflüchten gegriffen wird, wie Grey es noch am 3. August 1914 vor dem Eintritt in den Krieg tat, als er einen Teil der Abmachungen beim Verlesen vor seinen Kabinettsmitgliedern unterschlug. Er tat dies, um so den Eindruck zu erwecken, daß England hinsichtlich der Kriegsentscheidung völlig frei sei. In diesem Fall handelte es sich um den bekannten Briefaustausch zwischen Sir Eduard Grey und dem französischen Botschafter in London, Jules Cambon, in dem beide Herren einander gegenseitig die dauernde intime militärische und maritime Zusammenarbeit bestätigten. Ferner wurde ausdrücklich festgelegt, daß dieses Agreement die Freiheit der beiderseitigen Regierungen, Waffenhilfe zu leisten oder nicht, nicht einschränken würde, schließlich, daß jede der beiden Regierungen, sobald ein Angriff zu fürchten sei, zusammen mit der anderen prüfen würde, ob man vereint „dem Angriff zuvorkommen oder den Frieden erhalten" werde. Dann würden die beiden Regierungen die gemeinsam zu ergreifenden Maßnahmen in Erwägung ziehen und sich schlüssig werden, ob man die Pläne der Generalstäbe zur Ausführung bringen wolle. Hier erkennt man die Verklausulierungen, die vorsichtige Geschicklichkeit, für eventuellen Gebrauch in der Öffentlichkeit und einem Teil der Kabinettskollegen gegenüber.

Obwohl seit Jahren verpflichtende Bindungen zwischen Großbritannien und Rußland einerseits und Frankreich andererseits bestanden, stritt Sir Eduard Grey diese noch in seiner großen Kriegsrede am 3. August 1914 ab und wies nur darauf hin, daß man Frankreich nicht im Stich lassen könne, denn es habe seine Küsten am Adantischen Ozean und am Kanal, im Vertrauen auf England, wehrlos und ungeschützt gelassen.

Er verschwieg wohlweislich, daß mit Frankreich schon seit langem das Abkommen getroffen war, daß die französische Flotte ihr Aufgabengebiet im Mittelmeer wahrzunehmen habe, England aber verantwortlich für die französische Atlantik- und Kanalküste zeichne. Ebenso verschwieg er, daß schon am Tage zuvor die ersten Truppentransporte nach Frankreich unterwegs waren. Bezeichnend in dieser Rede war, daß kein Wort über den Durchmarsch deutscher Truppen durch Belgien gefallen ist. England nämlich hatte seit langem mit Belgien die mögliche Landung von 160000 englischen Soldaten vereinbart. Damit widerlegt sich die Propagandalüge, daß Englands Eintritt in den Krieg infolge des sogenannten Neutralitätsbruches der Deutschen Regierung geschehen sei. Eine solche Behauptung ist unsinnig.

Genauso unaufrichtig handelte Grey noch im Juli 1914, als er den deutschen Kanzler wissen ließ, er teile mit ihm den Standpunkt, daß die österreichisch-ungarische und serbische Streitfrage nur von lokaler Bedeutung sei. Bethmann Hollweg nahm das ernst. In Wirklichkeit aber wußte Grey vom russischen Ministerpräsidenten Sasonow, daß Rußland diesen Konfliktfall nicht mehr gleichgültig und kühl zu betrachten in der Lage war. Er log also ganz offensichtlich und war sich zudem über den eingefädelten Weltkrieg im klaren.

Graf Revendow schreibt in „Kriegsschuldlüge und Kriegsschuldlügner" auf Seite 117 ff. ‚Je vollständiger die Kriegsrüstungen der drei Westmächte und Belgiens wurden, desto freundschaftlicher gestalteten sich alle öffentlichen Äußerungen Deutschlands gegenüber, ebenso die der Minister wie auch der Abgeordneten und der Presse." Das ist ein Vorgang von hoher Bedeutung, der in Anbetracht der Zuschiebung der Kriegsschuld alle Beachtung verdient.

„Zu Anfang dieses Krieges habe ich diese Tatsache folgendermaßen gekennzeichnet: Die englischen Staatsmänner haben den Krieg auf Rollen gesetzt, ihm den entscheidenden Stoß gegeben und sich unter einem Schwall friedfertiger Bekenntnisse in den Hintergrund gestellt, dort leise dirigiert, bis der richtige Augenblick da war. Das war eine glänzende Taktik, durchaus in der Linie dreihundertjähriger britischer Überlieferung, eine Taktik, hinter der eine von Grund auf offensive politische Strategie stand. Zu dieser Taktik gehört auch, daß die britischen Staatsmänner in den letzten Jahren vor dem Krieg, als die Rüstungen der Vollendung entgegen gingen und die europäische Lage reif gemacht worden war, um jeden Augenblick zur Explosion gebracht werden zu können, die Anregung der Bundesgenossen ablehnten, aus „dem herzlichen Einvernehmen ein formelles Bündnis" zu machen. Einige Jahre vorherhatten sie selbst mit dem Gedanken gespielt."

Die für diese Ablehnung von der britischen Presse angeführten Gründe erschienen höchst glaubwürdig und „beruhigend": Großbritannien wolle sich nicht binden, für große europäische Entscheidungen völlig frei bleiben, ein zweiter Dreierbund würde die Lage in unerwünschter Weise spannen. In Wahrheit wollte Großbritannien nur nicht, daß die europäische Lage deutschen Augen klar würde. Ein formeller Dreierbund Frankreich-Großbritannien-Rußland würde die Klärung sofort herbeigeführt und dem deutschen Illusionismus zumindesten einen schweren Stoß gegeben haben. Gerade das aber entsprach nicht den britischen Absichten. Für sie konnte es schwerlich etwas günstigeres geben, als die deutsche Regierung im Nebel zu lassen, bis sie in die sorgsam vorbereitete Wolfsgrube stürzte. Das war jener Augenblick, als Bethmann Hollweg den britischen Botschafter anjammerte: er verstehe nicht, daß Großbritannien in den Krieg einträte, denn damit stürze ja seine, des

Kanzlers Politik, wie ein Kartenhaus zusammen! Die Erkenntnis der Kartenhausnatur der Bethmannschen Außenpolitik sollte und durfte dem Kanzler erst in dem Augenblick kommen, als es zu spät war, als der Zusammensturz da war. Ein offenes Bündnis Englands mit Rußland und Frankreich würde auf deutscher Seite sehr vieles verhütet haben, es würde den britischen Staatsmännern unmöglich gemacht haben, wie sie es Jahr für Jahr taten, das Vorhandensein bindender Beziehungen zu den beiden anderen Mächten in Abrede zu stellen.

So war tatsächlich die Beziehung zwischen den Dreierbundmächten Deutschland-Österreich-Ungarn und vollends Italien unvergleichlich weniger fest und weniger vertrauensvoll, als das Verhältnis der drei Entente-Mächte Rußland zu Frankreich und England. Es war 1914 eine im Laufe von acht Jahren fest durchgeschmiedete militärisch-maritime *Angriffsstellung. Diese* bildete die eigentliche Grundlage der *politischen* Abmachungen und Verträge zwischen jenen Mächten, deren offizielle Staatsführer mit den militärischen Organisatoren der verschiedenen Abkommen und Besprechungen in unmittelbarer, dauernder Berührung standen, ihre Kollegen in den Kabinetten hingegen nur insofern einweihten, als es ihnen ratsam erschien.

Mächte, die den Krieg nicht wollten, nicht suchten, hätten sich diesen sorgsam und zielbewußt geschaffenen Apparat gemeinsamer militärischer Kriegsorganisation nicht angeschafft. Es war in der Tat der militärische Aufmarsch zum großen Angriff. Er allein schon bedeutete die Verantwortlichkeit der drei Ententemächte und Belgiens für den Weltkrieg.

Frankreich-Rußland

Die französisch-russischen Beziehungen und militärischen Vorbereitungen für einen offensichtlichen Angriffskrieg sind weit mehr durchschaubar und liegen offensichtlich auf dem Tisch. Schon unmittelbar nach dem Rücktritt des von Frankreich so sehr gefürchteten Kanzlers Bismarck sah Frankreich seine Stunde der „Revanche", der Rache, gekommen. Das begann damit, daß im Jahre 1887 Frankreich eine umfangreiche Gewehrbestellung und ein Jahr später Rußland eine Anleihe von Frankreich erhielt, genau wie später England diesem immer finanziell notleidenden Staat unter die Arme gegriffen hat. 1891 wurde das erste politische Abkommen geschlossen, ein Jahr darauf wurden militärische Vereinbarungen getroffen, die von Jahr zu Jahr weiter intensiviert wurden. Im Jahr 1899 kam es dann zum Bündnisvertrag zwischen Rußland und Frankreich.

Grundsätzlich muß man die Frage stellen, ob dieser Vertrag für beide Mächte eine zwingende Notwendigkeit für die Erhaltung ihres Besitz-

standes oder gar eine Frage ihres Überlebens war? Ganz gewiß nicht. Mit Rußland gab es keine Differenzen. Die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland waren normal und gut. Bedauerlich, daß der von Bismarck geschaffene Rückversicherungsvertrag nicht erneuert worden ist. Dies hing sicherlich mit der irrigen Hoffnung zusammen, mit England bessere Beziehungen erreichen zu können. Auch die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich waren von deutscher Seite aus gesehen normal. Wir hatten keinerlei Forderungen und bemühten uns um gut nachbarliche Beziehungen. Nur taten die Franzosen so, als ob wir den Krieg 1870/71 verursacht hätten und nicht sie selbst, wie die Geschichte hinlänglich beweist. Nicht wir sind im Laufe der Jahrhunderte in Frankreich eingefallen, sondern stets der Franzose in Mitteleuropa wie die Geschichte Napoleons zeigt. Der Landräuber war jedesmal der Franzose, der von jeher an den Rhein und darüber hinaus strebte.

Wenn aber im Frankfurter Friedensvertrag 1871 Elsaß-Lothringen mit seiner fast rein deutschen Bevölkerung wieder ins Reich heimkehrte, war das nichts Außergewöhnliches und ein legitimer Anspruch Deutschlands. Aber dieses Elsaß-Lothringen hatte es Frankreich angetan, sie wollten es wieder haben. Dies war der Grund, weshalb eine deutsche Annäherung an Frankreich schwer möglich war, da französischer Chauvinismus in der Öffentlichkeit und in den Schulen diese Angelegenheit geradezu zu einer heiligen Nationalfrage hochgesteigert hat. André Tardieus Artikel im Pariser „Temps" spricht es deutlich aus: „Frankreich sei bereit, nach wie vor mit dem Deutschen Reich das diplomatische Kleingeld zu tauschen, aber an ein anderes sei nicht zu denken, solange das Unrecht des Jahres 1870/71 nicht beseitigt sei."

Also man- wollte von uns etwas wiederhaben. Da das niemals freiwillig geschehen konnte, war dies nur mit Gewalt möglich. Damit klärt sich die Frage des Aggressors von ganz allein. Damit wird auch das von Frankreich ausgehende Bündnis mit den Russen verständlich. Da Frankreich allein für den Eroberungskrieg um Elsaß-Lothringen nicht stark genug war, brauchte man einen Bundesgenossen, um durch einen Zweifrontenkrieg eine eigene militärische Überlegenheit zu gewinnen. Alle anderen Versionen sind Erfindungen und Heucheleien, um von der klaren Absicht, diesen Krieg bei der erstbesten Gelegenheit führen zu wollen, abzulenken. Die inzwischen aufgefundenen zahlreichen Dokumente und Äußerungen damaliger verantwortlicher Politiker und Militärs beweisen dies lückenlos.

Die Verträge und Abkommen weisen es klar aus. Neben den üblichen phrasenhaften Beteuerungen der Erhaltung des Friedens steht eindeutig die Absicht und der Wille, die deutsche Armee und damit das Reich zu vernichten. Der französische Minister Delcassé dachte noch einen

Schritt weiter und berichtete 1899 dem französischen Präsidenten, er habe Ziel und Inhalt des Vertrages mit Rußland auf die „Erhaltung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa" ausgedehnt. Dies klingt zunächst harmlos, bedeutet aber, daß nach dem Tode des alten österreichischen Kaisers mit der Auflösung des Dreibundes gerechnet wurde. Man meinte dann mit Unterstützung der Russen dem Deutschen Reich gemeinsam entgegentreten zu müssen, wenn es dann sein Gebiet in Mitteleuropa entsprechend vergrößern würde. Man beabsichtigte, diesen Augenblick für einen Angriffskrieg gegen Deutschland zu wählen. Man wählte nicht schlicht den Ausdruck Vernichtung, sondern nannte das vornehm die Wiederherstellung des Gleichgewichtes. Also auch hier finden wir wiederum die klare Absicht einer Aggression gegen Deutschland.

In Wirklichkeit ging es Frankreich um viel mehr als die Wiedererlangung der Provinzen Elsaß-Lothringen. Entsprechend seiner jahrhunderteralten Tradition der offensiven Rheinlandpolitik bis in die jüngste Zeit hinein, ging es Frankreich darum, die politische, wirtschaftliche und militärische Vormachtsstellung Deutschlands ein für alle Mal verschwinden zu lassen. Von jeher hat Frankreich sich diese Stellung angemaßt, obwohl es dafür zu schwach war. Das, was die Franzosen selber wollten, dichteten sie mit einem ungeheuren Propagandaaufwand stets Deutschland an und erklärten es schon zuvor und im nachhinein für schuldig, frevelhaft und verbrecherisch. Unfaßbar ist nur, daß das auch noch geglaubt wird.

Spätestens nach der Marokkokrise mußte der Deutschen Regierung auch im Zusammenhang mit den Flottendemonstrationen klar sein, daß das britisch-französische Einvernehmen weit mehr als ein reiner Freundschaftsbund war. Er war eindeutig aggressiv gegen Deutschland ausgerichtet. Schon zuvor hatte es der geschickte Delcasse mit seinem französischen Botschafter in Rom verstanden, die Stellung des Dreierbundes dadurch zu schwächen, daß es beiden mit Unterstützung der britischen Diplomatie gelungen war, mit Italien ein Abkommen zu schließen, wonach sich Italien im Konfliktfall Deutschland-Frankreich verpflichtete, keine Truppen an der französisch-italienischen Grenze aufzustellen. Schon an diesem Verhalten Italiens erkennt man die Schwäche des Dreierbundes, was sich später auch erwiesen hat, da Italien bekanntlich auf der Gegenseite stand. Wenn Deutschland dennoch sich nicht entschloß, Italien zum Ausscheiden aus dem Dreierbund aufzufordern, so nur deshalb, um einen offenen Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Italien zu vermeiden.

Während der Balkanunruhen rechnete Frankreich, wie zahlreiche Dokumente beweisen und wie aus Weisungen Poincares hervorgeht, mit der Möglichkeit des Ausbruchs eines europäischen Krieges. Das

beweist auch der Bericht des russischen Botschafters in Paris an seinen Ministerpräsidenten Sasonow, in dem es heißt: „die französische Regierung überlasse Rußland die Bestimmung seines Vorgehens auf der Balkanhalbinsel und stände Rußland für den Fall des Krieges unbedingt zur Verfügung." Dies ist doch nichts anderes als die bedingungslose Bereitschaft Frankreichs für einen Krieg gegen Österreich und damit zwangsläufig auch gegen Deutschland, wenn Rußland dies für erforderlich hält. Klarer kann man seinen Willen zum Krieg nicht dokumentieren! Hier erkennt man nicht den geringsten Versuch, sich um einen Abbau der Spannungen zu bemühen, ja man begibt sich völlig in die Hand der russischen Politik und verzichtet von vornherein auf jede Einflußnahme zum Guten hin.

Ein weiterer Beweis für den Kriegswillen Frankreichs ist der schon zuvor erwähnte Briefwechsel zwischen Grey und dem Franzosen Cambon, in dem Grey seine Bereitschaft ausdrückt, einzugreifen, falls Rußland und Frankreich den Balkankrieg als Anlaß für einen europäischen Krieg betrachten würden.

Im Dezember 1912 ersehen wir aus einem Bericht des französischen Botschafters in Paris an seinen Ministerpräsidenten, daß alle Vorbereitungen im Falle einer englischen Intervention gegen das Deutsche Reich abgeschlossen sind. Es heißt dort: „Die Prüfung aller denkbaren Möglichkeiten durch den französischen und englischen Generalstab ist nicht nur nicht unterbrochen worden, sondern die bestehenden Abmachungen zu Lande und zu Wasser haben in allerletzter Zeit eine noch größere Erweiterung erfahren, so daß augenblicklich die englisch-französische Militärkonvention ebenso in allen Einzelheiten durchgearbeitet ist wie die französisch-russische."

Im gleichen Jahr berichtet der französische Minister Poincaré dem russischen Außenminister Iswolski: „Im großen und ganzen läuft alles auf die Erklärung hinaus, wenn Rußland in den Krieg geht, wird Frankreich dasselbe tun, weil wir wissen, daß in dieser Sache Deutschland hinter Österreich stehen wird." Auch hier erkennt man wieder die Entschlossenheit zur Kriegsbereitschaft. Diese bis ins Letzte vorbereiteten Militär- und Marinekonventionen zeigen eindeutig den Kriegswillen und die Kriegsschuld der Entente-Mächte einschließlich Belgiens, das sein Einverständnis mit der englischen Truppenlandung erklärt hatte.

Trotz dieser bedrohlichen Lage geschah in Deutschland nur wenig. Man wollte den Ernst der Lage nicht begreifen. Die Sozialdemokraten übten sich in internationaler Solidarität und glaubten an Weihnachtsmänner. Die vom Generalstab vorgelegte Heeresvorlage wurde sträflich vernachlässigt und kam nur mit erheblichen Abstrichen zur Durchführung. Dagegen führten die Franzosen wieder die dreijährige Dienstzeit ein und erhöhten damit erheblich ihre Wehrkraft. Dabei war bei der schwachen

Bevölkerungszunahme Frankreichs dies eine derartige Belastung und Beanspruchung, daß sie nur für eine kurze Zeitspanne aufrecht zu erhalten war. Man wußte das in Frankreich sehr wohl und redete sich damit heraus, daß Rußland dies gefordert habe. In Wirklichkeit tat man es aus freien Stücken, nicht etwa als vorübergehende Maßnahme, sondern weil Frankreich auf diese Weise sich zum erwarteten Krieg bereitstellte, um dieses Potential bei Kriegsausbruch sofort zur Verfügung zu haben.
Diese Taktik benutzten die französischen Kriegstreiber wie Poincaré, Delcassé, Millerand und die beiden Cambons, um die anderen Ministerkollegen und auch die öffentliche Meinung auf Krieg einzustimmen. Abgestimmt und zur gleichen Zeit ließ dann der russische Kriegsminister in der Presse veröffentlichen: „Wie sein Herrscher wünscht Rußland den Frieden, ist aber nötigenfalls zum Kriege bereit". Drei Monate später, also noch inmitten einer Friedensperiode ohne irgendeine ersichtliche Krise heißt es: „Rußland ist bereit, Frankreich muß es auch sein".

Im Jahre zuvor, 1913, berichtete wiederum Iswolski über ein „erfreuliches Gespräch", das er mit Delcassé, damals Botschafter in St. Petersburg, geführt hatte, wobei sie sich sehr offen und oft über die beiderseitigen Kriegsziele in dem großen Krieg gegen Deutschland unterhalten haben und zum gleichen Standpunkt gelangt wären. Das heißt doch praktisch nichts anderes, als daß man sich nicht nur hinsichtlich der beabsichtigten Führung eines Krieges einig war, sondern sich bereits über die Ziele und auch über die Beute geeinigt hatte. Parallel dazu erklärte mit gleicher Naivität kurz zuvor der englische König dem russischen Ministerpräsidenten Sasonow: „Im Kriege werde es Deutschland schlimm ergehen, denn die Engländer würden jedes deutsche Handelsschiff, das ihnen in die Hände fiele, versenken." So etwas kann ein englischer König nur sagen, wenn er die Rückendeckung des Kabinetts hat, sonst ist das undenkbar.

Ansonsten pflegen sich die Engländer, besonders in ihren Zeitschriften, sehr viel vorsichtiger auszudrücken. Dort hieß es zum Beispiel, daß das ungeheure Anwachsen der russisch-französischen Streitkräfte dem Deutschen Reich ganz von selbst alle Weltpolitik unmöglich machen und es auf dem Festland auf eine reine Verteidigungspolitik zurückwerfen werde. Weit offener äußerten sich die Franzosen wie der Vorsitzende des Heeresausschusses 1914: „So hatte am 1. Januar dieses Jahres eine Nation von weniger als 40 Millionen Menschen mehr Soldaten als eine Nation von 68 Millionen Menschen".

Im Frühjahr 1914 schrieb das Organ des französischen Kriegsministeriums „France Militaire": „Ein bedeutungsvoller Krieg steht uns bevor. Deutschland, das im Wahne lebte, allein gerüstet zu sein, bemerkt, daß Europa vollkommen in Bajonetten starrt. Nun schreit der Tölpel: zu

Hilfe! weil ihm das Wasser bis an die Kehle steht, und er an seiner geschichtlichen Mission zu zweifeln beginnt."

Während in den beiden obigen Artikeln klar die totale Kriegsbereitschaft der Franzosen und Russen und zwar in einer sehr herausfordernden Form zugegeben wird, äußert sich ein hoher französischer Generalstabsoffizier im Jahre 1912 im „Écho de Paris" ebenso treffend wie ironisch über die Bereitschaft Deutschlands für einen Krieg: „Angenehm enttäuscht hat uns der Umstand, daß Deutschland nicht einmal alle seine fehlenden Bataillone ersetzt hat, obwohl ihm noch Tausende von jungen, gesunden und kräftigen Leuten zur Verfügung stehen. Wären wir in derselben beneidenswerten Lage, so würden wir ganz neue Korps aus der Erde stampfen und unsere so national gesinnte Kammer ließe es an der Bewilligung der nötigen Mittel nicht fehlen. Der Geldpunkt spielt in Deutschland eine unerhörte Rolle, was umso sonderbarer ist, als es sich um ein Land handelt, daß sein ganzes Aufblühen und seinen ganzen Wohlstand der Aufrechterhaltung seiner Wehrkraft verdankt... Dabei weiß man in eingeweihten Kreisen des Auslands, auch in Paris, den soliden Grund und Boden, auf dem Deutschlands Zukunft ruht, sehr richtig einzuschätzen.

Deutschlands Schwäche beruht nicht in der mangelnden Finanzkraft, sondern im engen politischen Horizont des deutschen Volkes. Diese Rückständigkeit, die im schroffen Gegensatz zu den riesigen Erfolgen auf allen anderen Gebieten steht, ist immer der beste Bundesgenosse Frankreichs gewesen. Bei unserer leider immer mehr zu Tage tretenden Minderheit der Bevölkerung erblicken wir unsere Überlegenheit in der Durchführung einer Organisation unserer Streitkräfte, wie sie Deutschland nicht aufweisen kann."

Hier wird nur falsch gesehen, daß man für Deutschlands Schwäche den engen politischen Horizont des deutschen Volkes verantwortlich zu machen versucht. Dies aber waren andere Kräfte, für die eine solche Beurteilung zutreffen mag, nämlich die Sozialdemokraten und andere Demokraten. Denn je nach Stärke oder Schwäche dieser Partei war man im Ausland gewohnt, im umgekehrten Verhältnis die deutsche Stärke zu sehen und zu beurteilen. Die Sozialdemokratie war damals verbrecherisch mitschuldig an der mangelnden Wehrbereitschaft des Reiches. Es wäre später viel Blut gespart worden, wenn man ihren verantwortlichen Führern hinsichtlich ihrer unheilvollen Agitation rechtzeitig einen Riegel vorgeschoben hätte. Wie wirklichkeitsfremd diese Art von Leuten in der Beurteilung des politischen Geschehens war, geht auch aus dem Besuch des sozialdemokratischen Führers, Hermann Müllers, noch kurz vor Kriegsausbruch in Paris hervor, als er glaubte, dort bei den Sozialisten eine „internationale Solidarität" vorzufinden.

Sein berühmter Ausspruch, wir werden nicht schießen, fiel dort auf unfruchtbaren Boden, da der Franzose zunächst einmal Franzose ist und bleibt, und nicht Landesverrat übt, wenn es um die Belange seiner Nation geht. Die deutsche Sozialdemokratie trägt ein gerütteltes Maß an Schuld daran, daß das feindliche Ausland davon überzeugt war, Deutschland sei einem Krieg nicht gewachsen. Daß später nach Ausbruch des Krieges die Führung der Sozialdemokratie nach dem Aufruf des Kaisers, „ich kenne keine Partei, ich kenne nur noch Deutsche", umschwenkte und dennoch mitmachte, war weniger ihrer Überzeugung zu verdanken, als dem Zwang der Lage, da ihnen sonst die Anhänger davongelaufen wären.

Die Balkankriege und ihre Bedeutung für den Weltkrieg

Hatte Bismarck noch sagen können, „daß es für Deutschland keine Balkanfrage gäbe, die die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert sei", so änderte sich dies unter Kaiser Wilhelm II. infolge seiner wirtschaftlich ausgerichteten Orientpolitik, bei der die Türkei als Bindeglied eine bevorzugte Stellung einnahm. Um keine Irrtümer aufkommen zu lassen, dem Reich war ausschließlich an einer friedlichen Entwicklung des Balkanraumes gelegen, weil die Nachschubverkehrsstränge, insbesondere die im Bau befindliche Bagdadbahn, durch diesen Raum über die Türkei nach Mesopotamien führten. Man hatte extra diesen Weg gewählt, um nicht auf dem Seewege durch Gibraltar und den Suezkanal mit England ins Gehege zu kommen. Trotzdem warf man uns wiederholt vor, wir strebten „mit dieser Bahn die Eroberung Indiens" an. Es gibt, weiß Gott, nichts Dümmeres, was nicht dazu auch noch geglaubt wird! Wir konnten also nur an einer friedlichen Entwicklung dieses Raumes interessiert sein, vor allem aber daran, daß die Funktion der Türkei keine Schwächung erfuhr.

Für die österreichisch-ungarische Monarchie dagegen war die Erhaltung des status quo, und damit Ruhe und Frieden auf dem Balkan, eine Überlebensfrage. Der von Rußland geschürte Panslavismus, kriegerische Veränderungen innerhalb der sich gegenseitig belauernden Balkanstaaten, wie es die zu Anfang geschilderte bosnische Krise gezeigt hat, waren für den Bestand Österreich-Ungarns lebensbedrohend. Eine ähnliche Situation hätte sich nach dem Tode Titos ergeben, wenn die Sowjets sich Jugoslawiens bemächtigt haben würden. Dieses Land ist praktisch der Nachfolgestaat der Serben und umfaßt heute 24 Volksgruppen, fünf Religionen und sechs Sprachen.

Schon aus der geschilderten Sicht heraus konnten die beiden deutschen Staaten vorrangig nur an der Erhaltung des Friedens in diesem Räume

interessiert sein. Jede Macht, damals wie heute, die hier die Lunte an das Pulverfaß zu legen gewillt war und ist, muß als Aggressor erscheinen und eine für Europa tödliche Kriegsgefahr heraufbeschwören. Diese Diagnose ist auch wichtig für mögliche kommende Ereignisse, ganz gleich, wie man auch gegebenenfalls solche Ereignisse zu tarnen versucht. Zudem muß man wissen, daß weder Rumänien noch Griechenland, noch die Türkei slawische Staaten sind,

Zum besseren Verständnis für die spannungsgeladene und komplizierte Lage auf dem Balkan muß ich zuvor kurz die geschichtliche Vergangenheit streifen. Der Störenfried war hier Serbien, das laufend von Rußland zwecks Verfolgung eigener Interessen aufgestachelt wurde. Die Balkanstaaten hatten einen verschiedenen Ursprung, nur die Serben und Bulgaren waren den Russen als Slawen verwandt. Die Serben vom nördlichen Griechenland bis fast hinauf nach Venetien, parallel zur Adria verlaufend, waren an Kraft und Stärke die bedeutendste Gruppe. Dieses Gebiet war einst zwischen dem weströmischen Reich mit der Hauptstadt Rom und dem oströmischen mit der Hauptstadt Byzanz geteilt worden. 1453 hatten die ottomanischen Türken dieses Ostreich mit Konstantinopel erobert und sich nach Nordwesten bis nach Europa vorgeschoben, bis sie 1683 vor den Toren Wiens eine entscheidende Niederlage erlitten. Damit war ihre Macht gebrochen.

Während der nächsten 250 Jahre wurden sie weiter zurückgedrängt, so daß Teile dieser verlorenen Gebiete wieder an Österreich zurückfielen. Nominell war noch bis zu Beginn des Zwanzigsten Jahrhunderts ein großer Teil des Balkans wie Thrazien, Macedonien, Bosnien, die Herzogewina, Albanien und Teile Bulgariens türkisch. Von diesen Gebieten war praktisch nur Bulgarien unabhängig. Auf dem Berliner Kongreß 1878 hatten die Serben vom Sultan ihre Unabhängigkeit erlangt, und Österreich-Ungarn bekam die Verwaltung der Bosnien-Herzogewina zugesprochen. In Thrazien und Macedonien herrschte weiter die Türkei mit Unterdrückung, Korruption und Gesetzlosigkeit, so daß es eine Frage der Zeit war, wann sich die christlichen Balkanstaaten zusammenschließen würden, um ihre Glaubensgenossen aus dieser Zwangslage zu befreien. Nur die Serben machten sich gleich zwei Staaten zu Feinden, die Österreicher und die Türken.

Im Jahre 1908 brach die von London, Paris und der Freimaurerei gestützte jungtürkische Revolution aus. In Bosnien und in der Herzogewina lebten viele Türken, auch befanden sich dort die türkischen Krongüter. Hier verbanden sich völlig unnatürlich die jungtürkische mit der serbisch-slawischen Bewegung, die den Bestand der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie gefährdete. Dazu traten die Tschechen und Slowaken mit ihrem fanatischen Haß. In Anbetracht dieser Lage beschloß der damalige österreichische Außenminister, Baron Aerenthal,

ohne vorherige Absprache mit dem Deutschen Reich, dieser Entwicklung aktiv entgegenzutreten. Der erste Schritt war die Ankündigung des Baues einer Bahn von Wien nach Saloniki. Sodann ließ Kaiser Franz Joseph die staatliche Angliederung von Bosnien und der Herzogewina verkünden. Diese Maßnahme löste beim Dreierverband, England-Rußland und Frankreich einen Sturm der Entrüstung aus und natürlich auch bei den Serben, die mit Hilfe Rußlands von einem Großserbischen Reich träumten. Diese Angliederung lief vor allem der russischen Politik zuwider, die darauf abzielte, mit Hilfe eines unter der Führung des Zaren zu errichtenden Balkanbundes, Konstantinopel zu gewinnen und die Meerengen des Bosporus und der Dardanellen für sich zu kassieren. Eine solche Politik aber konnte nicht im Interesse des Deutschen Reiches liegen, weil das eine Preisgabe des türkischen Reiches und eine Aufgabe der wirtschaftlich wichtigen Orientpolitik bedeutet hätte.
Das aufgehetzte serbische Volk tobte, und die serbische Regierung ordnete die Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn an. Sie hoffte auf die Unterstützung der Russen, Englands und Frankreichs. Nur war Rußland nach dem verlustreichen Krieg mit Japan zu diesem Zeitpunkt nicht kriegsbereit. Das wußte niemand besser als die Franzosen. Hinzu kam noch, daß zur gleichen Zeit französische Finanzinteressen in der Türkei bestanden. Das ging soweit, daß die französische Regierung im „Le Temps" feierliche Warnungen an England richten ließ, die Kriegshetze einzustellen. Dies war ein einmaliger französischer Vorgang, nur begreiflich, wenn man weiß, daß in der Bosnienkrise die Engländer nachgesucht hatten, aus dem „herzlichen Einvernehmen" ein richtiges Bündnis abschließen zu wollen.

Dies hatte damals die französische Presse, nach den Erfahrungen von 1905 klüger geworden, mit der Begründung verlautbaren lassen, daß zuvor erst Großbritannien eine genügend starke, verwendungsbereite Expeditionsarmee zwecks Verwendung auf dem Kontinent aufstellen müsse. In England wußte man sehr wohl Bescheid über den derzeitigen Zustand der russischen Armee. Wenn es dann trotzdem zum Kriege drängte, so geschah es aus egoistischen Gründen nur deshalb, weil Gelegenheit und Risiko günstig waren, um den See- und Wirtschaftskrieg gegen Deutschland mit vernichtendem Erfolg führen zu können, falls sich Deutschland auf die Seite seines Bundesgenossen Österreich stellte. Dies aber mußte Deutschland tun, nicht, wie Fürst Bülow es nannte, aus Nibelungentreue, sondern weil sonst entweder das Bündnis in die Brüche gegangen oder Österreich-Ungarn als Großmacht erledigt gewesen wäre. Beides konnte nicht im deutschen Interesse liegen.
Die Besetzung Bosniens wurde von den Mächten hingenommen und damit der Politik des Dreierbundes ein Erfolg zuteil! Nur England hatte seit 1905 nunmehr zum dritten Mal Deutschland mit Krieg bedroht und

damit seinen Kriegswillen gezeigt. Es wurde der äußerst fähige und deutschfreundliche Botschafter, Sir Frank Lascelles, aus Berlin zurückgerufen, womit der englische König zu erkennen gab, daß ihm an einer Freundschaft mit Deutschland nicht gelegen war. Der belgische Botschafter in Berlin berichtet seiner Regierung vertraulich: „Wenn die britische Regierung auf die Dienste eines so vorzüglichen Diplomaten verzichtet, so kann das nur daran liegen, daß Sir Frank Lascelles fünfzehn Jahre lang und ohne sich durch zahlreiche Mißerfolge abschrecken zu lassen, daran gearbeitet hat, eine Annäherung zwischen Deutschland und England herbeizuführen. Der Eifer, den er entwickelt hat, um Mißverständnisse zu beseitigen, die er für töricht und für beide Länder im hohen Maße für nachteilig hält, entspricht nicht den politischen Ansichten seines Herrschers."

Den in ihren Hoffnungen getäuschten Serben wurde vom russischen Außenminister bedeutet, daß dies nur ein vorübergehender Rückschlag, ja eigentlich ein Vorteil sei, da nunmehr Rußland, Frankreich und England in der Balkanfrage fest zusammenstünden und die nächstbeste Gelegenheit wahrnehmen würden, die serbischen Interessen zum Erfolg zu bringen.

Der serbische Ministerpräsident schrieb im Herbst 1908 über eine Unterredung mit dem russischen Außenminister Iswolski: „Er drückte seine Überzeugung und Hoffnung auf eine baldige und blutige Abrechnung mit Österreich-Ungarn aus. Die österreichische Frage werde damit demnächst viel zugespitzter als die türkische, und seine Politik gehe auf eine Liquidierung aller russischen Fragen außerhalb Europas hinaus, um Rußland seinen europäischen Bestrebungen wieder zuzuführen."

Paschitsch, einer der wichtigsten serbischen Staatsmänner, berichtete zur gleichen Zeit über sein Gespräch mit dem Zaren: „Die Frage von Bosnien und der Herzogewina könne nur durch Krieg gelöst werden, da seiner Ansicht nach Österreich-Ungarn weder in eine Autonomie noch in internationale Kompensationen einwilligen werde".

Der serbische Gesandte in Petersburg berichtete über die Unterhaltung mit dem russischen Duma-Präsidenten: „Die Auseinandersetzung mit dem Germanentum sei unvermeidlich, aber man müsse sich auch auf sie vorbereiten. Wir haben getan, was kein Staat bisher getan hat, indem wir vor der ganzen Welt erklärt haben, daß wir augenblicklich nicht in der Lage sind, Krieg zu führen. Wir betrachten jedoch jede Serbien zugefügte Gewalt als den Beginn des europäischen Krieges, in den wir uns jetzt noch nicht einmischen können. Er wird aber später ausbrechen, wenn wir imstande sein werden, eine Stimme unter den Mächten zu haben."

Aus allen diesen Aussagen erkennt man die Absicht der Vernichtung der Doppelmonarchie, denn ohne ihre Zerstörung waren Rußlands Ziele nicht zu erreichen. Auch die Vertreibung der Türken aus ihren Gebieten und die Absicht der Beherrschung der Meerengen wird ersichtlich. Das sind alles Ziele, die zwangsläufig den Krieg herausfordern und damit die Herausforderer vor der Geschichte eindeutig schuldig werden lassen.

Man riet den Serben von einem offenen Kampf im Interesse ihrer Selbsterhaltung ab. „Verschweigt eure Absichten und bereitet euch im geheimen vor! „Das hieß nichts anderes als Untergrundarbeit und war das Fundament der späteren Franktireur- und Partisanentätigkeit, die völkerrechtswidrig war und im zweiten Weltkrieg zwangsläufig verheerende Folgerungen nach sich ziehen mußte. Hier war es die Gründung der Geheimorganisation „Narodna Odbrana" 1908, die freimaurerisch geführt wurde und später die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand veranlaßte.

Die Parole der Entente-Mächte hieß nunmehr rüsten, rüsten und nochmals rüsten, da man zum Kriege entschlossen war. Man meinte auch, daß die Lage auf dem Balkan mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit den geeigneten Anlaß dafür ergeben werde. Zunächst war die russische Politik bestrebt, unter slawischen Vorzeichen einen Bund unter den Balkanmächten mit antitürkischer und antiösterreichisch-ungarischer Zielsetzung zustande zu bringen. Die insgeheim geschlossenen Verträge kamen mit Unterstützung von London und Paris zustande. Als Poincaré wieder einmal in St. Petersburg weilte, schrieb er an sein Außenministerium, daß diese Verträge den Keim eines Krieges gegen das türkische Reich und Österreich enthalten. Er betitelte diese Verträge „Conventions de Guerre", also Abmachungen, die zum Kriege führen müssen. In Berlin und Wien glaubte man nicht so recht an das Zustandekommen solcher Verträge.

Aber plötzlich im Herbst 1912 war der Balkanbund dennoch da. Haß ist eben eher imstande etwas zu erreichen als nüchterne Vernunft. Und schon konnte das abgekartete Spiel der Entente-Mächte beginnen, wobei der Balkankrieg nur den allgemein erwünschten europäischen Krieg auslösen sollte. Das Zustandekommen des Balkanbundes war schneller geschehen als der Rüstungsfortschritt der Russen und Franzosen, die beide keineswegs fertig waren. Aus diesem Grunde hielt Frankreich seinen russischen Bundesgenossen davon zurück, die Balkanauseinandersetzung zu forcieren, da man die militärische Stärke der Türkei als einen ernstzunehmenden Faktor einschätzte, und die der Balkanmächte als noch zu schwach, um sich gegen die Türkei durchsetzen zu können. Dessen ungeachtet schürte Rußland mit seinen Agenten heim-

lich das Feuer, so daß es im Oktober 1912 für Berlin und Wien völlig überraschend zum Ausbruch der Kampfhandlungen kam.

Das Feuer flackerte zuerst in Montenegro gegen die Türken unter dem verlogenen Kampfruf „Kreuz gegen Halbmond" auf, und zwar mit Erfolg. Die Türken erwiesen sich als wenig widerstandsfähig. So geschah es, daß die Balkanmächte mit Griechenland zusammen den türkischen Widerstand brachen und das türkische Heer bis auf einen Restzipfel aus Europa zurückwarfen. Schon im Dezember des gleichen Jahres mußte der türkische Sultan um einen Waffenstillstand bitten.
So unerwartet überraschend die erste Phase des Kampfes auch verlaufen war, konnte sie doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Lage weiterhin äußerst gespannt blieb. Das zeigte sich sogleich auf den beiden Londoner Konferenzen, der Botschafterkonferenz der Großmächte einerseits und der Balkanstaaten und der Türkei andererseits. Die Gebietsverluste der Türkei waren eindeutig, aber die Aufteilung der Beute und Festlegung der neuen Grenzen war äußerst schwierig, da die alten Gegensätze der Balkanstaaten erneut aufbrachen. Naturgemäß erhielt Serbien den größten Landzuwachs. Die Entente-Mächte rechneten mit Kompensationsforderungen der Donaumonarchie, und damit, wie durch zahlreiche urkundliche Zeugnisse belegt wird, mit der Möglichkeit eines Krieges. Tatsächlich hatte Rußland im Rahmen einer Probemobilmachung Truppen an die österreichische Grenze verlegt, so daß die Österreicher und Ungarn zu gleichen Maßnahmen gezwungen wurden.

Bei einem Treffen Kaiser Wilhelms II und' dem Erzherzog und Thronfolger in Deutschland übte der Kaiser einen energischen mäßigenden Einfluß aus. Nach dem Bericht des belgischen Botschafters habe er dem Thronfolger beim Abschied zugerufen: „keine Dummheiten"! Österreich verlangte, da Albanien nicht serbisch war, die Selbständigkeit dieses Staates, und daß es im Gegensatz zu Wilhelm II. Auffassung, keinen Hafen und damit keinen Zugang zum Meer erhielt, womit man den Wünschen Italiens entgegen kam. Griechenland wurde vergrößert und erhielt große Teile von Macedonien mit Saloniki. Österreich verlangte, daß der an Griechenland fallende Hafen zum Freihafen erklärt würde.

Auch hier muß festgestellt werden, daß Österreich-Ungarn seine Forderungen sehr zurückhaltend so stellte, daß sie nicht den Frieden auf dem Balkan bedrohen konnten, vor allem ein Eingreifen Rußlands über die serbische Frage nicht möglich war. Sogar Poincaré mußte nach dem Weltkrieg zugeben, daß die deutsche Haltung sehr zur Erhaltung des Friedens beigetragen habe. Nur begründete er diese mit der mangelnden deutschen Kriegsbereitschaft, was sachlich unrichtig war. Denn Deutschland war im Vergleich zur militärischen Bereitschaft gegenüber

den Entente-Mächten, die sich zu diesem Zeitpunkt noch in voller Aufrüstung befanden, in einer entschieden besseren Position als 1914.
Trotz der Londoner Konferenz brach der Zwist um die Beute erneut aus. Bei diesen Kämpfen verloren die Türken noch Adrianopel, das heutige Janina und Edirne, das jetzt Ioannina heißt. Die Festung Shukari, heute Shkoder, südlich Albanien wurde durch Montenegriner und Serben belagert und fiel Ende April. Deutschland und Österreich verlangten die Räumung, da diese Festung dem unabhängigen Albanien zugeschlagen werden sollte. Aus gleichem Grund mußten die Serben auch den Hafen Durazzo, heute Darres, wieder räumen. Die Serben waren eifersüchtig auf die Bulgaren und meinten, daß Bulgarien zuviel erhalten hat. Zudem wollten die Rumänen, die bisher nicht in die Kämpfe eingegriffen hatten, von den Bulgaren die Dobrudscha am Schwarzen Meer. Die Folge war, daß Bulgarien gegen die Serben und Griechen kämpfen mußte und vollständig unterlag. Dann fielen noch die Rumänen in Bulgarien ein, so daß es von seinen Eroberungen soviel abtreten mußte, daß es in etwa nur den Landbestand aus der Vorkriegszeit erhalten konnte. Rumänien erhielt die Dobrudscha.
Noch vor Friedensschluß schrieb der russische Außenminister Sasonow an seinen Belgrader Gesandten: „Serbien hat erst den ersten Teil seines geschichtlichen Weges durchmessen. Um sein Ziel zu erreichen, muß es noch einen furchtbaren Kampf bestehen, der seinen Bestand in Frage stellen wird. *Serbiens Verheißungsland liegt im heutigen Österreich-Ungarn* und nicht da, wohin es jetzt strebt und wo ihm die Bulgaren entgegenstehen. So ist es ein Lebensinteresse Serbiens, die Bundesgenossenschaft Bulgariens zu erhalten und andererseits sich in geduldiger Arbeit für den unvermeidlichen *Zukunftskampf vorzubereiten.* Die Zeit arbeitet für Serbien und gegen seine Feinde, die schon deutlich Zersetzungserscheinungen erkennen lassen."
Allein schon dieses Schreiben beweist hinlänglich die Planung und Vorbereitung eines europäischen Krieges und damit die verbrecherische Schuld der Entente-Mächte. Genau wie geplant, ist dann auch der Weltkrieg in Szene gesetzt worden. Es ist wirklich an der Zeit, daß die einseitige „Vergangenheitsbewältigung", die in der Weimarer Republik schon Mode war und heute geradezu zur heiligen Kuh geworden ist, endlich unterbunden und durch die volle Wahrheit ersetzt wird. Das dürfen und müssen wir im Interesse unserer Ehre und einer zukunftsträchtigen europäischen Entwicklung in Anspruch nehmen.
Der Balkankrieg hat zweifellos, wie geplant, mit dem Frieden von Bukarest die Lage des Dreierbundes wesentlich verschlechtert. Dieser bedeutete eine gewaltige Schwächung für den Fall eines kommenden Krieges. Aus diesem Grunde hat auch der Reichskanzler 1913 die deutsche Wehrvorlage wie folgt begründet: „Trotzdem bleibt eins unzweifelhaft.

Sollte es einmal zur europäischen Konfrontation kommen, die Slawen und Germanen gegenüberstellt, so bedeutet es für die Germanen einen Nachteil, daß eine Stelle im System der Gegengewichte, welche bisher von der europäischen Türkei eingenommen wurde, jetzt zum Teil von südlichen Staaten besetzt ist. Durch die akute Belebung der Rasseninstinkte erhalten die durch den Balkankrieg eingetretenen Verschiebungen der militärpolitischen Situation eine erhöhte Bedeutung. Wir sind gezwungen, sie in Rechnung zu stellen."

Diese Rede war pflaumenweich. Es war in Wirklichkeit nicht Krieg zwischen Slawen und Germanen, sondern ein russischer Eroberungskrieg, der sich nur der kleinen Mächte der Slawen bediente. England und Frankreich verfolgten im Kampf gegen Deutschland ihre eigenen Ziele und hatten es lediglich durch Ablenkung Rußlands von seinen fernöstlichen Zielen verstanden, sich das russische Militärpotential für eigene Zwecke nutzbar zu machen. Nüchtern betrachtet, bedeuteten die Balkankriege, wie aus Hunderten von Dokumenten nachzulesen ist, die planmäßige von den Entente-Mächten gewollte Einleitung des Weltkrieges. Der Friede war nur zu retten, wenn Rußland gezwungen wurde, Serbien nicht zu unterstützen.

Die deutsche Flottenfrage

Im „Spiegel" Nr. 6 vom 4. Februar 1980 lese ich über die Wilhelminische Flottenfrage (Wilhelm Bittdorf): „Dieser Drang nach Machtsymbolen statt nach erreichbarer wirklicher Weltmacht (damit sind im Zusammenhang mit der Besetzung Afghanistans die Sowjets gemeint) ähnelt nur zu sehr dem Imponiergehabe, mit dem einst das Wilhelminische Deutschland den Westmächten eine Ebenbürtigkeit vorführen wollte, die ihm einfach nicht gegeben war - Imponiergehabe, das die Welt von Feinden erst geschaffen hat, von der sich das Reich schließlich umzingelt sah."

Es ist erstaunlich, daß man noch heute an solchen geschichtlich falschen Auffassungen festhält, die nicht der Wahrheit entsprechen. Solche Schuldfragen und Schuldlügen sind bei allen Verantwortlichen der Weimarer Republik und auch heute wieder ein Zeugnis ihrer Unfähigkeit, ihrer moralischen Feigheit, ihres Mangels an Nationalgefühl, ihres Parteiegoismus und ihrer vollendeten Gewissenlosigkeit gegenüber dem deutschen Volk.

Großbritannien ebenso wie auch Frankreich sahen Deutschlands Stärke in erster Linie als führende Kontinentalmacht. Die starke Position des Deutschen Reiches auf dem Festland war Ausgangspunkt ihrer Sorge, ihres Neides und ihres Hasses. Die deutsche Hotte, die zu keiner Zeit

eine ernsthafte Gefahr für England bedeutet hat, spielte demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle. Um die Jahrhundertwende, als längst der Aufmarsch gegen Deutschland in Gang gekommen war, war die deutsche Flotte noch in der Planung und die bei weitem kleinste in Europa. Es ist auch niemals vom Großadmiral von Tirpitz oder dem deutschen Kaiser eine England ebenbürtige Flotte angestrebt worden, da man sehr wohl wußte, daß Großbritannien als überseeische Macht ganz andere Verpflichtungen wahrzunehmen hatte.

Daß auf der anderen Seite Deutschland mit seiner langen Küste, mit seinen überseeischen Besitzungen, die im übrigen alle unblutig erworben oder gekauft worden waren, und seiner starken Handelsflotte eine Marine zu Verteidigungszwecken brauchte, dürfte auch den Einfältigsten klar sein. Es ist geradezu historisch nachweisbar, daß England stets eher für einen Angiff gegen Deutschland oder zur Teilnahme an einem Angriff geneigt war, je wehrloser Deutschland zur See gewesen ist. Ohne Flotte aber wären wir nichts anderes als ein Vasall Englands gewesen, das uns ja nach Belieben erpressen und unseren Faden zur benötigten Außenwelt hätte abschneiden können. Darüber hinaus hat sich Großbritannien jahrelang in der Presse über unsere Flotte lustig gemacht, sie nur sehr gering eingeschätzt und sie „als des Kaisers Spielzeug" verspottet. Täte eine Nation das, wenn sie die deutsche Flotte gefürchtet hätte?

Tirpitz vertrat den Standpunkt, eine den deutschen Bedürfnissen angepaßte Flottenpolitik sei aus politischen wie militärischen Gründen eine Überlebensfrage für die deutsche Nation. Gleichzeitig sah er richtig voraus, daß sich Großbritannien mit der Existenz einer Deutschland angemessenen Kriegsmarine abfinden werde. Denn in England seien immer matter of facts, d. h. Tatsachen respektiert worden. Die deutschen Politiker aber verpflichtete er, während der langjährigen Aufbauzeit, insbesondere England gegenüber, eine ausgewogene, zurückhaltende Außenpolitik einzuhalten, um die Zeit der Schwäche zu überbrücken. Wie das spätere politische Geschehen beweist, dachte und handelte er durchaus richtig. Alle englischen Drohungen entstammten den Jahren vor 1911, also einer Zeit, als die deutsche Flotte noch kein ernstzunehmender Faktor war.

Ich erinnere nur an die 1905 erfolgten Flottendemonstrationen der Engländer und die befürchtete Zerstörung des Kaiser-Wilhelm-Kanals. Während des russisch-japanischen Krieges ließ der Civil Lord der britischen Admiralität, Mr. Lee, in der Presse verlauten: „Im Falle eines Krieges wird die britische Flotte früher an den deutschen Küsten sein, als die Nachrichten vom Beginn der Feindseligkeiten in den deutschen Zeitungen". 1908 machte der britische Admiral Sir John Fisher, wie erst später bekannt wurde, dem englischen König den Vorschlag, mitten im

Frieden durch einen plötzlichen Überfall „ohne Gefahr und Blutvergießen" die deutsche Flotte zu vernichten.
1911, bei der zweiten Marokko-Krise, mobilisierte die britische Regierung in aller Stille die Flotte und ließ die Nordsee nach der deutschen Flotte mit einer Unzahl kleinerer getarnter Schiffe absuchen. Die Geschwader der englischen Hochseeflotte standen bereit, jederzeit einen Vernichtungsschlag gegen die deutsche Hotte zu führen. Währenddessen übte diese in völliger Sorglosigkeit in den norwegischen Gewässern, und niemand auf den deutschen Schiffen ahnte, daß man ständig von englischen Torpedobooten beschattet wurde. Die Kriegsdrohungen von Lloyd George waren nicht etwa aus Furcht vor einer Landung der Besatzung des kleinen Kanonenbootes in Agadir erfolgt (man wußte genau, daß eine Landung nicht vorgesehen war), sondern aus verletzter Eitelkeit, weil sich England übergangen fühlte und weil man einen Druck auf die deutsch-französischen Verhandlungen ausüben wollte. Auch in diesem Falle, wie so oft, geschah dies mit dem Erfolg, daß die friedfertige, verängstigte deutsche Regierung von ihrer höchst bescheidenen Forderung einer Kompensation dreiviertel ihrer Wünsche fallen ließ, ein schwerer politischer Fehler, der im unbedingten Bestreben der Erhaltung des Friedens gemacht wurde.

Ausgelöst durch sozialdemokratische Angriffe gegen die deutsche Flottenpolitik, mit der mehr als törichten Behauptung, daß nur unsere angestrebte Flotte die Freundschaft mit England hintertreibe, wurde 1909 tatsächlich von England eine sogenannte „Hottenpanik" künstlich in Szene gesetzt. Es hieß dort in der Presse wider besseren Wissens, daß der Bau der deutschen Hotte in aller Heimlichkeit und höchstem Tempo geschehe, so daß zu befürchten sei, daß in wenigen Jahren die deutsche Flotte an hochwertigen Schiffen der britischen fast gewachsen sei. Natürlich war das eine bewußt ausgestreute Unwahrheit Aber man wollte damit erreichen, daß die eigene Bevölkerung und die Welt glauben solle, Deutschland bereite in aller Heimlichkeit einen Überfall auf das arme friedfertige England vor. Zudem diente es der psychologischen Vorbereitung für ein Riesenbauprogramm der britischen Hotte.
Wie immer nahm die britische Regierung zu den von ihr geförderten Nachrichten der Presse keinerlei Stellung und wusch ihre Hände in Unschuld, da sie genau wußte, daß die britische Kampfflotte dreimal so stark war wie die deutsche. Aus den deutschen Urkunden kann man dazu entnehmen, daß im Zusammenhang mit dem Thema Rüstungseinschränkungen im britischen Parlament unverbindliche Besprechungen zwischen maßgeblichen deutschen und englischen Persönlichkeiten stattgefunden hätten, aber „niemals", so erklärte der deutsche Kanzler von Bülow, „sei von englischer Seite ein Vorschlag gemacht worden, der als Basis für amtliche Verhandlungen hätte dienen können." Trotz-

dem log Grey in altbewährter Weise im Unterhaus, indem er zwar zum Ausdruck brachte, daß man Deutschland keinen Vorwurf aus seinem Flottenbau machen könne, aber er bedauere die deutsche Ablehnung der englischen Vorschläge. Das gleiche hatte sich dieser Herr schon einmal erlaubt, als er vor dem Parlament das britisch-russische Marineabkommen mit frecher Stirn abstritt, über das der deutsche Kaiser geheim und authentisch genau unterrichtet war. Aber diese genau überlegte „Flottenpanik" war ein altbewährtes englisches Propagandamittel und erfüllte voll seinen Zweck. Sie ging durch die ganze Welt per Telegraphenbüros, Presse, Botschaften und Konsulate und vor allem hinaus in die britischen Kolonien, die die „deutsche Gefahr" fürchten lernen und sich somit enger an das Mutterland anschließen sollten. Dies war nichts anderes als eine bewußte Vorwegnahme der Kriegsschuldlüge.
Umgekehrt schlug diese künstlich erzeugte Panik bei der deutschen Opposition und Männern wie von Bethmann Hollweg, Kinderlein-Wächter und nach dessen Tode beim Staatssekretär von Jagow Wellen. Sie fielen zur Freude der Engländer auf dieses frevelhafte englische Spiel herein und beklagten tränenden Auges die Bedrohung Englands und die Gefährdung der deutsch-englischen Freundschaft. Männer wie Grey konnten sich eins ins Fäustchen lachen. Dieses grausame Spiel zur Schwächung der deutschen Kriegsbereitschaft wurde noch oft wiederholt, da man die Mentalität der deutschen Dummköpfe und der Sozialdemokratie inzwischen richtig einzuschätzen gelernt hatte. Es hat sich bis auf den heutigen Tag daran wenig geändert.

Auch diese Panikmache hatte bei den Vereinigten Staaten tiefen Eindruck hinterlassen. Das kam bei einem Geschwaderbesuch in England 1910 in einer Tischrede zum Ausdruck: „die Vereinigten Staaten würden bei einem Krieg mit Deutschland den letzten Blutstropfen und den letzten Dollar für das alte Mutterland hergeben". Der Lord Mayor von London antwortete: „Sollte jener Augenblick kommen, daß uns eine feindliche Hand mit Schaden und Vernichtung bedroht, dann wird sich aus der englischsprechenden Welt jenseits des Ozeans im Donnerton der Ruf hören lassen: „Holzfäller, laß ab von diesem Baum, in der Jugend schirmt er mich, jetzt verteidige ich ihn." Wie gesagt sind solche martialischen Töne nicht aus deutschem Mund oder gar aus dem des Kaisers gekommen, sondern von den englischen und amerikanischen angeblichen Friedensaposteln, die dazu noch ihrem eigenen Propagandaclou aufgesessen waren.

Wenn schon diese Methode die schwachen, ängstlichen deutschen Politiker hätte aufhorchen lassen müssen, um daraus Konsequenzen in Richtung einer Stärkung der Rüstung zu ziehen, so war genau das Gegenteil der Fall. Als dann die englische Propaganda nach diesem Bombenerfolg noch einen Schritt weiter zu gehen bereit war, war man

umso erschrockener und wehrte sich kaum, obwohl nach eigener Kenntnis diese Lüge noch unglaublicher war. Diesmal war es der englische Feldmarschall Lord Roberts, der sich dafür hergeben mußte, die „Invasionspanik" in die Welt zu setzen. Motto: die englische Flotte könne der englischen Insel keine Sicherheit gegen eine deutsche Landung versprechen! O, poor little island, o, arme kleine Insel, die du in einem unbewachten Augenblick so plötzlich von den bösen Deutschen überfallen wirst! Man könnte darüber lachen, wenn nicht durch eine Unzahl von Romanen und Hetzschriften systematisch eine Verängstigung der englischen Bevölkerung vor den blutrünstigen barbarischen deutschen Horden herbeigeführt worden wäre. 150000 deutsche Kellner und andere Bedienstete waren nun über Nacht gefährliche Spione geworden, die am Tage der Invasion zum planmäßigen alles zerstörenden Einsatz bereitstünden. Wiederum eine vorweggenommene Kriegsschuldlüge: Deutschland will angreifen.

Auch in diesem Fall lag wieder der Knüppel beim Hund. Die allgemeine Dienstpflicht müsse eingeführt werden, man brauche ein mächtiges Landheer, nur nicht zur Verteidigung der Insel - das wußte man genau -, sondern als Invasionsarmee auf dem Festland. Wie langfristig geplant, sollte sie nach Landung im belgisch-französischem Raum ihre Verwendung zum Vernichtungskrieg gegen Deutschland finden. Der alte Roberts war nach der Marokko-Krise sehr geschwätzig: „Wäre es zum Krieg gekommen, so würde sofort ein britisches Invasionsheer an der flanderischen Küste gelandet sein".

Die Marokko-Krise hatte den Engländern und Franzosen gezeigt, daß die englische Landungsarmee nicht stark genug und für ihre vorgesehene Aufgabe nicht bereit war. Da kam dem englischen Kriegsminister, Lord Haidane, zweifellos ein befähigter Organisator und Diplomat, die ausgefallene Idee, sich ausgerechnet bei der Nation, vor der man angeblich solche Furcht hatte und der zu Schaden man die beiden Paniken in die Welt gesetzt hatte, Rat und Hilfe zu holen. Der englische Schriftsteller Harold Begbie schreibt über diesen Besuch in Deutschland: „Das Ergebnis des Besuches Lord Haldanes leistete Großbritannien einen wahrhaften Dienst. In erster Linie gab er uns Gelegenheit, die britische Armee aus dem Stande des Chaos und der Schwäche zu retten, und er lieferte dem britischen Abgesandten verschiedene höchst wertvolle Gedanken zur Hebung des britischen Kriegsamtes." Hier hatte das Reich wieder einmal seinen „guten Willen" gezeigt, nur, wie sich später herausstellte, als Opfer englischen Vernichtungswillens.

Durch diesen Erfolg bestärkt, erschien 1908 Haidane ein zweites Mal in Berlin, um den zuvor so entgegenkommenden Deutschen eine deutsche Flottenvorlage auszureden. Diesmal mußte er ohne Erfolg seine Heimreise antreten. Nach der Bedrohung Deutschlands durch die Briten

während der Marokko-Krise 1911 und nach der deutschen diplomatischen Niederlage war es richtig, daß Deutschland ausnahmsweise einmal Stärke zeigte. Vom Staatssekretär des Reichsmarineamtes wurde eine Flottenvorlage eingebracht, die im wesentlichen darauf hinauslief, keine Verlangsamung beim Bau von Großkampfschiffen eintreten zu lassen. Es sollte das bisherige Jahrestempo von drei großen Schiffen eingehalten werden. Wie üblich war der Reichskanzler von Bethmann Hollweg dagegen, der Schatzsekretär stöhnte, es sei kein Geld vorhanden, und das Auswärtige Amt meinte, die Verständigungspolitik leide darunter.

Dieser hinter den Kulissen ausgetragene Streit führte zur Herabsetzung der Bauten um die Hälfte. In London hatte man von diesem Geschehen Wind bekommen und schickte wiederum Haidane nach Berlin. Die Vermittlung hatten der deutsche Jude Ballin und der englische Jude Cassels übernommen. Kanzleramt und Auswärtiges Amt ließen durchblikken, es handele sich um eine ungeheuer wichtige Sache, nämlich den Abschluß eines Neutralitätsabkommens zwischen Großbritannien und Deutschland. Unter der Hand wurde verbreitet, dieser zukünftigen Entwicklung stünde nur der Großadmiral von Tirpitz entgegen, der nur immer neue und größere Schiffe bauen wolle. Schließlich müsse man bei einem so hohen Ziel auch bereit sein, einige Opfer zu bringen.

Lord Haidane führte sich als Unterhändler des Kabinetts ein und wurde vom Kaiser, dem Kanzler und dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes empfangen. Das erste Thema war die Bereitschaft Englands, mit Deutschland über afrikanische Kolonien zu verhandeln. Wie sich dann aber herausstellte, gehörten diese alle Portugal. Sodann wurden die Seerüstungen angesprochen. Er meinte im Hinblick auf die in Aussicht genommene deutsch-englische Verständigung läge eine Verlangsamung der in Aussicht genommenen Bauten von drei großen Panzerschiffen im Interesse beider Nationen. Diese Forderung wurde unter Zustimmung des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes bewilligt. Dann ließ Haidane die Katze aus dem Sack und fragte, ob denn das deutsche Flottengesetz überhaupt notwendig sei? Als hier keine weiteren Zusagen gegeben werden konnten, reiste er mit dem Versprechen ab, daß das Neutralitätsabkommen schnellstmöglich von den politisch zuständigen Stellen in England formuliert werden solle.

Sodann folgten einige Verhandlungen zwischen Sir E. Grey und dem unfähigen deutschen Botschafter in London. Schließlich stellte England nach eineinhalb Monaten die unverschämte Forderung, daß die ganze Flottenvorlage zurückzuziehen sei und der Kanzler Bethmann Hollweg im Amt zu bleiben habe. Das war eine glatte Brüskierung und ein unstatthaftes Einmischen in innerdeutsche Belange. Nach dem Verlauf eines weiteren Monats hin und her erklärte dann die britische Regie-

rang, sie sei unter den obigen Bedingungen bereit, sich zu verpflichten, das Deutsche Reich nicht anzugreifen, wenn Großbritannien von diesem nicht provoziert würde.

Dies war nunmehr als eine Unverschämtheit und einer Nation von Weltrang unwürdig. Die britische Erklärung war zudem ein schlagender Beweis für die Unzuverlässigkeit Englands und ließ hinsichtlich der englischen Mentalität weitgehende Schlüsse erkennen. Ein echtes Neutralitätsabkommen konnte nur dann sinnvoll erscheinen, wenn England sich bindend verpflichtete, bei einem deutschen Festlandskrieg, der nicht von Deutschland provoziert wurde, neutral zu bleiben. Aber gerade dieses lehnte Grey ab und verwies darauf, daß Frankreich schon das Wort neutral verübeln könne.

So endete auch diese von Bethmann Hollweg vertretene Verständigungspolitik mit einem völligen Fiasko. Großbritannien aber hat seine typische Erpresser-Politik einmal mehr unter Beweis gestellt: Erst unverschämte und takdose Forderungen stellen und versuchen, diese durchzusetzen und dann zu keiner Gegenleistung bereit sein. Die empörende Antwort der englischen Regierung löste beim Kanzler einen Schock aus und ließ ihn seinen Irrtum erkennen. Die Kraft aber abzutreten und fähigeren Leuten den Weg freizugeben, brachte er zum Schaden des Reiches nicht auf.

Wichtig hinsichtlich der Schuldfrage an diesem Geschehen aber scheint mir die Erkenntnis zu sein, daß nicht Herr von Tirpitz oder die Flottenfrage, wie obrige Darstellung beweist, die Feindschaft Englands ausgelöst hat, sondern Englands Verhalten selbst. England dachte nicht daran, irgendetwas herzugeben, was es hätte hindern können, Deutschland als Festlandsmacht und als Handelskonkurrent anzugreifen und zu vernichten. Es sind Lügen' und glatte Geschichtsfälschungen, wenn zur Bemäntelung des Versagens der deutschen Außenpolitik noch heute behauptet wird, Großbritannien hätte nicht am Krieg teilgenommen und der Friede wäre damit erhalten geblieben, wenn wir nicht am Flottenprogramm festgehalten hätten. Genau das Gegenteil war der Fall. Zum Erstaunen der Kritiker der deutschen Flottenpolitik wurde in den letzten Vorkriegsjahren, als die Flotte eine ernstzunehmende Größe erreicht hatte, das Verhältnis zwischen beiden Ländern erstaunlich gut.

In der Flottenfrage hört man oftmals den Vorwurf, daß man sich deutscherseits geweigert habe, mit England zu einem festen Verhältnisabkommen beider Flottenstärken zu kommen, vor allem sollte sich der Staatssekretär geweigert haben, ein solches Abkommen zu treffen. Auch das entspricht nicht den historischen Tatsachen. Sogar der friedvolle Kanzler mußte zugeben, daß von englischer Seite niemals dieser Wunsch geäußert worden sei, sondern beim Besuch Haldanes der

deutsche Marinestaatssekretär eine derartige Begrenzung angeregt hatte, ohne daß Haidane darauf eingegangen wäre.
Erst als dann später Winston Churchill als erster Lord der Admiralität öffentlich ein Verhältnis der beiden Flottenstärken mit 8:5 oder 16:10 im englischen Parlament als für England wünschenswert bezeichnet hatte, erklärte der deutsche Staatssekretär des Reichsmarineamtes im Ausschuß des deutschen Reichstages sofort positiv und unverklausuliert seine Zustimmung zu diesem Stärkeverhältnis. Wieder zeigte England kurze Zeit später seinen Krämergeist und meinte, daß die außerhalb der europäischen Gewässer eingesetzten britischen Flotteneinheiten nicht mitzurechnen seien. Aber auch das wurde deutscherseits mit einem Schmunzeln angenommen. Wesentlich ist, daß wir auf Grund dieses Stärkeverhältnisses unsererseits den uneingeschränkten Beweis erbracht haben, daß wir keinerlei Überlegenheit anzustreben gewillt waren, noch irgendwelchen Konkurrenzbau wollten.

Man war von deutscher Seite aus nur gewillt, daß das vorgesehene Hottenprogramm, das nur der eigenen Verteidigung dienen konnte, so wie geplant, auch durchgeführt wurde und keineswegs darüber hinaus. Was soll also das Gefasel von Weltmachtsflotte, die den Engländer zu unserem potentiellen Feind hat werden lassen? Das waren nichts anderes als parteipolitische Phrasen, die dazu dienen sollten, das deutsche Regierungssystem aus dem Sattel zu werfen. Daß die gleichen Phrasen von den Nachfolgern dieser Leute auch heute noch ihre Verwendung finden, spricht nicht sehr für deren Intelligenz.

In Wirklichkeit waren Englands Gesichtspunkte ganz andere und gingen von entgegengesetzten Betrachtungen aus. Es ging in Wahrheit um den immer stärker werdenden Handel, ähnlich wie heute, und um die konkurrierende deutsche Handelsflotte. Beiden galt die von England angestrebte Vernichtung, natürlich unter möglichst risikolosen Voraussetzungen. 1906 war Englands Kriegsflotte der deutschen enorm überlegen. Die damalige Haager Konferenz sollte nach englischem Wunsch diesen Status möglichst auf unbegrenzte Zeit erhalten. Damit aber wäre Deutschland für alle Zeiten zur See wehrlos geblieben. Daß sich die Deutschen gegen eine solche englische Anmaßung mit vollem Recht wehrten, war nur zu natürlich. Dies wurde dann völlig zu Unrecht und an den Haaren herbeigezogen, propagandistisch als Kriegsvorbereitung ausgelegt. Im Jahre darauf fand in London die Seerechtskonferenz statt, in der es vorrangig um die Frage des Seehandels während eines Krieges ging. Man verlangte hier verschiedene Sicherungen des neutralen Handels. Natürlich mußte hier England sich aus optischen Gründen einer gewissen Zurückhaltung befleißigen und konnte seine wahren Gedanken und Absichten für den Kriegsfall nicht offen darlegen. Die Folge war, daß sich anschließend in England ein Sturm der Entrüstung erhob.

Im Oberhaus wurde offen erklärt, daß die festgelegten Bestimmungen Großbritannien in seiner Kriegsführung gegen eine Festlandsmacht - und damit konnte nur Deutschland gemeint sein - verhängnisvoll behindern würde. Man sprach offen davon, daß bei Kriegsbeginn solche für England unzumutbaren Verpflichtungen „in Fetzen ins Meer fliegen". England wäre mit einer solchen Auffassung reif für das Militärtribunal in Nürnberg gewesen. Es konnte sich damals mit seiner die Welt beherrschenden Presse eben solches erlauben, ohne deshalb öffentlich gerügt zu werden. Man stelle sich nur vor, daß eine solche Äußerung, die Verträge für einen Fetzen Papier erklärt, von deutscher Seite erfolgt wäre. Die Weltpresse hätte sich überschlagen. Da solches aber aus deutschem Munde nie geschehen ist, mußte man solche unverantwortlichen Äußerungen oder Vorhaben erfinden.

So konnte es nicht ausbleiben, daß diese Gesetzesvorlagen niemals ratifiziert worden sind. Bei Kriegsausbruch lehnte England folgerichtig die Anwendung dieser Bestimmungen für sich ab. Man ging noch ein Stück weiter und führte die geplante völkerrechtswidrige Hungerblockade bis zur Unterschrift des Versailler Schandvertrages ungehemmt durch, der über 800 000 Deutsche, zumeist Frauen und Kinder zum Opfer fielen. Über solche offensichtlichen Kriegsverbrechen schweigt die Welt!
Daß Deutschlands Seerüstung England in den Krieg getrieben habe, ist reines Geschwätz und läßt sich aus oben erwähnten Gründen auch nicht im geringsten belegen, vielmehr ging England davon aus, Deutschlands Seerüstung so schwach wie möglich zu halten, um mit um so kleinerem Risiko die Vernichtung des deutschen Handels erreichen zu können. Wenn Großbritannien auf der Haager Konferenz von der Begrenzung der Rüstung sprach, meinte es nichts anderes als die bestehenden Verhältnisse hinsichtlich der deutschen Ohnmacht zur britischen Macht festschreiben zu können. Ein solches Denken aber zeigt den Willen zur Macht und die Absicht, gefahrlos angreifen oder vergewaltigen zu wollen.

Gerade zu diesem Zeitpunkt hatte England die modernsten, allen anderen Nationen überlegenen Schiffstypen, die sogenannten Dreadnoughts in Bau gegeben, die praktisch alle bisher gebauten Schlachtschiffe und Panzerkreuzer entwerteten. Ein Wettrüsten Deutschlands hat es nie gegeben, es ist eine bewußte Geschichtslüge! Bezeichnend ist wiederum ein Bericht des belgischen Gesandten in Berlin an seine Regierung, der vertraulich offen ausspricht, was man über die wahre Situation dachte: „England sieht mit scheelem Blick auf die wunderbaren Fortschritte Deutschlands auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und der Handelsmarine. Gewohnt, ohne Nebenbuhler dazustehen, erscheint ihm alle Konkurrenz als ein Eingriff in seine Rechte. Angesichts der Entwicklung der deutschen Kriegsmarine heuchelt England Besorgnisse, deren Auf-

richtigkeit ich aber für mehr als zweifelhaft halte. Es muß doch wissen, daß ein deutscher Angriff, selbst in einer recht fernen Zukunft, tatsächlich unmöglich ist. Im Gegenteil, Deutschland hat alles zu fürchten... Die deutsche Flotte ist im besten Falle stark genug, eine defensive Rolle zu spielen."

Bezeichnend ist die Antwort des deutschen Flottenchefs 1905 nach der britischen Kriegsdrohung auf die Frage des deutschen Kaisers hinsichtlich der Bereitschaft der deutschen Flotte: „Man habe zwar keine Aussicht auf Erfolg, aber man werde sich trotzdem schlagen."

Abschließend muß festgestellt werden, daß die deutsche Flottenpolitik einschließlich ihrer Träger keinerlei Schuld am Ausbruch des Krieges trägt. Es war eine friedenserhaltende und rein defensive Politik. Wenn der Krieg dann trotzdem kam, galt dieser der deutschen Festlandsmacht und vielleicht auch der unter allseitiger Kritik stehenden Außenpolitik des Deutschen Reiches.

Verletzung der belgischen Neutralität?

Der nach dem Grafen Schlieffen (1833-1913) benannte Plan sah mit starkem rechten Flügel einen gegen Frankreich zu führenden Präventivkrieg vor. Dazu mußte der belgische Raum durchstoßen werden. Dies mußte auch einem für die Politik verantwortlichen deutschen Kanzler bekannt gewesen sein, so daß er hinlänglich Zeit und Muße gehabt hätte, sich diplomatisch für diesen Fall vorzubereiten. Statt dessen tat der Freimaurer Bethmann Hollweg das Dümmste und Anfechtbarste, was in diesem Fall geschehen konnte. Er lieferte damit unseren Feinden ein kaum wieder gutzumachendes Propagandamaterial in die Hand, von dem dann auch hinlänglich Gebrauch gemacht worden ist. Er erklärte öffentlich:

„Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. Das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiere. Wir wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereit stand. Frankreich konnte warten, wir nicht. Ein französischer Einfall in unsere Flanke hätte verhängnisvoll werden können. So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht - ich spreche offen - das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut."

Abgesehen von der politischen Ungeschicklichkeit sind diese Ausführungen nicht einmal „offen" und sachlich richtig. Wenn schon Frank-

reich zum Angriff bereitstand - und darüber besteht kein Zweifel konnte Deutschland das Recht der Putative-Notwehr in Anspruch nehmen. Es handelte damit nicht völkerrechtswidrig. Zum anderen war für Belgien rechtlich die Neutralitätsfrage auf Grund bestehender Verträge offen. Dazu muß man aus der Vorgeschichte folgendes wissen: 1818 hatten die europäischen Großmächte und Preußen die beiden Länder Holland und Belgien zu einem Staat zusammengefaßt. In diesem Vertrag, der als Bollwerk gegen Frankreich gedacht war, stand die Verpflichtung, daß, im Falle eines Krieges mit Frankreich, England und Preußen das Besatzungsrecht einiger Festungen einzuräumen sei. Aber schon 1830 brach dieser Staat zusammen. Darauf gründeten wiederum die Großmächte und Preußen den unabhängigen belgischen Staat. Bei der Gründung dieses Staates wurde bestimmt, daß Belgien ein neutraler Staat sei und ihm die Neutralität, Integrität und Unverletzlichkeit seines Gebietes zugesprochen wird. Bevor aber dieser Vertrag unterzeichnet wurde, griffen die Holländer Belgien an, während von der anderen Seite die Franzosen den Belgiern zur Hilfe kamen. Nur Preußens und Englands Drohungen, sofort einzugreifen, verhinderten damals einen europäischen Krieg.

Diese Vorgänge aber bewiesen, daß Belgien nicht einmal in der Lage war, seine Neutralität gegen Holland verteidigen zu können und zu wollen. Die Großmächte zogen daraus ihre Schlußfolgerungen und änderten den zuvor entstandenen, aber noch nicht unterschriebenen Vertrag insofern, als sie im Artikel 7 festlegten: „Belgien wird einen unabhängigen und für immer neutralen Staat bilden. Es wird gehalten sein, dieselbe Neutralität gegen alle anderen Staaten zu beobachten." Worauf es ankommt ist, daß ganz bewußt die zuvor vereinbarte Integrität und die Unverletzlichkeit des belgischen Gebietes fallengelassen worden ist. Um sich auch weiterhin das Recht des Durchgangs (Wegerecht) zu sichern, wurde das Besatzungsrecht belgischer Festungen zur Vertragspflicht des belgischen Königs umgeändert. Für uns Deutsche kommt es bei der Beurteilung der Lage im September 1914 wesentlich darauf an, zu erkennen, daß die Verletzlichkeit des belgischen Gebietes zeitlos vertraglich festgelegt war.

Es ist bedauerlich, daß ein deutscher Reichskanzler keine Kenntnis dieser historischen Vorgänge gehabt haben soll. Es gibt eine dahingehende Version, daß Bethmann Hollweg mit seinem „offenen Geständnis", Unrecht zu begehen und wiedergutzumachen, geglaubt hat, sich die Neutralität Englands zu erhalten. Wenn dem wirklich so gewesen wäre, muß man sich wirklich über dieses kindliche diplomatische Spiel einer Weltmacht Großbritannien gegenüber wundern, die ihre Politik mit robusteren Methoden zu gestalten pflegte. Man erkennt aber auch die politische Naivität dieses Kanzlers, dem entgangen war, daß England

seit Jahren auf diesen Krieg brannte und ihn weltweit militärisch und politisch mit überlegener Führungskunst vorbereitet hatte. Ihm war entgangen, daß Englands diplomatisches Geschick sich nur dem Schein nach solange zurückhielt, bis andere auf die Mine getreten waren, um dann umso ungefährdeter durchs Minenfeld kommen und angreifen zu können.

Schon der britische Premierminister Lord Palmerston hatte sich bei der Gründung des belgischen Staates über die belgischen Neutralitätsbestimmungen wie folgt geäußert: „Ich bin nicht geneigt, derartigen Abmachungen viel Bedeutung beizumessen, denn die Geschichte der Welt zeigt, daß, wenn ein Streit entsteht und wenn eine Macht in den Krieg zieht, es die Neutralitätserklärungen gewöhnlich nicht sehr genau nimmt, und wenn es ihm vorteilhaft erscheint, durch das neutrale Gebiet hindurchmarschiert."

Wesentlich klarer analysiert der bekannte belgische Rechtsgelehrte Ernst Nys die belgische Neutralität: „In Wirklichkeit erhielt Belgien die Neutralität, aber die fünf Mächte gaben ihm keineswegs die Garantie der Integrität und der Unverletzlichkeit seines Gebietes. Sie hatten ihm diese zuerst gegeben, und sie dann zurückgezogen."

Es steht fest, daß England niemals wegen des deutschen Durchmarsches durch Belgien in den Krieg eingetreten ist. Wie Großbritannien wirklich über die belgische Neutralität dachte, geht aus einer schon 1887 veröffentlichten Presseverlautbarung des damaligen Ministerpräsidenten Lord Salisbury hervor: „Gelegentliche Benutzung des Wegerechtes durch Belgien ist etwas ganz anderes als eine auf Dauer berechnete unberechtigte Besitzergreifung eines Gebietes. Sicherlich würde England vom Fürsten Bismarck ausreichende und angemessene Garantien dafür erhalten, daß nach Beendigung des Krieges das belgische Gebiet wieder in seinem vorherigen Zustand hergestellt würde." Diese Verlautbarung kam zustande, als damals das Gerücht entstand, Bismarck wolle Frankreich angreifen. Im übrigen hatte von Bethmann Hollweg der belgischen Regierung durch eine Note ausdrücklich versichert, daß Belgien als unabhängiger Staat wieder hergestellt würde, wenn es sich friedlich verhalten würde.

Ansonsten gab es auch ohne erwähnten Festungsvertrag genügend überzeugende Argumente für den Durchmarsch deutscher Truppen, das Wegerecht zu beanspruchen. Aus dem deutschen Generalstabswerk über den Weltkrieg geht hervor, daß der Chef des Generalstabs von Moltke sich über die feindselige Haltung Belgiens völlig im klaren gewesen sei. Zudem habe man durch zahlreiche Informationen den sicheren Gesamteindruck gewonnen, daß Frankreich wie England die belgische Neutralität nicht zu respektieren gedachten.

Daß dem so war, ist unzweifelhaft und wird durch eine Unzahl von Dokumenten, die man in Belgien aufgefunden hat, bewiesen. Aber schon vor dem Krieg konnte man aus belgischen, französischen und englischen Pressestimmen entnehmen, daß Belgien im Lager der „Entente-cordiale" stand. Auch war nach der Marokko-Krise der Ausspruch des alten Lord Roberts bekannt, wonach die Landung eines britischen Expeditionskorps in Belgien vorgesehen war. Augenscheinlich kannte man die vom König Leopold II in Zeebrügge angelegten riesigen militärischen Landungsbrücken, die ausschließlich zum Zwecke britischer Truppenanlandungen angelegt waren. Nie war in England oder Frankreich in den Pressestimmen von einer belgischen Neutralität die Rede. Dagegen aber konnte man wiederholt erfahren, daß Europas Schicksal im kommenden Kriege auf belgischem Boden entschieden würde. Tatsächlich waren die belgischen Befestigungswerke zur deutschen Grenze hin ausgebaut und befestigt, dagegen nach Frankreich nicht.

Aber abgesehen von diesen Erkenntnissen gab es das Recht der Putativ-Notwehr. Was sagt der belgische Rechtsgelehrte Rivier?: „Das Recht eines Staates, im Falle eines drohenden Angriffs Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen, ist unbestritten. Die Selbsterhaltung beschränkt sich nicht allein auf die Mittel der Verteidigung und des Schutzes, sondern bedient sich auch der Mittel eines sofortigen Eingreifens und des Zuvorkommens. Der Staat hat nicht nur das Recht, den angreifenden Feind zu bekämpfen, sondern auch der drohenden Gefahr zuvorzukommen." Frankreichs wie Rußlands Kriegspläne aber sahen den Angriff von zwei Seiten auf das Deutsche Reich unzweideutig vor. Daß wir diesem Vorhaben zuvorgekommen sind, ändert nichts an der historischen Wahrheit.

Wie schon zuvor in einem anderen Kapitel erwähnt, war während der Marokko-Krise die Landung eines britischen Expeditionskorps von hunderttausend Mann vorgesehen. Diese sollte im neutralen Dänemark geschehen, um von dort aus ungestört den Aufmarsch gegen den Kaiser-Wilhelm-Kanal und Kiel zu vollziehen. Auch hier kümmerte sich Großbritannien nicht um die Neutralität dieses kleinen Landes, ja es ließ trotz der Proteste demonstrativ Landmanöver durchfuhren. Dieser ursprüngliche Plan aber wurde sehr bald fallengelassen, da britische und französische Generalstäbler eine Landung an der Kanalküste im Räume Calais für wirksamer und zweckmäßiger hielten. Nach Aussagen des britischen Generals Grierson war die Verwendung dieser Truppen im Zusammenwirken mit der französischen Armee offensiv gegen Deutschland geplant.

Folgerichtig fanden daher ab 1906 britisch-französische, aber auch britisch-belgische Generalstabsbesprechungen statt, die selbstverständlich

von den jeweiligen politischen Stellen abgedeckt waren. So fand die deutsche Armee nach der Einnahme Brüssels eine große Anzahl diesbezüglicher Urkunden, wie zum Beispiel einen Bericht vom Jahre 1906 von Ducarne, dem Chef des belgischen Generalstabs, an seinen Kriegsminister. Es heißt darin, daß der britische Militarattaché Barnardiston mit ihm, dem belgischen Generalstabschef, eine Reihe vertraulicher Gespräche über die Besorgnisse des britischen Generalstabs wegen der politischen Lage und der Möglichkeiten eines überraschenden Kriegsausbruches geführt habe. Er sei gefragt worden, wie er dazu stehe, daß britischerseits eine Landung von hunderttausend Soldaten vorgesehen sei, falls Belgien angegriffen werden würde. Darauf habe er geantwortet, vom militärischen Standpunkt aus gesehen, sei dies sicherlich sehr günstig. Nur könne eine solche Entscheidung nur von der zuständigen politischen Behörde getroffen werden. Er sehe sich daher veranlaßt, seinem Kriegsminister Mitteilung zu machen. Der britische Attaché habe ihm erwidert, der britische Gesandte werde dieserhalb mit dem belgischen Außenminister sprechen. Sodann habe Barnardiston Einzelheiten der Planung bekanntgegeben, wie eine Landung englischer Truppen unter größtmöglicher Beschleunigung in dem Raum Calais erfolgen könne, Einzelheiten über Eisenbahntransporte nach Belgien, Möglichkeiten der Requisitionen und die Frage des Oberbefehls. Auf die Frage, ob Belgien in der Lage sei, sein Land zehn Tage zu verteidigen, habe er mit ja geantwortet. Wie bei derartigen Gesprächen üblich, hat dann Barnardiston auf eine unbedingte Vertraulichkeit dieses Gesprächs hingewiesen und mit der unwahren Sicherheitsphrase abgeschlossen, seine Regierung dürfe nicht gebunden werden. Diese feststehende Floskel diente zur Verschleierung dem Parlament und der Öffentlichkeit gegenüber. So versicherte noch am 3. August 1914 Sir E. Grey, die Regierung sei in keiner Weise gebunden, obwohl er gerade seit einer Reihe von Jahren diese Bindungen geschaffen hatte. Aber das ist das Schicksal einer Demokratie, die mit ihrer Geheimdiplomatie immer vor der Frage steht, wie sage ich es meinem Kinde, nämlich dem Parlament und der Öffentlichkeit. Denn beide würden vieles nicht gut heißen, was so manche ihrer gewählten Regierungsvertreter unter der Hand an Unabwendbarem eingeleitet haben.

Bei einer weiteren Zusammenkunft wurde nochmals die absolute Geheimhaltung, vor allem der Presse gegenüber betont. Der Bericht schließt mit der bemerkenswerten Forderung des britischen Militärattachés: „Für Belgien liegt eine gebieterische Notwendigkeit dafür vor, sich laufend darüber unterrichtet zu halten, was in dem benachbarten Rheinland vor sich geht." Das ist nichts anderes als ein militärischer Auftrag der Spionage gegen Deutschland, dazu noch von einem angeblich neutralen Land. Ducarne berichtet abschließend, daß sich der englische

Attaché über die militärischen Verhältnisse in Deutschland sehr im Bilde gezeigt habe. Ein anderer Bericht besagt, daß Ducarne beim Herbstmanöver vom englischen General Grierson erfahren habe, daß statt der 100000 Soldaten nunmehr 160000 Mann und zwar in einer noch kürzeren Zeit für die Landung auf dem Kontinent vorgesehen seien.
Vom Fühjahr 1912 liegt ein anderes Schriftstück vom Direktor des belgischen Außenministers, Graf van Straaten, vor, aus dem hervorgeht, daß der britische Militarattaché, Oberstleutnant Bridges, sich mit dem belgischen Generalstabchef Jungbluth getroffen habe. Inhalt: In England sei alles bereit. Man werde, wie bereits zugesagt, 160000 Mann aufs Festland schicken. Dabei fiel die Bemerkung: Wäre es während der Marokko-Krise 1911 zu einem Konflikt gekommen, so würde die englische Regierung ohne weiteres ihre Truppen in Belgien gelandet haben, auch wenn es nicht um Hilfe ersucht worden wäre. Auf den Einwand Jungbluths hin, daß dazu die belgische Zustimmung erforderlich sei, meinte der britische Attaché kaltschnäuzig und typisch englisch: „Das wisse er, aber da Belgien nicht imstande sei, die Deutschen am Durchmarsch abzuhalten, so würde England *in jedem Fall* Truppen gelandet haben". Englands Freunschaftsverträge unterscheiden sich seit jeher herzlich wenig von denen der heurigen Sowjets. Wenn es die eigene politische Situation erfordert, werden über die Köpfe der Freunde hinweg Einmärsche in fremde Territorien, wie wieder jüngst in Afghanistan, vollzogen.

Sodann wurden in Brüssel jede Menge militärischer Handbücher gefunden, die im einzelnen Auskunft gaben über Wege, Flüsse, strategische Punkte, Einquartierungslisten, Transport- und Ausladungspläne britischer Truppen sowie Besetzung belgischer Festungen und Städte. Über jeder Liste stand der Vermerk: mit dem britischen Militarattaché abgesprochen.

Es kann also keinen Zweifel geben, daß der deutsche Einmarsch bzw. Durchmarsch in Belgien ein deutsches legitimes Recht war und damit „Belgien kein Unrecht angetan worden ist. Wie aus den engen englisch-belgischen Militärabsprachen, aber ebenso aus den französisch-belgischen, ersichtlich ist, konnte Belgien nicht für sich das Recht der Neutralität in Anspruch nehmen. Es hatte selbst seine Neutralität aufgegeben. Obwohl die Belgier wußten, daß von der deutschen Armee nur das Durchmarschrecht gefordert war, bewiesen die fanatischen, haßerfüllten und erbitterten „Franktireurkämpfe", die, wie die im zweiten Weltkrieg üblichen Partisanenkämpfe, völkerrechtswidrig waren, nur allzu deutlich, daß ein Großteil der belgischen Bevölkerung auf der Seite unserer Gegner stand.

Es war seit 1912 bekannt, daß Belgien seine Wehrkraft erheblich erhöht hatte, aber es war ebenso bekannt, daß diese nicht der Wahrung der

eigenen Neutralität galt. 1912 schrieb der serbische Gesandte in Paris seiner Regierung in Belgrad: „Die Bedeutung des belgischen Beschlusses (gemeint war die Verstärkung der belgischen Armee), werde dadurch besonders erhöht, daß Belgien damit Maßnahmen treffe, die sowohl seiner bisherigen Politik widersprach, als auch besonders dem Geiste der belgischen Nation, nicht so sehr aus eigenem Antrieb, wie auf den Rat, fast auf Verlangen der englischen Regierung."

Auf der anderen Seite war es die gleiche britische Regierung, die vom brutalen und gewalttätigen Deutschland sprach, das durch Bethmann Hollweg zynisch sein Unrecht zugebe. Lloyd George weinte fast Tränen über das arme Belgien und sagte in einer Rede im September 1914: „Verträge: sie behindern die Füße Deutschlands in seinem Vormarsch, das Schwert muß sie zerhauen! Kleine Nationen: Sie hindern den Vormarsch Deutschlands, also muß man sie mit der deutschen Stiefelhacke in den Schmutz treten." Das Stichwort belgische Neutralitätsverletzung und das damit von Deutschland angeblich begangene Unrecht beherrschte die Weltpresse, ein Stichwort, das dazu noch vom einfältigen deutschen Kanzler geliefert worden war.

Das böse Wort vom Vertragsbruch und die Greuelpropaganda, deutsche Soldaten hackten kleinen Kindern die Hände und schneiden Frauen die Brüste ab, schufen die nötige Kriegsatmosphäre und säten den erforderlichen Haß gegen Deutschland, der vor allem von dem weit ab liegenden naiven, kritiklosen und leichtgläubigen Amerikanern geglaubt wurde. Schon hier wurde die psychologische Bereitschaft Amerikas für den Kriegseintritt geschaffen und vorbereitet. Daß man nach dem Kriege anständigerweise diese unmögliche Greuelpropaganda offiziell widerrufen hat, ändert nichts an der Tatsache, daß sie während des Krieges ihre beabsichtigte Wirkung voll erzielt hatte.
Abschließend sei nur eines noch vermerkt. Wenn England und Frankreich an einer ernsthaften Einhaltung der belgischen Neutralität interessiert gewesen wären, so hätten sie nicht mit ihren militärischen Vereinbarungen erst die Voraussetzung für eine solche Verletzung schaffen sollen. Zudem stand ihnen jederzeit die Möglichkeit offen, zu erklären, daß beide Länder eine Verletzung der belgischen Neutralität als Kriegsgrund betrachten würden. Aber das konnte man wohl nicht gut tun, da man acht Jahre mit größter Geheimhaltung der militärischen Absprachen mit Belgien sich das Glacis für den geplanten russisch-französischen und englischen Angriffskrieg zur Vernichtung des Deutschen Reiches schaffen wollte.

Verhängnisvolle Versäumnisse der kaiserlichen Regierung

Aus dem Studium des bisher Geschilderten sollte sich für jeden Nachdenkenden klar ersichtlich ergeben, daß die deutsche Regierung niemals kriegslüsternd war oder gar bewußt auf einen Krieg hingearbeitet hat. Genau das Gegenteil war der Fall. Wie Bismarck mahnend hinterlassen hatte, durfte die deutsche Politik ausschließlich auf den Bestand des deutschen Reiches ausgerichtet sein. Dazu war in Anbetracht unserer vielen neidvollen Gegner ringsherum eine konstante und eine überzeugende Politik der unter diesen Vorzeichen angebrachten Stärke vonnöten. Ein ständiges friedfertiges Nachgeben und ein Ausweichen und Aufschieben der Probleme, also eine Vogel-Strauß-Politik, konnte dem Reich nicht dienlich sein und mußte folgerichtig zu einer Politik der Schwäche und damit schwerwiegender Versäumnisse führen.
Diese ist umso unverständlicher, als eine 43jährige Friedenszeit alle Voraussetzungen für eine gedeihliche Aufwärtsentwicklung und ein Aufblühen auf weitgefächerten Ebenen unserer nationalen Belange geschaffen hatte. Wir waren nicht arm und konnten uns sicherlich manches mehr leisten als unsere Nachbarn. Nur taten wir es nicht oder nur ungenügend. Den vielen Besserwissern, die stets nur gegen etwas rieten und nie für etwas waren, mit dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg an der Spitze, war alles bekannt und sie unternahmen dennoch nichts. Sie wollten einfach die politische und militärische Einkreisung nicht wahrhaben und nicht an die drohende Kriegsgefahr glauben. Es ehrt sie zwar, daß sie friedliebend und verständigungsbereit waren, aber es spricht sie vor der Geschichte nicht frei von der Fehlbeurteilung der damaligen Lage und der Versäumnisse, die durch ihre Schuld entstanden. Sie wollten nicht wahr haben, daß bei der erkannten Kriegsbereitschaft unserer Gegner ringsum nur eine Politik der Stärke und Bereitschaft die erforderliche Sicherheit gewähren und der Erhaltung des Friedens dienen konnte. Sie hielten nichts von dem Grundsatz, je stärker ein Land dasteht, desto größer der Respekt des Feindes und damit die Friedenschancen, was umgekehrt heißt, daß der Appetit der Nachbarn in dem Maße wächst, in dem ein Land seine Rüstung vernachlässigt.
Auf dem militärischen Sektor war es trotz! der "ständigen Warnungen des Großadmirals von Tirpitz und des Generalstabes nicht möglich, eine gemeinsame Vorarbeit für das Zusammenwirken von Heer und Marine für den Kriegsfall zu erreichen. Alle drei Feindmächte verfügten über eine starke Kriegsflotte, der wir hoffnungslos unterlegen waren. Ein von unseren Gegnern vorbereiteter Mehrfrontenkrieg ließ holländische, belgische und dänische Fragen offen, ebenso Ostsee- und Balkanprobleme. So gab es zu Anfang des Krieges kein kombiniertes Operieren von Heer und Marine beim deutschen Vormarsch in Belgien. Daher

nimmt es nicht Wunder, daß der Kanzler und der Außenstaatssekretär mehr in Überraschung und Verwirrung gerieten als unsere Feinde.

Der deutsche Generalstab wußte es besser als seine politischen Gegenspieler, wenn es hieß, nur niemanden reizen, und wenn die Version verbreitet wurde, Deutschlands Schwäche werde den Frieden erhalten, oder wenn die offensichtliche Unwahrheit vertreten wurde, die deutsche Armee sei für einen Zweifrontenkampf ausreichend gerüstet, den Franzosen aber haushoch überlegen. Wie sich bald herausstellen sollte, war genau das Gegenteil der Fall. General Ludendorff drängte von Jahr zu Jahr mehr auf die Beseitigung dieses schweren unverantwortlichen Mißstandes. Er brachte die große Heeresvorlage 1913 ein, konnte aber nicht verhindern, daß die kriegsentscheidenden drei Armeekorps auf politischen Druck der Weichmacher und der politischen Linken hin vom Kriegsministerium gestrichen werden mußten. Aber gerade diese waren es, die uns später an der Marne fehlten und uns um den Sieg über Frankreich brachten. Man nahm eben Rücksicht auf die in der Mitte und links stehende Presse. Zudem wollte man trotz unserer Wohlhabenheit sparen. Die Engländer wußten es besser: „Schiffe sind billiger als Krieg".

Ebenso verhängnisvoll war die wirtschaftliche Vorbereitung für den Fall eines Krieges. Man wußte, daß wir über keinerlei nennenswerte Vorräte verfügten und völlig abhängig von überseeischen Zufuhren waren. 1911 machten Vertreter der deutschen Landwirtschaft auf eine dringend notwendige Bevorratung von Lebensmitteln als unbedingt notwendige Schutzmaßnahme aufmerksam. Da diese Maßnahme nichts aggressives enthielt, bejahte der Kanzler solche Maßnahmen. Was aber geschah? Es wurden Sonderausschüsse gebildet. „Die Zuziehung von Sachverständigen", so äußerte sich später der damalige Staatssekretär von Delbrück 1919 vor einem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung, „verzögerte sich indessen durch die gespannte internationale Lage, die es bis Ende des Winters 1913/14 den Leitern der auswärtigen Politik nicht zweckmäßig erscheinen ließ, im großen Kreise Maßnahmen zu beraten, die als Vorbereitung auf einen unmittelbar bevorstehenden Krieg hätten gedeutet werden können. Erst im Frühjahr 1914 erhielt ich vom Herrn Reichskanzler die Ermächtigung, diese Verhandlungen einzuleiten."

Im gleichen Zusammenhang sagte der damalige Ministerialdirektor Dr. Meydenbauer aus: „Von besonderem Interesse war die Haltung des Auswärtigen Amtes, welches gegenüber von anderen Ressorts geäußerten Besorgnissen seine Zuversicht erklärte, daß England die amerikanische Flagge achten und solche Schiffe, die Getreide heranbrächten, unbehelligt lassen würde. Man dachte an Beteiligungen bei amerikani-

schen Schiffahrtsunternehmungen und den Erwerb von amerikanischem Getreide in Holland."

Dellbrück und Meydenbauer sagten übereinstimmend aus, daß die deutsche Regierung sich selbst Ende Juli 1914 noch Getreidevorräte entgehen ließ, die in Holland und Westdeutschland lagen. Diese Unterlassungen des Reichskanzlers und seiner Leute bildeten in der Tat eine krasse Pflichtverletzung. Diese Haltung der deutschen Regierung dem deutschen Volk gegenüber zeugt von einem wahrhaft kindlichen Gemüt und ist umso unverständlicher, als seit 1906 immer wieder in der englischen Presse Artikel erschienen, die sich dahingehend äußerten, daß Deutschland im Falle eines Krieges, an dem auch England beteiligt ist, nur kurze Zeit aushalten könne, da es alle Zufuhren sperren werde. Sasonow meinte Ende 1913 auf einer Ministerkonferenz: „Bei englischem Eingriff werde Deutschland binnen sechs Wochen in eine soziale Katastrophe gestürzt."

Alle wußten es, nur wir angeblich nicht! Über ein solch verbrecherisches Verhalten einer deutschen Regierung hat aber nur ein deutscher Gerichtshof oder das deutsche Volk zu richten, niemals aber Sieger. Hier handelt es sich um eine offensichtliche Schuld an Versäumnissen, die der deutschen Regierung angelastet werden muß. Hier aber geht es um die Untersuchung der Kriegsschuld, die aus Siegermund uns zugesprochen wurde.

Das Ergebnis des ersten Weltkrieges hat klar gezeigt, daß Deutschland der zusammengetrommelten Übermacht der Feindmächte nicht gewachsen war. Es hat unter Aufbietung seiner ganzen Kraft und mit unsäglichen Opfern um die Erhaltung seiner Freiheit, seines Besitzstandes und seines Überlebens kämpfen müssen. Das ändert nichts daran, daß ein solcher Mehrfrontenkampf, dem ein *geplanter* und auch *begonnener Angriff* unserer Feinde von zwei Seiten zugrunde lag, Deutschland zwang, diesen ihm aufgezwungenen Verteidigungskrieg zeitweise auch offensiv führen zu müssen. Dies mußte zumindest an einer Front zeitweise geschehen, um durch Vernichtung des einen Gegners den Rücken frei zu bekommen, um auch mit dem anderen fertig werden zu können. Offensiver Verteidigungskrieg hat mit einem geplanten Angriffskrieg zum Zwecke der Eroberung, wie alle Militärexperten wissen, nicht das geringste zu tun. Das weiß jeder halbwegs ausgebildete Soldat, auch sollte diese Binsenwahrheit sich bei unseren Politikern herumgesprochen haben. Wenn diese aber heute noch von einer deutschen Schuld am Kriege sprechen, so sollte man diese auf ihren Geisteszustand hin untersuchen lassen, es sei denn, sie geben zu, in Freimaurerischem Auftrag zu lügen.

Propaganda zur Vorbereitung der Kriegsschuldlüge

Der erste Weltkrieg hat trotz aller bewunderungswürdigen Zwischenerfolge sehr deutlich die Leistungsgrenzen der deutschen Streitkräfte unter Beweis gestellt. Sie beweisen aber ebenso eindeutig, daß es sich bei den Deutschen immer wieder unterschobenen Welteroberungsplänen um reine Phantasieerzeugnisse gehandelt hat. Diese sind, genau wie vor dem zweiten Weltkrieg, ausschließlich zu dem Zweck erfunden und propagiert worden, um eigene unlautere Vorhaben damit zu tarnen und solche Deutschland in die Schuhe zu schieben. Es ist auch bezeichnend, daß solche bewußten Lügen von deutschen Eroberungsplänen stets von solchen Leuten oder Mächten erfunden werden, die sich in der Geschichte als Experten ausgewiesen und die Welt unter sich bereits aufgeteilt haben. Es handelt sich hier um Länder, die ihre Herrschaftsträume wie England auf 40 Millionen Quadratkilometer, Rußland auf 19 und die USA auf 9,5 ausgedehnt hatten.

Bereits vor dem Kriege hatte man mit einer weltweiten Propaganda monoton vor der „deutschen Gefahr" gewarnt und mit Deutschlands angeblichen Eroberungsplänen die Welt in Angst mit zu versetzen versucht. Deutschland sei ein überhitzter Dampfkessel, der jederzeit zu explodieren drohe. Man meinte damit unsere Raumenge mit dem Bevölkerungsüberschuß, der irgendwohin sich ausdehnen müsse, nahm uns aber trotz dieser Erkenntnis unsere Kolonien und trennte ein Sechstel unseres Reiches ab, so daß dieser Dampfkessel zwangsläufig noch explosiver werden mußte. Irgendeine Logik jedenfalls ist aus diesem Tatbestand nicht zu ziehen.

In Europa gab es außer Rußland und Frankreich kaum ein Land, daß je nach Lust und Laune seiner Erfinder nicht von einer deutschen Annexion bedroht war. Mal war es Dänemark, dann die Schweiz, dann wieder Belgien und so ging es rundherum. Insbesondere aber habe das furchtsame kleine England ständig mit einer Invasion zu rechnen, ausgeführt von einer plündernden und mordenden Soldateska. Dann war es abwechselnd Nord- und Südamerika, die, von einer zuvor zu erobernden Insel aus, Millionen Deutscher in Kanada, den Vereinigten Staaten und den verschiedensten südamerikanischen Staaten anlanden wollten, um sich diese Länder im Rahmen eines großen Weltreiches untenan zu machen. Daß dann je nach Lust und Laune noch Australien und Südafrika dazukamen, soll bei dieser regen Phantasie keine Rolle mehr spielen.

Der Bau der Bagdad- und Hedschasbahn diente „zur Vorbereitung der Eroberung Indiens und Ägyptens". In der Denkschrift des Versailler Vertrages wurde uns der Ausbau des deutschen Eisenbahnnetzes als Beweis unserer offensiven Kriegspläne und damit als Kriegsschuld

angekreidet. Daß aber dieses Eisenbahnnetz an unseren Grenzen aufhörte und in Friedenszeiten dem Verkehr und unserer Wirtschaft diente und im Kriegsfall bei der Bedrohung unserer Grenzen gleichzeitig vom Osten wie vom Westen her eine schnelle Transportmöglichkeit unserer Truppen zu Verteidigungszwecken gewährleisten sollte, waren auch unseren Feinden bekannte Tatsachen. Nur waren solche Fakten wenig geeignet, die Phantasie der beeinflußbaren Weltöffentlichkeit sonderlich anzuregen. Die englische Presse hat eben Welterfahrung und weiß, daß nichts zu dumm ist, als daß es nicht bei genügender Wiederholung von der stupiden Menschheit auch noch geglaubt wird. Wir erleben das gleiche heute mit den Holocaust-Manipulationen.
Obige Zeilen sind leider keine Glosse, wie jeder vernünftige Mensch meinen sollte. Die Lügen und vorbereitende Kriegspropaganda schon weit vor dem Kriege sind leider schändliche Wahrheiten. Sie können in vielen Zeitschriften und Zeitungen nachgelesen werden. Ich meine aber, die solches schreiben und veranlassen, müßten als die wirklichen Kriegsverbrecher gebrandmarkt werden. Sie sind die Urheber und Einpeitscher der Kriegsschuldlüge und die Verantwortlichen für die Verachtung von Gesetz und Moral, wofür das deutsche Volk unschuldig zu büßen hatte. Eine solche Moral ist verwerflich und verdient angeprangert zu werden, denn sie stammt von rachedurstigen Siegern, die damit nur ihre eigenen Verbrechen verdecken wollen.

Die Haßtiraden, die die Kriegsbrandstifter jenseits des Ärmelkanals und linksseits des Rheins gegen die Deutschen losließen, lesen sich teilweise wie die schmutzigste Pornografie. Die Kriegszeitung des 75. französischen Regiments *»La Voix du 75"*, Nr. 3 vom 31. März 1915, bringt folgendes Gedicht:

Die Stunde der Züchtigung

Deutsche, wir werden eure Töchter besitzen,
Wenn unsere Soldaten, trunken von Ruhm,
Euren zitternden Kriegsknechten nachjagen;
Wenn die Siegesfanfaren
Euch die Stunde der Züchtigung ankündigen.

Deutsche, wir werden eure Töchter besitzen!
Und ihre Flachsmähnen
Werden nicht schleppen in dem Blut;
Sie werden sich damit das Gesicht verhüllen -
Wenn sie für euch schlägt, die Stunde der Züchtigung.

Deutsche, wir werden eure Töchter besitzen!
Denn wir müssen die Mütter rächen,

Deren Kinder ihr gemordet habt.
Unsere Liebkosungen werden schmerzhaft sein -
Wenn sie für euch schlägt, die Stunde der Züchtigung.

Deutsche, wir werden eure Töchter besitzen!
Sie werden das Gedenken bewahren
An unsere Umarmungen und unsere Lieder;
Wie Eva nackt, werden sie unsere Lust stillen -
Wenn sie für euch schlägt, die Stunde der Züchtigung.

Deutsche, wir werden eure Töchter besitzen!
Wir werden die Unschuldigen auswählen,
Und wie in euren Lagern
Werden sie halbnackt uns erfreuen.
Wenn sie für euch schlägt, die Stunde der Züchtigung.

Deutsche, wir werden eure Töchter besitzen!
Denn wir sind voll Durst nach Rache;
Ruhm dem alten Gott der Franken:
Er wird die Jungens von Frankreich segnen -
Wenn sie für euch schlägt, die Stunde der Züchtigung.

Baldric

Der Kriegsberichterstatter Scheuermann in der „Deutschen Tageszeitung" vom 15. August 1916: *„Den Dolmetschern gegenüber haben sich die in der Sommeschlacht gefangenen Sengalesen übereinstimmend geäußert: Man hatte ihnen, und zwar haben das Offiziere des zivilisierten Volkes der Franzosen getan, als Siegespreis eine weiße Frau versprochen."*
Im *„Ceuvre"* vom 9. August 1916 schreibt L. Dumond-Wilden: „In deutsches Gebiet einzudringen, ist der Wunsch aller unserer Soldaten. Sie denken nur an Rache. Das Verlangen nach Rache ist nicht des Kulturmenschen unwürdig; es ist das natürliche Gefühl des normalen, energischen Menschen: Ein Volk von Heiligen, die das Unrecht verzeihen, hätte nicht zwanzig Jahre zu leben."

Man schaue genau auf die Daten dieser Veröffentlichungen. Der Krieg befindet sich sozusagen in der *Halbzeit.* Die wenigen Zitate, die ich hier bringe, sollen lediglich die Geisteshaltung derjenigen führenden Köpfe kennzeichnen, die sowohl das militärische wie auch das amtliche öffentliche Leben in ihren Ländern beeinflußten. Diese Äußerungen sind von nicht mehr zu überbietender Beweiskraft. Sie zeigen uns deutlich, daß die hier wiedergegebenen Drohungen und Forderungen in das schändliche Versailler Friedensdiktat vom 28. Juni 1919 ohne Ausnahme eingeflossen sind.

Gleich in den Anfangsmonaten des Ersten Weltkriegs war man sich über das Kriegsziel einig.

Der „Skotsman" vom 27. Februar .1915 (der Krieg war knapp 6 Monate alt): *„Preußen muß zurück in die Grenzen von 1815. Die Rheinprovinz und Westfalen sind als eigene Staaten zu begründen, die Provinz Sachsen ist an das Königreich Sachsen zurückzugeben. Damit hört die Führerschaft Preußens in Deutschland auf. Nötig ist die Vernichtung der deutschen Armee wie nach Jena. Der Kieler Kanal muß neutral werden."*

Nach der *„Gazette de Lausanne"* vom 8. März 1915 will der frühere Ministerpräsident Charles Dupuy in einem Artikel der „Perite Gironde": die Ausdehnung der französischen Grenzen bis zum Rhein und zur Mosel und die Einsetzung eines französischen Präfekten in Koblenz.

Im *„Ceuvre"* vom 16. Juli 1915 wird geschrieben: „Am Tage des französischen Nationalfestes, dem 14. Juli, bot ein Verkäufer in Paris Ansichtskarten feil, welche die „Teilung Deutschlands nach dem Kriege" darstellen. Deutschland war hier nicht groß. Es gab kein Preußen mehr; Berlin bildete einen Flecken im Königreich Polen. Es gab auch kein Sachsen mehr; Dresden bildete eine elsässische Unterpräfektur. Der Rhein, in der Schweiz geboren, wurde sogleich französisch und mündete bei Ostende. Alles, was von Deutschland übrigblieb, war ein ganz kleines Hannover und ein winziges Bayern. Darunter konnte man Wilhelm in einem eisernen Käfig sehen. , ,

Der Verkäufer machte glänzende Geschäfte, aber im Verlauf des Nachmittags hörte das auf. Denn zehn Schritte weiter verkaufte jetzt ein anderer eine Karte von Deutschland, auf der es überhaupt kein Deutschland mehr gab, sondern wo das Königreich Polen an Belgien grenzte und wo der Rhein ein Nebenfluß der Garonne war. Darunter saßen in dem eisernen Käfig nicht nur Wilhelm, sondern Franz Joseph, der Kronprinz und Ferdinand."

Man wußte seitens der Entente natürlich schon im Jahre 1915, wie man die Deutschen nach Beendigung des Krieges wirtschaftlich ausbeuten und versklaven wollte.

In der „Action" vom 15. August 1915 setzt M. de Waleffe auseinander, „daß Deutschland die gesamten Kriegskosten bezahlen muß. Man wird einfach die Schulden aller Verbandsmächte zusammenrechnen und sie Deutschland aufbürden. Hat z. B. Frankreich 100 Milliarden Kriegsschulden, so muß Deutschland die Jahreszinsen von. 5 bis 6 Milliarden bezahlen. Ebenso bei den anderen Verbandsmächten, das ergibt für Deutschland eine jährliche Belastung von 15 bis 20 Milliarden. Aber Deutschland kann diese Summe aufbringen, denn allein sein Besitz an Kohlen wird auf 423 Milliarden Tonnen geschätzt, außerdem ist es das Durchgangsland für den europäischen Handel. Sein Umsatz betrug 1912

etwa 25 Milliarden und wird trotz des Krieges in zehn Jahren auf 50 Milliarden anwachsen, und zwar unter der Aufsicht und zum Nutzen seiner Gläubiger. Diese werden die deutschen Industrieanlagen nicht selber ausbeuten, sondern dort nur ihre Agenten halten, die die Arbeit der Deutschen überwachen und jeden Monat den Gewinn abführen."

„Pall Mall Gazette" vom 15./19. Juli 1916: „Wir dürfen nicht gestatten, daß irgendwelche auf Völkerrecht begründeten Rücksichten uns abhalten, den letzten Heller, den Deutschland zahlen kann, zu fordern."
Bedarf es noch mehr Zitate, um den „bedingungslosen Haß" sichtbar zu machen, mit dem die Feindmächte ihren Vernichtungswillen gegenüber Deutschland zügellos freien Lauf ließen?
Genug davon!
Schalten wir uns wieder in den Weitergang des historischen Ablaufs ein.

Der Köder-Die 14 Punkte Woodrow Wilsons

Das Geschehen des Weltkrieges wurde vom Vernichtungswillen der Entente-Mächte gegenüber dem Reich als Staat der Deutschen diktiert. Schon im Herbst 1914 verlangte der russische Zar eine Zerstückelung Deutschlands. Vier Wochen nach Ausbruch des Krieges kam ein Abkommen der Feindmächte zustande, das nicht nur jeden Separatfrieden, sondern auch jeden Verständigungsfrieden ausschloß. Man wollte die völlige Unterwerfung und Wehrlosmachung des deutschen Reiches. Deutschland schlug sich ehrenhaft, hartnäckig und mit erstaunlichen Erfolgen an allen Fronten. 1917 konnte sogar Rußland zum Ausscheiden aus dem Kriegsgeschehen gezwungen werden. An der Westfront waren beide Seiten erschöpft und am Ende ihrer Kräfte. Die im Osten freiwerdenden Truppen wurden mehr als aufgewogen durch den Kriegseintritt Amerikas, dessen militärisches Gewicht im letzten Sommer des Erschöpfungskrieges entscheidend zur Geltung kam.

Auch hier war es das angegriffene Deutschland, das seine Hand zum Frieden bot. Es berief sich dabei auf die 14 Punkte des „Programms für den Weltfrieden" des amerikanischen Präsidenten und Bruder des „Ocid Fellow"-Ordens Wilson, die kurz zusammengefaßt folgende Regelung vorsahen:

1. Öffentliche Verträge, Abschaffung von Geheimverträgen und der Geheimdiplomatie;
2. Absolute Freiheit der Schiffahrt auf hoher See sowohl im Frieden als auch im Kriege;
3. Aufhebung möglichst sämtlicher wirtschaftlicher Schranken, Festsetzung gleichmäßiger Handelsbedingungen zwischen den Nationen;

4. Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf den niedrigsten, mit der inneren Sicherheit zu vereinbarenden Stand;
5. Freimütige, weitherzige und völlig unparteiische Regelung der Kolonialansprüche unter Berücksichtigung der Interessen der betreffenden Bevölkerung;
6. Räumung des gesamten russischen Gebietes und Gewährleistung eigener innerpolitischer Entwicklung in Rußland;
7. Räumung und Wiederherstellung Belgiens;
8. Räumung des französischen Gebietes und Rückgabe Elsaß-Lothringens;
9. Berichtigung der Grenzen Italiens entsprechend den Nationalitätenverhältnissen;
10. Autonomie für die Völker Österreich-Ungarns;
11. Räumung und Wiederherstellung der Gebiete Rumäniens, Serbiens und Montenegros; Schaffung eines freien Zugangs zum Meer für Serbien;
12. Gesicherte Souveränität für die türkischen Teile des osmanischen Reiches, Autonomie für die übrigen Völkerschaften; freie Durchfahrt durch die Dardanellen unter internationaler Garantie;
13. Errichtung eines polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer;
14. Gründung des Völkerbundes.

Es waren für Deutschland zwar schmerzliche, aber vertretbare Bedingungen, mit denen der von Deutschland ersehnte Frieden ohne Ehrverlust eingehandelt werden konnte. Nur klaffte zwischen diesen geglaubten Vorbedingungen und dem 7 Monate später der Weimarer Republik diktierten Friedensvertrag ein empörendes Mißverhältnis, das bis zum heutigen Tag hinein Ausgangspunkt deutscher und europäischer Unzuträglichkeiten geworden ist.

Die Depesche Landings vom 5.11.1918

Nachdem Deutschland nach dem Scheitern der deutschen Offensiven im Jahre 1918 auf der Grundlage obiger 14 Wilsonscher Punkte um Waffenstillstand nachgesucht hatte, erhielt die deutsche Regierung am 5. November, des gleichen Jahres vom amerikanischen Staatssekretär Lansing eine Depesche, die in der deutschen Übersetzung wie folgt lautete: „Der Präsident hat in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur nicht geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müssen. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen kann. Sie verstehen darunter, daß Deutschland für alle seine Angriffe zu

Land und zu Wasser und in der Luft, der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden den Ersatz leisten soll."
Für diese Übersetzung zeichnete der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Freimaurer Dr. Solf, verantwortlich. In dieser amerikanischen Note kam es auf ein Wort entscheidend an, nämlich auf „Aggression", das Angriff heißt, aber fälschlicherweise mit Angriffe übersetzt worden ist. Diese verhängnisvolle Falschübersetzung und damit Falschinterpretation war für das Deutsche Reich von ungeheurer Tragweite.
Die richtige Übersetzung „Angriff" sollte nichts anderes bedeuten, als daß Deutschland angegriffen, also den Krieg absichtlich herbeigeführt hat. Unter „Angriff" aber war eine andere Ausdeutung dieses Fragenkomplexes zu verstehen. Die Auslegung von „Angriff" war weitaus harmloser. Man hätte daraus ableiten können, daß auf Grund einer Reihe von Angriffshandlungen während des Kriegsverlaufes sich die deutsche Regierung bereit erklärt, für diese Schäden aufzukommen. Das Wort „Angriff" aber bedeutete in seinem ganzen Umfang nichts anderes als eine Selbstverurteilung.

Dazu ist zu sagen, daß auch manchmal im Auswärtigen Amt Übersetzungsfehler unterlaufen können. Nur muß in diesem Fall bei einer so wichtigen Note dies ausgeschlossen werden. Denn Dr. Solf war viele Jahre im Ausland und ein der englischen Sprache absolut kundiger Mann. Zudem werden solche Noten im Kanzleramt und im Kabinett auf das sorgfältigste überprüft. Es muß sich also hier um einen absichtlich und abgesprochenen Übersetzungsfehler gehandelt haben. Zu dieser Zeit war schon der sogenannte Rote Prinz, Logenbruder Max von Baden, Reichskanzler. Der Kaiser war ausgeschaltet, eine Volksregierung bereits am Wirken und der sozialdemokratische Minister und Logenbruder Scheidemann regierte schon hinter verschlossenen Türen. Es darf daher nicht Wunder nehmen, daß hier mit einer bewußten Falschübersetzung der erste Anschlag gegen die Interessen des deutschen Volkes verübt worden ist, eine lauwarme vorweggenommene freiwillige Kriegsschuld-Anerkenntnis damaliger deutscher Politiker.
Dies kam auch sehr deutlich am 13. Mai 1919 in Versailles anläßlich der Bekanntgabe der Friedensbedingungen zum Ausdruck. Bei dieser Gelegenheit überreichte der Vorsitzende der deutschen Delegation, Graf Brockdorff-Rantzau, Clemenceau, dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz, eine Note, die sich auf die geforderte „Wiedergutmachung" bezog. In dem einleitenden Artikel heißt es nämlich: „erkennt Deutschland an, daß es als .Urheber' für alle Verluste und alle Schäden verantwortlich ist, welche die verbündeten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des durch *den Angriff Deutschlands* und seiner Verbündeten *aufgezwungenen Krieges* erlitten haben". Dazu führte der Graf Brockdorff-Rantzau in seiner Note aus: „Deutschland habe die Ver-

pflichtung zur Wiedergutmachung auf Grund der Note des amerikanischen Staatssekretärs vom 5.11.1918 übernommen, unabhängig von der Frage der Schuld am Kriege. Das deutsche Volk könne, wie auch die verbündeten Regierungen erklärt hätten, nicht für die Fehler seiner Regierung verantwortlich gemacht werden. Das deutsche Volk habe diesen Krieg nicht gewollt, und es sei in seinem Bewußtsein stets ein Krieg der Verteidigung gewesen. Überdies vermöchten die deutschen Delegierten nicht, nur der früheren deutschen Regierung die alleinige und hauptsächliche Schuld an diesem Kriege zuzusprechen."

„In der Antwortnote Clemenceaus kommt nun sehr deutlich die Bedeutung dieses zuvor erwähnten verbrecherischen Übersetzungsfehlers und die Täuschung, die man damit vor der Öffentlichkeit angestrebt hat, voll deutlich zum Ausdruck:" „Die von Brockdorff-Rantzau erwähnte deutsche Verpflichtung zu einer Wiedergutmachung könne nur verstanden werden, wenn ihr die Verantwortlichkeit des Urhebers der Schuld als Ursache zugrunde liegt. Sie fügen bei, daß das deutsche Volk nie einen Angriffskrieg unternommen habe. Nun ist aber in der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918, die sie billigend anriefen, gesagt, daß aus dem Angriff Deutschlands zu Wasser, zu Lande und in der Luft die Entschädigungspflicht hervorgeht. Die deutsche Regierung hat, indem sie keinerlei Protest gegen die Behauptung eingelegt hat, *Ihre Wohlbegründetheit anerkannt.* Deutschland hat also 1918 den Angriff und seine Verantwortlichkeit stillschweigend zugegeben."

Dazu muß man wissen, daß noch in den ersten Novembertagen 1918 von Seiten Clemenceaus, Lloyd Georges, Sonninos und des Oberst House, dem Vertreter Wilsons, mit einem möglichen deutschen Widerstand bei der Formulierung der Waffenstillstandsbedingungen gerechnet wurde. Deshalb riet man zur Zügelung der Temperamente. Aus den damaligen Protokollen ist ersichtlich, daß beispielsweise der Marshall Foch dem britischen Admiral entgegnete: „Wollen Sie denn eine deutsche Ablehnung der Waffenstillstandsbedingungen um irgend eines alten Kreuzers wegen riskieren?" Auf der gleichen Ebene liegt der protokollierte Ausspruch von Lloyd George am 3. November zum belgischen Außenminister Hymans: „Ich glaube, es würde ein Fehler sein, etwas in die Waffenstillstandsbedingungen hineinzusetzen, was Deutschland zu der Vermutung führen werde, daß wir eine Kriegsentschädigung verlangen." Oberst House ging noch im November davon aus, daß den Vertretern Deutschlands bei den Friedensverhandlungen mindestens 5 Sitze zugestanden werden müßten.

Aber in Deutschland hatte sich inzwischen ein tiefgreifender schmählicher Wandel vollzogen, der jede Hartnäckigkeit, Ehrenhaftigkeit, jedes Verantwortungsgefühl für die Zukunft des deutschen Volkes vermissen ließ. Man war zudem noch zu sehr mit den selbstherbeigeführten soge-

nannten Errungenschaften der neuen Demokratie beschäftigt und ließ sich davon betören.
Der angebliche Übersetzungsfehler, der der Öffentlichkeit nur Sand in die Augen streuen sollte, war in Wirklichkeit nur ein Manöver und ließ schon hier den Willen der verantwortlichen Politiker erkennen, sich bedingungslos zu unterwerfen, wodurch zwangsläufig die sogenannte katastrophale „Erfüllungspolitik " eingeleitet wurde. Schon die Argumentation von Brockdorff-Rantzau über „die alleinige und Hauptschuld" ließ die Bereitschaft zu einem Schuld-, zumindest aber zum Nichtalleinschuldbekenntnis der deutschen Regierung erkennen. Die neue nunmehr die Republik vertretenden Politiker unterschieden sich nur wenig von den pflaumenweichen kaiserlichen Politikern hinsichtlich des „Kopf in den Sand Steckens", der Nachgiebigkeit, des Nichtsehenwollens der Gefahr und der feigen Unterwürfigkeit. Sie wollten nicht ihr eigenes Unvermögen und ihre schuldhafte Verstrickung erkennen oder gar zugeben und schoben wie üblich ihr eigenes Versagen den Vorgängern in die Schuhe. Das mußte schon aus dem Grund geschehen, um sich ein Alibi für ihren verräterischen Umsturz zu verschaffen.
Diese widerspruchslose Entgegennahme der Lansingschen Note mit der Augenwischerei der falschen Übersetzung kann nicht ernst genug genommen werden und bedeutet historisch gesehen die unverzeihliche Anerkennung der Alleinschuld Deutschlands am Kriege und damit die Einleitung einer verhängnisvollen Entwicklung, die nach all den Lügen und Betrügereien konsequent zu Hitler und seinem Erneuerungsversuch führen mußte.

Warum hat man nicht, wenn man von der Unschuld Deutschlands am Kriege überzeugt war, diese verhängnisvolle Note zurückgewiesen? Man hätte doch klar sagen können, die Bezeichnung „Angriff" sei unzutreffend, da Deutschland nicht der Angreifer gewesen, somit auch nicht verpflichtet sei, alle im Kriege enstandenen Schäden wieder gutzumachen. Das hätte keineswegs bedeutet, sich um die Regulierung von Schäden, die im einzelnen zu bezeichnen waren, herumzudrücken. Man hätte auch anbieten können, alle Archive zu öffnen und die Kriegsursache durch ein unabhängiges neutrales internationales Gericht klären zu lassen. Aber nichts dergleichen geschah. Man versäumte von Anfang an, sich eine klare rechtliche Ausgangsposition zu verschaffen. Das deutsche Volk wäre nicht von den Lügen eines Herrn Erzberger, Jude, Jesuiten und Freimaurers und anderer Gesinnungsgenossen so verwirrt worden, wie von den Kapitulationsargumenten, es werde alles nicht so schlimm kommen, man müsse erst einmal unterschreiben und damit guten Willen zeigen, dann werde sich der Lohn für unsere Einsicht ganz von allein einstellen. Man hoffte auf die Gerechtigkeit des Präsidenten Wilson, der doch nunmehr mit einem ihm genehmen republikanischen

deutschen Volk zu tun habe, das sich von der von den Gegnern so verhaßten Monarchie losgesagt hatte.
Zur Ehre des Grafen Brockdorff-Rantzau muß hier festgestellt werden, daß er alles versucht hat, um die von der Lansingschen Note ausgehende Diskriminierung wieder aus der Welt ¿u schaffen. Nur war es dafür am 7. Mai 1919 zu spät. Nachdem er die deutsche Alleinschuld noch einmal abgelehnt hatte, schloß er seine Ausführungen: „Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Hauptpersonen der Tragödie zu Wort kommen, der alle Archive geöffnet werden. Wir haben eine solche Untersuchung gefordert und wiederholen diese Forderung."

Dann entspann sich zwischen Brockdorff-Rantzau und Clemenceau ein Notenwechsel, in dem am 25. Mai 1919 nochmals versucht wurde, den Fehler der Solfschen Übersetzung zu berichtigen, aus welchen Gründen und mit welchen Beweismitteln sie Deutschlands Schuld an allen Schäden und Leiden dieses Krieges zur Unterlage der Friedensbedingungen machen. Er kann sich daher nicht mit der Bemerkung abspeisen lassen, „daß von den alliierten und assoziierten Regierungen durch eine besondere Kommission in der Frage der Verantwortlichkeit gesammelte Material sei eine innere Angelegenheit dieser Regierung."
Als Antwort kam eine Denkschrift über die Verantwortlichkeit am Krieg, die so offensichtlich in aller Eile oberflächlich zusammengeflickschustert war, daß es sinnlos erscheint, sie hier im einzelnen aufzuführen. Sie war schon von den Beweisgründen her ein durch und durch verlogenes Machwerk ohne inneren Wert und diente nur der Erfüllung einer Formalität. Darin spielten auch die Fälschungen des Juden und Logenbruders Eisner, eines Führers der Sozialdemokratie, der im November 1919 sich in Bayern zum Ministerpräsidenten gemacht hatte, eine unrühmliche Rolle. Bekanntlich hat diesen jüdischen Volks- und Landesverräter durch die Kugel des Grafen Arco die wohlverdiente Strafe erreicht. Diese Enthüllungen spielen auch in einer Rede Poincares bei der Eröffnung der Friedenskonferenz eine Rolle, in der es heißt: „Eine Frage der Schuld am Kriege gibt es nicht. Die Lage in diesem Punkte ist vollkommen klar. Zum Überfluß hat eine Deutsche Regierung (Eisner) ja ganz offen die Schuld Deutschlands erklärt und mit amtlichen Dokumenten durch deren Enthüllungen belegt."
1920 setzte die Weimarer Regierung einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß ein, um zu prüfen, ob aus den von allen beteiligten Dienststellen zur Verfügung gestellten Akten und Dokumenten sich irgendeine Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges nachweisen lasse. Zu diesen Ausschüssen gehörten führende politische Kreise und Vertreter aller im Parlament vertretenen Parteien. Unter diesen Mit-

gliedern befanden sich auch solche parteigebundenen Persönlichkeiten, die sich über jede Art von Belastung der kaiserlichen Regierung gefreut hätten. Denn für sie konnte eine nachweisbare Schuld der Monarchie am Kriege eine moralische Rechtfertigung des Umsturzes bedeuten.

Die Kriegsschuldlüge wird aber heute noch aufrecht erhalten, obwohl sich zum größten Kummer dieser Art von Untersuchungsausschuß-Mitgliedern nicht das geringste belastende Material befand. Weder dem Kaiser noch anderen politischen Persönlichkeiten, keinem Militär oder auch dem Großadmiral von Tirpitz war irgendwelche Kriegstreiberei oder Schuld am Ausbruch des Krieges nachzuweisen. Auch die Behauptung des von der SPD stammenden Vorwurfs des „Militarismus" und des „Vorhandenseins einer Kriegspartei" mußte mit einem negativen Ergebnis abgeschlossen werden. Trotz der lückenlosen Beweiskette der russischen Dokumente und der Berichte der vorgefundenen belgischen Gesandten und vielem mehr, wird bis zum heutigen Tag wider besseren Wissens diese infame Lüge aufrechterhalten und unverantwortlicherweise die Seele unserer Jugend in den Schulen vergiftet. Dafür zeichnet nach wie vor eine deutsche Regierung mit ihren eigennützigen Hintermännern verantwortlich.

Darüber hinaus weisen 50 Bände des Deutschen Archivs lückenlos nach, daß es zwischen 1911 und 1914 unter Bismarck und Kaiser Wilhelm II. ausschließlich eine Politik der Erhaltung des Friedens gegeben hat. Bismarck hat es geradezu zu seinem Vermächtnis gemacht, darüber besorgt zu sein, daß die Stunde der Erhaltung des Bestandes des von ihm geschaffenen Deutschen Reiches erst noch kommen werde. Er hat seine Nachfolger eindringlich gewarnt, daß nicht mit Schwäche, sondern nur mit Stärke die Selbstbehauptung innerhalb einer uns feindlich gesonnenen Welt und damit ein Überleben zu erreichen sei. Erhaltung und Verteidigung unseres Besitzstandes war der Grundgedanke unserer weitangelegten Politik.

Wie aber deutsche Kriegsschuld und Lüge auch von deutscher Seite konstruiert und den Alliierten angedient wurde, dafür ist folgendes Beispiel eines der verwerflichsten: Der land- und volksfremde tschechische Jude, Freimaurer und Marxist Kautzky, den man zuvor mit der deutschen Staatsbürgerschaft ausgestattet hatte, wurde von der Linken zum Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes berufen. Seine einzige Aufgabe bestand darin, sorgfältig nach belastendem Material in den Archiven des Auswärtigen Amtes zu suchen, um in jedem Fall Beweise der Schuld des alten verruchten Regimes am Kriege zu erbringen. Auch er fand nichts, wußte aber von der Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der im Ergebnis die deutsche Unschuld ergeben würde.

Deshalb verfaßte er in aller Eile eine oberflächlich zusammengeschusterte Schrift, indem er als volksfremder gewissenloser „Forscher" sich sein Notenmaterial heraussuchte, das zu Mißdeutungen Anlaß geben konnte, zumal dann, wenn es aus dem Zusammenhang herausgerissen wird. Dieses Material versah er dann mit zweideutigen Kommentaren und konstruierte daraus lügenhafte Anklagen. Für viel Geld verkaufte er dann einem englischen Verlag diese Schritt. Schon allein diese Tatsache ist bezeichnend für seine Gesinnungslumperei, aus der typisch die jüdische Mentalität sprach. Obwohl er deutscher Beamter war, wurde diese Schrift nicht etwa in Deutschland herausgegeben, nein das wäre auf gewisse Schwierigkeiten gestoßen. Auch hätte es nicht das erhoffte reichliche Geld gebracht. Später meinte darüber der Schriftsteller „Parvus", der niemand anderes als der Großschieber und wiederum Jude Helphand war, wohlmeinend: man könne es dem alten Kautzky wirklich nicht verdenken, daß er einmal in seinem Leben habe „dick verdienen" wollen! Das war Geist und Inhalt der Verbrecher vom 9. November 1918.

Als dann Kautzkys Schrift herauskam, erregte sie größtes Aufsehen, nicht nur in der deutschen Öffentlichkeit, sondern besonders im Ausland, dem es als ein neuer „amtlicher" Beweis für die frevelhafte deutsche Schuld am Kriege hingestellt wurde. Die Regie war wiederum perfekt. Zu dem offiziellen Bericht der deutschen Untersuchungskommission wurde kaum Stellung bezogen. Der Bericht Kautzkys hatte das gewünschte Klima in der internationalen Presse geschaffen, so wie es später in gleicher Weise in Nürnberg geschah. Die Presse maßte sich immer historische Erkenntnisse an und erklärte: Selbstverständlich sei das Buch Kautzkys ungleich wertvoller als Beurteilungsgrundlage, als die später erschienene offiziöse „Mache".

Den Alliierten war durchaus klar, daß durch die Einstellung des Kampfes der deutschen Armee infolge ihrer Bitte um Waffenstillstand der Sieg und damit die Vernichtung des Deutschen Reiches noch nicht erreicht war. Erst der verbrecherische Umsturz am 9. November 1918 durch die Deutschen selbst brachte sie ihrem Ziel ein Stück näher. Auf keinen Fall konnten sie die ihnen in die Hände arbeitenden neuen Demokraten als Bundesgenossen akzeptieren, höchstens als ihre Hilfskräfte, die geneigter erschienen, ihren Wünschen hinsichtlich der Vernichtung der Großmachtstellung Deutschlands entgegenzukommen. Das Gleiche konnte man nach dem verlorenen zweiten Weltkrieg in der Gefangenschaft beobachten, als sich oftmals die sogenannten Widerstandskämpfer als Freund und Bundesgenossen der Sieger zu benehmen und auszugeben pflegten. Sie hatten damit weniger Erfolg als solche Leute, die sich zum Nationalsozialismus offen bekannten. Sie waren sowieso ihre Feinde.

Mitsieger, wie sich oft Widerstandskämpfer gebärdeten, waren nicht gefragt.

Die Alliierten standen vor dem Problem der Aufteilung der Beute und Festlegung der Tribute in einer unvorstellbaren Höhe sowie der Entmachtung eines Volkes, das vier Jahre ehrenhaft gekämpft und in Europa eine jahrhundertalte Tradition und Funktion wahrgenommen hatte. Dies aber konnte nur unter Wahrung eines scheinbaren Anstandes vor der Welt und auch dem deutschen Volke verantwortet werden, wenn Deutschland sich selbst schuldig am Ausbruch des Krieges erklärte. Diese Erklärung sollte das Alibi und die moralische Rechtfertigung für die Sieger und ihre unmenschlichen und verbrecherischen Verträge schaffen, die man dazu noch Friedensverträge nannte. Nur einer als schuldig befundenen und sich zu dieser Schuld bekennenden deutschen Regierung konnte man einen solchen Friedensvertrag auferlegen.

Daß dazu aber eine Reihe verantwortlicher Politiker mit der ihr dienenden Presse trotz besseren Wissens um die Folgen bereit waren, spricht sie für alle Zeiten vor der Geschichte für ihren Verrat am deutschen Volke schuldig. Der Ausgangspunkt eines solchen frevelhaften Tuns lag in ihrer schon unter der Monarchie ausgeübten politischen Tätigkeit des internationalen Gedankens, der geglaubten Weltverbrüderung und des zersetzenden marxistischen Gedankengutes. Ihnen ging es nicht um „Right or wrong, my country" (Recht oder Unrecht, mein Vaterland), wie der Engländer seit eh und je zu denken gewohnt ist, das war ihnen unwichtig. Sie waren gewohnt, im Rahmen ihrer heiligen Internationale, ihrer Parteiinteressen und damit an ihr eigenes Ich zu denken. Sie hatten den Umsturz bewerkstelligt, sie waren gegen die Werte, die das alte kaiserliche Deutschland verkörpert hat. Ihnen waren Begriffe wie Vaterland, Anstand, Ehre, Treue, Pflichterfüllung und Selbstaufopferung Fremdworte. Sie hielten eine internationale Weltverbrüderung für ihr erstrebtes Höchstziel. Ihnen war die Revolution und der Umstand eine Glaubenssache. Eine moralische Rechtfertigung ihres Handelns konnte nur darin liegen, daß sie das alte Deutschland der Kriegsanstiftung, der Kriegshetze und der Kriegsverlängerung bezichtigten. Sie, die heimlichen Verbündeten unserer späteren Kriegsgegner hatten diesen ja vor dem Kriege das Propagandamaterial für ihren Kampf gegen Deutschland geliefert oder gegen Deutschland gerichtete feindliche Pressestimmen gierig aufgegriffen und in ihren Presseorganen zur Zersetzung der Wehrkraft und Unterminierung der geistigen Werte unseres Volkes verbreitet. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, daß Deutschland eine Politik der Schwäche treiben mußte und im entscheidenden Augenblick nicht über die erforderliche Kampfkraft verfügte, um sich erfolgreich verteidigen zu können. Sie sind somit mitschuldig am verlorenen Krieg.

Jetzt, wo Deutschland am Boden lag, kamen die bürgerlichen Helfers-

helfer, die sogenannten Fortschrittlichen, die liberalistischen Freidenker, die Juden und die dekadente Intelligenz hinzu. Sie waren nicht ganz so kraß, sie meinten diplomatisch feinsinniger zu handeln und erfanden das verschwommene Wort von der „Nichtalleinschuld". Sie wollten Kompromisse schließen und glaubten, damit den Alliierten eine Brücke bauen zu können, über die diese aber nicht zu laufen gewillt waren. Es waren dieselben wie vor dem Kriege, die für den friedlichen Ausgleich plädierten, für Entgegenkommen und Nachgeben und damit die Politik der Schwäche als der Weisheit letzten Schluß unterstützten.
Nicht verständlich und unverzeihlich aber ist das Verhalten der damaligen Weimarer Regierung, die solche Verträge unterschrieben und damit anerkannt hat. Sie hat damit einen Fluch auf sich genommen, der konsequent zu ihrem Untergang führen mußte. Unzweifelhaft gab es die Möglichkeit, diesen ehrlosen Schuldparagraphen abzulehnen. Wir wissen, daß selbst Clemenceau mit einer solchen Weigerung gerechnet hat. Der Schuldanerkenntnis-Artikel schuf erst die Härte des Inhalts des Diktats. Bei Ablehnung wären die Alliierten gezwungen worden, auch die Bedingungen zu erleichtern. Die Verantwortung der Annahme dieser Verträge tragt ausschließlich die deutsche Regierung. Sie ließ von Anfang an die gebotene Härte vermissen. Sie war mit dem schmählichen Umsturz belastet und war trotz schöner Worte dennoch bereit, alles zu erfüllen, was man von ihr verlangte. Von der Lansingschen Depesche mit dem bewußten Übersetzungsfehler bis zur Unterschrift des Versailler Schandvertrages führt ein gerader Weg.

Die Sozialdemokratie war von Anfang an bereit, den Vertrag mit der Schuldanerkenntnis zu unterschreiben. Das gleiche traf auch für das Zentrum zu. Das Problem war nur, wie sage ich es dem Volke, meinen zukünftigen Wählern, ohne allzu sehr mein Gesicht zu verlieren? War schon der Umsturz von langer Hand mit der kaiserlichen Kriegsschuld und den Kriegsverbrechen motiviert worden, so mußte man doch nun, da man im langersehnten Sattel saß, vorsichtiger agieren und durfte sich keine allzu großen Blößen mehr erlauben. Denn man wollte ja auch in Zukunft bei Wahlen die benötigten Stimmen einstreichen.
Da bot sich das Stichwort von der „Nichtalleinschuld" als Ausweg an. Mit diesem Begriff konnte man je nach Lust(und Laune sowie aus Zweckmäßigkeitsgründen entsprechend jonglieren. Man war auch einfältig genug zu glauben, damit den Siegern entgegenzukommen. Auch erinnerte man sich daran, daß die feindliche Propaganda während des Krieges immer behauptet hat, gegen das deutsche Volk habe man im Grunde nichts, der eigentliche Kampf gelte vielmehr der kaiserlichen Monarchie, der Autokratie und dem barbarischen, brutalen preußischen Militarismus. Man machte hoffnungsvoll die Probe aufs Exempel und betonte in einer Note an die Friedenskommission: „Es müsse nunmehr

der deutschen Revolution Rechnung getragen werden. Das deutsche Volk sei nicht verantwortlich für seine Regierenden, da es sie ja aus ihrer Macht vertrieben habe."
Die, Antwort Clemanceaus war, wie zu erwarten, zynisch und für unsere Illusionären bemerkenswert: „Diese Umwandlung sei zwar erfreulich, könne aber die Bereinigung des Krieges nicht berühren. Die deutsche Revolution wurde verzögert, bis die deutschen Heere im Feld geschlagen waren, bis jede Hoffnung, aus einem Eroberungskrieg Nutzen zu ziehen, sich verflüchtigt hatte. Sowohl während des ganzen Verlaufs des Krieges, wie auch vor dem Kriege ist das deutsche Volk und sind seine Vertreter für den Krieg gewesen. Sie haben für die Kredite gestimmt, sie haben die Kriegsanleihen gezeichnet, sie haben allen Befehlen ihrer Regierung, so roh sie auch sein mochte, gehorcht. Sie haben die Verantwortung für ihre Regierung geteilt; hätten sie dieselbe doch im selben Augenblick, wenn sie nur gewollt hätten, stürzen können. Wenn diese Politik der deutschen Regierung geglückt wäre, so hätte das deutsche Volk ihr mit ebensoviel Begeisterung zugejauchzt, wie es den Kriegsausbruch begrüßt hat. Das deutsche Volk kann also nicht behaupten, daß, weil es, nachdem der Krieg nun einmal verloren, seine Regierung gewechselt hat, es jetzt gerecht sei, daß es den Folgen seiner Kriegshandlungen entzogen werde." Auch in dieser Note hatte die Reichsregierung mit keinem Wort die Ablehnung der deutschen Kriegsschuld erwähnt!

Brockdorff-Rantzau hatte zweifelsohne den Willen und den Vorsatz, den Vertrag in dieser Form abzulehnen, falls seine Vorschläge nicht akzeptiert würden. Als er aus Paris zurückkam, trat er zurück und schrieb dem vorläufigen Präsidenten: „Ich bin von Paris in der zuversichtlichen Hoffnung zurückgekehrt, mit meiner Politik zum Erfolg zu kommen, wenn das deutsche Volk hinter mir stand und bereit war, die schweren Gefahren, mit denen die Feinde uns einzuschüchtern versuchten, auf sich zu nehmen. Der Regierung scheint es bei dem seelischen Zustand unseres schwergeprüften Volkes unmöglich, den Einsatz zu wagen. In dieser Lage wird ein anderer Mann, welcher die Bedingungen nicht so stark verworfen hat als ich, besser am Platz sein."
Brockdorff-Rantzau trat aus echter Überzeugung zurück, die Regierung nur aus optischen Gründen, Herr Scheidemann, weil er um seine verdorrte Hand fürchten mußte. Es ist kaum anzunehmen, daß Brockdorff-Rantzau wirklich die Stimmung im Volk gemeint hat. Er erkannte nämlich, daß insbesondere die Sozialdemokratie und das Zentrum trotz eines gewissen Theaterdonners gewillt waren, den Vertrag auch mit dem Alleinschuldparagraphen zu unterschreiben. Herr Erzberger machte aus seiner landesverräterischen Werbetätigkeit für die Annahme aller Bedingungen überhaupt kein Hehl. Er hielt die Unterzeichnung

unter allen Umständen für das Gegebene und Klügste. Sein Horizont reichte sicherlich nicht soweit, daß er sich hiermit zwangsläufig am Ausbruch aller noch zu erwartenden Konflikte mitschuldig machte.
Am 21. Juli 1919 mußte dashalb das Kabinett zurücktreten, einige Politiker, die sich zuvor allzu sehr festgelegt hatten, wie Scheidemann mit einem lachenden und einem weinenden Auge. An seine Stelle trat der Sozialdemokrat Gustav Bauer. Clemenceau wurde als eine der ersten Amtshandlungen mitgeteilt: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden". Es wurde schüchtern hinzugeführt, daß darin nicht die Anerkennung liege, daß das deutsche Volk am Kriege schuldig sei, auch sei man nicht bereit, den Abschnitt des Vertrages über Strafbestimmungen anzuerkennen.
Nach der schroffen, mit Bestimmtheit vorgetragenen Forderung Clemanceaus, „Man verlange rückhaltlose Anerkennung des Vertrages", stimmte dann die Weimarer Versammlung entsprechend noch einmal ab. Somit war der Vertrag angenommen. Auch die markigen Worte des Kabinetts Bauer trafen nicht den Kern der Sache, nämlich die Kriegsschuldlüge: „Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach außen hin zu verteidigen, fehlt dem deutschen Volk nach den entsetzlichen Leiden der letzten Jahre jegliches Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichend, und ohne ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung des Deutschen Reiches, daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen auferlegten Friedensbedingungen zu unterzeichen." Der Wortführer deutscher Ehre, der Sozialdemokrat Bauer, mußte einige Jahre später sein Reichstagsmandat wegen schmutziger Handlungen niederlegen.
So wurde dieses folgenschwere weltgeschichtliche Dokument unbedingt und ohne Klausel vollzogen. Immerhin hätte die Zusatzerklärung eine Basis für eine spätere Revisionspolitik abgeben können. Aber ihr fehlte in jeder Hinsicht die Bezugsnahme auf den Angelpunkt des Schandvertrages, nämlich die Kriegsschuldlüge.

Die Schuldlüge, Vorbedingung weiterer Verträge

Die konsequente Folge war statt Revisionspolitik nunmehr „Erfüllungspolitik" mit all den schrecklichen Auswirkungen. Man begriff nicht, daß man mit diesem Schuldbekenntnis den Grundstein für die Entrechtung des deutschen Volkes gesetzt hatte. Nicht allein die Aussaugung und Ausplünderung des deutschen Volkes war entscheidend, sondern die Durchsetzung des Gedankens, daß das angeblich schuldige deutsche Volk im Urteil der Völker als zweitrangig gewürdigt wurde. Hier wurde

das Fundament für die Verächtlichmachung des deutschen Volkes gelegt. Die konsequenten Folgen einer solchen Erfüllungspolitik und der Selbsterniedrigung konnte nicht ausbleiben und führten unausweichlich zu Hitler und zum III Reich.

Die Tendenz der politischen Linie der Weimarer Republik war nunmehr festgelegt und kommt am sichtbarsten in der Auffassung Rathenaus zum Ausdruck, wenn er sagt: „Der Versailler Vertrag sei nunmehr unterschrieben worden. So sei es nun Ehrenpflicht der Deutschen, diesen Vertrag auch zu „honorieren", Wie es Pflicht eines ehrbaren Kaufmanns sei, seine Unterschrift zu achten. Dieser „gute Wille" werde im Laufe der Jahre reife Früchte tragen."

Diese reifen Früchte kamen 1924 mit dem Dawesplan, in dem die deutschen Tributzahlungen festgelegt wurden. Die Geldzahlungen und Sachleistungen waren bei diesem Plan deshalb so hoch und untragbar, weil, auf Grund der anerkannten Schuld, Deutschland für die Wirkungen und Folgen des Krieges verantwortlich gemacht wurde. Der Grundgedanke des Plans war, daß nunmehr die amerikanische Weltgeldmacht die Reparationszahlungen selbst in die Hand nahm und sich nicht durch mögliche Unruhen oder gar Krieg behindern lassen wollte.

Hier war wiederum für die Deutsche Regierung eine Gelegenheit, aus dem für Jahrzehnte geplanten „Fron- und Sklavendienst" auszubrechen, wenn eine Überprüfung der ehrabschneidenden Schuldfrage hartnäckig gefordert worden wäre. Außer den Deutschnationalen war es nur die damalige Fraktion der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung", die einen diesbezüglichen Antrag stellte. Sie beantragte, daß, bevor die vom deutschen Volk aufzubringenden Leistungen festgelegt würden, von einem unparteiischen Schiedsgericht zunächst die Schuldfrage und Verantwortlichkeit für diesen Krieg geklärt werden müsse. Dies habe schon aus dem Grunde zu geschehen, weil in der „Denkschrift der Sachverständigen" die angebliche Schuld Deutschlands am Krieg als Maßstab für die auf Jahrzehnte hinaus vorzunehmende Belastung- angeführt werde. Verlangt wurde, daß dieses Schiedsgericht nur von Persönlichkeiten solcher Staaten besetzt werden dürfe, die im Kriege neutral geblieben seien.

Praktisch wurde dieser klare und zweckgerichtete Antrag unter den Tisch gekehrt. Hierbei ging es um nicht mehr und nicht weniger als um eine *amtliche* Aufrollung der Kriegsschuldfrage. Marx, Stresemann und Luther sahen damals im Gegenteil in diesem Vertrag einen „Silberstreifen am Horizont" und einen möglichen „Weg, der ins Freie" führe. Stresemann seit 1923 Mitglied der Loge „Friedr. d. Große" sprach von einer Aufklärung der Kriegsschuld durch eine lückenlose Veröffentlichung des vorhandenen Aktenmaterials, von der allen bekannten Zurückweisung, daß Deutschland der Angreifer gewesen sei und von

der Einrichtung eines amtlichen Schiedsgerichts. Dies alles waren lediglich schöne Worte, die nur für den innerdeutschen Gebrauch als Beruhigungspillen gedacht waren. Gleichzeitig entschuldigte man sich bei vorgehaltener Hand bei den Alliierten, die solches zu rügen pflegten, für diese für den inneren Bedarf gebrauchten Worte. Das Wesentliche aber wurde unterlassen, nämlich eine deutliche amtliche Feststellung und eine Note über die effektive, Ablehnung einer Kriegsschuld und die Übersendung einer solchen amtlichen Note.

Lächerlich und geradezu grotesk mußte eine Rede des Kanzlers Marx anmuten, wenn er davon spricht, daß nach Abschluß der Veröffentlichungen des deutschen historischen Materials er die gleiche Aufrichtigkeit auch von den Siegern hinsichtlich der Öffnung ihrer Archive erwarte. Er meinte, die Klärung der Schuldfrage würde vor dem „Richterstuhl der Geschichte" erfolgen! Die angekündigte Veröffentlichung des Inhalts der Archive bedeutet juristisch und staatsrechtlich keine amtliche Aufrollung der Schuldfrage, ja im Gegenteil ein Ausweichen vor einer solchen Entscheidung. Der Ausdruck „Erfüllungspolitik" trifft hier zurecht zu. Auch ist eine Zurückweisung des Artikels 321 (der Kriegsschuld Deutschlands) von Seiten der Parteien keine amtliche Aufrollung dieser Frage. Dies kann nur eine Regierung tun.

Diese Augenwischerei wird auch aus den schönen Worten der Regierungserklärung am Tage der Abstimmung des „Dawes"- oder besser des „Weltfronsklavenplans" deutlich, wenn es dort heißt: „Die Regierung kann und will aber diesen bedeutsamen Augenblick, in dem sie durch die Durchführung des Versailler Vertrages schwere Verpflichtungen auf sich nimmt, nicht vorüber gehen lassen, ohne in der Kriegsschuldfrage, die seit 1919 auf der Seele des deutschen Volkes lastet, klar und deutlich ihren Standpunkt darzulegen. Die uns durch den Versailler Vertrag unter dem Druck übermächtiger Gewalt auferlegte Feststellung, daß Deutschland diesen Krieg durch einen Angriff entfesselt habe, widerspricht den Tatsachen der Geschichte. Die Reichsregierung erklärt daher, daß sie diese Feststellung nicht anerkennt. Es ist eine gerechte Forderung des deutschen Volkes, von der Bürde dieser falschen Anklage befreit zu werden. Solange das nicht geschehen ist und solange ein Mitglied der Völkergmeinschaft zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird, kann die wahre Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern nicht vollendet werden". Wiederum sehr schöne und wahre Worte, die dieser Regierung geradezu ein nationales Prädikat geben. Dann kommt noch der letzte richtige Satz: „Die Reichsregierung wird Anlaß nehmen, diese Erklärung den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen".

Doch die Erklärung wurde niemals den fremden Mächten überstellt. Die Deutsche Regierung war auf Grund der ausländischen Pressekam-

pagne in die Knie gegangen. Sie wich dem starken „Druck" und der Drohung, daß nur dann erträgliche Zinsbedingungen zu erwarten seien, wenn die Reichsregierung die Kriegsschuldfrage ruhen lasse. Die Bewilligung dieser Dawesgesetze bedeutete wiederum eine Anerkennung der Kriegsschuld durch die Deutsche Reichsregierung, also eine schändliche Anerkennung trotz besseren Wissens. Ist es dann ein Wunder, wenn bei diesem Sachverhalt alle Regierungen der Weimarer Republik scheitern mußten und 1933 vom Fenster gefegt wurden?

Das gleiche schmähliche Schauspiel wiederholte sich folgerichtig ein Jahr später, 1925, bei dem Abschluß der Sicherheitspakte von Locarno, die Anfang Oktober zum endgültigen und formalen Abschluß gelangten. Wiederum wurde dazu den fremden Botschaftern eine deutsche Erklärung übergeben: „Die verbündeten Regierungen haben in dem vorausgegangenen Notenwechsel den Abschluß eines Sicherheitspaktes von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abhängig gemacht. Die deutsche Reichsregierung hat der Verbindung der beiden Probleme nicht widersprochen, sieht sich dadurch aber vor die Notwendigkeit gestellt, auf einen Punkt zurückzukommen, den sie im Zusammenhang mit der Völkerbundfrage gegenüber dem im Völkerbundsrat vertretenen Regierungen bereits in der Denkschrift vom September 1924 zur Sprache gebracht hat. Sie wiederholt aus dieser Denkschrift die Erklärung, daß der endgültige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht so' verstanden werden darf, als ob damit die zur Begründung der internationalen Verpflichtungen Deutschlands aufgestellten Behauptungen anerkannt würde, die eine moralische Belastung des deutschen Volkes in sich schließe. Sie glaubt, daß die in diesem Sinne am 29. August 1924 von der damaligen deutschen Regierung erlassenen öffentliche Kundgebung dem Ziel der Verständigung und einer aufrichtigen Versöhnung der Völker dient und macht sich ihrerseits diese Kundgebung ausdrücklich in dem Wunsche zu eigen, dadurch den Zustand gegenseitiger Achtung und innerer Gleichberechtigung herzustellen, der die Voraussetzung für einen Erfolg der jetzt in Aussicht genommenen vertrauensvollen Aussprache bildet."

Bei der hier erwähnten Kundgebung handelte es sich um die zuvor anläßlich des Dawesplanes abgegebene Regierungserklärung, die bekanntlich den fremden Regierungen nicht übergeben worden ist und damit bedeutungslos war. Auch in der obigen Note wird bewußt um den heißen Brei herumgeredet und keinerlei Bedingung in der Form gestellt, daß eine Unterschrift unter die Locanoverträge und ein Eintritt in den Völkerbund von Seiten Deutschlands nur erfolgen könne, wenn der Kriegsschuldartikel 231 außer Kraft gesetzt würde.

Wiederum also wurde keine klare politische Forderung gestellt, sondern eine mit unverbindlichen Phrasen vorgetragene Unterwerfung an den

Tag gelegt. Die Briten und Franzosen hatten nämlich ihre Zustimmung zum Locarnopakt vom Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abhängig gemacht. Dies war auch so eine typische Methode, die man unseren Erfüllungspolitikern getrost zumuten konnte, da man sich über deren Mentalität sehr wohl auskannte. Für die deutschen Politiker von damals ging es überhaupt nicht um die Schuldfrage, sie sahen lediglich in der sie schmeichelnden und umstrittenen Aufnahme in den Völkerbund einen Beweis ihres politischen Erfolges.

Diese wachsweiche Erklärung wurde von der Presse der Regierung und der sie tragenden Parteien soweit hochgespielt, als habe die Regierung nunmehr nach einem Jahr ihr Versprechen, die Schuldfrage zu klären, eingelöst. Mit derartig betrügerischen Maßnahmen versuchte man sich leichtfertig aus der Affäre zu ziehen.

Die Antwort auf die deutsche Note war für die deutsche Regierung mehr als peinlich und muß als Blamage gewertet werden. Die von der französischen, belgischen und italienischen Regierung dem Kabinett Marx erteilten Antworten waren alle schroff ablehnend. Hier mag als Beispiel die englische Note genügen: „In Beantwortung der gleichzeitig von Euer Exzellenz abgegebenen Erklärung beehre ich mich, von der Versicherung E. E. Erklärung Vermerk zu nehmen, daß die darin aufgeworfenen Fragen keine Vorbedingungen für die Zusammenkunft der Außenminister bilden. In der Tat stehen diese Fragen in keinem Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Sicherheitspakt und haben keinen Teil des vorbereitenden Meinungsaustausches gebildet____Die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg wird durch den geplanten Pakt nicht aufgeworfen und Seiner Majestät Regierung vermag nicht zu erkennen, warum die deutsche Regierung es für angebracht gehalten hat, sie in diesem Augenblick aufzuwerfen. Seiner Majestät Regierung muß bemerken, daß die Verhandlungen über einen Sicherheitspakt den Vertrag von Versailles und ihr Urteil über die Vergangenheit nicht zu ändern vermag."

Wiederum hatte die deutsche Regierung feierlich und ausdrücklich den Versailler Schandvertrag mit allen seinen Artikeln freiwillig indirekt anerkannt. Man konnte den Jubel und die Zustimmung in London und Paris verstehen, daß auch diese direkte Untermauerung der Kriegsschuld Deutschlands gelungen war. Man überließ mit Genugtuung Herrn Stresemann den ehrenhaften Vortritt im Glauben an die Einleitung einer „nationalen Realpolitik auf lange Sicht", einer Politik, die Deutschland zum internationalen Objekt der anderen machen mußte, was die spätere Entwicklung ja auch gezeigt hat. Mochte Herr Stresemann nunmehr auch in Locarno seine Schuldfragenrede noch so formvollendet halten, sie war durch seine Unterschrift bereits entwertet.

Die Kette dieser Ereignisse nationaler Unwürde wurde genau ein Jahr später, im Herbst 1926, anläßlich der Verhandlungen über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund fortgesetzt. Auch hier hieß es so schön in der Regierungsnote vom 12. September, daß Deutschland nicht in den Völkerbund eintreten könne, bevor nicht die Kriegsschuldfrage gelöst sei. Dennoch trat es zwei Jahre später ohne diese Lösung dem Völkerbund bei. Bei dieser offensichtlichen Unehrlichkeit der Regierung war die Haltung der „Linken" wenigstens aufrichtiger, wenn sie den Standpunkt vertrat, daß alle Beschäftigung mit der Schuldfrage überflüssig und schädlich sei. Der Vertrag sei nun einmal angenommen. Er müsse nunmehr auch erfüllt werden. Eine Erörterung dieses Punktes könne die sich anbahnenden Verbesserungen unserer Beziehungen nur in Frage stellen. Diese Auffassung entspricht etwa der Antwort auf die Frage: „An was glauben sie, glauben sie an Gott?" Antwort: „Nein, ich glaube nur an das Kotelett, das in meiner Pfanne brät!"

Im September 1927 wurde vom Reichspräsidenten von Hindenburg anläßlich der Einweihung des Tannenberg-Denkmals in Ostpreußen noch einmal die Kriegsschuldfrage angesprochen. Der Generalfeldmarschall sagte: „Das Tannenberg-Nationaldenkmal gilt in erster Linie dem Gedächtnis derer, die für die Befreiung der Heimat gefallen sind. Ihr Andenken, auch die Ehre meiner noch lebenden Kameraden verpflichten mich dazu, in dieser Stunde und an dieser Stätte feierlich zu erklären: Die Anklage, daß Deutschland schuld sei an diesem größten aller Kriege sei, weisen wir, weist das deutsche Volk in allen seinen Schichten einmütig zurück. Nicht Neid, Haß oder Eroberung gaben uns die Waffen in die Hand. Der Krieg war uns vielmehr das äußerste, mit den schwersten Opfern des ganzen Volkes verbundene Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber. Reinen Herzens sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen und mit reinen Händen hat das deutsche Volk das Schwert geführt."

Diese Worte kamen sicherlich aus einem aufrechten Herzen eines bewährten alten Soldaten, dem es mit Ludendorffs Hilfe in höchster Not gelungen war, den in Deutschland eingedrungenen Russen eine vernichtende Niederlage zu bereiten. Ich bin sicher, daß diese mannhaften Worte mit der Regierung abgesprochen und ihr vielleicht abgerungen waren. Nur waren auch dies nur Worte, die keine politische Aktion hinsichtlich der Aufrollung der Schuldfrage bedeuteten. Wie üblich, waren auch hier wieder deutschfeindliche Presseverleumdungen nunmehr nach sieben Friedensjahren die einzige Reaktion unserer angeblich als Freunde gewonnenen ehemaligen Feinde! Auch bei dieser Gelegenheit dachte die Regierung nicht daran, diesen Anlaß für eine offizielle Aufrollung der Schuldfrage zu benutzen.

Dasselbe Theater wurde zehn Jahre nach Friedensschluß am 28. Juli 1929 noch einmal als Aufruf von der Reichsregierung gestartet. Es hieß dort: „Der heutige Tag ist ein Tag der Trauer. Zehn Jahre sind verflossen, seit in Versailles deutsche Friedensunterhändler gezwungen waren, ihre Unterschrift unter eine Urkunde zu setzen, die für alle Freunde des Rechts und eines wahren Friedens eine bittere Enttäuschung bedeutete. Zehn Jahre lastet der Vertrag auf allen Schichten des deutschen Volkes, auf Geistesleben und Wirtschaft, auf dem Werk des Arbeiters und des Bauern. Es hat zäher und angestrengter Arbeit und einmütigen Zusammenstehens aller Teile des deutschen Volkes bedurft, um wenigstens die schwersten Auswirkungen des Versailler Vertrages abzuwenden, die unser Vaterland in seinem Dasein bedrohen und das wirtschaftliche Gedeihen ganz Europas in Frage stellen.

Deutschland hat den Vertrag unterzeichnet, ohne damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei. Dieser Vorwurf läßt unser Volk nicht zur Ruhe kommen und stört das Vertrauen unter den Nationen. Wir wissen uns eins mit allen Deutschen in der Zurückweisung der Behauptung der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege und in der festen Zuversicht, daß dem Gedanken eines wahren Friedens, der nicht auf Diktaten, sondern nur auf der übereinstimmenden und ehrlichen Überzeugung freier und gleichberechtigter Völker beruhen kann, die Zukunft gehört."
Berlin, 28. Juli 1929

Der Reichspräsident, gez. von Hindenburg. Die Reichsregierung gez. Müller, Stresemann, Groener, Curtius, Dr. Wirth, Dr. Schätz, Wissel, Dr. Hilferding, Severing, Dietrich, Dr. Guerard, Dr. h. c. Stegerwald.
Wieder dasselbe, schöne Wort, aber keine diplomatische Aktion! Dazu fehlten Wille und Mut. Man scheute sich einfach, den Alliierten ein echtes Paroli zu bieten. Das aber wiegt für die verantwortlichen deutschen Politiker um so schwerer, als sie den Ausspruch Clemenceaus, Poincares, Lloyd Georges und anderer kannten, die, nachdem der Schandvertrag unterschrieben war, erklärten: „Niemals würde man Deutschland derartige Bedingungen und Forderungen habe stellen können, wenn es nicht am Krieg schuldig und damit für alles, was der Krieg gebracht habe verantwortlich sei. Aus dem Recht des Siegers allein heraus wäre es nicht abzuleiten gewesen."

Hier wurde der tatsächliche Standpunkt, „*Macht* geht vor *Recht* von Seiten angeblicher Demokraten brutal in die Tat umgesetzt. Nur wurden solche Siegerstandpunkte vom deutschen Volk stets übersehen, ja die feindliche Propaganda bringt es sogar fertig, solche Denk- und Verhaltensweisen dem deutschen Volk so lange als rechtsgültig vorzugaukeln, bis es in seiner Einfältigkeit auch noch daran glaubt. Das sind die einfachen Methoden, gewollte Schuldkomplexe zu erzeugen, damit Sie-

ger und auf Grund von Umstürzen in den Sattel gehobene eigene Regierende ein um so leichteres Spiel bei der Erfüllung von Siegerforderungen und damit der Unterwerfung der Nation haben.
Diese Erfahrungen aus der Geschichte zu erkennen und daraus für alle Zukunft die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, müßte eigentlich Aufgabe verantwortlich handelnder Politiker und Regierender sein, wenn sie wirklich Anspruch darauf erheben wollen, die Interessen des deutschen Volkes angemessen vertreten und, statt Unterwerfung, den Selbstbehauptungswillen ihres eigenen Volkes gestärkt zu haben. Dies gilt um so mehr, als bei Völkern nach kräftezehrenden Kriegen sich stets eine Erschöpfungsperiode, die je nach Kräfteverzehr länger oder kürzer anhalten kann, bemerkbar macht. Das ist ein natürlicher Vorgang.
Nur kann ein Volk von seinen Regierenden verlangen, daß diese das erkennen und sich nicht in den Sog dieser Erschöpfung miteinbeziehen lassen. Tun sie solches, so haben sie vor der Geschichte keinen glaubhaften Anspruch, die Interessen ihres Volkes nachhaltig vertreten zu haben. Nur solche Regierungen können vor der Geschichte freigesprochen werden, die unbeeindruckt von allgemeiner Erschöpfung und unbeeindruckt von der Anerziehung eines von den Siegern propagierten Schuldkomplexes die notwendigen Lebensinteressen ihres ihnen anvertrauten Volkes mit weitem Blick auf die Zukunft wahrnehmen und mannhaft vertreten. Eine Scheu vor Konflikten mit den Siegern sollte ihre Aufgabe wenig stören, wenn sie vor der Geschichte damit Bestehen wollen, sich zukunftsträchtig für die Lebensrechte ihrer Nation eingesetzt zu haben. Dazu gehört nicht allein der wirtschaftliche Wohlstand, sondern in erster Linie die Festigung und der Ausbau aller nur möglichen Uberlebenschancen auf allen Gebieten des menschlichen Lebens. Unterwürfigkeit und Wohlverhalten zahlen sich, wie die Geschichte lehrt, nur selten aus. Regierende werden nicht an ihren schönen Worten gemessen, sondern an ihrem Wollen, ihren Taten und ihren Erfolgen, nicht für den Augenblick, sondern für die Zukunft. Sie haben es in der Hand, aus einem Volk das herauszuholen, was es wert ist und was es für die Zukunft zu leisten in der Lage ist. Dies aber ist ohne ethische Werte nicht möglich. Das galt damals und hat auch heute noch Gültigkeit.

II. KAPITEL

DER VERSAILLER VERTRAG

Die Waffenstillstandsverhandlungen

Schon die ersten Kontakte mit den Alliierten ließen erahnen, was auf uns zukam. Nach dem am 8. November 1918 die deutsche Waffenstillstandskommission unter Leitung des Zentrumsabgeordneten und Staatssekretärs Erzberger, der gleichzeitig auch Führer der Zentrumspartei war, beim Marschall Foch in Rethondes eingetroffen war, wußte dieser noch nichts von den Umsturzereignissen in Deutschland. Erzberger erhielt am 11. November um 2.05 Uhr aus Berlin ein Telegramm, in dem unmittelbar hintereinander folgend die Worte „Reichskanzler" und „Schluß" enthalten waren, so daß die Alliierten meinten, der neue Reichskanzler hieße Schluß. Erzberger aber hatte richtig verstanden und unterschrieb schon drei Stunden später das Waffenstillstandsdokument, das zunächst einmal die Auslieferung von 5000 Lokomotiven, 150000 Eisenbahnwaggons und 5000 Lastwagen vorsah, das Verfügungsrecht aller Straßen den Alliierten unterstellte und die Deutschen nur für die Unterhaltung verantwortlich machte.

Bei der Räumung der belgischen Küste sollten alle Flußschiffe, Handelsschiffe, Schlepper und Kähne sofort im einwandfreien Zustand übergeben werden. Die gleichen Bestimmungen galten auch für das schwarze Meer. Die nunmehr seit über vier Jahren andauernde, völkerrechtswidrige Hungerblockade wurde aufrechterhalten. Zudem konnten die deutschen Handelsschiffe weiterhin als Prisen aufgebracht werden. Den Alliierten wurde das Recht zugesprochen, jegliche Art von Beschlagnahmungen in den von ihnen besetzten Gebieten vorzunehmen.

Der Waffenstillstand wurde auf 36 Tage befristet, enthielt aber eine Klausel über) eine Verlängerungsmöglichkeit. Als diese aber am 13. Dezember auf Ersuchen der deutschen Reichsregierung beantragt wurde, zeigte man keinerlei Verständnis. Im Gegenteil, man versah dieses Abkommen mit einer weiteren bedrückenden und gefährlichen Klausel, die folgendermaßen lautete:

„Von diesem Tage an behält sich der Oberkommandierende der alliierten Truppen das Recht vor, als zusätzliche Garantie für die Vertragserfüllung die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer nördlich des Brükkenkopfes Köln bis zur holländischen Grenze zu besetzen, wenn er es für notwendig erachtet."
Schon hier wurde die Saat für den zweiten Weltkrieg gelegt, der wiederum, nach dem für Deutschland katastrophalen Ausgang und der Zerstörung Europas durch eine unvernünftige Haßpolitik der Sieger, noch längst nicht beendet ist und noch schreckliche Folgen zeigen wird. Diese werden umso unerwarteter kommen, wenn man es unterläßt, das deutsche Volk über die wahren Zusammenhänge des politischen Geschehens und deren Ursachen entsprechend wahrheitsgemäß aufzuklären, statt es für alle Zukunft impotent und hoffnungslos verunsichert zu machen. Dies ist ein Verbrechen am deutschen Volk, das nicht hart genüg angeprangert werden kann. Oder will man nach einem Schlaraffenleben bewußt seinen Untergang herbeiführen?
Schon damals begingen die Sieger den schwerwiegenden Fehler, dem Besiegten nach dem angebotenen Waffenstillstand die Gültigkeit seiner Rechtsordnung zu verwehren, ja sie als verbrecherisch zu erklären, obwohl sie noch zuvor als gleichberechtigte Länder miteinander diplomatische Beziehungen hatten und sich damit voll respektierten. Diese Methode ist völkerrechtswidrig, inhuman und kriminell. Sie löst niemals Zukunftsprobleme, höchstens vorübergehend, trägt aber den Keim einer neuen Katastrophe in sich. Entscheidungen völkerrechtlicher Fragen dieses Ausmaßes können nur von eigens für diese Aufgabe bestellten internationalen Gerichtshöfen getroffen werden, die in der Lage sind, Urkundenforschung mit aufgedeckten Karten zu treiben und nach Anhörung aller Betroffenen zu einem verbindlichen Urteil zu kommen.
Niemals dürfen Sieger über Besiegte Kriegsschuldurteile aussprechen und Strafurteile fällen, die jedem Völkerrecht Hohn sprechen. Dies aber bis auf den heutigen Tag getan zu haben, läßt die Sieger zu Verbrechern werden und bedarf dringend der Verhinderung, sowohl für die Vergangenheit als auch für die Zukunft. Die Schuld für solche Versäumnisse trifft sowohl die deutsche Regierung als auch im verstärkten Maße die Siegernationen, die stets solche Forderungen abgelehnt haben. Heute wird dies nicht einmal von der deutschen Regierung gefordert, die sich völlig den Siegern unterworfen, ja sie als Befreier begrüßt hat.

Die wesentlichen Bestimmungen des Vertrages

Am 28. 6.1919 wurde der Schandvertrag unterzeichnet, nachdem die Sieger noch einmal ultimativ mit Gewaltmaßnahmen gedroht hatten.

Zur Ehre der US-Regierung muß gesagt werden, daß sowohl der Versailler Vertrag als auch der Völkerbundpakt im Senat mit 53 gegen 38 Stimmen abgelehnt wurden, da die zweidrittel Mehrheit nicht erreicht wurde. Amerika hat also diesen Vertrag nie ratifizert und gehörte auch nicht dem Völkerbund an, obwohl dieser einer Idee Wilsons entsprach. Schon dies allein ist Beweis genug, welche Manipulation die versprochenen 14 Wilsonschen Punkte erfahren haben.

Der Versailler Vertrag umfaßt 15 Teile mit 440 Artikeln. Deutschland wurde gezwungen, wertvolle und alte Reichsgebiete abzutreten, und zwar an Belgien Eupen, Malmedy und Morenet, an Dänemark Nordschleswig, an Polen Teile Schlesiens und Ostpreußens, fast ganz Westpreußen und Posen, an die Tschechoslowakei das Hultschiner Ländchen. In diesem Zusammenhang muß auch die im Vertrag von St. Germain beschlossene Abtretung des Sudetenlandes erwähnt werden. Hier wurde das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen, die seit 1000 Jahren im Rahmen Böhmens zum Reich gehörten und sich im Oktober 1918 ausdrücklich als Teil Österreichs und damit dem Deutschen Reiche zugehörig erklärt hatten, mit Füßen getreten. Ihre Proteste wurden mißachtet oder gewaltsam unterdrückt.

Das Memelland wurde vom Völkerbund unter Litauens Verwaltung gestellt. Frankreich eignete sich Elsaß- und Lothringen an. Danzig und das Saargebiet wurden dem Völkerbund unterstellt. Die umfangreichen deutschen Kolonien, wie Deutsch-Ost-Afrika, Deutsch-Südwest, Togo, Kamerun und die Besitzungen im Bismarckarchipel und andere wurden als Mandate des Völkerbundes an verschiedene Länder verteilt, und zwar mit der unverschämten Begründung, daß Deutschland sich als unfähig und zum Kolonisieren unwürdig erwiesen habe.

Die Folge dieser Abtretung war, daß bis zum Jahre 1922 über 1 Million Deutsche vertrieben wurden, etwa 200 000 Auslands- und Kolonialdeutsche, 120000 Elsaß-Lothringer, 500000 Hüchtlinge und Vertriebene aus Westpreußen, Posen und Ostoberschlesien, 100000 Rußland- und Baltikumdeutsche.

Um die Abtretung von Elsaß-Lothringen ermessen zu können, muß man wissen, daß vor dem ersten Weltkrieg im Elsaß 95,2 %, das sind 1136056 Deutsche lebten und nur 4,8% gleich 56630 Franzosen. In Lothringen waren 439066 Deutsche, das sind 74,7 % und 146940 Franzosen gleich 25,3 %. Beide Länder wurden von Frankreich ohne Volksabstimmung annektiert. 1871 optierten von etwa 1,5 Millionen Elsaß-Lothringern lediglich 39 560 für Frankreich, als, im Gegensatz zu 1919, die Deutsche Reichsregierung eine Volksbefragung durchführen ließ. Schon an diesen Zahlen und Abstimmungsergebnissen erkennt man deutlich die Unsinnigkeit des stetigen französischen Revanche-Gedankens, der überhaupt nicht berechtigt war.

Um so erstaunlicher und großzügiger war später Hitler, der nie von Frankreich die Herausgabe dieser Gebiete gefordert hatte, sondern im Interesse des Friedens und des echten Ausgleichs mit Frankreich ausdrücklich auf die Herausgabe dieser Gebiete verzichtete. Er war der erste wirkliche Europäer und handelte somit europäisch. Er sagte in seiner Reichstagsrede vom 28. 4.1938: „Ich habe nicht, wie Frankreich im Jahre 1870/71 es tat, die Abtretung Elsaß-Lothringens als für die Zukunft untragbar bezeichnet, sondern ich habe nur einen Unterschied gemacht zwischen dem Saargebiet und den beiden einstigen Reichsländern. Und in dieser meiner Einstellung ist weder eine Revision erfolgt, noch wird eine Revision erfolgen." Hitler war eben kein Eroberer, er war Architekt und konnte wie auch im Falle Südtirol so im Interesse Europas auch schmerzlichen Verzicht leisten.

Mit der Ausgliederung des Sudetenlandes kamen 3,5 Millionen Deutsche unter fremde Obrigkeit. Geradezu prophetisch sagte der österreichische Kanzler Karl Renner am 15. Juli 1919 in St. Germain: „Die Mächte würden dadurch in der Mitte Europas einen Bürgerkriegsherd schaffen, dessen Glut für die ganze Welt und für ihren sozialen Aufschwung noch gefährlicher werden könnte als die dauernden Unruhen auf dem Balkan." Wie recht hat er gehabt!

Am 6. 9.1919 heißt es in der Resolution der österreichischen Nationalversammlung nach der Unterzeichnung des Vertrages: „Mit großer Bitterkeit protestiert die Nationalversammlung gegen jenen leider unwiderruflichen Beschluß der alliierten und assoziierten Mächte, durch den 3,5 Millionen Sudetendeutsche mit Gewalt von den Deutschen der Alpen losgerissen werden, mit denen sie seit Jahrhunderten eine politische und wirtschaftliche Einheit gebildet haben. Durch diesen Beschluß werden sie ihrer nationalen Freiheit beraubt und der Fremdherrschaft eines Volkes unterstellt, das sich demselben Friedensvertrag zu ihrem Feind erklärt. Die österreichische Nationalversammlung, der überhaupt keine Möglichkeit bleibt, um diese Verletzung der heiligen Rechte einer Nation zu verhindern, diese Katastrophe abzuwenden und dadurch Europa jene Unruhen zu ersparen, die sich unweigerlich daraus ergeben werde, stellt vor der Geschichte fest, „daß die *Verantwortung* für diese Entscheidung bei jenen Mächten liegt, die sie jetzt unserer sehr ernsten Warnung zum Trotz vollstrecken." Wahrlich ein Dokument, daß nicht Hitler, sondern die Sieger zum Schuldigen des zweiten Weltkrieges stempelt.

In den an Polen abgetretenen Gebieten lebten 2,2 Millionen Deutsche, die einer „polnischen Wirtschaft" und Willkür ausgeliefert wurden. Infolge von Enteignungs- und Unterdrückungsmaßnahmen haben nach polnischen Angaben bis 1923 über 500 000 Deutsche ihre Heimat Posen-Westpreußen verlassen müssen. Bis 1931, also noch vor Entstehung des

III. Reiches war dieser Flüchtlingsstrom auf eine Million angewachsen, bis zum Ausbruch des Krieges erhöhte sich der Flüchtlingsstrom aus dem Korridorgebiet und Ostoberschlesien auf 1,5 Millionen. Allein im Sommer 1939 mußten bis zum 21. 8.1939 über 70000 Flüchtlinge in deutschen Lagern untergebracht werden. Dazu kommen dann noch die vielen nicht erfaßten Flüchtlinge, die privat unterkommen konnten. Darüber hinaus hat sich Polen bis 1939 über 750000 ha privaten deutschen Landes trotz gelegentlich schwacher englischer und französischer Proteste angeeignet.

1918 waren in Westpreußen 55 % des Landes in privater deutscher Hand und 20,9 % im deutschen Staatsbesitz. In Posen waren es 47,8 % privat und 10,9 % staatlich. Umgekehrt gehörten nach über lOOjähriger deutscher Herrschaft (1815-1918) in Westpreußen 24,1 % und in der Provinz Posen 41,3 % des ländlichen Grundbesitzes den Polen. Ja die Polen konnten um die Jahrhundertwende in Ostpreußen, das nie geschlossene polnische Siedlungen gekannt hatte, privat über 29000 Hektar Land erwerben. Bezeichnend für den polnischen Chauvinismus ist die Tatsache, daß von den 657 noch im Jahre 1925 vorhandenen öffentlichen deutschen Minderheitsschulen bis zu Beginn des Schuljahres 1938/39 nur noch 185 verblieben, davon 150 in Posen-Westpreußen und 3 5 in Oberschlesien.

Ein weiterer Abschnitt des Vertrages verlangte die Reduzierung der deutschen Armee auf 100 000 Mann. Die allgemeine Wehrpflicht wurde verboten, der Generalstab aufgelöst. Das gesamte Kriegsmaterial mußte ausgeliefert werden. In der später angeführten Rede Hiders sind Umfang und Zahlen im einzelnen angeführt. Zudem mußte die gesamte Hotte, soweit sie sich nicht selbst versenkte, ausgeliefert werden. Die Marine wurde auf eine Stärke von 15000 beschränkt. Sämtliche schwere Waffen wie Panzer und Artillerie wurden verboten, so auch jegliche Flugzeuge. Für 15 Jahre wurde eine Besetzung des Rheinlandes durch die Alliierten angeordnet und eine entmilitarisierte Zone 50 km ostwärts des Rheins festgelegt.

In diesen düsteren Stunden deutscher Versklavung verdient ein Ruhmesblatt deutscher Geschichte festgehalten zu werden. Die deutsche Flotte, auf deren Ehrenschild am 3. November 1918 infolge der Meuterei von 20000 Matrosen in Kiel auf den Schiffen „Kurfürst, Thüringen, Helgoland und Markgraf sowie Kronprinz Wilhelm" ein düsterer Makel gefallen war, indem sie den Gehorsam verweigerten, rote Fahnen gehißt und schändliche Arbeiter- und Soldatenräte gebildet hatten, löschte diesen Schandfleck auf ihrer Ehre aus. Die Hotte war im Rahmen der Waffenstillstandsbedingungen nach Scapa Flow ausgelaufen und war dort zur Auslieferung an die Engländer versammelt. Sie stand unter Bewachung eines britischen Bewachungsgeschwaders.

Um 4.40 Uhr des 23. Juni 1919 hatte die Regierung Deutschlands sich den ehrlosen Forderungen der Alliierten gebeugt. Wenig später verläßt das englische Bewachungsgeschwader unter Führung des Admirals Freemantle für Schießübungen auf hoher See seine Bewachungsposten. Dieser glückliche Umstand ließ den Deutschen Admiral von Reuter sofort aktiv werden. Er befahl, in aller Heimlichkeit die Bodenventile, die Luken und Torpedo-Rohre aller Schiffe zu öffnen. Zuletzt werden die bislang stolz wehenden Flaggen eingezogen. Benoist-Mechin berichtet wohl als Augenzeuge am ergreifendsten darüber: „Plötzlich ertönt ein ohrenbetäubender Lärm, die Alarmglocken läuten, die Sirenen heulen, die Matrosen lassen die Rettungsboote zu Wasser. Vor den verblüfften Engländern beginnt das Admiralsschiff „Friedrich der Große" langsam in die Fluten zu versinken. Um 12.16 Uhr bäumt sich der gewaltige Stahlrumpf auf und geht unter. Das englische Geschwader bricht seine Manöver ab und steuert mit Volldampf zur Reede zurück. Aber es ist zu spät. Der Kreuzer „König Albert", „Kronprinz Wilhelm", „Kaiser Wilhelm", und „Prinzregent Luipold" versinken einer nach dem anderen in Schaumwirbeln. Dann ist die Reihe an den Schlachtkreuzern „Moltke", „Seidlitz", „Von der Tann" und den anderen Schiffen: 5 Kreuzer, 10 Linienschiffe, 47 Torpedoboote, alles in allem 70 stolze Schiffe. Um 17 Uhr schließt sich der Ozean über dem letzten noch übriggebliebenen, den Kreuzer „Hindenburg".
Die stolze Flotte ruht auf dem Grund des Meeres.
Das aber war auch zugleich die Antwort auf die Bereitschaft der Reichsregierung für die schändliche Unterzeichnung des Versailler Vertrages.
Die langen Gesichter der Engländer hätte ich sehen mögen, die statt zu erben die Bürde der Rücktransporte deutscher Seeoffiziere und Matrosen übernehmen mußten. Diesmal hatte Gott England wirklich gestraft!
Die Freude und die Genugtuung der Masse des deutschen Volkes war damals ebenso groß wie später nach dem Nürnberger Schandurteil, als der Reichsmarschall Hermann Göring als der ranghöchste Deutsche sich dem schmählichen Strang durch seinen Freitod entzog.

Die Folgen dieser Entrechtung konnten nicht ausbleiben. Schon im Sommer 1919 rief der von Frankreich finanzierte Seperatist Dorten die selbständige Rheinland-Republik aus, konnte aber vertrieben werden. Der Spartakusaufstand 1919 im Ruhrgebiet konnte mit reichstreuen Soldaten ohne Regierungsauftrag niedergeschlagen werden. Als dasselbe im Frühjahr 1920 im Ruhrgebiet noch einmal geschieht, fühlt sich Frankreich bedroht und besetzt den Maingau mit Frankfurt, Homburg und Darmstadt. Es trennt damit praktisch das Rheinland vom Reich und erreicht damit vorübergehend das Ziel, das dem Verräter Dorten versagt blieb.

Am 11.1.1923 besetzt Frankreich widerrechtlich das Ruhrgebiet, um die Kohlenlieferungen nach den Verpflichtungen des Versailler Vertrages besser überwachen zu können. Die Besetzung dauert zwei Jahre. Die Reichsregierung ruft daraufhin den passiven Widerstand auf, der auch von der Bevölkerung großartig befolgt wird. Alle Verkehrsmittel, Post, Elektrizität und damit Heizung fallen aus. Über 10 000 Deutsche werden verhaftet, über 100, darunter viele Frauen, von den Franzosen hingerichtet, unter anderem auch Leo Schlageter am 26. 5.1923. Die Abdrosselung des Ruhrgebietes läßt die deutsche Wirtschaft zusammenbrechen. Zum Schluß der dadurch ausgelösten Inflation betrug 1 Dollar 4,2 Billionen Mark.

Dann läßt Frankreich noch einmal in Aachen und in der Pfalz von deutschen Seperatisten die Rheinlandrepupliken ausrufen. Beide Versuche enden mit Verjagen oder Totschlag der Landesverräter durch die deutsche Bevölkerung. So konnte hier die Einheit des Reiches gewahrt werden.

Ein anderes Kapitel des Versailler Schandvertrages behandelt die Kriegskosten. Diese waren schon deshalb unvernünftig und unerfüllbar, weil man gleichzeitig unsere Wirtschaft zerschlug und damit eine Zahlung aus dem Überschuß einer laufenden Produktion unmöglich machte. Man verlangte gleichzeitig von uns die Ablieferung der meisten Handelsschiffe und eine unendliche Zahl von Maschinen und Fabrikeinrichtungen, die Lieferung von großen Mengen von Vieh und Kohle, obwohl das deutsche Volk hungerte und fror. Alle deutschen Überseekabel mußten übergeben werden.

Zudem sollten alle Besatzungskosten übernommen werden und eine Schuldverschreibung von 80 Milliarden Goldmark. 1920/21 wurde auf Konferenzen die zu zahlende Kriegsentschädigung auf 226 Milliarden Goldmark festgesetzt, die innerhalb von 42 Jahren zu zahlen waren. Bei Verzug waren Gewaltmaßnahmen angedroht. So geschah es, daß nach angeblichem Zahlungsverzug im März 1922 Düsseldorf, Duisburg, Mühlheim und Oberhausen besetzt wurden. Dies alles geschah mit einer französichen Arroganz und Brutalität, die sich wesentlich von unserer humanen Besatzungszeit des zweiten Weltkrieges in Frankreich unterschied. Sie wollten damals Deutschland versklaven, wir wollten im Interesse Europas Freunde in Frankreich gewinnen, wobei es ein wesentlicher Unterschied ist, ob solches nach einem oder während eines Krieges geschieht. Im Juli 1922 wurde über Deutschland die alliierte Finanzkontrolle verhängt.

Hierzu muß man die Hintergründe kennen. Im Gegensatz zu Präsident Wilsons Vorstellungen, einen Frieden ohne Sieger und Besiegte, einem Frieden ohne Entschädigung, wurde dem Deutschen Reich ein Vertrag wider aller wirtschaflichen Vernunft aufgezwungen, der materiell weder

die Wunden des Krieges heilen konnte noch geeignet war, eine Erholung und eine Festigung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu schaffen. Im Gegenteil, die Entrechtung und Entmündigung ging soweit, daß England und Frankreich mit seinem gewaltigen Empire neben der Verkleinerung Deutschlands um rund ein Sechstel noch dazu sämtliche im deutschen Besitz befindlichen Kolonien untereinander als Beute aufteilten und damit den mit Menschen überhitzten Dampfkessel Deutschland so eng bemaßen, daß dieser zwangsläufig eines Tages explodieren mußte.
Darüber hinaus versuchte Frankreich neben den ungeheuren erpreßten Reparationszahlungen noch den Lebensnerv des Reiches lahmzulegen. Die Grundlage der deutschen Wirtschaftsstärke waren die umfangreichen Eisenerz- und Kohlevorkommen. Frankreich dagegen als Argar- und internationales Geldverleiherland kannte in diesem Maße keine Industriekonzentration, wie sie die Amerikaner, Engländer und Deutschen aufzuweisen hatten. In ihrem Lande gab es eine weitgestreute Kleinindustrie, die keinen allzu großen Brennstoffbedarf benötigte. Denn Frankreich hatte zwar Eisenerze in großen Mengen, die es aber auf Grund der fehlenden Kohle nicht selbst verarbeiten konnte. Es führte daher wie ein Entwicklungsland diese Rohstoffe aus, so daß sich Frankreich vor dem Kriege zum größten Eisenerzexportierenden Land der Welt entwickelt hatte.

Die Kohlevorkommen waren knapp bemessen und mußten zudem noch zur Eisenverarbeitenden Industrie transportiert werden. Dies aber kostet Zeit und Geld und wird dadurch unrentabel, daß zur Aufbereitung der Erze die mehrfache Menge Koks herangeschafft werden mußte. Umgekehrt ist es weitaus billiger, wenn man das raumsparende Erz zur verarbeitenden Metallindustrie fährt, die sich aus diesem Grunde in der Nähe der Kohlengruben anzusiedeln pflegte.

Diese Gesichtspunkte waren für Frankreichs Herren über Eisen und Stahl bei der Festsetzung der Friedensbedingungen in Versailles von ausschlaggebender Bedeutung. Sie benutzten den französischen Militarismus zur Errichtung einer eigenen Schwerindustrie und schlugen damit zwei Fliegen mir einer Klappe. Deutschland in seinem Lebensnerv getroffen, mußte somit machdos werden und sich zu einer ungefährlichen zweitrangigen Nation herabentwickeln.

So entstand ein neuer französischer Imperialismus, der sich brutal über fremdes Eigentum hinwegsetzte und rücksichstlos die Bodenschätze eines ihm nicht gehörenden Landes ausbeutete. Das alles aber geschah auf Kosten Deutschlands, das sich mit seiner Überbevölkerung im verkleinerten und um vieles ärmer gewordenem Räume abfinden mußte. Im Sinne dieser Planung fiel Frankreich und Versailles die Ausbeutung der Saargruben zu. Obwohl es in dem 1871 verbliebenen Teil Lothrin-

gens über reichhaltige Erzvorkommen verfügte, gewann Frankreich durch die Abtretung Elsaß-Lothringens den größten Teil des deutschen Eisenerzes dazu, das zuvor 75 % dem deutschen Markte zugute kam. Frankreich war nunmehr mit Eisenerzen überfüttert. Aber es brauchte umsomehr Kohle, wenn es diese nicht wie bisher exportieren, sondern selbst verarbeiten wollte.

Aus dieser Sicht wird auch die erpresserische französische Politik einem wehrlosen Deutschland gegenüber verständlich, die aus weiteren Forderungen der französischen Stahlbarone herrührte. Während Deutschland nur etwa 15 % der Koksmengen zur Aufarbeitung der zuvor in seinem Besitz befindlichen Erze aus den Saargruben bezog, kamen über zwei Drittel von der Ruhr, die zudem noch mit einem gut funktionierenden Verkehrsnetz auf der Straße, auf dem Wasserwege und der Schiene von Frankreich aus erreichbar war.

Die widerrechtliche Besetzung des Ruhrgebietes geschah ausschließlich aus diesem Grunde. Die Behauptung Frankreichs, dies sei nur geschehen, um einen Druck auf das Reich wegen der Reparationszahlungen auszuüben, war zweifellos nur vorgeschoben. Um aber eine endgültige und dauerhafte Lösung für das Jahrhundertgeschäft Frankreichs zu finden, wurde die alte Rheinbundpolitik Napoleons wieder aufgegriffen. Deshalb wurden die landesverräterischen Seperatistenbewegungen von Frankreich aus ins Leben gerufen und nachhaltig unterstützt. Sie scheiterten damals alle kläglich. Die deutsche Bevölkerung jener Zeit bewies verläßlichen Nationalstolz und zeigte echte Empörung, was heute nach der verbrecherischen Umerziehung fast völlig verlorengegangen zu sein scheint. Sicherlich war zur damaligen Zeit nicht ganz Deutschland besetzt, so daß dieser deutsche Widerstand unter Duldung der deutschen Regierung aus einem noch freien Teil des Vaterlandes Nahrung finden konnte. Das war nach dem zweiten Weltkrieg infolge der totalen Besetzung Deutschlands nicht möglich.

Neben diesem deutschen Widerstand scheiterte die französische Politik auch am Einspruch Englands und Amerikas, die sich übervorteilt sahen und mit Recht befürchten mußten, daß auf diese Weise Deutschlands Reparationszahlungen für sie ausbleiben würden. Die Folge dieser französischen egoistischen Politik waren der Dawes- und der spätere Youngplan, um zu einer besser überschaubaren Regelung der deutschen Zahlungverpflichtungen kommen zu können. Kenner dieser Zusammenhänge wissen davon zu berichten, daß in einer späteren Phase des Geschehens Geldleute in Amerika sich in Deutschland nach einer politischen Kraft umsahen, die dieser französischen Politik ein Widerstand entgegenzusetzen geeignet erschien. Das aber war damals die noch recht schwache NSDAP unter Adolf Hitler, die man zu einer Frontstellung gegen Frankreichs Raubzüge ermunterte. Wie bekannt, kostet ein

zusätzlicher Kampfaufwand Geld. Dieses aber war plötzlich da und brachte der NSDAP 1930 6,5 Millionen Stimmen und 107 Sitze im Reichstag. Hatte die NSDAP noch zwei Jahre zuvor nur 2,6% der Stimmen gewinnen können, so waren es über Nacht 18,3 % geworden.
Durch den Versailler Schandvertrag wurde Deutschland einer weiteren Einnahmequelle beraubt. Die Flüsse Rhein, Donau, Elbe, Oder, Memel und der Kaiser-Wilhelm-Kanal wurden internationalistiert, was zweifellos den internationalen Gedanken wenig zu fördern geeignet war.
Die Folgen aller dieser Bestimmungen waren chaotische Zustände. Nach russischem Vorbild versuchten die Spartakisten und unabhängigen Sozialisten in Deutschland bolschewistische Diktaturen zu erreichen. So geschah es im Januar 1919 in Berlin, im März des gleichen Jahres in Sachsen und, wie schon zuvor erwähnt, im Ruhrgebeit. Am 7. April 1919 errichtete in München eine Räterepublik ihr Terrorregime mit verbrecherischen Geiselmorden. Die erst am 6. 2.1919 in Weimar gewählte Nationalversammlung mit Friedrich Ebert als vorläufigem Präsidenten war wenig handlungsfähig. Nur die alten nationalgesinnten Offiziere und Soldaten, sowie Teile der noch in der Gründung befindlichen Reichswehr und sich schnell bildende Freikorpseinheiten konnten die ihnen verhaßte Republik vor dem Chaos und Untergang retten.
Ähnlich sah es an Deutschlands Grenzen aus. Bei der im Versailler Schandvertrag vorgesehenen Abstimmung in Westpreußen stimmten am 11. 7.1920 über 92 %, in Ostpreußen über 97 % für Deutschland. Der in Oberschlesien vorgesehenen Abstimmung versuchten die Polen 1919 durch einen Aufstand zuvorzukommen. Er wurde von freiwilligen nationalgesinnten deutschen Soldaten zusammengeschlagen. Um dem vorzubeugen und den Polen Hilfestellung zu geben, wird Anfang 1920 Oberschlesien von alliierten Truppen besetzt, angeblich, um die Abstimmung besser kontrollieren zu können. Von den Franzosen geduldet, erheben sich die Polen im August des gleichen Jahres erneut, um Oberschlesien mit seinen reichen Kohlevorkommen dem Reich zu entreißen.

Trotz polnischen Terrors und Verfolgung der Deutschen wird am 20. 3.1921 mit 60 % für Deutschland gestimmt. Daraufhin besetzten am 2. 5.1921 polnische Insurgenten, wiederum von den Franzosen geduldet, einen Teil des Landes. Diesmal ist es das Freikorps Ehrhardt, das in harten Kämpfen die Polen außer Landes treibt. Mit dem Sturm auf den Annaberg am 21. 5. erreichten diese Kämpfe ihren Höhepunkt. Auf Druck der Alliierten müssen die siegreichen Freikorps Oberschlesien räumen und völkerrechtswidrig entscheidet im Oktober 1921 der unter französischem Einfluß stehende Völkerbund gegen das klare Abstimmungsergebnis, daß Oberschlesien, ein Drittel des Abstimmungsgebietes, mit seinen reichen Steinkohlegebieten an Polen abzutreten ist.

Im Baltikum werden Litauen, Estland und Lettland mit starken deutschen Bevölkerungsanteilen zu selbständigen Staaten erklärt. Auch hier müssen im Herbst 1919 auf Ersuchen dieser Länder freiwillige deutsche Truppen und Freikorps eingreifen, um die kommunistischen Angriffe erfolgreich abzuwehren. Als Dank der bei diesen Kämpfen zuschauenden Alliierten mußten dann die deutschen Truppen auf Befehl der Westmächte diese Länder räumen und die Bevölkerung ihrem Schicksal überlassen.

Ein weites entehrendes Kapitel des Versailler Schandvertrages war die Auslieferung sogenannter Kriegsverbrecher, eine Anmaßung der Sieger, die sich nach dem zweiten Weltkrieg in noch unwürdigerer, ja verbrecherischer Form wiederholen sollte. Die Westmächte übergaben diese Liste im Februar 1920 mit der Forderung der Auslieferung aller angezeigten Personen. Das Leipziger Reichsgericht läßt es nicht dazu kommen. Ebenso verweigert die holländische Königin die Auslieferung des in Holland im Exil lebenden Wilhelms IL, so daß es nicht, wie später in Nürnberg, zu den schandbaren und Kulturnationen unwürdigen und rechdosen Schauprozessen kommen konnte.

Der schmählichste Artikel des Versailler Schandvertrages aber war die Forderung der Anerkennung der deutschen Alleinschuld im Artikel 231. Es heißt dort: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben." (Dieser Artikel war die Grundlage für die Auslieferung der angeblichen „Kriegsverbrecher", Militärs und Politiker. Es war aber auch die Voraussetzung für die unermeßlichen Reparationszahlungen, auf die es dem mächtigen Lloyd George im Namen Englands und dem haßerfüllten Clemenceau im Namen Frankreichs ankam. Denn beide Mächte hatten sich der Forderung der amerikanischen Hochfinanz, die während des Krieges ungeheure Summen in Form von Darlehen und Kriegslieferungen gegeben hatte, zu beugen, daß diese wieder aus Deutschland herausgepreßt werden müssen. Es war eine ausdrückliche Grundbedingung, daß die Schuld am Kriege auf die Schultern des deutschen Volkes gelegt werden sollte. Man erlangte damit eine doppelte Sicherheit. Dies war während des ganzen Krieges durch die britische Propaganda, unter deren Einfluß die Vertreter der Vereinigten Staaten und die gesamte amerikanische Presse stand, langfristig vorbereitet.

Es war kein Ruhmesblatt für die ahnungslose und unwissend nach Paris kommende amerikanische Friedensdelegation, wenn sie forsch und mit kindlicher Naivität erklärte: „Sie (die Vereinigten Staaten) sind vielmehr

der Ansicht, daß die Handlungen (Die angebliche vorsätzliche Herbeiführung des Krieges durch Deutschland) in ausdrücklichen Worten verurteilt werden müssen, und daß ihre Urheber Gegenstand des Abscheus der Menschheit werden sollen." Dies aus dem Munde amerikanischer Friedensapostel zu vernehmen, war nicht nur erstaunlich, sondern grenzenlos leichtsinnig, in solcher Form von Seiten Amerikas den Stab über das Deutsche Volk zu brechen. Dies war um so bemerkenswerter, als diese ehrenwerten Herren dabei vergaßen, daß ihre Väter aus bedenkenloser Profitgier ein ganzes Volk wie die Indianer brutal ausgerottet haben.

Unserer deutschen Brudernation Osterreich wurden im Vertrag von St. Germain ähnlich harte Bedingungen diktiert. Österreich wird Republik, die Doppelmonarchie aufgelöst. Ungarn wird ein selbständiger Staat. Südtirol wird bis zum Brenner an Italien abgetreten, Teile von Kärnten und Steiermark werden dem neugegründeten Jugoslawien zugeschlagen. Das Sudetenland wird dem neu gegründeten Staat Tschechoslowakei angegliedert. Schon am 12.11.1918 beschließt die neu zusammengetretene Österreichische Nationalversammlung den Anschluß an das Deutsche Reich. Die Alliierten sind empört und verbieten diesen frei gewählten Wunsch, ebenso auch den Namen Deutsch-Österreich. Die restlichen Teile der Doppelmonarchie kommen an den 1917 von der Deutschen Regierung wieder errichteten polnischen Staat, den es über 100 Jahre nicht mehr gegeben hat, und an Rumänien. Rumänien wurde von 137000 auf 304000 qkm vergrößert und wuchs von 7 Millionen auf 17 Millionen Bevölkerung an, was infolge der vielen Volksgruppen zwangsläufig zum Chaos führen mußte.

Die anderen Verbündeten Deutschlands aus dem ersten Weltkrieg müssen ebenfalls Gebietsabtretungen hinnehmen, Bulgarien zugunsten Rumäniens, Griechenland, Jugoslawien und die Türkei zugunsten Griechenlands, Frankreichs, Englands und Italiens.
Slowenische Truppen versuchen 1919/20 Teile von Kärnten und der Steiermark zu erobern. Sogar Klagenfurt wird kurzfristig besetzt. Kärntner und steierische Heimatschutzverbände verteidigen ihre Heimat mit Erfolg. Trotzdem wird im Friedensvertrag die Südsteiermark ohne Abstimmung an Jugoslawien angegliedert. Die am 10.10.1920 erfolgte Abstimmung in Kärnten ergibt trotz Terrors jugoslawischer Besatzimgstruppen die Österreichische Mehrheit und wird akzeptiert. Nachdem am 24. 4.1921 in Nordtirol 98 %, im Mai in Salzburg 99 % für den Anschluß an das deutsche Reich gestimmt haben, werden weitere Abstimmungen unter Androhung einer Hungerblockade von den „humanen" demokratischen Alliierten verboten.
Die sudetendeutschen Landstände haben sich bereits im Oktober 1918 als Teil Deutsch-Österreichs erklärt. Das Sudetenland wird von tsche-

chischen Truppen ohne Widerstand besetzt,' weil man auf einen Frieden vergeblich hofft. Bei friedlichen Demonstrationen im ganzen Sudetenland für das Selbstbestimmungsrecht werden am 4. 3.1919 über 50 Deutsche von Tschechen erschossen, darunter 20 Frauen. Trotz des einstimmigen Willens der Bevölkerung wird das Sudetenland mit 3,5 Millionen Deutschen in die neugegründete Tschechoslowakei eingegliedert.
Italienische Truppen besetzen nach dem Waffenstillstand Südtirol, das ohne Abstimmung Italien zugesprochen wird. Das fast rein deutsche Land wird besonders unter dem faschistischen Regime brutal italienisiert. Deutsche Schulen werden verboten. Städte- und Ortsnamen italienisch umbenannt, selbst Grabinschriften werden geändert. Italienische Industriearbeiter und andere werden ins Land geholt, so daß die deutsche Bevölkerung, 1918 bei 95 %, erheblich sinkt, aber stets über 50 % bleibt.

Durch die Schandverträge von Versailles und St. Germain kamen rund 7 Millionen Deutsche unter fremde Herrschaft. Weitere 4 Millionen mußten außerhalb des früheren Reichsgebietes in Ost- und Südeuropa leben und fast 7 Millionen Österreichern wurde die gewünschte Vereinigung mit dem Reich untersagt. Somit wurden rund 18 Millionen Deutsche gezwungen, außerhalb des Mutterlandes zu leben. Wahrlich eine Großtat sogenannter Friedensapostel! Sie, die solches taten und damit unüberwindbare Spannungen schufen, gehörten in Wahrheit vor das Tribunal in Nürnberg und abgeurteilt, wenn die Geschichte nur einen Funken Gerechtigkeit aufwiese.

86 000 qkm, fast ein sechstel deutschen Landes, die umfangreichen deutschen Kolonien nicht eingerechnet, wurden dem Deutschen Reich weggenommen. Genau das Gegenteil von den 14 versprochenen Wilsonschen Punkten wurde in die Tat umgesetzt. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde verhöhnt, künstliche Staaten mit großen völkischen Minderheiten ins Leben gerufen und altehrwürdige und gewachsene Traditionen zerstört. Wien, das Tor zum Balkan, verlor mit Ungarn etwa ein Drittel des Landes und damit seine geschichtliche Funktion.

Die äußeren Umstände von Versailles

Schon die Tatsache, daß die Hauptinteressenten, um deren Schicksal es ging, nicht am Verhandlungstisch saßen, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Leichtfertigkeit und Verwerflichkeit der verantwortlichen Staatsmänner, die im Grunde Spielernaturen, aber keine den Namen verdienende Staatsmänner waren. Statt Frieden schufen sie ein verhängnisvolles Unheil, das in den Folgen Europa wieder in die Zeiten Karls des

Großen zurückfallen ließ. Die verantwortlichen Hauptakteure verdienen mit ihren Namen in der Geschichte festgehalten zu werden, wie Präsident Wilson. USA, Regierungschef Clemenceau, Frankreich, Lloyd George, England, Orlando, Italien und Solonji, Japan. Zusammen mit ihren Außenministern Pichon, Balfour, Sonnino, Neakino und dem amerikanischen Außenminister Lansing wurde der „Rat der Zehn" gebildet. Zumeist aber trat nur der Rat der „Vier" ohne den Japaner zusammen. Doch schon diese Vier waren so zerstritten, daß oft der Eindruck entstand, Sieger und Besiegte säßen zusammen.
Insgesamt aber bestand die sogenannte Friedenskonferenz aus 32 Staaten mit 70 Delegierten. Vertreten waren neben den schon erwähnten Staaten: Belgien, Brasilien, Jugoslawien, das es vor diesem Zeitpunkt noch gar nicht gab und damals „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen" genannt wurde. Weiter gehörten dazu: China, Portugal, Rumänien, Siam, die Tschecho-Slowakei noch im Embryonalzustand, der Hedschas und Griechenland, ferner waren mit je einem Delegierten vertreten: Bolivien, Cuba, Ekuador. Guatemala, Haiti, Honduras, Nikaragua, Panama, Peru, Uruguay und Liberia. Zum britischen Empire gehörend waren zudem noch delegiert: Kanada, Australien, Südafrika und Indien sowie Neuseeland. Noch schlimmer war, daß auch Polen dabei war, das gerade erst durch die Deutschen seine Selbständigkeit erlangt hatte, also zuvor gar nicht existierte und derzeit noch mit der Sowjetunion Krieg führte. Wenn man sich alle diese raumfremden beteiligten Mächte anschaut, die hier mitzusprechen hatten, darf es nicht wundern, daß sich heute Europa in diesem desolaten Zustand befindet, nachdem Hitlers Ordnungsbemühungen zerschlagen wurden.
Nicht an der Konferenz beteiligt waren die Schweiz, Dänemark, Schweden, Norwegen, Spanien sowie Rußland als früherer Alliierter der Siegernationen.

Schon diese Aufzeichnung der vertretenen und zum Teil noch gar nicht existierenden Staaten zeigt, wie heterogen und unsachkundig die meisten Vertreter dieser Staaten waren, denen die Neuordnung der Welt, speziell aber Europas anvertraut wurde. Von Beginn der Konferenz an konnte kein Zweifel mehr bestehen, daß es, entgegen dem Prinzip der 14 Punkte, für die politische und territoriale Erneuerung Europas, ohne Sieger und Besiegte, nur um eine Zerschlagung des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie ging. Von einem zugesagten Selbstbestimmungsrecht der Völker war von vornherein überhaupt nicht mehr die Rede. Wie sollte es auch dazu kommen, wenn Beteiligte gar nicht am Verhandlungstisch geduldet wurden?
Nicht einmal die Hauptbeteiligten waren sich einig oder konnten sich einigen, weil die Interessenlage zu unterschiedlich war und der feilschende Streit um die Beute auf Schwierigkeiten stieß. So hatte Clemen-

ceau selber über sein Verhältnis zum englischen Premier Lloyd George einmal geäußert: „Es sind wohl nie zwei Menschen bei scharfen Debatten näher daran gewesen, sich gegenseitig zu verschlingen".

Streitobjekte waren insbesondere die Abrüstung, die deutsch-französische Grenzziehung und die Aufteilung des ottomanischen Reiches - die Unordnung dieses Raumes und das Problem Israels sind noch bis heute Folgeerscheinungen. - Italien überwarf sich mit England und Frankreich wegen Mitteleuropas, Nordafrikas und des Mittleren Orients. Das ging soweit, daß der italienische Ministerpräsident Orlando die Konferenz vorzeitig unter Protest verließ und später mit vielen Überredungskünsten vom amerikanischen Präsidenten zurückgeholt werden mußte.

Am 19. Dezember 1919 verließ auch Wilson die Konferenz verärgert und enttäuscht, weil von seinen 14 Punkten nur die Abrüstung und der ihm am Herzen liegende Völkerbundpakt, wenn auch stark verwässert, sich durchsetzen ließen. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als noch zwei Verträge zur Unterzeichnung anstanden. Schließlich mußte, nachdem auch Clemenceau Anfang Januar 1920 in Frankreich ähnlich wie später Churchill nach dem zweiten Weltkrieg abgewählt worden war, alle noch nicht ausgehandelten Fragen einem Obersten Alliierten Rat, der sich in London etablierte, einer Botschafterkonferenz in Paris und einer Reparationskommission, die auch die Höhe der deutschen Zahlungen festzulegen hatte, übertragen werden. So beschämend wie der Vertrag selber, so unrühmlich endete die Mammon-Konferenz.

Mit dem Versailler Vertrag wurde auch der Völkerbundspakt am 28. 6. 1918 von Deutschland unterzeichnet. Die Österreicher folgten am 19. 9. 1919 mit der Unterzeichnung des Vertrages von St. Germain, am 27.11. 1919 die Bulgaren mit dem Vertrag von Neuilly, am 4. 6.1920 die Ungarn mit dem Vertrag von Trianon und schließlich am 11. 8.1920 die Türkei mit dem Vertrag von Sevres.

Die Grundlagen aller zukünftigen Spannungen und eines aufziehenden Gewitters über Europa waren damit zementiert. Genausowenig läßt die von den Siegern des zweiten Weltkrieges hinterlassene Unordnung der Welt und speziell Europas Besseres erhoffen!

Selbst der Völkerbund, ein von Frankreich beeinflußtes Unternehmen, entsprach nicht der Erwartung des Präsidenten Wilson, vor allem deshalb nicht, da der Krieg als letzte Möglichkeit nicht völlig verboten wurde, die Rüstungsbegrenzungen nicht zur absoluten Pflicht erhoben wurden und jede wirksame Klausel zur Durchführung der vereinbarten Forderungen unterblieb.

In Nürnberg wurde uns Deutschen die Verletzung des Versailler Vertrages vorgeworfen. Dieses ist schon deshalb unsinnig, weil Hitler diesen öffentlich aufgekündigt hatte, weil er diesen mit Recht als unsittlich bezeichnete und die Alliierten ihn selbst in vieler Hinsicht gebrochen

hatten; ganz abgesehen davon, daß Rußland als Richter in Nürnberg gar kein Recht hatte, uns eine Vertragsverletzung vorzuwerfen, da es den Vertrag niemals als Rechtens anerkannt und ihn sogar verworfen hatte. Dieser Vertrag war zuvor von den Unterzeichnern wohl ein dutzend Mal verletzt worden, in dem die Nichtachtung der deutschen Souveränität zur Regel und das Selbstbestimmungsrecht laufend mißachtet wurde. Von Seiten Polens geschah unwidersprochen die Übertretung der Versailler Grenzregulierungen und Annexion von Teilen Ostoberschlesiens trotz der für Deutschland optierenden Mehrheit bei der Volksabstimmung. Von Seiten Frankreichs verletzte man den Vertrag wider jedes Völkerrecht durch die Besetzung der Ruhrorte Duisburg, Düsseldorf, Mühlheim, Oberhausen sowie anderer Städte im März 1921. Auch die Verlegung der Zollgrenze war eine Verletzung des Vertrages. Dazu kommt die im Januar 1923 durchgeführte totale Besetzung des Ruhrgebietes.

Zu den weiteren Verletzungen gehört auch die Wegnahme und Aufteilung der deutschen Kolonien durch England und Frankreich, obwohl eine „unparteiische Regelung" dieser Frage von Wilson ausdrücklich zugesagt war. Weitere Vertragsbrüche waren die Annektierung des Memelgebietes ohne Volksabstimmung durch Litauen und die grundsätzliche Nichtbeachtung des vertraglich zugesicherten Minderheitenrechts der abgetretenen Volksdeutschen.

Auch die spätere Unterstellung Danzigs unter den Verantwortungsbereich des polnischen Außenministeriums durch den Völkerbundsrat bedeutete eine weitere ungesetzliche Einschränkung der Souveränität dieser Stadt und damit einen Verstoß gegen den Versailler Vertrag. Die Nichteinhaltung der Abrüstungszusagen war ein ganz entscheidender Bruch des Diktats, der sich besonders verhängnisvoll auswirken sollte. Die zwangsweise Vertreibung von über 1 Million Volksdeutscher bis 1922, später wurden es immer mehr, fällt ebenfalls unter die Liste der Vertragsbrüche, ganz zu schweigen vom Verbot der mit Österreich erstrebten Zollunion und den allseitig erwünschten Anschluß oder Zusammenschluß beider Brudervölker.

Bei allen diesen Vorgängen wurde das uns Deutschen so gern nachgesagte brutale Verhalten „Macht geht vor Recht" nicht von uns angewandt, sondern eindeutig von den sogenannten Siegern und Moralpredigern. Hitler hat höchstens den Grundsatz angewandt „Macht setzt Unrecht außer Kraft". Sie, nicht wir, haben diese Rechtsbrüche vorgenommen. Die Sieger selbst waren es, die mit ihrem undemokratischen Verhalten den jungen deutschen Demokraten einen schlechten Dienst erwiesen und ihnen in den Rücken fielen. Sie trugen wesentlich dazu bei, den demokratischen Gedanken in Deutschland unglaubwürdig zu

machen. Die angeblichen Musterdemokraten erwiesen sich plötzlich als die Tyrannen und schufen eine internationale Rechtlosigkeit.
Genauso abwegig ist die uns unterstellte Verletzung der Locarno-Verträge im Nürnberger Gerichtsverfahren. Frankreich war es, das 1935 sowohl den Versailler Vertrag als auch die Locarno-Verträge einseitig verletzte, als es am 2. Mai des gleichen Jahres mit den Sowjets den gegen Deutschland gerichteten Militärpakt abschloß, der am 27. Februar 1936 vom Französischen Parlament mit 353 Stimmen gegen 164 ratifiziert wurde. Erst auf diese offensichtliche Verletzung der Versailler- und Locarno-Verträge durch Frankreich kündigte Hitler die Militärklauseln des Versailler Vertrages, und zwar mit vollem Recht. Auch England muß in diesem Zusammenhang gesagt werden, daß es durch den Abschluß des Flottenvertrages mit Hitler den Vertrag praktisch unterlaufen hat.

Stimmen zum Versailler Vertrag

Daß ich mit meinem Urteil über den Versailler Schandvertrag und seinen Folgen nicht alleine stehe, mögen eine Reihe Aussagen international bekannter Leute bestätigen.
Der englische Labour-Abgeordnete J. W. Kneeshah erklärte 1920 auf dem Parteitag in Scarborough: „Wären wir das besiegte Volk und hätten solche Bedingungen auferlegt bekommen, so würden wir, statt uns ruhig auf sie zu verpflichten, in unseren Schulen und Heimen begonnen haben, unsere Kinder auf einen Vergeltungskrieg vorzubereiten, der das unerträgliche Joch der Eroberer abschüttelt. Diese Bedingungen waren nicht nur ein Anschlag auf Deutschland, auf Österreich und alle anderen besiegten Nationen, sie waren auch ein Anschlag auf das ganze Gewebe der Zivilisation." (W. Jaksch, „Europas Weg nach Potsdam" S. 214)
Der holländische Gesandte van Swinderen äußert sich zum britischen Diplomaten E. Howald noch scharfsinniger, er sah die Ursachen und damit die Schuldigen des zweiten Weltkrieges voraus: „Die Friedensbedingungen von Versailles enthalten alle Keime eines gerechten und dauerhaften Krieges." (E. Howald of penrith „Theatre of Life" Vol. II S. 375)

Der amerikanische Präsident Wilson, auf dessen Waffenstillstandsbedingungen die Deutschen hereingefallen waren, erkärte 1919: „Wie kann sich zum Beispiel eine Macht wie die Vereinigten Staaten von Amerika - denn ich kann für keine andere sprechen - 3000 Meilen über den Ozean nach Unterzeichnung dieses Vertrages zurückziehen und ihrem Volk berichten, daß eine Friedensregelung für die Welt geschaffen worden sei, wenn sie Elemente enthält, die man nicht für dauerhaft ansehen kann."

(E. Viefhaus „Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitsschutzverträge auf der Pariser Konferenz 1919" S. 139).
Der damalige amerikanische Außenminister Robert Lansing geht noch einen Schritt weiter und disqualifiziert den Vertrag mit folgenden Worten: „Die Sieger wollen ihre verschiedenartigen Begierden auf Kosten der Besiegten befriedigen und ordnen ihrem eigenen Interesse das Interesse der Menschheit unter.

So wie die Europapolitik heute geordnet ist, ist sie nichts als der Spielball jeder Gier und jeder Intrige, nur dazu berufen, als gerecht zu erklären, was ungerecht ist. Wir haben einen Friedensvertrag, aber er wird keinen dauernden Frieden bringen, da er lediglich auf dem beweglichen Sand der Interessen eines jeden einzelnen gegründet ist."
„Mit diesem Urteil", fügte Lansing hinzu, „bin ich nicht allein geblieben."

Und der italienische Ministerpräsident - s. F. Nitti in: „Die Tragödie Europas und Amerikas" S. 12-14: „In der Tat, einige Tage nachdem Lansing sich so geäußert hatte, befand ich mich in London, wo ich mich mit einigen führenden Männern Englands unterhielt. Sie alle stimmten darin überein, daß der Vertrag widersinnig und unausführbar sei, aus Intrige geboren und von der Habgier entwickelt und deshalb eher bestimmt, Kriege hervorzurufen als zu verhüten."
An anderer Stelle sagt Nitti: „Noch niemals ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten *großen* Volkes gegründet worden. Und dies und nichts anderes ist der Versailler Vertrag."

Was aber die Waffenniederlegung der Deutschen auf Grund der 14-Punkte-Zusage des amerikanischen Präsidenten Wilson betrifft, spricht der englische Lord Buckmaster (R. Grenfell „Bedingungsloser Haß?") aus: „Irgend eine Nation, so böse und abscheulich sie auch sein mag, auf der Grundlage bestimmter Bedingungen zur Waffenniederlegung zu veranlassen und dann, wenn sie wehrlos ist, ihr andere Bedingungen aufzuerlegen, ist ein Akt der Ehrlosigkeit, der niemals ausgetilgt werden kann."

Und der englische Außenminister Lloyd George, mitverantwortlich für den Inhalt des Versailler Vertrages erklärt noch auf der Londoner Reparationskonferenz am 3. 3.1921: „Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrages errichtet worden ist; und wenn die Anerkennung versagt oder aufgegeben wird, so ist der Vertrag zerstört. Wir wünschen deshalb ein für allemal ganz klarzumachen, daß die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg von den Alliierten als endgültig feststehend behandelt werden muß." (H. Lutz „Verbrechervolk im Herzen Europas?" S. 98). Doch kommt der gleiche Mann gelegentlich eines

Vortrages in der Guid Hall in London am 7.10.1928 zu folgender Feststellung: „Die gesamte Dokumentation, die uns gewisse Personen unserer Alliierten zugespielt haben, war erlogen und erschwindelt. Wir haben in Versailles auf Grund von Fälschungen entschieden." (H. Lebre und H. Coston „Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges" S. 21).
Hier drängt sich die Frage auf, was geschieht eigentlich, wenn sich die für den Nürnberger Prozeß vorgelegten Dokumente ebenfalls als gefälscht herausstellten, wobei Kempner und Glaubensbrüder eifrig mitgeholfen haben?
Kurz nach der Machtübernahme erklärte Hitleram 17. 5.1933 sehr sachlich: „Der Gedanke der Wiederherstellung eines allgemeinen internationalen Rechtsempfindens ist durch den Versailler Vertrag nicht minder vernichtet worden. Denn um die gesamte Maßnahme dieses Ediktes zu motivieren, mußte Deutschland zum Schuldigen gestempelt werden. Dies ist ein ebenso einfaches wie unmögliches Verfahren. In Zukunft wird also die Schuld an Auseinandersetzungen immer der Besiegte tragen (wie heute, der Verf.); denn der Sieger hat ja immer die Möglichkeit, diese Feststellung einfach zu treffen. Dieser Vorgang führt deshalb zur furchtbaren Bedeutung, weil er damit zugleich eine Begründung gab für die Umwandlung eines am Ende des Krieges vorhandenen Kräfteverhältnisses in eine dauernde Rechtsform. Die Sieger und Besiegten wurden damit förmlich zum Fundament einer internationalen Rechts- und Gesellschaftsordnung gemacht."

Die Welt regt sich heute über die bewußt in die Welt gesetzte Lüge von den 6 Millionen umgebrachter Juden auf, nahm aber damals ungerührt die verbrecherischen Worte des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau hin, der programmatisch erklärt hatte, es mögen ruhig 20 Millionen Deutsche sterben, da diese zuviel auf der Welt wären! Der Jude Walter Rathenau, gewesener Reichsaußenminister in der Weimarer Republik, schrieb sogar: *„Vernichtet Deutschland im eigentlichen Sinn, tötet seine Menschen und besiedelt sein Land mit anderen Völkern! Es genügt nicht, daß ihr das Land in kleine Staaten zerstückelt.. . Vernichtet die Erinnerung, indem ihr das deutsche Volk vernichtet..."* Briefe an Frankreich vom 6. Februar 1920 (vergl. Nachgelesene Schriften, Band 1, Seite 113 ff).

Gänzlich die „Katze aus dem Sack" läßt der Jude Eli *Revici,* der sich in Amerika in Eli *Ravage (Ravage* = Verwüstung) verwandelt. Ravage veröffentlicht in „The Century Magazine" Vo. 115, Nr. 3, Januar 1928, einen Aufsatz, der u. a. die selbstenthüllenden, jüdisches Wesen und jüdische Zielvorstellung kenntlich machenden Worte enthält: „Wir (Juden) sind Eindringlinge. Wir sind Zerstörer. Wir sind Umstürzler. Wir haben eure natürliche Welt in Besitz genommen, eure Ideale, euer

Schicksal und haben Schindluder damit getrieben. Wir waren die letzte Ursache nicht nur vom letzten Krieg, sondern von fast allen euren Kriegen. Wir waren nicht nur Urheber der russischen, sondern aller größeren Revolutionen in eurer Geschichte. Wir haben Uneinigkeit und Durcheinander in euer persönliches und öffentliches Leben gebracht. Wir tun es heute noch, niemand kann sagen, wie lange wir das noch tun werden. Lassen Sie den Blick ein wenig in die Vergangenheit schweifen um zu sehen, was sich alles ereignete. Vor neunzehnhundert Jahren wäret ihr eine unverdorbene, sorgenfreie, heidnische Rasse. Ihr verehrtet zahlreiche Götter und Göttinnen, die Geister der Luft, der dahinwallenden Ströme und der weiten Wälder. Ohne zu erröten waret Ihr stolz auf die Pracht eurer entblößten Leiber. Ihr schnitztet Bildnisse eurer Götter und eurer menschlichen Gestalt. Ihr hattet Wohlgefallen an der offenen Feldschlacht, der Kampfbahn und dem Schlachtfelde... Ihr tummeltet euch auf Bergeshängen und Talgründen im freien weiten Feld und kamet dabei aufs Sinnieren über die Wunder und Geheimnisse des Lebens und legtet den Grundstein der Naturwissenschaft und Philosophie. Euch war zu eigen eine edle, sinnlich-lebenswahre Kultur, unverfälscht durch Spitzfindigkeiten eines gesellschaftlichen Bewußtseines und einer sentimentalen Fragestellerei über die Ungleichheit der Menschen. Wer weiß, welche große und erhabene Bestimmung euch zuteil geworden wäre, wenn wir euch selbst überlassen hätten."...
„Natürlich habt ihr niemals voll und ganz die christliche Lehre und auch nicht unsere Soziallehre übernommen. In eurem innersten Herzen seid ihr doch Heiden. Dabei dieses zurückzuweisen hattet ihr bisher nicht die Kraft. Es ist vorgesorgt, daß diese Kraft euch nie zuteil wird, *denn Deutschland ist als erstes Land und Volk zum Untergang verurteilt. Mit Deutschland fallen alle anderen germanischen Länder*. Ja, dazu gehörst auch du altes Albion (Britannien). Doch weil du jahrhundertelang unser Schwert warst, hast du die Erlaubnis im Glanz unterzugehen!"... Die Auswahl angeführter Zitate, die noch hundertfach ergänzt werden könnten, mögen genügen, um zu beweisen, daß nicht wir Deutsche die Ursachen für den Zweiten Weltkrieg geschaffen haben, sondern die Politiker und Nationen, die für die satanische Geburt des Versailler Schandvertrages verantwortlich gezeichnet haben. Dieser Vertrag war kein Friedensvertrag. Er begann mit einem ehrlosen Wortbruch und war eine potentielle Kriegserklärung, der die Fortsetzung des Krieges geradezu manifestiert hat.

Da die heutige Zeit so schnellebig ist, unsere Jugend keinen objektiven Geschichtsunterricht mehr erhält, nur mit verlogenen Kriegsschuldthesen und mit unterwürfiger Vergangenheitsbewältigung abgespeist wird, habe ich nur die wesentlichen Bestimmungen mit den sich daraus ergebenden Folgen aufgezeichnet, um einmal die Gesamtsituation zu erhel-

len, in die Deutschland und zuletzt Hitler hineingezwungen worden waren. Weder Schlagworte und von der Presse und den Massenmedien erzeugte Gehirnwäsche, noch von Siegern konstruierte Schuldthesen, die dann von interessierten deutschen Politikern leichtfertig übernommen wurden, können einer nüchternen Untersuchung der Kriegsschuldfrage dienlich sein, sondern nur objektives nachhaltiges Quellenstudium. Es wird Zeit, daß endlich auch die Dokumente der Sieger auf den Tisch gelegt werden. Dazu gehören auch die bislang nicht freigegebenen beschlagnahmten deutschen Dokumente, die sicherlich eine andere Sprache sprechen, als man uns heute weiszumachen versucht. Nur eine exakte Forschung kann uns hier weiterhelfen. Es wäre schön, wenn unsere Kindeskinder wieder zu einer normalen Geschichtsauffassung zurückfinden würden. Nur so ist einem Volk zu helfen.

Die innerpolitische deutsche Situation vor und nach Versailles

Das innerpolitische Geschehen nach dem November-Umsturz wurde optisch wesentlich beeinflußt von dem von den Soldaten- und Arbeiterräten gewählten „Rat der Volksbeauftragten". An der Spitze standen prosowjetische Sozialisten und Kommunisten, darunter Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ledebour und andere zweifelhafte Subjekte. Sie hielten riesige Volksversammlungen ab und prägten das äußere Erscheinungsbild des politischen Geschehens auf der Straße. Ihre Kontakte zu Moskau konnten damals nur sehr lockere sein, da Rußland selbst sich noch mitten im revolutionären Geschehen befand. Das politische Schicksal wollte es, daß die aus diesen Reihen kommenden politischen Führer zwar bemerkenswerte gute Redner und Demagogen waren, ihnen aber weitgehend der politische Verstand und energische Führungsqualitäten fehlten. So versäumten sie es beispielsweise am 6. Januar 1919, als sie im Berliner Tiergarten eine riesige Menschenmenge um sich versammelt hatten, in einem unwiderstehlichen Ansturm die Macht an sich zu reißen, woran sie keiner hätte hindern können.
Aber die Führung dieser unabhängigen moskaufreundlichen Sozialisten und Spartakisten blieb unentschlossen. Sie hatten sich in Absprache mit anderen politischen Gruppen auf Wahlen festgelegt, von denen sie sich in völliger Fehleinschätzung der Lage einen überzeugenden Sieg erhofften. Diese Fehlbeurteilung der Lage brachte ihnen schnell ihren Unter-

gang und Tod. Trotzdem bleibt historisch erstaunlich, daß aus diesen Kreisen überhaupt die Abhaltung, Durchführung und Organisation einer Wahl erwogen und durchgeführt werden konnte.

Man muß hier die Daten beachten. Am 19. Januar fand diese Wahl statt. Es war eine Wahl für die verfassungsgebende Versammlung. Anfang Mai 1919 hatte Deutschland eine legale republikanische Regierung, in der der Sozialdemokrat Scheidemann Reichskanzler war. Zuvor, am 20. April 1919, war die Einladung zur Entgegennahme der Versailler Friedensbedingungen erfolgt. Am 7. Mai wurden sie der deutschen Delegation überreicht. Zu dieser Zeit waren noch die mannhaften Worte - nicht Taten - des Kanzlers Scheidemanns in aller Ohren: „Lassen Sie mich ohne taktische Erwägungen reden. Was unseren Bemühungen zugrunde liegt: dies dicke Buch, in dem hundert Absätze beginnen: Deutschland verzichtet, verzichtet, verzichtet! - dieser schauerlichste und mörderischste Hexenhammer, in dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt werden soll, dies Buch darf nicht zum Gesetzesbuch der Zukunft werden...

Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in die Fesseln legt. Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die Sklavenschichten für das internationale Kapital schieben, Frondienste für die ganze Welt leisten... Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar. So unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch vertragen, ohne daß aus Millionen und Abermillionen Kehlen, aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!" („Tägliche Rundschau" 11. 5.1919)

Wenn auch Worte und Taten unterschiedliche Folgewirkungen auslösen, so bleibt aber der Geist solcher Worte nicht ohne Eindruck beim Volk.

Es ist interessant, sich das erste Wahlergebnis aus dieser Zeit der Not zu vergegenwärtigen, das zu folgender Zusammensetzung des Parlaments führte:

Die Sozialdemokraten mit Ebert hatten	163 Sitze,	11500 000 Stimmen
Das Zentrum unter Erzberger	88 Sitze,	6000000 Stimmen
Die Deutschen Demokraten	75 Sitze,	5 600 000 Stimmen
Die Deutschnationale Volkspartei	42 Sitze,	3200000 Stimmen
Die Kommunisten und Spartakisten	22 Sitze,	2300000 Stimmen
Die Nationalliberalen	22 Sitze,	2 300 000 Stimmen
Verschiedene Splittergruppen	9 Sitze,	800000 Stimmen
Zusammen	421 Sitze,	31700000 Stimmen

Dies Ergebnis enttäuschte zwar die Sozialdemokraten, die sich die absolute Mehrheit erhofft hatten. Aber dennoch muß dieses Wahlergebnis im nachhinein als erstaunlich, ja fast als ein Wunder betrachtet werden. Vor allem hatten die die Straße und das öffentliche Bild beherrschenden Arbeiter- und Soldatenräte mit ihren kommunistischen Hintermännern eine vernichtende Niederlage erhalten, noch nicht einmal die 5 % Stimmenanteile waren erreicht. Das Ergebnis zeigt aber auch deutlich, daß das nationale Element sich in keiner Weise hat durchsetzen können.

Um das Erstaunliche dieses Wahlergebnisses heute begreifen zu können, muß man sich in die damalige Situation hinein versetzen. Die Hungerblockade der Alliierten, an der zu dieser Zeit noch Tausende von Menschen, zumeist Frauen und Kinder, starben, wurde weiterhin durchgeführt. Fast die gesamte Bevölkerung litt an Ernährungsmangelerscheinungen, ähnlich wie es den Gefangenen und Internierten nach dem zweiten Weltkrieg erging. Diese Hungererscheinungen wirkten sich besonders bei Kindern aus, die skrofulös erkrankten, das heißt tuberkulöse Knochenerkrankungen bekamen. Man nannte damals diese Krankheit vom Verursacher her „die englische Krankheit". Dies war auch so eine Art von Kriegsverbrechen der Engländer und wirkte sich noch lange äußerst schädlich auf den Ruf dieser Nation aus. Das böse Wort „Gott strafe England" ist bis zum heutigen' Tag noch nicht erloschen, obwohl man heute mit England in seinem desolaten Zustand fast Mitleid haben müßte.

Eine katastrophale Wirtschaftssituation mit über 1 Million Arbeitslosen, weitere Blockade, äußerste Lebesmittelknappheit, destruktiver Güter- und Personenverkehr und nach wie vor Einfuhr- und Ausfuhrembargo kennzeichneten die Situation. Ende April hatte der Oberste Alliierte Rat erstmalig 29 Millionen Goldmark, die im voraus zu zahlen waren, für Lebensmitteleinfuhren aus neutralen Ländern genehmigt. Erst im Oktober 1919 wurde eine neue Goldausfuhr im Austausch gegen 74 875 Tonnen Lebensmittel aus den skandinavischen Ländern und 130000 Tonnen Weizen aus Argentinien erlaubt, für die die Reichsregierung mehr als eine Milliarde Goldmark im voraus hinblättern mußte, um die Güter dann tropfenweise zu erhalten. Dabei war die Staatsschuld des Reiches von Beginn des Krieges bis zum Waffenstillstand von 5 auf 96 Milliarden Goldmark angestiegen, die schwebende Schuld von 1/2 auf 49 Milliarden, der Notenumlauf von 5,5 auf 49 Milliarden. Nach Abschluß des Versailler Schandvertrages stieg der Geldumlauf und damit die Inflation ständig. Im Januar 1919 waren 34, im Januar 1920 bereits 51 Milliarden im Umlauf. Der Dollar stand im März 1920 bereits auf 84 DM.

Praktisch wurde der Krieg, nur auf eine andere Ebene übertragen, fortgesetzt. Churchill hatte schon recht, als er später am 27. 2.1944 Stalin

mitteilte: „Ich betrachte diesen Krieg (1939-1945) gegen einen deutschen Angriff samt und sonders als einen 30jährigen Krieg von 1914 an." - Wir können heute nur hoffen, daß dieser bei derzeitigen desolaten Lage Europas nach dem zweiten Weltkrieg sich nicht zu einem 70jährigen Krieg erweitert.

Auch innenpolitisch gab es unverkennbare ernste Gefahren, die den Bestand der Republik in Frage stellen konnten. Trotz der katastrophalen Wahlniederlage waren Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit ihrem militanten kommunistischen Anhang ernstzunehmende Gefahren. Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, daß diesen prosowjetischen Kräften in dem Mehrheitssozialisten und Kommissar für die nationale Verteidigung Noske eine tödliche Gefahr erwuchs. Noske war ein intelligenter Autodidakt, von Beruf Holzfäller und von keinerlei Skrupel geplagt. Er hat sich selber nach Übernahme dieses Postens in dieser bürgerkriegsähnlichen Situation als der „notwendige Bluthund und Henker" bezeichnet. Ohne Gewissensskrupel ließ er alle kommunistischen Umsturzversuche in Berlin, Dresden, Leipzig, München usw. zuammenschießen, wobei ihm allerdings erleichternd die völlige Unfähigkeit, Unentschlossenheit und der Mangel an politischer Einsicht der kommunistischen Führer zugute kam. Alle diese Umsturzversuche scheiterten kläglich.

Nach all diesen Unruhen und der fortschreitenden Verelendung der wirtschaftlichen Lage nach Unterzeichnung des Versailler Schandvertrages erteilte am 6. 6.1920 das deutsche Volk bei der erneuten Reichstagswahl den dafür verantwortlichen Parteien die gebührende Antwort. Es erhielten an Stimmen:

	Stimmen	weniger als 1919	mehr als 1919
die Sozialdemokraten	5900000	5600000	
Das Zentrum, diesmal zusammen mit der Bayerischen Volkspartei	5700000	300000	
Die Demokraten	2200000	3400000	
Kommunisten u. Spartakisten	5000000		2700000
Konservative	3700000		500000
Völkische	3600000		1300000

Dieses Wahlergebnis sollte aufhorchen lassen. Es zeichnete bereits hier den Beginn einer Entwicklung an, in der die öffentliche Meinung, als Folge der Unzufriedenheit mit der durch den Schandvertrag geschaffenen wirtschaftlichen Lage, sich mehr und mehr entweder den ganz linken oder rechten politischen Parteien zuwandte. Diese Entwicklung

kann man nicht allein unseren deutschen Politikern anlasten, sondern hierfür waren unmittelbar unsere rachedurstigen demokratischen Sieger entscheidend mitverantwortlich, die letztlich in Versailles die Saat für kommende und schon hier ersichtliche Entwicklungen ausgelegt hatten.
Die Weimarer Republik als Kind des verlorenen Weltkrieges mußte scheitern, weil ihre Entstehung mit einem Verrat begann, sie also selbstverschuldet die Hypothek des Versailler Vertrages übernahm und an den Folgen zugrunde ging. Sie ist von der Masse des deutschen Volkes genausowenig geliebt worden wie die heutige Bundesrepublik oder die Deutsche Demokratische Republik. In beiden Fällen waren es von den Siegern aufgezwungene Lösungen, die niemals vor der Geschichte Bestand haben können, höchstens vorübergehend. Die Republik mußte scheitern, weil sie mit den anstehenden und auf sie zukommenden Problemen nicht fertig werden konnte. Auch fehlten starke und das Volk überzeugende Persönlichkeiten. Sie verstand es nicht, die Zeichen der Zeit richtig zu deuten. Mit volksfremden Ideen, mit Zerfall von Sitte und Moral, mit hemmungslosem Egoismus und klassenkämpferischen Ideen war die Not des Volkes nicht zu meistern. Man erschöpfte sich im Gegeneinander. Altererbte Werte zerfielen, an ein Zusammenstehen zum gemeinsamen Handeln für ein gemeinsames Vaterland war nicht zu denken.

Wenn die Weimarer Republik bereits 12 Jahre nach dem Ende des Kaiserreiches in Agonie versank, so war sicherlich nicht allein der Versailler Vertrag daran schuld. Die nachträglichen Behauptungen des Kanzlers Brüning halten sicherlich nicht einer historischen Prüfung stand, wenn er behauptet, „daß damals 100 m vorm Ziel, die Arbeitslosigkeit im Abflauen, die Wirtschaft im Aufschwung gewesen sei und auch die außenpolitische Lage sich gebessert habe". Sogar die Autobahnpläne hätten griffbereit im Schubfach gelegen. Hitler habe im Grunde genommen nur davon profitiert. Die Wahrheit sah doch wesentlich anders aus. Warum hat denn nach dem Sturz des Reichskanzlers Müller am 27. März 1930 die SPD die „Flucht in die Opposition" angetreten, nachdem sie im November 1918 so tatendurstig die Regierungsverantwortung übernommen hatte? Die Politiker wußten nämlich sehr genau, daß das Reich vor dem Bankrott stand.

Ein untrügliches Zeichen war die Tatsache, daß die bereits durch Notverordnung gekürzten Beamtengehälter nur noch ratenweise ausgezahlt werden konnten. Sie mußten kurzfristige Überbrückungskredite aufnehmen. Dies waren zweifellos Alarmsignale. Auf der gleichen Ebene lag der Abbau der Beamten und vorzeitige Pensionierung, um wenigstens die Differenz zwischen vollem Gehalt und Ruhegehalt einsparen zu können. Solche Maßnahmen der kleinen Schritte waren nichts ande-

res als eine skandalöse Verschwendung von Steuergeldern. Die Brüningsche „Bürgersteuer" war nichts anderes als eine Erhebung des Kopfgeldes, wie es bei unterentwickelten Völkern geschieht. Kein Zweifel: Die Weimarer Republik war wirtschaftlich am Ende und auch außenpolitisch nach dem Scheitern der Zollunion mit Österreich, auf den Einspruch von Frankreich hin, nur noch Objekt der internationalen Diplomatie.

Es ist kein Ruhmesblatt für die SPD, daß sie 36 Jahre brauchte, um zunächst für drei Jahre mitregieren und nach diesem Lernprozeß wieder den Kanzler stellen zu dürfen. Damals war für die Demokraten der Zug abgefahren. Bezeichnend hierführ ist die Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932. Herr Brüning von der Zentrumspartei hatte noch 7 Jahre zuvor Hindenburg bekämpft, weil er zu alt war. Jetzt war er 85 Jahre alt. Das hinderte ihn nicht, nunmehr um des politischen Spiels wegen, gegen jegliche Vernunft, Logik, Moral und charakterliche Integrität, nach einer Wahlversammlung in Stettin zynisch zu erklären: „Ich mußte die dort in Armut und Not zuhörende Bevölkerung für ihre Stimmabgabe für Hindenburg gewinnen, obwohl ich wußte, daß Hindenburg nach der Wahl sich gegen sie wenden werde."

Die Wahrheit war, daß keine Regierung mehr mit den vier sie bedrängenden Problemen fertig werden konnte. Einmal waren es die durch den „Schwarzen Freitag" im Oktober 1929 hervorgerufenen lähmenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Sodann geriet die Regierung immer mehr unter den Druck der moskauhörigen Kommunisten und von der anderen Seite von den Nationalsozialisten und Rechtsgesinnten. Hinzu kam noch der pathologische Chauvinismus der Siegermächte. Nachdem 12 Reichskanzler und 20 Regierungen gescheitert waren, erhält die NSDAP am 31. Juli 1932 230 Mandate, dann aber am 6. November 1932 bei einer erneuten Wahl einen Rückschlag auf 196 Mandate. Am 19. November bietet das Zentrum eine Zusammenarbeit mit Hitler an. Dieser lehnt jedoch ab und hält unbeirrt an der Alles-oder-Nichts-Forderung fest. Nach Brüning versucht es noch einmal der Aristokrat von Papen mit seinem „Kabinett der Barone". Am 17. November wirft auch er das Handtuch, um dann am 1. Dezember noch für einen Tag zurückzukehren. Sein Nachfolger wird der umstrittene General von Schleicher, der aber an der **NichtZustimmung** Hindenburgs für eine Militärdiktatur scheitert. Trotz Bedenken Hindenburgs gegen den „Böhmischen Gefreiten" wird dann Hitler, auf Anraten von seinem Sohn Oskar, Meißner und Oldenburg-Januschau, am 30. 1. 33 gegen 11 Uhr zum Reichskanzler ernannt. Hitler wurde demokratisch berufen und ließ sich seine Ernennung demokratisch mit einer Wahl bestätigen.

Das Wahlergebnis bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 im Verhältnis zur Wahl am 6.11. 1932 sah wie folgt aus:

	Mandate Ergebnisse 6.11. 32	am 5. 3. 33	Prozentsatz Gewinn Verlust	am 5. 3.1933
1. NSDAP (Hitler)	196	288	+ 92	44,5
2. DNVP (Deutschnationale Volkspartei)	54	53	– 1	8,3
3. Zentrum	70	73	+ 3	11,3
4. Bayrische Volkspartei	19	19	+ 0	2,9
5. Deutsche Volkspartei	11	2	– 9	0,3
6. Deutsche Demokratische Partei (Staatspartei)	2	5	+ 3	0,5
7. Christlich-Sozialer Volksdienst	5	4	– 1	0,6
8. Wirtschaftspartei	2	0	– 2	0,0
9. Deutsche Bauernpartei	3	2	– 1	0,3
10. Deutsch-Hannoversche Partei	1		– 1	0,0
11. Sozialdemokratische Partei (SPD)	121	120	– 1	18,5
12. Kommunisten (KPD)	100	81	– 19	12,5
Gesamtergebnis		647		100,0
Mandate der Regierungsparteien 1 und 2		341		52,8
Mandate der Opposition 5-11		255		34,7
icht anerkannte Mandate der Kommunisten (DKP)		81		12,5
Zwischensumme 1-11 Anerkannte Mandate		566		87,5

Das erstaunliche Ergebnis dieser Wahl war, daß zwar Hitler seinen Stimmenanteil um 50 % verbessern konnte und mit Hugenbergs Stimmen der DNVP die absolute Mehrheit im Reichstag hatte, aber ihm der entscheidende Einbruch in die Wählerstimmen seiner Gegner nicht gelungen war. Die Opposition verlor knapp 8,4 %. Wenn man sich dieses Resultat genauer ansieht, so waren für mündige Demokraten alle Voraussetzungen für eine starke Opposition durchaus gegeben. Hier waren die Voraussetzungen für einen legalen Widerstand geradezu in einer hervorragenden Weise gegeben, wenn die demokratische Führungsschicht sich ihrer Aufgabe bewußt gewesen wäre und statt zu kapitulieren wirklich gekämpft hätte. Man hat nach dem Kriege die Nationalsozialisten verfolgt, aber es tunlichst unterlassen, die damaligen

demokratischen Führer zur Verantwortung für ihr Versagen zu ziehen. Was nützt es schon, gelegentlich einigen von ihnen den übertriebenen Glorienschein des „Widerstands" umzuhängen, wenn die gleichen Politiker in der Wahrnehmung ihrer eigentlichen ureigensten Aufgabe versagt haben? Man sollte sich gerechterweise einmal diese Demokraten unter die Lupe nehmen, die trotz ihrer demokratischen Überzeugungen die kommende Entwicklung verantwortlich eingeleitet und damit maßgeblich mit verursacht haben. Hier wäre ihr Widerstand am Platz gewesen. Alle später erfundenen oder nur am Rande im Untergrund stattgehabten Widerstände wirken nicht sehr überzeugend und scheinen mir mehr oder weniger eine nachträgliche Entschuldigung für zeitgerechte Versäumnisse zu sein.

Hitler verlangte in Anbetracht der katastrophalen Lage die Bewilligung eines „Ermächtigungsgesetzes", um die Lösung der dringendsten Probleme in den Griff bekommen zu können. Dies war eine ähnliche Methode, wie sie zuvor die Demokraten mit ihren Notverordnungen angewandt hatten. Die Ermächtigung war auf vier Jahre begrenzt. Dies ist sehr wichtig. Denn wenn schon für einen Demokraten in Anbetracht der Notlage des Reiches eine Zustimmung vertretbar erschien, so war doch durchaus bei Mißbrauch nach vier Jahren eine Revision möglich. Aber auch das wurde versäumt.

Hitler erhielt bei der Abstimmung im Reichstag von 566 Stimmberechtigten 441 Ja-Stimmen. Das waren mit 77,9 %, mehr als die benötigte 2/3-Mehrheit. 100 Abgeordnete der bürgerlichen Mitte hatten fürs Ermächtigungsgesetz gestimmt, im wesentlichen war nur die SPD dagegen. Das Zentrum hatte schon vor der Sitzung angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage das bedingungslose Ja" beschlossen. Prälat Kaas sprach von einem Gesetz der bewahrenden, aufbauenden und rettenden Tat des Führers. Auch darf die heute als „mutig" geltende Rede des SPD-Abgeordneten Otto Wels bei seiner Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes nicht darüber hinwegtäuschen, daß es ihm dennoch nicht gelang, schwankende Abgeordnete für sein „Nein" zu gewinnen. Dennoch stimmte die SPD am 17. Mai für die Außenpolitik Hitlers. Auch sie hatten nach 14jährigen Rechtsbrüchen und Demütigungen der Sieger wieder ihr nationales Herz entdeckt. Selbst Pastor Niemöller schickte Hitler ein Glückwunschtelegramm, als der von Stresemann erbettelte Eintritt in den Völkerbund rückgängig gemacht wurde. Das Volk wie viele führende Demokraten wurden von der lange unterdrückten nationalen Welle erfaßt, „entweder gleiches Recht für alle oder ihr könnt Euch euren Völkerbund an den Hut stecken". Zuvor hatte der Tag von Potsdam in breiten Kreisen einen neuen Stil erkennen lassen und ein neues Lebensgefühl geschaffen. Am ersten Mai waren über eine Million

Arbeiter aufs Tempelhoferfeld geströmt und hatten wieder Tritt gefaßt, ein einmaliger Vorgang, der auch Zögernde in Erstaunen versetzte.
Was Demokraten jahrelang nicht möglich war, gelang Hitler auf Anhieb. Das Konkordat mit dem Vatikan wurde unterzeichnet, so daß Hitlereine unschätzbare Aufwertung auf dem internationalen Parkett erfuhr. Bei der Ausstellung des „Heiligen Rocks" in Trier sah man die SA als Ordner. Der päpstliche Nuntius Eugenio Pacelli drückte freudestrahlend Hitler die Hand: „Ich habe Sie lange nicht verstanden. Ich habe mich aber lange darum bemüht. Heute verstehe ich Sie." Alle diese Ereignisse trugen dazu bei, daß große Teile der Bevölkerung ihre Parteien verließen und sich dem Nationalsozialismus zuwandten. Auch hielt sie niemand. Die führenden Demokraten wurden unsicher, schwiegen oder trugen sich mit dem Gedanken zu emigrieren. Jedenfalls war nirgends in dieser entscheidenden Zeit ein Widerstand zu bemerken. Man ließ mehr oder weniger 22 Millionen Wähler im Stich. Man kapitulierte. Zuerst löste sich die Deutschnationale Volkspartei freiwillig auf, so daß Hitler damit die parlamentarische Mehrheit allein zugespielt wurde. Die SPD verschwand nach der „mutigen" Kampfansage von Otto Wels allerdings unfreiwilliger. Unverständlich bleibt die Selbstauflösung der bürgerlichen Parteien. Sie nahmen ihre geschichtliche **Aufgabe,** Sammelbecken für Unzufriedene und Gegner des Regimes zu werden, nicht wahr. Unverständlich war, daß das Zentrum und insbesondere die Staatspartei, die sich auf Grund der letzten Wahl noch eines besonderen Vertrauensbeweises der Wähler erfreuen konnte. Sie kapitulierten, wie Theodor Heuß es noch am 15. 7.1933 nannte, „in glanzloser Resignation". Sie entmachteten sich damit selber und gaben ihren Mitgliedern und Anhängern zu verstehen, loyal mit dem neuen Staat zusammenzuarbeiten. So und nicht anders wurde die Demokratie zu Grabe getragen.

III. KAPITEL

DIE DEUTSCHE REVOLUTION

Das III. Reich

Es kann nicht Inhalt dieses Buches sein, Entstehung, Form, Inhalt und Geist des von Adolf Hitler geprägten nationalsozialisten DI. Reiches ausführlich zu behandeln. Thema dieses Buches sind die Ursachen beider Weltkriege, die zu dem für Europa und die Welt verhängnisvollen Kriegsgeschehen und seinen Folgen geführt haben. Hier gilt es, die Ursachen und die Schuldfragen zu klären. Nur insofern erscheint es mir erforderlich, im einzelnen auf die politischen, wirtschaftlichen und geistigen Probleme einzugehen, aus denen heraus die Spannungen und kontroversen Auffassungen entstehen konnten.

Unbestreitbar war die Weimarer Republik, beginnend mit dem Jahre 1930, am Ende ihres Lateins. Das kam zweifellos auch im Anwachsen der bislang unbeachteten NSDAP (Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei) zum Ausdruck. Hatte die NSDAP bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 nur 2,6 % der angegebenen Stimmen - das waren insgesamt nur 810000 Stimmen - erhalten, so konnte sie 2,4 Jahre später, am 14. September 1930, erstaunlicherweise 6407000, das waren 18,3 Prozent aller abgegebenen Stimmen für sich verbuchen. Im Reichstag saßen statt bisher 12 nunmehr 107 Abgeordnete, die ganz normal und legal gewählt worden waren. Bemerkenswert dabei ist, daß in dieser Zeitspanne die Zahl der registrierten Arbeitslosen von 269443 auf 1061570 angewachsen war und eine deutliche Unzufriedenheit entstand. Im Juli 1932 waren es fast 13,8 Millionen Stimmen und 7,3% bei rund 5,4 Millionen Arbeitslosen. Regiert wurde nur noch mit Minderheiten-Kabinetten und Notverordnungen, da es keine tragbaren Regierungsmehrheiten mehr gab. Im gleichen Maße nahmen auch die Kommunisten zu, so daß im Lande fast bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten. Für viele gab es nur noch die bange Frage, ob Hitler oder Moskau das Rennen machen würden.

Die NSDAP hatte bislang im Wesentlichen ihren Kampf mit den Groschen ihrer Arbeitslosen, mit unerhörter Opferbereitschaft ihrer Idealisten geführt. Wahlen aber kosten viel Geld, vor allem wenn sie auf

Grund der unstabilen Lage sich häufen. Nur war man damals anspruchsloser, so daß solche Wahlen bei weitem nicht die Summen verschlangen wie heute. Damals wie heute gab es selbstverständlich Gruppen und Verbände, die sich im Eigeninteresse finanziell beteiligten. Das ist in der Demokratie nichts Außergewöhnliches. Daß sich ein Großteil der Industrie, vor allem die Schwerindustrie mit ihren erheblichen Sorgen für Hitler zu interessieren begann, darf ab 1930 nicht Wunder nehmen. Die Wirtschaftsdepression mit der steigenden Arbeitslosenzahl beunruhigte im steigenden Maße die Industrie wie auch den deutschen Arbeiter. Auch heute sind Volkswirtschaftler der Meinung, daß, wenn in Demokratien die Arbeitslosigkeit die 5%-Marke erreicht oder gar überschreitet, soziale Unruhen die Folge sind. Ab 1930 war diese Grenze schon überschritten.

Ausgelöst durch den Börsenkrach in New York gab es auch in Deutschland eine Unzahl Bankrotte und wirtschaftliche weitgestreute Zusammenbrüche, die letztlich die Arbeitslosenziffer auf über 7 Millionen anschwellen ließ. Die Industrie warf mit Recht der Regierung vor, daß sie die wirtschaftlichen Probleme des Landes und damit die bittere Not zu lösen nicht in der Lage wäre, zudem aber noch die Inflation anheizte.

Nach dem zweiten Weltkrieg konstruiert - ein Novum in der Geschichte - das von den Siegern eingesetzte Nürnberger Militärtribunal, das der völlig legal erfolgten Wahl Hitlers und seiner Partei eine seit 1921 planmäßig vorbereitete und gewollte Verschwörung andichtet, die von Anbeginn einen Angriffskrieg unter Verletztung aller internationalen Verträge vorsätzlich beschlossen und entfesselt hätte. Dieser Blödsinn wird schon durch die Tatsachen widerlegt, daß zunächst einmal die Macht dazu und die Regierungsverantwortung erkämpft werden muß. Es ist geradezu lächerlich anzunehmen, daß Hitler und seine Mitstreiter 1921 in der Lage waren, dies vorauszusehen oder gar einzuplanen, es sei denn, sie hätten okkulte Fähigkeiten gehabt. Andererseits müßte diese Verschwörung schon überwältigend gewesen sein, wenn es möglich wäre, daß sich später fast das ganze deutsche Volk daran beteiligt hätte.

Heute hört man oft die These, daß Hitler seinen Erfolg nie gehabt hätte, wenn die deutsche Industrie ihm nicht geholfen hätte. Was nun die Wahlhilfe der deutschen Industrie anbetrifft, so hat sich damals wie heute wenig geändert. Nur hatte damals mit Hilfe internationaler Banken wie die von Morgan und Rockefeiler die deutsche Industrie eine sogenannte Unterstützungskasse eingerichtet, aus der unter Aufsicht des Bankiers Schröder an solche notleidenden Unternehmen, die ihre regelmäßigen Beiträge entrichtet hatten, besonders nach der Inflation Unterstützungen gewährt wurden. Aber woher kamen denn diese sicherlich nicht unbedeutenden Beträge? Doch sicherlich nicht aus den Beiträgen der notlei-

denden Unternehmungen. Sie kamen eindeutig von englischen und amerikanischen Banken, wobei, um nur zwei Beispiele zu nennen, die New Yorker Bank Dillon den deutschen Vereinigten Stahlwerken aushalf oder sie flossen vom englischen Trust „Imperial Chemical Industries", der die IG-Farben subventionierte, und die sich untereinander den Weltsprengstoffmarkt aufteilten. So flossen also munter über diesen Dienstweg englische Pfunde und amerikanische Dollars.
Wenn Hitler also davon etwas abbekommen haben sollte, so doch nur, weil man sich von ihm eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit und eine vernünftige Ankurbelung der Wirtschaft erhoffte. Es lohnt sich in diesem Zusammenhang die theoretische Erwägung anzustellen, wenn dem wirklich so war - und darüber dürfte wohl kaum ein Zweifel bestehen -, daß diese ausländischen Geldgeber, und was Rang und Namen anbetrifft sehr bedeutende Geldgeber, sich nach der Version von Nürnberg der Beihilfe zur Verschwörung schuldig gemacht und ebenfalls auf die Anklagebank nach Nürnberg gehört hätten. Vielleicht hätte man sogar über gewisse Juden zu Gericht sitzen müssen! Doch dann hätten sicherlich die amerikanischen und englischen Richter abberufen werden müssen und somit hätte dieser sogenannte Kriegsverbrecherprozeß gar nicht stattfinden können.

Für die Sowjets hätte dann dasselbe gegolten, denn sie gehörten zur gleichen „angeblichen Verbrecherbande", die in Polen .eingefallen war und mit Hitler dieses Land aufgeteilt hatte. Die Sowjets hatten dazu noch uns gegenüber eine Übung voraus, da sie zuvor eine Generalprobe in Finnland veranstaltet hatten. England und Frankreich hatten Beihilfe beim Münchener Abkommen geleistet und England dazu noch als Komplize der „Verbrecherbande" den Flottenvertrag abgeschlossen und sich dabei noch eines Bruchs des Versailler Vertrages schuldig gemacht.
Aber alles das sind neckische Gedankenspiele, die zwar amüsant, aber unrealistisch sind. Als geschichtliche Tatsache aber steht fest, daß Hitler und seine Partei am 30. Januar 1933 legal mit der Regierungsbildung vom Reichspräsidenten von Hindenburg beauftragt worden sind. Eine andere Möglichkeit gab es bei diesen bürgerkriegsähnlichen Zuständen nämlich nicht mehr, es sei denn, man hätte den Kommunisten und damit den Sowjets die Macht überlassen.

Und noch erstaunlicher ist es, daß sich die neuen Herren wiederum ganz legal und demokratisch noch vom Volk diese Wahl ausdrücklich bestätigen ließen. Diese fand am 5. März 1933 statt. Dabei siegte eindeutig Hitler und Herr von Papen. Die NSDAP erhielt 288 Sitze bei 17 265 000 Stimmen, die mit ihm koalierende Deutsch-Nationale Partei 52 Abgeordnete. Somit verfügte die Regierung über 340 Sitze von 647, also hatte einen Überhang von 16 Mandaten. Niemand kann bestreiten, daß dies ein völlig legaler demokratischer Vorgang war.

Das konnte nicht einmal unser erster bundesrepublikanischer Präsident Theodor Heuß anzweifeln. Gehörte er etwa auch zu den Verschwörern, weil er 1932 in „Hitlers Weg" (S. 5) schon geschrieben hatte: „Und niemand kann der Unverdrossenheit des Mannes (Hitler) die Anerkennung versagen, der, von der Festung endassen, sorgfältig, zäh, bewußt aus den Scherben ein neues Gefäß zu fügen unternahm und verstand." Weiter heißt es bei Heuß Seite 169: „Natürlich würde man Hitlers Leistung nicht völlig gerecht, wollte man in ihm nur den großen, unermüdlichen Organisator sehen. Er hat auch Seelen in Bewegung gesetzt und einen zu Opfern und Hingabe bereiten Enthusiasmus an sein Auftreten gefesselt.

Das Ethos der nationalsozialistischen Bewegung, und das ist vielleicht ihre seelisch starke Leistung, liegt darin, daß sie die Klassen- und Standesunterscheidungen, Berufs- und Bildungsgegensätze in ihrem großen Rhythmus überwinden konnte, stärker als die meisten anderen Parteien!"

Die deutsche Revolution im Vergleich zu der englischen und französischen

Das, was die Jugend insbesondere damals bewog, sich dem Nationalsozialismus zuzuwenden, beschreibt Hans Grimm in seiner „Erzbischofschrift" in treffenden Worten: „Ich würde sagen, der junge Nationalsozialismus war viel mehr als eine innenpolitische, als eine außenpolitische Bewegung. Er könnte richtiger als eine politische, eine moralische Bewegung genannt werden, die unter dem Leitwort „Gemeinnutz geht vor Eigennutz", selbst unbewußt, aus der vollendeten Reformation Luthers eine deutsche Reformation zu machen versuchte. An Stelle des bisherigen Lebensgefühls der Vereinzelung: der Kampf aller gegen alle, die Arbeit bloß als Mittel der Lebenserhaltung, des Genusses des Einzelmenschen ohne Rücksicht auf die Gesamtheit, sollte ein neues Lebensgefühl treten.

Auf dem Wege über die Brüderlichkeit und gegenseitige Verpflichtetheit der Volksgenossen sollte die menschliche Verpflichtetheit für diese Erde endlich gelingen. Forderungen stellte die Bewegung auch in einer Zeit schlimmsten deutschen Niedergangs, deren Erfüllungen unbequem waren, Forderungen, die keinen Kompromiß zuließen, und denen die Anhänger aus Idealismus und in Hoffnung dennoch gehorchten."

Hans Grimm in seiner gepflegten Sprache, meine ich, sagt es richtig. So sah es damals aus, und in seinem Lichte muß die Jugend von damals beurteilt werden. Alles andere ist einfach unwahr und bedeutet eine nachträgliche Geschichtsfälschung.

Ich möchte aber das Problem Nationalsozialismus abseits jeglicher Tages- und Parteipolitik einmal grundsätzlich behandeln, damit es keine Mißverständnisse geben kann. Ich bin der Meinung, daß trotz heutigen Gesinnungsterrors eine nüchterne Betrachtung der vergangenen Zeit vielleicht zu einer allen dienlichen Klärung der Begriffe führt und damit aus einer richtigen Erkenntnis die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen werden.

Das 19. Jahrhundert wurde durch das Gedankengut der französischen Revolution, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, gestaltet. Diese Gedanken schufen die bürgerliche Freiheit, den Liberalismus, der später in seiner Umkehr, in seiner Auswirkung, den Marxismus, den Klassenkampfgedanken zur Folge hatte. Ungeheure Kräfte aus dem Bürgertum wurden frei und drängten zur Gestaltung auf allen Ebenen des menschlichen Lebens. Dabei vergißt man meist sehr eilfertig den Preis einer solchen Umgestaltung. Die Opfer eines solchen Umbruchs hatte der erste Stand, der Adel, und der zweite, der Klerus, zu tragen, die einen ungewöhnlich hohen Blutzoll zu entrichten hatten. Ich habe nie gehört, daß sich die Nachwelt sonderlich über die Arbeit der Guillotine (Fallbeil) aufgeregt hat. Der fortschrittliche Gedanke der Bürgerfreiheit nach den Zeiten des Absolutismus wußte alle Schändlichkeiten zu überdecken.

Als aber zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Europa Millionen Menschen geboren wurden, die zum größten Teil vom Lande in die neu emporschießenden Industriestädte strömten, traten überall erhebliche Spannungen auf, zumal die soziale Gesetzgebung den sich immer schneller entwickelnden Verhältnissen hinterherhinkte. Rücksichtslose Ellenbogenfreiheit und Profitgier - wir sind heute wieder auf dem gleichen Wege - ließen insbesondere in den Städten ein besitzloses Proletariat entstehen, zu dem auch erhebliche Teile des handwerklichen Mittelstandes stießen, die mit der billiger arbeitenden Massenproduktion der Industrie nicht mehr konkurrieren konnten. Trotz des freiheitlichen Geistes des Liberalismus war die Stunde des Marxismus gekommen. Dem ursprünglich von Kapitalskreisen von oben ausgehenden Klassenkampf wurde nunmehr der von der besitzlosen Schicht von unten ausgehende Klassenkampf entgegengesetzt. Diese Spannungen wurden durch den Weltkrieg und seine Folgen noch vertieft.

Dieser Liberalismus und seine Umkehrung, der Marxismus, führten in fast allen Industriestaaten in der Nachkriegszeit zu Vertiefungen der Spannungen und Unzuträglichkeiten. Es stellte sich immer mehr heraus, daß man mit den Anschauungen des 19. Jahrhunderts nicht mehr Herr der anstehenden Probleme werden konnte. Die Gegensätze wurden immer größer, zumal auch die Parteien immer mehr die Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen wahrnahmen und damit dem Klassenkampfgedanken verfielen. Das wurde in Deutschland umso schmerzli-

cher empfunden, als nach dem Fronterlebnis des Krieges eine erlebte klassenlose Frontkameradschaft wieder ins Gegenteil umgemünzt wurde. Hierbei spielte das anmaßende jüdische Benehmen eine nicht unerhebliche Rolle. Hinzu kam in Deutschland noch die Auswirkung des Unrechts von Versailles, das eine organisierte Unordnung in Europa geschaffen hatte. Das Endergebnis zeigte sich in der Weltwirtschaftskrise und den hohen Arbeitslosenzahlen. In Deutschland waren es zuletzt fast 7,5 Millionen, die auf der Straße lagen und die in ihrer Verzweiflung, wenn sie nicht von der NSDAP angezogen wurden, dem Bolschewismus verfielen.

So kam es, daß zwischen den beiden Weltkriegen in fast allen europäischen Völkern Europas, unabhängig voneinander Versuche unternommen wurden, und zwar je nach Eigenart der Völker,' Herr der anstehenden Probleme zu werden. In Polen war es Pilsudski, in Rumänien Antonescu, in der Türkei Kemal Atatürk, Salazar in Portugal, Franco in Spanien, Mosley in England, Mussert in den Niederlanden, der Faschismus in Italien unter Mussolini und der Nationalsozialismus in Deutschland unter Adolf Hitler. Das alles waren innerstaatliche Entwicklungen, die im Gegensatz zum Kommunismus keinen Wert auf Export dieses Gedankenguts legten. Sie waren ein Weg für die Lösung innerstaatlicher Probleme.

Alle diese entstehenden Strömungen hatten aber gemeinsam, die Probleme nicht von der Schau des 19. Jahrhunderts, der liberalistischen Ellenbogenfreiheit der Bindungslosigkeit des „Ichs", des Standes, der Schicht, der Berufsgruppen usw. lösen zu wollen, sondern im Rahmen einer größeren umfassenderen Gemeinschaft. Der Gedanke des volksgebundenen Sozialismus, der konträr zum Sozialismus marxistischer Prägung stand, bedeutete im Grunde genommen nichts anderes als die Einordnung des Individuums, nicht als Null wie beim Kollektivismus, sondern als vollwertige Persönlichkeit unter die Interessen der Gemeinschaft! Das „Ich" des 19. Jahrhunderts sollte in ein „Wir" des 20. Jahrhunderts verwandelt werden. Das war eine angebotene Lösung, zumal nach der französischen Revulution nur der dritte Stand zur Geltung gekommen war, während nunmehr auch der vierte Stand, der Bauer und der fünfte Stand, der Arbeiter, sein Anrecht auf Teilhaberschaft und Mitgestaltung unüberhörbar angemeldet hatte. Wie anders sollten diese Probleme gelöst werden als nicht im Gegeneinander, sondern gemeinsam im Miteinander. Dies hatte mit Einschränkung der persönlichen Freiheit nicht das geringste zu tun. Wir leben eben nicht, wie viele andere Völker, mit 7-8 Menschen auf dem qkm, sondern müssen uns, wenn wir nicht über unsere Verhältnisse leben wollen, auf unseren engen Räumen schon etwas nach der Decke strecken, um nicht eines Tages in schwierigen Zeiten eine totale Pleite zu erleben. Die Parole

heißt: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz". Das alles waren vernünftige Grundsätze und wurde von der Masse des Volkes auch richtig verstanden und begrüßt. Vor allem war wieder einer für den anderen da und holte „Vereinzelte" wieder in eine gelebte Gemeinschaft zurück. Wir abendländischen, vor allein germanischen Völker unterscheiden uns ja gerade darin von anderen, nicht so schaffensfreudigen und kulturtragenden Völkern, daß wir stets neben unserer individuellen persönlichen Freiheit das Einstehen füreinander, den Gemeinschaftsgedanken zur höchsten Vollendung und damit unseren kulturellen Erfolg für uns verbuchen konnten. Nimmt man uns aber diesen völkischen Gemeinschaftsgedanken, werden wir sehr bald zu einer zweit- oder drittrangigen Nation herabsinken. Heute sind wir wieder auf dem besten Wege dazu.

Was in dieser Richtung durch die vielen gegeneinander arbeitenden Interessengruppen geschieht, ist kein Fortschritt, sondern eindeutig ein Rückfall in die Denkungsweise des 19. Jahrhundert. Mit ständiger Leistungssteigerung, mit Erhöhung des Sozialprodukts allein wird man auf die Dauer keine Lösung der Probleme erreichen, sondern die Menschen nur noch unglücklicher machen und in die Vereinsamung treiben. Dies sind keine Lösungsmöglichkeiten im Sinne einer abendländischen Kultur, sie leiten nur unseren Zerfall ein und machen uns reif für den Kollektivismus des Ostens. Der kapitalistische Westen wird sich auf die Dauer als unfähig erweisen, weil er die menschliche Seele nicht weniger zerstört als der seelenlose Kommunismus.

Wenn man nun heute von Seiten der Welt, insbesondere von Seiten der Siegernationen und leider auch von unseren deutschen Politikern mit erhobenen Zeigefingern auf die Zeit 1933-1945 weist und uns Deutsche als die alleinigen moralischen Übeltäter des Weltgeschehens hinzustellen versucht, so muß man, will man einen gerechten Maßstab für die Zeit des III. Reiches finden, in Betracht ziehen, daß diese Zeit eine Revolutionsepoche war mit allen unvermeidlichen Überspitzungen und Überspanntheiten einer solchen. Man hat diese Zeit mit den zur selben Zeit abgelaufenen Geschehnissen anderer Länder verglichen, die sich nicht in einer revolutionären Entwicklungsperiode befunden haben, sondern man muß sich einmal der Mühe unterziehen, die Revolutionsepochen der verschiedenen Völker miteinander zu vergleichen und abzuwägen, wenn man einen gerechten Maßstab und Verständnis finden will.
Ich will hier nicht von der russischen Revolution sprechen. Denn was sich darin an Morden und Vernichtung abgespielt hat, übersteigt bei weitem unser Denkvermögen und kann mit dem revolutionären Geschehen der Hitlerzeit überhaupt nicht verglichen werden.
Vergleichen wir einmal die englische Revolution unter Oliver Cromwell und die französische mit Robesspierre, Morat, Carnot usw. mit der deutschen Revolution von 1933-1945. Tun wir das, so stellen wir fest,

daß sie alle nach den gleichen Gesetzen und Grundsätzen abgelaufen sind, wobei allerdings die deutsche bei weitem, der Mentalität unseres Volkes entsprechend, die unblutigste war.
Revolutionen haben nun einmal ihre eigene Gesetzmäßigkeit und ihre eigenen historischen Zwangsläufigkeiten. Sie alle haben gemeinsam, daß auf Grund ihres naturbedingten revolutionären Schwungs, den jede neue Idee in einer zerrütteten Zeit zwangsläufig entfacht, die eigenen Möglichkeiten oft überschätzt und damit die gegnerischen innen- wie außenpolitischen Gegebenheiten unterschätzt. Die Gestalter solcher Revolutionsepochen erkennen zumeist die Unfähigkeit der zur Verfügung stehenden Mitgestalter und wollen deshalb noch zu Lebzeiten alle zur Lösung heranstehenden Probleme anpacken und möglichst selbst lösen. Daher die hektische Eile und oft die unbegründet erscheinende Überspitzung vieler Maßnahmen. Die Eile wird auch zumeist dadurch verursacht, daß die Umwelt zunächst jeder neuen Idee feindlich gegenübersteht und sich aus ihrem gewohnten Trott aufgestört sieht. Alle Revolutionen gingen ursprünglich von einem demokratischen Prinzip aus und endeten zumeist bei einer Diktatur, die nicht Selbstzweck zu sein braucht, sondern Mittel zum Zweck, um eine Revolution erfolgreich durchführen und abschließen zu können. Herr Roosevelt hat sicherlich, ebenso wie Churchill, nicht weniger diktatorische Gewohnheiten gezeigt und Macht ausgeübt als Adolf Hitler. Selbst bei der französischen Revolution, die doch den Gedanken der persönlichen Freiheit als Kernstück ihres Wollens geprägt hat, konnte davon in der Endphase keine Rede mehr sein.

Alle Revolutionen kennen einen Kollektivgegner, der sich zumeist im besonders starken Maße dem neuen Lebensprinzip entgegenstellt. Dem Puritanismus in der englischen Revolution und der liberalen Bürgerfreiheit gegenüber war es der König und die katholischen Iren. Naturgemäß waren sie es, die die Opfer zu bringen hatten, indem Karl I. seinen Kopf verlor und die Iren und Schotten blutige Opfer zu zahlen hatten. Noch heute erleben wir die Folgen eines solchen Geschehens in England, das das von England geprägte puritanistische Revolutionsprinzip nicht anerkennen will. Kein Mensch regt sich heute ernsthaft darüber auf, es wird höchstens der Kopf geschüttelt über den angeblich gezeigten Unverstand.

In der französischen Revolution war es der Liberalismus, der die Köpfe des Königs, des Adels und der Priester forderte. Auch hier wüßte ich nicht, daß man sich darüber heute noch sonderlich aufregt und Frankreich deswegen verketzert und anprangert.

Ja, nun die viel verketzerte deutsche Revolution. Sie war bei weitem die unblutigste. Sie hatte zunächst sicherlich genug Gegner, die man für ihre Erfüllungspolitik und ihre antideutschen Umtriebe hätte zur Verantwor-

tung ziehen können. Aber man tat es nicht, im Gegenteil, man versuchte durch bessere Argumente zu gewinnen und zu überzeugen, da man es mit der Bildung einer großen Volksgemeinschaft ernst meinte. Nur ganz Unverbesserliche und offensichtliche Widerständler kamen in die neuen eingerichteten Arbeitslager, wo sie nicht wie bei anderen Revolutionen etwa umgebracht wurden, sondern umerzogen werden sollten. Sie hatten dort jederzeit die Möglichkeit, ohne Nachteile das Arbeitslager zu verlassen und in den Arbeits- und Aufbauprozeß eingegliedert zu werden, wenn sie nur wollten und mittaten. So und nicht anders war es, von einigen nicht angeordneten Übergriffen abgesehen. Kein Mensch wurde bei dieser Revolution umgebracht. Es wird heute soviel falsch berichtet und die KZ-Insassen zu Märthyrern hochstilisiert. Zu Beginn des Krieges waren weniger als 35000 in Arbeitslagern, also weitaus weniger als heute in den Strafanstalten einsitzen, obwohl damals Deutschland dreifach so groß und doppeltbevölkert war wie die heutige Bundesrepublik. Bei den meisten Insassen handelte es sich dazu noch um Kriminelle.

Da es in der deutschen Revolution keinen echten Kollektivgegner geben konnte, da man die große Volksgemeinschaft anstrebte, mußte er erfunden werden. Und da bot sich geradezu der volksfremde Jude an. Er hatte bis dahin in Presse und Rundfunk ein Übermaß an Einfluß, er saß in übergebührlicher Weise in einflußreichen Stellungen, hatte sich wenig um die Not des deutschen Volkes gescheit und sich oftmals in unredlicher Weise auf seine Kosten bereichert. Hinzu kam noch, daß der Todfeind dieses neuen Gedankenguts, nämlich der jedem nationalen Gedanken feindliche Kommunismus und der alles zersetzende Bolschewismus mit seinen Vermassungsideen dem Judentum und seinem Einfluß zugeschrieben wurde, um über diesen Weg ebenfalls die Welt beherrschen zu können. Nur so kann erklärt werden, daß in Anbetracht der Gefahr des Ostens, der Vermassung und Nivellierung, die von dort das Abendland zu überschwemmen drohte, der Gedanke der Elite - Der Tüchtige, Der Charakterbewußte soll führen - und der Persönlichkeit bewußt als Abwehr gegen diese tödliche Gefahr in den Vordergrund gestellt wurde. Leider wurde dieser an sich vernünftige Gedanke wie in allen Revolutionsepochen, besonders aber auf Grund der von außen kommenden jüdischen Hetze und Verleumdung, oftmals überspannt und überspitzt gesehen. Auch hier muß geschichtlich klargestellt werden,' daß von einer geplanten Judenvernichtung keine Rede war. Man wollte sie ihres Einflusses entheben und aussiedeln. Sie wurden lediglich als Ausländer behandelt. Auch der vielzitierte Judenstern wurde erst nach Kriegsausbruch, als der Widerständler Admiral Canaris aus Spionageabwehrgründen die Kennzeichnung der Juden forderte, zuerst in der Schweiz als Eintrag in Reisepässe und dann bei uns eingeführt. Eine

Kriegsmaßnahme, die feindlichen Personen galt, die uns offiziell den Krieg erklärt hatten.

Es ist auch kein Zufall, daß alle diese Revolutionen in niemals gewollte Kriege ausmündeten, was auch nicht in der Absicht der Gestalter solcher Revolutionen gelegen hat. Warum? Die Gestaltung der Lebensprinzipien aller dieser Revolutionen stößt zunächst auf die Todfeindschaft der Umwelt, die sich dann zusammenfindet, weil sie sich im Beharren ihrer alten Wertvorstellungen gefährdet und bedroht fühlt. Auch das ist ein zwangsläufiger und geschichtlich bewiesener Vorgang. Der Anstoß zu einem solchen Kriegsgeschehen, der die Vernichtung der neuen Revolutionsideen zum Ziel hat, kommt stets von außen.
Oliver Cromwell zieht mit seinem Heer gegen Schottland und Irland (1649-1650). Nachdem der innere Feind überwunden ist, wird die neue Republik auch nach außen mächtig, besonders durch die Entwicklung ihrer Seemacht. Auf Grund der Navigationsakte landet ein englisches Heer in Holland (1651) und zwingt die katholischen Stuarts zur Abdankung.

Die gleiche Entwicklung finden wir auch nach der französischen Revolution. Napoleon erobert mit seinem Revolutionsheer fast ganz Europa und stand ähnlich wie die Deutschen im vergangenen Krieg vor den Toren Moskaus. Napoleon gilt heute trotz Demokratie noch als Nationalheld der Franzosen. Und warum auch nicht? Vielleicht ist dies, den meisten noch unbewußt, ein Grund, weshalb endlich Frankreich und Deutschland zusammengefunden haben, um von Europa zu retten, was nach dem Wahnsinn des zweiten Weltkrieges noch zu retten ist.
Diesmal werden wir Deutsche von der ganzen Welt als schuldig angeprangert, weil uns auf Grund unseres Revolutionsgeschehens der Krieg aufgezwungen wurde und wir ihn verlieren mußten. Trotzdem bin ich der Meinung und werde das noch aufführen, daß eine objektive spätere Geschichtsschreibung feststellen wird und muß, daß wir den Zweiten Weltkrieg durch unseren erzwungenen Einmarsch in Polen zwar ausgelöst haben, aber niemals die Urheber und Verursacher dieses Krieges gewesen sind. Diese sind vielmehr dort zu suchen, wo durch irrsinnige Friedensverträge soviel Unordnung und Spannung bewußt konstruiert worden ist, daß sich daraus notwendigerweise ein neuer Krieg entwickeln mußte, zumal die Siegernationen keinerlei Entgegenkommen zeigten und es auf einen erneuten Krieg bewußt ankommen ließen. Die Ursachen des Krieges sind aber auch zumindest in den Kreuzzugsfahrerideen eines Herrn Roosevelt und Churchills zu suchen, die die Ausstrahlung des für sie und ihre Völker gefährlichen Gedankengutes der Deutschen Revolution fürchteten, und dieser mit Vernichtung begegneten. Worte wie „Arbeit ist Kapital" oder „Gold ist kein wesentlicher Wertmaßstab" muß in den Ohren von Kapitalisten wenig verheißungsvoll geklungen

haben, die ihre sozialen Probleme im Gegensatz zu Deutschland nicht zu lösen in der Lage waren. Schon die Tatsache, daß deutsche KDF (Kraft durch Freude) Urlaubsschiffe mit deutschen Arbeitern und ihren Familien an Bord in England nicht landen durften, ist ein Hinweis auf die Furcht vor einer Ausstrahlungskraft deutscher Revolutionserfolge, die es dem einheimischen Arbeiter zu verbergen galt. Im übrigen war allein die Schaffung des polnischen Korridors und damit die Trennung Ostpreußens vom Reich eine bewußt angelegte Kriegsgefahr ersten Ranges.

Alle solche Revolutionskriege zeichnen sich dadurch aus, daß sie von Seiten der Gegner mit großer Erbitterung und oft mit Unvernunft geführt wurden. Während Revolutionskriege meist sehr viel härter und unerbittlicher geführt werden, gehen sie dennoch trotz des Elans und revolutionären Schwungs zumeist verloren, weil die Todfeindschaft der überstarken Umwelt sich gegen dieses neue Lebensprinzip übermächtig zusammenfindet, um mit allen Mitteln die für ihre Zukunft gefährlichen Ideen zu zerschlagen.

Alle diese Epochen schließen zunächst mit den zu Diktatoren gewordenen "Männern wie Cromwell, Robesspiere, Napoleon und Hitler ab. Es sieht dann auch jedesmal zunächst so aus, als ob die Revolution und damit die neuen Revolutionsideen gescheitert sind. Nach einer fast gesetzmäßigen geschichtlichen Erfahrung versuchen jedesmal die zuvor Überwundenen und Gescheiterten erneut zur Gestaltung zu kommen. Die Geschichte nennt es Restaurationsepoche. Nach dem Tode Cromwells wurde Karl II, aus der Linie der Stuarts stammend, vom Parlament unter Zusicherung unbedingter Amnestie und Glaubensfreiheit zurückgerufen. Englische Geschichtsschreiber schrieben damals, als der König englischen Boden betrat, gab es in England keinen Republikaner mehr. Bei uns meinte man auch, als die Alliierten deutschen Boden betraten, gäbe es in Deutschland keinen Nationalsozialisten mehr! Aus der englischen Geschichte wissen wir, das Karl der Zweite sich mit der Wiederherstellung der alten Ordnung und der anglikanischen Kirchenverfassung und der damit verbundenen Verfolgung der widerstrebenden Geistlichkeit beim Parlament wie beim Volke äußerst unbeliebt machte. Er wurde verbannt und fand seinen Tod im Exil.

In Frankreich kommt nach dem verlorenen Krieg und nach der Vertreibung Napoleons 1814 noch einmal mit Ludwig XVIII. das bourbonische Königshaus an die Macht. Hier in Deutschland ist es nach dem Zusammenbruch 1945 im Westen Weimar gewesen, was man mehr oder weniger noch einmal zu restaurieren versucht hat. Mitteldeutschland mußte nach der Unterwerfung die raumfremde Ideologie des Kommunismus ertragen und wird dabei nicht glücklich.

Wir aber wissen aus der geschichtlichen Erfahrung, daß eine Wiederherstellung überwundener Formen oder gar die Übernahme fremden Gedankenguts auf die Dauer nicht möglich sind. Es sind Übergangserscheinungen einer Zeitepoche, zumal wenn sie noch erzwungen werden. In der Geschichte gibt es keinen Stillstand, geschweige denn ein Zurückschrauben einer naturbedingten Entwicklung. Nach einer echten Revolution, die auf Anhieb gescheitert zu sein scheint, folgt nach einer erfolglosen Restauration stets die Evolution des revolutionären Geschehens, soweit dieses wirklich echt und neue Lösungsmöglichkeiten der Probleme anzubieten in der Lage war. Es kann nur eine ständige Weiterentwicklung geben, die aus den Erfahrungen der Vergangenheit Lehren und Schlüsse zu ziehen bereit ist. Ein abrupter Abbruch oder gar ein Streichen solcher Zeitepochen aus der Geschichte ist töricht und kann nie zu etwas Gutem fuhren. Nur eine ständige Weiterentwicklung kann den Fortschritt und damit einen beständigen Erfolg erbringen.
„Panta rhei" (alles fließt) sagte schon der Grieche Heraklit. Wer gegen dieses Naturgesetz verstößt, wird und muß zwangsläufig scheitern. Jede Revolution kommt nicht von ungefähr und wird nicht künstlich von einzelnen Männern erfunden, höchstens von diesen gestaltet. Revolutionen entspringen aus der Zwangsläufigkeit der gegebenen Verhältnisse und der Sehnsucht breiterer Volkskreise. Die Gestaltung solcher Epochen sind nur Ausdruck der gegebenen Spannungen.
In England hat sich trotz des Restaurationsversuches Karl IL bis zum heutigen Tag der Grundgedanke des revolutionären Geschehens, die liberale Bürgerfreiheit durchgesetzt. In Frankreich war es trotz der vorübergehenden Wiederherstellung des Bourbonenhauses der freiheitliche demokratische Gedanke, der Liberalismus, der bis in die heutige Zeit hinein geblieben ist. Ob es nun so manchem verantwortlichen Politiker und Meinungsmacher paßt oder nicht, wird sich auch in Deutschland der Grundgedanke des revolutionären Geschehens, nämlich der Gemeinschaftsgedanke durchsetzen und das kommende Jahrhundert gestalten oder wir werden untergehen.

Die Hauptursache des Zweiten Weltkrieges war Hitlers Wirtschafts-und Finanzpolitik

Ein heute vielgehörtes Schlagwort besagt, Hitler hätte den Zweiten Weltkrieg vermeiden können, wenn er nicht den Fehler begangen hätte, die Judenfrage mit beabsichtigter Auswanderung zu lösen. Denn dies war unbestreitbar seine unverkennbare Absicht. Jeder Deutsche sollte sich darüber Gedanken machen, warum der Kreuzzug gegen das Reich und die *Kriegserklärung* des einflußreichen Weltjudentums erfolgte, und

zwar zu einem Zeitpunkt, als noch keinem Juden im Großdeutschen Reich ein Haar gekrümmt oder gar ein physisches Leid angetan war, es sei denn den wenigen Juden, die als Kriminelle, Abartige oder politisch in Erscheinung getretene Marxisten und Kommunisten statt ins Gefängnis ins Arbeitslager gekommen waren, um dort ihre zersetzende Tätigkeit zu unterbinden und durch Arbeit umerzogen zu werden. Sie kamen nicht als Juden, sondern als Kriminelle oder als politische potentielle Gegner dorthin.

Ich meine, daß auch ohne das Aufgreifen der Judenfrage, wie es in Polen und anderen Ländern ja auch geschah, das Gleiche sich abgespielt hätte. So war es ein absoluter Höhepunkt des Schwindels im Nürnberger Militärtribunal und eine bewußt in die Welt gesetzte Unwahrheit, wenn ein amerikanischer Richter im Oswald Pohl-Prozeß meinte: „Wenn Deutschland mit der Ausschließung der Juden aus einem eigenen Gebiet zufrieden gewesen wäre, ebenso mit der Fortnahme der deutschen Staatsbürgerschaft, mit der Ausschließung von allen Ämtern, oder irgendwelchen anderen inneren Regelungen, dann hätte sich keine andere Nation darüber beschwert." Dies war eine offensichtliche Lüge. Die Wahrheit aber ist, daß Deutschland mit Beschimpfungen und wirtschaftlichen Repressalien bombardiert wurde.

Trotzdem waren die inneren Maßnahmen gegen die Juden nicht ein Hauptgrund für die jüdische Kriegserklärung, sondern sein gedeihendes und fortschrittliches Wirtschaftssystem, das das ihrige gefährden konnte. Der Kampf des Weltjudentums galt in Wahrheit dem wirtschaftlich erstarkten Deutschen Reich, Hitler und dem Nationalsozialismus erst in zweiter Linie. Letztere waren nur Vorwände. Nein es war der durch Hitler entfachte Geist des neuen Deutschland, auch in seiner Wirtschaft, die die Welt beherrschenden Juden erschrecken ließ. Im Mai 1934 schrieb der zionistische Schriftsteller Emil Ludwig: *„Hitler will nicht den Krieg, aber er wird dazu gezwungen werden, und zwar bald. Das letzte Wort liegt wie 1914 bei England."* Die Juden sahen sich in erster Linie auf der wirtschaftlichen Ebene ihrer Pfründe beraubt. Ihre materialistische Denkungsweise ist ihnen angeboren und sie werden schneller wach, wenn ihnen „als Aristrokraten der Welt", wie sie sich selbst zu bezeichnen pflegen, ihre Einflußmöglichkeiten zur Beherrschung der Völker genommen werden. Dieser aber wurden sie öffentlich beraubt. Man kann ihren Zorn verstehen, wenn in Presse und Rundfunk ihr Einfluß unterbunden wurde. Auch heute hätte unsere Medienlandschaft ein anderes Gesicht, wenn dieses geschähe.

Wie hatte doch der alte Moses Montefiore seinen Glaubensbrüdern hinsichtlich der Mittel für ihr Herrschaftsstreben gesagt: „Solange wir nicht die Zeitungen der ganzen Welt besitzen, um die Völker zu täuschen und zu betrügen, bleibt unsere Herrschaft ein Hirngespinst." Auch ihr Ein-

fluß auf Kunst und Literatur wäre über Nacht verschwunden, kein Einfluß in der Rechtsprechung und in der Politik, alles Möglichkeiten, um auf die Seele, Erziehung und Geschichte der Deutschen Einfluß zu nehmen.

Alle diese Maßnahmen waren für die Juden sicherlich schmerzlich, aber nicht entscheidend, um Deutschland gegenüber den totalen Kampf eröffnen zu können. Ich komme nunmehr auf ein Thema zu sprechen, das in seinen Zusammenhang nicht erkannt,' von den *Wissenden* bis auf den heutigen Tag *verschwiegen* und nicht behandelt wird, weil es auch *künftig* eine *Zeitbombe* bedeutet.

„Das Gold", so sagte Hitler, „ist kein Handelsobjekt, sondern ein Handelsmittel, dessen Wert genau dem Wert der Waren entspricht, die man dafür kaufen kann." Diese einfachen schlichten Worte mit ihrer verblüffenden Logik im Gegensatz zu dem sonst üblichen für den Laien unverständlichen schlinggewächsartigen Wortschatz der Wirtschafts- und Finanzgrößen waren einfach genial. Zunächst wirkten diese einfachen, von Hitler formulierten Worte bei den Finanzfachleuten albern und wurden überheblich als Hingespinste eines „Halbgebildeten" abgetan. Diese Formulierung war ihnen einfach aus ihrem geglaubten überlegenem Wissen heraus zu simpel. Nur gedacht hatten sie es bisher noch nicht!

Die einzige aber, die blitzartig aufschreckte, war die jüdische Hochfinanz, in deren Händen sich das Gold befand. Sie erkannten sofort, was sich hier anzubahnen drohte. Sie befürchteten mit Recht eine volks- und weltwirtschaftliche Umwälzung größten Stils, die es der internationalen Kapitalmacht unmöglich machen würde, eine nach Hitlers Ideen handelnde Staatsmacht auf kaltem Wege mit den üblichen Finanzmanipulationen unsichtbar in die Knie zu zwingen. Bei der Verwirklichung solcher Ideen half nunmehr nur noch Farbe zu bekennen und mit einer offenen *Kriegserklärung* die *Vernichtung* eines solchen Staates zu betreiben. Denn hier war ernsthaft die weltbeherrschende Rolle des Weltjudentums gefährdet. Was kümmerte diese Führungsspitze im Grunde die von Hitler erwünschte Aussiedlung ihrer Glaubensgenossen, wenn solche an *ihren* Nerv gehenden Wirtschafts- und Finanzgebahren auf sie zukamen.

Diese Goldherren aber kombinierten völlig richtig weiter: wenn das Geld den gleichen Wert hat wie die zu kaufende Ware, dann bedeutet das praktisch, daß der Geldwert auch der Leistung entspricht, die in der Ware enthalten ist. „Arbeit ist Kapital" bedeutet damit, daß jede durch Rohstoffe gewonnene Ware damit den Wert erhält, den jede menschliche geistige und körperliche Arbeitsleistung als errechenbare Summe aus ihr macht. Eine Ware aber wird von dem erzeugt, der sie im Schweiße

seines Angesichts der Mutter Natur abgerungen hat. Jedwede außerbetrieblichen Spekulationen werden damit unmöglich gemacht.

„Arbeit adelt" galt als Ansporn und gleichzeitig sittliche Anerkennung der Leistung. In der praktischen Anwendung dieser schlichten Grundsätze bedeutete dies alles, daß nunmehr hinter dem Mittler Geld die gesamte volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit als Deckung stand, eine stetige Anhebung der Produktionskapazität. Somit konnte man, wie bisher, mit den durch Arbeit geschaffenen Erzeugnissen wohl handeln, aber die Arbeit als Wertdeckung war mit keinem noch so gerissenen Trick zu verschachern. Die Deckung ist somit ein ideeller, aber durch seine materielle Realisierungsunfähigkeit als Aktivum ein berechenbarer und einsatzfähiger Wert.

Das solche Gesichtspunkte die Börsenmakler und Goldhorter aufschrecken ließen, darf nicht Wunder nehmen. Das Gold hatte für das deutsche Reich und alle die Staaten, die mit diesem Wirtschaftsbeziehungen hatten und Handel trieben, seinen Sinn als Währungsfundament verloren. Es war damit keineswegs wertlos geworden, sondern mußte nur nach anderen Maßstäben bewertet werden, weil es zu einer Ware wie alle anderen Wirtschaftsgüter geworden war. Die berühmten gehorteten Goldbarren in den Banken waren nunmehr sinnlos, wenn das deutsche Beispiel weltweit Schule machen sollte. Dies aber war keineswegs die Absicht Hitlers, sondern nur eine Folge der vorausgegangenen Knebelung Deutschlands und auch des Boykottaufrufes der Juden für deutsche Waren, die das Weltjudentum veranlaßt hatte.

Heute wird so unendlich viel über die Schuld Hitlers und Deutschlands geschrieben und gesprochen. Aber den wahren verdeckten und versteckten *Kriegsgrund verschweigt* man geflissentlich. Man verschweigt ihn aus der berechtigten Sorge heraus, daß intelligente Völker noch einmal sich dieses Hilfsmittels bedienen könnten, um sich von den Fesseln der Abhängigkeit zu befreien. Dabei bedeutet der Kommunismus eine weniger große Gefahr, da dieser den Kapitalismus nur von der privaten Seite auf den Staat verlagert hat.

Es gab in Deutschland wenige Leute, die die Gefahr eines Krieges aus Gründen dieser Finanz-Wirtschaftspolitik erkannt haben, nicht weil sie falsch war, sondern weil sie wußten, daß Hitler damit Erfolg hatte. Auch das Weltjudentum hat uns nicht deshalb den Krieg erklärt, weil diese Finanz- und Wirtschaftspolitik mit einem negativen Ergebnis enden wird, sondern weil es genau wußte, daß diese Politik konsequent zum Erfolg führen mußte und damit seine wirtschaftliche und politische Machtposition gefährden würde.

Dies aber durfte auf keinen Fall geschehen. Um das zu verhindern, war ihnen jedes Mittel recht. Welche Wahnsinnsfurcht die Juden vor Hitlers Wirtschafts- und Geldpolitik bewegte, spricht der Zionist Emil Ludwig

Cohn offen aus, wenn er 1938 in seinem Buch „Die neue heilige Allianz" schreibt: *„Denn obwohl Hitler vielleicht im letzten Augenblick den Krieg vermeiden will, der ihn verschlingen kann, wird er dennoch zum Krieg genötigt werden."* Und Hitler wäre nicht Hitler gewesen, wenn er nicht seine richtig erkannte Theorie trotz vieler Bedenken der Fachwissenschafder mit starker Hand und folgerichtig durchgesetzt hätte. Die dazu nötigen Finanz- und Finanzierungsmethoden sprengten den Rahmen aller bisher gewohnten Gepflogenheiten. Das Schachtsche Meva-Wechselsystem war eines dieser erfolgreichen Mittel. Das Tauschhandelsgeschäft mit unseren Nachbarn kam für beide Seiten günstig zum Zuge, da wir benötigte Rohstoffe und Naturprodukte mit unseren hochwertigen Industrieprodukten bezahlten und keine Devisen benötigten. Käufer wie Verkäufer waren zufrieden. Es war begreiflich, daß das Gold hortende Ausland und die damit mit allen Raffinessen erworbene Geldmachtstellung erhebliche Sorgen bekam, da dieser Wirtschaftsweise mit den üblichen Methoden der Kapital- und Wirtschaftsdrosselung nicht mehr beizukommen war.

Das Deutschland von Versailles begann aus eigener Kraft sich seiner Fesseln, die von diesem Schandvertrag herrührten, zu entledigen. Ein Vorgang, der genial war und das deutsche Volk aufjubeln ließ. Die über 7 Millionen Arbeitslosen fanden in kurzer Zeit Arbeit und Brot. Nicht, wie immer behauptet wird, durch Aufbau einer Rüstungswirtschaft. Ich komme darauf noch im einzelnen im nächsten Kapitel zu sprechen. Erstmalig entstand nach dieser tiefen Depression auf breiter Grundlage wieder ein gewisser Wohlstand, der ohne Krieg genau so gewachsen wäre wie heutzutage. Nur daß dieser Wohlstand jetzt auf Grund unserer Abhängigkeit auf unsicheren Füßen steht und jederzeit durch Weltwirtschaftskrisen und durch politischen Druck von außen gefährdet werden kann. Das ist ja gerade der Grund für die von jedermann erfühlte Unsicherheit unseres Lebens von heute, die trotz Wohlstand niemand so recht glücklich und unbeschwert werden läßt. Dies war damals unter Hitler anders. Da hilft auch kein Abstreiten und keine Gegenpropaganda der damaligen vielleicht 10 Prozent der grundsätzlichen Gegner, die heute das große Wort zu schwingen wissen.

Für Hitler war ein Krieg, wie er mir wiederholt versichert hat, das Unerwünschteste, was man ihm antun konnte. Denn nichts lag ihm mehr am Herzen, als den inneren Aufbau seines Großdeutschen Reiches auf allen Ebenen noch zu seinen Lebzeiten vollendet zu sehen, weil er fühlte, daß für eine so gewaltige Aufgabe wenig andere zur Verfügung standen, die nicht wie er, das Ganze überschauten. .Jeder Tag Krieg", so sagte er einmal zu mir, „bringt mich um den Erfolg meines Bemühens, dem Reich auf allen Ebenen ein neues stabiles Gesicht zu geben".

Deshalb ist es barer Unfug, Hitler einen bewußten Kriegswillen unterstellen zu wollen. Gewiß bestand er darauf, daß der Auf- und Ausbau des deutschen Lebensraumes, geordnet und organisch verwachsen, so geordnet werden mußte, wie es den Lebensbedürfnissen der Deutschen entsprach. Danzig und die Passage durch den Korridor gehörten dazu. Dieses war ein absolut historisch begründetes legitimes Recht, das friedlich gelöst werden sollte und auch konnte. Wer als Deutscher dieses abstreitet, ist ein übler Landesverräter und verdient tiefste Verachtung.
Die heute oft gehörte Behauptung aber, Hitler habe den Krieg gebraucht, weil seine Wirtschaft am Ende war, ist aus zuvor erwähnten Gründen unsinnig. Sie ist nur einer der vielen Zwecklügen, um Deutschland wieder die Kriegsschuld zu unterschieben und von den eigenen Verbrechen der Zerschlagung Europas abzulenken. Die erforderliche Aufrüstung, die im Grunde nur eine notwendige Nachrüstung war, hat den Haushalt weniger belastet als heute in der Bundesrepublik geschieht. Zudem wurden ständig durch geleistete Arbeit neue Werte geschaffen, die damit eine Abdeckung erfuhren. Der Schrei der Weltfinanz und die laufenden Kriegsdrohungen wären wahrscheinlich noch stärker ausgefallen, wenn Deutschland in noch kürzerer Zeit seinen Wohlstand ohne Rüstung noch schneller vermehrt hätte.
In diesem Zusammenhang muß man auch die immer wieder zitierte Frage Görings an das deutsche Volk sehen: „Wollt ihr Butter oder Kanonen?" Das Volk schrie begeistert Kanonen, nicht weil es den Krieg, sondern weil es einen Wohlstand in dieser gefahrvollen Zeit gesichert sehen wollte. Die Deutsche Mark war damals wie heute eine der stärksten Währungen der Welt, nur nicht so gefährdet wie heute in unserer politischen Abhängigkeit von den Großen der Welt, die wir einst selbst zu werden alle Chancen hatten. Vor allem blieben wir von den ewigen Währungsstützen auf Kosten deutschen Fleißes für fremde Währungen, wie heute, verschont und waren nicht genötigt, schwache Wirtschaften durch Wirtschaftshilfen zu stützen, ganz abgesehen von der widerrechtlichen Zahlung des Kopfgeldes an Israel. In Wahrheit sind diese Wirtschaftshilfen nichts anderes als schändliche Tribute in Milliardenhöhe, die auf Kosten des mit unserem Fleiß erworbenen Vermögens und unseres Lebensstandards gehen. Wie lange das noch gut gehen soll bei dem enormen Anwachsen unserer Schuldenlast, ist eine ernsthafte Frage, die vielen eine berechtigte Sorge bereitet. Eines aber steht unbestreitbar fest, daß die durch die Arbeitsleistung des damaligen deutschen Volkes geschaffenen Werte nur ihm zugute kamen, während wir heute mit unserem Fleiß andere noch miternähren müssen. Auch hier war die Moral auf Hitlers Seite.
Im Übrigen dient die Rüstung der Sicherung der volklichen Existenz und ist damit eine Überlebensfrage. Das deutsche Volk war damals auf

Görings Frage bereit, auf einen Teil der dem Lebensstandard dienenden Güter zu verzichten, wenn damit seine offensichtlich bedrohte Existenz zu sichern war. Es herrschte damals unter uns Deutschen eine andere Gesinnung. Ich bin mir nicht sicher, wie heute die Antwort ausfallen würde, wenn es hieße: „Wollt ihr die Wiedervereinigung oder den Kühlschrank?"

Wohl selten in der Geschichte ist mit dem Eigentum besetzter und bezwungener Länder so korrekt umgegangen worden, wie von deutscher Seite während des Krieges. Bis zuletzt wurde jeder Soldat, der sich fremdes Eigentum, außer dem, was er zu seinem Leben brauchte, aneignete, schwer bestraft. Bei unseren Siegern in Ost und West habe ich Dutzende von Offizieren und Soldaten gesehen, die sich keineswegs genierten, ihre gestohlenen Uhren aufgereiht auf beiden Unterarmen zu tragen.

Wesentlich für die Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage aber war, daß das uns deutsche - letzthin uns aufgezwungene - Wirtschaftssystem, da man in anderer Weise nicht mit sich reden ließ, überraschend gut anlief und bald Erfolge zeitigte, die gerade Amerika erblassen ließen, das noch immer nicht seine Wirtschaftskrise wegen der jüdischen Hochfinanz überwunden hatte. Auch hier war der Neid, aber auch die auf das gewohnte Finanzsystem zukommende Gefährdung der wesentliche Grund, mit oder ohne Hitler, Deutschland den Krieg zu erklären, mit dem gewollten Ziel der völligen Vernichtung dieses auf Grund seiner ewigen Tüchtigkeit verschrieenen deutschen Volkes mit seiner einmalig fähigen Führung.

Wir aber sind und bleiben die ewigen Schuldigen, wenn wir uns nicht wehren und endlich willens sind, die Dinge beim Namen zu nennen und die gleiche Werbung und Propaganda treiben wie unsere ewigen Widersacher, die auf bequemere Art ihr Geld weltweit verdienen. Die Schuld Deutschlands liegt nur darin, daß wir alles unwidersprochen über uns ergehen lassen, statt sich männlich und selbstbewußt gegen solche Diffamierungen zu wehren und Aufklärung zu betreiben. Aber nicht einmal innerhalb des deutschen Volkes wird dies getan, sondern gleich dem Gehabe unserer Sieger alles unterdrückt, was die Wahrheit an den Tag bringen könnte.

Wo bleibt die Ehre einer Regierung, die für den Fortbestand einer Nation verantwortlich ist? Mit „Machertum" sind diese Fragen nicht aus der Welt zu schaffen. Sie erkennen nur ihre Unterwerfung damit an. Ewige Unterwerfung aber bedeutet Siechtum eines Volkes und damit sein endgültiger Untergang!

Hatte Hitler Kriegsgründe ?

Um diese Frage gleich vorweg zu beantworten, muß mit einem glatten nein geantwortet werden. Bei Hitler ging es um nicht mehr oder weniger als um die Erhaltung und Ausgestaltung des Großdeutschen Besitzstandes, was er auf friedlichem Wege durch die Bereinigung der größten Ungerechtigkeiten des Versailler Schandvertragcs in einer bewunderswürdigen politischen Leistung erreicht hatte. Er hatte sich damit in die Rangliste eines der fähigsten, anerkannten, aber auch beneideten Staatsmannes im weltweiten Sinne ins Geschichtsbuch eingetragen. Er hatte darüberhinaus ein Volk hinter sich, daß an ihn glaubte und ihn auf seinen Händen trug, und zwar mit einem unerhörten und einmaligen Elan, mit einer neuen zukunftsträchtigen Idee, die in der Lage war, alle innerdeutschen Probleme im Sinne einer großen Volksgemeinschaft zu lösen. Es ging also um die Konsolidierung des Erreichten. Keinesweg war dazu ein Krieg notwendig oder gar erwünscht. Die einzige Gefahr für diesen in der Geschichte erstmalig erreichten deutschen Nationalstaat bestand in der Gefährdung durch die Sowjetunion. Diese aber wußte sehr wohl, daß eine kommunistische Ausbreitung der geplanten Weltrevolution nur durch die Zerstörung des hartnäckigsten Gegners einer solchen Idee möglich war. Dies aber war das Großdeutsche Reich, das die entscheidene Gewähr für die Verhinderung eines solchen Vorhabens bot. Deshalb mußte Hitler immer mit einer kommenden Auseinandersetzung mit der Sowjetunion rechnen und stellte sich darauf ein, daß dies möglicherweise 1943-1945 sich ereignen könne. Auf diesen Termin war auch die eingeleitete Aufrüstung abgestellt.

Mit Frankreich, das von innenpolitischen Krisen geschüttelt wurde, lagen keinerlei Streitfragen vor. Nachdem Hitler bei Abschluß eines Freundschaftsvertrages mit Frankreich auf Elsaß-Lothringen ein für alle Mal verzichtet hatte, sollte man annehmen, daß damit für alle Zukunft der Weg für eine dauerhafte Freundschaft gesichert war. Vorausgesetzt, daß dieser Freundschaftspakt von Seiten Frankreichs ebenso ernst gemeint war wie von Hitler selbst, daß Frankreich damit auf seinen übertriebenen Sicherheitskomplex verzichtete, die von Deutschland erreichte Großmachtstellung im Interesse eines starken Schutzwalles gegen die Gefahr des Ostens akzeptierte und selbst nicht vermessen genug war, diese Stellung als europäischer Randstaat einehmen zu wollen. Frankreich braucht sich deswegen keinesfalls deklassiert zu fühlen, da es als Äquivalent im Gegensatz zu Deutschland über ein starkes Kolonialreich verfügte.

Mit England glaubte Hitler zu einer echten Freundschaft und zum Abschluß eines Bündnisses kommen zu können. Er war bereit, Großbritannien sein Weltreich zu garantieren, wenn nötig sogar unter Einsatz

deutscher Soldaten, verlangte aber die Anerkennung Deutschlands als Großmacht und als Bollwerk Europas gegen die Gefahr der Sowjetunion. Dafür war Hitler bereit, große Konzessionen zu machen. Er verzichtete auf eine angemessene Flotte und war sogar zum Verzicht der U-Boote bereit. Um für England eine ernsthafte maritime Gefahr zu werden, waren nach Aussagen vom Großadmiral Dönitz mindestens 300 moderne U-Boote nötig, die den Atlantik hätten blockieren können. Das Reich hatte bei Kriegsausbruch ganze 57 U-Boote. Davon waren die kleineren 250 Tonnen U-Boote für ausgedehnte Fernfahrten nicht geeignet und darüber hinaus durch ihre Nachschubaufgaben für den spanischen Bürgerkrieg weitgehend verschlissen. Die großen Boote dienten der Ausbildung der Besatzungen. Wenn man weiß, daß bei dieser Waffe stets ein Drittel auf der Werft und höchstens ein Drittel sich im Einsatz befinden kann, so heißt das, daß das Reich zu Beginn des Krieges auf diesem Gebiet kein einsatzbereiter Gegner für die Engländer war.

Schon aus diesem Grunde war ein deutscher Kriegswille gegen England nicht erkennbar, ja war ausgeschlossen. Dagegen war für Hitler die traditionelle englische Politik der „balance of power" durch die politische Bereitstellung Churchills mit seiner Kriegspartei eine erkennbare Kriegsgefahr. Um selber unumschränkt herrschen zu können, pflegte sich Großbritannien stets mit der zweitstärksten Festlandsmacht, in diesem Falle Frankreich, gegen die stärkste zu verbünden. Daß diese Politik, hinsichtlich des Friedenswillens Hitlers den beiden Westmächten gegenüber und in Anbetracht der bolschewistischen Gefahr aus dem Osten, falsch war, hat inzwischen die Geschichte zum Schaden Europas hinlänglich bewiesen.

Geradezu grotesk und absurd ist das Märchen von Hitlers Absicht, Amerika angreifen zu wollen. Auf solchen Blödsinn fallen heute nur deutsche Umerzogene herein. Das Reich hatte keinerlei Reibungspunkte mit Amerika und weder den Willen noch die Möglichkeit, den amerikanischen Kontinent anzugreifen. Umgekehrt hatte Amerika die Weltwirtschaftskrise noch längst nicht überwunden und sah neidvoll auf die erfolgreiche deutsche Wirtschaftspolitik, die die Blößen Roosevelts offenkundig werden ließen.

Wenn also von Kriegswille, Kriegsbereitschaft und von der Vernichtung eines souveränen Staates, ja geradezu von einem notwendigen Kreuzzug gegen das Deutsche Reich geredet wurde, so kamen diese Stimmen und dieser Kriegswille ausschließlich von Herrn Roosevelt und seinen jüdischen Hintermännern, die mit Hilfe Churchills auch England zwangen, auf diesen Kurs einzuschwenken. Amerika, wie Großbritannien, wollte einfach keine europäische Großmachtstellung Deutschlands hinnehmen. In Wahrheit galt dieser geplante und gewollte Kreuzzug gar nichtHitler

und dem Nationalsozialismus - das war nur vorgeschoben -, dieser Krieg galt der Zerschlagung Deutschlands als Großmacht schlechthin. Die Judenfrage leistete nur diesem Zerstörungswillen Vorschub.
Rußland spielte .zunächst nur eine zweitrangige Rolle. Es war im Sinne der Weltrevolution in jedem Falle an einer Schwächung Europas und damit an einem Krieg interessiert. Nur hatte es nicht die Absicht, vorrangig für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Es wollte die günstigste Stunde für sein Eingreifen abwarten, um zu billigen Erfolgen zu kommen. Nur Hitler hatte das erkannt und hat der Sowjetunion durch seinen, infolge des russischen Aufmarsches erzwungenen, Präventivkrieg einen Strich durch die Rechnung gemacht.
Hitler und das Großdeutsche Reich waren in dieser Zwangssituation keine souveräne und freihandelnde Persönlichkeiten und Größen mehr. Das Gesetz des Handelns wurde ihnen aufgezwungen. Dabei sind unterlaufene Fehler sicherlich unbestreitbar, nachdem Hitler in seiner geradezu nachtwandlerischen Gratwanderung erstmalig in der deutschen Geschichte die Gründung des seit Generationen ersehnten deutschen Nationalstaat ohne Blutvergießen gelungen war. Es lag sicherlich nicht an Hitler allein, daß das Augenmaß für das Mögliche verloren ging. Wo waren souveräne starke Persönlichkeiten, auf deren Rat Hitler sich hätte verlassen können, und die in der Lage waren, wenn nötig, ihm die Entscheidung für das Mögliche abzuzwingen? In keinem Falle hat es solche Persönlichkeiten im Auswärtigen Amt gegeben. Sie haben nicht Rat erteilt, sondern nur mit unseren Gegnern ohne Erfolg und zum Schaden Deutschlands konspiriert und damit Verrat an der eigenen Sache verübt.

So mußte Hitler scheitern, weil seine Widersacher, innen wie außen, die Erfordernisse der Zeit nicht erkannt haben und vor allem in den Vorstellungen des 19. Jahrhunderts befangen waren und bis zum heutigen Tag blieben. Dies alles zum eigenen Schaden und zur Katastrophe Europas. Hierbei entscheidend mitgewirkt und diese Katastrophe heraufbeschworen zu haben, ist die historische Schuld des Weltjudentums. Sie haben lediglich ihre ureigensten Ziele verfolgt und damit der Welt eine katastrophale Unordnung und alle Voraussetzungen für weitere Katastrophen beschert. Wenn selbst, nach Aussagen von Dall, Roosevelts Mutter, mit der Richtung der von ihrem Sohn eingeschlagenen Politik nicht einverstanden war und Dalls Vetter, Henry Perish, erklärt, „daß Franklin mißbraucht wird", so ist das erschütternd und die verhängnisvollen Folgen des Mißbrauchs erklärbar, aber niemals entschuldbar.
Die Welt insgesamt hat unter diesem geschaffenen Spannungsfeld zu leiden und sitzt heute folgerichtig auf einem Pulverfaß. Hier geschah ein großer Betrug am Frieden und an der Menschheit. Waren hier Verbrecher am Werk, die glaubten, den Kommunismus und die Sowjetunion

für eigene Interessen einspannen und gebrauchen zu können, nur um das Deutsche Reich zu vernichten? Oder wurden sie selbst das Opfer dieser Fehlspekulation und damit auch die entscheidenden jüdischen Planer? Es ist doch heute schon offensichtlich, daß der Antisemitismus in Westdeutschland zwar noch auf Sparflamme kocht, dafür aber in den gesamten aufgegebenen Ostgebieten einschließlich Mitteldeutschland der Antisemitismus alle Chancen hat, Europa insgesamt antisemitisch werden zu lassen.

In fast der ganzen dritten Welt ist der Antizionismus seit langem vorhanden. War das etwa der Wille der jüdischen Kriegshetzer, um jedesmal nach einem von ihnen mitverursachten Chaos zunächst einmal ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen? Ich glaube nicht, daß diese Rechnung auf die Dauer aufgeht. Ich glaube vielmehr, daß das Weltjudentum selbst den Bogen überspannt hat und Opfer dieser Entwicklung werden wird, einschließlich Israel, das heute nicht weniger gefährdet erscheint als Westdeutschland und Resteuropa.

Ich meine, daß Hitler von seiner Sicht und Erfahrung nicht ganz unrecht hatte, als er in seinem Testament die Juden vor ihrem Größenwahn nach einem gewonnenen Kriege warnte und ihnen prophezeite, daß diese Überheblichkeit eines Tages auf sie zurückschlagen werde. Dies ist meine politische Auffassung und hat mit Rassismus nicht das geringste zu tun. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß Amerika es in aller Zukunft hinnehmen wird, daß jeweils ihre Präsidenten nur mit den entscheidenden jüdischen amerikanischen Staatsbürgerstimmen ihre Mehrheit erhalten können. Ich meine aber ebenso, daß es nicht allein die Sache des deutschen Volkes sein kann, sich den Juden gegenüber einer angemessenen Zurückhaltung zu befleißigen. Es scheint mir gerade im Hinblick auf die Schuldfragen auch für das Judentum angebracht, eine dringend erforderliche und notwendige Note der Zurückhaltung und eine gewisse Bescheidenheit an den Tag zu legen, wenn ihr derzeitiges Glück Bestand haben und sich ihr historisches Schicksal nicht in der von ihnen ausgemalten Weise erfüllen soll.

Für uns Deutsche und Europäer geht es nicht um das Schicksal der Juden, die unter uns leben und weiterleben sollen, sondern um unser ureigenes. Man kann über Hitler sagen was man will, nur eines ist unbestreitbar, daß er diesen Krieg nicht gewollt und verursacht hat. Er hat auch dieses Chaos nicht geschaffen. Das waren seine kurzsichtigen Feinde und Sieger. Hitler war wohl der einzige mitverantwortliche Staatsmann, der diese Gefahren wie kein anderer visionär gesehen und immer wieder vor Haß und Unvernunft gewarnt hat. Er kann sich heute nicht mehr rechtfertigen. Er ist mit seinem Staatsschiff, dem Großdeutschen Reich, das er allein geschaffen hatte, der Übermacht seiner Feinde und deren Vernichtungswillen erlegen und untergegangen.

Er handelte als Kapitän traditionsgemäß, wie er es versprochen hatte, und ging mit seinem sinkenden Schiff unter. Er ersparte damit der Nachwelt das grauenhafte und ehrlose Schauspiel, das seinem Freund Mussolini zuteil geworden ist. Ich finde das gut so. Er tat recht.
Hitler war die personifizierte Treue, sich selbst sowie seinen Freunden, aber auch seinem Volk gegenüber.
Wir Überlebenden aber, das deutsche Volk, verlor Reich, Hab und Gut, Millionen seiner Angehörigen und seine Freiheit. Was wir aber niemals verlieren dürfen, wenn wir nicht untergehen wollen, ist unsere nationale Würde und unser Ehrgefühl. Wer heute glaubt, den Lebensstandard der Ehre vorziehen zu dürfen, denkt und handelt minderwertig. Er gibt damit seine Seele auf. Ein Volk ohne Seele stirbt.
Geistes- und Charakterhaltung allein sind unbesiegbar. Denken wir verantwortlich an unsere Zukunft und achten wir wieder unsere Helden, die ihr Leben für Deutschland gaben. Sie starben in dem Gedanken und Glauben, daß es nicht notwendig ist, daß sie leben, sondern daß das deutsche Volk leben muß.

Der europäische Rüstungsstand 1939

Obwohl es der Anklagebehörde in Nürnberg nicht gelungen ist, aus den erbeuteten Geheimakten irgendwelche Beweise für eine verbrecherische, auf eine Weltverschwörung angelegte Aufrüstung der deutschen Reichsregierung zu unterbreiten, wird dennoch dieses immer wieder behauptet. Ebensowenig konnte nachgewiesen werden, daß die Tschechenkrise, der Polenfeldzug und der Rußlandkrieg irgendwelche Eroberungs-, Siedlungs- oder Vernichtungspläne zum Ziel gehabt hätten. Bis zum Ausbruch des Krieges hat Hitler solche Ziele niemals im Auge gehabt. Den jeweiligen Feldzügen lagen andere Ursachen und Motive zugrunde, die sich jeweils zwangsläufig aus der politischen und militärischen Situation ergaben. Nachdem Hitlers wiederholte Friedensbemühungen zurückgewiesen worden waren, löste das Kriegsgeschehen automatisch eine Kette von kriegerischen Aktionen und Reaktionen weltweit aus.

Auch die im Volksmund immer noch weit verbreitete These, Hitler habe mit einer ungeheuren Aufrüstung systematisch auf den Krieg hingearbeitet, ist ebenso sachlich ungerechtfertigt wie die unwahre Behauptung, Hitler habe den Krieg gebraucht, weil er mit seiner Wirtschaft am Ende gewesen sei. Ebenso unsinnig sind die Behauptungen, daß ihm nur deshalb die Beseitigung der sieben Millionen Arbeitslosen gelungen sei, weil diese in einer ungeheuer forcierten Rüstungsindustrie ihre Arbeit fanden. Genau das Gegenteil war der Fall.

Alle Behauptungen wurden systematisch schon vor Kriegsausbruch von unseren späteren Kriegsgegnern als Motivation ihrer Einkreisungs- und Rüstungspolitik in Gang gebracht und dann nach Kriegsschluß auch von den deutschen Emigranten, die mit dem Gepäcktroß der Alliierten wieder in Deutschland einrückten, verbreitet. Gerade die Führungsschicht des ID. Reiches, mit Hitler an der Spitze, hatte die schmerzlichen Erlebnisse des Ersten Weltkrieges so sehr in der Erinnerung, daß von einem Kriegswillen oder gar einer Kriegslüsternheit überhaupt keine Rede sein konnte. Das galt bestimmt ebenso für die Masse des deutschen Volkes. Das kann man aus unzähligen Beispielen von offiziellen und inoffiziellen Verlautbarungen nachlesen.

„Die Behauptung, daß sich das deutsche Volk mit Begeisterung auf den Krieg vorbereite, ist eine uns einfach unfaßbare Verkennung des Sinnes der Revolution. Wir Führer der nationalsozialistischen Bewegung sind fast ohne Ausnahme Frontsoldaten gewesen. Ich möchte den Frontsoldaten sehen, der sich mit Begeisterung auf einen neuen Krieg vorbereitet!" „Glauben Sie mir, daß wir unsere Jugend, die unsere ganze Zukunft ist, und an der wir hängen, nicht erziehen, um sie dann auf dem Schlachtfeld zusammenschießen zu lassen." Dies ist ein Auszug aus Hitlers Interview mit der „Daily Mail" 1933, als wir noch die kleinste Armee Europas mit 100000 Mann, ohne schwere Waffen, Panzer und Flugzeuge, hatten. Aber damals tönte schon aus deutschem Emigrantenmunde das diffamierende Wort: „Hitler bedeutet Krieg". Ein Wort, das auch heute wieder aufgegriffen wird.

Jeder Krieg ist bei der modernen Technik ein Wahnwitz. Wer nur von einem solchen redet, gehört sofort international unschädlich gemacht. Bei dem jetzigen Stand der Waffenentwicklung würde bei einer kriegerischen Verwicklung selbst einfachster Art ein so unverhältnismäßiger beiderseitiger Verlust an Blut und Zerstörung entstehen, daß ich glaube, nur ein Wahnsinniger könnte jetzt einen Krieg beginnen." Dies ist wiederum eine Aussage Hitlers zur Feier der Rückgliederung der Saar.

Hermann Göring sagte bei einem Kriegsteilnehmertreffen im Februar 1937 in Berlin: „Es kann keine besseren Friedensverteidiger geben als die alten Frontkämpfer. Ich bin überzeugt, daß sie vor allen anderen ein Recht haben, den Frieden zu fordern und ihn zu gestalten. Ich erkenne das Recht der Gestaltung des Lebens der Völker in erster Linie den Männern zu, die mit der Waffe in der Hand vier schwere Jahre in die Hölle, in die Hölle des Weltkrieges gegangen sind, und ich weiß, daß die Frontkämpfer auch am ehesten darauf bedacht sein werden, ihren Völkern auch die Segnungen des Friedens zu erhalten. Die aber, welche die Schrecken des Krieges nicht kennen, können von einem frisch-fröhli-

chen Krieg sprechen. Wir aber wissen, daß es ein furchtbares Ding ist um die letzte Auseinandersetzung unter den Völkern."

Das Deutsche Reich war neben Österreich die einzige abgerüstete Nation Europas. Der Versailler Vertrag bestimmte, daß der Abrüstung Deutschlands die Abrüstung der anderen Nationen folgen sollte. Doch nichts dergleichen geschah. Hitler hatte bis 1935 zunächst das Angebot zur absoluten Abrüstung, dann das Angebot eines allgemeinen und gleichen 200000 Mann Heeres, sodann eines 300000 Mann Heeres mit gleichzeitiger internationaler Kontrolle und Einwilligung in Nichtangriffsverträge mit allen Nachbarn, ferner ein Angebot eines Luftpaktes und zum Schluß einen Vorschlag einer großmütigen Befriedung Europas gemacht. Alle Vorschläge wurden abgelehnt. Stattdessen veröffentlichte am 4. 3.1935 die britische Regierung ein Weißbuch über eine „angebliche illegale Aufrüstung Deutschlands". Es sprach davon, daß der NS-Staat eine Bedrohung des Weltfriedens bedeute. Bei Franjois-Poncet „Als Botschafter in Berlin", kann man auf Seite 180 und 183 nachlesen:

„Sie vergeuden ihre Zeit! Niemals werden wir es unterzeichnen; Hitler wird nicht mehr lange am Ruder bleiben. Sein Schicksal ist besiegelt. Ein Übereinkommen würde seine Stellung festigen. Wenn der Krieg ausbricht, vergeht keine Woche, bis er abgesetzt und durch den Kronprinzen ersetzt wird." Hier handelt es sich um eine geheime Äußerung des Minister André Tardieu gegenüber Francois-Poncet im Frühjahr 1934. Tardieu hatte diese Information vom deutschen Widerstand. Hier wird wiederum die landesverräterische Tätigkeit des deutschen Widerstandes sichtbar, der aus dem Auswärtigen Amt heraus „Obstruktion" betrieb und damit eindeutig dem Reich großen Schaden zufügte. Trotz dieser illegalen Aufrüstungsgerüchte mußten noch 1936 R. Coulondre und Lloyd George zugeben, daß sich die deutsche Rüstung „noch im embryonalen Zustand" befand.

Dagegen setzte auf der ganzen Welt ein fieberhaftes Rüsten ein, und zwar bevor Deutschland außer Abrüstungsvorschlägen noch keinen einzigen gegenteiligen Schritt unternommen hatte. Folgende Aufrüstungen waren im Ausland durchgeführt worden: 30.7.1934 starke britische Luftrüstung mit Bomberprogramm und mit der sensationellen Begründung des Herrn Stanley Baldwin vor dem Unterhaus, daß Englands Grenze am Rhein (!) liege.

24. 9. 1934 führte Polen den militärischen Hilfsdienst ein. 28. 11. 1934 Beschleunigung der englischen Luftrüstung. 6. 12. 1934 Verlängerung der Dienstpflicht in der Schweiz. 1. 1. 1935 zweijährige Dienstpflicht in der Tschecho-Slowakei. 30. 1. 1935 Sowjetunion verstärkt ihre Armee auf eine Million. 1.1. 1935 bis 31. 3.1935 Mit der Verkündung des französisch-sowjetischen Militärpaktes unternahm Frankreich umfangreiche

Nachrüstungen und verfügte die Neuordnung seiner Luftwaffe. „Ein neuer deutsch-französischer Krieg würde den Interessen der Sowjetunion sehr entgegenkommen", verkündete am 27.1.1934 der Schwager Stalins, der Jude Kaganowitsch, in der „Iswestija" offenherzig (D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 276).

Während Hitler schon 1934 mit dem Polen Pilsudski im Interesse der Friedenserhaltung einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen und dabei ausdrücklich den französisch-polnischen Beistandspakt in Kauf genommen hatte, schloß nun Frankreich mit der Sowjetunion den Militärpakt. Dies war eine klar erkennbare Aggression und Herausforderung dem Deutschen Reich gegenüber, die von Hitler nicht unbeantwortet gelassen werden konnte. Die in Versailles auch von Frankreich übernommene Verpflichtung, abzurüsten, wird nicht nur nicht eingehalten, sondern mit der Dienstzeitverlängerung ein weiterer Schritt zur Aufrüstung getan. Frankreich bricht auf diese Weise den Versajller- und den Locarnovertrag. Hitler wartet noch geduldig die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Beistandspaktes ab und erhofft sich eine Ablehnung durch das Parlament.

Das dem „Paris-Medi" gegebene Interview Hitlers wird durch Manipulation erst nach der Parlamentsabstimmung veröffentlicht. Darin hieß es: „Seien wir Freunde!... Wäre es für unsere beiden Länder nicht vernichtend, wenn wir uns noch einmal auf neuen Schlachtfeldern zerfleischen würden... Es gibt im Leben der Völker entscheidende Augenblicke. Heute kann Frankreich, wenn es will, für immer einen Schlußstrich unter das Kapitel „Deutsche Gefahr" ziehen... Denken Sie an die Verantwortlichkeit gegenüber Ihren Kindern." Aber es wurde nicht an die Kinder gedacht, der Vertrag mit 353 gegen 164 Stimmen ratifiziert.

Als Antwort ließ Hitler auf diese Vertragsbrüche hin symbolisch die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes besetzen. Hatte Pilsudski 1935 es noch bei der Kündigung der militärischen Klausel des Versailler Vertrages gelassen, irgendwelche Schritte gegen Deutschland zu billigen, schickte der polnische Außenminister Beck anläßlich der Rheinlandbesetzung eine Versicherung an Frankreich, Polen werde Deutschland angreifen, wenn Frankreich bereit sei, nach Westdeutschland einzumarschieren. Von England hatte Frankreich zuvor auf eine Anfrage hin nicht die Zusicherung bekommen, daß es eine Rheinlandbesetzung durch die Deutschen als Verletzung der Locarnoverträge auslegen werde. Hitler hatte vollkommen recht, wenn er die Haltung Frankreichs als eine Einschränkung deutscher Souveränitätsrechte auffaßte und sich bedroht fühlte. Niemand wird bestreiten können, daß, wenn Frankreich sich nach Schutz umsah, auch Hitler das Recht hatte, um den Schutz des Deutschen Reiches besorgt zu sein.

Neben der Sowjetunion war Frankreich bei weitem die stärkste Kontinentalmacht. Es hatte Militärbündnisse mit der Sowjetunion, Großbritannien, Belgien, Polen und der Tschecho-Slowakei abgeschlossen. Dazu verfügte es über ein großes Kolonialreich mit einem Menschenpotential von rund 100 Millionen. Während Deutschland im Rahmen des 100 000 Mann Heeres ganz vorsintflutig ausgerüstete 21 Regimenter besaß, unterhielt Frankreich 41 moderne Divisionen mit Panzern und starker Artillerie. Es hatte einen enormen Vorsprung an Erfahrung in der Waffentechnik und hatte eine als unüberwindbar geltende Befestigungslinie, die sogenannte Maginotlinie, gegen Deutschland errichtet. Deutschland hatte keinerlei Reserven, Frankreich dagegen über fünf Millionen.

1939, zu Kriegsbeginn, verfügte Frankreich über 110 Divisionen im Mutterland, ohne die Kolonialtruppen, Küstenbefestigungseinheiten und Truppen der Fliegerabwehr. Über 200000 Spanienkämpfer, die nach dem Sieg Francos auf französischem Boden standen, boten sich ebenfalls an. Über 4000 moderne Panzer und 3000 schwere Geschütze mit Kaliber über 150 mm standen neben der normalen Divisionsartillerie zur Verfügung. An Flugzeugen waren für die erste Linie über 2000 vorhanden. Frankreich war also zu Kriegsbeginn wesentlich stärker als Deutschland. Die kombinierten gemeinsamen englisch-französischen Ausgaben für die der Vereinheitlichung dienenden Waffensysteme waren wesentlich größer als die damaligen deutschen Rüstungsausgaben. Das ist die schlichte Wahrheit.

Polen und Tschechen waren zusammen ebenfalls stärker als die deutsche Armee. Die Polen hatten 1,5 Millionen Soldaten mobil gemacht. Neben 2 motorisierten und 12 Kavallerie-Divisionen verfügten sie über 55 Infanterie-Divisionen. Schon diese Zahl von 1,5 Millionen zeigt gegenüber dem Friedensheer von 211000 Soldaten die aggressiven Absichten der Polen. Die polnische Luftwaffe verfügte über 1200 Flugzeuge.

Die Tschecho-Slowakei, die eine 120000 Mann starke Friedenstruppe unterhielt, besaß im Sommer 1938 über 1,5 Millionen Soldaten mit 36 Divisionen, davon 21 aktive und 16 Reserve-Divisionen, die voll mobilisiert waren. Zudem standen die Flugplätze für das sofortige Einfliegen sowjetischer und französischer Kampfverbände bereit. Die Befestigungslinien waren ähnlich der Maginotlinie sehr stark ausgebaut. Ein Angriff auf eine verteidigungsbereite Tschecho-Slowakei hätte mindestens 35 Divisionen erfordert, so daß Deutschland in einem solchen Fall nur in der Lage gewesen wäre, den Westwall gegen einen zu erwartenden französischen Angriff mit 5 aktiven und 8 Reserve-Divisionen besetzen zu können. Schon aus diesem Grunde erübrigt sich jede Diskussion über deutsche Eroberungspläne.

Großbritannien besaß sowohl vor dem ersten wie vor dem zweiten Weltkrieg Generalstabspläne zur Vernichtung der deutschen Flotte und zur Invasion über den Kanal hinweg. Dagegen gab es bis zur Beendigung des Polenkrieges weder gegen Frankreich noch England deutsche Operationspläne, was wiederum die Propagandathese der dem Reich unterschobenen Eroberungspläne oder gar Welteroberung als dummes Geschwätz widerlegt. Das wird noch deutlicher, wenn man die deutsche Flotte der englisch-französischen gegenüberstellt. Welteroberung kann man nur betreiben, wenn man die Seewege mit einer dazu geeigneten Flotte beherrscht. Unsere Flotte war mit der von 1914 überhaupt nicht zu vergleichen. Hitler hatte aber bewußt auf eine starke Flotte verzichtet, einmal, um England nicht herauszufordern, zum anderen aber, um den gewünschten Interessenausgleich mit England für alle Zukunft glaubhaft zu unterstreichen. Hitler wollte nicht auf dem Weltmarkt mit England in Konkurrenz treten und beanspruchte deshalb innereuropäische, nach Osten ausgerichtete, Wirtschafts- und Handelsinteressen, zudem die Verantwortung für den gegenüber der Sowjetunion zu errichtenden Ostdamm.

Deshalb konnte auch der deutsche Großadmiral Raeder am 17. Mai 1946 vor dem Tribunal in Nürnberg mit gutem Gewissen erklären: „Es liegen die verschiedensten Beweise dafür vor, daß ich in gar keiner Weise mit einem Krieg zum Herbst 1939 rechnete, und bei dem geringen Maß der Aufrüstung der deutschen Marine war das natürlich. Ich habe das in einer Rede zu den U-Boot-Offizieren in Swinemünde ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß damit nicht zu rechnen sei." (IMT Bd. XIV S. 79)

Churchill berichtete am 16. 3.1939 vor dem Unterhaus: „Die deutsche Hotte wird während der nächsten Jahre nicht in der Lage sein, eine Schlachtlinie für eine große Seeschlacht zu bilden." In seinen Memoiren „Krieg im Zwielicht" S. 17: „Diesmal hatte die deutsche Hotte ihren Wiederaufbau eben erst begonnen und war nicht einmal imstande, eine Schlachtlinie zu bilden. Unsere Herrschaft zur See war somit, soweit Überwasserschiffe in Frage kamen, unbestritten. Sowohl an Stärke wie an Zahl war unzweifelhaft die britische Hotte der deutschen gewaltig überlegen, und es bestand gar kein Grund anzunehmen, daß sie technisch und in der Ausbildung ihrer Mannschaft im Rückstand geblieben ist."

Gegenüber den Franzosen und Engländern mit 135 U-Booten hatte Deutschland nur 57, davon waren zu Beginn des Krieges nur 42 einsatzfähig. In der Praxis konnten nur 18 nach Kriegsausbruch gegen den Westen und 3 zur Unterstützung der Operationen gegen Polen eingesetzt werden. Bei den größeren Einheiten waren die Stärkeverhältnisse noch frappierender: „Unseren 2 Schlachtschiffen und 3 Panzerschiffen

standen zusammen 22 britische und französische Schlachtschiffe gegenüber. Wir hatte keine Flugzeugträger. Der Gegner dagegen verfügte über 7 Flugzeugträger. Unsere 2 schweren Kreuzer entsprachen 22 der anderen Seite. Bei den leichten Kreuzern war das Verhältnis 6:61 und bei den Zerstörern und Torpedobooten 34:255!" (Raeder „Bilanz des 2. Weltkrieges" S. 118)

Unsere Marineluftwaffe war erst im Aufbau begriffen. Beginnt man unter solchen Aspekten eine Welteroberung? Churchill als Zahlenjongleur verstand es vor dem Krieg, insbesondere den Amerikanern gegenüber immer mit falschen Zahlen zu operieren, so daß er mehrmals wegen seiner unrichtigen Angaben vom amerikanischen Generalstab gerügt worden ist.

Auf dem Luftwaffensektor war die Überlegenheit des Westens ebenfalls nicht zu bestreiten. Die Gesamtstärke der deutschen Luftflotte betrug bei Kriegsbeginn etwa 3000 Flugzeuge, darunter 1050 Jäger und 1000 Bomber, soweit man überhaupt nach, den Maßstäben des Westens diese Bezeichnung zulassen darf. Wir hatten keine 4-motorige, sondern zur 2-motorige Maschinen. Es waren die Dornier 17 und Heinkel 111, die sich später nicht allzu sehr bewähren sollten. Auch die Junker 88, so gut sie auch als Flugzeug war, so war sie wirklich kein schwerer Bomber.

Dagegen verfügten Briten und Franzosen zu diesem Zeitpunkt über 7300 Flugzeuge. Allein England konnte sofort 2327 Flugzeuge der 1. Linie zum Einsatz bringen, und zwar 855 Bomber, 560 Jäger und 300 Fernaufklärer von der Insel aus. Dazu kamen 222 Maschinen der Marine und 354 in Übersee. (E. Spezler „Luftkrieg und Menschlichkeit" S. 224/225). Langstreckenbomber waren in Deutschland noch nicht einmal entwickelt. England besaß diese bereits 1934, Amerika seit 1935. In England wurden diese schon 1936 in Serie gebaut und waren für den stratetischen Luftkrieg gedacht, eine Kampfform, die in Deutschland nicht vorgesehen war. Und nun kommt ein wichtiger Satz von A.J. P. Taylor auf Seite 116 „The Origins of the second World War": „Die Deutschen haben niemals von der Fronttruppe unabhängige Bombardierungen geplant. Ihre Bomber waren Hilfskräfte der Landtruppen, sie mußten die Luftangriffe auf England im Sommer 1940 improvisieren."

Es wird entgegen den historischen Tatsachen immer wieder behauptet, die Deutschen hätten mit den Bombardierungen von Städten gegen die Zivilbevölkerung begonnen. Dies ist eine Lüge und eine Folge der Irreführung der britischen Propaganda während und nach dem Kriege, die sich auch unsere Umerzieher zueigen gemacht haben. Die Wahrheit ist vielmehr, daß die Flächenbombardements den alliierten Luftstreitkräften als erste vorbehalten blieben. Sie waren von dem britischen Juden Lindemann geplant, der für seine Verdienste als offensichtlicher Kiegsverbrecher als Lord Cherwell geadelt wurde.

Noch heute herrscht auf Grund falscher Informationen in England die Auffassung, und damit eine gewisse Erbitterung vor, daß wir Deutsche mit den Luftangriffen auf London, Coventry und andere Städte die „ersten Luftangriffe" auf offene Städte geflogen hätten. Anscheinend werden aber Äußerungen früherer hoher Beamter des britischen Luftfahrtministeriums nicht gelesen, die ausdrücklich zugeben, daß die Bombardierungen nichtmilitärischer Ziele nicht nur von England geplant sondern auch ausgegangen sind. Sie verweisen darauf mit einem gewissen Stolz.
Es heißt dort im Buch „Bombing Vindicated" (Gerechtfertigte Bombenangriffe), London, Geoffrey Bles, auf Seite 74 von J. M. Spaight, dem früheren ersten Staatssekretär im Luftfahrtministerium: „Da wir uns nicht im klaren waren, wie eine propagandistische Verdrehung der Wahrheit psychologisch wirken würde, der Wahrheit nämlich, daß wir mit der strategischen Bombenoffensive begonnen hatten, deshalb scheuten wir damals davor zurück, unsere große Entscheidung vom 11. Mai 1940 die *verdiente* Publizität zu geben. Das war sicher ein Fehler. *Es war ein prächtiger Entschluß."*

Ob man in Nürnberg diesen prächtigen Entschluß auch offenbart und dafür geradegestanden hätte? Auf jeden Fall haben die Engländer, wie so oft, es auch hier wieder verstanden, ihre Initiative zur Bombardierung offener Städte bewußt zu verfalschen, und die Verantwortung den Deutschen zugeschrieben. Das entspricht der imperialistischen Tradition Englands, das seit 1702 bis zum Kriegsausbruch des Zweiten Weltkrieges, also in 237 Jahren 102 Jahre in größeren Kriegen und dazwischen noch in kleineren Kriegen verbracht hat. Das sind dieselben, die vom preußischen Militarismus sprachen und diese Propaganda weltweit verbreitet haben. Und das dumme deutsche Volk glaubt das auch.
Der amerikanische Historiker David L. Hoggan schreibt in „Der erzwungene Krieg" hinsichtlich der englischen Luftrüstung und den vorgesehenen Bombardierungen auf nichtmilitärische Ziele auf Seite 264: „Im Frühjahr 1938 rechneten die Briten damit, in dem mit April beginnenden Fiskaljahr 8000 Militärmaschinen bauen zu können, was später auch erreicht und sogar übertroffen wurde. Für das Jahr von April 1938 bis Ende März 1939 hatten sie nur mit einer Zahl von 4000 gerechnet, aber schon im Januar 1939 waren sie weit über ihren festgelegten Zeitplan hinaus...
Die britische Führung und auch ihre Sachverständigen machten sich zwar Gedanken über ihre Luftverteidigung, aber sie hatten darüber keineswegs die *Luftoffensive gegen deutsche Zivilbevölkerung* aus dem Auge verloren. Sie gaben zu, daß die Verteidigungsmaßnahmen gegen mögliche deutsche Bombenvergeltungsangriffe auf britische Wohngebiete ‚zur Beseitigung der Angst von ihnen nicht genügen', wie sie während

der letzten Monate vor Ausbruch des 2. Weltkrieges hatten verlauten lassen. Dennoch waren sie überzeugt, gegen eine erfolgreiche deutsche Vergeltung einigermaßen gesichert zu sein, und dementsprechend wurde die Strategie der massierten Bombenangriffe auf deutsche Bevölkerung mit entschlossener Energie entwickelt."
Die Sowjetunion gibt heute in diversen Dokumenten zu, im Sommer 1939,an ihrer Westfront zum Kampf gegenüber Deutschland sofort 136 Divisionen, 5000 mittlere und schwere Geschütze, 9000 bis 10000 Panzer, mehr als 5500 Flugzeuge einsatzbereit gehabt zu haben. Diese Angaben wurden auch den Engländern und Franzosen bei ihren Militärgesprächen im Juli/August 1939 verbindlich genannt. Diese Verhandlungen wurden bekanntlich nur dadurch nicht realisiert, da nicht England und Frankreich, sondern Polen und Rumänien sich weigerten, russische Truppen aus Gründen des Selbsterhaltungstriebes durch ihr Land marschieren zu lassen. Aus diesen Verhandlungen ist klar ersichtlich, daß die Sowjetunion bereit war, gegen Deutschland Krieg zu führen. Nur dem Geschick Hitlers war es zu verdanken, einen Zeitaufschub zu erreichen, indem er am 23. 8.1939 mit Rußland einen Nichtangriffspakt abzuschließen in der Lage war.

Platanowa, Pawlenko, Parotkina schreiben auf Seite 17 „Der Zweite Weltkrieg": „Die Rote Armee war während der letzten Monate gewaltig angewachsen... Diese Aufstellung der Reserveeinheiten innerhalb der roten Armee hatte gegen Ende 1938 das russische Friedensheer auf 2 Millionen Mann, etwa das dreifache - in Wirklichkeit das vierfache - der deutschen Heeresstärke erhöht." Die Sowjetunion war also mit Abstand das militanteste Land der Welt. Es gab bereits im Jahre 1937 rund 25 % (Deutschland bei einem weit geringeren Haushaltsplan 10 %) des gesamten Volkseinkommens für den Wehretat aus.
Schon aus dem hier angeführten Rüstungsstand der potentiellen Gegner kann man die schwierige Lage Deutschlands als fast hoffnungslos unterlegen erkennen. Ebenso wird auch ersichtlich, wie dumm, ja verbrecherisch es ist, wenn man heute noch dem Reich Eroberungs- oder gar Weltbeherrschungspläne vorzuwerfen versucht. In Wahrheit ging es um nichts anderes, als mit einer wendigen Politik das Überleben der Deutschen Nation sicherzustellen.

Wie sah nun die deutsche Aufrüstung wirklich aus ? Bis zum Tode Hindenburgs lag das Verfügungsrecht über die Außenpolitik und die 100000 Mann Reichswehr ausschließlich bei dem Reichspräsidenten und nicht bei Hitler. Die dauernden Präventivkriegsdrohungen unserer Nachbarn waren ein wirkungsvolles Argument für unsere Aufrüstungsforderungen. In den beiden ersten Jahren des III. Reiches geschah nichts, die Rüstungsausgaben blieben konstant bei 4 % des Volkseinkommens. Die friedliebende Bundeswehr gibt etwa 15 % jährlich aus.

Zur damaligen Zeit betrugen die Rüstungsausgaben in Frankreich und der Sowjetunion mehr als das Doppelte, was umso bemerkenswerter war, als diese Staaten modern ausgerüstet waren, während das Reich total abgerüstet hatte. Trotz dieses klaren Sachverhalts wurde damals Hitler beschuldigt, in friedensgefährdender Weise für einen „verbrecherischen Angriffskrieg" aufzurüsten. Diese Vokabeln kamen bewußt irreführend wiederum zum Teil aus sozialdemokratischen Emigrantenkreisen, also von den Vätern der heutigen SPD und müssen heute fortgesetzt werden, um nicht der Lüge bezichtigt zu werden.
Wie wir heute wissen, dienten diese vom Ausland kommenden Lügen lediglich dazu, die von Deutschland geforderte Abrüstung zu sabotieren und die allgemeinen Bündnisabsprachen, die laufend weitererrichteten Befestigungsanlagen, die weiteren Rüstungen und alliierten Generalstabsbesprechungen zu rechtfertigen. Wie wir sehen, wurden hier die gleichen Methoden angewandt wie vor dem Ersten Weltkrieg und wie wir weiter sehen, ist die Masse unseres Volkes auch noch so töricht, diese Parolen seiner Umerzieher auch noch zu 'glauben. Damals wußte man das. Heute versucht eine Regierung und die sie tragenden Parteien das Volk durch *bewußt* falsche Darstellung der geschichtlichen Ereignisse aus durchsichtigen Gründen für dumm zu verkaufen.
Der britische Historiker Taylor berichtet in „The origins of the Secound World war" auf Seite 77, 119, 75, 104 und 218: „Die Franzosen haben den Startschuß für das Wettrüsten abgegeben".
„Deutschland war zwischen 1933 und 1936 für einen großen Krieg wenig mehr vorbereitet, als es vor Hitlers Machtergreifung der Fall war. Der Unterschied war lediglich, daß Hitler stärkere Nerven hatte und seine Vorgänger nicht." „Viele der früheren Alarme über die deutsche Aufrüstung waren falsche Alarme. Sogar im Jahre 1939 war die deutsche Armee nicht für einen längeren Krieg ausgerüstet; und 1940 waren die deutschen Heerestruppen den Franzosen in allem unterlegen, mit Ausnahme der Führerschaft."

„Das Nazi-Geheimnis war nicht Rüstungsproduktion; es war Freiheit von den damals vorherrschenden orthodoxen Wirtschaftsprinzipien". Siehe meine Ausführungen im Kapitel zuvor.

„Unter Hitlers Leitung war Deutschland ausgerüstet, den Nervenkrieg zu gewinnen - den einzigen Krieg, den er verstanden und der ihm genehm war. *Es war nicht ausgerüstet, Europa zu erobern..."*

Den folgenden Absatz sollten unsere Politiker und Parteiführer wie Umerzieher, die die Seele des deutschen Volkes bis ins Mark hinein vergiftet haben, dreimal durchlesen. Und wenn sie dennoch nicht ihre Märchen, die sie in die Welt zu setzen gewohnt sind, zurücknehmen, sollte sie niemand mehr für voll nehmen. Sie lügen dann bewußt!

„In Betrachtung der deutschen Bewaffnung entrinnen wir den mystischen Regionen von Hitlers Psychologie und finden eine Antwort im Bereich der Fakten. Die Antwort ist klar. Der Zustand der deutschen Bewaffnung im Jahre 1939 liefert den entscheidenden Beweis dafür, daß *Hitler keinen allgemeinen Krieg erwogen,* und wahrscheinlich Krieg *überhaupt nicht beabsichtigt* hatte."

Nachdem keine Rüstungsbeschränkungen und Revisionen des Versailler Schandvertrages zu erreichen waren, wurde am 16. 3.1935, also über zwei Jahre nach der Machtübernahme Adolf Hitlers, die allgemeine Wehrpflicht angeordnet und der Versailler Vertrag ordnungsmäßig aufgekündigt, eine durchaus legitime, für die Lebensinteressen Deutschlands erforderliche, Maßnahme. Wer heute die Dinge anders beurteilt, ist ein absoluter Narr und sollte sich in eine Heilanstalt einliefern lassen.

Generaloberst Jodl, einer der ehrenwertesten Persönlichkeiten, den die Henker von Nürnberg auf dem Gewissen haben, erklärte als Generalstabschef der deutschen Wehrmacht am 4. 6.1946 vor dem IMT in Nürnberg:

„Als wir im Jahre 1935 36 Divisionen aufstellten, da .besaßen Frankreich, Polen und die Tschecho-Slowakei 90 Friedensdivisionen und 190 im Kriege. Wir hatten kaum eine schwere Artillerie und die Panzerwaffe war erst in den primitivsten Anfängen...

Die wirkliche Aufrüstung wurde erst nach Beginn des Krieges durchgeführt. Wir traten in diesen Weltkrieg mit 75 Divisionen ein. 60 % der gesamten wehrfähigen Bevölkerung waren unausgebildet, das Friedensheer war etwa 400 000 Mann stark (die Bundeswehr heute auf verkleinertem Raum ist also weitaus stärker - Anmerk. d. Verf. -) gegenüber 800000 Mann im Jahre 1914. Die Vorräte an Munition und Bomben waren geradezu lächerlich. Für 10 bis 15 Kampftage hatten wir Munition. .. Und wenn wir nicht schon 1939 zusammenbrachen, so kommt das nur daher, daß die rund 110 französischen und englischen Divisionen im Westen sich während des Polenfeldzuges gegenüber den 23 deutschen Divisionen völlig untätig verhielten. Wahrscheinlich kein Ruhmesblatt für beide Länder, die kaltblütig zusahen, wie ihr Bundesgenosse Polen militärisch vernichtet wurde!

„Hinzu kommt noch, daß 1914 etwa 25 Jahrgänge ausgebildeter Soldaten zur Verfügung standen, während wir 1939 nur auf 5 ausgebildete Jahrgänge zurückgreifen konnten."

Der notorische Lügner Churchill, der 1936 von der Bedrohung des Friedens durch Hitler und von Weltherrschaftsstreben sprach, berichtet: „Deutschland rüstet in einer Weise auf, wie man es in der deutschen Geschichte noch nicht erlebt hat. Es wird von einer Handvoll übermütiger Desperados gelenkt. Das Geld wird knapp: Unter der Despotenherrschaft regt sich die Unzufriedenheit. Bald werden sie wählen müs-

sen, ob sie einen wirtschaftlichen oder finanziellen Zusammenbruch und innere Unruhen vorziehen oder einen Krieg, der kein anderes Ziel haben könnte, als ein germanisiertes Europa unter nationalsozialistischer Aufsicht. Deshalb scheint mir, daß alle die alten Gegebenheiten wieder vorliegen und daß unsere nationale Rettung davon abhängt, ob wir noch einmal alle Mächte in Europa vereinigen können, um die deutsche Oberherrschaft in Schranken zu halten, zu verhindern und, wenn nötig, zu vernichten."

Am 16. März 1939 Churchill im Unterhaus: „Man muß bedenken, daß Deutschland, ebenso wie alle anderen Länder, nun in voller Aufrüstung begriffen ist und unter dieser ungeheuren Anstrengung stöhnt und ächzt. Es gibt bereits 26 % seines Volkseinkommens für Kriegsvorbereitungen aus. Alle Arbeitskräfte, geschulte wie ungeschulte, stehen bis zum letzten Mann in Arbeit. Die Gartengitter und selbst die eisernen Grabkreuze werden als Schrottmaterial eingeschmolzen...

Ich höre daher mit Vergnügen, wie Lord Chatfield gestern die Meinung vertrat, daß es die Pflicht der Königlichen Flotte sei, die feindliche Flotte aufzuspüren und zu zerstören. Das ist der Ton, den man anschlagen muß" (W. Churchill „Ins Gefecht" Reden 1938-1940 S. 138 und 142).

Niemals sind von deutschen Politikern solche unverantwortlichen provozierenden Worte vor dem Kriege gefallen. Allein diese Worte hätten ausgereicht, Herrn Churchill in Nürnberg an den Strang zu bringen. Man müßte bei der deutschen Regierung den Entzug des Karlspreises beantragen, den dieser Zerstörer Europas als Zeichen deutscher Unterwerfung erhalten hat!

Wie sehr er sich aber widerspricht und stets unverantwortlich daherredet, ersieht man aus seinem Buch „Der Zweite Weltkrieg", „Der Sturm zieht auf" Bd. 1, S. 331: „Die deutsche Kriegsmaschine war schwankend über die Grenze gerumpelt (Anschluß Österreich im März 1938) und in der Nähe von Linz zum Stillstand gekommen. Trotz tadelloser Wetter- und Straßenverhältnisse versagte die Mehrzahl der Panzer. In der motorisierten schweren Artillerie ereigneten sich Pannen. Die Straße von Linz nach Wien war durch steckengebliebene schwere Fahrzeuge blockiert. General von Reichenau galt als verantwortlich für ein Versagen, das den *unfertigen Zustand der deutschen Armee* enthüllte."

Nachdem er mit seinen Lügen die ganze Welt aufgehetzt hatte, mußte er sich später berichtigen: „Im Jahre 1935 hätte Frankreich auch ohne die Hilfe seiner früheren Verbündeten fast ohne ernsthaften Kampf in Deutschland einmarschieren und wieder besetzen können. Auch 1936 stand seine weit überlegene Stärke außer Zweifel. Aus deutschen Enthüllungen wissen wir, daß diese Lage im Jahre 1938 immer noch bestand. Im Jahre nach München, 1939, näherte sich die deutsche Armee ihrer vollen Schlagkraft, obwohl sie an ausgebildeten Reserven

immer noch schwächer war als die französische Armee" (Churchill a.a.O., S. 409).

„Die deutschen Heere aber wären im Jahre 1938 oder 1939 nicht imstande gewesen, die Franzosen zu schlagen" (Churchill a.a.O., S. 410) Das deutsche Heer konnte 1938 kaum ein halbes Dutzend ausgebildeter Divisionen an die Westfront stellen, als die Franzosen mit fast 60 oder 70 Divisionen sicherlich über den Rhein oder in die Ruhr hätten vorstoßen können" (Churchill, a.a.O., S. 412)

E. Hughes schreibt in „Churchill - ein Mann in seinem Widerspruch" S. 254/255: „Amerikanische Militärexperten haben enthüllt, daß Churchills kritische Hinweise auf ein britisches und französisches Zurückbleiben in der Rüstung und seine Behauptungen über eine überwältigende deutsche Überlegenheit und Aktivität auf diesem Gebiete jeder Grundlage entbehrten...

Ein dem Kriegsminister der USA im Oktober 1947 zugeleiteter offizieller Bericht bewies die unglaubliche Ungenauigkeit von Churchills Zahlen und Schätzungen."

W. A. Sekistow in „Der seltsame Krieg im Westen Europas und im Mittelmeerraum 1939-1943" russ. S. 85, bestätigt auch die sowjetische Auffassung, daß Deutschland gegen Frankreich mit unterlegenen Kräften gekämpft hat: „Die Streitkräfte Englands, Frankreichs, Belgiens und der Niederlande waren im ganzen 142 Divisionen (nach anderen Angaben sogar insgesamt 156 Divisionen); ihnen standen 136 deutsche und italienische Divisionen gegenüber …

Angesichts dieses Kräfteverhältnisses und der zur Verfügung stehenden Mittel gibt es keine Grundlage, um von der Schwäche der Verbündeten, von ihrer mangelnden technischen Bereitschaft zum Krieg und von der entscheidenen Überlegenheit des faschistischen Aggressors zu sprechen." Der gleiche Autor auf Seite 133: „Schon im Verlauf des Polenfeldzuges zeigte sich, daß die deutsche Artillerie nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ nicht die Feueraufgaben unter den Bedingungen des mächtigen Tempos der Kampfhandlungen bewältigte. Das deutsche Oberkommando war gezwungen, die Wirksamkeit des Artilleriefeuers mit Hilfe der Luftwaffe zu verstärken."

Wir wissen heute, daß Deutschland 1939 lediglich auf einen Defensiv-Krieg eingestellt war. Artillerie fehlte im großen Umfang. Die Panzerwaffe war erst in der Erprobung. Schwere Panzer gab es überhaupt nicht, an mittelschweren, dem sogenannten Panzer IV, gab es 300. Die Produktion von Panzern war erst drei Monate vor Kriegsbeginn angelaufen und betrug 247 Panzer, die der Engländer zur selben Zeit 314. Alle Bewaffnungsprogramme waren auf die Jahre 1943/44 abgestellt. Das deutsche Oberkommando erhielt von Hitler ein Jahr vor Ausbruch des Krieges die Weisung, bis 1945 den organisatorischen Aufbau zu voll-

enden und den Schwerpunkt auf eine solide Ausbildung zu legen, um damit gleichzeitig einen ausreichenden Stamm von Reservisten heranzubilden. Jegliche auf einen Kriegsfall zugeschnittene Maßnahme," einschließlich Vorbereitungen für Grenzsicherungen sollten unterbleiben.
Ich habe den Führer im Herbst 1944, als ich Kampfkommandant des Hauptquartiers in Rastenburg war, nach der Notwendigkeit dieses Krieges und insbesondere nach den Gründen gefragt, weshalb wir in diesem unfertigen militärischen Zustand Polen angegriffen haben. Seine Antwort war sehr eindeutig und ich werde sie niemals vergessen. Er sagte: „Glauben sie mir, Herr Oberst, ich habe alles getan, um diesen mir aufgenötigten Krieg zu verhindern. Ich konnte alles, nur keinen Krieg gebrauchen. Ich hatte soviel Pläne, die ich mir noch zu meinen Lebzeiten für die Zukunftssicherung des Großdeutschen Reiches und für das Glück meiner Volksgenossen zu bewältigen vorgenommen habe. Sie sehen ja selbst, wie ich mir die Zeit dazu stehlen muß, um den Professor Giesler wenigstens ab und an kommen zu lassen, um mit ihm die Baupläne von Linz zu besprechen, die mir besonders am Herzen liegen. Ich bin im Grunde meines Wesens kein Zerstörer, ich bin Architekt im Sinne eines schaffenden Künstlers und habe noch soviel Grundlegendes vor, das dem Reich seinen ihm zukommenden eigenen Stil für das nächste Jahrhundert geben soll, seiner inneren Größe und seiner Tapferkeit entsprechend für den Kampf, den es nun allein gegen die Zerstörung unserer abendländischen Werte für Europa führen muß. Es wird vieles liegen bleiben müssen.

Jeder Tag, den dieser mörderische Krieg nun länger dauert, nimmt mir eine Möglichkeit mehr, diese, meine gewaltigen Vorhaben zu erledigen. Nur die äußeren Umstände und der Zwang haben mich die feldgraue Uniform anziehen lassen, die mir zwar meinem ganzen Wesen nach die liebste ist, die mich aber meinen eigentlichen Aufgaben entzieht. Denn dieser mir von den Heuchlern Roosevelt und Churchill mit ihren jüdischen Hintermännern auferlegte Krieg erfordert nunmehr meine ganze Kraft, um Deutschland und dem Abendland die totale Vernichtung durch das alles vernichtende verbrecherische Sowjetsystem zu ersparen.
Ich wollte mit Polen eine friedliche Regelung. Kein deutscher Staatsmann vor mir hätte es sich erlauben können, ein so großzügiges Angebot, wie ich es getan habe, zu machen. Er wäre vom deutschen Volk davongejagt worden. Eine friedliche Lösung dieser Frage wäre durchaus möglich gewesen. Aber England wollte keine friedliche Lösung, obwohl ich ernstlich bereit war, sein von mir bewundertes Empire zu garantieren. Es war kurzsichtig und größenwahnsinnig. Es wollte unbedingt Blut sehen. Nicht erst bei der Errichtung des Protektorats, nein schon gleich nach München wurde mir von Monat zu Monat klarer, daß die altbekannten Kriegstreiber um Churchill" - er nannte Namen, die mir

entfallen sind, nur Halifax ist mir noch in der Erinnerung geblieben - „an Einfluß gewannen und nichts unversucht ließen, um ihren gewünschten Krieg bei erstbester Gelegenheit vom Zaune brechen zu können. Die in ihrer Großmannssucht bar jeglicher Vernunft handelnden Polen, waren lediglich dazu ausersehen, den Krieg unter allen Umständen zu provozieren und mich zu brüskieren, nachdem ihnen die britische Garantie aufgezwungen worden war, die für die Polen ein Freibrief wider jegliche Vernunft war. Der Scharfmacher dieses ganzen verbrecherischen Spiels seit München war Herr Roosevelt, der sich von seiner jüdischen Umgebung zum Kreuzfahrer ausrufen und mißbrauchen ließ.
Als ich sah, daß England unter Chamberlain, der sicherlich etwas anderes wollte, diesem jüdisch-amerikanischen Druck nicht widerstehen konnte und wollte und im Gegenteil die Polen, die in ihrem Größenwahn vom Marsch auf Berlin nicht nur träumten, sondern ihn auch vorhatten, nicht zur Vernunft riefen, sondern ungerührt zusahen, wie deutsche Volksgenossen zu Zehntausenden vertrieben, verschleppt und brutal gemordet wurden, blieb mir nichts anderes übrig als diesem verbrecherischen Treiben ein Ende zu setzen. Das habe ich dann auch gründlich und blitzschnell getan. Ich habe dann gleich nach der Beendigung der Kampfhandlungen an die Vernunft Englands und Frankreichs appelliert. Doch leider vergeblich. Männer wie Roosevelt und Churchill werden nicht eher zur Vernunft kommen, bis Deutschland und damit Europa ein Scherbenhaufen ist und Englands Empire unter den Hammer kommt." Er fügte dann noch weiter hinzu: „Hätte ich 1939 nicht das friedensstörende polnische Krebsgeschwür ausgebrannt, wäre uns sicherlich nach dem erkennbaren Aufmarsch der Verbündeten spätestens 1943 das gleiche Schicksal zuteil geworden, was wir jetzt 1944 (Herbst) erleben müssen. Denn die Pläne für die Vernichtung Deutschlands waren seit München eine beschlossene Sache."
Ich entnahm den Ausführungen Hitlers, daß er trotz des unfertigen Zustandes der deutschen Wehrmacht das Risiko eines blitzartigen Präventivkrieges gegen Polen in Kauf genommen hat, um durch das Ausräumen dieses Gefahrenherdes Nummer eins entweder die Möglichkeit der Fortsetzung seiner Friedenspolitik zu erreichen oder sich einen Zeitgewinn zu verschaffen, um unter besseren Voraussetzungen einen möglicherweise später erzwungenen Krieg entgegensehen zu können.
Denn keiner wußte es besser als Hitler, wie es im September 1939 um den embryonalen Zustand unserer Rüstung aussah. Für eine Vorratswirtschaft für einen längeren Krieg war nichts unternommen worden. Unsere Schwerindustrie war zu 80 % abhängig von der Eisen- und Manganeinfuhr. Die Vorräte an wichtigen Rohstoffen wie Kupfer, Eisenerz, Benzin, Öl und Gummi waren im August 1939 so bemessen, daß sie nur für 3 bis 6 Monate ausreichten. Es gab keine wirtschaftliche Zentralver-

waltung der Streitkräfte, die die verschiedenartigen Anforderungen für Material überschauten und die dementsprechende Anforderungslisten aufstellen konnten. Der Umfang der Produktion von Muniton und Bomben war äußerst gering, die Vorräte reichten ganze 3 Monate.
Es gab überhaupt keine leistungsfähige Rüstungsindustrie. Der bislang benötigte Bedarf für die Aufrüstung wurde im wesentlichen aus der spärlich vorhandenen Kriegsindustrie gedeckt. Neue Werke sind kaum errichtet worden. Der Lokomotiv- und Wagenpark der Reichsbahn lag weit unter dem Niveau von 1914. Große Bereiche der Wirtschaft hatten nichts mit Kriegsproduktion zu tun. An der Verteilung der Arbeitskräfte kann man ablesen, daß seit 1925 die Situation überraschend stabil geblieben war. Größere Umgruppierungen hatte es lediglich zugunsten der Landwirtschaft und des öffentlichen Dienstes gegeben. Es gab keine Konzentration von Investitionen in solchen Wirtschaftsbereichen, die mit wirtschaftlicher Kriegsvorbereitung zu tun hatten.
Im Jahre 1937 glichen oder übertrafen der zivile Verbrauch, die Investitionen in den Konsumgüter-Industrien und die Regierungsausgaben für friedliche Zwecke die früheren Höchstwerte. Von einem Aufrüstungsprogramm, das so umfangreich gewesen sei, daß es eine grundlegende Wiederbelebung der zivilen Produktion verhindert hätte, kann keine Rede sein. Im Umfang der Importe wuchsen 1937-1938 die Lebensmitteleinfuhren stärker als die Rohstoffeinfuhren mit dem Ergebnis, daß die Zusammensetzung der Importe im Jahre 1938 fast die gleiche war wie 1929.

Der Grund dieser vernachlässigten Rüstungsindustrie hing mit der Abneigung Hitlers zusammen, von der Bevölkerung größere Opfer zu verlangen. Ebenso weigerte sich Hitler, Haushaltsdefizite mit Erhöhung der Steuern auszugleichen. Zudem hatten die Bauvorhaben, die von Hitler wesentlich inspiriert worden sind, Vorrang.
Die Deutsche Finanzwirtschaft unter Dr. Hjalmar Schacht war im Gegensatz zu der der westlichen Demokratien als ausgesprochen solide und konservativ zu bezeichnen. Öffentliche Anleihen wie heute gab es nicht. Zu 80 % wurden die Ausgaben durch das Steuereinkommen gedeckt. 1933 betrugen die öffentlichen Ausgaben 15 Milliarden Reichsmark, 1938 stiegen sie auf 39 Milliarden an. Aber gleichzeitig stieg das Bruttosozialprodukt von 59 auf 105 Milliarden. Es gab nur eine leichte Preissteigerung. Der Stand des deutschen Verbraucherkonsums und der Investierungen lag 1938 höher als im Spitzenjahr 1929.
Die einzige übertriebene Aussage über die Ausgaben für unsere Rüstung machte Hitler am 1. September 1939, als er diese vor dem Reichstag mit 90 Milliarden bezifferte. Für tatsächliche Rüstungsausgaben wurden lediglich 55 Milliarden aufgebracht, davon im letzten Jahr vorm Kriegsausbruch 16 Milliarden, was etwa 15 % des Bruttosozialproduktes ent-

spricht. Hitler hatte aus Abschreckungsgründen für die Engländer und Franzosen alle nicht mit der Rüstung zusammenhängende Ausgaben wie Grundstückskäufe, Kasernen-Straßenbauten pp miteinbezogen. Die Rüstungsausgaben der Vereinigten Staaten lagen im letzten Friedensjahr weitaus höher als in Deutschland, so daß es eine Lüge ist, von einer jammervollen unvorbereiteten amerikanischen Rüstung zu sprechen.

Die heutige Bundesrepublik gibt für ihre Rüstung weit mehr aus als Hitler es je in Friedenszeiten getan hat. Sie steht heute sehr viel schlagkräftiger und effizienter da als die deutsche Wehrmacht vor Kriegsausbruch, sowohl hinsichtlich seiner personellen wie materiellen Reserven als auch hinsichtlich der Ausrüstung. Ob sie es dem Geist und dem Elan nach auch ist, wage ich bei den allein in der Bundesrepublik üblichen geistigen Erziehungsmethoden stark in Zweifel zu ziehen. Zumindest fehlt ihr die Gläubigkeit einer mitreißenden Idee und der revolutionäre Schwung sowie die mit Durchsetzungsvermögen gepaarte Härte der Wehrmacht.
Die weltgeschichtlich überraschenden und bestaunten Erfolge der deutschen Wehrmacht waren trotz ihrer mangelnden Ausrüstung auf andere Faktoren zurückzuführen. Es war nicht die materielle Überlegenheit, sondern vorbildlicher Soldatengeist und kühne Führungskunst, die in der Lage war, die begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel zur rechten Zeit, am rechten Ort und mit der erforderlichen Konzentration zur Wirkung zu bringen. Dabei spielten Vertrauen und gelebte Kameradschaft zwischen Offizier und Mannschaft und der feste Glaube an die gerechte Sache unseres Kampfes die entscheidende Rolle. Wir waren die ersten europäischen Soldaten, gemeinsam mit den Freiwilligenverbänden aus allen europäischen Ländern, die die Stunde der Zeit erkannt hatten und ihr Blut für den Bestand Europas genauso gaben wie die deutschen Soldaten. Es ist geradezu symbolisch, daß Berlin und die Reichskanzlei mitverteidigt wurden durch französische Freiwillige, die nicht danach fragten, ober der Krieg verloren sei oder nicht.

Abschließend ist zu sagen, daß es zu Beginn des Krieges deutsche Operationspläne weder gegen Frankreich noch gegen England gegeben hat. Es gab auf deutscher Seite auch nie Pläne zur Bombardierung der Zivilbevölkerung und der offenen Städte. Dies behielten sich die demokratischen Weltbeglücker in Amerika und England vor. Seit Mitte der zwanziger Jahre gab es in England Studien über die deutsche Industrie mit dem Vorsatz strategischer Luftangriffe. Auch die Amerikaner waren auf einen Eintritt in den europäischen Luftkrieg mit einer Liste vorbereitet, die 124 Ziele aus dem Bereich der Stromerzeugung, des Transportwesens und der Kraftstoffindustrie, sowie 30 Ziele aus der Luftfahrt- und Leichtmetallindustrie enthielt. Einzelheiten für die zur Durchführung der Angriffe bestimmten Bombereinheiten wurden bereits vor der Hit-

lerzeit 1932 in den Vereinigten Staaten und England festgelegt. (US-Navy August 1956 Nr. 8 S. 873).

Die eigentliche Aufrüstung in Deutschland geschah erst während des Krieges, als uns nach den wiederholten Friedensbemühungen nichts anderes übrig blieb und wir notgedrungen rüsten mußten, nachgewiesenermaßen sogar zu spät, um den Bedarf des Krieges, der weltweiten Umfang angenommen hatte, auch nur einigermaßen decken zu können. Die "Wehrmacht mußte stets improvisieren und sich mit dem zufrieden geben, was geliefert werden konnte. Dies aber war stets zu wenig. Eine fühlbare Entlastung trat erst ein, als uns aus den besetzten Gebieten fremde Rohstoffe und die dort vorhandene Rüstungsindustrie zugute kam.

Als ich mich mit meinem Ia (1. Generalstabsoffizier), dem späteren General Reidel (Bundeswehr), im November 1944 persönlich bei Hitler in der Reichskanzlei in Berlin zur Ardennenoffensive mit meiner hervorragend ausgerüsteten Panzer-Führer-Begleitbrigade abmeldete, sprach Hitler eine halbe Stunde mit mir und meinem Ia, indem er meine spezielle Aufgabe umriß. Bei dieser Gelegenheit hörte ich von ihm Zahlen über unsere derzeitige Rüstungsproduktion, die den Höhepunkt erreicht hatte. Er sprach von einer Monatsproduktion von 1200 Flugzeugen und erwähnte die nunmehr produktionsreifen Düsenmaschinen, die wir als erste in der Welt herstellten und von nunmehr 2000 Panzern. Aus dieser enormen Steigerung der Produktion im Verhältnis zu der bei Kriegsbeginn erkennt man, wie wenig Deutschland bei Kriegsbeginn gerüstet war. Der Raum um Auschwitz war einer der benötigten Rüstungszentren. Schon deshalb ist die Legende vom dort durchgeführten planmäßigen Judenmord unsinnig. Diese Lager dienten der überlebensnotwendigen Kriegsproduktion.

Aus obigen Ausführungen kann jeder Laie ersehen, daß wir auf einen längeren Krieg niemals vorbereitet und damit auch nicht kriegslüstern waren, geschweige irgendwelche Eroberungspläne hatten. Alle gegenteiligen Behauptungen sind böswillige Verleumdungen und absolute Lügen, der sich auch alle diejenigen schuldig machen, die heute noch solches behaupten.

Das gleiche gilt auch für die Verbreitung der Behauptung, daß Deutschland seit 1933 fieberhaft aufgerüstet hat, um damit die wirtschaftliche Krise zu beheben. Die solches tun, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, nicht nur alle historischen Untersuchungen, insbesondere unserer ehemaligen Gegner, nicht gelesen zu haben, sondern sie machen sich auch schuldig, an der systematischen Völkerverhetzung weiter ihren verbrecherischen Beitrag zu leisten. Es hat keine den Frieden bedrohende deutsche Aufrüstung gegeben. Es wird daher Zeit, daß eine deutsche Regierung dies offiziell feststellt. Wenn das nicht geschieht,

kann ich nur annehmen, daß sie entweder Angst vor der eigenen Courage hat oder sich weiterhin der Lüge bedienen will, aus Sorge, dereinst vor dem Volke vieles widerrufen zu müssen, was auf Grund einer Verteufelung der Vergangenheit zur eigenen Imagepflege geschehen ist.
Was darf ein souveräner Staat nach Ansicht der Moralisten überhaupt? Darf er sich zur Selbstverteidigung rüsten? Wie wir sehen, „dürfen" dies alle - nur die Deutschen nicht. Deutschland war von hochgerüsteten, weitaus stärker bewaffneten, durch Militärbündnisse einander verpflichteten Staaten umringt und angefeindet. Die Reichsregierung hatte während der ganzen Zeit ihrer Amtsführung „nicht eine einzige Waffenfabrik errichtet". Dennoch warfen ihr jene Mächte, die selbst „Weltreiche" ausbeuteten, vor, die Weltherrschaft erstrebt, sich gegen den Frieden verschworen und sich verbrecherischer Planungen schuldig gemacht zu haben.

„Alle Tatsachen, die der These von einer Verschwörung gegen den Weltfrieden' widersprechen, werden kurzerhand - man ist ja um Begründungen nie verlegen - mit .Dilettantismus' der Verschwörer erklärt. Vielleicht wäre Hitler diesem Vorwurf des,Dilettantismus' entgangen, wenn er - wie die Vereinigten Staaten nach dem zweiten Weltkrieg für 75 % aller strategischen Materialreserven für 3-5 Jahre angelegt und sich in 69 Ländern des Erdballs bzw. in über 2200 einzelnen Stützpunkten in aller Welt festgesetzt hätte von der Sowjetunion als noch eindrucksvolleres Beispiel ganz zu schweigen." (Udo Walendy „Wahrheit für Deutschland" nach Aussagen des Chefs des Amtes für Rüstungsmobilmachung, A. Fleming, in einem Interview mit der Zeitschrift „US News and World Report").

Hitler hat niemals den Krieg gewollt. Er war lange davon überzeugt, seine begrenzten Forderungen unter erheblichen Abstrichen durch freiwillige Verzichte auf altangestammte deutsche Länder auf friedlichem Wege erreichen zu können. Dies wäre ihm auch fast gelungen, wenn nicht englische und polnische Unvernunft dies verhindert hätte.
Das schloß nicht aus, daß, wenn er dazu gezwungen würde, einem Kampf mit dem Schwert nicht auswich. Das war zur damaligen Zeit die allgemeine Auffassung souveräner Staaten. Dafür waren die Kolonialmächte, die über zehn Mal mehr Kriege geführt haben als das deutsche Reich, vorzügliche Vorbilder. Man wird wohl der Auffassung des damaligen Staatssekretärs Otto Meißner beipflichten müssen, der schon vielen Reichspräsidenten zuvor gedient hatte, wenn man in seinen Erinnerungen liest:

„Man wird der Wahrheit wohl am nächsten kommen, wenn man von Hitlers Einstellung und sein Wollen den Ausdruck des ,dolus eventualis' anwendet, d. h., wenn man annimmt, daß er den Krieg nicht von vornherein gewollt und geplant hat, aber ihn als möglich voraussah und, falls

seine Ziele nicht auf anderem Wege erreichbar wären, auch entschlossen war, zur Erreichung seines Zieles Krieg zu führen."

Eine solche Auffassung unterscheidet sich in nichts von den Auffassungen anderer Staatsmänner der damaligen Zeit und berechtigt zu keiner Verurteilung, zumal dann, wenn es um die Lebensrechte einer Nation geht.

Die geschichtliche Schuld an einem gescheiterten friedlichen Ausgleich und die Kriegshetze liegt eindeutig in der Unlogik der britischen Politik, die eigentlich in erster Linie auf die Erhaltung des Empire hätte ausgerichtet sein sollen und damit mehr als ausgelastet war. Aber England glaubte sich noch zusätzlich auf dem europäischen Kontinent als Weltpolizist aufspielen zu müssen. Mit seiner unseligen Politik der „Balance of power", der des Kräfteausgleichs, stellte sich England stets gegen die stärkste Festlandsmacht. Weil dazu die eigenen Kraft nicht ausreichte, mußte es sich in das Schlepptau Amerikas begeben. Weil aber diese doppelgleisige Politik das eigene Kräftevermögen überstieg, verlor England alles, die Beherrschung der Weltmeere und damit sein Empire. Es verlor aber gleichzeitig als nunmehriger Insel- und Randstaat Europas seinen entscheidenden Einfluß auf diesen Kontinent.

Wenn dieser zweite Weltkrieg nach dem vergeblichen Liebesbemühen Hitlers um England und die Erhaltung seines Empire ein positives Ergebnis gehabt hat, dann ist es die Beendigung der Rivalität zwischen Deutschland und Frankreich und die beginnende echte Freundschaft dieser beiden europäischen Kulturnationen, die im Interesse des Überlebens Europas und damit seines abendländischen Geistes zu einem politisch unzerreißbaren Block zweier Vaterländer führen muß, den England nicht verhindern kann. Die Schuld eines blutrünstigen Churchill hinsichtlich seiner verursachten leichtfertigen Zerschlagung Deutschlands und Europas rächt sich bitter. Er glaubte in völliger Überschätzung seiner eigenen Möglichkeiten, in seiner Spielernatur, den Bolschewismus für englische Interessen einspannen zu können und wurde selbst sein Opfer, leider aber auch Europa, das dank seiner Politik nunmehr wieder da steht, wo vor 1200 Jahren Karl der Große begann. Ich bin sicher, daß solche Leute einmal vor der Geschichte geächtet werden. Die ganze erfolgreiche Germanisierung und Kultivierung ist durch ihn rückgängig gemacht worden. Heute stehen die Sowjets und damit die Slawen 50 km vor Hamburg und damit auch vor dem Tor nach England.

Die Verleihung des Karlspreises an Churchill von Seiten der Bundesrepublik erscheint mir in diesem Zusammenhang geradezu grotesk und als schlechter Witz der Weltgeschichte. Sie beweist aber auch die Geschichtslosigkeit der Bundesrepublik. Auch war die vielgerühmte englische Politik gar nicht so weise, wie sie immer hingestellt wurde.

Diese britische Kräfteausgleichspolitik war für England und Europa eine Bankrottpolitik. England übersah, daß es als Industrienation nach den USA, der Sowjetunion, Deutschland und Japan erst an 5. Stelle stand. Darin liegt mit ein Grund für eine ungesunde, von Verfallserscheinungen begleitete Fehlspekulation englischer diplomatischer Aktivitäten. Frankreich begab sich nur deshalb in Gefahr, weil es nicht die Kraft hatte, sich damals aus dem Schlepptau englischer Erpressung zu befreien.

Ein zweiter Gleichgewichtspolitiker war der polnische Außenminister Beck, der sich auf diesem Gebiet ebenfalls als Meister fühlte und so größenwahnsinnig war, diese Rolle zwischen Deutschland und der Sowjetunion dank der englischen Garantiepolitik spielen zu können. Noch am 6. August 1939 wäre es für ihn möglich gewesen, sich zu mäßigen. „Es war nicht zu spät für ihn, mit Hitler unter höchst vorteilhaften Bedingungen mit Polen zu einem Ausgleich zu kommen. Es ist nachweisbar Beck gewesen, der sich auf Betreiben Englands weiterer Verhandlungen verschlossen hat, nicht Hitler!"

„Als Bollwerk gegen den Bolschewismus hatte Polen eine einmalige und wertvolle Sendung in Europa zu erfüllen. Seine Bindung an die Halifaxsche Kriegspolitik war das entscheidende Hindernis, an der diese Aufgabe im Jahre 1939 scheiterte." (Hoggan S. 557)

IV, KAPITEL

SPRENGUNG DER FESSELN VON VERSAILLES UND ST. GERMAIN

Der Anschluß Österreichs

Österreich ist historisch, seiner Kultur, seiner Sprache und seinem ganzen Denken und Fühlen nach ein rein deutsches 'Land. Es wurde im Jahre 803 von Karl dem Großen als Ostmark errichtet und trägt über 1000 Jahre den Namen Ostreich. Von 1276 bis 1918 herrschten dort die Habsburger, die in Verbindung mit der deutschen Kaiserkrone durch verschiedene Heiraten und Erbverbrüderungen weltgeschichtliches Gewicht erhielten. Wien war fast 500 Jahre lang die Hauptstadt des Reiches. Unter Metternich war Österreich, als Venetien und die Lombardei noch dazu gehörten, eine bedeutende europäische Macht. Nach den Kämpfen zwischen Österreich und Preußen in Böhmen und Mähren, das ebenfalls zu Österreich gehörte, schied Österreich aus dem deutschen Reichsverband aus und gründete ein Jahr später die österreichisch-ungarische Monarchie. Nach dem Attentat auf das österreichische Thronfolgerehepaar in Sarajewo mußte Deutschland vertragsgemäß an dem durch diese Tat ausgelösten ersten Weltkrieg an Österreichs Seite kämpfen.

Nach dem Kriege wurde die Österreich-ungarische Monarchie durch die Verträge von Trianon und St. Germain aufgelöst. Ebenso wie durch Versailles wurde ein funktionierender Wirtschaftsraum durch willkürliche Grenzen zerstört. Überall tauchten bei der Auflösung der Monarchie Nationalkommitees auf, die oft nur Minderheiten vertraten und ihre Abtretungsansprüche durchsetzten. Dies betraf sowohl das selbstständig werdende Ungarn wie Österreich. Letzteres verlor seinen Zugang zur Adria durch die Verluste von Istrien, Triest und Görz, ferner Dalmatien, Tirol, Böhmen und Mähren sowie Schlesien, Galizien und das Buchenland. Bei der Grenzregulierung zwischen den Völkern der ehemaligen Doppelmonarchie sowie der Grenzen zwischen den neuen Staaten und Deutschland, wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker schlimmer mit Füßen getreten als sonst irgendwo. Es war so,

daß die Siegernationen, insbesondere Frankreich, es geradezu boshaft darauf angelegt hatten, auf wenig staatsmännische Weise, einen Unruheherd für die Zukunft in eigenem machtpoEtischen Interesse zu schaffen. So 'konnten zwangsläufig die verhängnisvollen Folgen für ein künftiges Europa nicht ausbleiben.
Der Staat Österreich-Ungarn war einmal der politische Schlüssel in Zentraleuropa. Seine miteinander stark verwachsenen Völker hatten unter einer diplomatisch geschickten Führungskunst der Habsburger diesen Raum mit Leben erfüllt und darüber hinaus die bis an die Tore Wiens gedrungenen Türken bis an den Südrand der Karpaten zurückgedrängt, nachdem Prinz Eugen sie 1697 in Zenta vernichtend geschlagen und damit ihren Vormarsch nach Europa hinein gestoppt hatte, ähnlich wie Karl Martell 732 die Araber bei Portier. Als Bollwerk Europas hatte Wien auch seine geschichtliche Funktion dadurch erfüllt, daß es ottomanische Eindringlinge wieder nach Asien zurückgedrängt hat. So wie Österreich-Ungarn stets als .Bollwerk des Südens gegen die Slawen seine geschichtliche Aufgabe erfüllte, so war es die geschichtliche Mission Deutschlands im Norden.

Diese für Europa wichtige Mission verkannt und mißachtet zu haben, ist das in Versailles und St. Germain begangene historische Verbrechen Frankreichs und Englands, das letzten Endes zu dem nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen folgenschweren Ergebnis zum Schaden Europas führte. Diese Verantwortung lastet schwer auf England und Frankreich. Das Gesicht Europas hat sich durch diese Fehlplanung grundlegend geändert. Heute müssen beide Mächte mit dem Verlierer des Krieges, Deutschland, dafür im Rahmen der Nato gerade stehen.
Am 21. Oktober 1918 stellten die 200 Abgeordneten des Reichsrates als Folge von St. Germain die Auflösung des alten österreichischen Staates fest und konstituierten eine provisorische Nationalversammlung. Am 30.10. wurde die deutsch-österreichische Republik ausgerufen, am 12.11.1918 von der Nationalversammlung einstimmig der Anschluß an das deutsche Reich beschlossen. Die Wiedervereinigung mit Deutschland wurde jedoch von den Alliierten ebenso verboten, wie der Name Deutsch-Österreich.

Der Artikel 88 des Vertrages von Versailles hatte die Unabhängigkeit Österreichs für unabdingbar erklärt und den direkten oder indirekten Anschluß an ein anderes Land ohne Einverständnis des Völkerbundes verboten. Dies wurde auch verlangt, nachdem alle Abgeordneten des Nationalrates sich für den Anschluß erklärt hatten.

Ähnlich, wie in der Präambel der Verfassung der Bundesrepublik die Wiedervereinigung Deutschlands gefordert wird, hatte auch die Weimarer Verfassung am 11. 8.1919 in Artikel 6 die Zulassung österreichischer Vertreter zum Bundesrat verankert, insofern Österreich an das Reich

angeschlossen würde. Auch hier bedeuteten am 22.10.1919 die Alliierten den Deutschen, daß solche Bestimmungen im Widerspruch zu Artikel 88 stehen. Die Deutschen antworteten, daß nicht die Rede davon sein könnte, diesen Anschluß ohne Zustimmung des Völkerbundes durchzuführen; diese Zustimmung aber könne angesichts des Selbstbestimmungsrechts der Völker - eines der Grundprinzipien des Völkerbundes - nicht ausbleiben. Die Weimarer Verfassung wurde nicht abgeändert. Die Sieger mußten diese Erklärung schlucken.
Auch der sozialdemokratische Bundeskanzler Karl Renner erklärte am 6. 9.1919 in der Wiener Nationalversammlung „Deutsch-Österreich wird niemals darauf verzichten, die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich als das Ziel seiner friedlichen Politik zu betrachten".
In den Jahren 1920/21 wurden in der Steiermark, Kärnten, Tirol und Salzburg Wahlen angesetzt, die zu 99 % für den Anschluß an Deutschland ausfielen. Frankreich war schockiert und verbot weitere Wahlen.
Aber wie beurteilen die früheren Sozialisten Frankreichs auf einer Resolution des Nationalrates vom 13. und 14. Juli 1919 die Bedeutung des österreichisch-ungarischen Ordnungsfaktors?: „Dieser Vertrag ist geboren aus dem schändlichen Mißbrauch der Geheimdiplomatie, den es je gab. Er tritt ganz offen das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen, er führt ganze Völker in die Sklaverei. *Er vervielfältigt die Kriegsgefahr,* er wird begleitet von Gewaltmaßnahmen gegen die Befreiungsbewegungen nicht nur in Rußland und Ungarn, sondern in allen Ländern des ehemaligen Habsburger Reiches, im ganzen Orient - der Konflikt mit Israel und den Palästinensern hat ebenfalls seihen Ursprung in den ehemaligen Friedensverträgen - und in Deutschland. Auf keinen Fall kann er die Zustimmung der Sozialisten erhalten.
Vor dem Lande, vor der Internationale und vor der Geschichte stellt sie fest, daß die Verträge nicht nur einer Teilrevision, sondern einer vollkommenen Neugestaltung bedürfen."

Ähnlich warnend, und auf mögliche Konsequenzen für die Zukunft hinweisend, ist eine Rede von Otto Bauer vor der Österreichischen Nationalversammlung am 7. Juni 1919:
„Wenn Deutschböhmen und das Sudetenland an die Tschechoslowakei ausgeliefert werden, wird man nicht nur dreieinhalb Millionen Deutsche ihres Selbstbestimmungsrechtes berauben, wird Österreich nicht nur seine Kohlengruben, fast seine ganze Textilindustrie, seine Glashütten und seine Porzellanfabriken verlieren, wird nicht nur unsere Produktionskapazität, unser nationales Erbe, unsere Wirtschafts- und Finanzkraft eine Einbuße von mehr als 50 % erleiden, sondern es wird auch mitten in Europa ein Staat geschaffen, der den Schauplatz von wildesten Nationalitätenkämpfen, den Herd für einen deutschen, ungarischen, polnischen Irredentismus, eine Quelle dauernder Feindschaft zwischen

aneinandergrenzenden Völkern, eine immerwährende Gefahr für den Frieden abgeben wird. Wir sind außerstande, es zu verhindern, aber noch einmal, in letzter Minute, stoßen wir einen Warnruf aus."

Deutlicher kann man die zwangsläufigen Folgen einer solchen unorganischen verbrecherischen Zerstückelungspolitik mit seinen sichtbaren Gefahren für die Zukunft kaum aufzeigen. Die Alliierten waren gewarnt, mußten sich also über ihre Verantwortung im klaren sein. Dieselben Nationen, die damals so eindringlich vor den unabsehbaren Folgen einer solchen Vergewaltigung gewarnt wurden, haben weder das moralische noch das geschichtliche Recht, uns Deutsche, zum *zweiten Mal die Schuld an einem Weltkrieg zuzuschieben. Schuldig sind die Urheber solcher widersinnigen und verbrecherischen Verträge.* Wenn heute deutsche Regierungen ebenso wie große Teile unseres umerzogenen Volkes in den Chor der Sieger mit einzustimmen, ist das verächtlich. Sie sind nicht wert, ernstgenommen zu werden und machen sich schuldig, bewußt die Wahrheit zu verschweigen und die Ehre der deutschen Nation zu untergraben.

So kam, was zwangsläufig kommen mußte. Seiner Hilfsgüter beraubt, außenpolitisch isoliert und von Frankreich als Vasallenstaat betrachtet, wurde die wirtschaftliche Lage immer verzweifelter. Das Land entwikkelte sich zu einem riesigen Warenhaus ohne Käufer. Auch der nochmals im Herbst 1922 durch Renner unternommene Versuch, unter Garantie des Völkerbundes als einzige Lösung den Anschluß ans Reich voranzutreiben, wurde wiederum durch Frankreich unmöglich gemacht. Dasselbe geschah mit der 1931 geplanten deutsch-österreichischen Zollunion.

Somit wurde die innerpolitische Situation ähnlich wie in den letzten Weimarer Jahren immer schwieriger. Mußte in Deutschland autoritär mit Notverordnungen regiert werden, so glaubte man in Österreich den Krisen, Unruhen, Bürgerkriegsgefahren und dem sozialen Elend unter Ausschaltung aller Parteien mit der „Vaterländischen Front" begegnen zu können. Es handelte sich hier zweifellos um eine Diktatur, die ebenfalls mit Notstandsgesetzen glaubte, regieren zu können. Von 1932 bis zur Wiedervereinigung 1938 hatte es keine Wahlen mehr gegeben.

Die außenpolitische Situation war nicht weniger verzweifelt. Die einzigen freundschaftlichen Beziehungen bestanden zum Italien Mussolinis. Als sich dann Österreich während des Abessinienkrieges hinter Italien stellte, verschlechterte sich das Verhältnis zu England zusehends. Frankreich wurde seinerzeit von Volksfrontregierungen heimgesucht, die ihrerseits gegenüber einem katholischen, autoritären System keinerlei Veranlassung sahen, zu helfen. Es beschränkte sich lediglich auf Aufpassen und Mitbestimmen. So konnte es nicht Wunder nehmen, daß sich in

Österreich eine ausgesprochene antifranzösische Stimmung mehr und mehr geltend machte.

Im März 1933 war durch einen Staatsstreich die Verfassung außer Kraft gesetzt worden. Damals regierte Dollfuß über die Köpfe des Volkes hinweg und Österreich galt seitdem nicht als „friedlicher demokratischer Staat". Auch 1935, unter seinem Nachfolger Schuschnigg, änderte sich wenig. Nur sah man über die Grenze hinweg in Deutschland das Verschwinden der Arbeitslosen, die angekurbelte Wirtschaft, die allgemeine innere Zufriedenheit und den beginnenden gewissen Wohlstand. Während auf der einen Seite die österreichische Bevölkerung täglich mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Misere und mit den oft bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen konfrontiert wurde, mußten sie« drüben in ihrem Brudervolk Fortschritt, Zufriedenheit und Begeisterung erleben. Jeder deutsche Urlauber war mehr oder weniger ein Propagandist seiner Heimat. Auch die Regierung spürte den „inneren Druck", zumal sich immer mehr Bürger illegal der NSDAP anschlossen.

Als Folge dieser Entwicklung wurde zwischen Hitler und Dr. Schuschnigg am 11. 7.1936 eine Übereinkunft getroffen, die als Interessenausgleich zwischen beiden Ländern eine Belebung des wirtschaftlichen und kulturellen Austausches, die Anerkennung der Unabhängigkeit und den Verzicht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten des jeweiligen Landes zum Inhalt hatten. Außenpolitisch wurde vereinbart, daß Österreich sich als deutscher Staat betrachte. Aus diesem Grunde wurde ein Austausch von Zeitungen vereinbart und ein Abstellen der gegenseitigen politischen Parteikampagnen. Um den Reiseverkehr wieder anzukurbeln, hob man die „Tausend-Mark-Sperre" wieder auf. Außerdem verpflichtete sich die österreichische Regierung, eine Amnestie für politisch Verfolgte zu erlassen und die „Nationale Opposition" wieder an der Regierungsverantwortung zu beteiligen. Von Seiten Hitlers war dies Abkommen durchaus ehrlich gemeint und im Interesse beider Länder liegend. Ebenso sollte innerhalb einer nicht festgelegten Zeit eine Volksabstimmung über eine Wiedervereinigung angesetzt werden, von der sich Hitler eine Mehrheit von mindestens 70 % aller abgegebenen Stimmen erhoffte.

Die Folge dieses, vom österreichischen Volk begrüßten Abkommens war, daß sich der Reiseverkehr durch die deutschen Urlauber sehr belebte, wobei jeder Deutsche naturgemäß auch ein Propagandist seines nationalsozialistisch gesinnten Volkes wurde. Man sah an den Fahrrädern und Autos die Hakenkreuzfahnen, man verwies mit einem gewissen Stolz auf den Fortschritt des Geschehens auf allen Ebenen seiner Heimat. Die österreichischen Zeitungen wurden im Reich kaum gelesen, aber umso mehr studierten die Österreicher die deutschen Blätter, die damals eine ganz andere Ausstrahlung hatten, als heute Zeitungen

der Bundesrepublik in die DDR, die man mit unserer anarchistischen Freiheit und dem Bekenntnis zum althergebrachten Kapitalismus nicht überzeugen kann. Als dann fast 16000 Häftlinge, die zumeist Nationalsozialisten waren, freigelassen wurden, gaben diese natürlich nicht ihre Überzeugungen preis und brachten die autoritäre Regierung Schuschnigg zusätzlich in Schwierigkeiten, die die hohen Arbeitslosenzahlen und die innere Unsicherheit keineswegs abbauen konnte.

In weiten Kreisen der Bevölkerung herrschte auf Grund der Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung große Unlust. Zudem wurde immer klarer, daß die österreichische Regierung das getroffene Abkommen mit Hitler anders auszulegen versuchte. Für diese lag der Schwerpunkt des Vertrages auf der von Deutschland zugesagten Anerkennung der Souveränität und der gegenseitigen Nichteinmischung. Sie geriet dadurch auch im Zusammenhang mit der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung im eigenen Lande und in Deutschland zunehmend unter den Druck der eigenen Bevölkerung. Auch wurde entgegen dem Abkommen die Opposition nicht an der Regierung beteiligt und von einer Volksabstimmung wurde gar nicht erst gesprochen, weil das das Ende der eigenen Regierung bedeutet hätte.

Das war etwa die Lage im Dezember 1937, als Schuschnigg erneut eine Unterredung und persönliche Aussprache mit Hitler anregte, die durch den deutschen Botschafter in Wien, von Papen, übermittelt wurde. Hitler war darüber hocherfreut und bejahte diesen Vorschlag. Dr. Schuschnigg wurde zum 12. Februar von Hitler nach Berchtesgaden eingeladen. Schuschnigg hatte sich zuvor bei den jeweiligen Botschaftern der Italiener, Engländer und Franzosen abgesichert und ihr Einverständnis eingeholt.

Von Hitler wurde nach Aussagen von Papens in seinem Buch „Der Wahrheit eine Gasse" besonderer Wert darauf gelegt, eine deutschbewußte, innenpolitisch friedliche und wirtschaftspolitisch vernünftige Politik in diesen Absprachen festzulegen. Es ging ihm keineswegs um die Einverleibung Österreichs, wie oft behauptet worden ist. So bestand er keineswegs darauf, die NSDAP in Österreich wieder zuzulassen. Es ging ihm lediglich darum zu erreichen, daß seine führenden Anhänger nicht aus der Einheitspartei, der „Vaterländischen Front", wie bisher ausgeschlossen und damit zwangsläufig in eine Art Illegalität getrieben wurden. Man unterstellt heutzutage ¡Hitler oftmals, daß er bei diesen Unterhandlungen einen gewissen „Druck" gegenüber Schuschnigg dadurch angewendet hat, daß er während einer Pause einige Generäle hinzuzog. Von von Papen aber wissen wir, daß Hitler bei der Terminvereinbarung Schuschnigg ausrichten ließ, daß an dem Tage des vorgesehenen Treffens deutsche Offiziere anwesend sein würden. So erschien

auch Schuschnigg neben seinem Außenminister Dr. Guido Schmidt in Begleitung einiger Offiziere.

Die Verhandlungsthemen und Vorschläge waren wie üblich durch Briefwechsel vorbereitet und festgelegt worden. Das Ergebnis der Verhandlungen wies tatsächlich nur geringe Unterschiede der Auffassungen beider Staatsmänner aus. Nur in der Frage der Neubesetzung des Innenministeriums sowie der Polizei mußte Schuschnigg einige Abstriche machen. Auch dies geht aus einem Bericht des Botschafters von Papen hervor, der zwei Tage später angefertigt wurde. Aus diesem geht hervor, daß Schuschnigg seine tiefe Beeindruckung über die Person Hitlers zum Ausdruck gebracht habe und mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden gewesen sei. Zu seinem Polizeidirektor Skubl hatte Schuschnigg über Hitler die Worte gefunden, „er habe etwas von einem Seher".

Die Unterredungen wurden von Hitler mit äußerster Höflichkeit geführt. Er hatte lediglich seinen Gesprächspartner mit Nachdruck auf die moralische Verpflichtung als gemeinsame Deutsche hingewiesen, die einem größeren Ganzen gegenüber die Verantwortung tragen. Auch hatte er darum gebeten, Herrn Seyß-Inquart als Innenminister zu berufen. Ferner wurde als Gegenleistung für eine Rede Schuschniggs im deutschen Rundfunk eine Rede Hitlers durch Rundfunk an die Österreicher vereinbart.

Schuschnigg hatte sich drei Tage Zeit für das Inkrafttreten der ausgehandelten Vereinbarungen ausbedungen, da er sich verpflichtet fühlte, Rücksprache mit seiner Regierung zu nehmen. Am 15. Februar erhielt Hitler von der österreichischen Regierung die Mitteilung, daß die Berchtesgadener Vereinbarungen akzeptiert und die einzelnen politischen Klauseln bereits durchgeführt seien.

Für Hitler war die Einhaltung der Abmachungen selbstverständlich. Er ging sogar im Interesse des Abbaus der Spannungen noch einen Schritt weiter und beorderte den Parteichef Leopold nach Deutschland, um jede illegale Tätigkeit der NSDAP auszuschließen. Er bestand auch darauf, die anderen Mitarbeiter ins Reich kommen zu lassen. Ihnen allen bedeutete er, daß nunmehr ihre Aktivitäten unsinnig seien, ihm läge an einem revolutionären Kurs, dessen Ergebnis zwar nicht vorauszusehen sei, aber eine gewisse Automatik zur Lösung der Probleme nicht ausschließe. Hitler war zufrieden und wartete leidenschaftslos auf die weitere Entwicklung der Dinge.

Umgekehrt war Schuschnigg in Gesprächen mit seiner „Vaterländischen Front" soweit gegangen, daß er die Ergebnisse des Berchtesgadener Treffens als seinen persönlichen Erfolg hinstellte. Auch gab er Anweisung an seine Botschafter, daß kein Grund für irgendwelche Beunruhigungen auf Grund seiner Verhandlungen mit Hitler gegeben seien und das Resultat als positiv zu bewerten sei.

Hitler hielt seine, Schuschnigg bereits zuvor angekündigte, Reichstagsrede am 20. Februar 1938 und erklärte bezüglich Österreichs: „In Verbindung mit der Entspannung der Beziehungen sollte eine große Befriedungsaktion eintreten durch eine Generalamnestie und eine bessere Verständigung der beiden Staaten durch ein nunmehr engeres freundschaftliches Verhältnis auf den verschiedenen Gebieten einer politischen, personellen und sachlich wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Dies alles ist eine Ergänzung des Abkommens vom 11. Juli 1936."
„Ich möchte an dieser Stelle vor dem deutschen Volk dem österreichischen Bundeskanzler meinen aufrichtigen Dank aussprechen für das große Verständnis und die warmherzige Bereitwilligung, mit der er meine Einladung annahm und sich bemühte, gemeinsam mit mir, einen Weg zu finden, der ebenso im Interesse der beiden Länder wie im Interesse des gesamten deutschen Volkes liegt, jenes gesamten deutschen Volkes, dessen Söhne wir alle sind, ganz gleich, wo die Wiege unserer Heimat stand."

Anthony Eden hat als derzeitiger Außenminister Englands im Unterhaus am 17. und 18. Februar erklärt, „daß weder vor noch nach der Begegnung von Berchtesgaden irgendein Ersuchen um Rat und Unterstützung aus Wien in London eingegangen sei...
Österreich hat, nach der mir vorliegenden Information, seine Beziehungen zum Deutschen Reich in Berchtesgaden in einer, wie wir hoffen können, günstigen und dauerhaften Weise im Wege einer unmittelbaren, eingehenden Aussprache zwischen den Regierungschefs beider Staaten ohne die geringsten Erschütterungen zu bereinigen versucht."
Ebenso hatte sich die Londoner Times am 14. Februar und ein paar Tage später noch einmal geäußert: „Es besteht kein Anlaß, sich über ein Abkommen zu streiten, mit dem der Führer, der Duce und Herr Schuschnigg offenbar zufrieden sind...

Im Grunde genommen ist ein enges Einverständnis zwischen den beiden deutschen Staaten das Natürlichste der Welt. Eines der unvernünftigsten künstlichen Gebilde der Friedensverträge war das Verbot der Einverleibung Österreichs in das Reich. Die Vögel kehren in ihr Nest zurück, Österreich kann niemals antideutsch sein."
Umso erstaunlicher war daher der Rücktritt des britischen Außenministers Eden am 20. Februar 1938. Er begründete seinen Rücktritt mit dem zu milden Kurs der britischen Regierung hinsichtlich der Italien- und Österreichpolitik. Dies war umso erstaunlicher, als er noch zwei Tage zuvor vor dem Unterhaus obige vernünftige Erklärung abgegeben hatte.

Auch Frankreich ließ der österreichischen Regierung durch seinen Wiener Botschafter mitteilen, daß es „Die Unabhängigkeit Österreichs als unentbehrlich für den Frieden und die Stabilität Europas ansehe." Man

tat so, als wenn Schuschnigg unter Druck gesetzt worden sei und bemühte sich, mit England zusammen, ein gemeinsamen Vorgehen zugunsten Österreichs zu arrangieren. Auch die französische, englische und amerikanische Presse schaltete sich ein und unterrichtete die Österreicher über „den ersten Akt der Tragödie". Das ganze zielte auf eine gelenkte Verunsicherung und Druckausübung auf die Regierung und Bevölkerung ab. In gleicher Weise schaltete sich der päpstliche Nuntius in Wien ein und ließ Gerüchte verbreiten, wonach der Kanzler Schuschnigg zurückzutreten gedenke. Schuschnigg selbst wurde bedrängt, zuzugeben, daß er von Hitler erpreßt worden sei.

Dieses Beispiel ist typisch für viele kommende Ereignisse. Die sogenannte freie Presse ist keine freie Presse, sie wird bezahlt und bekommt Anweisung von denen, die die Macht haben und über sie verfügen können. Das ist auch heute noch so. In dieser Hinsicht war die Presse im Dritten Reich sauberer, anständiger und wahrheitsliebender trotz gewisser Beengungen, vor allem hat sie niemals gegen Ausländer hetzen dürfen und sich eines korrekten Tons befleißigt.

K. v. Schuschnigg schreibt in „Ein Requiem in Rot-Weiß" Seite 59 f. und 110 f.: „Woher die Kenntnis kam? Es hieß, der Intelligence Service sei über Ort und Stelle weitgehend und treffend im Bilde. Die Abstimmungsversuche, die Dr. Schmidt, Außenminister, und ich selbst unternahmen, um jede Sensationsberichterstattung zu verhindern, fanden sichtlich keinen besonderen Glauben.

Das Wirtschaftsbarometer reagierte: Angstabhebungen bei Sparkassen und Banken-Storni auswärtiger Firmen. Der Posteinlauf erhöhte sich auf Tausende von Telegrammen und Briefen. Alarmsignale, besonders aus der Steiermark. Kassandrarufe waren weit mehr als die optimistischen Prognosen.

Tag für Tag meldeten Sparkassen und Banken Abhebungen von mehreren Millionen Schilling. Vom Ausland, insbesondere von Übersee, kamen beträchtliche Stornis. Die Fremden reisten ab. So mußte langsam eine Situation entstehen, die innen- und außenpolitisch unhaltbar wurde. Außenpolitisch - hauptsächlich wirtschaftspolitisch deshalb, weil ein Zustand einzutreten drohte, der alle Nachteile ohne die Vorteile eines .Anschlusses' brachte, nämlich den Boykott vom Ausland ohne die Korrektur durch das große, einheitliche Wirtschaftsgebiet."

Auch hier kam das verantwortungslose Verhalten einer sogenannten freien Presse zum Ausdruck, einer gelenkten Presse, die sich in Panikmache und Verleumdung erschöpfte statt ihre Verantwortung für eine beruhigende und ausgleichende Berichterstattung zu erkennen. Eine massivere Verachtung hinsichtlich des Rechts der Selbstbestimmung freier Völker und der Verletzung der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten fremder Völker war kaum noch zu überbieten.

Unter diesem offensichtlichen politischen und wirtschaftlichen Druck von außen und Warnungen der Presse sowie nach den nervösen Kammerdebatten, mußte Schuschnigg zu irgendeinem politischen Entschluß kommen. Statt sich aber nun mit Hitler abzustimmen oder seinen Rücktritt anzubieten, tat er das Dümmste, was er machen konnte. Er distanzierte sich von seinen eigenen, mit Hitler getroffenen, Vereinbarungen und ließ das auch insgeheim durchblicken. Am 24. Februar hielt er vor dem' von niemanden gewählten Parlament eine Rundfunkrede des Inhalts, Österreich sei mit den Zugeständnissen von Berchtesgaden bis zu den Grenzen gegangen, an der wir Halt gebieten und sagen müssen, bis hier und nicht weiter! Und als ob er Hitler bewußt herausfordern will, erklärt er, Österreich werde seine Unabhängigkeit nie aufgeben. Seine Rede schließt er mit den Worten: „Rot-Weiß-Rot bis in den Tod." (K. Zentner „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 40)

Abgesehen von dieser offensichtlichen Brüskierung Hitlers sah sich Schuschnigg nunmehr auch einer Verschärfung der innenpolitischen Lage gegenüber, die durch Demonstrationen und Gehorsamsverweigerungen weiter Teile der Beamten und anderer Gruppen zum Ausdruck kamen. Sogar innerhalb der „Vaterländischen Front" nahm die Mutlosigkeit zu, so daß die Auseinandersetzungen fast bürgerkriegsähnliche Formen annahmen.

Die Lage wurde durch Schuschnigg noch weiter verschärft, indem er am 9. März verfassungswidrig eine Volksbefragung für den 13. März 1939 ansetzte. Diese Befragung war bewußt sehr unklar abgefaßt, hatte separatistische Tendenzen und ließ sich kaum in der Kürze der Zeit durchführen. Der Text lautete: „Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich! Für Frieden und Arbeit und die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen."

Hiermit war nun wirklich für Hitler eine Wende eingetreten, die auf einen glatten Bruch der Vereinbarungen hinausliefen. Hitler mußte sich nunmehr brüskiert fühlen und konnte dies keineswegs hinnehmen, ohne sich demütigen zu lassen.

„Die Abstimmung wird für den nächsten Sonntag, den 13. März, angesetzt. Ein Land, das seit fünf Jahren autoritär regiert wird, in dem es seit sechs Jahren keine demokratische Wahl mehr gegeben hat, in dem weder Wählerlisten noch demokratische Parteien bestehen, soll innerhalb weniger Tage eine Abstimmung durchführen, die Anspruch darauf erhebt, von der Weltöffentlichkeit als unumstößliches, legales, nicht mehr zu bezweifelndes Bekenntnis akzeptiert zu werden... Eine Regierung stellt sich dem Volk, nachdem sie vier Jahre lang die Mehrheit die-

ses Volkes von jeder politischen Betätigung ausgeschlossen hat. Die Idee ist Wahnsinn." (H. Andies „Der Staat, den keiner wollte" S. 550)
Hier hatte sich Schuschnigg wohl erheblich vergaloppiert und sich als wenig weiser Staatsmann erwiesen. Trotzdem versuchte Hitler noch eine Brücke zu bauen, indem er am 10. 3. eine echte Volksabstimmung forderte, die nach genügender Vorbereitung drei bis vier Wochen später stattfinden sollte. Als auch dieser Vorschlag abgelehnt wurde, sah sich Hitlernun endgültig genötigt, zu handeln.
A.J. P. Taylor „The origins of the second World war" schreibt auf Seite 146f.: „Nach dem Verhalten Dr. Schuschniggs mußte Hitler entweder handeln oder gedemütigt werden... Die Krise vom März 1938 war von Schuschnigg provoziert, nicht von Hitler. Es gab kerne deutschen Vorbereitungen, weder militärische noch diplomatische. Alles wurde in ein paar Tagen improvisiert!"
H. Sündermann „Das Dritte Reich" berichtet auf Seite 150-154: „Während des ganzen 10. März 1938 glaubte man in Berlin immer noch, durch die Veränderung des Abstimmungstermins und -textes einen Ausweg zu öffnen, der es ermöglichte, die Berchtesgadener Politik mit Schuschnigg doch noch weiterzuführen. Schon die Rücksicht auf Mussolini veranlaßte Hitler, mit der Zähigkeit, der er in solchen Situationen fähig war, am bisherigen Konzept festzuhalten... Aus dem Tagebuch des späteren Generaloberst Jodl wissen wir, daß Hitler erst am 11. März 1938, mittags um 13 Uhr, das militärische Dokument unterzeichnet hat, das unter dem Stichwort .Operation Otto' einen militärischen Aufmarsch für den Fall eines Eingreifens in Österreich anordnete."
Hitler befand sich in einer schwierigen Situation. Auf der einen Seite waren für ihn die alarmierenden Pressestimmen des Auslands bekannt, auf der anderen Seite spitzte sich die innenpolitische Lage in Österreich zu einem nicht mehr auszuschließenden Bürgerkrieg dadurch zu, daß Schuschnigg am 11. März die Volksbefragung plötzlich absetzte, aber gleichzeitig ungewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen und ein nächtliches Ausgehverbot anordnete. Mit diesen Maßnahmen zog Schuschnigg den Unmut des größten Teils der Bevölkerung auf sich, so daß mit inneren Unruhen zu rechnen war. Zu diesem Zeitpunkt waren schon über 40 000 Österreicher als politische Flüchtlinge in Deutschland. Auf keinen Fall aber wollte Hitler bürgerkriegsähnliche Zustände, auch keinen Staatsstreich der dort lebenden Nationalsozialisten, die dann den Anschluß von sich aus gefordert hätten.

Der ausländischen Pressehetze konnte Hitler entnehmen, daß Frankreich und England nur dann eingreifen würden, wenn die österreichische Regierung sich als von Deutschland vergewaltigt fühlen würde. Aber gerade diese plötzliche Absetzung der Volksbefragung und die damit angeordneten, parallellaufenden Sicherheitsmaßnahmen sollten

den Eindruck erwecken, als sei dies alles eine Folge des von der deutschen Reichsregierung ausgeübten Druckes. Dies aber bedeutete für Hitler eine äußerst ernstzunehmende Gefahr für eine Einmischung von außen.
Hitler waren die "Auseinandersetzungen innerhalb des Ausschusses im Unterhaus sehr wohl bekannt, „Daß jetzt und hier der Kampf gegen Hitler aufzunehmen sei, wenn nur die kleinste Ermunterung erfolge." Auch Churchills gewohnte Fanfarenstöße, „es sei jetzt Zeit, Halt zu rufen", gehörten zur Orchestermusik. Wenn auch die Schalmeientöne nicht aus der englischen Regierung kamen, die unter Chamberlain eine Appeasment (Befriedungspolitik führte, so waren sie doch ernst zu nehmen, zumal die krankhafte französische Sicherheitspolitik von der „Einkreisung" Deutschlands lebte und entsprechende Militärbündnisse abgeschlossen waren. Andererseits waren ihm die Auffassungen des britischen Botschafters in Berlin bekannt, die geradezu als Ermunterung aufgefaßt werden konnten, „daß seine Regierung kein Hehl aus seinem Wunsch mache, Deutschland und Österreich in einem Staate vereinigt zu sehen". (Ribbentrop „Verschwörung gegen den Frieden" S. 159)

Wie wenig diese Situation für Hitler voraussehbar war, beweist seine Anweisung an General von Manstein am 10. März, einen Operationsplan zum sofortigen Einmarsch in Österreich ohne Mobilmachung zu entwerfen. Auch hier ist historisch feststellbar, daß Hitler die politische Mißhelligkeit nicht verursacht hat. Sie war völlig überraschend auf ihn zugekommen. Wie einst Bismarck, ergriff er die ihm vom Schicksal eröffnete Situation. Eine von langer Hand vorbereitete Planung war es nicht, wie man es heute immer wieder hinzustellen versucht. Es handelte sich hier um eine eilige, entschlußfreudige Improvisation. Auch war dies keine Aggression, sondern eine erforderliche innerdeutsche Maßnahme, um Blutvergießen zu verhindern und erträgliche, normale Verhältnisse zum Nutzen der deutschen Einheit wiederherzustellen.
Wie hatte selbst der widersprüchliche Churchill in seinem 1952 herausgegebenen Lebenserinnerungen doch geschrieben?: „Die zweite große Tragödie war der völlige Abbruch des österreichisch-ungarischen Reiches durch die Verträge von St. Germain und Trianon. Jahrhundertelang hatte dieser letzte Überrest des Heiligen Römischen Reiches einer großen Zahl von Völkern, zum Vorteil von Handel und Sicherheit, ein gemeinsames Leben ermöglicht, und keines dieser Völker besaß in unserer Zeit die Kraft oder Lebensenergie, um sich allein gegen den Druck eines wiederauflebenden Deutschland oder Rußland zu behaupten. Alle diese Völker hatten den Wunsch, sich aus der Struktur des Bundesstaates oder Kaiserreiches loszulösen und die Förderung dieser Bestrebungen galt als liberale Politik. Die Balkanisierung Südosteuropas schritt

rasch fort, wobei gleichzeitig die relative Macht Preußens und des Deutschen Reiches zunahm, das unversehrt und seinen einzelnen Nachbarn überlegen war, wenn auch erschöpft und von Kriegsspuren durchzogen. Es gibt keine einzige Völkerschaft oder Provinz des Habsburger Reiches, der das Erlangen der Unabhängigkeit nicht die Qualen gebracht hätte, wie sie von den alten Dichtern und Theologen für die *Verdammten* der *Hölle* vorgesehen sind. Die edle Hauptstadt Wien, die Heimstätte so großer, lang verteidigter Kultur und Tradition, der Knotenpunkt so vieler Straßen, Wasserwege und Bahnlinien blieb *elend* und *hungernd* liegen wie ein mächtiges Kaufhaus in einem verarmten Viertel, dessen Bewohner zum größten Teil fortgezogen sind." (S. 24)
Hier spricht Churchill ausnahmsweise die Wahrheit. Hätte Churchill jederzeit nur für diese gerade gestanden, hätte es weder Krieg noch eine Zerstörung Europas gegeben und hätte er den Mut gehabt, derartige nachträgliche Erkenntnisse vor dem internationalen Militärtribunal in Nürnberg abzulegen, wären ehrenwerte deutsche Männer nicht gehenkt worden und wir Deutsche wären nicht ein zweites Mal als die Alleinschuldigen der Kriege verfemt worden.

Was heißt hier „Heiligkeit" der Verträge! Versailles, St. Germain und Trianon sind niemals freiwillig, sondern nur unter brutalem Zwang unterschrieben, also erpreßt worden. Sie waren ihrem Umfang und Inhalt nach unmoralisch und verbrecherisch. Solche Verträge sind niemals heilig und erheben nach einem geschichtlichen Gesetz keinerlei Anspruch, eingehalten zu werden, wenn sich die Verhältnisse geändert haben. Im Gegenteil, sobald sich eine Nation erholt, das heißt seine Erschöpfungsperiode überwunden hat, wird sie solche unsittlichen Verträge abstreifen, wenn ihre Ehre und Überleben es erfordern. Wer etwas anderes behauptet, vertritt nicht seine Nation. Er fügt dieser Schaden zu und tut damit Unrecht.

Es gibt höhere Gesetzte und Maßstäbe im politischen Leben als die zur Unterdrückung ganzer Völker abgeschlossenen Schandverträge. Wozu sonst soll es das Selbstbestimmungsrecht der Völker oder die Menschenrechte geben? Sie sind doch das Maß aller Dinge. Wer Verträge erzwingt, die gegen solche Moral- und Sittlichkeitswerte verstoßen, macht sich vor der Geschichte schuldig, nicht aber die Völker, die solche unsittlichen Verträge zerreißen, wenn die Zeit dazu reif ist. Wenn von einer Nation gesprochen wird, sind damit die Einwohner gemeint. Und wenn irgend jemand das Recht hat, zu irgendwelchen Entscheidungen einer Nation gehört zu werden, so sind das ausschließlich die betroffenen Einwohner und sonst niemand. Deshalb kann es auch niemals im Interesse einer Nation liegen, ein Land gegen den Willen der Bewohner festzuhalten. Der Wille der Nation ist letztlich und endlich der einzige rechtmäßige Maßstab, der hier anzulegen ist. Der Regie-

rungschef ist nur ein ausführendes Organ dieses Volkswillens. Niemand kann historisch bestreiten, daß damals sowohl die Deutschen als auch die Österreicher mit einer überzeugenden Mehrheit hinterHitler standen.

Jede Einmischung fremder Nationen mit Vorwänden wie „Ausgleich der Kräfte" oder „Sicherheitskomplexen" in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen ist verwerflich und völkerrechtswidrig. Aber gerade diese, aus Überheblichkeit und Eigennutz als gerecht empfundene oder ausgegebene Einmischung ist es, die katastrophale Konsequenzen nach sich zieht. Dafür aber vor der Geschichte nicht die Urheber, sondern die Betroffenen verantwortlich machen wollen,, bedeutet eine Umkehrung des Tatbestands und eine Verdrehung der sittlichen Bewertung eines solchen Geschehens. Eine Nation aber, die das ohne Gegenwehr hinnimmt, handelt ehrlos und verdient das Leben nicht. Handelt hier eine Regierung der Nation verantwortungslos und pflichtvergessen, so muß sie vom Volk zur Ordnung gerufen werden.

Warum bezichtigen immer nur wir Deutsche uns einer Schuld und gefallen uns scheinheilig in der Rolle des Beklagten, kompensieren wir damit etwa nur unsere Minderwertigkeitskomplexe, da wir als einzige unter den großen Nationen als Habenichtse und Unterprivilegierte zu unserer Einheit noch nicht gefunden haben, die uns auf Grund unseres Fleißes, unserer Begabung auf allen Ebenen und unserer historischen Anrechte zusteht, während andere Nationen ganze Erdteile und die halbe Welt sich untertänig gemacht haben und uns gegenüber als Moralprediger aufzutreten sich angewöhnt haben? Schon hieran erkennt man die Niedertracht der eh und je gegen uns angewandten psychologischen Hetzmethoden. Wir Deutsche taten in Wahrheit nichts anderes, als für unsere Lebensrechte einzutreten, die uns als geschichtliche Mission, im Herzen Europas liegend, aufgebürdet wurde.

Eines ist auf jeden Fall sicher: Ab 10. März 1938, spätestens also, nachdem der zwischen Hitler und Schuschnigg geschlossene Vertrag durch den österreichischen Regierungschef aus Angst vor den Alliierten gebrochen und damit Hitler provoziert wurde, hatte er das nicht anzufechtende Recht, im Sinne der Wahrnehmung deutscher Interessen zu handeln. Hinzu kam noch, daß Schuschnigg auf einen Bürgerkrieg spekulierte, bevor er abtrat.

Wenn auch Hitler als ehemaliger Österreicher damit rechnen konnte, daß ihn nunmehr als Führer des inzwischen aufstrebenden Deutschen Reiches die Herzen seiner früheren Landsleute freudig entgegenschlugen, so mußte er doch mit unvorhersehbaren Aktionen der Schuschnigg-Diktatur rechnen, sie einkalkulieren. Sein sehnlichster Wunsch war, den Willen beider Völker ohne unliebsame Zwischenfälle nach einer friedlichen Wiedervereinigung der Weltöffentlichkeit sichtbar vor

Augen zu führen. Nur so konnten die hergeholten Argumente einer Annexion oder gar Verletzung einer fremden Souveränität überzeugend widerlegt werden. Nicht unwesentlich für seinen letzten Entschluß war das Einlenken der internationalen Presse, die ihm sogar den Anschluß schmackhaft machte, wie das überraschende Einlenken Frankreichs, insbesondere auch Englands sowie die offene Ermutigung und die Freundschaftsbekundungen Mussolinis.

So erhielt dann am 11. März 1938 die deutsche Wehrmacht von Hitler den Befehl zum Einmarsch in Österreich, in das deutsche Bruderland. Während dieser Zeit hatte Hitler noch keine klare Vorstellung hinsichtlich der zukünftigen staatsrechtlichen Entwicklung seiner alten Heimat. Er handelte einfach, wie so oft, aus einer untrüglichen Intuition heraus. Und wiederum gab ihm der Erfolg recht. Aus dem ihm von Pessimisten vorausgesagten Krieg wurde im wahrsten Sinne des Wortes ein Blumenkrieg. Diejenigen, die dieses historische Ereignis miterleben durften oder alles in Presse, Rundfunk oder den Wochenschauen sahen und lasen, waren buchstäblich „aus dem Häuschen". Ein allseitiges Aufatmen, ein Jubel, eine Freude und Stolz gingen allseits durch deutsche und österreichische Lande. Völlig Fremde fielen sich begeistert gegenseitig in die Arme. Jubel, Jubel und nochmals Jubel. Niemand kann es abstreiten, es war so, aus aller Munde erschollen befreit und aus Überzeugung die Worte: Ein Reich, ein Volk, ein Führer, Wer da nicht mittat, konnte nur als schwachsinnig gelten.

Auch die Weltöffentlichkeit konnte das nicht leugnen. Sie mußte die so sichtbar erlebte und gezeigte Selbstbestimmung eines ganzen Volkes hin- und zur Kenntnis nehmen. Wohl kaum in der Geschichte wurden Siegerdiktate in derart überzeugender Weise widerlegt wie in diesem Augenblick durch den Anschluß der Ostmark.

Warum zeigt man heute der Jugend nicht kommentarlos diese Bilder und überläßt es der Intelligenz der Zuschauer, sich einen eigenen Kommentar daraus zu machen. Die Antwort ist sehr einfach: Es darf nicht wahr sein, was Wahrheit war. Erst kürzlich mußte der sehr honorige Kanzler Österreichs, Kreisky, Journalisten gegenüber, die nach der damaligen „Annexion" fragten, deutlich und wahrheitsgemäß entgegnen, daß der einhellige Jubel der Bevölkerung das Wort Annexion nicht zuließe.

Trotzdem liest man hier wie in Österreich in offiziellen Schulbüchern nichts über den Anschluß: „Die jubelnden Menschenmassen beim Einzug Hitlers in Wien werden in Österreichs Lehrplänen nicht erwähnt. Der Anschluß, den damals fast alle Kräfte des abgewirtschafteten Staates, vom Sozialisten Renner bis zum Kardinal Innitzer bejahten, gilt heute als Okkupation!" (Der Spiegel Nr. 47,1962, S. 112)

Die Tschechoslowakei und die Sudetendeutschen

Die Tschecho-Slowakei war kein National-, sondern ein Vielvölkerstaat. Er war von Beginn seiner Entstehung im Jahre 1918 an vom Zerfall bedroht und konnte sich nur solange behaupten, wie seine Nachbarn Österreich und Deutschland zerschlagen am Boden lagen. Er war ein Vielvölkergebilde mit nur 7 Millionen Tschechen, 3,5 Mio. Deutschen, 2,5 Mio. Slowaken, 0,76 Mio. Ungarn, 0,5 Mio. Karpatho Ukrainern und 0,11 Mio. Polen. Unter Mißachtung völkischer und historischer Grundsätze war er schon bei seiner Errichtung von Seiten der Franzosen als eine tief ins Herz Deutschlands hineinreichende Speerspitze und als Flugzeugmutterschiff ausersehen, eine Folge des französischen historischen Sicherheitskomplexes. Alle Staaten ringsherum stellten Gebietsansprüche. Die Slowaken und die Karpatho-Ukrainer verlangten ihre Selbständigkeit.

Schon bei der Gründung dieses Staates hatten die Alliierten, in Erkenntnis der vielfältigen Sprachen- und Nationalitäten-Probleme, deren Respektierung und eigenständige Selbstverwaltungen gefordert. Genau das Gegenteil aber geschah. Die Tschechen betrachteten sich schlicht als Staatsvolk und gaben sich nicht die geringste Mühe, die Deutschen oder die Slowaken als gleichberechtigt anzuerkennen oder ihnen auch nur das Gefühl zu vermitteln, daß der neue Staat auch ihr Staat sei. Das Selbstbestimmungsrecht wurde ihnen mit der Begründung verweigert, daß sie nur Rebellen und Nachfolger von Emigranten und Kolonisten seien. Obwohl sich die Deutschen dem neuen Staat gegenüber absolut loyal verhielten, wurde alles getan, um sie gesellschaftlich, wirtschaftlich und kulturell zu schädigen.

Auch war die Tschecho-Slowakei keineswegs eine Musterdemokratie. Praktisch regierte der sogenannte Fünferausschuß. In der Regierung und im Parlament waren die Minderheiten, auch die Deutschen, die bevölkerungsmäßig die Hälfte der Tschechen ausmachten, nicht legitimiert. Der Kampf galt auch nicht dem Nationalsozialismus, wie fälschlicherweise heute immer behauptet wird, sondern dem Deutschtum schlechthin. Der tschechische Wohlstand beruhte auf der Tatsache, daß nach der Auflösung der Österreich-ungarischen Monarchie 65 % der Industrie, die zuvor 54 Mio. Menschen versorgt hatte, nunmehr nur für 14 Millionen verblieb. Gerade diese Tatsache beweist, daß unter den Habsburgern die Tschechen nie ausgebeutet worden sind, sondern die bestbezahltesten Industriearbeiter im Lande waren. 31 % des deutschen Gebietes wurde kaltblütig enteignet, in die rein deutschbesiedelten Landesteile wurden über eine halbe Million Tschechen umgesiedelt, obwohl die Deutschen Mühe hatten, ihr Existenzminimum aufrechtzuerhalten. Hohe Arbeitslosigkeit, keine sozialen Rechte, kein Versicherungsschutz, systemati-

sche Verdrängung aus Wirtschaft und Verwaltung schufen mehr und mehr eine Verelendung, die bedrohliche Formen anzunehmen begann. Unterernährung, Krankheiten, Rückgang der Eheschließungen und Geburten, die in der Welt höchste Kindersterblichkeit und hohe Selbstmordquoten waren die Folge. Der gezielt angesetzte Volkstumskampf bis hin zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit wird heute leider allzu gern übersehen. Alles dies aber gehörte zum Unterdrückungsrepertoir der Tschechen schon lang vor Hitlers Zeiten.

Von den Engländern und Franzosen wurde das alles geflissentlich übersehen. Sie waren nicht an einer vernünftigen Entspannung, sondern vorrangig an den militärischen Einsatzmöglichkeiten gegen das Deutsche Reich - auch schon zu Zeiten der Weimarer Republik - interessiert. Für beide lag der strategische Wert der Tschecho-Slowakei darin, daß man bei möglichen Konflikten eine Bindung von rund 40 deutschen Divisionen berechnete, um damit Zeit zu gewinnen für einen Durchbruch der französischen Armee über den Rhein. Der tschechisch-sowjetische Beisundspakt bestand seit dem 16. 5.1935. Frankreich hatte neben seinem Bündnis mit der Tschecho-Slowakei seit dem 2. 5.1935 mit der Sowjetunion einen militärischen Beistandspakt abgeschlossen, obwohl am 27.1. 34 der Schwager von Stalin, Kaganowitsch in der „Iswestija" hatte verlauten lassen: „Ein neuer deutsch-französischer Krieg würde den Interessen der Sowjetunion sehr entgegenkommen". Das alles geschah zu einem Zeitpunkt, als Deutschland als einziges Land auf ein 100 000-Mann-Heer, ohne schwere Waffen und unmotorisiert, abgerüstet hatte. Die Wiedereinführung der deutschen allgemeinen Wehrpflicht erfolgte erst am 14. 3.1935, nachdem bis dahin fünf Mal von Hitler vorgeschlagene Rüstungsbegrenzungen abgelehnt worden waren.
Wie aber wurde der tschecho-slowakische Staat beurteilt? Marschall Pilsudski hielt ihn für nicht lebensfähig. Der polnische Außenminister Beck: „Eine europäische Unmöglichkeit, mit der man ohnehin keine Politik machen kann".

Der französische Außenminister R. Coulondre berichtet in seinem Buch „Von Moskau nach Berlin" auf Seite 219 über ein Gespräch mit dem polnischen Diplomaten Graf Grybowski noch vor der Münchener Konferenz: „Die Tschecho-Slowakei retten zu wollen, ist eine Wahnidee. Früher oder später wird sie wie ein Kartenhaus zusammenfallen."
Der englische Leiter der Pressestelle des britischen Informationsministeriums, Viscount Rothermere, schreibt in „Warnungen und Prophezeiungen" S. 115: „Diese Karikatur eines Landes hat unter seinen tschechischen Führern von der Stunde seiner Geburt an fast jede nur erdenkliche Torheit begangen".

Selbst der Hauptmitverschuldner des zweiten Weltkrieges, Halifax, sagt am 9. 9.1938 im Gespräch mit dem englischen Botschafter in Paris: „Ob

wir Krieg führen wollen für etwas, was niemand erhalten kann und was niemand im Ernst wiederherstellen will". (M. Freund „Geschichte der Gegenwart in Dokumenten", Bd. IS. 109)

Und der tschechische Historiker F. O. Mischke in „Unconditional Surrender" auf S. 203): „Der weitverbreitete Glaube, daß ohne diese Kapitulation der westlichen Mächte in München, die Tschecho-Slowakei ihren eigenen Grund hätte halten können, ist nicht auf Tatsachen gestützt. Das ist nur eine der vielen Propagandalegenden, die den Weg in das öffentliche Bewußtsein fanden." Die **Tschechen** müßten es eigentlich wissen.

Schon während der Versailler Verhandlungen hatte der französische Marschall Foch, nachdem die Rheingrenze abgelehnt war, auf die Karte zeigend, auf Böhmen-Mähren hingewiesen, und gebeten: „Lassen Sie mir wenigstens diese Bastion".

Für Frankreich mit dem permanenten Sicherheitskomplex war der im Januar 1934 abgeschlossene deutsch-polnische Freundschafts- und Nichtangriffspakt keineswegs im eigenen Interesse liegend; waren doch damit für Frankreich in seiner Kalkulation gegen Deutschland über 60 polnische Divisionen ausgefallen. Umso mehr war damals Frankreich bestrebt, sich die 40 tschechischen Divisionen ebenso zu erhalten wie die stärkste im mitteleuropäischen Raum befindliche Kriegsindustrie. Deshalb rissen über alle diese Jahre die immer wiederholten Freundschaftsbeteuerungen niemals ab und die Tschechen erhielten im Völkerbund von Frankreich jede nur erdenkliche Unterstützung. Zudem fanden laufend Generalstabsbesprechungen zwischen beiden Ländern statt. Der französische Militârattaché in Prag nahm an allen Planungen und Kriegsvorbereitungen der tschechischen Armee teil und warnte vor den in der Armee dienenden Minderheiten, die die Moral untergraben und damit den Bündniswert schwächen könnten. Beide Mächte schielten eifersüchtig aufeinander, wenn es deutscherseits zu Annäherungen in Paris oder Prag kommen sollte.

Benesch schreibt in seinen Memoiren S. 34: „Von 1935 an versuchte ich mein Äußerstes, einen geraden Kurs mit der Sowjetunion auf der einen und Frankreich auf der anderen Seite zu steuern. Am 4. Juni 1936, nach den französischen Wahlen, die die Bildung der Volksfrontregierung zur Folge hatte, sandte mir der neue Premier, Léon Blum, eine Botschaft des Inhalts, daß Frankreich niemals wieder eine solche Schwäche zeigen würde, wie sein Vorgänger zur Zeit der Besetzung des linken Rheinufers. Und er versicherte mir, daß seine Regierung hart und fest gegenüber Deutschland sein werde, und daß wir darauf bauen möchten. Der Außenminister, J. Paul Boncour, sandte mir eine Anzahl von Noten der gleichen Richtung. Er versuchte besonders die östliche Front der Kleinen Entente wiederherzustellen und Polen zu gewinnen."

Wer sind also historisch gesehen die eigentlichen Kriegstreiber? Doch nicht etwa Deutschland! Hier liegen bereits die Ansätze der Bolschewisierung halb Europas. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Sowjetunion bereits über 300 Kriegsflugzeuge geliefert und mehrere Geschwader sowjetischer Flugzeuge standen auf den tschechischen Flugplätzen. Gemeinsame Verhandlungen wurden geführt, um trotz fehlender gemeinsamer Grenzen der russischen Armee den Weg nach Prag zu öffnen.

Wenn man heute diese vielen gegen Deutschland abgeschlossenen Militärpakte studiert, kann man aus ihnen sehr eindeutig die Absicht herauslesen, daß sowohl Frankreich als auch die Tschecho-Slowakei bereit waren, die sowjetische Armee nach Europa einzuladen, und wenn man weiß, daß gemeinsam mit den Freundschaftsverträgen und der sowjetischen Armee die Bolschewisierung und damit die Unfreiheit, die Versklavung einmarschiert, so muß man eine solche Politik als verantwortungslos und europafeindlich bewerten. Hier lag der Beginn der heutigen Zerstörung Europas und das Zurückstoßen unserer Geschichte um 1200 Jahre. Diese Verantwortung wiegt schwer und kann niemals Hitler und den Deutschen aufgebürdet werden.

Abgesehen von dieser offensichtlichen Kriegspolitik der Franzosen und Tschechen ersieht man auch hier wieder sehr deutlich, daß man keinen Gedanken daran verschwendete, die infolge Versailles verursachten Spannungen auch nur im geringsten abzubauen, sondern man war im Gegenteil gewillt, damit geradezu herausfordernd die Konfliktstoffe noch anzureichern. Niemals wird man Hitler vorwerfen können, daß er sich Verhandlungen gegenüber verschlossen hat, im Gegenteil hat er sie immer wieder gefordert und stets erst dann gehandelt, wenn seine Vorschläge entweder nicht beachtet oder zurückgewiesen wurden.
Alle diese aggressiven Bündnissysteme wurden, weit bevor Deutschland mit einer sehr mäßigen Aufrüstung begonnen hatte, geschlossen. Diese Aufrüstung aber in einer für Deutschland so bedrohlichen Lage vollzogen zu haben, war Pflicht und Notwendigkeit eines verantwortlichen Staatsmannes. Hätte Hitler dies nicht getan, so hätte man ihm den Vorwurf machen müssen, die Situation verkannt und die Sicherheit seines Landes leichtfertig vernachlässigt zu haben. Das Kapitel Rüstung hat nachgewiesen, daß wir nur in einem sehr beschränkten Umfang aufgerüstet hatten. Allein das Militärpotential der Tschechen und Polen war dem des deutschen überlegen. Es ist an der Zeit, daß endlich die Tatsachen richtig gestellt werden. Nicht wir Deutschen waren die Bedroher, sondern stets die Bedrohten.

Das offizielle England unter Chamberlain allerdings war nach dem ersten Weltkrieg vorrangig mit der Ordnung seiner Probleme des Empire beschäftigt und wenig geneigt, sich wegen der Tschecho-Slowa-

kei in einen europäischen Krieg hineinziehen zu lassen. Auch hatte Chamberlain die Gefahr eines Hineinziehens der Sowjetunion in innereuropäische Auseinandersetzungen hinsichtlich der Gefahr der Durchsetzung der bolschewistischen Weltrevolution erkannt. Das war wohl auch der Grund, weshalb eine Reihe britischer Politiker zum Erstaunen und zur Überraschung Hitlers ihm nahelegten, den Anschluß der Sudetenlande zu fordern, bevor er selbst eine solche Forderung gestellt hatte.

A. J. P. Taylor schreibt in „The Origins of the second World War" S. 161: „Die Briten drängten Hitler bereits am 10. Mai 1938, Forderungen gegenüber der Tschecho-Slowakei zu erheben. Das überraschte ihn."

Zur Beurteilung der Lage kommt aber noch ein anderer Gesichtspunkt hinzu. Vier Wochen zuvor war der Anschluß oder besser gesagt die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich vollzogen. Dieser geschichtlich bedeutungsvolle Vorgang hat, wie ein Blick auf die Karte beweist, das geopolitische Bild hinsichtlich der militärischen Bedeutung der Tschecho-Slowakei auch für die Absichten Frankreichs völlig geändert. Der berüchtigte Dorn oder Speer im Fleisch Deutschlands war zumindest auf der Südseite freigelegt.

Praktisch war nach der Schwächeperiode der Nachkriegszeit nunmehr die Tschecho-Slowakei von einem ebenbürtigen Großdeutschen Reich umklammert, wobei die stark befestigten Verteidigungsanlagen der Tschechen, die gegenüber dem Reich ausgebaut und fertig waren, aber gegenüber dem ehemaligen Österreich nicht, nunmehr im Süden eine offene verwundbare Flanke schufen. Für Frankreich, das sich in einer permanenten innenpolitischen Krise befand, war damit der militärische Wert der Tschecho-Slowakei erheblich gesunken, zumal auch ein Eingreifen der Sowjetunion auf Grund der polnischen und rumänischen Weigerung, das Durchmarschrecht zu gewähren, auf Schwierigkeiten stieß. Für die Polen und Rumänen bedeutete ein solcher Durchmarsch nichts anderes als den Verlust Ostpolens und Bessarabiens. Beide schätzten den im Sinne einer Weltrevolution handelnden sowjetischen Imperialismus richtig ein, wie ja der Ausgang des Zweiten Weltkrieges der Weltöffentlichkeit anschaulich gezeigt hat. Sollte Frankreich das nicht gewußt haben? Oder war die Volksfront ein ideologischer Partner der Sowjetunion im Sinne eines kommunistisch beherrschten Europas? Besteht nicht heute die gleiche Situation bei dem Vormarsch unserer „Linken", sind diese nicht auch die Verbündeten der Sowjets mit dem Ziel der Einverleibung Westeuropas im Zeichen der roten Fahne Moskaus?

Wenn wir das nicht wollen, kann nur ein gnadenloser Kampf gegen diese Elemente uns vor diesem Schicksal bewahren. Andernfalls haben wir die Hilfstruppen und die Partisanenverbände, gestärkt durch den

von Moskau geförderten „Widerstand" aus den Tagen des Zweiten Weltkriegs als zweite Front in Westeuropa stehen und damit wenig Aussicht, den letzten Kampf für Europa und seiner alten abendländischen Kultur zu überstehen. In diesem Sinne muß man auch die Aktivitäten des in allen Massenmedien auftretenden „linken Widerstandes" sehen und begreifen lernen. Deshalb muß auch jedem Denkenden klar werden, warum eine objektive Geschichtsbeurteilung unter diesen Voraussetzungen nicht möglich ist. Die gleichen Feinde Deutschlands von gestern sind heute die Feinde Europas für morgen. Wann wird dies endlich begriffen und klare Front dagegen bezogen? Wann wird das satte selbstzufriedene Bürgertum endlich einsehen, daß es mit der Wahl der Linken seine Henker von morgen wählt?!

Hier erhebt sich eine Grundsatzfrage, die einmal entscheidend sein kann für das Überleben Europas, wie auch für unser eigenes Land. Ich bin der letzte, der nicht eine freiheitliche Demokratie bejaht. Nur darf diese nicht zur heiligen indischen Kuh ausarten. Das Maß aller Dinge ist immer noch das Vaterland, sei es nun das deutsche oder ein Europa der Vaterländer mit seinen nationalen Besonderheiten. Diesem Vaterland oder diesen Vaterländern hat die Demokratie zu dienen. Die Demokratie kann niemals Selbstzweck sein, genau so wenig wie die autoritäre Führung Adolf Hitlers es war. Die von ihr den Bürgern eingeräumten Freiheiten dürfen aber nicht mit freiheitlicher Anarchie verwechselt werden. Wenn die Demokratie dem Allgemeinwohl dienen soll, hört die Freiheit dort auf, wo sich antideutsche oder antieuropäische Tendenzen bemerkbar machen. Das gleiche gilt auch für die undemokratische Ausschaltung einer nationalen Opposition, die das Recht und die Pflicht einer nationalen Opposition hat, die Regierung hinsichtlich ihrer Wahrnehmung nationaler Belange zu kritisieren. Andernfalls muß sich eine solche Regierung den Vorwurf gefallen lassen, daß sie die Regeln einer Demokratie rechtswidrig verletzt.

In beiden Fällen aber habe ich meine echten Zweifel. Es sollte nicht nur Recht, sondern vielmehr Pflicht der Verantwortlichen sein, die ihren Eid darauf leisten, dem Wohl ihres Landes dienen zu wollen. Ich habe im Dritten Reich als Nicht-Parteimitglied die diesem System völlig zu Unrecht nachgesagte Unfreiheit niemals so belastend gefunden wie heute die fast anarchistische Freiheit mich erschrecken läßt hinsichtlich der demoralisierenden Vergangenheitsbewältigung, der Abwertung des Nationalstolzes und der Aufwertung der aus allen Schubläden geholten Perversitäten. Dazu gehört auch die Verleumdung und Verfolgung nationalgesinnter Personen und der von dieser Art Demokratie Enttäuschter, während man den potentiellen Gegnern des demokratischen Gedankens, den immer mehr nach links abrutschenden Sozialisten und

den Kommunisten geradezu paradiesische Möglichkeiten bei ihren Meinungsäußerungen und Aktivitäten einräumt.

Wenn diese Entwicklung so weitergeht, fürchte ich, wird bald wieder der Ruf nach dem starken Mann laut, der dieser selbstmörderischen Anarchie im Interesse unseres Überlebens ein Ende setzt. Gibt es nicht zu denken, daß trotz Wohlstand und materieller Sorglosigkeit das Gefühl der Unsicherheit und Bindungslosigkeit noch niemals so groß war wie heute? Das drückt sich auch in dem katastrophalen Geburtenrückgang aus, der zusammen mit der Überfremdung zum Volkstot führen muß.

Im Dritten Reich hat es jene Zustände trotz aller Belastung des Einzelnen in diesem Umfang niemals gegeben. Man soll sich durch die heutige Propaganda der Emigranten und der vielleicht höchstens 10 % damaliger Unzufriedener und Zukurzgekommener nicht täuschen lassen. Es geht hier nicht um negative, sondern um positive Kritik und Warnung vor einer Fehlentwicklung, die an den Grundfesten unserer Nation rüttelt.

Ein weiterer Gesichtspunkt der Lagebeurteilung damals aus der Sicht Frankreichs war der Umstand, daß Hitler auf Grund der verhängnisvollen Einkreisungspolitik und nach der von den Tschechen ausgelösten „Maikrise" völlig zu Recht den Westwall im verstärkten Umfang ausbauen ließ. Jedem Einsichtigen war damit klar, daß somit ein leichter Spaziergang Frankreichs für eine militärische Unterstützung der Tschecho-Slowakei nicht mehr gegeben war. Beide Länder wußten das. Nur Frankreich zog daraus vorübergehend seine Konsequenzen. Herr Benesch in Prag aber nicht. Er war ein ausgesprochener Hasardeur. Er wollte Krieg wie später der polnische Außenminister Beck. Sie trieben utopische „Großmachtspolitik". Hier liegen die Ursachen des Zweiten Weltkrieges. Sie glaubten in Verkennung ihrer Schwäche, so etwas wie die englische Balance of power-Politik treiben zu können, für die England selbst schon zu schwach geworden war.

Denn noch vor der „Maikrise", die durch eine völlig ungerechtfertigte tschechische Mobilmachung ausgelöst wurde, hatte die Reichsregierung sich sechsmal um friedliche Verhandlungen mit Benesch bemüht, ohne daß die Tschechen es für nötig befanden, überhaupt eine Antwort zu erteilen. Deutsche Unterhändler wurden jedesmal abgewiesen. Wer sich aber solche Brüskierungen erlaubt, forciert bewußt eine Verschärfung der Lage und zeichnet damit für die Folgen verantwortlich, die sich daraus ergeben. Wir Deutschen haben doch keinen Streit vom Zaune gebrochen, sondern ausschließlich und allein die Tschechen waren die verantwortslos und die Lage verschärfend handelnden Provokateure. Sie behandelten die Sudetendeutschen als Untermenschen und trieben sie mit ihrer Entdeutschungspolitik außer Landes. Wer das heute nicht

wahrhaben will, ist ein unbelehrbarer Dummkopf oder ein bewußter Falschmünzer.

Und dann ohne auch nur ein Zeichen irgendeiner Bedrohung durch Deutschland eine Mobilmachung anzuordnen, zeigt eindeutig den Willen zum Krieg. Ausrufung einer Mobilmachung heißt immer noch nach den völkerrechtlichen Gepflogenheiten die Bereitschaft und den Willen zur Auslösung eines Krieges. Wer so etwas veranlaßt, trägt die volle Verantwortung für die damit ausgelösten Folgen. Allein diese Tatsache hätte Hitler berechtigt, sofort und mit allen Mitteln zuzuschlagen. Kein Mensch in der Welt wäre berechtigt gewesen, ihm daraus einen Vorwurf zu machen. Wir wollen doch einmal die Dinge so sehen und beim Namen nennen, wie sie sind und sich abgespielt haben und nicht der verbrecherischen Propaganda unser Ohr leihen! Die Kriegsschuld wäre nach internationalen Regeln objektiv eindeutig Herrn Benesch angelastet worden, wenn dies nicht Sieger, sondern objektive internationale Gerichtshöfe entschieden hätten.

Die Mobilmachung war am 21. 5.1938 ausgerufen worden. Anlaß waren lediglich *Gerüchte,* „die offenbar vom Foreign Office", das heißt doch nichts anderes als von seinen dunklen Hintermännern vom Schlag eines Halifax, Churchills, Lord Vansittart und Genossen wie Eden, Duff Cooper in die Welt gesetzt worden waren. Ein Staatsmann aber, der sich lediglich auf *Gerüchte* hin zu solch schwerwiegenden Entschlüssen verleiten läßt, ist als solcher unfähig und ungeeignet. Die Geschichte hat in diesem Fall ein gerechtes Urteil gefunden. Er war nach Kriegsschluß nicht mehr gefragt und mußte unrühmlich abtreten.

Interessant ist auch hier wieder die Tatsache, wie sich später im Falle Polens herausstellen sollte, die doppelgleisige englische Politik, die immer darauf bedacht ist, Verwirrung zu stiften, um dann auf Grund geschürter Konflikte billig erben zu können. Gemeint sind in diesem Falle die in London in die Welt gesetzten Lügen über eine Konzentration deutscher Streitkräfte an der tschechoslowakischen Grenze und die gleichzeitigen Gerüchte hinsichtlich deutscher Forderungen an die Tschecho-Slowakei. Perfides England! Wird dies auch in Zukunft als Mitglied der europäischen Gemeinschaft möglich sein? Vielleicht werden sich dann, die Gepflogenheiten einmal umkehren: Es wird dann nicht wieder heißen, wie bei dem Boxeraufstand in China, „the Germans to the front", vielleicht wird dann England einmal dieser Vorzug eingeräumt, wenn es mitüberleben will.

Hitler verblieb nur die Überraschung. In diesem Falle nicht die Ermunterung, die Sudentendeutsche Frage friedlich zu lösen, sondern nunmehr die Meldung über die von den Tschechen in Gang gesetzte Mobilmachung.

K. Zentner berichtet in seiner „Illustrierten Geschichte des Zweiten Weltkrieges" auf S. 49: „Tatsächlich gibt es keine deutschen Truppenbewegungen, wie auch nach dem Krieg einwandfrei im Nürnberger Prozeß festgestellt wird. Wer also hat die tschechische Regierung dazu bewogen, diese einwandfreie Kriegsprovokation zu starten? Es gibt nur zwei Möglichkeiten, deren Richtigkeit jedoch bis heute nur vermutet werden kann. Entweder hat die tschechische Regierung, ähnlich wie Schuschnigg mit seiner „Volksabstimmung" einen Sprung nach vorn gemacht, hat ganz bewußt einen Krieg provoziert...
Die andere Möglichkeit besteht darin, daß deutschen verräterischen Widerstandskreisen die Ausfertigung der zweiten Studie „Grün" bekannt wurde, nicht aber deren Inhalt. Möglicherweise wurde London von dieser Ausfertigung informiert. Verschwörer-Kreise der höchsten deutschen Militärs informierten tatsächlich die britische Regierung über die geheimsten militärischen Dinge - und hat daraus den Schluß gezogen, die Studie sei ein kurzfristiger Angriffsplan.

Die britische und französische Presse ist voll von alarmierenden Meldungen. Der Krieg scheint unmittelbar bevorzustehen! Henderson, der britische Botschafter in Berlin, gibt seinen Beamten bereits den Rat, ihre Frauen und Kinder nach Hause zu schicken. Den gleichen Rat gibt er den britischen Pressekorrespondenten.
Und immer weiter hagelt es Proteste - nicht gegen die tschechischen, sondern gegen die gar nicht stattfindenden deutschen Truppenbewegungen. Die Regierungen Frankreichs und der Sowjetunion drohen ganz offen mit einem militärischen Eingreifen." Dieses Spiel sollte sich noch häufig bis zur jüngsten Zeit wiederholen. Sie sollte damit die Verketzerung Hitlers und Deutschlands einleiten, was auch zweifellos gelungen ist. Es fragt sich nur, wie lange diese Welle noch andauern wird! Sie wird sich spätestens dann ändern, wenn größere Ereignisse einmal Hitler mit seinen Prognosen und Aktivitäten geschichtliche Rehabilitation herausfordern. Diese Zeit wird kommen so sicher wie das Amen in der Kirche.

Was sich dieser verantwortungslose, großmannssüchtige „Großmachtpolitiker" Benesch erträumt hatte, trat nicht ein. Hitler bewahrte seine sprichwörtliche Ruhe und Gelassenheit angesichts solcher Provokationen. Er unternahm nichts, auch ließ er nicht als mögliche Antwort eine einzige Division mobilisieren oder an die Grenze rücken. Wenn er wirklich der ihm unterstellte Lebensraumkämpfer und Welteroberer gewesen wäre, so würde es für ihn ein Leichtes gewesen sein, auf die sich rechtens bietende Gelegenheit zu reagieren und zu nutzen. Kein Mensch hätte ihm vor der Geschichte einen Vorwurf machen können, wenn er in einem Präventivkrieg die Vollendung der tschechischen Mobilmachung zerschlagen, den Unruhestörer ausgelöscht und uraltes

deutsches Land wieder vereinnahmt hätte. Aber er tat es eben nicht. Allein schon dies ist ein Beweis, daß es einen solchen Plan oder eine solche Absicht Hitlers nicht gegeben hat. Wir hatten ja gerade im vorhergehenden Kapitel vier Wochen zuvor erlebt, wie schnell die deutsche Wehrmacht aus dem Stand heraus anzutreten in der Lage war.
Hitler ließ sich also nicht provozieren, genauso wenig wie er später am 23./24. September 1938 sich aus seiner Ruhe bringen ließ, als nach München das gleiche Theater mit einer tschechischen Mobilmachung sich wiederholte. Warum werden solche historischen Tatsachen nicht in der Geschichtsforschung gewürdigt oder gar in den deutschen Schulbüchern ausgewertet? Man führt hier immer das in Nürnberg vorgelegte „Hoßbach Protokoll" als Beweis für Hitlers Angriffs- und Raumfrageabsichten an. Man tut es heute immer noch in Presse und Fernsehdokumentarspielen, obwohl inzwischen von Historikern längst geklärt ist, daß dieses Dokument eine für den Nürnberger Prozeß vorgenommene Fälschung ist. Jeder Mensch in der Welt wäre froh, wenn ein solches wichtiges das eigene Land belastende Dokument sich als Fälschung herausstellen würde. Jeder Ehrenmann würde es lauthals herausschreien. Nur wir Deutsche nicht, im Gegenteil erniedrigen wir uns in der Welt, indem wir solches aus Feigheit unterlassen.

Die Tschechen mußten auch mit Hilfe der englischen und französischen Militärattaches sehr schnell erkennen, daß sie einer Fata morgana aufgesessen waren. Trotzdem brachen sie keineswegs die Mobilmachung sofort ab, sondern setzten mit einem verstärkten Pressefeldzug die Unterdrückung und Vertreibung der deutschen Grenzlandbevölkerung bis zum Totschlag hin fort. Man prahlte in Presseverlautbarungen und in Berichten an die Alliierten, wie gut die Mobilmachung geklappt habe. Der Höhepunkt dieser unglaublichen Unverfrorenheiten war dann der feindliche Pressefeldzug von Prag, der aber auch von ernst zu nehmenden Presseorganen fremder Länder übernommen wurde, „daß Hitlers Zurückhaltung und Untätigkeit ein Schwächebeweis Deutschlands sei". Abgesehen davon, daß man sich widerspricht, wenn man von der ungeheuren Aufrüstung des Reiches warnt, aber wenig später von seiner Schwäche schwätzt, so ist dieses Verfahren ein, wie wir noch sehen werden, stets wiederholter Trick verantwortungsloser Journalisten, um bewußt Unruhe zu stiften.

So etwas hat es zur Ehre der Presse des Dritten Reiches niemals gegeben und fast bin ich geneigt zu sagen, daß bei einer derartigen Arbeitsweise von Presseorganen der „freien Welt" eine am langen Zügel geführte gelenkte Presse des Dritten Reiches mir mit Abstand als ehrenvoller und ungefährlicher erscheint. Wir sind auch heute nicht sehr viel weiter in unseren anarchistischen Pressemethoden, wenn ich an die vielen Einmischungen in Angelegenheiten fremder Länder denke und an die Anma-

ßung von Urteilen, die weder der Presse noch den Rundfunkkommentatoren zusteht. Den gleichen Wahnsinn einer Meinungsmache kann man bei den noch laufenden NS-Prozessen beobachten, wenn Gesetzesbrecher á la Klarsfeld oder sonstige Störenfriede aus Frankreich anrücken. Statt solche Szenen breit auszumalen, sollte man dafür Sorge tragen, daß derartige Gesetzesbrecher hinter Schloß und Riegel verschwinden.

Das Verhalten der Tschecho-Slowakei, wie später auch das der Polen, ist ein Musterbeispiel dafür, was man tun muß, um die Vorwürfe vor der Geschichte zu rechtfertigen. Man schiebt eigenes Verhalten einfach Hitler zu, so einfach ist das in unserer heute so aufgeklärten Welt.

Ein weiterer Beweis der Zurückhaltung und des sich nicht Provozierenlassens ist die bis heute nicht zur Kenntnis genommene bzw. verschwiegene geheime Anweisung Hitlers vom 21. Mai, „daß es nicht seine Absicht sei, in nächster Zeit gegen die Tschecho-Slowakei vorzugehen!" (M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. I, S. 36)

Benesch aber trieb sein Ränkespiel unbeirrt weiter. Er ließ sich auch nicht von dem gelinden Druck der Westmächte, mit dem Reich zu verhandeln, beirren. Auch dachte er nicht daran, seine systematische Entdeuischungspolitik und die gegen die Minderheiten geführten Unterdrückungsmaßnahmen zu stoppen. Als weiser Staatsmann, der er leider nicht war, hätte er es zu diesem Zeitpunkt noch durchaus in seiner Hand gehabt, seine seit fast 20 Jahren unterlassenen Versäumnisse nachzuholen. Er wollte es nicht und er tat es nicht. Der Grund war sein Freund Stalin! A. J. Nedovesow und P.J. Resinowa berichten darüber in „Die nationale Befreiungsbewegung in der Tschecho-Slowakei" S. 37/39: „Die sowjetische Regierung, die schon früher erklärt hatte, den sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag über gegenseitige Militärhilfe zu erfüllen, bestätigte Mitte Mai 1938 entschlossen die Bereitschaft, die Tschecho-Slowakei gegenüber einer Aggression zu verteidigen, sogar dann, wenn Frankreich seine Hilfe verweigert."

Und die russischen Historiker Bendarenko und Resinowa wissen in „Die antifaschistische Widerstandsbewegung" auf S. 95/96 zu berichten: „Die sowjetische Regierung wandte sich mehrmals an die Regierungen Englands und Frankreichs zur Unterstützung der Tschecho-Slowakei...

Die Sowjetunion war bereit, der Tschecho-Slowakei sogar dann Kriegshilfe zu leisten, wenn dies Frankreich nicht tun sollte, Was bislang eine Bedingung der sowjetischen Hilfe war, aber auch dann, wenn Polen und Rumänien sich weigern sollten, sowjetische Truppen durch ihr Land marschieren zu lassen. Die sowjetische Regierung teilte dem Präsidenten und der Regierung mit, daß die Sowjetunion der Tschecho-Slowakei

unter einer Bedingung Hilfe erweisen kann, wenn sie sich selbst verteidigt und um sowjetische Hilfe bittet."
Auch hier ersieht man den absoluten Willen zum Krieg und ein Angebot, das weit über das normale Maß eines Bündnisses hinausgeht, ein Angebot, das geradezu den Krieg als erwünscht und unabdingbar erscheinen läßt. Denn es ignoriert jede Definition der Frage des Aggressors und schafft eine Rechtslage, die den Tschechen praktisch einen Freibrief für jede nur denkbare Provokation ausstellt. Damit hat sich der zweite Kriegsverbrecher gemäß Nürnberger Tribunal zur Aburteilung als schuldig angemeldet. Dies wird noch überzeugender, wenn man die Stellungnahme des amerikanischen Botschafters in Paris liest, die auf Grund der tschechischen Mobilmachung am 22. 5. 39 seinem Präsidenten Roosevelt zukommen läßt: daß diese „als Anstiftung zum Krieg in Europa aufgefaßt werden müsse, welche nur das eine mögliche Ergebnis haben könne - die Errichtung des Bolschewismus auf dem ganzen Kontinent." Hitler hat nun zwei Entlastungszeugen. Mit einem Freispruch bei jedem normalen Gericht wäre mit Sicherheit zu rechnen!
Bis zu diesem Zeitpunkt sind von Seiten Hitlers noch keinerlei Forderungen gestellt worden. Vertreter der Sudetendeutschen sind in den Jahren vor Hitler wie auch in seiner Regierungszeit unter Führung von Henlein wiederholt in London vorstellig geworden, haben über die unzumutbaren Unterdrückungsmaßnahmen der Tschechen berichtet und um Unterstützung von Seiten Englands für die Gewährung einer Autonomie der Sudetengaue gebeten. Aus diesem Grunde schickte der englische Premier, Chamberlain, den britischen Lord Runciman nach Prag, um den Beschwerden der Deutschen nachzugehen und ihre Berechtigung zu überprüfen, ein Hinweis darauf, daß Chamberlain den Bestrebungen nach Autonomie nicht ablehnend gegenüberstand. Runciman hielt sich vom 25. 7. bis Mitte September in der Tschecho-Slowakei auf und hat die vorgebrachten Klagen der Sudetendeutschen in *vollem Umfang* als berechtigt bestätigen müssen.

Halten wir der Deutlichkeit halber noch einmal folgendes fest: Hitler und damit das Dritte Reich hatte bis zum Sommer 1938 sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten der Tschecho-Slowakei eingemischt, keinerlei territoriale Gebietsforderung gestellt oder mit „dem Säbel gerasselt", das heißt militärisch gedroht.
Frankreich und insbesondere die Sowjetunion hatten mit den Tschechen sehr weitreichende militärische Beistandspakte abgeschlossen, wobei es bei Frankreich mit seinem permanenten Sicherheitskomplex um eine gewollte und bewußte Schwächung Deutschlands ging. Die Sowjets waren ihrer Weltrevolutionsideen und ihrem Weltmachtsstreben gemäß an jedem nur möglichen Unruheherd auf dem Kontinent und dessen Ausweitung interessiert. Sie trieben eine aktive Aggressionspolitik, und

jede nur mögliche kriegerische Auseinandersetzung innerhalb der kapitalistischen Welt war ihnen höchst willkommen, um als lachende Dritte daraus ihren Vorteil zu ziehen.
Englands Meinung war gespalten. Das derzeitige offizielle England mit Chamberlain an der Spitze war sicherlich um die Beseitigung hochexplosiver Zündstoffe wie die Sudetendeutsche Frage bemüht. Das traditionelle England mit Eden, Vansittart, Duff Cooper und Churchill im Hintergrund sowie Halifax als Außenminister im Amt handelten nach dem verwerflichen alten Prinzip der „Balance of Power", das treffend von Vansittart wie folgt umrissen wurde, „Wenn ein solches Dominieren einer Kontinentalmacht hergestellt würde, so würden wir mit einer Lage konfrontiert werden, die wir uns Jahrhunderte hindurch auf Grund der instinktiven Erkenntnis bemüht haben, zu verhindern." Dieser Instinkt hat die Russen 50 km vor die Tore Hamburgs und damit auch Englands gebracht. Diese Formulierung Vansittarts heißt nichts anderes, als daß England niemals ein starkes Deutschland hinzunehmen bereit war. Damit wird auch eindeutig Englands Bereitschaft zu einem kriegerischen Konflikt eingeschlossen; denn wie anders will man ein Erstarken einer Nation wie Deutschland sonst verhindern. Die unverschämte Anmaßung hat England letztmalig teuer bezahlen müssen.
Die Provokateure waren bislang ausschließlich die Tschechen, neuerdings Eduard Benesch an der Spitze. Sie hatten die Sudetengaue widerrechtlich und eigenmächtig bereits *vor* dem Versailler Vertrag gewaltsam annektiert. Sie hatten sich zwanzig Jahre Zeit gelassen, ohne auch nur den Versuch zu machen, das Selbstbestimmungsrecht der 3,5 Millionen Sudetendeutschen zu respektieren oder dieses für Wirtschaft und Politik hochwertige Menschenpotential zu gewinnen und zu integrieren. Im Gegenteil, sie entschieden sich für Ausschaltung, Verfolgung, Unterdrückung und Vertreibung bis hin zum Mord. Die provokatorische Mobilmachung ohne jeden Anlaß war der Höhepunkt dieser Entwicklung.

Verhandlungsangebote von Seiten Deutschlands und auch vom Ausland wurden schroff zurückgewiesen. Man wollte nicht einlenken, man ging mit dem Kopf durch die Wand und verschärfte von Monat zu Monat die unerträglichen Unterdrückungsmaßnahmen zum Zwecke der gewaltsamen Vertreibung der jahrhundertlang dort sitzenden deutschstämmigen Bevölkerung.
Seit Ende 1935 Eduard Benesch zum Staatspräsidenten und gleichzeitig zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte gewählt worden war, hatte sich die Lage der Sudetendeutschen weiter verschlimmert. Man bediente sich des umfangreichen, nach allen Seiten dehnbaren Staatsverteidigungsgesetzes, um eine scheinbare rechtliche Grundlage für die Ausschaltung und Unterdrückung der Deutschen zu haben. Es genügte, wenn mit

Hilfe irgendwelcher Gesetzesparagraphen die staatliche Unzuverlässigkeit festgestellt wurde. Schon wurde man endassen, so daß bald über eine halbe Million deutsche Arbeitslose gezählt wurden. Andere wurden mit Hilfe der Grenzzonenbestimmungen entrechtet und unter Anwendung von Gewalt und physischen Terrors über die Grenze getrieben. Im Laufe von ein paar Monaten bis zum Herbst 1938 waren über 214 000 registrierte Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Über 200 Morde an Deutschen, nur weil sie Deutsche waren, verdüsterte das brutale Geschehen. Das sind Tatsachen, deren man sich erinnern sollte, wenn heute Reparationskosten oder von Wiedergutmachung gesprochen wird. Keinen Pfennig für solche Provokateure. Im Gegenteil, sollten wir erhebliche Wiedergutmachungen fordern.

Schon Mitte Mai war auf Grund dieser unhaltbaren Zustände in einer Meldung der „New York Times" eine Forderung Chamberlains publiziert worden, daß die Bedrohung der Sudetendeutschen durch die Unterdrückungspolitik der Tschechen „drastische Gegenmaßnahmen" erforderlich machten, und daß der beste Weg die Lostrennung der sudetendeutschen Gebiete von der tschechoslowakischen Regierung und ihre Einverleibung in das Deutsche Reich sei. *Hitler hatte bislang keine derartige Forderung gestellt,* er hatte bisher überhaupt noch nicht eingegriffen. Es ist also auch hier wieder festzustellen, daß die Anregung der Abtretung des Sudetenlandes von der britischen Regierung ausgegangen war.

Nachdem die umfangreichen Berichte über die Zustände der sudetendeutschen Gaue von Lord Runciman der britischen Regierung zur Kenntnis gelangt waren, hat sich auch eindeutig Winston Churchill in einem Leitartikel der „Times" am 7. 9.1938 festgelegt: „der beste Ausweg aus der Lage sei die Übergabe des Sudetenlandes an Deutschland durch die Tschecho-Slowakei."

Erst zu allerletzt, ab die Verhältnisse absolut unerträglich geworden waren, haben auch die Sudetendeutschen die gleichen Forderungen gestellt. Alle diese Forderungen wurden von Benesch nicht allein scharf abgewiesen, sondern mit verschärftem Terror beantwortet. Am 13. 9. 1938 wurde von der tschechischen Regierung innerhalb des Sudetengebietes das Standrecht angeordnet.

Man fragt sich, woher dieser wahnsinnige Benesch in Anbetracht der Öffentlichkeit den Mut zu solchen provozierenden chauvinistischen Maßnahmen und eindeutigen Verbrechen nahm. Diese Frage kann nur eindeutig dahingehend beantwortet werden, daß er auf Grund der weitgehenden sowjetischen Militärzusagen Amok zu laufen begann. Somit waren er und Stalin die ersten Anwärter für den Strang in Nürnberg.

I. M. Maisky schreibt in seinem Buch „Wer half Hitler" auf Seite 73 zu den Vorgängen Anfang September 1938: „Die sowjetische Regierung

ihrerseits schlug der französischen Regierung vor, unverzüglich eine Konferenz der Vertreter des sowjetischen, französischen und tschechischen Generalstabs zur Ausarbeitung der notwendigen Maßnahmen einzuberufen. Litwinow, der sowjetische Außenminister, nahm an, daß Rumänien den sowjetischen Truppen und Luftstreitkräften erlauben würde, durch ihr Land durchzustoßen, doch hielt er es für angebracht, daß es hinsichtlich einer Einwirkung auf Rumänien in diesem Sinne sehr wünschenswert wäre, wenn möglichst bald im Völkerbund die Frage einer eventuellen Hilfe gegenüber der Tschecho-Slowakei aufgeworfen werde. Sollte man sich, und sei es auch nur mit einer Mehrheit, im Völkerbund für eine solche Hilfe aussprechen, so würde sich Rumänien zweifellos diesem anschließen und keine Einwände gegen den Durchmarsch der sowjetischen Truppen durch sein Land erheben."

Dieser Vorgang allein genügt, um auch den Dümmsten davon zu überzeugen, wie hier das Recht verdreht wird. Nicht der Aggressor, sondern der Geschundene soll bestraft werden, eine Moral, die wirklich gen Himmel stinkt. Zudem wird hier zynisch von einem Mehrheitsbeschluß des Völkerbundes gesprochen, obwohl man doch wissen muß, daß nur bei Einstimmigkeit, solche Beschlüsse rechtskräftig werden können. Aber mit solchen Kleinigkeiten pflegt man sich gar nicht erst abzugeben, wenn man nur eine Möglichkeit findet, den Krieg in Gang zu bringen. Denn letzten Endes waren ja die Unruheherde von den Friedensaposteln in Versailles ausschließlich für diesen Zweck geschaffen worden. Hier wird also nichts unterlassen, um einen Krieg in Gang zu bringen.

Warum versäumt eine redliche deutsche Forschung bis auf den heutigen Tag, die Ursachen und Folgen eines solchen Geschehens eindeutig zu erkennen und zu werten? Warum diese doppelte Moral? Will man etwa damit seine totale Unterwerfung verbergen? Das wäre noch schlimmer! Ein Volk mit einer solchen Moral wird niemals ein zuverlässiger Partner für morgen sein können. Wir sehen dies bereits in der Haltung der Bundesregierung im Falle Afghanistan und Persien. Die Unschuld und das Recht liegen doch eindeutig auf deutscher Seite. Daran sollen sich allmählich auch die Sieger gewöhnen, wenn sie in Zukunft auf unsere Hilfe bauen wollen. Die Schuld und das Unrecht wurde doch durch die Tschechen, Sowjets und Franzosen und den Urhebern der Verträge von Versailles, St. Germain und Trianon geschaffen. Die moralische einwandfreie Ausgangsposition lag doch bei den geschundenen, gequälten und zur Flucht gezwungenen Deutschen und damit auch bei Adolf Hitler. Die Unterdrücker, Kriegshetzer und späteren Sieger maßten sich dennoch an, über die Unterdrückten und diejenigen, die einen friedlichen Ausgleich wollten, und über die später Besiegten im Prozeß in Nürnberg Recht zu sprechen.

Wahrlich ein Hohn der Weltgeschichte! Wer heute als Deutscher diese Art von Prozessen noch ernst nimmt oder sich sogar noch auf sie beruft, sollte prüfen, ob hier die Voraussetzungen für eine internationale Rechtsprechung erfüllt waren. Nürnberg ist für die Menschheit eine gleichgroße Schande wie die Nachkriegsverträge aus dem ersten Weltkrieg. Die Gefahren aber für die Zukunft, die in solchen Verträgen und Prozessen liegen, sind damit nicht beiseite geschafft, sondern infolge des weiterfressenden Unrechts nur vergrößert worden. So wie sich das Unrecht der Zwangsdiktate 1938 in der österreichischen und tschechischen Frage bitter rächte, wird sich das dem deutschen Volke in Potsdam und in Nürnberg angetane Unrecht totensicher bitter rächen und noch schwerwiegendere Folgen für uns und die Sieger, ja für ganz. Europa herausfordern. Dies zu verleugnen, wäre Selbstmord für uns alle.

Die deutsche Regierung hat die Pflicht, sich gegen die Entstellungen des Dritten Reiches und gegen Adolf Hitler zu wehren, denn sie besteht auch aus Deutschen des gleichen Blutes, die damals mit dabei waren, einschließlich des Herrn Helmut Schmidt in einer förderungswürdigen Stellung. Man muß begreifen, daß wir uns keinen guten Dienst erweisen, wenn dieses heiße Eisen nicht sauber und gerecht angepackt wird. Mit Verteufelung wird genau das Gegenteil erreicht. Ich jedenfalls bin heute noch stolz, dabei gewesen zu sein!

Nachdem nunmehr von Herrn Benesch keine Einsicht und keinerlei Einlenken zu erwarten war, überschlugen sich zwangsläufig die Ereignisse ab September 1938. Das am 13. September verhängte Standrecht löste eine weitere Radikalisierung und damit verschärfte Verfolgungsmethoden unter den Sudetendeutschen aus. Militärische Einzelaktionen, polizeiliche Schikanen, Versammlungsverbote und Verschärfung der Pressezensur steigerten die Unsicherheit und die Nervosität der Bevölkerung von Tag zu Tag.

Als Antwort stellte die sudetendeutsche Delegation unter Führung von Konrad Henlein der Prager Regierung ein auf sechs Stunden befristetes Ultimatum, in dem die Aufhebung des Standrechtes, die Zurückziehung der tschechischen Polizei aus den Sudetengebieten und die Kasernierung der tschechischen Soldaten in rein militärischen Unterkünften gefordert wurden. Das Ultimatum blieb unbeantwortet. Der größte Teil der Führungskräfte der Partei mußte aus Furcht vor Leib und Leben nach Deutschland flüchten.

Hitler erklärt zum ersten Mal auf der Schlußkundgebung des Nürnberger Parteitages, daß die Reichsregierung die Rechtlosmachung der Sudetendeutschen nicht gleichgültig hinnehmen werde, und daß kein europäischer Staat für den Frieden größere Opfer gebracht habe als Deutschland, daß diese Opfer aber auch ihre Grenzen haben müßten.

Am 15. September erläßt Konrad Henlein eine Proklamation an die Sudetendeutschen und an die Welt, in der er den Anschluß der sudetendeutschen Gaue an das Deutsche Reich forderte. Ferner rief er für die Abwehr der an Deutschen von den Tschechen begangenen Verbrechen zur Bildung von Freikorps in Deutschland auf. Das alles waren legitime Abwehrmaßnahmen als Antwort auf die Terrorhandlungen der Tschechen.

Am 16. September verfügte Prag die Auflösung der sudetendeutschen Partei, so daß 3,5 Millionen Sudetendeutsche über keinerlei demokratische und organisatorische Vertretungen mehr verfügten. Henlein wurde steckbrieflich gesucht. Dann ging es weiter Schlag auf Schlag. Am 17. wurden von den Tschechen alle Telefonleitungen zum Deutschen Reich gekappt. Sodann wurden innerhalb der Sudetengebiete über 247 Brükken gesprengt. Eine Reihe von Artikeln der Verfassung wurden außer Kraft gesetzt, der deutschen Bevölkerung wurden schließlich alle Rundfunkapparate gewaltsam weggenommen und damit zusätzlich von jeder Information abgeschlossen. Der Höhepunkt am 27. September war neben alltäglichen Morden die Verhaftung von 20000 Geiseln, die im Kriegsfalle erschossen werden sollten. Dagegen nimmt sich die Geiselerschießung von Lidice nach dem Mord an Heydrich geradezu als kleines Kavaliersdelikt aus.

Ich frage mich nur, wo ist hier noch eine Spur von Recht und Gesetz? Wie kommen wir noch heute dazu, solche Verbrechen zu verniedlichen? Warum klagen wir uns wegen des Falles Lidice an, als nach der Ermordung Heydrichs die auf Betreiben Londons durch zwei tschechische Partisanen erfolgte, 172 männliche Geiseln zur Abschreckung während des Krieges erschossen wurden? Allein 200 Morde wurden in Friedenszeiten im September 1938 von den Tschechen verübt, ganz zu schweigen von den 241000 Mordopfern an Deutschen bei der Vertreibung der Deutschen nach dem Kriege. In diesem Zusammenhang gesehen ist die Zentrale in Ludwigsburg geradezu ein Witz der Weltgeschichte.

Benesch setzte seine bewußt auf den Ausbruch eines Krieges abzielende Politik konsequent fort, indem er am 23. September zum zweiten Mal die Generalmobilmachung verkündete, die 1,5 Millionen Soldaten zu den Waffen rief. Die Grenzen wurden gleichzeitig geschlossen und der gesamte Reiseverkehr eingestellt. Dies hieß nichts anderes als die Bereitschaft zum Krieg und die Ablehnung aller friedlichen Verhandlungsmöglichkeiten. Nachweisbar wollte Benesch den allgemeinen großen Krieg, um das sudetendeutsche Problem mit einer brutalen Vertreibung aus der Welt zu schaffen, wie es dann auch von den Kriegsverbrechern Stalin, Churchill und Roosevelt nach dem Zweiten Weltkrieg in unvor-

stellbarer grausamer Weise völkerrechtswidrig angeordnet und ausgeführt worden ist.

Nur hatte Benesch die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Alle seine Ansprachen an seine Generäle: „bereiten sie sich auf den Krieg vor, wir werden darin noch eine entscheidende Rolle spielen", alle seine Beteuerungen, „daß er in den letzten drei Jahren mehr als jeder andere demokratische Staat die Rüstung vervollkommnet und den Zustand der Grenzbefestigungen der Maginot-Linie gleichrangig erstellt hat", halfen wenig. Mit Ausnahme der Sowjetunion, die mit 30 Schützen- und einigen Kavalleriedivisionen sowie mit ihrer Luftwaffe und Panzerverbänden bereit stand, vollzogen die beiden Bündnispartner Frankreich und England auf Grund der strategischen Gewichtsverlagerung (Anschluß Österreichs, offene Feindschaftserklärung der Polen, Rumänen und Jugoslawen gegen die brutale tschechische Unterdrückungspolitik) Mitte September 1938 einen Frontwechsel um 180 Grad und leimten es ab, für ihren tschechischen Schützling die Lösung der tschechischen innenpolitischen Frage mit Hilfe eines europäischen Krieges aus der Welt zu schaffen. (Nachzulesen bei Taylor „The Origins of the second World War" S. 153 und bei Nedoresow „Die nationale Befreiungsbewegung in der Tschechoslowakei" S. 46, 51)

In Anbetracht der sich nicht durch Hitler, sondern ausschließlich durch Benesch zuspitzenden Kriegsgefahr hatte Chamberlain bereits am 15. 9. Hitler auf dem Obersalzberg in Berchtesgaden zu einem Gedankenaustausch aufgesucht. Dabei wurde er durch Hitler auf die friedensbedrohende Lage und über den neuesten Stand der Entwicklung informiert. Das Ergebnis dieser Besprechung war der Vorschlag Hitlers, von den Engländern die Zustimmung zur Abtretung der Sudetengaue nach einer ordnungsmäßigen unter Aufsicht Neutraler durchgeführten Abstimmung der dort lebenden Bevölkerung zu erlangen. Hitler sah in diesem fairen Vorschlag die einzige Möglichkeit, den gefährdeten Frieden zu erhalten. Diese Besprechungen wurden dann am 22. 9. in Bad Godesberg fortgesetzt, nachdem Chamberlain sich eingehend mit seiner Regierung beraten hatte, wobei auch der unabhängig von dem Berchtesgadener Treffen gefertigte Bericht des Lord Runciman eine entscheidende Rolle gespielt hat.

So entstand schon am 19. 9. der „anglo-französische Plan", der von Benesch die Herausgabe der sudetendeutschen Gebiete mit mehr als 50 % deutscher Bevölkerung forderte und der alle Hilfsversprechen für den Konfliktfall aufhob. Es wurde Benesch schlicht mitgeteilt, „daß er nicht mehr mit militärischer Hilfe rechnen könne, falls Deutschland jetzt in das Gebiet der Tschecho-Slowakei einfallen sollte". (E. Moravec „Das Ende der Benesch-Republik" S. 340). Die Absicht Hitlers, in die Tschechei einzumarschieren, lag im übrigen gar nicht vor. Deshalb hatte er ja

den Weg der Verhandlung gewählt und sich nicht durch die zwei tschechischen Mobilmachungen provozieren lassen.

Was aber für die geschichtliche Beurteilung als das wesentliche Element erscheint, ist die Tatsache, daß die englische und französische Regierung *„aus freien Stücken"*, also *nicht* unter „Druck von Hitler", höchstens unter dem Druck der von Benesch verursachten Kriegsgefahr diesen Plan beschlossen und zur Durchführung gebracht haben. Es ist also eine klare Geschichtsfälschung, wenn heutzutage immer wieder berichtet und geschrieben wird, daß beide Nationen von Hitler praktisch dazu gezwungen und erpreßt worden seien, ganz abgesehen davon, daß man zwei so großen Nationen ein Armutszeugnis ausstellen würde, sich von Hitler zwingen und erpressen zu lassen.

Während dieser zweiten Verhandlung in Bad Godesberg hatte sich die Lage nicht nur in der Tschecho-Slowakei verschärft, sondern auch dadurch, daß die Polen und Ungarn ebenfalls mit Gebietsforderungen gegenüber Bennesch auftraten. Auch im Zusammenhang mit der erneut ausgerufenen Mobilmachung zwangen naturgemäß die Verhältnisse Hitler, auf einer kurzfristigen Lösung zu bestehen. Das war sein gutes Recht und auch seine Pflicht, zumal es um das Leben deutscher Landsleute ging. Daraus haben damals schon völlig zu Unrecht die „öffentlichen Meinungsmacher" eine „neue Forderung Hitlers zur provokatorischen Lageverschärfung" gemacht. Diese Quelle wird auch heute noch von den „Meinungsmachern" unserem „umerzogenen eunuchisierten Volk" vorgesetzt und nachgebetet.

Aber in diese Verhandlungen hinein spielte noch eine andere unglaubliche „Hasard-Affaire", die inzwischen ihren Geheimnissen entlockt werden konnte. Während Chaimberlain mit einem klipp und klar beschlossenen Auftrag seiner Regierung nach Bad Godesberg geflogen war und dort ohne seinen Außenminister Lord Halifax mit Hitler verhandelte, wurde bereits mit gezinkten Karten gespielt, wobei wiederum das doppelzüngige Spiel Englands sichtbar wird. Halifax schmiedete bereits hier, obwohl er unter der Verantwortung seines Premier Chamberlain stand, zusammen mit seinen im Hintergrund stehenden Kriegstreibern andere Pläne.

Während Chamberlain mit seiner Regierungsdelegation mit Hitler verhandelte, bedrängte Halifax von London aus seinen Premier, der tschechischen Regierung die sofortige Mobilisation seiner Streitkräfte anzuraten. Noch am 22.9. konnte Chamberlain einen Aufschub dieses Rates durchsetzen. Das gleiche Spiel wiederholte sich am nächsten Tag. „Wir schlagen vor, den Tschechen um 15.00 Uhr die Mobilmachung zu gestatten", - „warten Sie noch" - war die Antwort von Henderson, der an der Verhandlung als britischer Botschafter teilnahm. Da offenbar Chamberlain diesem, von fernab geführten Druck seines Außenmini-

sters auswich, wurde als zweites wirksames Geschütz der französische Ministerpräsident beordert, der ebenfalls bekundet, „daß die tschechische Mobilmachung nicht länger mehr herausgeschoben werden dürfte".

Man fragt sich unwillkürlich, weshalb solche Zweigleisigkeit betrieben wurde. Der Sache nach konnte doch eine Mobilmachung, dazu noch anempfohlen, nur die Lage verschärfen, zumal man selbst von der tschechischen Regierung die Abtretung der Sudetenlande gefordert hatte. Wollte man auf diese Weise Hitler dazu verleiten, doch noch die Lage gewaltsam zu lösen, um somit einen Grund für eine aktive Einmischung bis hin zum Krieg zu gewinnen? Dabei hatte Hitler Herrn Chamberlain ausdrücklich versichert, daß er, solange verhandeln wird, auf keinen Fall irgendeinen Marschbefehl erteilen werde. Das alles ist in den Dokumenten 1031, 1035, 1044, 1046 und 1033 on British Foreign Policy im Band II nachzulesen.

Um 16.00 Uhr des 23. 9.1938 gab der schwächliche Chamberlain dem Drängen der Kriegstreiber nach und gab seine Zustimmung zur tschechischen Generalmobilmachung, *ohne Hitler davon zu unterrichten.* Perfides England! Kurz zuvor hatte Hitler noch von der Erschießung von 12 Geiseln berichtet. Diese Mobilmachung, die 1,5 Millionen Tschechen und Slowaken zu den Waffen rief, hat dann die Godesberger Konferenz unter dem Druck *dieser Drohung* zum Scheitern gebracht. Nicht Hitler, sondern die Engländer und Franzosen selbst waren die Verursacher. Da die Hintergründe verschwiegen und derzeit unbekannt waren, ergoß sich nunmehr, wie eingeplant, die Weltpresse in Schmähungen und machte Hitler für das „Scheitern einer friedlichen Lösung" verantwortlich.

So einfach ist das mit Hilfe einer bewußt falsch informierten „Freien Presse", verantwortungslos Kriegshetze zu treiben. Die Deutschen aber müssen noch heute für dieses ränkevolle Spiel büßen und tun das umso intensiver, weil sie sich auch heute noch von ihrer eigenen Regierung belügen lassen. Ist es nicht merkwürdig, daß noch heute niemand von der verbrecherischen Rolle eines Kriegstreibers vom Schlage Halifax spricht, der seine dunklen Geschäfte aus dem Hintergrund besorgte.

Aus den Memoiren von Eduard Benesch können wir nachlesen, daß die englische und französische Regierung sehr wohl über die Verhandlungen mit den Sowjets bis ins Detail hinein informiert waren. Sie wußten auch, daß Benesch mit allen Mitteln bestrebt war, den „allgemeinen" Krieg gegen Deutschland in Gang zu bringen.

Zu dieser Zeit war ebenfalls Roosevelt als Vormann der hinter ihm stehenden Kreuzzugfahrer sein bester Kumpane, der mit Rücksicht auf Amerikas trostlose Wirtschaftslage geradezu besessen war, davon abzulenken. Er drang mit allen Mitteln darauf, sich zu einer geschichtlichen

Figur küren zu lassen, was ihm ja auch bar jeder vernünftigen Einsicht aus reinen Haßgefühlen und Geltungsdrang eines kranken Mannes zu historisch traurigem Ruhm verholfen hat. Auch wird heute noch seine verhängnisvolle Rolle bei der Lösung der Sudetenkrise nicht erkannt. Er war es, der am 26. 9. sowohl Hitler wie Benesch, Chamberlain und Daladier aus heute mehr und mehr erkennbaren Gründen zu einer internationalen Konferenz zur Sudetenfrage gedrängt hatte, der aber nach dem Abschluß des Münchener Abkommens der erste war, der lauthals in die Welt schrie und von Verrat sprach. Warum sind alle diese Dokumente noch unter Verschluß und werden nicht ausgewertet? Befürchten etwa Amerika mit der Preisgabe um die Geheimnisse ihres zwielichtigen Roosevelt etwa vom amerikanischen Image für Freiheit und Demokratie einige Einbußen hinnehmen zu müssen, wie das heute weltweit durch Indochina, Kambodscha, Persien und Afghanistan geschehen ist, von der Watergate-Affäre ganz zu schweigen?

Sowohl für Benesch als auch für Roosevelt gibt es inzwischen einige Quellen und Hinweise, daß beide sich in ihrer Grundeinstellung und hinsichtlich ihres gemeinsamen Strebens nach einer weltweiten kriegerischen Auseinandersetzung sehr ähnlich waren und dieses Ziel planmäßig mit allen Mitteln und Intrigen auch fertig gebracht haben.

H. E. Barnes berichtet in „Entlarvte Heuchelei" auf Seite 118 und 127, „daß Roosevelt seine wichtigsten Entscheidungen oft insgeheim fällte und ohne sich mit seinen Kabinettsmitgliedern zu beraten."...

„Wir haben mittlerweile einige Hinweise, die alle in die gleiche Richtung zielen, nämlich, daß Roosevelt das Münchener Übereinkommen nicht als eine endgültige Regelung mit Hitler ansah, sondern glaubte, daß es in nicht allzu weiter Ferne zum Kriege führen könnte. Deshalb setzte er seine Pläne für ein großangelegtes Bewaffnungsprogramm mit besonderem Nachdruck auf Flugzeuge fort, die helfen würden, England und Frankreich kriegsstark zu machen und die Vereinigten Staaten für eine etwaige Einbeziehung in den bevorstehenden Krieg vorzubereiten."

Die Hoffnung auf einen allgemeinen Krieg dokumentiert auch Benesch am 22. 9. in einer Rundfunkrede, in der es heißt: „Einem Krieg mit Hitlers Deutschland ist unmöglich zu entrinnen. Es kommt entweder jetzt oder später dazu. Ich wünsche ihn mir sofort. Die Pflicht unserer Regierung ist es, den Staat zu erhalten bis zu dem Augenblick, da es zu einer weiteren Krise mit Deutschland kommt. Dieser Krieg ist unvermeidlich, und in ihr wird es zu einem allgemeinen Krieg kommen, der uns alles wieder zurückbringen wird, was wir jetzt verlieren würden." Einen Tag später sagt er: „Ich berief die Regierung mit Vertretern der politischen Parteien und der Armee auf den Hradschin und forderte die Zustimmung zur Mobilmachung, indem ich ihnen nicht verheimlichte, daß ein allgemeiner europäischer Krieg, in welchem Frankreich, die Sowjet-

union und auch Großbritannien an unserer Seite stehen würden, in wenigen Tagen ausbrechen werde..."

„Ich war überzeugt, daß es zu einem allgemeinen Krieg mit Deutschland kommen müsse."

Hier wird es klar ausgesprochen. „Ich wünsche mir den Krieg sofort." Nicht *ein* Wort solcher Art ist jemals aus dem Munde von Hitler gekommen. Was wären die Nürnberger Richter froh gewesen, wenn man sich solch kompetenter Worte Hitlers hätte bedienen können. Da man sie nicht fand und die offiziellen Dokumente, die genau Gegenteiliges aussagten, unter Verschluß hielt, mußte man sich gefälschter Dokumente wie im Falle des Hoßbach-Protokolls bedienen, die als solche längst nachgewiesen sind. So gewissenlos sind heute unsere „Vergangenheitsbewältiger".

Das Dokument 1068 Vol. II DBFP 1919-1939 beweist die Ansicht Chamberlains, daß er über die beunruhigende jüngste Entwicklung der Lage genau im Bilde war. Bei diesem Dokument handelt es sich um ein Memorandum, das er noch am 24. September von Bad Godesberg ohne Eingriff seines Außenministers Halifax an den englischen Gesandten in Prag, Newton, geschickt hat: „Die Berichte über Zwischenfalle im Sudetenland, die von Stunde zu Stunde zahlenmäßig anwachsen, zeigen, daß die Situation für die sudetendeutsche Bevölkerung völlig untragbar und infolgedessen eine Gefahr für den Frieden in Europa geworden ist. Es ist daher wesentlich, daß die Abtretung des Sudetenlandes, der die Tschecho-Slowakei zugestimmt hat, ohne Verzögerung vollzogen wird." Also war Chamberlain nicht nur mit der Zustimmung des britischen Kabinetts, sondern auch mit der tschechischen Zusage der Abtretung der Sudetengaue nach Bad Godesberg gefahren. Nur eine Genehmigung der durch Halifax in Gang gebrachten Mobilmachung, die dann schließlich auch von Chamberlain gutgeheißen wurde, hatte wieder Sand ins Getriebe gebracht, wobei die Sowjets eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Der sowjetische Botschafter I. M. Maisky schreibt darüber auf Seite 78 „Wer half Hitler?": „Die tschechisch-slowakische Regierung lehnte am 22./23. 9. 1938 das ‚Godesberger Programm' Hitlers ab. Bei dieser Entscheidung der Tschecho-Slowaken spielte die wenige Tage vorher von sowjetischer Seite erhaltene Zusicherung eine Rolle, der Tschecho-Slowakei in jedem Fall Hilfe zu leisten, auch im Falle eines Verrates von Seiten Frankreichs." In diesem Zusammenhang erscheint auch der von den Sowjets herausgeforderte Präventivkrieg Hitlers im Jahre 1941 in einem völlig anderem Licht. Es ging hier nicht primär um die Eroberung Rußlands, wie die Geschichte es immer hinzustellen beliebt, sondern vorrangig um die Zerschlagung der zum Einfall in Europa aufmarschierten russischen Armee, so wie Hitler 1940 durch die

Besetzung Norwegens der gleichen Absicht Churchills nur um wenige Stunden zuvorgekommen war.

In dieser Lage hielt Hitler am 26. September seine bekannte Rede im Sportpalast in Berlin: „Angesichts der Erklärung Englands und Frankreichs, sich nicht mehr für die Tschecho-Slowakei einzusetzen, wenn nicht endlich das Schicksal dieser Völker anders gestaltet würde und die Gebiete freigegeben würden, fand Benesch einen Ausweg. Er gab zu, daß diese Gebiete abgegeben werden müssen. Das war seine Erklärung! Aber was tut er? Nicht das Gebiet trat er ab, sondern die Deutschen treibt er jetzt aus!

Und das ist jetzt der Punkt, an dem das Spiel aufhört! Herr Benesch hatte kaum ausgesprochen, da begann er seine militärische Unterjochung - nur noch verschärft - aufs neue. Wir sehen die grauenhaften Ziffern: an einem Tag 10000 Flüchtlinge, am nächsten 20000, einen Tag später schon 37 000, wieder zwei Tage später 41000, dann 62 000, dann 78000, jetzt sind es 90000,107000,137000 und heute 214000."

Es ging also nunmehr um die Lösung des Problems aus den Augen der Tschechen gesehen um die brutale Austreibung und Ausmerzung des Deutschtums. Man wußte in Prag und in den anderen europäischen Großstädten sehr wohl, daß den Tschechen mit ihrer sogenannten „friedliebenden und demokratischen" Politik in den 20 Jahren ihres eigenstaatlichen Bestehens nicht gelungen, ja nicht einmal gewollt war, die Nationalitätenfrage anzufassen, geschweige denn zu lösen. Sie wußten sehr genau, daß sie sich in den Augen der Weltöffentlichkeit ins Unrecht gesetzt hatten. Sie wußten aber auch, daß eine geforderte Volksabstimmung trotz ihrer gegenteiligen Behauptung sie in aller Öffentlichkeit ins Unrecht setzen würde. Aus diesem Grunde wurde diese Abstimmung mit der Begründung abgelehnt:
„Eine Volksabstimmung würde den Zerfall des Staates und Bürgerkrieg bedeuten." Diese Behauptung von Benesch wurde mehrfach wiederholt, wie das britische Dokument 888 ausweist.

Die Wahrheit ist - und das muß vor der Geschichte eindeutig festgehalten werden -, daß die vorgesehene Abtretung der Sudetengaue schon am 19. September in Verhandlungen der Westmächte mit der Prager Regierung abgesprochen und von ihr auch hingenommen worden war. Die Tschecho-Slowakei hatte also ohne Hinzuziehung Hitlers bereits kapituliert. Das aber hätte sie nie getan, wenn sie auch nur im geringsten von der Rechtmäßigkeit ihrer Ansprüche überzeugt gewesen wäre. Bei einem reinen Gewissen hätte sie dem französisch-englischen Drängen trotzig die Stirn geboten. Die Tschecho-Slowakei unter Benesch und Hodscha, als einem früheren Mitarbeiter des in Sarajewo ermordeten österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand waren in Wirklichkeit

nie so recht überzeugt von der Lebensfähigkeit der Tschecho-Slowakei, wie der Biograph Feiling in seinem Buch „The life of Neville Ghamberlain" nachweist. In Wahrheit wollten beide nicht für die Erhaltung der Tschecho-Slowakei kämpfen. Deshalb kapitulierten sie bereits eine Woche vor München. Aus diesem Grunde ist auch die heute noch verbreitete These, daß dieser Staat durch München zerstört worden sei, schlicht falsch.
In dieser spannungsgeladenen Zeit war es Hitler, der seine Nerven behielt. Das natürlichste der Welt wäre gewesen, daß er mit der deutschen Wehrmacht den von den Tschechen brutal verfolgten Sudetendeutschen mit dem Einmarsch zur Hilfe gekommen wäre. Nicht er, sondern Herr Benesch war der eindeutige Aggressor, der diese mörderischen und untragbaren Zustände in Gang gebracht hatte. Aber er tat es nicht. Er unterwarf sich geduldig wartend demokratisch dem gemeinsamen Schiedsspruch der Engländer, Franzosen und Italiener, wobei er nur für Großdeutschland sprechend der Vierte im Bund war.
Ich erinnere mich noch sehr gut dieser mit höchster Spannung geladenen Atmosphäre. Ich war als junger Kompaniechef des Kolberger Regiments 4 zur Wehrmachtsvorführung mit anschließender Parade vor dem Führer auf dem überaus beeindruckenden Reichsparteitag in Nürnberg gewesen. Typisch für die damalige Situation war, daß wir zur gleichen Zeit, in der die Tschechen verrückt spielten, mit großen Truppenverbänden, unsere Waffen zu Hause zurücklassend, zur friedlichen Feier des Parteitages fuhren. Nach den für uns einmaligen Feierstunden vernahmen wir die warnenden Worte Hitlers, frei von jeder Hetze, dem Ernst der Stunde angemessen. Wir waren sichtlich beeindruckt, aber auch empört über den unverschämten Chauvinismus der Tschechen. Wir fuhren per Bahn verladen friedlich wieder in unsere Heimat Kolberg zurück. Kein Mensch zeigte irgendeine 'Art 'Hysterie, Wir sagten uns, der Führer wird es schon recht machen. Wir wunderten uns nur, daß wir trotz der tschechischen Mobilmachung immer noch friedlichen Garnisonsdienst ableisteten. Deshalb wunderten wir uns auch nicht über den 29. und 30. September über die in München einberufene Konferenz und konnten den überwältigenden Empfang der Staatsmänner Chamberlain, Daladier und Mussolini am Radio und in den Wochenschauen miterleben. Wir kamen gar nicht auf den Gedanken, daß es Hitler nicht gelingen werde, auch diese uns aufgezwungene Situation mit friedlichen Mitteln zu lösen. So sehr uns jungen Offizieren der zu witternde Pulverdampf auch gereizt hätte, so sehr waren wir auch überzeugt, daß es dem Willen und dem Geschick Hitlers gelingen werde, eine angemessene friedliche Lösung der Sudetenfrage und damit eine weitere Bereinigung der Verträge von Versailles und St. Germain zu erreichen. Und so war es dann auch.

Vor allem waren wir alle davon überzeugt und ich bin es heute noch, daß es sich hier um einen historisch gerechten Anspruch des Reiches handelte, der uns wieder einen Schritt weiter weg von den entehrenden verbrecherischen Friedensverträgen von Versailles und St. Germain brachte. Und wenn ich heute immer wieder lese, daß dieses Treffen nur auf Druck von Hitler zustandegekommen sei, so kann ich darüber nur lachen. Aber selbst wenn das so gewesen sein sollte, warum eigentlich sollte man Hitler daraus einen Vorwurf machen, wenn er sich mit der ganzen Entschlossenheit seiner Persönlichkeit für das legitime Recht seiner mißhandelten Brüder und Schwestern in immer deutsch gewesenen Sudetenlanden einsetzte. Wenn er dabei als Nichtpazifist mit seinem Schwert rüttelte, so ist das in Anbetracht des Ernstes der Lage ein gängiger Brauch gerade der Mächte gewesen, die sich Weltreiche zusammenerobert haben. Also nichts außergewöhnliches! Vor allem haben Leute wie Churchill und Eden kein Recht, dies zu kritisieren, denn sie haben eh und je diese Methoden erfolgreich angewandt. Herr Churchill zum Beispiel im Burenkrieg, Herr Eden noch einmal 1953 bei der widerrechtlichen Landung mit den Franzosen zusammen in Port Said. Solche Argumente ziehen nicht und sind geradezu lächerlich.
Die Münchener Konferenz war entgegen der heute verfälschten Darstellungsweise geradezu ein beispielhaftes Muster, um strittige Spannungsherde am Konferenztisch auszuräumen. Es war eine Musterkonferenz, die unter Einhaltung aller internationalen Bestimmungen, Gebräuche und Gepflogenheiten zustande kam und auch so durchgeführt wurde. Die von Herrn Roosevelt aus fadenscheinigen Gründen seiner Hintermänner in die Welt gesetzten Thesen von der „Überrumpelung friedlicher Demokratien" entsprechen nicht den historischen **Tatsachen,** sie sind schlichtweg infame Lügen. Nie haben Chamberlain, Daladier oder gar Mussolini behauptet, sie seien überrumpelt oder gar gedemütigt worden. Das ist geradezu absurd und sind bewußt erlogene Propagandathesen und Erfindungen der altbekannten und bewährten Kriegstreiber vom Schlage Roosevelts und Churchills. Wie wir wissen, haben beide sogar der Konferenz zugestimmt, ja sie sogar mitveranlaßt, aber nicht um des Friedens willen, sondern ausschließlich, um Zeit für die Vollendung ihrer Aufrüstung und Einkreisungspolitik zu gewinnen.

Die Münchener Konferenz - Höhepunkt des Erfolges Adolf Hitlers - Die große Hoffnung für Europa

Das Auswärtige Amt berichtet in Nr. 2 der Dokumente der Vorgeschichte des Krieges 1939: „Nach der Münchener Konferenz fand auf Vorschlag von Chamberlain am 30. September 1938 in der Privatwoh-

nung Hitlers in der Prinzregentenstraße in Gegenwart des einzigen Zeugen, des Dolmetschers Paul Schmidts eine Art Abschlußbesprechung statt.

Bei der Erörterung der politischen Lage erklärt Hitler, die schwierigste von allen Fragen sei nunmehr gelöst. Auf die Befürchtung Chamberlains, die Tschechen könnten trotz des Abkommens Widerstand leisten und damit Luftangriffe auf Frauen und Kinder auslösen, entgegnete Hitler spontan: „daß ihm der Gedanke, Säuglinge von Gasbomben getötet zu sehen, verhaßt sei". Dieser Hinweis von Chamberlain entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie; denn ihm war wohl bekannt, daß im Gegensatz zur deutschen Luftwaffe die englische davon ausging, bei Kriegsverhandlungen gegen Deutschland gezielte und massierte Luftangriffe gegen Wohnzentren zu fuhren.

Hitler waren zu diesem Zeitpunkt solche vorgesehenen, gegen die Genfer Convention verstoßende Planungen der Engländer unbekannt.

Sodann sprachen beide Staatsmänner über eine erforderliche Begrenzung der Rüstung, für die die Zeit günstig sei. Hitlers Hauptsorge galt bei diesem Gespräch der Sowjetunion und der kommunistischen Ideologie, die für Europa eine tödliche Gefahr bedeute. In diesem Zusammenhang mache ihm insbesondere die unklare Haltung der Polen gegenüber den Sowjets Sorgen, da sie sich nicht fesdegen wollen. „Polen läge zwischen Deutschland und Rußland und habe keine Vorstellung von Deutschlands Widerstandskraft."

Sodann wurden Wirtschaftsfragen angeschnitten, bei denen die Auffassungen weit auseinandergingen, da Hitler im Gegensatz zu Chamberlain nichts von internationalen Anleihen zur Belebung des Handels und einheitliche Zolltarife allen Staaten gegenüber hielt! Bekanntlich hatte Hitler es vorgezogen, besonders mit den Balkanländern zweiseitige, auf Gegenseitigkeit beruhende, erfolgreiche Handelsverträge abgeschlossen.

Kurz vor Beendigung dieser Unterredung machte Chamberlain spontan Hitler den Vorschlag, eine von ihm vorbereitete Freundschaftserklärung zwischen beiden Ländern zu unterzeichnen. Sie lautete:

„Wir, der deutsche Führer und Kanzler und der britische Premierminister haben heute eine weitere Besprechung gehabt und sind uns in der Erkenntnis einig, daß die Frage der deutsch-englischen Beziehungen von allerersten Bedeutung für beide Länder und für Europa ist.

Wir sehen das gestern abend unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Hottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unser beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen.

Wir sind entschlossen, auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln und uns weiter zu bemühen, etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten

aus dem Wege zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens in Europa beizutragen."

Hitler ließ sich die beiden englisch ausgefertigen Erklärungen übersetzen, war sofort einverstanden und unterschrieb mit Chamberlain gemeinsam beide Schriftstücke. Keiner war über diese Erklärung zufriedener und glücklicher als Adolf Hitler. Ich erinnere mich noch, wie jeder Deutsche aufatmete und glücklich und froh über eine wirkliche Sternstunde der Geschichte war. Ich wüßte nicht, ob jemals ein ähnlicher Augenblick die Gemüter der Bürger der Bundesrepublik, der so wichtig und von entscheidender Bedeutung war, bewegt und fasziniert hat wie damals. Wir alle wußten um das zähe und geduldige Liebeswerben Hitlers um England. Wir alle hofften, daß nunmehr der Weg für eine friedliche Zusammenarbeit zweier Brudervölker zum Nutzen Europas frei sein werde. Dieser Eindruck wurde noch verstärkt, als man in den Wochenschauen den begeisternden Empfang Chamberlains bei seiner Ankunft auf dem Londoner Flughafen miterleben durfte. Ich sehe noch wie heute, den englischen Premierminister das Freundschaftspapier in der Hand schwenkend unter stürmischen Ovationen sein Flugzeug verlassend die beiderseitige Erklärung verlesen.

Ein Höhepunkt der Zuversicht und der Begeisterung wurde fast in jedem deutschen Menschen erweckt, als dieses Papier im einzelnen bekannt wurde. Jedes Wort war jedem Deutschen aus dem Herzen gesprochen. Man hatte das Gefühl, zwei aus einer Familie stammende Brüder haben endgültig einen Schlußstein unter ihre ständige Rivalität zum Nutzen des Ganzen, eines starken Europas, gesetzt. Wir glaubten nunmehr an ein tätiges Erwachen des Abendlandes. Hans Grimm hat uns das Bewegende in seiner geschliffenen Sprache so eindrucksvoll, wie kein anderer, in seiner „Erzbischofschrift" wie folgt überliefert:

„Ich weiß in meinem Leben von keiner einzigen politischen Nachricht, die soviel Hoffnung, ja soviel Gehobenheit und tiefes Dankensgefühl bei allen unruhigen Menschen guten Willens in meinem Vaterland ausgelöst hätte.

Unendlich Großes schien gewonnen für Europa und für den Humanismus', das dunkle Fragezeichen von dem ersten Schritt hinein in eine gelungene Zeiten- und Menschenwende schien beseitigt. Frei von dem Alpdruck eines deutsch-englischen Mißverständnisses ließ sich statt des drohenden Abstiegs ein Aufstieg der Menschheit erwarten. Dem Wort aus der Offenbarung Johannis: Ich sah einen neuen Himmel und die Erde verging, und das Meer ist nicht mehr! schien eine beginnende Erfüllung beschieden.

Deutsche Sondervorteile? Nein, die erwarteten wir gewiß nicht. Wir konnten erwarten, wenn von besonderem Vorteil gesprochen werden soll, daß nunmehr der Ausgleich der englischen und deutschen Meinun-

gen doch fortschreiten werde, der Nationalsozialismus seine innere Härten nicht mehr nötig haben und unter dem englischen Einfluß seine Übersteigerungen beseitigen lassen werde...

Wir hofften auch für unser Volk wie für die Angehörigen anderer Völker, daß unabhängig von allen politischen und angeerbten Grenzen jeder Mann und jede Frau ein unverstümmeltes Recht auf vollen Gebrauch der ihnen von Gott verliehenen Gaben und auf die Pflege der Muttersprache und den eigenen Glauben in nicht allzu ferner Zukunft finden werde...

Wir sahen in Gedanken jene bessere Irdischheit sich erfüllen, nach deren Gelingen die Menschen auf dem Wege über die Kirchen fast 2000 Jahre umsonst gestrebt hatten.

Wir erwarteten, das zahllose große und kleine Ungelöste werde seine Lösung finden, es werde nunmehr die Technik wieder von der Metaphysik eingeholt werden; es werde der Ausgleich entdeckt zwischen Masse und Schöpfertum; es werde die Judenfrage der Welt durch einen ausreichenden Judenstaat eine endlich saubere Beseitigung finden. Die allgemeine Rüstungensbeschränkung, die Verpflichtung gegen den Bombenabwurf, das Aufhören der Flugzeuge als Mittel des Kampfes werde gelingen. Nichts schien mehr unmöglich, wo England und Deutschland zusammenkämen, das hungrige, ewig gegen Unfertigkeit protestierende Deutschland und das konservative, das Sicherheit gewohnte, das rassisch soviel gesündere England...

Ich werde nie das Fieber vergessen, darin ich und andere auf die Rundfunkmeldungen nach dem Chamberlain-Hitler-Abkommen warteten, auf Rundfunkmeldungen aus England und dem Ausland und weiter von Tag zu Tag auf die mit der Post eintreffende „Times", deren eingetragener Besteller und Leser ich seit Jahr und Tag war. Ich fuhr auch in die Umgebung, um andere englische Zeitschriften und Bildberichte einsehen zu können. Ich wollte frei von irgendeinem Einfluß nationalsozialistischer Propaganda erkennen, was sie draußen sagten und was sie draußen dächten...

Die glückliche Hoffnung dauerte bis nach dem Bilde vom Eintreffen Chamberlains mit seiner Begleitung auf dem Flugplatz in England, bis nach seiner glücklichen Erklärung nach der Landung, bis jenen ersten Begrüßungsworten der „Times" an den heimkehrenden Chamberlain, die da lauteten: „Kein Eroberer, der von einem Sieg auf dem Schlachtfelde zurückkehrte, ist mit edleren Lorbeeren heimgekommen als Chamberlain gestern nach München.

Dann - von der Ankunft in Londen an - begannen auf ihn und seine Leute und die Deutschen, die Kaltwasserstrahlen gerichtet zu werden.

In den ersten Oktoberwochen des Jahres 1938 sank die stärkste Hoffnung für ein allgemeines und frühes europäisches menschliches Gelin-

gen, die ich je in meinem Leben hatte, in sich zusammen. Das Trommelfeuer des Aberglaubens und Argwohns in England war wiederum zu groß.

Aus dieser Lage heraus muß die Erklärung des nationalsozialistischen Reichsführers, des Deutsch-Österreichers Hitler, vom 9. Oktober 1938 in Saarbrücken verstanden werden: Die Staatsmänner, die uns gegenüberstehen, wollen den Frieden. Das müssen wir Ihnen glauben. Allein sie regieren in Ländern, deren innere Konstruktion es möglich macht, daß sie jederzeit abgelöst werden können, um anderen Platz zu machen, die den Frieden nicht so sehr im Auge haben. Und diese anderen sind da. Es braucht in England nur statt Chamberlain Herr Duff Cooper oder Eden oder Herr Churchill zur Macht kommen, so wissen wir genau, daß es das Ziel dieser Männer wäre, sofort einen neuen Weltkrieg zu beginnen. Sie machen gar kein Hehl daraus, sie sprechen das offen aus...

Das verpflichtet uns, wachsam und auf des Reiches Schutz bedacht zu sein. Jederzeit zum Frieden bereit, in jeder Stunde auch zur Abwehr bereit."

Hier fügt Hans Grimm hinzu: „Ich hatte seit Jahr und Tag vermieden, irgendeine Rede des ‚mein Inneres störenden' Mannes Hitler mit anzuhören. Ich muß diesen seinen Worten zustimmen und muß mich im Stillen und voll Bitterkeit bei ihm entschuldigen, denn er hatte jetzt recht, mochte man seine eigentümliche Wesensart sonst ablehnen, ja selbst verabscheuen, er hatte recht, Gott sei's geklagt, recht."

Hier erkennt man die innere Erschütterung Hitlers, als er die riesengroße Gefahr erkannte, daß er sein traumhaftes, für eine Generation angelegtes Europäisches Werk durch den Umfall Englands gefährdet sah. Hatte er doch noch immer die Stimme des damals scheinbar wohlmeinenden Halifax gelegentlich seines Besuches in Berchtesgaden 1937 im Ohr: „England sei stillschweigend bereit, Deutschland im Osten die nötige freie Hand zu lassen." Auch das deutsch-englische Freundschaftsabkommen hatte ihn ermutigt, daran zu glauben, daß England und Frankreich ihm dabei nicht in den Arm fallen werden.

Wenn es in der Folgezeit noch mehrere Münchener Abkommen gegeben hätte und die verantwortlichen Staatsmänner nach diesen Grundsätzen gehandelt hätten, wären niemals so verwerfliche für den Ruf dieser Staatsmänner so abträgliche Konferenzen wie Jalta, Teheran und Potsdam möglich gewesen. Auch Herr Chamberlain dreht den Spieß um, wenn er später über die Münchener Konferenz von einer „beleidigenden Überraschung" spricht, so ist das auch historisch falsch und unehrenhaft. Hitler hätte ein Recht gehabt, von einer „beleidigenden Überraschung" für Deutschland zu sprechen, als er wenig später vom offensichtlichen Bruch des Freundschafts- und Konsulationsabkommen

durch Herrn Chamberlain erfuhr. Daß sich die späteren Sieger solcher Lügen zur eigenen Rechtfertigung bedienen, mag noch verständlich erscheinen. Das aber wir Deutsche mit unserem unbewältigten Vergangenheitsmasochismus das gleiche tun und dementsprechend unsere Kinder verbilden, ist ein bedauernswerter Zustand einer Unterwerfungsperiode der vorübergehen wird und muß.

Mir liegt das Buch des bekannten deutsch-amerikanischen Professors Dr. Austin App, „The Sudeten-German Tragedy" vor, einem bewährten Vorkämpfer für die Menschenrechte. In diesem Buch stellt er fest, daß schon zu Zeiten Casars das ganze Gebiet von Böhmen und Mähren von Germanen bewohnt war, und daß erst zwischen dem 6. und 10. Jahrhundert slawische Stämme, Tschechen und Slowaken, als Kolonisten eingewandert sind. Seit der Gründung des ersten Deutschen Reiches gehörte die Urbevölkerung dazu. Prag war die erste deutsche Universitätsstadt. Bis 1918 gehörte Böhmen-Mähren zur Habsburger Monarchie."

Er schreibt dann weiter: „Wenn jetzt in den westlichen Ländern mit der Parole ‚Nie wieder München!' proklamiert wird im Sinne: ‚Nie wieder einen Vertrag unter Druck!' - so ist das, auf das Münchener Abkommen bezogen, völlig unberechtigt"

Es heißt dann weiter im Deutschen Anzeiger vom 26.10.1979 veröffentlicht: Zunächst ein Zitat des britischen Professors A.J.P. Taylor, der als Historiker bestimmt nicht deutschfreundlich ist, aber sich um die historische Wahrheit bemüht: „Das Münchener Abkommen... war ein Triumph für jeden, der die gleiche Gerechtigkeit für alle Völker lehrt, ein Triumph für diejenigen, welche die Härte und die Kurzsichtigkeit von Versailles ablehnten...

Nicht das Münchener Abkommen stürzte die Welt in den zweiten Weltkrieg, sondern die Weigerung der Westmächte, das in München angewandte Verfahren zur friedlichen Wiederherstellung des Rechtes auf Danzig anzuwenden."

Wo die wahren Kriegstreiber nun wirklich saßen, erhellen einige Aussprüche der Hauptakteure der sogenannten friedlichen Demokratien. Der Heuchler und Kreuzzügler Roosevelt, der seinen Kollegen Chamberlain und Daladier noch am 26. 9. in einer Botschaft die Abtretung des Sudetenlandes empfohlen hatte, lud nach der Ratifizierung des Münchener Abkommens „allgemein den Schimpf" auf Chamberlain ab und ermutigte gleichzeitig London, Paris und auch Warschau „Deutschland gegenüber eine Stellung einzunehmen, die möglicherweise oder gar sicherlich zum Kriege führen mußte." (Barnes „Entlarvte Heuchelei" S. 127 und 110)

Über das zwiegesichtige England berichtet K. Zentner in „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 55: „Dennoch verkünden Eng-

land und Frankreich am nächsten Tag (Münchener Abkommen) die Mobilmachung. Der Krieg steht unmittelbar bevor. In London werden Luftschutzmaßnahmen ergriffen, überall fahren Flakbatterien auf. 10 000 von Kindern werden sofort aus London evakuiert. Krankenhäuser werden in aller Hast geräumt.
In Paris werden Luftschutzgräben ausgehoben, Sandsäcke erscheinen vor den Schaufenstern der Geschäfte. Die aus der Stadt herausfahrenden Eisenbahnzüge werden gestürmt, und sind bald vollkommen überfüllt. Das Gedränge von flüchtenden Kraftwagen verstopft die Ausfallstraßen. Die Menschen rechnen mit deutschen Bombenangriffen, die Ihnen ihre Zeitungen schon jahrelang in den schlimmsten Farben ausgemalt haben, schon zu einer Zeit, als es in Deutschland überhaupt noch keine Bombenflugzeuge gab, Panik ergreift die Menschen."
Winston Churchill: „Man dürfte Hitler nicht so ohne weiteres davonkommen lassen. Hitler habe englische Zugeständnisse mit vorgehaltener Pistole erpreßt." (Prof. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 255)
Der tschechische Gesandte in London: „Churchill rät und schwört nach Beratung mit seinen Leuten, wenigstens 48 Stunden die vitalen tschechischen Befestigungen nicht aus der Hand zu geben. Er ist überzeugt, daß hier eine große Reaktion gegen den an uns verübten Verrat anhebt und wächst." (F. Lenz „Zauber um Dr. Schacht" S. 45)
Noch deutlicher wird der französische Botschafter in Berlin, François Poncet zu seinem tschechischen Kollegen A. Matny, unmittelbar nach der Unterzeichnung des Münchener Abkommens: „Glauben sie mir, alles das ist nicht endgültig. Es ist nur ein Augenblick in der Geschichte, die jetzt beginnt und nun bald alles in Frage stellen wird." (François Poncet „Als Botschafter in Berlin" S. 339)

Das Schicksal will es, daß Benesch nach dem Krieg aus seinem Asyl zurückkommend in Prag erklären kann: „Ist es nicht schön? Die einzige nicht zerstörte mitteleuropäische Stadt. Und alles mein Werk!" (Taylor S. 185)
Wie Chamberlain trotz des abgeschlossenen Freundschaftsvertrages dachte, wurde bereits Hitler gleich nach München aus einem vom Amt Göring abgehörten Telefongespräch mit Daladier mitgeteilt, „er habe den Vertrag und die Friedens- und Freundschaftserklärungen nur deshalb unterzeichnet, um Zeit für die eigene Rüstung zu gewinnen." Ist das nicht ein glatter vorsätzlicher Vertragsbruch? Handelt so ein ehrenhafter englischer Premier, dem die Begeisterung der Masse des englischen Volkes nach dem Münchener Abkommen entgegengebracht worden ist? War er nicht von seiner Regierung beauftragt, die Abtretung des Sudetenlandes zu vollziehen? Wohlgemerkt, dies alles geschah unmittelbar nach dem Münchener Abkommen, also weit bevor das Protektorat Böhmen-Mähren geschaffen wurde. Also war Chamberlain

schon zur Zeit dieses rechtmäßig zustandegekommenen Münchener Abkommens, das der Erhaltung des Friedens dienen sollte, bereit, den Krieg anzuzetteln, und das gegen den Willen seines eigenen Volkes, das erst psychologisch für diesen vorbereitet werden mußte. Herr Chamberlain darf sich einen Vertragsbruch erlauben, ohne daß die Welt aufschreit. Deutschland, das sich lediglich der Fesseln des Versailler Schandvertrages aus Selbsterhaltungstrieb entledigt, wird als Vertragsbrecher verketzert.

Noch am 17. 3.1939 hatte Chamberlain in einer Rede in Birmingham erklärt: „Nicht eine Stimme der Kritik erhob sich, als ich zuerst bekannt gab, daß ich nach München gehen werde. Jedermann zollte diesem Versuch Beifall."

Gründung des Protektorats Böhmen-Mähren

In den heutigen Massenmedien und der gewohnten Darstellung der Ereignisse des Jahres 1939 wird immer der Standpunkt vertreten, daß Hitler mit dem Einmarsch in Prag und der damit verbundenen Auflösung der Tschecho-Slowakei seine beabsichtigten Eroberungspläne begonnen und damit seine Erklärung, keine territorialen Forderungen zu haben, gebrochen hat. Dies ist eine ebenso oberflächliche Propagandathese wie eine bewußt falsch dargestellte Kette von zwangsläufigen Ereignissen, die am allerwenigsten Hitler verursacht hat.

Mit dem Münchener Abkommen waren keinesweg die Spannungsfelder, die sich aus der Nationalitätenfrage ergaben, ausgeräumt worden. Aus diesem Grunde hatten sich auch die in München am Verhandlungstisch sitzenden Mächte nicht zu einer Garantie der neugeschaffenen Grenzen durchringen können. Die stärkste Gruppe, die Sudetendeutschen, waren zwar in ihrer Masse aus dem vielschichtigen Nationalitätenstaat ausgeschieden, dagegen mußten nunmehr die Slowaken, die Karpato-Ukrainer, die Ungarn, und die Polen sich noch mit den chauvinistischen Tschechen in Prag einigen. Man hätte eigentlich annehmen müssen, daß nach den jüngsten negativen Erfahrungen die Prager Regierung hinsichtlich der verbliebenen Minderheiten nun mehr Verständnis und Entgegenkommen zeigen würde. Aber unbelehrbar, geschah nichts oder zu wenig.

Wenn auch die Tschecho-Slowakei als Staat bestehen blieb, auch die Bündnissysteme mit den Franzosen und den Sowjets, so waren doch die starken gegen Deutschland gerichteten Befestigungsanlagen fortgefallen, so daß Prag in seiner Verteidigungsfähigkeit eine nicht unerhebliche Schwächung erfahren hatte. Umso mehr bestand für die Tschechen der Zwang und die Notwendigkeit, sich mit den vielen Minderheiten gütlich

zu einigen, indem ihnen partnerschaftliche Rechte eingeräumt worden wären. Hitler sah das auch, er hatte keinerlei Ressentiments gegen die Tschechen, ihm lag an einer friedlichen Zusammenarbeit. Außenpolitisch konnte sich die Tschecho-Slowakei nur enger an Deutschland anschließen, da sie von ihren Freunden, Frankreich und England, im Stich gelassen worden war. Hitlers einzige Sorge war nur, daß das „Flugzeugmutterschiff" weder von den Sowjets noch von den Franzosen wieder reaktiviert wurde.

Alle Unterstellungen, daß Hitler auf die Einverleibung Böhmens und Mährens hinaus wollte, um sich damit eine „Plattform für einen Angriff gegen Polen" zu schaffen oder um gemäß Churchills Hetztiraden ans „Schwarze Meer" vorstoßen zu können, sind nichts als Legenden.
Mit München waren also die innerpolitischen Konfliktstoffe keineswegs ausgeräumt. Der Zerfall dieses Vielvölkerstaates kam von innen heraus ohne Zutun Hitlers. Schon vor dem Münchener Abkommen haben die Slowaken und Karpato-Ukrainer ihre Selbständigkeit gefordert. Dies geschah bereits am 30. Mai 1938 zum Jahrestag des Pittsburger Vertrages. Dieser Vertrag war schon vor Beendigung des Weltkrieges von dem späteren ersten Staatspräsidenten und einigen slowakischen Emigranten in der USA zur Überraschung der Weltöffentlichkeit abgeschlossen worden. Sein Verhalten hatte damals Überraschung und besonders bei den Slowaken Proteste ausgelöst, weil man die Emigranten nicht für befugt hielt, über die Köpfe der Betroffenen hinweg so weitreichende Entscheidungen zu treffen.

Um gegenüber dem amerikanischen Präsidenten diese Exilstaatsgründung nicht scheitern zu lassen, waren sich Slowaken und Tschechen so weit entgegengekommen, daß den Slowaken eine Sonderstellung in Aussicht gestellt wurde, spätestens in zehn Jahren über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden. Dieser Sachverhalt sollte in der Verfassung verankert und der zu gründende Staat föderativ regiert werden. Diese Zusagen wurden aber 1919 bei der Gründung der Tschecho-Slowakei von den Tschechen keineswegs eingehalten und die wesentlichen Klauseln des Pittsburger Vertrages mißachtet. Auch die Alliierten zeigten sich hinsichtlich der versprochenen Beachtung einer föderativen Verfassung desinteressiert. So konnte es nicht ausbleiben, daß sich die Spannungen zwischen Tschechen und Slowaken auf Grund der Prager Herrschaftsansprüche in wachsendem Maße vertieften.

Ohne auch nur die geringste Einflußnahme Hitlers verlangten am 6. Oktober 1938 am 20.Jahrestag des Pittsburger Vertrages alle slowakischen Abgeordnete des Prager Parlaments mit Ausnahme der Kommunisten und der Sozialdemokraten die Autonomie ihres Landes. Schon am nächsten Tag konstituierte sich in Preßburg eine autonome Regierung, die auch vom Prager Kabinett anerkannt wurde. Das alles war

eine innerstaatliche Angelegenheit, auf die Hitler keinerlei Einfluß hatte, ja, die ihn überraschte.

Schon wenige Tage darauf geschah das gleiche mit der Karpato-Ukraine, die am 9. Oktober 1938 in Uschhorad unter Führung von Brody eine von Prag anerkannte Regierung bildete. Beide neuen Ministerpräsidenten mußten in Prag ihren Amtseid auf die Verfassung des nunmehrigen Föderativstaates leisten. Das slowakische Autonomiegesetz wurde am 22. November in Kraft gesetzt. Es kam zwar nicht allen Forderungen der Slowaken entgegen, da sich die Prager Regierung einen Teil der Hoheitsrechte vorbehielt. Immerhin hatte die slowakische Landesregierung ein eigenes Parlament mit Gesetzgebungsgewalt erhalten.

Im Frühjahr 1939 begann ein neuer Streit zwischen Tschechen und Slowaken. Der Grund lag in der Forderung der Slowaken nach mehr Einfluß und Mitspracherechten bei der Steuerverteilung, Selbstverwaltung und bei der Armee. Diese Rechte wurden ihnen verwehrt, so daß trotz Fortschritts hinsichtlich ihrer Selbständigkeitsbestrebungen die Slowakei ein zweitrangiger Staat blieb. In dieser Phase der Entwicklung hat Hitler noch versucht, den Tschechen den Rücken zu stärken, weil er durch die ständigen Gebietsansprüche der Ungarn und Polen weitere Komplikationen und Unruhen befürchten mußte. Die heute noch verbreitete Meinung, daß Hitler hinter den polnischen und ungarischen Gebietsansprüchen gestanden oder sich gar zu ihrem Sprecher gemacht hätte, ist falsch und entspricht nicht der historischen Wahrheit. Auch hat er keinen Einfluß auf die durchgeführten Landtagswahlen in der Slowakei und der Karpato-Ukraine genommen oder sie gar angeordnet.

Das Ergebnis dieser Wahlen ist immerhin sehr interessant und läßt Rückschlüsse auf die unglücklichen, fast unmögliche Konstruktion des Vielvölkerstaats der Tschecho-Slowakei zu, der sich immer als Nationalstaat darzustellen versuchte. Die Bevölkerung der Slowakei sprach sich mit 98 %, in der Karpato-Ukraine mit 92,5 % für eine autonome Regierung und damit gegen den Prager Zentralismus aus. Dieses Wahlergebnis zeigt sehr deutlich, mit welcher Leichtfertigkeit von den Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg nicht organisch zusammenhängende Völker zu einem auf Dauer nicht lebensfähigen Staatsgebilde zusammengeschlossen worden sind. Tatsächlich aber ging es ihnen nicht darum, sondern ausschließlich um eine Kränkung und Schwächung der Deutschen und der Österreicher.

Im Grunde genommen waren die Alliierten die Verantwortlichen für all das Unheil, das zwangsläufig sich daraus entwickeln mußte. Es ist zu einfach und primitiv, Hitler oder Deutschland dafür verantwortlich zu machen. Und wenn sich das deutsche Volk nicht gegen solche histori-

schen Unwahrheiten zur Wehr setzt, wird es zu einem Eunuchentum verurteilt bleiben.

Ebenso unwahr ist, daß Hitler den Slowakenführer Professor Dr. Tuka nach Berlin bestellt hätte. Er kam am 12. Feburar 1939 aus freien Stükken und aus der Sorge der sich erneut anbahnenden verhängnisvollen Entwicklung zwischen Tschechen und Slowaken. Er kam als Freund Deutschlands und mit einer ehrerbietigen Achtung und Verehrung der Person Hitlers. Vielleicht stört dieser Umstand die Vergangenheitsbewältiger. Das darf aber für die geschichtliche Forschung kein Grund sein, die historische Wahrheit zu verweigern oder gar zu verfälschen. Es ist Tatsache, daß Dr. Tuka Hitler mit „mein Führer" angeredet hat. Ebenso kann man nicht verleugnen, daß er seiner Überzeugung Ausdruck verlieh: „ein weiteres Zusammenleben zwischen Tschechen und Slowaken sei unmöglich". Auch seine Bitte ist nicht wegdiskutierbar, „daß ich nunmehr, mein Führer" - so seine Worte - „das Schicksal meines Volkes in Ihre Hände lege, das seine volle Befreiung von ihnen erwartet." Spricht so ein Staatsmann zu einem angeblichen Narren oder Verbrecher? Es muß doch schon etwas mehr Vertrauen und Respekt zu einem solchen Mann vorhanden gewesen sein, dem man das Schicksal seines eigenen Volkes überantworten will. Warum ist dieser Mann denn nicht zu Herrn Chamberlain oder Herrn Daladier oder gar zu Herrn Stalin gegangen, um dort seine Bitte vorzutragen?

Wenn man nach dem heutigen verfälschten Geschichtsbild über Hitler, den angeblich landhungrigen Welteroberer, dieses Ereignis logisch zu Ende denkt, hätte Hitler nunmehr enthusiastisch Dr. Tuka in seine Arme schließen und ihm mit einem der höchsten Orden auszeichnen müssen.

Genau das Gegenteil aber geschah. Er verblieb sehr reserviert! K. Zentner schreibt auf Seite 60 in seiner „Illustrierten Geschichte des Zweiten "Weltkrieges": „Hitler antwortete ausweichend. Er will sich keineswegs fesdegen und befürchtet, daß ein offizielles Eingreifen zugunsten der Slowaken dem eben abgeschlossenen deutsch-französischen Freundschaftsvertrag schaden könne… Hitler versichert lediglich, daß er, wenn die Slowakei selbständig sein sollte, dann diese vom Volk gewünschte Selbständigkeit garantieren wollte."

Ich frage mich, ob je ein französischer oder englischer Staatsmann die gleiche politische Weisheit aufgebracht hätte, oder ob nicht der Wunsch nach kolonialem Zuwachs stärker gewesen wäre? Diese äußerste Zurückhaltung Hitlers wird auch aus dem britischen Dokument 230, IV Bd. DBFP vom 13. 3.1939 bestätigt: „Bis ganz kürzlich gab es keine Anzeichen einer deutschen Intervention. Sowohl der tschechische Rundfunk als auch der tschechische Außenminister Dr. Chvalkowsky beteuerten, daß es keine Anzeichen dafür gegeben habe, daß die slowa-

kische Lostrennungspropaganda vom Reich oder der deutschen Minderheit - in der Slowakei lebten 113 000 Deutsche - inspiriert worden sei.
Sehr wahrscheinlich wird die Entwicklung der gegenwärtigen Situation darauf hinauslaufen, daß die Slowakei entweder nominell unabhängig wird oder durch noch losere Föderativbande als gegenwärtig an Prag gebunden bleibt, und der deutsche Einfluß in der Slowakei so oder so dominieren wird".

Erst die durch die Tschechen, Polen und Ungarn ausgelöste Märzkrise schaffte, wiederum ohne Zutun Hitlers, eine explosive Situation. Diese wurde dadurch entfacht, daß die Tschechen am 6. März die Regierung in der Karpato-Ukraine verfassungswidrig auflöste und in der Slowakei die Amtsenthebung des Ministerpräsidenten Dr. Tiso und zwei seiner engsten Mitarbeiter verfügte. Außerdem wurden zwei slowakische Politiker verhaftet und dann von Prag aus eine neue Regierung unter Sidar in der Slowakei eingesetzt. Letzteres geschah am 9. und 13. März.
Am 14. März erklärte plötzlich der polnische Außenminister, „daß seine Regierung mit den Bestrebungen der Slowakei sympathisiere." Der französische Außenminister G. Bonnet schreibt auf Seite 41 in „Vor der Katastrophe": „Mehr noch, Polen war der Auffassung, die Tschechoslowakei müsse in naher Zukunft verschwinden, und es bereite sich selbst darauf vor, einen Teil des Erbes an sich zu nehmen. Ich unterhielt mich meinerseits am 25. Mai 1938 über dasselbe Thema mit dem Pariser polnischen Botschafter Lukasiewicz und ersuchte ihn, bei seiner Regierung darauf zu drängen, daß Polen sich gutwillig an die Seite der großen, die Tschecho-Slowakei unterstützenden Mächte stellen sollte. Lukasiewicz antwortete mir, daß die Tschecho-Slowakei ein willkürliches Kompositum zahlreicher einander äußerst feindlicher Minderheiten, ein zum Tode verurteiltes Land sei. Sie trotz allem verteidigen zu wollen, sei ein schwerer Irrtum Frankreichs und Großbritanniens."
Der Oberst Beck als polnischer Außenminister hatte schon immer die Tschecho-Slowakei als „Provisorium und Karikatur" bezeichnet. Nach München arbeitete er zielbewußt auf eine weitere Zerschlagung dieses Staates hin und erhob Anspruch auf tschechische Industriegebiete und slowakische Gebiete. Ihm ging es vor allem darum, mit Ungarn eine gemeinsame Grenze zu bekommen. Wie in den Dokumenten „on German Foreign Policy V, Doc. 71, 74, 79, 87, und 94 nachzulesen ist, geschehen die Forderungen mit „außergewöhnlich starkem Druck" -, „notfalls auch unter Anwendung von Gewalt". Polen hatte zudem seine Augen auch auf Mährisch-Ostrau geworfen und zu diesem Zwecke Truppenkonzentrationen vorgenommen.

Ebensowenig wie im Falle Polens, hatte Hitler auch nicht den Ungarn angeraten, am 13. 3. 1939 in die Karpato-Ukraine einzurücken, um alte

Gebietsforderungen zu begleichen. Selbst Churchill mußte feststellen, daß es hierbei Absprachen zwischen Polen und Ungarn gegeben habe, niemals aber mit Deutschland.

„In Deutschland ist man durch das tschechische Vorgehen völlig überrascht. Hitler weilt gerade zur Jahresfeier des österreichischen Anschlusses in Wien. Göring macht Urlaub in St. Remo. Hitlers Zorn über die abermalige Provokation, als die er die tschechische Handlungsweise empfindet, kennt keine Grenzen. Er befiehlt sofort, alles für einen militärischen Einmarsch in die Tschecho-Solwakei vorzubereiten." (K. Zentner „Illustrierte Weltgeschichte")

Der Höhepunkt dieser von den Tschechen, Polen und Ungarn ausgelösten Krise war der überraschende Besuch des tschechischen Staatspräsidenten Dr. Hacha am 14. 3.1939 in Berlin. Auch hier wird heute noch die Lüge verbreitet, daß dieser von Hitler mehr oder weniger zwangsweise dorthin beordert worden ist. Die historische Wahrheit aber ist, daß er auf eigenen Wunsch freiwillig kam. Es dürfte für die Beurteilung der Lage nicht uninteressant sein, daß in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse, nämlich der Loslösung der Slowakei, der Karpato-Ukraine, der Bedrohung durch die Ungarn und Polen mit ihren ultimativen Gebietsforderungen der englische Botschafter in Prag, Sir Basil Newton, dem Präsidenten Hacha angeraten hatte, nach Berlin zu fahren und mit Hitler die verzweifelte Lage dieses Landes zu erörtern. Dies war sicherlich ein vernünftiger Rat, der durchaus im Sinne einer vernünftigen Regelung der schwierigen Situation erteilt wurde. Wieweit von Seiten des Empires dabei eine gewisse Schadenfreude und der Wunsch nach einer weiteren Verschärfung der Lage in Richtung eines gewünschten Krieges dabei mitsprachen, kann nur vermutet werden.

Zur Person von Dr. Hacha ist zu sagen, daß er zuvor lange Jahre der Präsident des Obersten Gerichtshofes der CSR gewesen war. Nach dem Münchener Abkommen mußte Benesch abtreten. Dr. Hacha trat seine Nachfolge an und wurde von allen Volksvertretern der Tschechen demokratisch gewählt. Hitler hat natürlich auf diese Wahl keinerlei Einfluß gehabt oder auch diesen nur versucht. Dr. Hacha hatte sich für seine Reise nach Berlin ausdrücklich die Vollmacht seiner Regierung eingeholt. Dies ist wichtig zu wissen. Aber lassen wir der historischen Wahrheit halber die „Documents on International Affairs 1939-1945" Vol. V. S. 50/51 sprechen, die auch dem IMT in Nürnberg vorgelegen haben und als echt anerkannt worden sind:

„Hacha ist bei der Annahme des Staatspräsidentenpostens die schwerste Aufgabe seines Lebens zugefallen, und daher hat er es gewagt, den Führer zu bitten, ihn zu empfangen. Er war überzeugt, daß das Schicksal der CSR in den Händen des Führers liege, und er glaubte, daß es sich dort in sicheren Händen befinde. Er hatte keine Beschwerdegründe für

das, was in der Slowakei passierte. Er ist schon lange davon überzeugt, daß es für die vielen Völkerschaften in dieser einen politischen Einheit zusammenzuleben unmöglich ist. Obgleich sich ihre Sprachen in einem beträchtlichen Ausmaß ähneln, haben sie sich dennoch in sehr verschiedene Richtungen entwickelt. Die Tschechei hatte mehr Bezugspunkte zu Deutschland als die Slowakei, welche stets eine stärkere Neigung zu den Magyaren unterhielt. Die Tschechen haben nur zu den protestantischen Slowaken ihre Beziehungen gepflegt, während die katholischen Slowaken die Tschechen zurückgestoßen haben... Er stehe mit diesen Gesichtspunkten nicht allein da, sondern ist sicher, daß 80 % der Bevölkerung so denken."

Besagt dieser Passus schon viel, so hat man leider einige sehr wesentliche Stellen dieser Rede von Dr. Hacha unterschlagen. In IMT XXI, S. 140 Dok. 2797-PS heißt es:

„Er habe seit langem den Wunsch gehabt, *den* Mann kennen zu lernen, dessen Wunderbare Ideen er oft gelesen und verfolgt habe. Im übrigen sei ihm das ganze (Masaryk-Benesch) System fremd gewesen, so fremd, daß er sich gleich nach dem Umschwung (Oktober 1938) die Frage gestellt habe, ob es überhaupt für die Tschechoslowakei ein Glück sei, ein selbständiger Staat zu sein... Das seien die Gründe, daß man nie zu einem guten Einverständnis hätte kommen können und er sei froh, daß die Entwicklung diesen Weg genommen habe... Er glaube, daß der Führer mit den Slowaken keine allzu guten Erfahrungen machen werde... Im Übrigen weine er der Slowakei keine Träne nach."

Otto Meißner schreibt in „Staatssekretär unter Präsident Ebert, Hindenburg und Hitler" auf Seite 476: „Schon auf dem Wege vom Bahnhof in sein Hotel „Adlon" berichtete Herr Dr. Hacha in aufgeregter Gesprächigkeit, daß er angesichts der unhaltbar gewordenen Situation in seiner Heimat zu dem Entschluß gekommen sei, den Führer und Reichskanzler um *Hilfe* und *Schutz* anzugehen, und daß er hoffe, bei ihm Bereitwilligkeit zu einer *Gemeinsamen politischen Arbeit zu* finden."

Der Staatspräsident war mit dem Zuge gekommen, da er wegen seiner schweren Herzerkrankung kein Flugzeug benutzen durfte. Er wurde am Bahnhof mit allen Ehren, die einem Staatsoberhaupt zustehen, von einer Ehrenkompanie am Anhalter Bahnhof mit Präsentiergriff, tschechischer und deutscher Nationalhymne empfangen, ebenso vor der Reichskanzlei von der Leibstandarte „Adolf Hitler", wo er unter dem Präsentiermarsch die Front abschritt.

Auch hier ist wiederum die Frage zu stellen, warum der tschechische Staatspräsident in seiner Not sich gerade an Hitler wendet und nicht an die es so gut meinenden Demokratien in England und in Frankreich?

Dr. Hacha kam also freiwillig. Zweifellos stand er unter dem Druck der innenpolitischen Ereignisse seines Landes und unter dem Zwang der am

gleichen Tag einmarschierenden Ungarn, die eigenmächtig einen geforderten Grenzstreifen besetzten. Stündlich war auch mit einem Überfall der Polen zu rechnen. Auch muß man wissen, daß Hitler sich in den Augen des Dr. Hachas eine gewisse Vertrauensstellung dadurch erworben hatte, daß er bei den Verhandlungen, die am 2. November 1938 mit dem „Wiener Schiedsspruch" abgeschlossen wurden, sich entscheidend für die Interessen der Tschechen gegenüber den Ungarn eingesetzt hatte. Dies bewies wiederum Hitlers staatsmännische Weisheit. Trotz der über 20 Jahre gezeigten deutschfeindlichen tschechischen Politik konnte er im Interesse der Überlebensfähigkeit der CSR keine tödliche Leichenfledderei zulassen. Ich meine, auch diese Tatsache ist ein überzeugender Beweis, daß Hitler keine Zerschlagung der CSR gewollt oder langfristig geplant hatte. Mit Ungarn bestanden immer gute Beziehungen. Umso erstaunlicher waren Hitlers und Mussolinis Entscheidungen zu Ungunsten der Ungarn.

Die heutige zweckbestimmte „Geschichtenschreibung" und ihre geschichtslosen Kommentatoren pflegen das Resultat dieser Unterredung zwischen Hitler und Dr. Hacha als unter „Drogeneinwirkung" zustandegekommen zu bezeichnen. Natürlich ist das unwahr und eine reine Zweckpropaganda. Alle diese Vorgänge haben mit dem Ausbruch des Krieges nur wenig zu tun. Der Entschluß zum Kriege war von den Alliierten schon *vor* der Münchener Konferenz gefallen. Es ging nur noch darum, weiter zu schüren, irgendwelche Anlässe zu suchen und Fallen zu stellen, um dann mit entsprechendem Propagandaaufwand die Weltöffentlichkeit mit falschen Informationen auf den Krieg vorzubereiten.

Der einzige mögliche und der Lage angemessene und vertretbare Vorschlag Hitlers in dieser von ihm nicht verursachten Notsituation lief auf die Zustimmung Dr. Hachas hinaus, eine sich derzeitig in Auflösung befindliche CSR in ein deutsches Protektorat umzubilden. Ich wüßte nicht, welche andere Möglichkeit hätte in Frage kommen können, um ein völliges Chaos, ein kriegerisches Eingreifen der Ungarn, der Polen und vielleicht auch Frankreichs und der Sowjetunion zu verhindern. Das Ergebnis wäre die totale Auflösung der CSR gewesen. An einer kriegerischen Auseinandersetzung war Hitler am allerwenigsten gelegen. Unsere Rüstungen waren auf eine friedliche Wirtschaftspolitik auf 1942/43 abgestellt.

Dr. **Hacha** ist niemals überfahren worden. Er hatte hinreichend Gelegenheit,- sich per Fernschreiben und Telefon laufend mit seiner Regierung zu unterhalten, um auch von dort die Zustimmung zu erhalten. Dies ist in jedem Fall auch geschehen. Schon aus Dr. Hachas Einleitungsworten, die er in aller Ruhe und ohne Unterbrechung von Seiten Hitlers vorgetragen hatte, läßt sich seine Bereitschaft zur gleichen

Lösung ableiten. Auch seine am Vortage nach Abstimmung im Kabinett gehaltene Rundfunkrede in Prag läßt die gleiche Absicht erkennen. In dieser Rede hatte Dr. Hacha weitgehende innerpolitische Veränderungen und seine Reise zu Hitler für den nächsten Tag angekündigt. Wenn er nicht im Auftrage seiner Regierung oder gar als Verräter gehandelt hätte, hätte er sicherlich Prag mit seinem Sonderzug nicht ungehindert verlassen können. Ebenso spricht seine Antrittsrede und die telefonisch eingeholte Zustimmung seines Kabinetts für die Absicht und Freiwilligkeit seines Entschlusses, das Abkommen mit Hitler noch am selben Tage zu unterschreiben. Im übrigen spricht auch der Verlauf des am nächsten Tage erfolgten deutschen Einmarsches für eine gewollte friedliche Lösung. Trotz der mobilisierten tschechischen Armee verlief dieser völlig friedlich. Trotz erheblicher Waffenvorräte wurde keinerlei Widerstand geleistet.

Historisch wichtig ist, daß Hitler erst in die Geschehnisse eingriff, „als die Ereignisse das Münchener Abkommen zerstört hatten." (Taylor „The Origins of the second World War" S. 203)
Auch Chamberlain vertrat am 16. März vor dem Unterhaus eine andere Meinung, als man es heute hinzustellen beliebt: „Damit (mit dem Zerbrechen der CSR von innen heraus) habe eine Sachlage zu bestehen aufgehört, die von der Regierung Seiner Majestät immer als vorübergehend angesehen worden ist". Zwei Tage zuvor, also am Tage der Verhandlung zwischen Hitler und Dr. Hacha berichtet Chamberlain vor dem Unterhaus, „daß keine unprovozierten Angriffe Deutschlands auf die Tschecho-Slowakei erfolgt seien." (Deutsches Weisbuch Nr. 2, S. 249, Dok. 257)

Die Welt und schon gar nicht wir Deutsche haben irgendeinen Grund, auch in diesem Fall irgendeinen historisch haltbaren Anlaß, Hitler eines unkorrekten Verhaltens oder gar eines Kriegswillens zu bezichtigen. Auch P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland", Seite 65, zieht das Resümee: „Chamberlain wie auch Sir John Simon erklärten, die slowakische und die ruthenische Unabhängigkeitsbewegung, die sie weder zu schwächen noch zu unterdrücken beabsichtigten, haben dem tschechischen Staat ein Ende gemacht.

Infolgedessen erübrigt sich ein Schutz der tschechischen Grenzen." Henderson schrieb in seinen Memoiren 1941: „Unglücklicherweise waren die Tschechen unglaublich kurzsichtig uhd despotisch in ihrer Behandlung der Slowaken, und die Seperatisten unter den letzteren nicht weniger blind und unloyal in ihrer Haltung gegenüber den Tschechen. Es war augenscheinlich, daß der Streit, der zwischen ihnen entstanden war, sich beide gleichermaßen einer deutschen Einmischung aussetzten. Und während der Woche, die der Besetzung Prags vorausging, tat ich mein Äußerstes, um den tschechischen Minister in Berlin zu

überreden, seinen ganzen Einfluß bei seiner Regierung auszuüben, sie zu bewegen, keine Zeit zu verlieren, um den Disput mit den Slowaken zu bereinigen und die Truppen von Bratislava zurückzuziehen, bevor es zu spät ist. Meine Warnungen gegenüber M. Matny, daß seine Regierung das Spiel für Hitler spiele und daß ihre Torheit in der Katastrophe enden werde, fiel entweder auf taube Ohren oder er selbst vermochte Prag nicht zu beeindrucken. Die tschechische Regierung verharrte in ihrer Halsstarrigkeit". („Failure of a Mission" S. 202)
In München war nach der Abtretung der Sudetengebiete niemals, wie ursprünglich vorgesehen, eine Garantie von Seiten der Unterzeichner dieses Abkommens festgelegt worden. Diese sollte zu einem späteren Zeitpunkt gegeben werden, wenn zuvor eine vernünftige Regelung der Minderheitenfrage von Seiten der Tschechen geschehen sei. Diese aber war eben nicht gelungen. Deshalb konnte auch Churchill mit Recht in seiner Rede „Ins Gefecht" auf Seite 177 nüchtern feststellen:
„Wir hatten der Tschecho-Slowakei gegenüber keine vertraglichen Verpflichtungen. Niemals hatten wir uns für ihre Sicherheit verbürgt". Man kann auch Hitler keinen Vorwurf daraus machen, daß sich nach München die Ungarn, die Ruthener, die Slowaken und die Tschechen mit ihren Problemen nicht an die Engländer und Franzosen wandten, sondern an Hitler und Mussolini. Sicherlich war das ein Ärgernis für beide Großmächte, aber immerhin ein Hinweis, wie sehr die machtpolitischen Verhältnisse sich innerhalb dieses mitteleuropäischen Raumes verschoben hatten.

Im Grunde genommen ist das auch heute wieder so. Wir sind naturgemäß der Ordnungsfaktor dieses Raumes, schon auf Grund unserer Lage und unserer Tüchtigkeit. Man kann diesen Raum vom Rande Europas nur begrenzt beherrschen. Dieses ist eine Binsenwahrheit, die nur heute dadurch etwas abgemildert wird, weil diese Politik im Rahmen des westeuropäischen Bündnisses wahrgenommen wird oder zumindest wahrgenommen werden sollte. Würde heute Deutschland aus diesem System ausscheren, bricht zwangsläufig das ganze Bündnis zusammen. Dasselbe gilt auch im Rahmen des Warschauer Paktes für die DDR.
Insofern haben wir Deutsche es heute etwas einfacher, weil unsere damaligen neidvollen Widersacher gezwungenermaßen mit uns in einem Boot sitzen und somit die Interessenanlage die gleiche ist.
Hitler aber aus heutiger Sicht hinsichtlich der Regelung dieser schwierigen tschechischen Frage nur deshalb verurteilen zu wollen, weil er diese Ordnung vornahm, ist wenig überzeugend. In Anbetracht der für Europa bedrohlichen sowjetischen Gefahr, die er als einzigster Staatsmann der Welt klar erkannt und einzuschätzen gewußt hat, konnte er sich im Herzstück Europas keinen Unruheherd wie in der CSR leisten und mußte im Interesse des Friedens dieses Pulverfaß entschärfen. Denn

er sah die aus dem Osten kommende kommunistische Weltrevolution als den letztlich entscheidenden auf uns zukommenden Kampf an. Die Westmächte sahen nur in haßvoller Verblendung gegenüber einem zu stark werdenden Deutschland ihre kleinsüchtigen und egoistischen Vorteile eines aus dem vergangenen Jahrhundert befangenen Denkens. Diese Kurzsichtigkeit hat heute dazu geführt, daß dieses kleine Restdeutschland eine mehr als doppelt so starke Bundeswehr als die Wehrmacht vor Kriegsausbruch an Kampfkraft unterhalten muß. Von den nunmehr für die Sicherheit Westeuropas benötigten Natoverbänden, der französischen Armee und dem gewaltigen, amerikanischen Militärpotential will ich gar nicht reden. Die damalige, Fehlkalkulation kommt Sieger und Besiegte heute teuer zu stehen, auch dem deutschen Bürger, der heute dafür sehr viel mehr Steuern zahlen muß, als zu Hitlers Zeiten.

Was nun die Bewertung des Anliegens von Herrn Dr. Hacha in seiner Eigenschaft als Staatspräsident anbetrifft, so ist kein völkerrechtlicher Grundsatz mißachtet worden, und niemand hat das Recht, sich über Beschlüsse zweier gewählter und bestätigter Staatsmänner hinwegzusetzen und solche Vereinbarungen als Unrecht, Wortbruch oder Verrat zu weiten, ohne schlüssige Beweise zu erbringen, noch weniger sich in Schmähungen und maßloser Hetze zu ergehen. Mag für die Tschechen - nicht für Außenstehende - noch so viel Tragik und Zündstoff in einem solchen Geschehen liegen, sie werden aber vor der Geschichte nicht ableugnen können, daß sie selbst neben ihren Staatsgründern für diesen für die Sicherheit Europas untragbaren Explosionsherd verantwortlich waren, niemals aber Hitler. Umgekehrt ist ihnen das gleiche Schicksal nach dem Versuch einer Liberalisierung durch Leute wie Dubczek von Seiten ihrer verbündeten Sowjets zuteil geworden. Das sollte zu denken geben.

Auch sollte sich niemand anmaßen, über die Entscheidung Fliders, Böhmen und Mähren militärisch zu besetzen und in ein Protektorat umzuwandel, zu richten. Bislang hatte noch jeder Staat das Recht und die Pflicht, seine eigene Bewertung der Lage und die daraus resultierenden Maßnahmen und Notwendigkeiten für seine Existenzsicherung vorzunehmen. In diesem Falle galt das umso mehr, als schon vor der Münchener Konferenz von Roosevelt, verantwortlich für die Vereinigten Staaten Amerikas, sowie von England, auf das mit Churchills und seiner Hintermänner Hilfe ein entsprechender Druck von Amerika ausgeübt wurde, und von Frankreich im Schlepptau Englands, aber mit seinem Militärbündnis mit der Sowjetunion, auf einen Krieg gegen das Großdeutsche Reich offen hingearbeitet worden ist.

Deshalb sollte man sich auch wieder angewöhnen, politische Notwendigkeiten zu respektieren, die im nationalen Interesse hinsichtlich der

Lebensrechte und Sicherheitsbedürfnisse eines jeden Volkses liegen. Es wäre für die Zukunft verwerflich und tödlich, wenn Regierungen sich anmaßen sollten, ihre Interessen als Maßstab für die Bewertung nackter Lebensinteressen anderer Völker anzulegen. Da dies getan wurde und heute noch geschieht, ist einer übernationalen ojektiven Bewertung und damit der Rechtssprechung der Boden entzogen. Vergangenheitsbewältiger, Nestbeschmutzer, Geschichtenschreiber, bestellte und besoldete Zeitgeschichder statt unabhängiger Historiker, Gehalts- und weisungsgebundene Kommentatoren und Schreiberlinge werden das nicht können und wollen. Ja, sie dürfen es nicht, da sonst eine Welt zusammenbrechen würde, die abgeleierten Vokabeln hinfällig wären und neue Denkansätze geschehen müßten, die einmal so sicher wie das Amen in der Kirche kommen werden und müssen.

Man mag darüber streiten, ob der militärische Einmarsch in Prag, der ältesten deutschen Universitäts- und Kaiserstadt, unbedingt erforderlich war, und ob es nicht aus optischen Gründen besser gewesen wäre, diese politische Regelung auch ohne diesen Einmarsch zu regeln. Aber wer will sich heute anmaßen, sich in die Rolle der damals Verantwortlichen hineinzuversetzen und zu garantieren, daß ein anderer Weg auch ohne einen Tropfen Blutvergießen so friedlich verlaufen wäre. Jedenfalls hat der Erfolg Hitler und Dr. Hacha recht gegeben. Wenn man aus dem Rathaus kommt, ist man stets klüger.

Es ist bekannt, daß Hitler über diese erzwungene Lösung *keineswegs übermäßig glücklich* war. Ihm lag nichts an einer Eroberung eines Landes mit fremden Minderheiten. Es ging ihm in Anbetracht der Kriegsgefahr um die Ausräumung eines internationalen Gefahrenherdes erster Ordnung. Hitler hat diese spontan zustandegekommene Lösung niemals als endgültig, sondern nur für *den Augenblick notwendig* betrachtet. Er war durchaus bereit, mit England und Frankreich, niemals aber mit der Sowjetunion über die Frage des „Protektorats" auch im Zusammenhang mit der noch offenen, auf dem Verhandlungstisch liegenden Danzig- und der Passagefrage durch den polnischen Korridor Verhandlungen aufzunehmen. Dafür gibt es zwei Beweise, die wohlweislich bislang verschwiegen wurden.

Einmal gibt es einen britischen Brief des Botschafters Henderson an den Leiter der Zentralabteilung des Foreign Office, Herrn Strang, von Mitte August, nachzulesen in DBFP 1919-1939, Vol. VH, Dok. 37: „Hitlers Hinweis, daß das Protektoriat *für den Augenblick* eine Notwendigkeit sei, ist eine Erinnerung wert. Ich habe einigen Grund zu glauben, daß er mit der Lösung vom 15. März nicht zufrieden ist und erkennt, daß er vielleicht einen Fehler gemacht hat. Böhmen mag letzten Endes eine Frage der Formulierung sein, wie der Stabschef der SA mir sagte. Es kann sein, wie's wolle, solange es nicht in eine Bastion gegen das Deut-

sche Reich und als ein Brückenkopf für einen Angriff auf Deutschland ausgebaut wird."

Zum anderen wurde im April, also schon unmittelbar nach der Errichtung des Protektorats, der rumänische Außenminister Gafencu bei seinem Besuch in Berlin über die Bereitschaft Hitlers zu einem Kompromiß in der Protektoratsfrage informiert. Unmittelbar anschließend flog dieser nach London, wo er Lord Halifax diesbezüglich Andeutungen machte. Halifax dachte gar nicht daran, diese Frage aufzugreifen. Wenn er nämlich wirklich an einer Entspannung im Sinne der Friedenserhaltung interessiert gewesen wäre, hätte er diese Möglichkeit am Schopf ergreifen müssen, zumal hiermit die moralische Stellung Englands eine ungewöhnliche Stärkung erhalten hätte.

Aber was hieß für Halifax als Kriegstreiber schon Moral. In Wahrheit war Großbritannien am Schicksal dieses Landes nicht interessiert. Es hatte niemals innere Beziehungen zur CSR gehabt und tat sich schwer, schon den schwierigen Namen dieses Landes auszusprechen. Es legte noch nicht einmal Wert darauf, seine von ihm selbst soviel gepriesene Grundsatztreue mit einer konstruktiv friedfertigen Außenpolitik der Weltöffentlichkeit unter Beweis zu stellen. War schon die offizielle Version nach München als eine „weder Krieg noch Frieden" benannte, so war nunmehr die Gründung des Protektorats für England, das unter dem massiven Druck von Roosevelt stand, der lang gesuchte und erwünschte Kriegsgrund, um der Vormachtsstellung Deutschlands auf dem Kontinent die Vernichtung anzusagen. Deshalb wurden in völliger Verkennung der Absichten Hitlers Vokabeln wie „Verschwörung gegen den Weltfrieden" und „Schaffung einer Plattform zur Einkreisung Polens" sowie „Durchstoß zum Schwarzen Meer" laut, die planmäßig und bewußt die Atmosphäre vergiften und Deutschland der Rolle verdächtigen sollten, die man selbst zu spielen vorhatte. Daß auch das umerzogene deutsche Volk heute solche Parolen wieder aufgreift, beweist nur seine Einfältigkeit und Denkfaulheit. Das sind im übrigen auch altbewährte kommunistische Methoden, der man sich nunmehr selbst bediente, da man die Sowjetunion als Kampfgefährte umwarb und dann später alles verspielte.

Diese brutale Machtpolitik Englands mit dem Druck Amerikas, dazu der Gefolgsmann Frankreich war nicht in der Lage, im historischen europäischen Rahmen zu denken und hat die CSR, die es früher nie gegeben hat, in ihrer kurzsichtigen Versailler Dogmatik nur als Zündstoff für einen gegen Deutschland anzuzettelnden Krieg benutzt. Was wäre man froh gewesen, wenn dieser friedliche Einmarsch deutscher Truppen mit Kampfhandlungen verbunden gewesen wäre oder wenn die tschechische Regierung Zetermordio geschrieen hätte. Ja man war enttäuscht, daß nichts dergleichen geschah. So konnte man nicht schon

damals den Krieg heraufbeschwören, sondern man mußte warten, bis sich eine bessere Gelegenheit ergab.

Ich bin der Meinung, daß die Ablehnung der großzügigen deutschen Verhandlungsvorschläge an Polen auf Grund der englischen Garantie wegen Danzig und der Passage durch den Korridor im ursächlichen Zusammenhang mit dem Entschluß Hitlers standen, den Krisenherd Tschecho-Slowakei aus der Welt zu räumen.

Man sagt heute phrasenhaft, hätte sich Hitler mit dem Anschluß der Sudetendeutschen zufrieden gegeben und wäre er zu dieser Zeit eines natürlichen Todes gestorben, so wäre er sicherlich als einer der erfolgreichsten Staatsmänner der Neuzeit in die Geschichte eingegangen! Aber er brachte es nicht fertig, auf seiner gefährlichen Bahn haltzumachen und der Welt die langersehnte Ruhe zu bringen. Das wird dann als sein historischer Fehler ausgegeben.

Hier erhebt sich die Frage, wollte denn die Welt Ruhe haben? War nicht bereits Deutschland wieder mit seiner autarken Wirtschaftspolitik so stark, daß daraus der Neid erwuchs, da die anderen eben nicht so gut mit der Weltwirtschaftskrise fertig geworden waren. Hitler hatte den Versailler Vertrag, den Grund allen Übels, unter dem Jubel aller Einsichtigen aufgekündigt. Er verlangte nur das für das Reich Unabdingbare. Er verzichtete im Interesse des Weltfriedens auf wesentliche Forderungen, die niemals seine Vorgänger hätten wagen dürfen und zeigte damit der Welt seine Vernunft und Bescheidung. Er hatte Verzicht geleistet auf das deutsche Südtirol mit dem Brenner. Er hatte noch am 6. Dezember 1938 trotz der geschürten englischen Aufgeregtheit mit Frankreich ein Abkommen geschlossen. Darin heißt es: „Die Deutsche Regierung und die Französische Regierung sind übereinstimmend der Überzeugung, daß friedliche und gutnachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eines der wesentlichen Elemente der Konsolidierung der Verhältnisse in Europa und der Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens darstellen. Beide Regierungen stellen fest, daß zwischen ihren Ländern *keine Fragen territorialer Art mehr schweben* und erkennen feierlich die Grenzen zwischen ihren Ländern, wie sie gegenwärtig verläuft, als endgültig an".

Hitlerhatte damit Lothringen und das rein deutsche Elsaß preisgegeben. Er hatte auf Eupen-Malmedy, auf Nordschleswig aber auch auf Ostoberschlesien, Wetpreußen und Posen verzichtet. Er lehnte die Aufstellung einer großen Flotte ab und verzichtete damit auf irgendwelche Seemachtsambitionen. Er hatte die deutsche Wirtschaft aufgebaut und zum Blühen gebracht, die Englands Interessen nicht stören konnte. Will jemand die Welt erobern, der ausdrücklich auf den Ausbau einer Hotte verzichtet?

Hitler hatte das alles mit beharrlichem Mut und beachtlicher Entschlossenheit erreicht. Es ist nicht uninteressant, dagegen den Ausspruch des heute so hoch geschätzten Herrn Stresemann sich zu vergegenwärtigen, den er kurz vor seinem Tode 1929 getan hat: „Wenn die Alliierten mir nur ein einziges Mal entgegengekommen wären, hätte ich das deutsche Volk hinter mich gebracht, ja noch heute könnte ich es hinter mich bringen. Aber sie haben mir nichts gegeben, und die geringfügigen Konzessionen, die sie gemacht haben, sind immer zu spät gekommen. So bleibt uns nichts anderes als *brutale Gewalt* Die Zukunft liegt in der Hand der neuen Generation, und diese, die deutsche Jugend, haben *Wir* verloren. Hierin liegt meine Tragödie und ihr, der *Alliierten Verbrechen."*

Hierin liegt das Wissen und das Bekenntnis, daß die Jugend nur dem zu folgen bereit ist, der mit neuen gangbareren Ideen Mittel und Wege findet, die Fesseln zu sprengen, nicht allein zur Wiederherstellung des deutschen Lebensraumes, sondern einer mitteleuropäischen Macht, die im Interesse Europas die aus dem Osten kommende Bedrohung als erste erkannt hatte und die auch bereit war, die Funktion dieses Bollwerks für das Abendland zu übernehmen.

Was aber hatte Hitler bei allen seinen nur ihm möglichen Verzichten gewonnen? War er wirklich der unersättliche Eroberer? Das zu Deutschland gehörende Saargebiet war wieder vertragsgemäß zurückgekehrt, das entmilitarisierte deutsche Rheinland, also unser Hoheitsgebiet, war wieder mit deutschen Garnisonen bestückt worden, Deutsch-Österreich wieder mit dem Reich vereinigt, das Sudeten- und das Memelland an das Reich angeschlossen worden. Die erzwungene Errichtigung des Protektorats konnte durchaus nur eine Zwischenlösung sein, wenn es anders als wünschenswert erschien. 10 Millionen Deutsche, die zuvor außerhalb des Großdeutschen Reiches zu leben gezwungen waren, waren heimgeholt worden.

In allen diesen Fällen hatte es sich um rein deutsche Gebiete und Menschen gehandelt. Die einzigen Ausnahmen waren die 7 Millionen Tschechen, die jetzt in einem autonomen Staatsverband, dem Protektorat Böhmen-Mähren zusammengefaßt waren. Sie lebten nunmehr innerhalb eines Blocks von 75 Millionen Deutschen zusammen. Sie genossen alle Vorrechte einer Minderheit. Ihr Volkstum wurde niemals angetastet, verwaltungsmäßig und kulturell genossen sie die volle zugesicherte Autonomie und wurden nicht zum Wehrdienst einzogen, auch nicht im Kriege. Darüber war ihre wirtschaftliche Existenz über den ganzen Krieg in hervorragender Weise gesichert, sie erhielten während dieser Zeit bessere Verpflegungszuteilungen als die Reichsdeutschen. Niederlassungen und Einreisen von Deutschen konnte nur mit besonderer Erlaubnis geschehen. Während des Krieges herrschten im Protektorat

gegenüber dem Reich geradezu paradiesische Verhältnisse, da das Gebiet weitgehend vom Bombenterror verschont blieb. Wenn man diese gewährten Freiheiten der zuvor ausgeübten Unterdrückungspolitik der Tschechen gegenüber dem Deutschtum gegenüberstellt, muß Hitler geradezu als ein Musterbeispiel eines humanen, der Völkerverständigung dienenden Staatsmannes gepriesen werden. Während des ganzen Krieges, wie ich mich zweimal nach Genesungsurlauben nach meinen achtmaligen Verwundungen überzeugen konnte, war zwischen Deutschen und Tschechen, aber auch zur deutschen Obrigkeit mit verschwindend wenig Ausnahmen ein hervorragendes und gutes Verhältnis. Alles andere ist eine nachträglich erfundene und propagierte Zwecklüge.

Weil dies so war, versuchten die Sowjets und die Engländer mit von außen eingeschleusten Kommandotrupps den Unfrieden zu schüren und das gute Einvernehmen zu zerstören. Ihr Erfolg war nur gering. Die einzige Ausnahme war die Ermordung des Reichsprotektors Heyderich, der sehr human und umsichtig seine Aufgabe wahrnahm und sich von Seiten der Tschechen eines gewissen Ansehens erfreute. Gerade dies aber war der Grund, weshalb England zwei Exiltschechen mit einem Mordauftrag als Fallschirmspringer absetzen ließ, um nach einem gelungenen Attentat die Deutschen zu unliebsamen Gegenschlägen herauszufordern. Das ist den Engländern auch in diesem Fall dadurch gelungen, daß der Ermordung von Heyderich als Abschrekkung auf dem Fuße folgend die Geiselerschießung von 172 männlichen Bewohnern des Ortes „Lidece" als vielleicht bedauernswerte Gegenmaßnahme herausforderte. Dieser Ort hatte die Mörder versteckt gehalten. Die Propaganda wußte dieses Ereignis später entsprechend auszuschlachten. Man bedenke aber, daß dieses Ereignis sich während des Krieges abgespielt hat, wo zur Verhinderung weiterer solcher Verbrechen diese Maßnahme eine besonders harte Abschreckung zum Ziel haben sollte.

Die Tschechen haben nach dem Kriege den durch Deutsche erfolgten Ausbau ihrer Industrie und Landwirtschaft und ihre humane Behandlung schlecht gedankt. Ihre sogenannte Befreiung durch die Sowjets bedeutete die Hinnahme einer wesentlich höheren Unfreiheit, die heute so manchen Tschechen an die goldenen Zeiten Adolf Hitlers wehmütig zurückdenken läßt. Die Vertreibung und Beraubung der sudetendeutschen Bevölkerung bis hin zur Ausrottung durch Mord wurde von Benesch, Masaryk und Ripka, die in London eine selbsternannte Exilregierung gebildet hatten, schon 1938 gefordert. Während des Zweiten Weltkrieges wurden dann von den Regierungen der USA, der UdSSR und England der verbrecherische Plan des Völkermordes (Holocaust) an den Deutschen planmäßig vorbereitet. Im September 1941 veröffent-

lichte Benesch unter dem Titel „Neue Ordnung" die „Umsiedlung" der nationalen „Minderheiten" als Problemlösung, eine völkerrechtswidrige Lösung nach seiner alten Methode. Waren erst die Deutschen dieses Gebietes ermordet und vertrieben, erübrigte sich eine Volkabstimmung.

Am 15. August 1942 erklärte das britische Parlament das Münchener Abkommen rechtswidrig für ungültig. Daß Hitler aber den Versailler Schandvertrag aufkündigte, wird von den gleichen Hasardeuren aber als Unrecht hingestellt, obwohl erster Vertrag ordnungsmäßig ausgehandelt, der zweite aber unsittlich erpreßt war. Einen Monat später erklärte das englische Parlament der tschechischen Exilregierung, daß man „im Prinzip die Vertreibung der Sudetendeutschen nicht ablehnt". Dieser Erklärung schloß sich de Gaulle am 6. Juni 1943 an. Am 3. Juni 1943 gaben auch die Sowjets ihre Zustimmung zur Vertreibung der Deutschen.

Daß bei diesem Komplott Roosevelt und Churchill eine besonders verbrecherische Rolle gespielt haben, darf nicht Wunder nehmen, wenn man die Charaktere dieser beiden Männer kennt. Die Adantik-Charta habe für die Deutschen keine Gültigkeit. Dabei hielten sie scheinheilig ihre Bibel in der Hand. Roosevelt hatte seinen verbrecherischen jüdischen Morgenthauplan im Kopf und Churchill unterdrückte trotz einiger Proteste im englischen Unterhaus und Oberhaus alle Bestrebungen, dem Gegner gegenüber menschlich zu sein.

Der amerikanische Professor Dr. Austin J. App schreibt: „Das Unheil im Sudetenland und in Böhmen begann mit dem 5. April 1945, als Benesch und Masaryk ihren Sitz nach Kosice in die Ostslowakei verlegten. Am 17. März 1945 hatten sie in Moskau die Tschecho-Slowakei wiederum als Nationalstaat proklamiert, in welchem die Minderheiten keine gesonderten Rechte haben sollten. Sie proklamierten die Gründung einer antifaschistischen tschechoslowakischen Armee, verkündeten die Verstaatlichung der Industrie und des landwirtschaftlichen Besitzes und die Vertreibung aller derjenigen, welche die deutsche Staatsangehörigkeit hatten. Es war ein Freibrief für den Holocaust an den Deutschen. Die Orgien von Haß und Völkermord begannen sofort nach dem Tode von Hitler am 30. April 1945. Tschechischer Pöbel wurde seit langem systematisch zu Gewalttaten aufgestachelt. Bereits am 27. Oktober 1943 rief Benesch im Londoner Rundfunk: „In unserem Lande wird das Ende des Krieges mit Blut vorgeschrieben werden. Den Deutschen wird erbarmungslos und vielfältig heimgezahlt für alles, was sie in unserem Lande seit 1938 getan haben... Es wird keinen Tschechoslowaken geben, der nicht an dieser Aufgabe teilnimmt."

Nach seiner Rückkehr aus Moskau im Februar 1944 erklärte Benesch im Exilstaatsrat: „Die Revolution muß gewaltig sein. Es muß eine

gewaltige Abrechnung des Volkes mit den Deutschen geben, einen blutigen gnadenlosen Kampf."

Der Befehlshaber der tschechischen Streitkräfte im Ausland, General Sergej Ingr, drängte seine Landsleute mit folgenden Worten: „Wenn unser Tag kommt, wird die ganze Nation den alten Ruf der Hussiten ausstoßen: ‚schlagt sie, tötet sie, laßt niemand am Leben!' Jeder muß danach trachten, Waffen zu erwerben, um die Deutschen am schwersten zu treffen. Falls keine Feuerwaffen zur Verfügung stehen, muß jede andere Art von Waffen, so Hieb- und Stichwaffen, vorbereitet und verborgen werden."

Am 25. Februar 1945 erklärte die Koalition der Exilregierung, „die nationale Front" über Funk aus Moskau und London: „Greift die verfluchten Deutschen an, tötet die Okkupanten. Bestraft die Verrräter und zwingt die Feiglinge und die Saboteure des nationalen Kampfes zum Schweigen".

Diese und ähnliche Mordaufrufe sollte man heute bedenken, wenn in solchen Fällen mit vollem Recht von deutscher Seite zurückgeschlagen wurde. Aber wie sollen heute unbedarfte Richter und Vergangenheitsbewältiger sich ein objektives Bild machen können, wenn alle diese Dinge verschwiegen und verniedlicht werden?

Es heißt weiter abgedruckt im „Deutschen Anzeiger" auf Seite 7 Nr. 44 vom 26.11.1979: „Am 5. Mai 1945 gipfelte das Morden im ersten Höhepunkt! Sowjetische Agenten und Fallschirmtruppen in Prag stachelten die Tschechen zu einem wilden Aufstand gegen die Deutschen auf. Es scheint, als ob Benesch, Masaryk und Ripka die Vertreibung von über 3 Millionen beschleunigen wollen, da sie befürchten, es könnten sich unter den Amerikanern und Briten Kräfte finden, die sich gegen diese Barbarei wenden. Tatsächlich berichtet der Berater der Militärregierung, Robert D. Murphy, in einem Memorandum im Oktober 1945 dem Außenministerium über die Tragödie der Vertreibung. Jedoch war Murphy die einzige offizielle Person der Alliierten, die den Mut hatte, gegen diese Greuel zu protestieren.

Die Vertreibungen, die vor der Potsdamer Konferenz erfolgten, werden als „wild" bezeichnet - ein russischer Kommandant beschwert sich beim Marschall Sokolowki, daß die Tschechen täglich Scharen nackter Deutscher über die Grenze treiben -. Während dieser Zeit wurden 750 000 Sudetendeutsche völlig ausgeplündert aus ihrer Heimat gejagt. Die Methoden waren brutal. Man gab ganzen Dorfgemeinschaften den Befehl, sich innerhalb weniger Minuten auf dem Marktplatz zu versammeln. Dort wurden die Menschen öffentlich mißhandelt. Danach trieb man sie zu Fuß gen Westen oder sperrte sie in einen der 51 Konzentrationslager. Man hungerte dort bei 750 Kalorien täglich. Nachts wurden Frauen den Soldaten der roten Armee zur Vergewaltigung überlassen.

Mißhandlungen waren: Fußstöße in die Geschlechtsorgane, Schläge auf den Kopf mit Eisenstäben. Man stellte Häftlinge gegenüber und zwang sie, einander ins Gesicht zu schlagen. Alle diese Mißhandlungen hatten nur den einen Grund, daß diese Opfer Deutsche waren.

Eine beliebte Tötungsmethode war, Menschen in Seen und Flüssen zu ertränken. Man band Mutter und Kind mit einem Seil aneinander und warf sie ins Wasser. Bisweilen tat man es mit bis zu 40 Kindern. Mit Stangen hielt man sie unter Wasser, bis sie ertrunken waren.
Zwei gräßliche Methoden besonders jüdischer Partisanen: Männer und Frauen wurden nackt ausgezogen, mit dem Kopf nach unten gehängt, mit Petroleum übergossen und lebendig verbrannt. Die andere Methode bestand darin, daß man ein Kind von der Mutter, an den Beinen haltend in zwei Teile zerriß und den einen Teil zur Mutter, den anderen gegen einen Baum warf.
Männer, Frauen und Kinder wurden ohne Verpflegung zu Fuß zur deutschen Grenze getrieben. Wer erschöpft umfiel, wurde erschossen. Bisweilen erhielten Frauen, die zusammengebrochen waren, brennende Streichhölzer an die nackten Fußsohlen gehalten.
Nach dem Potsdamer Abkommen wurden die Vertreibungen etwas geregelter. Von den Sudetendeutschen überlebten die Vertreibung 3054000. Mindestens 241000 verloren ihr Leben. Es heißt dort weiter: „Solche Bestialitäten wurden dem Verfasser im Sommer 1949 von Augenzeugen, eine schließlich der Mutter eines so ermordeten Kindes, berichtet."

Diese Vorgänge sollten wir beachten, wenn wir heute noch mit den in diesem Zusammenhang zu sehenden eigenen Kriegsverbrecherprozessen angeödet werden, ohne daß auch nur der Versuch gemacht wird, eine Gegenrechnung aufzumachen. Wir sind die Letzten, die den Tschechen auch nur die geringsten Schuldgefühle zeigen sollten. Im Gegenteil: Wir haben zu fordern!

Der englische Historiker P. H. Nicoll („Englands Krieg gegen Deutschland", Seite 65-67) sagt es deutlich: „Es dürfte aufschlußreich sein, Hitlers großzügige Politik von 1939 mit der Art zu vergleichen, wie die Tschechen handelten, als sie ihr Land nach der Niederlage Hitlers wieder selbst in die Hand nahmen. Ihr barbarisches Vorgehen gegen die Deutschen war schlimmer als das der russischen Eroberer. Als sie die Deutschen aus dem Land trieben, ließen sie die Tragödie Lidice sich hundertfach wiederholen. In vielen Fällen unterwarfen sich die entsetzten Deutschen der Gnade der Russen, um, sich vor dem mörderischen tschechischen Mob zu schützen. Die Tschechen ermordeteten sogar ihre eigenen Staatsmänner von 1939, die ihr Bestes getan hatten, um ihrem Land mutig und loyal zu dienen. Chvalkowsky wurde ohne viel

Federlesen erschossen, und Dr. Hacha starb nach gräßlichen Folterungen und anderen Mißhandlungen im Gefängnis.

Es muß hervorgehoben werden, daß Hitler Böhmen und Mähren nicht annektierte. Er schuf lediglich ein Protektorat, das den dort lebenden Völkern eine weitgehende Autonomie beließ, besonders in allen internen Angelegenheiten. Niemand, der die geschichtliche Wahrheit zu schätzen weiß, wird behaupten dürfen, daß Hitler willkürlich und mit brutaler Gewalt Besitz von der tschechischen Republik ergriffen habe. Beide Parteien des zerrütteten und von Feindschaft gespaltenen Staates gingen Hitler um Schutz an, jede gegen die andere. Ohne Beschützer aber gibt es keinen Schutz …

Vielleicht waren die Tschechen nicht so erpicht auf Hitlers Schutz wie die selbstbewußten Slowaken, aber die Entscheidung ihres Präsidenten war endgültig, selbst wenn sie möglicherweise widerwillig gefällt wurde und durch den Zwang der Ereignisse notwendig geworden war. Nicht eine tschechische Hand erhob sich und nicht ein Schuß fiel gegen den sogenannten Aggressor und Eindringling. Ist es nicht seltsam, daß aus einem mannhaften Volk, das angeblich „angegriffen und unterworfen" wurde, kein einziger Hilferuf an eine andere Macht gegen den deutschen Feind erging? Deutet das auf einen Feind?"

Die Tschechenkrise aber hat noch eine andere Komponente, die hinsichtlich der Beurteilung und auch der Entschlüsse der englischen Regierung von erheblicher Tragweite ist. In völliger Fehleinschätzung der Mentalität Hitlers glaubte ein gewisser Kreis des Auswärtigen Amtes und an zehn Fingern abzuzählende Verschwörer aus der Wehrmacht, Hitler bei der Konsolidierung der Tschechen-Slowakei in den Arm fallen zu müssen. Sie glaubten „Obstruktion" treiben zu müssen. In Anbetracht der Tatsache, daß zur Zeit der Sudetenkrise Frankreich militärische Vorbereitungen traf und England der Verbündete Frankreichs war, *hoffte* man, daß Hitler in Verkennung der Lage gegenüber der CSR eine offene Kriegserklärung aussprechen werde. Diese wollte man dann ebenfalls in Verkennung der wahren innerpolitischen Situation zu einem Umsturz in Deutschland ausnutzen. Man meinte, Hitler werde mit einer offenen Kriegsbereitschaft seinen Massenanhang verlieren.

Von Weizsäcker berichtet über seine Einstellung und Tätigkeit: „Meine ständige Arbeit lag in der außenpolitischen *Obstruktion.* Meine Ratschläge lauteten seit Spätsommer 1938 nicht mehr anders als, daß Hitler zu beseitigen sei."

Ohne Militär war ein Umschwung in Deutschland unmöglich. - Diesen Schwachköpfen war auch entgangen, daß niemals ein Umsturz aus der Armee möglich war -. Mit unseren auswärtigen Amtsakten kann man nicht schießen, pflegte ich zu sagen.

Wer waren nun die militärischen Kreise, die in völliger Verkennung der tödlichen Bedrohung durch Moskau (als Bundesgenosse der CSR) solche unverantwortlichen Verrätereien mitmachten? Die Frage sei auch gestellt, inwiefern unterschieden sich diese Kreise von den Verrätern der Arbeiter und Soldatenräte, die sie einmal selbst verachtet hatten, aus deren Mund die „Dolchstoßlegende" häufig ausgesprochen wurde.

Handelte es sich bis zur Planung dieses Unternehmens nach den damals wie heutigen gültigen Gesetzen um Hochverrat, so war der nächste Schritt nach der gültigen Rechtsauffassung Landesverrat, wenn es bei Weizsäcker weiter heißt: „während der Sommerkrise 1938, als man in England wieder einmal zu zweifeln schien, ob Hitler nicht nur Theatergetöse mache, war es nötig, London zu warnen und aufzuklären. Von sich aus war man in London auf die Idee verfallen, einen halbdiplomatischen Agenten und ehrlichen Makler, Lord Runciman, in die Tschechoslowakei zu schicken. Der britische Botschafter teilte mir die Mission Runcicmans als Tatsache mit. Hitler und Ribbentrop mißbilligten sie als unerbetene Einmischung; sie wünschten, daß unsere Gesandtschaft in Prag Runciman links liegen lasse. Ich suchte dafür zu sorgen, daß Runciman über die Gefährlichkeiten der Absichten Hitlers nicht im Dunklen blieb.

Dazu sagt der dem Deutschen Reich angeblich dienende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Weizsäcker: „Meine Beziehungen zu Halder (dem amtierenden Generalsstabschef), waren durch General Beck (sein in die Wüste geschickter Vorgänger) vorbereitet. Er erklärte mir bald seine Absicht, statt selber zu weichen, müsse der andere, das heißt Hitler gehen, richtiger gesagt, unschädlich gemacht werden. Anfang bis Mitte September (1938, also vor dem Münchener Abkommen, d. Verf.) sprachen wir wiederholt darüber, wie das am besten zu geschehen habe. Halder hatte schon gewisse Truppenteile dafür bereitgestellt, bis plötzlich Mitte September, einen Tag vor dem von Halder und seinen Gleichgesinnten, wie Witzleben, vorgesehenen Zugriff, von London her die politische Krise eine neue Wendung nahm. Sie beraubte den Plan seines zugkräftigen Motivs; das kam durch die bekannte Besuchsanzeige Chamberlains bei Hitler".

Weitere Schritte zur Aufklärung von London waren nötig. Dr. Erich Kordt, mein engster Vertrauter im Amt, wußte einen besonderen Weg zur Warnung Chamberlains und des Foreign Office. Ich stimmte zu, und so wurden Hitlers wahre Absichten über Kordts Bruder Theo, damals deutscher Botschaftsrat in London, Halifax und Chamberlain übermittelt. Der Sinn dieses Schrittes war, der britische Botschafter möge einen friedlichen Ausgleich in der Sudetenfrage so wie bisher fördern, sogleich aber prohibitiv gegen etwaige Gewaltakte eine unzwei-

deutige Sprache führen; hiervor würde Hitler zurückweichen". („Erinnerungen" S. 174 und 176-178)
Noch drastischer drückt sich Weizsäcker auf Seite 179 seiner Erinnerungen aus, als er über Carl J. Burckhardt, dem Hohen Völkerbundskommissar in Danzig, Anfang September 1938 dem Foreign Office erklären ließ, daß es besser wäre, statt des für den Anschluß der Sudetengebiete an das Reich plädierenden Runciman „recht bald einen unbefangenen, undiplomatischen Engländer, etwa einen General mit dem Reitstock bei Hitlerauftauchen zu lassen, da würde Hitler vielleicht aufhorchen."
Wenn auch bei Chamberlain und seinem tiefreligiösen Außenminster Halifax solche mehr als verwunderungswürdigen Gepflogenheiten hinter dem Rücken und gegen die Interessen Hitlers und des Deutschen Reiches nicht den gewünschten Erfolg hatten, so waren sie doch für die Kriegstreiber vom Schlage Churchills, der nur in einem Kriegsfalle Aussicht hatte, wieder berufen zu werden, ebenso für seine Mitstreiter wie Eden, Amery, Cooper, dem Deutschenhasser Lord Vansittard und dem ganz „links Außen" Attlee ein gefundenes Fressen. Bei einem derartigen Sachverhalt darf man sich nicht wundern, wenn Männer wie Chamberlain und Halifax in ihren Friedensbemühungen verunsichert und die altbekannten Kriegshetzer geradezu ermuntert wurden, noch nachhaltiger auf den Ausbruch eines Krieges um jeden Preis loszusteuern. Der Preis konnte unter diesen Umständen sogar billig ausfallen, da eine Vernichtung Hitlers durch deutsche „Verräter" - so sieht das nämlich jeder ehrenwerte Kulturstaat - nur einen leichten Kampf versprach. In ihrem einfältigen Haß gegen Hitler, der gesellschaftlich nicht - zu ihrem Ärger - ihrer arroganten Schicht entstammte, war es ihnen entgangen, daß dieser Kampf Englands weniger der Person Hitlers galt als dem wieder zu mächtig werdenden Deutschen Reich.

Chamberlain und Halifax vertraten zu dieser Zeit offiziell noch eine Appeasment Politik (Befreiungspolitik). Zumindesten der englische Premier erahnte etwas von der Größe und Weite der durch Hitler inspirierten Politik. Er wußte, daß es von Seiten Hitlers kein Lippenbekenntnis war, wenn dieser den weitsichtigen Ausgleich mit England als Grundlage seiner fürs kommende Jahrhundert angesetzten Politik aus innerster Überzeugung und als aufrichtiger Bewunderer des britischen Empires mit seiner ganzen Überzeugungskraft wünschte. Kein anderer als Hitler sah, daß es nicht allein um die Herausgabe von Teilen unserer geraubten Gebiete ging, sondern um die Errichtung eines starken europäischen Bollwerks gegen den mit Sicherheit zu erwartenden Ansturm der unersättlichen Menschenmassen des Ostens, getragen von einer blutrünstigen Idee der Weltrevolution. Er wußte um den Entscheidungskampf, der dem europäischen Abendland mit tödlicher Sicherheit bevorstand. Wo ist heute der Staatsmann dieses Formats und dieser Weitsicht?

Auch de Gaulle erstarrte in seinem „Vive la'France" und war kein Europäer.

Alle Maßnahmen, die er innenpolitisch traf, galten der geistigen, seelischen, kulturellen und biologischen Ertüchtigung seines Volkes, das es fit zu machen galt für das Überleben unseres Kontinents. Nur aus diesem Grunde sind auch seine harten Zwangsmaßnahmen gegen seine innerpolitischen potentiellen Feinde zu erklären und zu rechtfertigen.

Außenpolitisch brauchte er ein klares, sehr einfaches Rezept. Die Situation schien nicht ungünstig. Amerika interessierte ihn recht wenig, es lag weit ab und hatte weder Gelegenheit noch die Eignung, die drangvollen Probleme des Abendlandes zu sehen und zu erkennen. Es war ahnungslos. Das hat sich erst unter Beibehaltung vieler Fehler in jüngster Zeit gewandelt und dieses Engagement bedarf noch hinsichtlich seiner Verläßlichkeit der Erprobung.

Frankreich mit seiner Volksfrontregierung lebte noch in den Folgezeiten der negativen Auswirkung der französischen Revolution, im Klassenkampfdenken und ungehemmten liberalistischen Auffassungen, zudem hatte es Sorgen in seinen Kolonien. Frankreich war in dieser Zeit auch hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur dem Namen nach noch eine Großmacht, befangen in seinem krankhaften Sicherheitskomplex, selber von Marxisten regiert und mit dem Todfeind Europas, der sowjetischen Weltrevolution im Bündnis.

Für die traumhafte Vision Hitlers gab es nur eine zukunftsträchtige Lösung für das Überleben Europas, ein echter Interessenausgleich mit England und eine dauernde Freundschaft. Das große vielbewunderte, von uns Deutschen niemals beneidete England sollte als Weltmacht mit seinem traditionellen Empire unangefochten politisch und wirtschaftlich sich seiner ureigensten Aufgabe widmen, wenn erforderlich sogar unter Einsatz deutschen Blutes. Hitler sah die historische Aufgabe des nunmehrigen Großdeutschen Reiches in der Errichtung eines unerschütterlichen stabilen Dammes gegen den Andrang der Massen aus dem Osten. Vorausgesetzt hierfür war der Verzicht auf jedwede mörderische, für Europa tödliche Auseinandersetzungen mit den kulturschaffenden abendländischen Staaten.

Aber nicht nur der angestrebte gefestigte Ostdamm Europas war sein Anliegen, ebenso wichtig war die Errichtung eines lebendigen kraftvollen nach Osten hin ausgerichteten Wirtschaftsblocks mit der lebensnotwendigen Einfuhr aus dem Osten und der Ausfuhr unserer produzierten hochwertigen Industriegüter nach dem Osten. England wäre damit eine von der deutschen Konkurrenz freie Handelsbetätigung in Übersee zuteil geworden, so daß damit die Konfliktstoffe beider Nationen ausgeräumt worden wären.

Nur aus dieser fast religiösen Sicht kann man Hitlers zielstrebiges Handeln und Wirken sehen und begreifen. Diese grandiose Idee war der Leitfaden seines ganzen politischen Wirkens. Deshalb als Voraussetzung dazu die maßvolle Revision der Zwangsverträge von Versailles und St. Germain, deshalb die Wiederherstellung der Souveränitätsrechte im Rheinland, deshalb die Wiedereingliederung des Saarlandes. Deshalb der Ruf an alle in geschlossenen vom Reich abgetrennten Gebieten lebende Deutsche, die Österreicher, die Sudetendeutschen und die rein deutsche Bevölkerung des Memellandes. Deshalb die echt angesteuerte Freundschafts- und Friedenspolitik mit Frankreich und der Verzicht auf Elsaß und Lothringen. Deshalb die echt angestrebte Freundschafts- und Friedenspolitik mit Polen unter Verzicht auf Ostoberschlesien, auf Westpreußen und Posen. Deshalb aber auch der Flottenvertrag mit England als Zugeständnis der britischen Seeherrschaft.

Nur Danzig stand noch aus und die Passage durch den Korridor als Äquivalent für diesen Verzicht. Deshalb der Stahlpakt und die Freundschaft mit Italien unter schmerzlichem Verzicht auf Südtirol und den Brenner. Deshalb aber auch das erbetene Eingreifen in die Resttschecho-Slowakei und die Ordnung dieses Raumes. Unter diesen hier aufgezeichneten Aspekten war im Interesse einer friedlichen Entwicklung die Duldung eines sowjetischen „Flugzeugmutterschiffes" nicht möglich. Keine andere Groß- oder Mittelmacht der Welt hätte eine solche Situation, wenn sie an Stelle Hitlers hätte handeln müssen, sich anders entschieden oder anders gehandelt, wenn eine solche Gelegenheit sich quasi als Geschenk des Himmels so offenkundig geboten hätte, am allerwenigsten Kolonialmächte wie England und Frankreich.

Zu diesem äußeren Geschehen gehörte auch die innere Wandlung eines ganzen Volkes in gläubiger revolutionärer Hingabe. Es wurden auf allen Gebieten Aufgaben gestellt, die gewaltig waren. Ein Volk konnte nach einer schmerzlichen Zeit der Hoffnungslosigkeit, nach Überfremdung, nach geistigem und moralischem Sittenverfall auf allen Ebenen wieder schaffen. Das Volk überwand den Egoismus und den Klassenkampf, es fand sich in einer großen, einzigartigen Gemeinschaft zusammen. Es konnte wieder lachen und sich seines Lebens freuen. Man glaubte innerhalb des Abendlandes an einen „internationalen kameradschaftlichen Nationalismus", das heißt: „ein internationaler Wille zur Arterhaltung aller eingeborener abendländischen Volkheiten und also zur Abweisung aller die Arterhaltung störenden und physisch und psychisch zersetzenden Kräfte. Man war wieder nicht gegen, sondern für etwas.

Seit dem Einmarsch in Prag geistert immer das Wort von Hitlers „Täuschung" und„Wortbruch" als Propagandathese herum, die die Unglaubwürdigkeit der deutschen Politik nachweisen soll. Auch hier kann man nachweisen, daß diese Version von deutschen Widerstandskreisen und

Emigranten insbesondere den Engländern in den Mund gelegt worden sind. Doch hier erhebt sich die Frage, wer denn sein Wort und geschlossene Abkommen gebrochen hat.

Der Verzicht auf weitere territoriale Forderungen war von Hitler anläßlich des Münchener Abkommens im Zusammenhang mit der Rückkehr der Sudetenlande ausgesprochen worden. Mit solchen Forderungen waren offensichtlich Gebietsansprüche gemeint, die nicht vor dem Versailler Zwangsvertrag zum Kaiserreich gehört hatten. Die Sudetengaue gehörten zur Österreich-ungarischen Doppelmonarchie und nicht zum deutschen Kaiserreich, wenn auch nach der Wiedervereinigung des Reiches mit Österreich die Ansprüche auf das Großdeutsche Reich übergegangen waren. Hitlers Verzichte auf Südtirol, Nordschleswig, Elsaß-Lothringen, Ostoberschlesien, Westpreußen, Posen waren zu diesem Zeitpunkt ebenso bekannt wie seine Forderungen nach dem rein deutschen Memelland und der Freistadt Danzig, die beide widerrechtlich dem Reichsverband entrissen waren.

Es steht aber ebenso eindeutig fest, daß weder England noch Frankreich die mit Hitler abgeschlossenen Freundschaftsverträge eingehalten haben. Sowohl der von beiden Mächten abgeschlossene Garantievertrag mit Polen, die gegen Deutschland gerichteten Militärbündnisse waren, als auch die von Amerika unterstützte Einkreisungspolitik zusammen mit der Sowjetunion gegen das Reich liefen diesen Freundschaftsabkommen diametral entgegen. Hinzu kam noch, daß in der Tschechei keineswegs ein Umschwung der Benesch-Politik zu erkennen war und nach wie vor der sowjetische Einfluß und das Militärbündnis gültig waren. Geheime militärische Besprechungen zwischen Tschechen, Russen und Franzosen fanden weiter statt. Diese aber hinzunehmen und damit eine friedensbedrohende Gefährdung des Reiches durch die Hintertür, war für eine souveräne Macht wie Deutschland unzumutbar, eben weil sie tödlich war.

Als Beweis der englische Historiker Gathorne Hardy in „Kurze Geschichte der internationalen Politik 1920-1930" über den Vorzug der Tschechoslowakei: „Wenn man mit einem von strategischen Überlegungen beieinflußtem Auge - statt vom Prinzip der völkischen Selbstbestimmung - die Existenz der Tschechoslowakei betrachtet, dann erschienen sie als bedeutendes Bollwerk gegen die drohende deutsche Hegemonie. Es mag an die Bismarck zugeschriebenen Worte erinnert sein: *‚Wer Böhmen hält, ist der Herr Europas'*. Wenn es unterlag, so konnte man in der Tat dem Schreckgespenst der europäischen Diplomaten nur schwer entgehen: der Beherrschung des ganzen Kontinents durch eine einzige Macht. Für Frankreich insbesondere war die ihm freundliche Demokratie der Tschechoslowakei eines der Elemente in seinen Nachkriegsbündnissen, das vertrauenswürdig blieb. Sie war ein

sehr bedeutsames Glied in der französisch-sowjetischen Zusammenarbeit und im Kriegsfalle ein unschätzbares Zentrum, von dem aus auf die wichtigen Nervenzentren Ostdeutschland Luftangriffe ausstrahlen konnten."

Im übrigen gelten nach internationalen Gepflogenheiten Abkommen nur solange, als gleichbleibende Verhältnisse wie beim Vertragsabschluß herrschen, diese haben sich aber nicht durch Hitler, sondern durch seine Vertragspartner im erheblichen Umfang geändert. Die „Clausula rebus sic stantibus" besagt als staatsrechtliche Aussage, daß abgeschlossene Verträge nicht mehr als verbindlich gelten, wenn in der Laufzeit eine völlig veränderte Sachlage geschieht. Dies war zweifelsohne der Fall, so daß der Vorwurf „Hitler habe sein Wort gebrochen", schon aus diesen Gründen nicht der Wahrheit entspricht.

Im Gegenteil hätte man Hitler geschichtlich einen Vorwurf machen müssen, wenn er nicht auf die nach München erfolgte Wende der englischen Politik entsprechend reagiert hätte. Ihm ging es nicht um die Eroberung der Resttschechei, sondern um die Ausräumung eines Gefahrenherdes, der seinen angestrebten Ostdamm gefährden konnte. Vielleicht wird man aus heutiger Sicht für diese staatsmännische Weisheit und Notwendigkeit vielleicht etwas mehr Verständnis aufbringen, wenn man sich die jetzige Lage Europas als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges ansieht. Und weil Eingeweihte und Wissende sich inzwischen darüber klar geworden sind, muß auch heute noch der Satz, Hitler ist eben an allem Schuld, herhalten, um eigenes Fehlverhalten und Schuld nicht zugeben zu müssen. Aber man bedenke, wenn der Ausspruch Bismarcks richtig sein sollte, wer Böhmen hält, ist der Herr Europas, so bedeutet das heute, daß dies die Sowjetunion ist, die dank der Fehler der Westmächte in diese Position hineinmanipuliert worden ist.

Es kann historisch nachgeprüft werden und keiner weiß es aus diesem Grunde auch besser als die Vereinigten Staaten Nordamerikas, Frankreich und England, auch wenn es bislang verschwiegen wird, daß Benesch schon vor den Friedensverträgen von 1919 immer wieder einen Staat mit der Begründung gefordert hatte, daß eine zu errichtende Tschecho-Slowakei der natürliche Todfeind Deutschlands sein müsse, weil allein schon seine Lage den Gegnern des Reiches sich als unschätzbare Hilfestellung anbietet. Heute kann sie dem Westen keine Hilfestellung mehr anbieten. Sie hat es damals wie heute bevorzugt einseitig gegenüber Moskau getan. Aber damals handelte es sich um *ein* Land, das inmitten Europas als Vorposten Moskaus sich gefühlt hat, heute ist es halb Europa, die Warschauer Paktstaaten, die im Vorfeld sowjetischer Interessen zum Sprung bereit stehen.

Wenn man sich vorstellt, daß die weitüberlegene sowjetische Armee von der kleinen Deutschen Wehrmacht Ende 1941 militärisch praktisch

besiegt und am Boden lag und es damals erst von unseren heutigen Natoverbündeten mit ungeheuren Sach-, Verpflegungsgütern und Waffenlieferungen aller Art wieder aufgepäppelt werden mußte, bevor es erneut anzutreten in der Lage war, der müßte eigentlich den gewaltigen Irrtum begreifen, der auf Grund dieser Fehleinschätzung begangen worden ist. Es bleibt nur noch die Frage offen, ob heute der Glaube an eine solche Gefahr und die Konsequenz daraus im gleichen Umfang Gültigkeit hat wie damals. Nur gab es 45 Jahre zuvor einen europäischen Staatsmann, der das kristallklar erkannt hatte, worüber man sich heute noch unter Bündnispartnern streitet. Nur kannte Hitler die Gesetze der Natur und wußte, daß ohne Damm die heranrollenden Wogen der asiatischen Menschenmassen, der sich der Bolschewismus zu bedienen wußte, nicht aufzuhalten möglich war.

Wo ist heute dieses Vorfeld: das Hitler als europäischer Partner zu organisieren trachtete, wo ist dieser Damm? Wo sollen morgen die heranrollenden Wogen sich ausbranden? Wo findet man heute in diesem schmalen Anhängsel Eurasiens, dieses allzu schmalen Handtuchs Westeuropas, noch den Abwehrwillen und die Kampfbereitschaft eines in einer wahren Volksgemeinschaft geeinten Großdeutschen Reiches? Wird dieses auf Eigennutz und Widerspruch pochende kleine Westeuropa dazu je in der Lage sein? Wird dann vielleicht den müden Holländern und Dänen beispielsweise ein anderes Geschichtsbild vermittelt, wenn nach dem Überrollen durch die Sowjets es wieder heißt, Frau komm mit, du Kapitalist, du Schwein, du tot? Ich glaube auch nicht daran, daß dann in der Folgewirkung innerhalb der sibirischen Gefangenschaft noch eine echte europäische Gemeinschaft bei viel Arbeit und wenig Brot zusammenwächst, zumindest kommt sie dann zu spät. Nur eines ist dann sicher, daß eine spätere Geschichtsschreibung Hitler als den letzten weitsichtigen und konsequenten Europäer im Geschichtsbuch vermerken wird, der wegen des Unverstandes seiner Widersacher zum Schaden Europas scheitern mußte.

Sir Neville Henderson schrieb in „Failure of a Mission" (Mißlingen einer Aufgabe): „Von 1933-1939 haben wir uns nach meiner Meinung Deutschland gegenüber nicht immer fair verhalten, und da wir unfair waren, schwächten wir unsere Stellung und stärkten die der Nazis". Zum Protektoratsgeschehen notiert er: „Die Gelegenheit des ausgebrochenen Streits zwischen Tschechen und Slowaken bot eine allzu gute Gelegenheit, als daß Hitler sie vorübergehen lassen konnte. Seinem Husarenstreich war als solchem ein glänzender Erfolg beschieden, aber im geschichtlichen Zusammenhang erwies sich der Streich als ein nicht wieder gut zu machender Mißgriff. Bis zum Einmarsch in Böhmen wehte über dem deutschen Staatsschiff die nationale deutsche Flagge. An den Iden des März nun hißte der Kapitän herausfordernd seine Pira-

tenflagge mit dem Totenkopf und zeigte damit seine wirklichen Farben als unbedenklicher Bedroher des europäischen Friedens und der Freiheit."

Ob Prag damals ein Mißgriff war, sollten die beurteilen, die heute unter dem Joch der Sowjets und der Kommunisten stöhnen und ihre Freiheit verloren haben. Selbst im Kriege war und blieb die Freiheit der Tschechen unangetastet. Wir hatten es nicht nötig wie die Russen noch 1968, das bißchen aufflackernde Stück Freiheit mit Panzern niederzuwalzen. Auch Herr Henderson würde heute kaum zweifeln können, ob damals oder heute der Friede und die Freiheit mehr gefährdet erscheinen. Es war eine Selbsttäuschung. Was die Piratenflagge anbetrifft, hatte England in seiner blutigen Geschichte weitaus mehr Gelegenheit, diese Flagge zu hissen und dies im Buch der Geschichte zu verewigen als ausgerechnet das kontinentale Deutschland.

Die Gründung des Protektorats Böhmen-Mähren hatte mit Eroberung und territorialen Forderungen nicht das geringste zu tun. Die Selbständigkeit der Slowakei und der Karpatho-Ukraine sind ein Beweis dafür. Wenn Hitler wirklich ein so landhungriger Mann gewesen wäre, hätte er alles dem Deutschen Reich angegliedert. Er tat es eben nicht, weil er Wert darauf legte, Deutschland als Nationalstaat zu erhalten und zu gestalten. Er warb um Bundesgenossen und um echte Partner, die sich unabhängig und partnerschaftlich entwickeln, zusammenarbeiten und leben sollten. Für ihn war es in Anbetracht der drohenden aus dem Osten kommenden Gewitterwolken ein Gebot der Stunde, jede Zwietracht auszuräumen, weil Höheres auf dem Spiel stand.

V. KAPITEL

DER FÜHRER ANTWORTET ROOSEVELT

Reichstagsrede Hitlers vom 28. April 1939

Abgeordnete, Männer des Reichstages!
Der Präsident der nordamerikanischen Union hat an mich ein Telegramm gerichtet, dessen eigenartiger Inhalt Ihnen bekannt ist. Da, ehe ich als Empfänger dieses Dokument zu sehen bekam, die andere Welt durch Rundfunk und Presse davon bereits Kenntnis erhalten hatte, und wir außerdem aus zahllosen Kommentaren demokratischer Weltorgane die freundliche Aufklärung erhalten hatten, daß es sich bei diesem Telegramm um ein sehr geschicktes *taktisches Papier* handle, das *bestimmt* sei, den *volksregierten Staaten die Verantwortung für die kriegerischen Maßnahmen der Plutokratien aufzubürden*, habe ich mich entschlossen, den Deutschen Reichstag einberufen zu lassen, um damit Ihnen, meine Abgeordneten des Reichstages, die Möglichkeit zu geben, meine Antwort als die gewählten Vertreter der deutschen Nation zu allererst kennenzulernen und sie entweder zu bestätigen oder abzulehnen.
Darüberhinaus hielt ich es für zweckmäßig, dem vom Herrn Präsidenten Roosevelt eingeschlagenen Verfahren treu bleiben zu und von meiner Seite aus und mit unseren Mitteln der übrigen Welt Kenntnis von meiner Antwort zu geben.

Ich will diese Gelegenheit aber auch wahrnehmen, um jenen Empfindungen Ausdruck zu verleihen, die mich angesichts der gewaltigen geschichtlichen Geschehnisse des Monats März dieses Jahres bewegen.
Meine tiefen Gefühle kann ich nur in der Form eines demütigen Dankes der Vorsehung gegenüber abstatten, die mich berufen hat, und die es mir gelingen ließ, als einstiger unbekannte Soldat des Krieges zum Führer meines heißgeliebten Volkes emporzusteigen. Sie hat mich die Wege finden lassen, um *ohne Blutvergießen* unser Volk aus seinem tiefsten Elend freizumachen und es wieder aufwärts zu führen. Sie hat es gestattet, die einzige Aufgabe meines Lebens zu erfüllen: Mein deutsches Volk aus seiner Niederlage zu erheben und es aus den Fesseln des schandvollsten Diktats aller Zeiten zu lösen.[1]

> Denn dies war das alleinige Ziel meines Handelns. Ich habe seit dem Tag, da ich mich dem politischen Leben zuwandte, keinen anderen Gedanken gelebt als den der Wiedererringung der Freiheit der deutschen Nation, der Aufrichtung der Kraft und der Stärke unseres Reiches, der Überwindung der Zersplitterung unseres Volkes im Innern, der Beseitigung der Trennung nach außen und seiner Sicherung in bezug auf die Erhaltung seines wirtschaftlichen und politisch unabhängigen Lebens.

Ich habe nur wiederherstellen wollen, was andere einst mit Gewalt zerbrochen hatten, wollte nur wiedergutmachen, was satanische Bosheit oder menschliche Unvernunft zerstörten oder verdarben. Ich habe daher keinen Schritt vollzogen, der fremde Rechte verletzte, sondern nur das vor 20 Jahren verletzte Recht wiederhergestellt. Im Rahmen des heutigen Großdeutschen Reiches befindet sich kein Gebiet, das nicht seit ältesten Zeiten zu ihm gehört hat, mit ihm verbunden war oder seiner Souveränität unterstand. Längst, ehe ein amerikanischer Kontinent entdeckt oder besiedelt wurde, hat dieses Reich bestanden nicht nur in seiner heutigen Größe, sondern um viele seitdem verlorene Gebiete und Provinzen darüber hinaus.

Als vor 21 Jahren der blutige Krieg sein Ende fand, brannte in Millionen von Gehirnen die heiße Hoffnung, daß ein Friede der Vernunft und der Gerechtigkeit die von der furchtbaren Geißel des Weltkrieges heimgesuchten Völker belohnen und beglücken würde. Ich sage „belohnen"; denn alle diese Menschen hatten ihrerseits, ganz gleich wie die Feststellungen der Historiker lauten mögen, keine Schuld an diesem Geschehen. Und wenn es auch in einigen Ländern heute noch Politiker gibt, die schon damals als verantwortlich genannt werden konnten für dieses grausamste Gemetzel aller Zeiten, dann war die große Masse der kämpfenden Soldaten aller Länder und Völker höchstens zu bemitleiden, auf keinen Fall aber schuldig. Ich selbst - wie Sie wissen - war ein vor dem Krieg politisch nie hervorgetretener Mann, der deshalb nur wie Millionen andere als anständiger Bürger und Soldat die ihm zukommende Pflicht erfüllte. Ich konnte daher im und nach dem Kriege mit reinstem Gewissen für die Freiheit und die Zukunft meines Volkes eintreten. Ich kann daher auch im Namen der Millionen und Millionen ebenso Unschuldiger sprechen, wenn ich erkläre, daß sie alle, die nur in treuester Pflichterfüllung für ihre Völker gekämpft hatten, *ein Anrecht besaßen auf einen Frieden der Vernunft und der Gerechtigkeit,* so daß die Menschheit in gemeinsamer Arbeit endlich wieder an die Heilung der gemeinsamen Schäden herantreten konnte.

Um diesen Frieden aber wurden diese Millionen damals *betrogen,* denn nicht nur die Deutschen oder die anderen auf unserer Seite kämpfenden

Völker sind durch die Friedensverträge geschlagen worden, nein, ihre Wirkung war eine vernichtende auch für die Sieger!
Damals zeigte sich zum ersten Mal das Unglück, daß Männer die Politik bestimmten, die im Kriege nicht gekämpft hatten; denn die Soldaten kannten keinen Haß, wohl aber jene alten Politiker, die ihr eigenes kostbares Leben sorgfältig vor der Schrecknis des Krieges verschont hatten, aber nunmehr als wahnsinnig gewordene Rachegeister über die Menschheit herfielen. Haß, Bosheit und Unvernunft waren die intellektuellen Väter des Versailler Diktates.

Tausendjährige Lebensräume und Staaten wurden willkürlich zerschlagen und aufgelöst, seit ewigen Zeiten zueinander gehörige Menschen voneinander gerissen, wirtschaftliche Lebensvoraussetzungen mißachtet, die Völker selbst aber als Sieger und Besiegte in alleinberechtigte Herren und rechdose Knechte eingeteilt. Dieses *Dokument von Versailles* ist zum Glück einer späteren Menschheit schwarz auf weiß niedergelegt. Denn ohne dem würde man es später einst nur als die sagenhafte Ausgeburt einer wüsten, verdorbenen Phantasie halten.

Nahezu 115 Millionen Menschen wurden nicht von den siegreichen Soldaten, sondern von wahnsinnigen Politikern in ihrem Selbstbestimmungsrecht vergewaltigt, willkürlich aus alten Gemeinschaften gelöst und zu neuen. Gemeinschaften zusammengeschlossen ohne Rücksicht auf Blut, auf Herkommen, auf die Vernunft und alle wirtschaftlichen Lebensbedingungen.
Die Folgen waren entsetzlich.

Denn was die Staatsmänner damals auch zu zerstören vermochten, *eine* Tatsache konnten sie nicht beseitigen:

> Diese gigantische, in Mitteleuropa lebende Menschenmasse, die, auf beengtem Raum zusammengedrängt, überhaupt nur in höchster Intensität der Arbeit und damit der Ordnung sich das tägliche Brot sicherstellen kann.

Was aber haben diese Staatsmänner der sogenannten demokratischen Imperien von diesen Problemen gewußt? Eine Schar dümmster Ignoranten, die auf die Menschheit losgelassen wurde, die in Lebensräumen, in den fast 140 Menschen auf dem Quadratkilometer ihr Auskommen finden müssen, eine sich in fast 2000 Jahren geschichtlicher Entwicklung gebildete Ordnung einfach zerrissen und in eine Unordnung verwandelten, ohne dabei aber die Probleme selbst lösen zu können oder auch nur lösen zu wollen, die dem Zusammenleben dieser Menschen nun einmal gestellt sind und für die sie damals als Diktatoren der neuen Weltordnung die Verantwortung übernommen hatten.

Allerdings als diese neue Weltordnung sich in ihren Folgen später als eine katastrophale herausstellte, da waren die demokratischen Friedens-

diktatoren amerikanischer und europäischer Herkunft so feige, daß keiner die Verantwortung für das Geschehene zu übernehmen wagte.

Einer schob die Schuld auf den anderen und versuchte, sich damit selbst vor dem Urteil der Geschichte zu retten. Die von ihrem Haß und ihrer Unvernunft aber mißhandelten Menschen waren leider nicht in der Lage, sich dieser Rettung ihrer Verderber anschließen zu können.

Die Stationen des Leides unseres eigenen Volkes aufzuzählen, ist unmöglich. Um seinen ganzen kolonialen Besitz beraubt, an allen Barmitteln ausgeplündert und damit verarmt, mit sogenannten Reparationen erpreßt, stürzte unser Volk in die düsterste Zeit seines nationalen Unglücks.

> Und wohlgemerkt, das war nicht das nationalsozialistische Deutschland, sondern das demokratische Deutschland, das einen Augenblick schwach genug gewesen war, den Versprechungen demokratischer Staatsmänner zu trauen!

Das daraus entstehende Elend, die andauernde Not begann unser Volk politisch der Verzweiflung auszuliefern. Die anständigsten und fleißigsten Menschen Mitteleuropas glaubten in der restlosen Zerstörung der scheinbar zum Fluch gewordenen Ordnung die Möglichkeit einer Erlösung zu sehen. *Jüdische Parasiten* plünderten die Nation auf der einen Seite unbarmherzig aus und verhetzten auf der anderen die verelendeten Massen. Indem für diese Rasse das Unglück unseres Volkes zum Selbstzweck wurde, gelang es dann in dem entstehenden Heer der Erwerbslosen *für die bolschewistische Revolution* die geeigneten Elemente zu züchten. Der Verfall der politischen Ordnung, die Verwirrung der politischen Meinung durch die unverantwortliche jüdische Presse führte zu immer stärkeren Erschütterungen des wirtschaftlichen Lebens und damit zur steigenden Not und zu einer erhöhten Empfangsbereitschaft bolschewistischer Umsturzgedanken.

Die Armee der jüdischen Weltrevolution, wie man das Arbeitslosenheer bezeichnete, stieg endlich auf fast sieben Millionen.
Deutschland hatte diese Zustände früher nie gekannt. Im Lebensraum des großen deutschen Volkes und des zu ihm gehörenden alten habsburgischen Staates war bei aller Schwere des Lebenskampfes, bedingt durch die Überbesiedelung des Bodens, die Sicherheit des wirtschaftlichen Lebens im Laufe der Zeiten nicht geringer, sondern im Gegenteil immer größer geworden. Fleiß und Arbeitsamkeit, ein ausgeprägter Sparsinn, sowie die Liebe zu einer gewissenhaften Ordnung haben den Menschen in diesem Lebensraum wohl keine übergroßen Reichtümer zu schenken vermocht, sie aber dafür auch vor bitterer Verelendung bewahrt.

Umso entsetzlicher empfanden aber alle die nunmehr in Versailles Verdammten die Folgen des ihnen von den demokratischen Diktatoren aufgezwungenen *Elendsfriedens.* Wir kennen heute die Gründe für diesen furchtbaren Ausgang des Krieges. Erstens war es die *Gier* nach *Beute.* Was im einzelen menschlichen Leben schon selten von Nutzen ist, glaubte man ins Millionenfache vergrößert, der Menschheit als nützliches Experiment vorexerzieren zu können. Man plünderte große Völker aus, erpreßte ihnen ab, was erpreßt werden kann, und man wird dann ein eigenes Leben in sorglosem Nichtstum feiern können. Das war die Meinung dieser wirtschaftlichen Dilettanten. Zu diesem Zweck mußten aber auch

1. die Staaten selbst zerrissen werden. Man mußte Deutschland seinen *Kolonialen Besitz rauben,* obwohl dieser für die Weltdemokraten gänzlich wertlos war, man mußte in die wichtigsten Rohstoffgebiete einbrechen und sie, wenn nötig - dem eigenen Einfluß unterstellen, und vor allem

2. mußte man verhindern, daß sich die unglücklichen Opfer dieser *Demokratischen Völker-* und *Menschenmißhandlungen* jemals würden wieder erholen oder gar erheben können.

So hat man den teuflischen Plan entwickelt, Generationen mit dem Fluch dieses Diktats zu beladen. 60, 70 oder 100 Jahre lang sollte Deutschland Beträge zahlen, deren praktische Aufbringung vollkommen schleierhaft bleiben mußte. Die Realisierung solcher gigantischen Beträge war weder gold- oder devisenmäßig noch auf dem Wege laufender Produktionsabgaben denkbar, ohne daß nicht auch die verblendeten Tributnehmer daran zugrunde gehen mußten.

Tatsächlich haben diese demokratischen Friedensdiktatoren mit ihrem Versailler Wahnsinn die Weltwirtschaft grundsätzlich zerstört. Ihre geisdose Zerreißung, von Völkern und Staaten führte zur Vernichtung der im Laufe langer Jahrhunderte eingespielten wirtschaftlichen Produktions- und Handelsgemeinschaften, dadurch zum Zwang autarker Selbständigkeitsbestrebungen und damit wieder zur Vernichtung bisheriger allgemeiner Weltwirtschaftsbedingungen.

Als ich mich vor 20 Jahren als 7. Mitglied der damaligen Deutschen Arbeiterpartei in München in das Buch des politischen Lebens eintrug, sah ich um mich die politischen Erscheinungen dieses Zerfalls überall wirksam werden. Das Schlimmste war - wie schon betont - die daraus resultierende vollständige Verzweiflung der Masse, das Verschwinden des Vertrauens in die menschliche Vernunft oder gar Gerechtigkeit bei den Gebildeten, ebenso aber auch das brutale Hervortreten der Selbstsucht aller egoistisch veranlagten Kreaturen.

Inwieweit es mir nun möglich wurde, im Laufe von nunmehr 20 Jahren aus diesem chaotischen Zerfall wieder eine Nation zu formen und eine neue Ordnung herzustellen, gehört schon jetzt der Geschichte an.

Was ich heute von Ihnen als Einleitung aber klarstellen will, ist vor allem die Zielsetzung meiner politischen Absichten nach außen und ihre Verwirklichung.

Zu den schandbarsten Vergewaltigungen der Versailler Diktats gehört für alle Zeiten die Zerreißung der Deutschen Nation sowie die politische Auflösung des Lebensraums, in den sie nun einmal seit Jahrtausenden gestellt ist.

Ich habe, meine Abgeordneten, Männer des Reichstages, nie einen Zweifel darüber gelassen, daß es an sich in Europa kaum möglich ist, jemals eine allseitige befriedigende Übereinstimmung staatlicher und volklicher Grenzen zu finden. Die im Laufe der letzten Jahrhunderte allmählich zum Stillstand gekommene volkliche Wanderung einerseits und die Bildung großer Gemeinwesen' andererseits schufen auf diesem Gebiet einen Zustand, der nach der einen oder anderen Seite hin von dem Betroffenen fast stets als unbefriedigend empfunden werden wird. Allein gerade diese Art des allmählichen Ausklingens dieser volklichen und staatlichen Formungen ließ im vergangenen Jahrhundert für viele die Hoffnung als berechtigt erscheinen, daß am Ende zwischen der Respektierung des nationalen Eigenlebens der europäischen Völker und der Anerkennung gewordener staatlicher Gebilde ein Kompromiß gefunden werden würde, der ohne Zerstörung der staatlichen Ordnung in Europa und damit der nun einmal gegebenen wirtschaftlichen Grundlagen trotzdem die Erhaltung der Volkskörper ergeben würde.

Diese *Hoffnungen hat der Weltkrieg beseitigt.* Durch das Versailler Friedensdiktat ist weder dem einen noch dem anderen Prinzip Genüge getan worden. Es wurde weder das Selbstbestimmungsrecht der Völker beachtet, noch wurden die staatlichen oder gar wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Bedingungen der europäischen Entwicklung in Rechnung gestellt. Trotzdem aber habe ich nie einen Zweifel darüber gelassen - wie schon betont -, daß auch eine *Revision des Versailler Vertrages* irdengwo ihre Grenzen finden würde. Ich habe dies in freimütiger Weise auch immer offen ausgesprochen; und zwar nicht aus taktischen Gründen, sondern aus tiefernster Überzeugung.

Ich habe als nationaler Führer des Deutschen Volkes keinen Zweifel darüber gelassen, daß überall dort, wo die höheren Interessen des europäischen Zusammenlebens es erfordern, nationale Interessen im einzelnen - wenn notwendig - auch zurückgestellt werden müssen. Und zwar - wie schon betont - nicht aus taktischen Erwägungen, denn ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß es mir mit dieser Auffassung heiliger Ernst ist. Ich habe aus diesem Grunde für eine ganze Anzahl von

vielleicht strittigen Gebieten *endgültige Entscheidungen getroffen* und sie nicht nur nach außen, sondern auch nach innen bekanntgegeben und ihre Respektierung durchgesetzt.
Ich habe nicht, wie Frankreich im Jahre 1870/71 es tat, die Abtretung Elsaß-Lothringens als für die Zukunft untragbar bezeichnet, sondern ich habe hier einen Unterschied gemacht zwischen dem Saargebiet und den beiden einstigen Reichsländern. Und in dieser meiner Einstellung ist weder eine Revision erfolgt, noch wird eine Revision erfolgen. Und ich habe diese Einstellung in Innern weder publizistisch noch sonst irgendwie ein einziges Mal durchbrechen oder in Frage stellen lassen.
Die Rückkehr des Saargebietes hatte sämtliche territorialen Probleme zwischen Frankreich und Deutschland in Europa aus der Welt geschafft.

Ich habe es allerdings immer als bedauerlich empfunden, daß die französischen Staatsmänner diese Haltung als etwas *Selbstverständliches* betrachteten. So liegen die Dinge nun nicht. Ich habe diese Einstellung nicht etwa gepredigt aus Angst vor Frankreich. Ich sehe als einstiger Soldat keinerlei Veranlassung für eine solche Angst. Außerdem habe ich ja in bezug auf das *Saargebiet* keinen Zweifel gelassen, daß die Nichtzurückgabe dieses Gebiets an Deutschland von uns nicht hingenommen werden würde. Nein, ich habe diese Einstellung Frankreich gegenüber bestätigt als den Ausdruck einer Einsicht in die Notwendigkeit, in Europa irgendwie zum Frieden kommen und nicht durch die Offenhaltung unbegrenzter Forderungen und ewiger Revisionen den *Keim für eine fortdauernde Unsicherheit* oder gar Spannung zu legen.

> Wenn diese Spannung nun trotzdem entstanden ist, dann ist dafür nicht Deutschland verantwortlich, sondern es sind jene internationalen Elemente, die diese Spannung planmäßig herbeiführen, um ihren kapitalistischen Interessen dienen zu können.

Denn ich habe einer ganzen Reihe von Staaten *bindende Erklärungen* abgegeben. Keiner dieser Staaten kann sich beklagen, daß auch nur einmal die Andeutung einer Forderung Deutschlands an ihn gerichtet worden wäre, die zu dem im Gegensatz stände. Keiner der nordischen Staatsmänner z.B. kann es behaupten, daß ihm von Seiten der deutschen Reichsregierung oder von Seiten der deutschen öffentlichen Meinung jemals ein Ansinnen gestellt wäre, das mit der Souveränität oder Integrität dieser Staaten nicht vereinbarlich gewesen wäre.
Ich war glücklich darüber, daß eine Anzahl europäischer Staaten die Erklärung der deutschen Reichsregierung zum Anlaß nahmen, um auch ihrerseits den Willen zu einer unbedingten Neutralität auszusprechen und zu vertiefen. Dies gilt für *Holland', Belgien* und die *Schweiz, Dänemark* usw. Ich habe *Frankreich* schon erwähnt. Ich brauche nicht zu erwähnen *Italien,* mit dem uns die tiefste und engste Freundschaft ver-

bindet, oder *Ungarn* und *Jugoslawien,* mit denen wir als Nachbarn das Glück haben, herzlich befreundet zu sein. Ich habe umgekehrt vom ersten Augenblick meiner politischen Tätigkeit an keinen Zweifel darüber gelassen, daß es andere Zustände gab, die eine so gemeine und grobe Verletzung des Selbstbestimmungsrechts unseres Volkes darstellen, daß wir sie nie akzeptieren und annehmen würden können.

Es existiert von mir aus nicht eine Zeile und es gibt keine Rede, in denen ich gegenüber den vorher erwähnten Staaten eine andere Haltung angenommen hätte als die angegebene.

Es gibt aber ebensowenig keine Zeile und keine Rede, in der ich in den anderen Fällen etwas anderes ausgedrückt habe, als was ich durch mein praktisches Handeln seitdem erhärtete.

1. Österreich

Österreich! die älteste Ostmark des deutschen Volkes war einst die Schutzmark der deutschen Nation nach dem Südosten des Reiches. Die Deutschen in diesem Lande rekrutierten sich aus Siedlern aus allen deutschen Stämmen, wenn auch der bajuwarische Stamm den Hauptanteil gestellt haben mag. Später wurde die Ostmark die Hausmacht eines halbtausendjährigen deutschen Kaisertums und Wien damit die Hauptstadt des Deutschen Reiches. Dieses Deutsche Reich ist im Zuge einer allmählichen Auflösung durch den korsischen Napoleon endgültig zerschlagen worden, lebte aber dann als deutscher Bund weiter und hat, wenn auch nicht mehr in staatlicher, so doch in volklicher ersehnter Einheit den größten Krieg aller Zeiten neuerdings gemeinsam gekämpft und gemeinsam erduldet. Ich selbst bin ein Kind dieser Ostmark.

Durch die Versailler Verbrecher wurde nicht nur das Deutsche Reich zerschlagen, Österreich aufgelöst, sondern auch den Deutschen verboten, sich zu jener Gemeinschaft zu bekennen, der sie über Tausend Jahre lang angehört hatten. Diesen Zustand zu beseitigen, habe ich stets als meine höchste und heiligste Lebensaufgabe angesehen. Diesen Willen zu proklamieren, habe ich nie unterlassen. Und ich war zu jeder Stunde entschlossen, diese mich Tag und Nacht verfolgenden Gedanken zu verwirklichen.

Ich hätte mich an meine Berufung durch die Vorsehung versündigt, wenn ich in dem Bestreben, meine Heimat und mein deutsches Volk der Ostmark an das Reich und damit zur deutschen Volksgemeinschaft zurückzuführen, zum Verräter geworden wäre.

Ich habe damit aber auch die schandbarste Seite des Versailler Vertrages ausgelöscht. Ich habe für siebeneinhalb Millionen Deutsche das Selbstbestimmungsrecht wiederhergestellt. Ich habe die demokratische Verge-

waltigung dieser siebeneinhalb Millionen beseitigt. Ich habe das Verbot, über ihr Schicksal abzustimmen, aufgehoben und vor der Geschichte diese Abstimmung durchgeführt. Sie hat ein Resultat ergeben, das nicht nur ich erwartet habe, sondern das auch die Versailler demokratischen Völkervergewaltiger genau vorausgesehen hatten. Denn warum hätten sie sonst die Abstimmung über den Anschluß verboten?

2. Böhmen und Mähren

Als im Zuge der Völkerwanderung deutsche Stämme aus dem heutigen böhmisch-mährischen Raum aus uns unerklärlichen Ursachen weiterzuwandern begannen, schob sich in diesen Raum und zwischen die noch verbleibenden Deutschen ein fremdes slawisches Volk. Sein Lebensraum wird seitdem vom deutschen Volkstum hufeisenförmig umschlossen. Wirtschaftlich ist auf die Dauer eine selbständige Existenz dieser Länder außer im Zusammenhang mit dem Deutschen Volk und seiner Wirtschaft nicht denkbar.

> Darüber aber hinaus lebten in diesem bömisch-mährischen Raum fast vier Millionen Deutsche.

Eine besondere seit dem Versailler Diktat unter dem Druck der tschechischen Mehrheit einsetzende völkische Vernichtungspolitik, zum Teil aber auch wirtschaftliche Bedingungen und die steigende Not führten zur Auswanderung dieses deutschen Elements, so daß die zurückbleibenden Deutschen auf rund 3,7 Millionen absackten. Das Gebiet ist am Rande deutsch besiedelt, besitzt aber auch im Innern große deutsche Sprachinseln. Das tschechische Volk ist seiner Herkunft nach ein uns fremdes. Allein in *tausendjähriger Gemeinschaft* ist seine Kultur im wesentlichen durch den heutigen Einfluß geformt und gebildet worden. Seine Wirtschaft ist das Ergebnis der Zugehörigkeit zur deutschen Wirtschaft. Die Hauptstadt dieses Landes war zeitweise deutsche Kaiserstadt, sie besitzt die *älteste deutsche Universität* Zahlreiche Dome, Rathäuser, Adels- und Bürgerpaläste sind die Zeugen des deutschen kulturellen Einflusses. Das tschechische Volk selbst hat sein Verhältnis zum deutschen Volk in Jahrhunderten bald enger, bald loser gestaltet. Jede Verengung führte zur Blüte des deutschen und tschechischen Volkes, jede Entzweiung zur Katastrophe.

Die Vorzüge und Werte des deutschen Volkes sind uns bekannt. Allein auch das tschechische Volk verdient in seiner Summe geschickter Fähigkeiten, seiner Arbeitsamkeit, seinem Heiß, seiner Liebe zum eigenen Heimatboden und zum eigenen Volkstum unsere Achtung. Tatsächlich gab es Zeiträume, in denen die Respektierung der beiderseitigen nationalen Gegegebenheiten etwas selbstverständliches war.

Die demokratischen Friedensmacher von Versailles können für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, diesem tschechischen Volk die besondere Rolle eines gegen Deutschland ansetzbaren Trabanten zugedacht zu haben.

Sie haben zu diesem Zweck dem in seiner tschechischen Volkssubstanz überhaupt nicht lebensfähigen Staat willkürlich fremdes Volksgut zugesprochen, d. h. alle anderen Nationalitäten vergewaltigt, um auf solche Weise eine latente Bedrohung der deutschen Nation in Mitteleuropa staatlich sicherstellen zu können. Denn dieser Staat, dessen sogenanntes Staatsvolk in der Minorität war, konnte nur durch eine brutale Vergewaltigung der volklichen Minorität erhalten werden. Diese Vergewaltigung aber war wiederum nur denkbar unter der Zubilligung eines Schutzes und einer Hilfe von Seiten der europäischen Demokratien. Diese Hilfe aber war selbstverständlich nur dann zu erwarten, wenn dieser Staat die ihm anläßlich seiner Geburt zugedachte Rolle getreu zu übernehmen und zu spielen bereit war.

Diese Rolle aber hieß nichts anderes, als die Konsolidierung Mitteleuropas zu verhindern, eine Brücke bolschewistischer Aggressivität nach Europa darzustellen und vor allem Landsknecht der europäischen Demokratien gegen Deutschland zu sein. Alles weitere ergab sich dann von selbst.

Je mehr dieser Staat dieser seiner Aufgabe entsprechen wollte, um so größer wurde der Widerstand der sich dem widersetzenden nationalen Minoritäten. Je größer sich aber dieser Widerstand auswuchs, umso stärker mußte die Unterdrückung einsetzen. Diese zwangsläufige Versteifung der inneren Gegensätze führte wieder zu einer umso größeren Abhängigkeit von den demokratischen europäischen Staatsbegründern und Wohltätern. Denn: sie allein waren ja in der Lage, auf die Dauer die unnatürliche Existenz dieses Gebildes wirtschaftlich aufrechtzuerhalten.

Primär hatte nun Deutschland im wesentlichen nur ein Interesse: nämlich diese fast 4 Millionen Deutsche in diesem Land aus ihrer unerträglichen Situation zu befreien und ihre Rückkehr in die Heimat und damit zum tausendjährigen Reich zu ermöglichen.

Daß dieses Problem sofort das gesamte übrige Nationalitätenproblem aufrollte, war selbstverständlich. Ebenso aber auch die Tatsache, daß das Abziehen aller Nationalitäten den Reststaat um jede Lebensmöglichkeit bringen mußte, etwas, was den Versailler Staatsgründern ja auch klar war, denn weil sie dies wußten, haben sie ja die Vergewaltigung der anderen Minoritäten beschlossen und diese gegen ihren Willen in diese dilettantische Staatskonstruktion hineingezwungen.

Ich habe nun über diese meine Auffassung und Einstellung ebenfalls niemals einen Zweifel gelassen. Gewiß, solange Deutschland selbst ohnmächtig und wehrlos war, konnte man diese Vergewaltigungen von fast

vier Millionen Deutschen ohne praktischen Widerstand des Reiches eben durchführen. , ,

Nur ein politisches Kind aber durfte glauben, daß die deutsche Nation für alle ewigen Zeiten im Zustand des Jahres 1919 bleiben würde.

Nur solange die vom Ausland ausgehaltenen internationalen Landesverräter die deutsche Staatsführung innehatten, war mit einer geduldigen Hinnahme dieser schandbaren Zustände zu rechnen. Sowie seit dem Siege des Nationalsozialismus diese Landesverrräter ihr Domizil dorthin verlegen mußten, woher sie ja auch ihre Subsidiengelder bezogen hatten, war die Lösung dieses Problems nur eine Frage der Zeit. *Und es handelte sich dabei ausschließlich um eine Frage der davon betroffenen Nationalitäten, nicht um eine Frage Westeuropas.* Daß sich Westeuropa für den in seinem Interesse geschaffenen künstlichen Staat interessierte, war ja wohl begreiflich. Daß aber die um diesen Staat liegenden Nationalitäten dieses Interesse als für sie maßgeblichen ansehen würden, war ein vielleicht für manche bedauerlicher Trugschluß. Insoweit dieses Interesse nun auf die finanzielle Fundierung dieses Staatswesens gerichtet war, wäre von deutscher Seite nichts einzuwenden gewesen, wenn nicht dieses finanzielle Interesse letzten Endes ebenfalls ausschließlich den machtpolitischen Zielen der Demokratien unterstellt gewesen wäre.

Auch die finanzielle Förderung dieses Staates verfolgte nur einen leitenden Gedanken: einen militärisch hochgerüsteten Staat zu schaffen mit der Aufgabe, eine in das Reich hineinreichende Bastion zu bilden, die - sei es als Ausgangspunkt militärischer Unternehmungen in Verbindung mit westlichen Einbrüchen in das Reich oder auch nur als Flugzeugstützpunkt - einen unzweifelhaften Weh versprach. Was man von diesem Staat erwartet hatte, geht am eindeutigsten aus der Feststellung des französischen Luftfahrtministers Pierre Cot hervor, der es ruhig aussprach, daß es die Aufgabe dieses Staates wäre, in jedem Konfliktfall Bomberlande- und Bomberabflugplatz zu sein, von dem aus man die wichtigsten deutschen Industriezentren in wenigen Stunden würde vernichten können.

Es ist daher verständlich, wenn die deutsche Staatsführung ihrerseits ebenfalls den Entschluß faßte, diesen Bomberabflugplatz zu vernichten. Sie hat diesen Entschluß nicht gefaßt etwa aus Haß gegen das tschechische Volk. Eher im Gegenteil, denn im Verlaufe eines tausendjährigen Zusammenlebens hat es zwischen dem deutschen und tschechischen Volk oft jahrhundertlange Perioden engster Zusammenarbeit gegeben und dazwischen allerdings nur kurze Perioden von Spannungen.

In solchen Spannungszeiten kann sehr wohl die Leidenschaft der in den vordersten Sappen der volklichen Stellung miteinander ringende Menschen das Gerechtigkeitsgefühl verdüstern und dadurch zu einer falschen Gesamtbeurteilung führen. Dies ist ein Merkmal in jedem Krieg. Allein in den großen Epochen des verständnisvollen Zusammenlebens waren sich die beiden Völker noch immer darüber einig, daß sie - beiderseits - einen heiligen Anspruch auf die Achtung und Respektierung ihres Volkstumes erheben konnten.

> Ich selbst trat aber auch in diesen Jahren des Kampfes dem tschechischen Volk nie anders gegenüber denn als Wahrer nicht nur eines einseitigen Volks- und Reichsinteresses, sondern auch als Achter des tschechischen Volkes selbst. Eines ist sicher: wenn es den demokratischen Geburtshelfern dieses Staates gelungen sein würde, ihr letztes Ziel zu erreichen, dann wäre bestimmt nicht das *deutsche Reich zugrundegegangen,* obwohl wir ebenfalls Verlust erlitten haben könnten. .Nein: *Das Tschechische Volk* würde vermutlich seiner Größe und seiner Lage nach viel furchtbarer, ja, wie ich überzeugt bin, *katastrophale Folgen* zu tragen haben.
>
> Ich bin glücklich, daß es, wenn auch zum Ärger der demokratischen Interessenten, gelungen ist, diese mitteleuropäische Katastrophe dank unserer eigenen Mäßigung und dank auch der Einsicht des tschechischen Volkes zu vermeiden.
>
> Das, für was die besten und einsichtsvollsten Tschechen einst jahrzehntelang gekämpft hatten, wird diesem Volk im nationalsozialistischen Deutschen Reich von vornherein zugebilligt, nämlich das Recht auf das eigene Volkstum und das Recht auf das Ausleben dieses Volkstums.
>
> Das nationalsozialistische Deutschland denkt nicht daran, die Rassengrundsätze, die unser Stolz sind, jemals zu verleugnen. Sie werden nicht nur den Deutschen, sondern auch dem tschechischen Volk zugute kommen. Was wir verlangen, ist die Respektierung einer geschichtlichen Notwendigkeit und einer wirtschaftlichen Zwangslage, in der wir uns alle befinden.

Als ich die Lösung dieses Problems am 22. Februar 1938 im Reichstag ankündigte, war ich überzeugt, hier einer mitteleuropäischen Notwendigkeit zu gehorchen. Noch im März 1938 aber war ich des Glaubens, daß es gelingen könnte, auf dem Wege einer langsamen Evolution die Minoritätenfrage in diesem Staate zu lösen und früher oder später durch eine vertragliche Zusammenarbeit jene gemeinsame Plattform sicherzustellen, die nicht nur politisch, sondern vor allem auch wirtschaftlich für unser aller Interesse nützlich sein konnte. Erst, als der sich restlos in den Händen seiner internationalen-demokratischen Finanziers befindliche *Herr Benesch* das Problem zu einem militärischen Auftrieb Und eine

Welle von Unterdrückung auf das Deutschtum losließ, zugleich aber durch die bekannte Mobilmachung versuchte, dem deutschen Staat eine internationale Niederlage zuzufügen und sein Prestige zu schädigen, wurde mir klar, daß auf diesem Wege eine Lösung nicht mehr gelingen konnte. Denn die damalige Lüge einer deutschen Mobilmachung war ja sichtlich vom Ausland inspiriert worden, um dem deutschen Reich eine solche Prestigeniederlage beizubringen.

Ich brauche es nicht noch einmal zu wiederholen, daß Deutschland im Mai des vergangenen Jahres *keinen Mann* mobilisiert hatte, wohl aber, daß wir alle der Meinung waren, daß gerade das Schicksal des Herrn Schuschnigg allen anderen raten müßte, auf dem Wege einer gerechten Behandlung der nationalen Minoritäten eine Verständigung anzubahnen. Ich für meine Person war jedenfalls bereit, mit Geduld und, wenn notwendig, auch auf Jahre hin eine solche friedliche Entwicklung zu versuchen.

> Allein gerade diese friedliche Lösung war den Hetzern der Demokratien ein Dorn im Auge. Sie hassen uns Deutsche und möchten uns am liebsten ausrotten. Aber was sind für sie auch schon Tschechen? Ein Mittel zum Zweck! Was interessiert sie das Schicksal eines braven Volkes, was kümmert sie das Leben von hunderttausend braver Soldaten, die das Opfer ihrer Politik werden mußten?

Diesen westeuropäischen Kriegshetzern kam es nicht darauf an, Frieden zu stiften, sondern Blut vergießen zu lassen,'damit es ihnen durch dieses Blutvergießen gelang, die Völker zu verhetzen und dann noch mehr Blut fließen zu lassen. Deshalb wurde die deutsche Mobilmachung erfunden und der Prager Öffentlichkeit vorgeschwindelt. Sie sollte der tschechischen Mobilmachung die Argumente liefern. Durch sie glaubte man dann vor allem aber auch, die nicht mehr zu umgehenden Wahlen im Sudetenland unter den unerwünschten militärischen Druck setzen zu können. Nach ihrer Meinung gab es dann für Deutschland nur zwei Möglichkeiten:

> Entweder die Hinnahme dieser tschechischen Mobilsierung und damit das Einstecken einer beschämenden Niederlage oder die Auseinandersetzung mit der Tschecho-Slowakei, einen blutigen Krieg, und damit vielleicht die Möglichkeit, die an diesen Dingen gar nicht interessierten Völker Westeuropas zu mobilisieren, sie ebenfalls in den notwendigen Blutrausch zu bringen, um dann die Menschheit in eine neue Katastrophe zu tauchen, bei der die einen die Ehre besitzen, ihr Leben zu verlieren, die anderen die Annehmlichkeit, in Kriegsgeschäften zu machen.

Sie kennen, meine Abgeordneten, meinen damals sofort erfaßten Entschluß:

Erstens: Lösung dieser Frage, und zwar noch im Jahre 1938, spätestens am 2. Oktober,

Zweitens: Vorbereitung dieser Lösung mit allen jenen Mitteln, die keinen Zweifel darüber lassen konnten, daß jeder Versuch einer Einmischung nunmehr von der vereinten Kraft der Nation abgewehrt werden würde.

> Ich habe damals den Ausbau unserer Westbefestigungen angeordnet und befohlen. Sie war bereits am 25. September 1938 in einem Zustand, der die Widerstandskraft der einstigen Siegfriedlinie des Krieges dreißig- oder vierzigmal übertraf. Sie ist nunmehr im wesentlichen fertiggestellt und erhält zur Zeit die später von mir neu angegebenen Linien vor Aachen und Saarbrücken. Auch diese sind bereits in einem hohen Maße verteidigungsbereit. In diesem Zustand, in dem sich dieses gewaltige Festungswerk aller Zeiten heute befindet, kann die deutsche Nation die beruhigende Überzeugung ihr eigen nennen, daß es keiner Macht der Welt gelingen wird, diese Front jemals zu durchbrechen.

Nachdem der erste Provokationsversuch durch die tschechische Mobilmachung noch nicht zum gewünschten Ergebnis führte, begann die zweite Phase, in der die Tendenz für diese ausschließlich Mitteleuropa angehende Angelegenheit erst recht unverhüllt zu Tage trat.

Wenn heute der Schrei in der Welt erhoben wird: *„Niemals wieder München*"*, dann ist das die Bestätigung dafür, daß den Kriegshetzern die friedliche Lösung dieses Problems als das Verderblichste erschien, was jemals geschah.

> Sie bedauern, daß kein Blut geflossen ist.

Nicht ihr Blut natürlich; denn diese Hetzer stehen nicht dort, wo geschossen wird, sondern nur dort, wo verdient wird. Es ist das Blut vieler namenloser Soldaten. Es wäre im übrigen aber auch gar nicht notwendig gewesen, daß die Konferenz von München stattfand, denn diese Konferenz war nur deshalb zustandegekommen, weil die erst zum Widerstand um jeden Preis aufhetzenden Staaten später so oder so zur Lösung drängte, in einer mehr oder weniger anständigen Form versuchen mußten, sich den Rückzug zu ermöglichen. Denn ohne München, daß heißt ohne die Einmischung dieser westeuropäischen Staaten, wäre die Lösung des ganzen Problems - wenn es überhaupt je zu einer solchen Zuspitzung gekommen sein würde - wahrscheinlich spielend leicht möglich gewesen.

führte nun zu folgendem Ergebnis:
1. Rückkehr der wesentlichsten Teile der deutschen Randbesiedlung in Böhmen und Mähren zum Reich,
2. Offenhaltung der Lösung der übrigen Probleme dieses Staates, d. h. der Rückkehr bzw. des Ausscheidens der noch vorhandenen ungarischen und slowakischen Minoritäten,
3. blieb noch offen die Frage der Garantie. Die Garantie dieses Staates war, soweit es sich um Deutschland und Italien handelte, von vornherein abhängig gemacht worden von der Zustimmung aller an diesem Staat angrenzenden Interessenten und damit von der tatsächlichen Lösung der die Interessenten berührenden und noch offengebliebenen Fragen. Folgende Fragen aber waren offengeblieben:

1. Rückkehr der magyarischen Teile zu Ungarn,
2. Rückkehr der polnischen Teile zu Polen,
3. Lösung der slowakischen Frage und
4. Lösung der ukrainischen Frage.

Wie Ihnen bekannt ist, haben nun, nachdem kaum die Verhandlungen zwischen Ungarn und der Tschecho-Slowakei begonnen hatten, sowohl die tschechoslowakischen Unterhändler an Deutschland und das an unserer Seite stehende Italien die Bitte gerichtet, als *Schiedsrichter* die neue Grenzziehung zwischen der Slowakei, der Karpatho-Ukraine und Ungarn vorzunehmen.

Damit haben die Betroffenen selbst von der Möglichkeit - an die vier Mächte zu appellieren - keinen Gebrauch gemacht, sondern ausdrücklich Verzicht geleistet, d. h. sie abgelehnt.

Und dies war verständlich. Alle in diesem Lebensraum Wohnenden wollten Ruhe und Frieden erhalten. Italien und Deutschland waren bereit, diesem Ruf zu folgen. *Ein Einspruch* gegen diese an sich ja schon die Münchener Abmachung formell verlassene Abmachung wurde *weder von England noch von Frankreich erhoben* und konnte nicht erhoben werden, denn es wäre ja wahnsinnig gewesen, etwa von Paris oder London aus zu protestieren gegen eine Handlung Deutschlands oder Italiens, die allein auf Grund des Ansuchens der Betroffenen selbst stattfand.

Der Schiedsspruch von Italien und Deutschland hat, wie in solchen Fällen, stets keine Seite restlos befriedigt. Er krankte von vornherein daran, daß er von beiden Seiten freiwillig anerkannt werden mußte.

Als daher dieser Schiedsspruch zur Verwirklichung kam, erhoben sich sofort in kurzer Zeit nach der Annahme von zwei Staaten heftige Einsprüche. *Ungarn forderte* aus allgemeinen und besonderen Interessen die *Karpatho-Ukraine, Polen forderte* desgleichen *eine direkte Verbindung mit*

Ungarn. Es war klar, daß unter solchen Umständen auch der Reststaat dieser einstigen Versailler Geburt zum Tode bestimmt war.

Tatsache war, daß an der Aufrechterhaltung des bisherigen Status vielleicht überhaupt nur ein einziger Staat interessiert war, nämlich Rumänien, das durch seinen berufendsten Mund mir persönlich zum Ausdruck brachte, wie erwünscht es wäre, über die Slowakei und Ukraine vielleicht einen direkten Weg nach Deutschland erhalten zu können. Ich erwähne dies als eine Illustrierung für das Gefühl der Bedrohung durch Deutschland, unter der die rumänische Regierung nach den Auffassungen amerikanischer Hellseher gelitten hat. Es war aber nun klar, daß es nicht die Aufgabe Deutschlands sein konnte, sich auf die Dauer einer Entwicklung zu widersetzen oder gar für einen Zustand zu kämpfen, für den wir niemals eine Verantwortung hätten übernehmen können!

Es kam daher jener Augenblick, in dem ich mich namens der Reichsregierung entschloß, zu erklären, daß wir nicht daran dächten, uns länger mit dem Odium zu belasten, um etwa eine deutsche Vormarschstraße nach Rumänien offen zu halten, dem gemeinsamen Grenzwunsche der Polen und Ungarn zu widersprechen. Da außerdem die tschechische Regierung zu ihren alten Methoden zurückkehrte und auch die Slowakei ihre Selbständigkeitswünsche offenbarte, war von einer weiteren Erhaltung des Staates keine Rede mehr.

Die Versailler Konstruktion der Tschecho-Slowakei hat sich selbst überlebt.

Sie verfiel der Auflösung, nicht weil Deutschland dies wollte, sondern weil man am Konferenztisch auf die Dauer nicht künstlich lebensunfähige Staaten konstruieren und aufrechterhalten kann.

Deutschland hat daher auch auf einige wenige Tage vor der Auflösung dieses Staates von England und Frankreich eingegangene Anfrage über eine Garantie diese abgelehnt, denn es fehlten ja alle seinerzeit in München dafür vorgesehene Voraussetzungen. Im Gegenteil, als sich endlich die deutsche Reichsregierung - nachdem das ganze Gebilde in Auflösung begriffen war und sich praktisch auch schon aufgelöst hatte - entschloß, nunmehr ihrerseits ebenfalls einzugreifen, geschah nur im Vollzug einer selbstverständlichen Pflicht; denn folgendes ist noch zu bemerken:

Die deutsche Reichsregierung hat bereits beim ersten Antrittsbesuch des tschechischen Außenministers Chvalkowsky in München ihre Auffassung über die Zukunft der Tschecho-Slowakei klar zum Ausdruck gebracht. Ich selbst habe damals dem Herrn Minister Chvalkowsky versichert, daß wir unter der Voraussetzung einer loyalen Behandlung der in der Tschechei verbliebenen deutschen Minderheiten und in der Voraussetzung einer Beruhigung des ganzen Staates eine *loyale Haltung*

Deutschlands sicherstellen würde und von uns aus diesem Staat keinerlei Hindernisse bereiten wollen.

Ich habe aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn die Tschechei irgendwelche Schritte unternehmen würde im Sinne der politischen Tendenzen des abgetretenen Herrn Dr. Benesch, Deutschland eine Entwicklung in dieser Richtung nicht hinnehmen, sondern schon im Keime auslöschen würde. Ich wies damals darauf hin, daß die *Aufrechterhaltung eines so gewaltigen militärischen Arsenals in Mitteleuropa* ohne Sinn und Zweck *nur als Gefahrenherd angesehen* werden müßte.

Wie richtig meine Warnung war, wurde durch die spätere Entwicklung erwiesen. Durch eine fortgesetzt sich steigernde Flüsterpropaganda sowohl als ein allmähliches Abgleiten tschechischer Zeitungen in die frühere Schreibart mußte auch dem Einfältigsten klar werden, daß in kurzer Zeit die *alten Zustände wieder vorhanden* sein würden. Die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung war umso größer dann, als ja immer damit gerechnet werden mußte, daß sich irgendwelche Wahnsinnigen der *aufgestapelten ungeheuren Kriegsmaterialien* bemächtigen konnten.

Dies barg in sich die Gefahr von Explosionen unabsehbaren Umfangs.

Ich kann nicht umhin, zum Beweis dessen, Ihnen, meine Abgeordneten, einen Einblick zu geben in die geradezu *gigantisch anmutenden Zahlen dieses mitteleuropäischen internationalen Sprengstofflagers.*

Seit der Besetzung dieses Gebietes wurden beschlagnahmt und sichergestellt:

a) Luftwaffe:

1. Flugzeuge 1582,
2. Flakgeschütze 501;

b) Heer:

1. Leichte und'schwere Geschütze 2175,
2. Minenwerfer: 785,
3. Panzerwagen 469,
4. Maschinengewehre 43 876,
5. Pistolen 114000,
6. Gewehre 1090000;

c) Munition:

1. Infanteriemunition 1000000000 Schuß,
2. Artillerie- und Gasmunition 3 000 000 Schuß;

d) Sonstiges Kriegsgerät aller Art,

wie Brückengerät, Horchgerät, Scheinwerfergerät, Kraftfahrzeuge und Sonderkraftfahrzeuge in größten Mengen!

Ich glaube, es ist ein Glück für Millionen und Abermillionen von Menschen, daß es mir gelungen ist, dank der in letzter Minute wirksam werdenden Einsicht verantwortlicher Männer auf der

> anderen Seite eine solche Explosion verhindert und eine Lösung gefunden zu haben, die meiner Überzeugung nach dieses Problem als einen mitteleuropäischen Gefahrenherd endgültig aus der Welt schafft. Die Behauptung, daß nun diese Lösung im Gegensatz zur Abmachung von München stünde, kann durch gar nichts begründet und erhärtet werden.

Die Münchener Lösung konnte unter keinen Umständen als eine endgültige gelten, denn sie hat ja selbst zugegeben, daß weitere Probleme noch der Lösung bedürften und gelöst werden sollten. Daß sich nun die Betroffenen - und dies ist entscheidend - nicht an die *Vier Mächte* gewandt haben, sondern nur an Italien und Deutschland, kann wirklich nicht uns vorgeworfen werden. Ebensowenig auch, daß dieser Staat endlich auch als solcher von selbst zerfallen ist und damit eine Tschechoslowakei nicht mehr existierte. Das aber, nachdem das ethnographische Prinzip schon längst außer Kraft gesetzt worden war, nunmehr auch Deutschland seine immerhin tausendjährigen Interessen, die nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Art sind, in seine Obhut nahm, ist wohl selbstverständlich.

Ob die Lösung, die Deutschland gefunden hat, richtig oder nicht richtig ist, wird die Zukunft erweisen. Sicher aber ist das eine, daß die Lösung nicht einer englischen Kontrolle oder englischer Kritik untersteht.

> Denn die Länder Böhmen und Mähren haben als letztes Restgebiet der ehemaligen Tschecho-Slowakei mit der Münchener Abmachung überhaupt nichts mehr zu tun.

So wenig, als etwa englische Maßnahmen, sagen wir in Irland, mögen sie richtig oder falsch sein, einer deutschen Kontrolle oder Kritik unterstellt sind, so wenig ist dies bei diesen alten deutschen Kurfürstentümern der Fall.

Wie man aber die in München zwischen Herrn Chamberlain und mir persönlich bestätigten Abmachungen auf diesen Fall beziehen kann, ist mir gänzlich unverständlich; denn dieser Fall der Tschecho-Slowakei war ja in dem Münchener Protokoll der vier Mächte geregelt worden, soweit er eben damals geregelt werden konnte. Darüberhinaus war nur vorgesehen, daß, wenn die Beteiligten nicht zu einer Einigung kommen würden, sie sich an die vier Mächte wenden können. Und diese wollten dann nach drei Monaten zu einer weiteren Beratung zusammentreten.

Nun haben aber diese Beteiligten sich überhaupt nicht mehr an die vier Mächte gewandt, sondern nur an Deutschland und Italien. Wie sehr diese dazu doch letzten Endes berechtigt waren, geht daraus hervor, daß weder England noch Frankreich dagegen Einspruch erhoben haben, den von Deutschland und Italien gefällten Schiedsspruch ohne weiteres auch selbst akzeptierten.

Nein, die Abmachung, die zwischen Herrn Chamberlain und mir getroffen wurden, hat sich nicht auf dieses Problem bezogen, sondern ausschließlich *auf die Fragen, die das Zusammenleben* zwischen *England* und *Deutschland* betreffen. Das geht auch eindeutig hervor aus der Feststellung, daß solche Fragen im Sinne des Münchener Abkommens und des deutsch-englischen Flottenvertrages in Zukunft also freundschaftlich behandelt werden sollten, und zwar auf dem Wege der Konsultierung.

> Wenn sich aber dieses Abkommen auf jede künftige deutsche Betätigung politischer Art bezogen haben würde, dann dürfte auch England keinen Schritt mehr unternehmen, sei es zum Beispiel in Palästina oder woanders, ohne sich mit Deutschland erst zu konsultieren.

Es ist selbstverständlich, daß wir dies nicht erwarten, also lehnen wir jede ähnliche Erwartung, die an uns gestellt wird, ab. Wenn nun Herr Chamberlain daraus folgert, daß diese Münchener Abmachung damit hinfällig sei, daß sie von uns gebrochen worden wäre, so nehme ich nunmehr diese Auffassung zur Kenntnis und *ziehe daraus die Konsequenzen.*

Ich habe während meiner ganzen politischen Tätigkeit immer den Gedanken der *Herstellung einer engen deutsch-englischen Freundschaft* und *Zusammenarbeit* vertreten. Ich fand in meinen Bewegung ungezählte gleichgesinnte Menschen. Vielleicht schlossen sie sich mir auch wegen dieser meiner Einstellung an. Dieser Wunsch nach einer deutsch-englischen Freundschaft und Zusammenarbeit deckt sich nicht nur mit meinen Gefühlen, die sich aus der Herkunft unserer beiden Völker ergeben, sondern auch mit meiner Einsicht in die im Interesse der ganzen Menschheit liegende *Wichtigkeit der Existenz des britischen Weltreiches.* Ich habe niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß ich im Bestände dieses Reiches einen unschätzbaren Wertfaktor für die ganze menschliche Kultur und Wirtschaft sehe.

Wie immer auch Großbritannien seine kolonialen Gebiete erworben hat - ich weiß, es geschah dies alles durch Gewalt, und sehr oft mit brutaler Gewalt -, so bin ich mir doch darüber im klaren, daß kein anderes Reich auf andere Wege bisher entstanden ist und daß letzten Endes vor der Weltgeschichte weniger die Methode als der Erfolg gewertet wird, und zwar nicht im Sinne des Erfolges der Methode, sondern des allgemeinen Nutzens, der aus einer solchen Methode entsteht.

Das angelsächsische Volk hat nun ohne Zweifel eine unermeßliche kolonisatorische Arbeit auf dieser Welt vollbracht. Dieser Arbeit gehört *meine aufrichtige Bewunderung.* Der Gedanke an eine Zerstörung dieser Arbeit erschien und erscheint mir von einem höheren menschlichen Standpunkt aus als ein Ausfluß menschlichen Herostratentums. Allein dieser mein aufrichtiger Respekt vor dieser Leistung bedeutet nicht

einen Verzicht auf die Sicherung des Lebens meines Volkes. Ich halte es für unmöglich, eine dauernde Freundschaft zwischen dem deutschen und dem angelsächsischen Volk herzustellen, wenn nicht auch auf der anderen Seite die Erkenntnis vorhanden ist, daß es nicht nur britische sondern auch deutsche Interessen gibt, daß nicht nur die Erhaltung des britischen Weltreiches für die britischen Männer Lebensinhalt und Selbstzweck ist, für die deutschen Männer die Freiheit und Erhaltung des Deutschen Reiches! Eine wirkliche dauernde Freundschaft zwischen diesen beiden Nationen ist nur denkbar unter der Voraussetzung der gegenseitigen Respektierung.

Das englische Volk beherrscht ein großes Weltreich. Es hat dieses Weltreich gebildet in einer Zeit der Erschlaffung des deutschen Volkes. Vordem war Deutschland ein großes Weltreich. In blutigen Kämpfen und religiösen Streitigkeiten sowie aus den Gründen einer inneren staatlichen Aufsplitterung ist dieses Reich an Macht und Größe gefallen und endlich in tiefen Schlaf versunken. Allein als dieses alte Reich sein Ende zu nehmen schien, da wuchs bereits der Keim zu seiner Wiedergeburt. Aus Brandenburg und Preußen entstand ein neues Deutschland, das zweite Reich, und aus ihm wurde nunmehr endlich das deutsche Volksreich.

Es möchten nun alle Engländer begreifen, daß wir nicht im geringsten das Gefühl einer Inseriosität den Briten gegenüber besitzen. Dazu ist unsere geschichtliche Vergangenheit zu gewaltig!

England hat der Welt viele große Männer geschenkt, Deutschland nicht weniger. Der schwere Kampf um die Lebensbehauptung unseres Volkes hat im Laufe von drei Jahrhunderten nur in der Verteidigung des Reiches von uns Blutopfer gefordert, die weit darüber hinaus gingen, was andere Völker für ihre Existenz zu bringen hatten. Wenn Deutschland als ewig angegriffener Staat dabei trotzdem seinen Besitzstand nicht zu bewahren vermochte, sondern viele Provinzen opfern mußte, dann nur infolge seiner staatlichen Fehlentwicklung und der daraus bedingten Ohnmacht!

Dieser Zustand ist nun überwunden. Wir haben daher als Deutsche nicht im geringsten die Empfindung dem britischen Volk etwa unterlegen zu sein. Die Achtung vor uns selbst ist genauso groß wie die eines Engländers vor England. Die Geschichte unseres Volkes hat in ihrer nunmehr fast zweitausendjährigen Dauer Anlässe und Taten genug um uns mit einem aufrichtigen Stolz zu erfüllen.

Wenn nun England für diese unsere Einstellung kein Verständnis aufbringt, sondern in Deutschland glaubt, vielleicht einen Vasallenstaat erblicken zu können, dann ist allerdings unsere Liebe und unsere Freundschaft an England umsonst dargeboten worden. Wir werden deshalb nicht verzweifeln oder verzagen, sondern wir werden dann - gestützt auf das Bewußtsein unserer eigenen Kraft und auf die Kraft unserer Freunde - die Wege finden,

die unsere Unabhängigkeit sicherstellen und unserer Würde keinen Abbruch tun.

Ich habe die Erklärung des britischen Premierministers vernommen, nach der er meint, in Versicherungen Deutschlands kein Vertrauen setzen zu können. Ich halte es unter diesen Umständen für selbstverständlich, daß wir weder ihm noch dem englischen Volk weiterhin eine Lage zumuten, die nur unter Vertrauten denkbar ist

Als Deutschland nationalsozialistisch wurde und damit seine Wiederauferstehung einleitete, habe ich in Verfolg meiner unentwegten Freundschaftspolitik England gegenüber von mir aus selbst den Vorschlag einer *freiwilligen* Begrenzung der deutschen Seerüstung gemacht.

Diese Begrenzung setzte allerdings eines voraus, nämlich den Willen und die Überzeugung, daß zwischen England und Deutschland niemals mehr ein Krieg möglich sein würde. Diesen Willen und diese Überzeugung habe ich auch heute noch.

Ich muß aber nunmehr feststellen, daß die Politik Englands inoffiziell und offiziell keinen Zweifel darüber läßt, daß man in London diese Überzeugung nicht mehr teilt, sondern im Gegenteil der Meinung ist, daß, ganz gleich, in welchen Konflikt Deutschland einmal verwickelt werden würde, Großbritannien stets gegen Deutschland Stellung nehmen müßte.

Man sieht also dort den Krieg gegen Deutschland als etwas Selbstverständliches an. Ich bedaure dies tief, denn die einzige Forderung, die ich an England stelle und immer wieder stellen werde, ist die nach Rückgabe unserer Kolonien.

Ich ließ aber keine Unklarheit darüber, daß dies niemals der Grund für eine kriegerische Auseinandersetzung sein würde. Ich war immer des Glaubens, daß England, für das die Kolonien keinen Wert haben, einmal Verständnis für die deutsche Lage aufbringen würde und die deutsche Freundschaft dann höher bewerten müßte als Objekte, die keinerlei realen Nutzen für England abwerfen, während sie für Deutschland lebenswichtig sind.

Ich habe aber, davon abgesehen, nie eine Forderung gestellt, die irgendwie britisches Interesse berührt haben würde oder die dem Weltreich hätte gefährlich werden können und mitbin für England irgendeinen Schaden bedeutet haben könnte. Ich habe mich immer nur im Rahmen jener Forderungen bewegt, die auf das engste mit dem deutschen Lebensraum zusammenhängen. Wenn nun England heute in der Publizistik und offiziell die Auffassung vertritt, daß man gegen Deutschland unter allen Umständen auftreten müßte und diese uns durch die uns bekannte Politik der Einkreisung bestätigt, dann ist damit die Voraussetzung für den Flottenvertrag beseitigt.

Ich habe mich daher entschlossen, dies der britischen Regierung mit dem heutigen Tag mitzuteilen. Es handelt sich dabei für uns nicht um eine materielle Angelegenheit - denn ich hoffe immer noch, daß wir ein Wettrüsten mit England vermeiden können -, sondern um einen Akt der Selbstachtung. Sollte die britische Regierung aber Wert darauf legen, mit Deutschland über dieses Problem noch einmal in Verhandlungen einzutreten, dann würde sich niemand glücklicher schätzen als ich, um vielleicht doch noch zu einer klaren und eindeutigen Verständigung kommen zu können. Im übrigen kenne ich mein Volk - und ich baue darauf. *Wir wollen nichts, was uns nicht einst gehört hat, kein Staat wird von uns in seinem Eigentum jemals beraubt werden, allein jeder, der Deutschland glaubt angreifen zu können, wird eine Macht und einen Widerstand vorfinden, gegenüber denen die des Jahres 1914 unbedeutend waren.*

Ich möchte im Zusammenhang damit, auch gleich jene Angelegenheit besprechen, die von denselben Kreisen, die einst die Mobilisierung der Tschecho-Slowakei veranlaßten, als Ausgangspunkt der neuen Kampagne gegen das Reich gewählt wurde.

Ich habe schon eingangs meiner Rede Ihnen, meine Abgeordneten, versichert, daß ich niemals, sei es im Falle Österreich, oder sei es im Falle Tschecho-Slowakei, in meinem politischen Leben eine andere Haltung eingenommen habe, als es sich mit den nunmehr vollzogenen Ereignissen vereinbaren ließ. Ich habe daher auch dem

Problem, des Memeltums

gegenüber stets darauf hingewiesen, daß diese Frage, wenn sie nicht von Litauen selbst in einer vornehmen und großzügigen Weise ihre Lösung finden würde, eines Tages Deutschland auf den Platz rufen müßte.

Sie wissen, daß das Memelgebiet einst durch das Diktat von Versailles ebenfalls gänzlich willkürlich vom Deutschen Reich gerissen wurde, und daß endlich im Jahre 1923, also schon mitten im tiefsten Frieden, dieses Gebiet von Litauen besetzt und damit mehr oder weniger beschlagnahmt worden war. Das Schicksal der Deutschen ist dort seitdem ein wahres Martyrium gewesen.

Es ist mir nun im Zuge der Rückgliederung Böhmens und Mährens in den Rahmen des Deutschen Reiches auch möglich geworden, eine Abmachung mit der Litauischen Regierung zu finden, die die Rückkehr dieses Gebietes ebenfalls ohne jeden Gewaltakt und ohne Blutvergießen nach Deutschland gestattete. Auch hier habe ich keine Quadratmeile mehr verlangt, als was wir vorher besaßen und uns geraubt worden war. Das heißt also, es ist nur das Gebiet, das die wahnsinnigen Friedensdiktatoren von Versailles von uns gerissen hatten, *wieder zum Deutschen*

Reich zurückgekehrt Für das Verhältnis Deutschlands zu Litauen wird aber diese Lösung - dessen bin ich überzeugt - nur vorteilhaft sein.

Denn Deutschland hat - dies wurde ja durch unser Verhalten bewiesen - nunmehr kein anderes Interesse, als auch mit diesem Staat in Frieden und Freundschaft zu leben und unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu ihm zu finden und zu pflegen. Auch hier möchte ich grundsätzlich eines erklären - die Bedeutung wirtschaftlicher Abmachungen mit Deutschland liegt nicht nur darin, daß Deutschland als Exporteur befähigt ist, fast alle industriellen Anforderungen zu erfüllen, sondern, daß es zugleich auch als gewaltigster Konsument der Käufer zahlreicher Produkte ist, die es anderen Ländern überhaupt erst ermöglichen, ihrerseits am Welthandel teilzunehmen. Wir haben nun ein Interesse daran, diese wirtschaftlichen Märkte uns nicht nur zu erhalten, sondern vor allem sie auch zu pflegen.

Denn darauf basiert zu einem hohen Prozentsatz die Existenz unseres Volkes. Es gehört wieder zur Größe sogenannter demokratischer Staatsmänner, einen eminenten politischen Erfolg darin sehen zu wollen, einem Volk seinen Absatz, z. B. durch Boykott, an Verkaufsmärkten zu verschließen, um es damit - so nehme ich wohl an - zum *Aushungern* zu bringen.

Ich brauche Ihnen nicht zu versichern, daß meiner Überzeugung nach die Völker nicht daran verhungern, sondern daß sie unter solchen Umständen eher immer lieber noch kämpfen würden.

Was Deutschland betrifft, ist es jedenfalls entschlossen, sich gewisse lebenswichtige Märkte nicht durch terroristische Eingriffe von außen oder Drohungen rauben zu lassen. Dies liegt aber nicht nur in *unserem* Interesse, sondern ebenso auch im Interesse unserer *Handelspartner*. Es ist hier, wie bei jedem Geschäft, nicht eine einseitige, sondern eine gegenseitige Abhängigkeit vorhanden.

Wie oft haben wir das Vergnügen, in den dilettantischen wirtschaftlichen Abhandlungen unserer demokratischen Pressen zu lesen, daß Deutschland deshalb, weil es mit einem Land enge wirtschaftliche Beziehungen unterhält, dieses Land in seine Abhängigkeit bringt. Ein geradezu haarsträubender jüdischer Unsinn! Denn wenn heute das Deutsche Reich einem Agrarstaat Maschinen liefert und dafür von diesem Lebensmittel erhält, dann ist das Reich als Konsument von Lebensmitteln von diesem Agrarstaat mindestens ebenso, wenn nicht noch mehr abhängig als der Agrarstaat, der von uns als Bezahlung Industrieprodukte empfängt.

Deutschland sieht in den baltischen Staaten mit die wichtigsten Handelspartner.

Wir sind aus diesem Grunde interessiert, daß sie ein eigenes und unabhängiges, geordnetes nationales Leben führen. Dies ist in unseren Augen

die Voraussetzung für jene innere wirtschaftliche Entwicklung, die selbst wieder die Voraussetzungen für den Tauschverkehr liefert. Ich bin daher glücklich, daß wir auch mit Litauen den Streitpunkt, der zwischen unseren Ländern lag, beseitigen konnten. *Denn damit ist das einzige Hindernis aus dem Wege geräumt für eine freundschaftliche Politik, die sich nicht in politischen Komplimenten, sondern in wirtschaftlicher praktischer Arbeit bewähren kann,* und wie ich überzeugt bin - *bewähren wird.*

> Die demokratische Welt hat allerdings auch hier zutiefst bedauert, daß das Blutvergießen ausblieb, daß also 175 000 Deutsche in die von ihnen über alles geliebte Heimat zurückkehren konnten, ohne daß ein paar hunderttausend andere deshalb erschossen wurden!

Dies schmerzt die humanen Weltapostel tief. Es war daher nicht verwunderlich, daß sie sofort im Anschluß daran nach neuen Möglichkeiten Ausschau hielten, die europäische Atmosphäre eben doch noch einmal gründlich zu stören. Und, so wie im Falle der Tschecho-Slowakei, griffen sie wiederum zur Behauptung deutscher militärischer Maßnahmen, d.h. also einer sogenannten deutschen Mobilmachung. Das Objekt dieser Mobilmachung sollte Polen sein. Über

Das deutsch-polnische Verhältnis

ist wenig zu sagen. Der Friedensvertrag von Versailles hat auch hier, und zwar natürlich mit Absicht, dem deutschen Volk die schwerste Wunde zugefügt. Durch die eigenartige Festlegung des Korridors Polens zum Meer sollte vor allem auch für alle zukünftige Zeiten eine Verständigung zwischen Polen und Deutschen verhindert werden. Das Problem ist - wie schon betont - für Deutschland vielleicht am allerschmerzlichsten.

Allein, trotzdem habe ich unentwegt die Auffassung vertreten, daß die Notwendigkeit eines freien Zugangs zum Meer für den polnischen Staat nicht übersehen werden kann, und daß überhaupt grundsätzlich auch in diesem Fall die Völker, die nun einmal durch die Vorsehung dazu bestimmt - oder meinetwegen verdammt sind - nebeneinander zu leben, sich zweckmäßigerweise nicht künstlich oder unnotwendig das Leben noch verbittern sollten.

Der verstorbene Marschall Pilsudski, der derselben Meinung anhing, war daher bereit, die Frage einer Entgiftung des deutsch-polnischen Verhältnisses zu überprüfen und endlich *das Abkommen* abzuschließen, durch das Deutschland und Polen in der Regelung ihrer beiderseitigen Beziehungen entschlossen waren, auf das Mittel des Krieges endgültig zu verzichten.

Diese Abmachung hatte allerdings eine *einzige Ausnahme',* sie wurde praktisch Polen zugestanden. Es wurde festgestellt, daß die von Polen schon bisher getroffenen Beistandpakte, es war dies der Beistandspakt mit Frankreich, dadurch nicht berührt werden sollten. Es war aber selbstverständlich, daß sich dies ausschließlich auf den bereits vorhandenen Beistandspakt beziehen konnte und nicht auf beliebig neu abzuschließende. Tatsache ist, daß das deutsch-polnische Abkommen zur außerordentlichen Entspannung der europäischen Lage beitrug. Immerhin war zwischen Deutschland und Polen eine Frage offen, die früher oder später ganz natürlich gelöst werden mußte, die Frage der deutschen Stadt Danzig.

Danzig ist eine deutsche Stadt, und sie will zu Deutschland. Umgekehrt hat diese Stadt vertragliche Abmachungen, die ihr allerdings aufgezwungen wurden durch die Versailler Friedensdiktatoren, mit Polen. Da nun außerdem der Völkerbund früher als großer Unruhestifter nunmehr mit einem allerdings außerordentlich taktvollen Hohen Kommissar vertreten ist, muß spätestens mit dem allmählichen Erlöschen dieser unheilvollen Institution das Problem Danzig so oder so erörtert werden. Ich sah nun in der friedlichen Lösung dieser Frage einen weiteren Beitrag für eine *endgültige* europäische Entspannung. Denn dieser Entspannung dient man sicherlich nicht durch die Hetze wahnsinnig gewordener Kriegstreiber, sondern durch Beseitigung wirklicher Gefahrenmomente. Ich habe nun der polnischen Regierung, nachdem das Problem Danzig schon vor Monaten einige Male besprochen worden war, *ein konkretes Angebot* unterbreiten lassen.

Ich teile Ihnen, meine Abgeordneten, nunmehr dieses Angebot mit, und sie werden sich selbst ein Urteil bilden, ob es nicht im Dienste des europäischen Friedens das gewaltigste Entgegenkommen darstellt, das an sich denkbar war.

Ich habe - wie schon betont, die Notwendigkeit eines Zugangs dieses Staates zum Meer stets eingesehen und damit auch in Rechnung gestellt. Ich bin ja kein demokratischer Staatsmann, sondern ein realistischer Nationalsozialist. Ich hielt es aber auch für notwendig, der Warschauer Regierung klarzumachen, daß sie so, wie sie einen Zugang zum Meer wünscht, *Deutschland einen Zugang zu seiner Provinz im Osten.* Es sind dies nun einmal schwierige Probleme. Dafür ist nicht Deutschland verantwortlich, sondern jene Zauberkünstler von Versailles, die in ihrer Bosheit oder in ihrer Gedankenlosigkeit in Europa hundert Pulverfässer herumstellten, von denen jedes einzelne außerdem noch mit kaum auslöschbaren Lunten versehen worden war. Man kann nun diese Probleme nicht nach irgendeinem alten Schema lösen, sondern ich halte es für notwendig, daß man hier neue Wege geht. Denn der Weg Polens zum Meer durch den Korridor und umgekehrt ein deutscher Weg

durch diesen Korridor haben *überhaupt keinerlei militärische Bedeutung.* Ihre Bedeutung liegt ausschließlich auf psychologischem und wirtschaftlichem Gebiet. Einem solchen Verkehrsstrang eine militärische Bedeutung zuzumessen, hieße, sich einer militärischen Naivität von seltenem Ausmaß zu ergeben.

Ich habe nunmehr der polnischen Regierung folgenden Vorschlag unterbreiten lassen:

1. Danzig kehrt als Freistaat in den Rahmen des deutschen Reiches zurück.
2. Deutschland erhält durch den Korridor eine Straße und eine Eisenbahnlinie zur eigenen Verfügung mit dem gleichen exterritorialen Charakter für Deutschland, als der Korridor ihn für Polen besitzt.

Dafür ist Deutschland bereit:

1. sämtliche wirtschaftlichen Rechte Polens in Danzig anzuerkennen.
2. Polen in Danzig einen Freihafen beliebiger Größe und bei vollständigem freien Zugang sicherzustellen,
3. damit die Grenzen zwischen Deutschland und Polen endgültig als gegeben hinzunehmen und zu akzeptieren,
4. einen 25jährigen Nichtangriffspakt mit Polen abzuschließen, also einen Pakt, der weit über mein eigenes Leben hinausreichen würde, und
5. die Unabhängigkeit des slowakischen Staates durch Deutschland, Polen und Ungarn gemeinsam sicherzustellen, was den praktischen Verzicht auf jede einseitige deutsche Vormachtsstellung in diesem Gebiet bedeutet.

Die polnische Regierung hat dieses, mein Angebot, abgelehnt und sich

1. nur *bereit erklärt, über die Frage des Ersatzes des Völkerbundkommissars* zu verhandeln und
2. *Erleichterungen für den Durchgangsverkehr* durch den Korridor zu erwägen.

Ich habe diese mir unverständliche Haltung der polnischen Regierung aufrichtig bedauert, jedoch das allein ist nicht das Entscheidende, sondern das Schlimmste ist, daß nun ähnlich wie die Tschecho-Slowakei vor einem Jahr auch *Polen glaubt, unter dem Druck einer verlogenen Welthetze Truppen einberufen zu müssen,* obwohl Deutschland seinerseits überhaupt nicht einen einzigen Mann eingezogen hat und nicht daran dachte, irgendwie gegen Polen vorzugehen. Wie gesagt, dies ist an sich sehr bedauerlich, und die Nachwelt wird einmal entscheiden, ob es nun wirklich so richtig war, diesen von mir gemachten *einmaligen* Vorschlag abzulehnen. Dies - wie gesagt - war ein Versuch von mir, eine die

ganze deutsche Nation innerlich bewegende zu einem *wahrhaft einmaligen Kompromiß zu* lösen, und zwar zu lösen zugunsten beider Länder.
Meiner Überzeugung nach war Polen bei dieser Lösung aber überhaupt kein *gebender* Teil, sondern nur ein *nehmender*, denn daß Danzig nie mals polnisch werden wird, dürfte wohl außer Zweifel stehen. Die Deutschland nunmehr von der Weltpresse einfach angedichtete Angriffsabsicht führte in der Folge zu den Ihnen bekannten sogenannten Garantieangeboten und zu einer Verpflichtung der polnischen Regierung für einen gegenseitigen Beistand, der also Polen unter Umständen zwingen würde, im Falle eines Konfliktes Deutschlands mit irgendeiner anderen Macht, durch den wieder England auf den Plan gerufen würde, nun seinerseits gegen Deutschland militärisch Stellung zu nehmen. Diese Verpflichtung widerspricht der Abmachung, die ich seinerzeit mit dem Marschall Pilsudsky getroffen habe. Denn in dieser Abmachung ist ausschließlich Bezug genommen auf bereits, also damals bestehende Verpflichtung, und zwar auf die uns bekannten Verpflichtungen, Polens Frankreich gegenüber. Diese Verpflichtungen nachträglich zu erweitern, steht im Widerspruch zur deutsch-polnischen Erklärung. Ich hätte unter diesen Umständen den Pakt damals nicht abgeschlossen. Denn was haben Nichtangriffspakte überhaupt für einen Sinn, wenn sich der eine Partner praktisch eine Unmenge von Ausnahmefällen offen läßt!
Es gibt entweder kollektive Sicherheit, das heißt kollektive Unsicherheit und ewige Kriegsgefahr oder klare Abkommen, die aber auch grundsätzlich jede Waffenwirkung unter Kontrahenten ausschließen.
Ich sehe deshalb damit das von mit und dem Marschall Pilsudski seinerzeit geschlossene Abkommen als durch Polen einseitig verletzt an und daher nicht mehr bestehend!

Ich habe dies der polnischen Regierung mitgeteilt. Ich kann aber auch hier nur wiederholen, daß dies *keine Änderung meiner grundsätzlichen Einstellung* zu den angeführten Problemen bedeutet.
Sollte die polnische Regierung Wert darauf legen, zu einer neuen vertraglichen Regelung der Beziehungen zu Deutschland zu kommen, so werde ich das nur begrüßen, allerdings unter der Voraussetzung, daß solche Regelung dann auf einer ganz klaren und gleichmäßig beide Teile bindenden Verpflichtung beruht. Deutschland ist jedenfalls bereit, solche Verpflichtungen zu übernehmen und dann auch zu erfüllen.
Wenn nun aus diesen Anlässen in den letzten Wochen eine neue Unruhe über Europa hereingebrochen ist, dann ist verantwortlich dafür ausschließlich jene uns bekannte, im Dienste internationaler Kriegshetzer stehende Propaganda, die, von zahlreichen Organen in den demokratischen Staaten betrieben, versucht, durch eine fortgesetzte Steigerung der Nervosität, durch das Fabrizieren andauernder Gerüchte Europa reif für eine Katastrophe, von der man hoffte, was auf anderem

Wege bisher nicht gelungen ist: *Die bolschewistische Vernichtung der europäischen Kultur!* Der Haß dieser Hetzer ist umso verständlicher, als ihnen unterdes einer der größten Gefahrenpunkte der europäischen Krise dank des Heldentums eines Mannes, seines Volkes und - das darf ich aussprechen - auch dank der italienischen und der deutschen Freiwilligen entzogen wurde.

Deutschland hat in diesen Wochen mit der heißesten Anteilnahme den Sieg des nationalen Spaniens miterlebt und mitgefeiert.

Als ich mich einst entschloß, dem Ruf General Francos und seiner Bitte, gegenüber der internationalen Unterstützung der bolschewistischen Mordbrenner ihm auch durch das nationalsozialistische Deutschland Hilfe zukommen zu lassen, zu entsprechen, wurde dieser Schritt Deutschlands von diesen selben internationalen Hetzern in der infamsten Weise mißdeutet und beschimpft.

Man erklärte damals, daß Deutschland die Absicht habe, sich in Spanien festzusetzen, daß wir spanische Kolonien zu nehmen gedächten, ja, es wurde in einer *niederträchtigen Lüge die Landung von 20000 Mann in Marokko* erfunden, kurz, man hat nichts unterlassen, den Idealismus unserer und der italienischen Unterstützung zu verdächtigen und daraus die Elemente für eine neue Kriegshetze zu finden.

In wenigen Wochen wird nun der siegreiche Held des nationalen Spaniens seinen feierlichen Einzug in die Hauptstadt des Landes halten. Das spanische Volk wird ihm zujubeln als dem Erlöser von einem unsagbaren Grauen, als dem Befreier von Mordbrennerbanden, die nach den Schätzungen allein an Hingerichteten und Ermordeten über 775000 Menschen auf dem Gewissen haben.

Man hat die Bevölkerung ganzer Dörfer und Städte förmlich abgeschlachtet unter der stillen huldvollen Patronanz westeuropäischer und amerikanischer demokratischer Humanitätsapostel.

In diesem seinem Siegeszug nehmen in den Reihen der tapferen spanischen Soldaten neben den italienischen Kameraden auch die Freiwilligen unserer deutschen Legion teil.

Wir hoffen, sie ganz kurze Zeit später bei uns in der Heimat begrüßen zu können.

Das deutsche Volk wird dann erfahren, wie tapfer seine Söhne auf diesem Platz für die Freiheit eines edlen Volkes mitgekämpft haben und damit letzten Endes für die Errettung der europäischen Zivilisation. Denn der Sieg des bolschewistischen Untermenschentums in Spanien hätte nur zu leicht seine Wellen über ganz Europa schlagen können. Daher auch der Haß derer, die es bedauern, daß Europa nun wieder nicht in Feuer und Flammen aufging. Sie wollen daher erst recht keine Möglichkeit sich

entgehen lassen, um zwischen den Völkern das Mißtrauen zu säen und die für sie erwünschte Kriegsstimmung anderwärts zu schaffen.
Was in den letzten Wochen die internationalen Kriegshetzer an verlogenen Behauptungen zusammenfälschten und vor allem in den zahlreichen Zeitungen zum besten gaben, ist zum Teil ebenso kindisch wie bösartig. Der erst Erfolg ist - soweit es nicht den innerpolitischen Zwecken der demokratischen Regierungen dienen soll - die Verbreitung einer nervösen Hysterie, die im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten zur Zeit die Landung von Marsbewohnern für möglich hält. Der eigentliche Zweck soll allerdings die Vorbereitung der öffentlichen Meinung sein, die englische Einkreisungspolitik als notwendig anzusehen und sie mithin im schlimmsten Falle zu unterstützen.
Das deutsche Volk kann demgegenüber mit größter Ruhe seiner Arbeit nachgehen. Seine Grenzen werden vom besten Heer der deutschen Geschichte verteidigt, sein Luftraum wird von der gewaltigen Luftflotte geschützt, unsere Küsten sind für jede Macht unangreifbar gemacht. Im Westen ist das stärkste Verteidigungswerk aller Zeiten entstanden. Das entscheidendste aber ist die Geschlossenheit des Volkskörpers selbst, das Vertrauen der Deutschen untereinander auf die gemeinsame Wehrmacht und - ich darf dies wohl aussprechen - *das Vertrauen aller auf die Führung.*

> Nicht geringer aber ist das Vertrauen von Führung und Volk zu unseren Freunden, und hier an der Spitze zu dem Staat, der uns in seiner schicksalhaften Verbundenheit in jeder Hinsicht am nächsten steht. Auch in diesem Jahr hat das faschistische Italien das höchste Verständnis für die berechtigten deutschen Interessen aufgebracht. Es darf niemand wundernehmen, wenn auf unserer Seite das gleiche Empfinden gegenüber den italienischen Lebensnotwendigkeiten besteht.

Der Bund, der diese beiden Völker vereint, ist unzerreißbar. Jeder Versuch an dieser Tatsache zu rütteln, erscheint uns als lächerlich.
Er erhält in jedem Fall seine beste Illustrierung und Aufklärung in dem Artikel, den vor wenigen Tagen erst eine große demokratische Zeitung schrieb, daß man nicht mehr daran glauben dürfe, Italien und Deutschland auseinander manöverieren zu können, um sie dann im einzelnen zu vernichten.

So hat die Deutsche Reichsregierung auch im tiefsten Verständnis das Recht der *Aktion des italienischen Freundes in Albanien* begriffen und diese daher begrüßt. Ja, der Faschismus hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, in dem Italien von Natur und Geschichte zugewiesenen Lebensraum für die Aufrechterhaltung einer Ordnung zu sorgen, durch die allein eine wirkliche Blüte der menschlichen Kultur begründet und gesichert erscheint. Über die zivilisatorischen Arbeiten des Faschismus

kann man in der übrigen Welt aber letzten Endes genau so wenig im Zweifel sein wie über die des Nationalsozialismus. In beiden Fällen sprechen unbestreitbare Tatsachen gegen das haidose Geflunker und die unbewiesene Behauptung der anderen Seite.
Die Verengung der Beziehungen Deutschlands zu Italien und zu Japan ist das dauernde Ziel der deutschen Staatsführung. Wir sehen in dem Bestand und in der Erhaltung der Freiheit und der Unabhängigkeit dieser drei Weltmächte das stärkste Element der Aufrechterhaltung einer wirklich menschlichen Kultur, einer praktischen Zivilisation sowie einer gerechteren Weltordnung für die Zukunft.

Punkt für Punkt: Antwort an Roosevelt

Wie nun schon eingangs erwähnt, erhielt die Welt am 15. April 1939 Kenntnis des Inhalts von einem Telegramm, das ich dann später tatsächlich auch persönlich zu sehen bekam. Es ist schwierig, dieses Dokument zu klassifizieren oder in eine bekannte Ordnung einzureihen. Ich will daher vor Ihnen, meine Abgeordneten des Deutschen Reichstages, und damit vor dem ganzen deutschen Volk eine Analysierung des Inhalts dieses merkwürdigen Schriftstücks versuchen und daran anknüpfend auch gleich in Ihrem Namen und im Namen des deutschen Volkes die notwendige Antwort geben.

1. Herr Roosevelt ist der Meinung, daß auch ich mir darüber klar sei, daß in der ganzen Welt Hunderte von Millionen der menschlichen Wesen in ständiger Furcht vor einem neuen Krieg, ja sogar vor einer Reihe von Kriegen lebten. Dies ging auch das Volk der Vereinigten Staaten, dessen Wortführer er sei, nahe an, und ebenso müsse es auch all die anderen Völker der ganzen westlichen Halbkugel angehen.
Antwort:

Dazu wäre zunächst zu sagen, daß diese Furcht vor Kriegen ohne Zweifel seit jeher die Menschheit mit Recht erfüllt hat. So zum Beispiel nach dem *Friedensschluß von Versailles* vom *Jahre 1919-1938 allein 14 Kriege geführt* worden, an denen allerdings *Deutschland in keinem Fall beteiligt* war, wohl aber Staaten der „westlichen Halbkugel", in deren Namen Herr Präsident Roosevelt ebenfalls das Wort ergreift. Dazu kommen noch im selben Zeitraum 26 gewaltsame Interventionen und mit blutiger Gewalt durchgeführte Sanktionen. Auch daran ist Deutschland unbeteiligt gewesen. *Die amerikanische Union* hat allein in 6 Fällen seit 1918 militärische Interventionen durchgeführt. Rußland hat seit 1918 zehn Kriege und militärische Aktionen mit blutiger Gewalt geführt. Auch hieran war Deutschland in keinem Fall beteiligt. Es war auch nicht die Ursache eines dieser Vorgänge.

Es würde also in meinen Augen ein Irrtum sein, anzunehmen, daß die Furcht der europäischen und außereuropäischen Völker vor Kriegen gerade in diesem Augenblick auf wirkliche Kriege selbst zurückgeführt werden könnte, für die Deutschland verantwortlich gemacht werden dürfte. Der Grund für diese Furcht liegt ausschließlich in einer ungezügelten, ebenso verlogenen wie niederträchtigen Pressehetze, in der Verbreitung übelster Pamphlete über fremde Staatsoberhäupter, in der künstlichen Panikmache, die am Ende soweit führt, daß selbst Interventionen von Planeten für möglich gehalten werden und zu heillosen Schreckensszenen führen.

Ich glaube, daß sobald die verantwortlichen Regierungen sich selbst und ihren publizistischen Organen über die Beziehung der Völker untereinander und insbesondere über die inneren Vorgänge bei anderen Völkern die notwendige Zurückhaltung und Wahrheitsliebe auferlegen, die Kriegsangst sofort verschwinden wird und die von uns allen so erwünschte Ruhe eintreten könnte.

2. Herr Roosevelt glaubt in seinem Telegramm, daß jeder größere Krieg, sogar wenn er auf andere Kontinente beschränkt bleiben sollte, sich während seiner Dauer und noch auf die ganze Lebenszeit mehrerer Generationen nachher schwer auswirken wird.

Antwort:

Dies weiß niemand, mehr als das deutsche Volk. Denn dem deutschen Volk wurden im Friedensvertrag von Versailles Lasten aufgebürdet, die in nicht einmal hundert Jahren abzutragen gewesen wären, obwohl gerade amerikanische Staatsrechtler, Historiker und Geschichtsprofessoren nachgewiesen haben, daß Deutschland am Ausbruch des Weltkrieges genau so schuldlos war wie irgend ein anderes Volk.

Allein, ich glaube nicht, daß jeder Kampf für sich eine ganze Umwelt, das heißt für die ganze Erde katastrophal auswirken muß dann, wenn nicht künstlich durch ein System von undurchsichtigen Paktverpflichtungen die ganze Erde planmäßig in solche Konflikte hineinzieht. Denn da die Welt bisher in früheren Jahrhunderten und - wie ich eingangs in meinen Antworten nachwies - auch in den letzten Jahrzehnten fortgesetzt Kriege erlebte, würde im Falle des Zutreffens der Auffassung Roosevelts schon jetzt in der Zusammenaddierung der Auswirkung aller dieser Kriege die Menschheit noch Jahrmillionen zu tragen haben.

3. Herr Roosevelt erklärt, daß er sich schon bei einer früheren Gelegenheit an mich gewandt habe im Interesse der Regelung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Probleme auf friedlichem Wege mit der Hoffnung, dabei ohne an den Appell an die Waffen vorzugehen.

Antwort:

Ich habe diese Auffassung bisher auch selbst stets vertreten, und wie die Geschichte es ja auch erweist, *ohne Waffengewalt*, das heißt ohne Appell

an die Waffen die notwendigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme geregelt.

Leider ist diese friedliche Regelung aber durch die Hetze von Politikern, Staatsmännern und Presseleuten erschwert worden, die von den in Frage stehenden Problemen weder betroffen oder auch nur berührt werden konnten.

4. Herr Roosevelt glaubt, daß die „Zeitströmung" jetzt wieder drohende Waffengewalt mit sich bringe und daß, wenn derartige Bedrohungen fortdauern, es unvermeidlich erscheine, daß ein großer Teil der Welt gemeinsam dem Verderben der Welt anheimfalle.

Antwort:
Soweit es sich um Deutschland handelt, ist mir von einer derartigen Bedrohung anderer Nationen nichts bekannt, wohl aber lese ich in den demokratischen Zeitungen jeden Tag von deutschen Mobilmachungen, von Truppenlandungen, von Erpressungen, und zwar alles an Staaten, mit denen wir nicht nur im tiefsten Frieden leben, sondern in vielen Fällen auf das engste befreundet sind.

5. Herr Roosevelt glaubt weiter, daß im Falle eines Krieges siegreiche, besiegte und neutrale Nationen zu leiden haben werden.

Antwort:
Diese Überzeugung habe *ich als Politiker 20 Jahre vertreten* in einer Zeit, da die amerikanischen verantwortlichen Staatsmänner für ihre Beteiligung am Weltkrieg und für die Art des Ausgangs desselben sich nicht zu gleichem Verständnis durchringen konnten.

6. Herr Roosevelt glaubt endlich, daß es in der Hand der Führer großer Nationen liege, ihre Völker vor dem drohenden Unheil zu retten.

Antwort:
Wenn dies zutrifft, dann ist es ein *strafbarer Leichtsinn*, um kein schlimmeres Wort zu gebrauchen, wenn die Führer von Völkern, die über eine solche Macht verfügen, es nicht fertig und zuwege bringen, ihrer zum Krieg hetzenden Presse die Zügel anzulegen, um dadurch die Welt vor dem drohenden Unheil einer kriegerischen Auseinandersetzung zu bewahren.

Ich halte es dann weiter für unverständlich, wie diese verantwortlichen Führer, statt die diplomatischen Beziehungen der Völker untereinander zu pflegen, diese durch die Abberufung von Botschaftern usw. ohne jeden Grund erschweren, ja stören können.

7. Herr Roosevelt erklärt, daß in Europa drei und in Afrika eine unabhängige Nation ihre Existenz eingebüßt hätten.

Antwort:
Ich weiß nicht, welche Nationen unter den dreien in Europa verstanden werden. Sollte es sich dabei um die dem Deutschen Reich zurückgeglie-

derten Provinzen handeln, dann muß ich den Herrn Präsidenten auf einen *geschichtlichen Irrtum* aufmerksam machen.

Diese Nationen haben nicht jetzt in Europa ihre unabhängige Existenz eingebüßt, sondern im Jahre 1918, als man unter Bruch eines feierlich gegebenen Versprechens sie aus ihren Gemeinschaften riß und zu Nationen stempelte, die sie nie sein wollten, nicht waren, und als man ihnen eine Unabhängigkeit aufoktroyierte, die keine Unabhängigkeit war, sondern höchstens nur die Abhängigkeit von einem internationalen Ausland, das sie haßten, bedeuten konnte.

Allein, was die eine Nation in Afrika anbetrifft, die dort ihre Freiheit verloren haben soll, so liegt auch hier wohl ein Irrtum vor, denn nicht *eine* Nation in Afrika hat ihre Freiheit verloren, sondern nahezu *alle früheren Einwohner dieses Kontinents sind mit blutiger Gewalt der Souveränität anderer Völker unterworfen worden und haben mithin ihre Freiheit verloren.* Marrokkaner, Berber, Araber, Neger usw. sind alle einer fremden Gewalt zum Opfer gefallen, deren Schwerter und Bomben freilich nicht den Stempel „made in Germany", sondern „made in Democraties" trugen.

8. Herr Roosevelt spricht endlich von Gerüchten, von denen er allerdings glaubt, daß sie nicht zutreffen, die aber besagen, daß noch gegen weitere unabhängige Nationen weitere Angriffsakte erwogen werden.
Antwort:
Ich halte jede solche durch nichts begründete Andeutung für eine Versündigung an der Ruhe und damit am Frieden der Welt! Ich sehe darin weiter eine Erschreckung oder zumindest Nervösmachung kleinerer Nationen. Sollte aber Herr Roosevelt wirklich bestimmte Fälle im Auge haben, dann würde ich bitten, die vom Angriff bedrohten Staaten und die in Frage kommenden Angreifer zu nennen. Es wird dann möglich sein, durch kurze Erklärungen diese ungeheuerlichen Beschuldigungen aus der Welt zu schaffen.

9. Herr Roosevelt erklärt, daß offensichtlich die Welt dem Augenblick zutreibt, wo die Lage in einer Katastrophe enden muß, wenn nicht ein rationeller Weg gefunden wird, die Ereignisse zu lenken. Er erklärt endlich, ich hätte wiederholt versichert, daß ich und das deutsche Volk den Krieg nicht wünschten und daß, wenn dies zuträfe, auch kein Krieg geführt werden brauchte.
Meine Antwort:
Ich darf noch einmal feststellen, daß ich erstens keinen Krieg geführt habe, daß ich zweitens seit Jahren meinen Abscheu vor Krieg und allerdings auch meinen Abscheu vor einer Kriegshetze Ausdruck verleihe, und daß ich drittens nicht wüßte, für welchen Zweck ich überhaupt einen Krieg füh-

ren sollte. Ich wäre Herrn Roosevelt dankbar, wenn er mir darüber Aufklärung geben wollte.

10. Herr Roosevelt ist endlich der Meinung, daß die Völker der Erde nicht davon überzeugt werden könnten, daß irgendeine Regierungsgewalt irgendein Recht oder irgendeinen zwingenden Anlaß hat, auf ihr eigenes oder auf andere Völker die Folgen eines Krieges herabzuzwingen, es sei denn aus dem Grunde unzweideutiger Selbstverteidigung.

Antwort:

Ich glaube, dies ist die *Auffassung aller vernünftigen Menschen,* nur scheint es mir, daß der Fall der unzweideutigen Selbstverteidigung fast in jedem Krieg von beiden Seiten in Anspruch genommen wird, und daß jene Einrichtung auf der Welt einschließlich der Person Roosevelt nicht vorhanden ist, um dieses Problem eindeutig zu klären.

Es kann wohl keinen Zweifel darüber geben, daß zum Beispiel Amerika in den Weltkrieg auf keinem Fall zur „unzweideutigen Selbstverteidigung" eingetreten ist.

Ein von Herrn Präsident Roosevelt selbst *eingesetzter Untersuchungsausschuß* hat im Gegenteil die Ursachen des Eintritts Amerikas in den Weltkrieg untersucht und kam dabei zu der Feststellung, daß dieser Eintritt im wesentlichen aus *ausschließlichen* kapitalistischen *Gesichtspunkten* erfolgt ist. Trotzdem sind daraus keinerlei praktische Konsequenzen gezogen worden. Wir wollen also nur hoffen, daß wenigstens die nordamerikanische Union diesen edlen Grundsatz endlich auch selbst in der Zukunft vertritt und nur dann gegen das eine oder das andere Volk in den Krieg zieht, wenn wirklich der Fall der unzweideutigen Selbstverteidigung gegeben ist.

11. Herr Roosevelt meint weiter, daß er nicht aus Selbstsucht, Schwäche oder Furcht so spreche, sondern nur mit der Stimme der Kraft und aus Freundschaft mit der Menschheit.

Meine Antwort:

Wenn diese Stimme der Kraft und der Freundschaft zur Menschheit von Amerika zur richtigen Zeit erhoben worden wäre, und wenn vor allem dieser Stimme dann ein praktischer Wert zugekommen sein würde, dann hätte zumindest jener Vertrag verhindert werden können, der zur Quelle der größten Menschheitszerrüttung aller Zeiten wurde, nämlich das Versailler Diktat.

12. Herr Roosevelt erklärt nun weiter, daß es für ihn feststeht, daß sich alle internationalen Probleme am Konferenztisch lösen lassen.

Meine Antwort:

Theoretisch müßte man wirklich glauben, daß dies möglich sein könnte, denn die Vernunft würde ja in vielen Fällen die Berechtigung von Forderungen auf der einen Seite und die zwingende Notwendigkeit des Entgegenkommens auf der anderen Seite ohne weiteres aufweisen.

Zum Beispiel: Nach alter Vernunft, Logik und nach allen Grundsätzen einer menschlichen allgemeinen und höheren Gerechtigkeit, ja sogar nach den Gesetzen eines göttlichen Willens müßten *alle Völker an den Gütern dieser Welt gleichen Anteil* haben. Es dürfte dann nicht vorkommen, daß ein Volk soviel Lebensraum beansprucht, daß es noch nicht einmal mit 15 Menschen auf dem Quadratkilometer auskommen kann, während andere Völker gezwungen sind, 140, 150 oder gar 200 Menschen auf derselben Fläche zu ernähren. Auf keinen Fall aber dürfen diese glücklichen Völker dann den an sich Leidenden noch ihren vorhandenen Lebensraum beschneiden, ihnen beispielsweise auch noch ihre Kolonien wegnehmen. *Ich würde mich also freuen, wenn am Konferenztisch wirklich diese Probleme ihre Lösung finden könnten.*
Meine Skepsis beruht aber darin, daß es *Amerika* selbst war, das sein Mißtrauen über die Wirksamkeit von Konferenzen den schärfsten Ausdruck verlieh. Denn die größte Konferenz aller Zeiten war ohne Zweifel der *Völkerbund.* Dieses nach dem Willen eines amerikanischen Präsidenten geschaffene Gremium aller Völker der Welt sollte die Probleme der Menschheit am Konferenztisch lösen. *Der erste Staat aber, der sich von dieser Arbeit zurückhielt, war die amerikanische Union.* Und zwar, weil bereits der amerikanische Präsident Wilson äußerste Bedenken hegte über die Möglichkeit, an einem solchen Konferenztisch die wirklich entscheidenen internationalen Probleme lösen zu können.
Ihre gute Meinung in Ehren, Herr Roosevelt, aber dieser Ihrer Meinung steht gegenüber die reale Tatsache, daß es in dieser fast 20jährigen Vergangenheit der größten Konferenz der Welt, nämlich dem Völkerbund, nicht gelungen ist auch nur *ein* wirklich entscheidendes internationales Problem zu lösen.

Deutschland war viele Jahre durch den Friedensvertrag von Versailles an der Teilnahme dieser größten Konferenz entgegen dem Versprechen Wilsons ausgeschlossen. Trotz Vorliegen bitterster Erfahrungen glaubte aber dennoch eine deutsche Regierung nicht, dem Beispiel der amerikanischen Union folgen zu sollen, sondern sich später an den Konferenztisch setzen zu müssen.
Ich selbst habe mich dann entschlossen, nach jahrelanger zweckloser Teilnahme *das Beispiel Amerikas nachzuahmen* und die größte Konferenz der Welt ebenfalls zu verlassen.
Seitdem habe ich nun die mein Volk betreffenden Probleme, die am Konferenztisch des Völkerbundes leider wie alle anderen nicht gelöst worden sind, gelöst, und zwar ausnahmslos ohne Krieg!
Abgesehen davon aber sind in den letzten Jahren, wie schon betont, zahlreiche andere Probleme vor Weltkonferenzen gebracht worden, ohne daß irgendeine Lösung gelungen war. Wenn aber überhaupt diese Ihre Auffassung, Herr Roosevelt, daß jedes Problem am Konferenztisch

gelöst werden kann, zutrifft, dann wurden die Völker einschließlich der amerikanischen Union im Laufe von 7000-8000 Jahren entweder von Blinden oder von Verbrechern geführt. Denn sie alle, einschließlich der Staatsmänner der amerikanischen Union, und zwar ihrer größten, haben im *Wesentlichen die Geschichte nicht am Konferenztisch, sondern im Einsatz der Kraft ihrer Völker gestaltet.*

Die Freiheit Nordamerikas ist so wenig am Konferenztisch errungen worden, wie der Konflikt zwischen den Nord- und Südstaaten am Konferenztisch entschieden wurde. Von den unzähligen Kämpfen der allmählichen Unterwerfung des nordamerikanischen Kontinents will ich ganz absehen. Ich erwähne dies alles nur, um festzustellen, daß Ihre Auffassung, Herr Präsident Roosevelt, sicherlich aller Ehren wert ist, allein in der Geschichte weder ihres eigenen Landes noch in der übrigen Welt eine Bestätigung findet.

13. Herr Roosevelt stellt weiter fest, daß es keine Antwort auf die Befürwortung friedlicher Besprechungen sei, wenn die eine Seite ausführt, sie werde die Waffen nicht aus der Hand legen, wenn sie nicht von vornherein die Zusicherung bekäme, daß die Entscheidung für sie fallen werde.

Meine Antwort:

Glauben Sie, Herr Roosevelt, daß, wenn letzte Völkerschicksale auf dem Spiel stehen, eine Regierung oder eine Volksführung vor einer Konferenz die Waffen niederlegen und vielleicht ausliefern wird, einfach in der blinden Hoffnung, daß die Klugheit der anderen Konferenzteilnehmer oder meinetwegen Ihre Einsicht schon das Richtige beschließen werden?

Herr Roosevelt, es hat in der Weltgeschichte bisher nur ein Volk und eine einzige Regierung gegeben, die dieses ihr angepriesenes Rezept befolgt haben: Deutschland.

Die deutsche Nation hat einst im Vertrauen auf die feierlichen Zusicherungen des amerikanischen Präsidenten Wilson und auf die Bestätigung dieser Zusicherung durch die Alliierten die Waffen niedergelegt und ging also waffenlos zum Konferenztisch. Allerdings hat man sie in dem Augenblick, da die deutsche Nation die Waffen niedergelegt hatte, nicht einmal mehr zur Konferenz eingeladen, sondern entgegen allen Zusicherungen, *den größten Wortbruch aller Zeiten verübt.*

Eines Tages wurde, statt am Konferenztisch die größte Verwirrung aller Zeiten zu lösen, durch das grausamste Diktat der Welt eine noch schrecklichere Verwirrung angerichtet.

Die Vertreter des deutschen Volkes aber, die im *Vertrauen auf feierliche Zusicherungen eines amerikanischen Präsidenten* die Waffen niedergelegt hatten und mithin waffenlos erschienen, wurden nicht einmal bei der

Entgegennahme des Diktats als die Vertreter einer Nation empfangen, die immerhin im Kampf um die Freiheit und Unabhängigkeit vier Jahre einer ganzen Welt mit unermeßlichem Heldentum standgehalten hatte, sondern entehrender behandelt, als dies früher bei Siouxhäuptlingen der Fall sein konnte.

Die deutschen Delegierten wurden vom Pöbel beschimpft, mit Steinen beworfen, wie Gefangene nicht vor den Konferenztisch der Welt, sondern vor das Tribunal der Sieger geschleift und dort mit vorgehaltener Pistole zur Annahme der schandbarsten Unterwerfung und Ausplünderung aller Zeiten gezwungen.

Herr Roosevelt, ich darf Ihnen versichern, daß es mein unerschütterlicher Wille ist, dafür zu sorgen, daß nicht nur jetzt, sondern für alle Zukunft kein Deutscher mehr wehrlos eine Konferenz betritt, sondern daß hinter jedem deutschen Unterhändler für alle Zeiten die geeinte Macht der deutschen Nation stehen soll und stehen wird, so wahr mir Gott helfe.

14. Herr Roosevelt glaubt, daß es nötig sei, in einen Konferenzsaal so hineinzugehen wie in ein Gericht, daß beide Parteien in einem guten Glauben eintreten und davon ausgehen, daß tatsächlich beiden Gerechtigkeit zuteil werden wird.

Antwort:

Die deutschen Vertreter werden niemals mehr in eine Konferenz hineingehen, die für sie ein Tribunal ist. Denn wer soll hier Richter sein? Es gibt vor einer Konferenz keinen Angeklagten und keinen Kläger, sondern nur zwei Streitende. Und wenn nicht die Vernunft der beiden Betroffenen einen Ausweg zum Ausgleich finden, dann werden sie sich niemals dem Richterspruch desinteressierter fremder Gewalten ausliefern.

Im übrigen hat es ja gerade die amerikanische Union abgelehnt, sich in den Völkerbund zu begeben und dort das Opfer eines Gerichtshofes zu werden, der mit der Mehrheit der Stimmen in der Lage war, gegen die Interessen einzelner zu entscheiden.

Ich würde aber dankbar sein, wenn Herr Roosevelt erläutern wollte, wie denn nun der neue Gerichtshof der Welt beschaffen sein soll? Wer sind die Richter, und nach welchem Verfahren werden sie ausgesucht und nach welcher Verantwortung handeln sie? Und vor allem, vor welche Verantwortung können sie gezogen werden?

15. Herr Roosevelt glaubt, daß die Sache des Weltfriedens sehr gefördert werden würde, wenn die Nationen der Welt eine offene Erklärung über die gegenwärtige und zukünftige Politik der Regierung abgeben würden.

Antwort:

Ich muß es aber ablehnen, eine solche Erklärung jemand anderen zu geben als dem Volk, für dessen Existenz und Leben ich verantwortlich

bin und das umgekehrt allein das Recht hat, von mir Rechenschaft zu fordern.
Ich gebe aber die Zielsetzung der deutschen Politik so öffentlich, daß sie ohnehin *die ganze Welt hören* kann. Allein Aufklärungen sind solange für die übrige Welt ohne Belang, als es einer Presse möglich ist, jede Erklärung zu verfälschen, zu verdächtigen, sie in Frage zu stellen oder mit neuen lügenhaften Antworten zu überdecken.

16. Herr Roosevelt glaubt, daß die Vereinigten Staaten als eine der Nationen der westlichen Halbkugel nicht unmittelbar in die Streitigkeiten verwickelt zu sein, die in Europa entstanden sein sollten, und daß ich schon deshalb bereit sein müßte, ihm als dem Oberhaupt einer so weit von Europa entfernten Nation eine solche Erklärung der deutschen Politik abzugeben.
Antwort:
Herr Roosevelt glaubt also ernstlich, daß die Sache des Weltfriedens wirklich gefördert werden würde, wenn den Nationen der Welt eine offene Erklärung über die gegenwärtige Politik der Regierungen abgegeben werden könnte.
Wie kommt aber Präsident Roosevelt dazu, gerade dem deutschen Staatsoberhaupt zuzumuten, ihm eine Erklärung abzugeben, ohne daß nicht auch die anderen Regierungen eingeladen werden, diese Erklärung ihrer Politik abzugeben?

Ich glaube freilich, daß es nicht angängig ist, überhaupt eine solche Erklärung irgendeinem fremden Staatsoberhaupt abzugeben, sondern solche Erklärungen sollten entsprechend den seinerseitigen Forderungen des Präsidenten Wilson über die Abschaffung der Geheimdiplomatie am besten *vor der ganzen Welt bekanntgegeben* werden. Dazu war ich bisher nicht nur stets bereit, sondern das habe ich - wie schon erwähnt - nur zu oft getan. Leider sind *gerade die wichtigsten Erklärungen über die Ziele und Absichten der deutschen Politik* in vielen sogenannten demokratischen Staaten dank der Presse entweder den Völkern *vorenthalten oder verdreht* worden.

Wenn aber nun der amerikanische Präsident Roosevelt sich berufen glaubt, ausgerechnet an Deutschland oder an Italien eine solche Anforderung richten zu dürfen, deshalb weil Amerika soweit von Europa entfernt sei, dann würde, da die Entfernung Europas von Amerika die gleiche ist, mit demselben Recht auch von unserer Seite an den Herrn Präsidenten der amerikanischen Republik die Frage gerichtet werden können, welche Ziele denn die amerikanische Außenpolitik ihrerseits verfolge, und welche Absichten denn dieser Politik zugrunde liegen, sagen wir zum Beispiel den Südamerikanischen Staaten gegenüber. Herr Roosevelt wird sich in diesem Falle sicherlich *auf die Monroe-Doktrin*

berufen und eine solche Forderung als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des amerikanischen Kontinents ablehnen.

Genau die gleiche Doktrin vertreten wir Deutsche nun für Europa, auf alle Fälle aber für den Bereich und die Belange des Großdeutschen Reiches,

Im übrigen werde ich mir selbstverständlich nie erlauben, an den Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas eine solche Aufforderung zur richten, da ich annehme, daß er eine solche Zumutung mit Recht wahrscheinlich als takdos empfinden würde.

17. Herr Roosevelt erklärt nun weiter, daß er die ihm gewordenen Mitteilungen über die politischen Ziele Deutschlands den anderen sich bedroht fühlenden Völkern mitteilen würde, die jetzt Befürchtungen haben über die Richtung dieser unserer Politik.

Antwort:

Durch welches Verfahren hat Herr Roosevelt überhaupt festgestellt, *welche Nationen sich durch die deutsche Politik bedroht fühlen* und welche nicht? Oder ist Herr Roosevelt trotz der doch sicherlich auch auf ihm lastenden ungeheuren Arbeit in seinem eigenen Lande in der Lage, von sich aus alle diese inneren Seelen- und Geistesverfassungen anderer Völker und ihrer Regierungen zu erkennen?

18. Herr Roosevelt verlangt endlich die Bereitwilligkeit, ihm die Zusicherung zu geben, daß die deutschen Streitkräfte das Staatsgebiet oder die Besitzungen folgender unabhängiger Nationen nicht angreifen und vor allem nicht dort einmarschieren würden. Und er nennt als dafür in Frage kommend nun: Finnland, Lettland, Litauen, Estland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Niederlande, Belgien, Großbritannien, Irland, Frankreich, Portugal, Spanien, die Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg, Polen, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Rußland, Bulgarien, Türkei, Irak, Arabien, Syrien, Palästina, Ägypten und Iran.

Antwort:

Ich habe mir zunächst die Mühe genommen, bei den angeführten Staaten festzustellen, erstens, ob sie sich bedroht fühlen und zweitens, ob vor allem diese Anfrage Herrn Roosevelt an uns durch die Anregung ihrerseits oder wenigstens mit ihrem Einverständnis erfolgt sei.

Die Beantwortung war eine durchgehend *negative zum Teil schroff ablehnende.* Allerdings konnten einige der angeführten Staaten und Nationen die Rückfrage von mir nicht zugeleitet werden, weil sie sich - wie zum Beispiel Syrien - *zur Zeit nicht im Besitz ihrer Freiheit* befinden, sondern von den militärischen Kräften demokratischer Staaten besetzt gehalten und damit rechtlos gemacht sind. Drittens: Abgesehen davon haben alle an Deutschland angrenzenden Staaten viel bündigere Vorschläge erhalten, als sie von Herrn Roosevelt in seinem eigenartigen Telegramm von mir erbittet.

Viertens: Sollten aber diese von mir schon so oft gegebenen allgemeinen und direkten Erklärungen etwa in ihrem Wert angezweifelt werden, dann würde dies wohl bei einer weiteren solchen Erklärung, auch wenn Herr Roosevelt der Empfänger sein sollte, ebenso wertlos sein. Denn entscheidend ist letzten Endes ja nicht die Bewertung, sondern entscheidend ist der Wert, den die in Frage kommenden Staaten solchen Erklärungen beimessen.

Fünftens: Ich muß aber nun auch Herrn Roosevelt außerdem noch auf einige *historische Irrtümer* aufmerksam machen. Er erwähnt zum Beispiel auch Irland und bittet um die Erklärung, daß Deutschland Irland nicht angreife. Ich habe nun soeben eine Rede des irischen Ministerpräsidenten de Valera gelesen, in der dieser nun eigentümlicherweise im Gegensatz zur Meinung Herrn Roosevelts nicht *Deutschland* beschuldigt, Irland zu unterdrücken, sondern *England vorwirft*, daß Irland unter der fortwährenden Aggression dieses Staates zu leiden habe. Bei aller Einsicht Roosevelts in die Nöte und Sorgen anderer Staaten ist immerhin trotzdem anzunehmen, daß der irische Präsident die Gefahren, die sein Land bedrohen, doch wohl noch besser kennen wird als der Präsident der amerikanischen Union.

Ebenfalls ist Herrn Roosevelt ersichtlich die Tatsache entgangen, daß *Palästina* zur Zeit ja gar nicht von deutschen Truppen, sondern von Engländern besetzt ist und mit brutalsten Gewaltmitteln in seiner Freiheit beschränkt und um seine Unabhängigkeit gebracht wird und zugunsten jüdischer Eindringlinge die grausamsten Mißhandlungen erduldet.

Die in diesem Lande lebenden Araber dürften sich gegenüber Roosevelt daher sicher nicht über eine deutsche Aggression beschwert haben, aber sie beklagen sich in andauernden Appellen an die Weltöffentlichkeit über die *barbarischen Methoden,* mit denen England dort seine Freiheit liebendes und nur seine Freiheit verteidigendes Volk niederzuzwingen versucht.

Auch dies wäre vielleicht ein Problem, das man nach der Auffassung des Herrn Roosevelt am Konferenztisch würde lösen müssen, vor einem gerechten Richter also, und nicht durch brachiale Gewalt, durch militärische Mittel, durch Massenerschießungen, durch das Niederbrennen von Dörfern, Sprengen von Häusern usw. Denn eines steht doch unzweifelhaft fest, daß England in diesem Fall nicht in Abwehr eines drohenden arabischen Angriffs handelt, sondern als von niemand gerufener Eindringling in einem England nicht gehörenden fremden Gebiet seine Gewalt aufrichten will.

Es wäre noch eine Reihe ähnlicher Irrtümer des Herrn Roosevelt festzustellen, ganz abgesehen von der Schwierigkeit militärischer Operationen

Deutschlands in Staaten und Ländern, die zum Teil zwei- zum Teil fünftausend und mehr Kilometer von uns entfernt sind.
Ich will aber abschließend folgendes erklären: Die deutsche Regierung ist trotzdem bereit, jedem dieser genannten Staaten, wenn er es wünschen sollte und sich selbst an Deutschland mit einem entsprechenden tragbaren Vorschlag wendet, um eine Zusicherung unter der Voraussetzung der unbedingten Gegenseitigkeit auch zu geben.
Bei einer ganzen Reihe der von Herrn Roosevelt angeführten Staaten dürfte es sich allerdings von vornherein erledigen, weil wir mit ihnen ohnehin entweder *verbündet oder zumindest engst befreundet* sind.
Auch über die Zeitdauer dieser Abmachungen ist Deutschland gerne bereit, mit jedem einzelnen Staat die von ihm gewünschten Vereinbarungen zu treffen.

Ich möchte aber diese Gelegenheit doch nicht vorübergehen lassen, ohne dem Präsidenten der nordamerikanischen Union vor allem eine Versicherung über die Gebiete abzugeben, die doch wohl in erster Linie für seine Besorgnis in Frage kämen, nämlich die nordamerikanische Union selbst und die übrigen Staaten des amerikanischen Kontinents.
Auch hier erkläre ich feierlich, daß alle irgendwie verbreiteten Behauptungen über einen beabsichtigten deutschen Angriff oder Eingriff auf oder in amerikanische Gebiete plumper Schwindel oder *grobe Unwahrheiten* sind. Ganz abgesehen davon, daß solche Behauptungen übrigens auch vom militärischen Standpunkt aus einer albernen Phantasie entstammen können.

19. Herr Roosevelt erklärt nun im Zusammenhang damit, daß er sich dann vor allem die Erörterung der wirksamsten und schnellsten Art und Weise, nach der die Völker der Welt von der erdrückenden Last der Rüstungen befreit werden könnten, als wichtigstes Moment vorstelle.
Antwort:
Herr Roosevelt weiß vielleicht nicht, daß dieses Problem, soweit es Deutschland betrifft, *schon einmal vollständig gelöst* war. Das Deutsche Reich hat, und die alliierten Kommissionen bestätigen dies ausdrücklich, schon im Jahre 1919 bis 1923 *restlos abgerüstet,* und zwar in folgendem Umfang:
Es wurden zerstört im Heer:

1. 59 000 Geschütze und Rohre;
2. 130 000 Maschinengewehre;
3. 31000 Minenwerfer und Rohre;
4. 6 007 000 Gewehre und Karabiner;
5. 243000 MG-Läufe;
6. 4 390 MW-Lafetten;
7. 28 000 Lafetten;
8. 38750000 Geschosse;

9. 16 550 000 Hand- und Gewehrgranaten;
10. 60 400 000 scharfe Zünder;
11. 491000000 Schuß Handwaffenmunition;
12. 345 000 to Geschoßhülsen;
13. 23 515 to Kartusch- und Patronenhülsen;
14. 37600 to Pulver;
15. 79 000 Munitionsleeren;
16. 212000 Fernsprecher;
17. 1073 Hammenwerfer usw.

Es wurden weiter zerstört: Schlitten, fahrbare Werkstätten, Flak-Geschützwagen, Protzen, Stahlhelme, Gasmasken, Maschinen der ehemaligen Kriegsindustrie, Gewehrläufe.

Es wurden weiter zerstört in der Luft:

1. 15 714 Jagd-und Bomberflugzeuge;
2. 27 757 Flugzeugmotoren!

Und Zur See wurden zerstört:

26 Großkampfschiffe;
4 Küstenpanzer;
4 Panzerkreuzer;
19 kleine Kreuzer;
21 Schul- und Spezialschiffe;
83 Torpedoboote;
315 U-Boote.

Ferner sind noch zerstört worden: Fahrzeuge aller Art, Gaskampf- und zum Teil Gasschutzmittel, Treib- und Sprengstoffmittel, Scheinwerfer, Entfernungs- und Schall-Meßgerät. Optisches Gerät aller Art, Visiereinrichtungen, Pferdegeschirr usw. usw., alle Flugzeug- und Luftschiffhallen usw.

Nach den Deutschland einst gegebenen *feierlichen Versicherungen,* die sogar im Friedensvertrag von Versailles ihre Erhärtung fanden, sollte dies nur eine *Vorschußleistimg* sein, um der anderen Welt es ohne Gefahr zu ermöglichen, nunmehr ebenfalls abzurüsten. Auch hierin ist Deutschland, wie in allen anderen Fällen, in seinem Vertrauen auf die Einlösung eines gegebenen Wortes *auf das schändlichste getäuscht* worden. Alle Versuche in langjährigen Verhandlungen am Konferenztisch die Abrüstung der anderen Staaten ebenfalls herbeizuführen - was wirklich nur ein Element der Klugheit und der Gerechtigkeit und darüber hinaus auch die Durchführung versprochener Verpflichtungen gewesen wäre -, scheiterten bekanntlich.

Ich selbst, Herr Roosevelt, habe eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Diskussion gestellt und versuchte, darüber eine Erörterung einzuleiten, um wenigstens eine *allgemeine Rüstungsbegrenzung auf niedrigstem Stand* zu ermöglichen.

Ich schlug eine Höchststärke für alle Armeen von 200000 Mann vor, desgleichen die Abschaffung aller zum Angriff geeigneter Waffen, Abschaffung aller Bombenflugzeuge, des Giftgases usw. usw.

> Es war aber leider nicht möglich, diese Vorschläge einer übrigen Welt gegenüber durchzusetzen, obwohl Deutschland selbst schon vollständig abgerüstet war.

Ich stellte dann die Vorschläge über ein 300000 Mann Heer zur Diskussion. Mit dem gleichen negativen Resultat. Ich habe dann eine ganze Anzahl detaillierter Abrüstungsvorschläge gemacht, und zwar stets vor dem Forum des Deutschen Reichstages und damit vor der ganzen Weltöffentlichkeit.

Es fiel niemandem ein, darüber auch *nur in eine Erörterung einzutreten.* Dafür aber begann die übrige Welt, ihre an sich schon enormen vorhandenen Rüstungen noch mehr zu verstärken.

Und erst, als im Jahre 1934 *der letzte* meiner umfassenden deutschen Vorschläge, der ein 300000 Mann Heer betraf, endgültig abgelehnt worden war, gab ich den Befehl zu einer deutschen, nunmehr allerdings *gründlichen Wiederaufrüstung.*

Trotzdem möchte ich kein Hindernis sein für die Erörterung von Abrüstungsfragen, an denen Sie, Herr Roosevelt, selbst teilzunehmen beabsichtigen. Nur bitte ich, sich nicht zunächst an mich und Deutschland, sondern an die *anderen* zu wenden. Ich sehe hinter mir die Summe praktischer Erfahrungen und bin daher solange skeptisch veranlagt, als ich nicht durch die Wirklichkeit eines Besseren belehrt werde.

20. Herr Roosevelt versichert endlich, daß er bereit sei, an der praktischen Art und Weise der Erschließung internationaler Handelswege teilzunehmen mit dem Ziel, daß jede Nation der Erde in den Stand gesetzt wird, die Sicherheit zu haben, Rohstoffe und Erzeugnisse des friedlichen Wirtschaftslebens zu erlangen.

Antwort:

Ich glaube, Herr Roosevelt, daß es sich nicht darum handelt, solche Probleme theoretisch zu erörtern, sondern daß es sich zunächst darum handelt, *durch Taten* die wirklichen Hemmungen der internationalen Wirtschaft zu beseitigen. Die schlimmsten Hemmungen liegen aber innerhalb der einzelnen Staaten selbst. Die bisherige Erfahrung zeigt jedenfalls, daß die größten Wirtschaftskonferenzen einfach darum gescheitert sind, daß die einzelnen Staaten ihre Binnenwirtschaft nicht in Ordnung halten konnten. Oder daß sie durch Währungsmanipulationen die Unsicherheit in den internationalen Kapitalmarkt trugen, und vor allem die Bewertung der Währungen untereinander festgesetzten Schwankungen unterwarfen. Ebenso ist es eine unerträgliche Belastung weltwirtschaftlicher Beziehungen, wenn es in Ländern möglich ist, aus irgendwelchen ideologischen Gründen über andere Völker und ihre

Waren eine *wilde Boykotthetze* loszulassen und diese praktisch damit vom Markt auszuschließen. Ich glaube, Herr Roosevelt, daß es ein großes Verdienst sein würde, wenn Sie zunächst in der amerikanischen Union gerade diese Hemmungen eines wirklichen freien Marktverkehrs mit Ihrem starken Einfluß beseitigen würden.

Denn ich glaube nun einmal, daß, wenn es den Führern der Völker einmal möglich sein sollte, die Produktion innerhalb ihrer eigenen Staaten in Ordnung zu bringen oder die aus ideologischen betriebenen Boykotthetzen, die dem Wirtschaftsverkehr der Völker untereinander so sehr zu schaden vermögen, zu beseitigen, noch viel weniger Aussicht bestehen könnte, durch internationale Vereinbarungen etwas wirklich Fruchtbares zur Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zu leisten. *Nur so* wird das gleiche Recht, auf dem Weltmarkt zu kaufen und zu verkaufen, sichergestellt, und zwar *für alle.*

Im übrigen hat auch hier das deutsche Volk sehr konkrete Forderungen aufgestellt, und es würde mich freuen, wenn Sie, Herr Präsident, als einer der Nachfolger des einstigen Präsidenten Wilson dafür eintreten wollten, daß nunmehr endlich das Wort eingelöst wird, auf Grund dessen das deutsche Volk einst seine Waffen niederlegte und sich in die Hand der sogenannten Sieger begab. Ich denke dabei zunächst an die Deutschland abgepreßten zahllosen Milliarden an sogenannten Reparationen, als vielmehr an die Rückgabe der Deutschland geraubten Gebiete.

Denn das deutsche Volk hat in *Europa und außerhalb Europas rund 3 Millionen Quadratkilometer Land verloren.* Dabei ist das ganze deutsche koloniale Reich, zum Unterschied von den Kolonien anderer Nationen, nicht durch Kriege erobert worden, sondern nur durch Verträge oder Kauf. Präsident Wilson hat uns in feierlicher Weise sein Wort verpfändet, daß der deutsche koloniale Anspruch, genau wie jeder andere, der gleichen gerechten Prüfung unterliege.

Statt dessen aber wurde den Nationen, die an sich schon die größten Kolonialreiche aller Zeiten besitzen, auch der deutsche Besitz noch zugeschlagen und unser Volk einer besonders heute und in der Zukunft wirksam werdenden großen Sorge ausgeliefert.

Es würde *eine edle Tat sein,* wenn der Präsident Franklin Roosevelt das Wort des Präsidenten Wilson zur Einlösung bringen würde. Dies würde vor allem ein *praktischer Beitrag zur moralischen Konsolidierung der Welt* und damit zur Hebung ihrer Wirtschaft sein.

21. Herr Roosevelt erklärt dann abschließend, daß die Chefs aller großen Regierungen in diesem Zeitpunkt für das Geschick der Menschheit verantwortlich seien. Sie müßten die Bitten ihrer Völker hören, um sie vor dem vorauszusehenden Chaos des Krieges zu schützen. Und dafür trüge auch ich eine Verantwortung.

Antwort:
Herr Präsident Roosevelt! Ich verstehe ohne weiteres, daß es die Größe Ihres Reiches und der immense Reichtum Ihres Landes Ihnen erlauben, sich für die Geschicke der ganzen Welt und für die Geschicke aller Völker verantwortlich zu fühlen. Ich, Herr Präsident Roosevelt, bin in einen viel bescheideneren und kleineren Rahmen gestellt. Sie haben 135 Millionen Menschen auf 5,5 Millionen Quadratkilometer. Sie haben ein Land mit ungeheurem Reichtum, allen Bodenschätzen, fruchtbar genug, um mehr als eine halbe Milliarde Menschen zu ernähren und mit allem Notwendigen zu versorgen.

Ich übernahm einst einen Staat, der Dank seines Vertrauens auf die Zusicherungen einer anderen Welt sowie durch das schlechte Regime eigener demokratischer Staatsführungen vor dem vollkommenen Ruin stand. In diesem Staat leben nicht wie in Amerika 15, sondern 140 Menschen auf dem Quadratkilometer. Die Fruchtbarkeit unseres Landes ist nicht zu vergleichen mit der Fruchtbarkeit des Ihren. Zahllose Bodenschätze, die Ihnen in unbegrenzten Mengen die Natur zur Verfügung stellt, fehlen uns.

Die Milliarden deutscher Ersparnisse aus langen Friedensjahren in Gold und Devisen wurden uns abgepreßt und uns Weggenommen. Unsere Kolonien haben wir verloren. Im Jahre 1933 hatte ich in meinem Lande sieben Millionen Erwerbslose, einige Millionen Kurzarbeiter, Millionen verelendende Bauern, ein vernichtetes Gewerbe, kurz: ein allgemeines Chaos.
Ich habe seit dieser Zeit nun, Herr Präsident Roosevelt, nur eine einzige Aufgabe erledigen können. Ich kann mich nicht für das Schicksal der Welt verantwortlich fühlen, denn diese Welt hat am jammervollen Schicksal meines eigenen Volkes auch keinen Anteil genommen. Ich habe mich als von der Vorsehung berufen angesehen, nur meinem eigenen Volk zu dienen und es aus seiner furchtbaren Not zu erlösen. Ich habe daher in diesen nunmehr zurückliegenden 61/2 Jahren Tag und Nacht stets nur dem einen Gedanken gelebt, die eigenen Kräfte meines Volkes angesichts des Verlassenseins von der ganzen Welt zu erwecken, und das äußerste zu steigern und sie für die Errettung unserer Gemeinschaft einzusetzen.

Ich habe das Chaos in Deutschland überwunden,; die Ordnung wiederhergestellt, die Produktion auf allen Gebieten unserer nationalen Wirtschaft ungeheuer gehoben, durch äußerste Anstrengungen für die zahlreich uns fehlenden Rohstoffe Ersatz geschaffen, neuen Erfindungen die Wege geebnet, das Verkehrswesen neu entwickelt, gewaltige Straßen in Bau gegeben. Ich habe Kanäle graben lassen, riesige neue Fabriken ins Leben gerufen und mich dabei bemüht, auch den Zwecken der sozialen

Gemeinschaftsentwicklung, der Bildung und der Kultur meines Volkes zu dienen.
Es ist mir gelungen, die uns alle so zu Herzen gehenden 7 Millionen Erwerbslosen restlos wieder in nützliche Produktionen einzubauen, den deutschen Bauer trotz aller Schwierigkeiten auf seiner Scholle zu halten und diese selbst ihm zu retten, den deutschen Handel wieder zur Blüte zu bringen und den Verkehr auf das gewaltigste zu fördern.
Um der Bedrohung durch eine andere Welt vorzubeugen, habe ich das deutsche Volk nicht nur politisch geeint, sondern auch militärisch aufgerüstet, und ich habe weiter versucht, jenen Vertrag Blatt um Blatt zu beseitigen, der in seinen 448 Artikeln die gemeinsten Vergewaltigungen enthält, die jemals Völker und Menschen zugemutet worden ist.
Ich habe die uns 1919 geraubten Provinzen dem Reich wieder zurückgegeben, ich habe Millionen von uns weggrissener, tiefunglücklicher Deutscher wieder in die Heimat geführt, ich habe die tausendjährige historische Einheit des deutschen Lebensraumes wiederhergestellt, und ich habe, Herr Präsident, mich bemüht, dieses alles zu tun, *ohne Blutvergießen* und ohne meinem Volk oder anderen daher das Leid des Krieges zuzufügen.

Ich habe dies, Herr Präsident, als ein noch vor 21 Jahren unbekannter Arbeiter und Soldat meines Volkes, *aus meiner eigenen Kraft geschaffen* und kann daher vor der Geschichte es in Anspruch nehmen, zu jenen Menschen gerechnet zu werden, die *das Höchste leisteten,* was von einem einzelnen billiger, und gerechterweise verlangt werden kann.
Sie, Herr Präsident, haben es demgegenüber unendlich leichter. Sie sind, als ich 1933 Reichskanzler wurde, Präsident der amerikanischen Union geworden, Sie sind damit im ersten Augenblick an die Spitze eines der größten und reichsten Staaten der Welt getreten.
Sie haben das Glück, kaum 15 Menschen auf dem Quadratkilometer Ihres Landes ernähren zu müssen. Ihnen stehen die unendlichsten Bodenschätze der Welt zur Verfügung. Sie können durch die Weite Ihres Raumes und die Fruchtbarkeit Ihrer Felder jedem einzelnen Amerikaner das Zehnfache an Lebensgüter sichern, als es in Deutschland möglich ist. Die Natur hat Ihnen das jedenfalls gestattet. Obwohl die Zahl der Einwohner Ihres Landes kaum ein Drittel größer ist als die Zahl der Bewohner Großdeutschlands, steht Ihnen mehr als 15 mal so viel Lebensfläche zur Verfügung.

Sie können daher Zeit und Muße finden, bestimmt durch die Größe Ihrer ganzen Verhältnisse, sich mit universalen Problemen zu beschäftigen. Für Sie ist daher sicherlich auch deshalb die Welt so klein, daß Sie glauben mögen, überall mit Nutzen eingreifen und wirken zu können.
In diesem Sinne können daher Ihre Besorgnisse und Anregungen einen viel größeren und weiteren Raum umspannen als die meinen. Denn

meine Welt, Herr Präsident Roosevelt, ist die, in die mich die Vorsehung gesetzt hat, und für die ich daher zu arbeiten verpflichtet bin. Sie ist räumlich viel enger. Sie umfaßt nur *mein Volk.* Allein ich glaube, dadurch noch am ehesten dem zu nützen, was uns allen am Herzen liegt:
Der Gerechtigkeit, der Wohlfahrt, dem Fortschritt und dem Frieden der ganzen menschlichen Gemeinschaft!"
Diese wörtlich wiedergegebene Rede Hitlers sollte jedem Nachdenklichen unvoreingenommen noch einmal die Lage vergegenwärtigen, in der Hitler und mit ihm Deutschland damals standen. Dies war sicherlich eine sehr wichtige und grundsätzlich Rede, die zu den Problemen, denen auch dieses Buch gewidmet ist, Stellung bezieht, die aber auch die weltweit schwierige Situation erkennen läßt, in die sich Hitler hineingestellt sah und mit der er auf seine Art fertig werden mußte. Ich glaube nicht, daß auch nur ein einzigstes Wort unwahr ist oder nicht den Gegebenheiten entsprach, wie Hitler die vorhandenen Spannungen in der Welt sehen und beurteile mußte.

Dieser Rechenschaftsbericht Hitlers fand vier Monate vor Kriegsausbruch vor dem Reichstag und damit vor dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit statt. Es war noch eine heile Welt. Das deutsche Volk hatte wenig Sorgen, arbeitete fleißig, war zufrieden, stand fast ausnahmslos lunter seinem Führer und seiner Regierung. Es war glücklich und auch ein wenig stolz, daß es „seinem Volkheros" im wesentlichen gelungen war, sich der schmachvollen Ketten von Versailles zu endedigen, und das alles ohne Blutvergießen. Selbstbewußt stand nun das Reich da, das nunmehr in der Lage war, seine geschichtliche Aufgabe als Kernstück Europas friedlich und überzeugend wahrzunehmen.
Das Reich stand nicht nur deshalb auf dem Höhepunkt seiner geschichtlichen Entwicklung, weil es als 80-Millionenvolk zu seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einheit als Nationalstaat gefunden hatte, sondern weil es seine ihm lebensfremden kapitalistischen und marxistischen Ideen ebenso überwunden hatte wie es im Begriffe stand, gegen die bolschewistische Pest einen unüberwindlichen Damm zu errichten, der im Vorfeld der weltanschaulichen Auseinandersetzung die fortschreitende Auflösung der seelischen Widerstandskraft durch die Verseuchung mit internationalen Verschmelzungsideen Einhalt gebot.
Dieser durch Hitler geschaffene Geist und die damalige Seelenverfassung des deutschen Volkes war bereit und in der Lage, Europa und damit das Abendland zu retten. Wenn Europa heute nach dem verbrecherischen zweiten Weltkrieg nur ein Trümmerhaufen seiner selbst ist und wie ein scheues Kaninchen auf seinen gänzlichen Garaus wartet, ist das gewiß nicht Hitlers und Deutschlands Schuld. Der Sieg über Deutschland war der größte *Scheinsieg der Weltgeschichte.* Die heute

sichtbaren Trümmer zeugen nicht gegen Hitler, sondern klagen seine Vernichter an. Unser Überleben aber wird nur möglich sein im Geiste gemeinsamer europäischer Verantwortung oder wir werden sterben. Die Frage, die uns Europäern heute gestellt wird, kann nur lauten, lebt dieser Geist des Freiheitswillens noch oder ist er ein Opfer der selbstzerstörerischen Umerziehung geworden? Ich glaube, daß man diesen Geist auf die Dauer nicht mit noch so lügenhaften und zerstörerischen Methoden vernichten kann. Die Zeit wird es lehren.
Man hört heute immer wieder: Ja, bis dahin war wohl alles gut und verständlich, wie beispielsweise der Anschluß Österreichs, die durch München abgeschlossene Sudetenfrage. Aber ab dann sei Hitler maßlos gewesen und sei blinden Auges in seinen und Deutschlands Untergang hineingelaufen. Wie wir zuvor gesehen haben, war Hitler hinsichtlich der Schaffung des Protektorats Böhmen-Mähren auch nur ein Handelnder im Rahmen der ihm aufgezwungenen durch andere geschaffenen Unordnung, die aus der Welt geschafft werden mußte, wenn nicht Schlimmeres geschehen sollte. Wie ahnungslose Geschöpfe kann man nicht argumentieren. Sie plappern zumeist nur Halbgehörtes und Halbwahrheiten nach und bewegen sich im Rahmen von Propagandathesen, ohne sich ernsthaft mit den geschehenen Ereignissen auseinandergesetzt zu haben oder es auch nur zu wollen. Hinzu kommt noch, daß unser Unglück im Gegensatz zu anderen Völkern stets unter dem Gesichtspunkt der uns aufoktroyierten und nachhaltig anerzogenen Schuldkomplex gesehen wird.

Auch aus dieser für Hitler typischen Rede kann man mit keinem Wort und mit keinem Gedanken irgendeine Kriegslüsternheit oder gar Kriegsabsicht herauslesen. Im Gegenteil ersieht man aus jeder Zeile die Sorgen und die Nöte Hitlers, die er vorgefunden hatte und die es für ihn im Sinne eines lebensfähigen Deutschlands und einer Neuordnung Mitteleuropas zu gestalten galt. Hierzu brauchte er nichts als Frieden. Jeder Krieg konnte bei der sich abzeichnenden Feinkonstellation nur sein Lebenswerk zerstören. Hitler stand zu dieser Zeit auf dem Höhepunkt seines Erfolges und seiner Macht, die es für das von ihm geschaffene Großdeutsche Reich zu erhalten galt. Nicht Krieg war sein Metier, sondern Ausgestaltung des bisher einmalig Erreichten.

VI. KAPITEL
DIE DEUTSCH-POLNISCHE FRAGE

Hitlers Friedens- und Freundschaftsvereinbarung mit Polen am 26.1.1934 trotz polnischen Unrechts und Chauvinismus

Als Hitler 1933 die Verantwortung übernahm, fand er ein äußerst gespanntes Verhältnis zwischen Deutschland und Polen vor. Die Weimarer Regierung war nicht in der Lage gewesen, irgendwelche Verbesserungen der Beziehungen zu erreichen, auch hatte sie niemals die durch Versailles geschaffenen Grenzen sowie die von den Polen völkerrechtswidrig gewaltsam besetzten Gebiete hingenommen oder gar anerkannt.

Man soll doch heute in „Bewältigung unserer Vergangenheit" nicht wider besseren Wissens so tun, als •wenn die Polen die „reinsten Engel" seien und nur Deutschland der ewige Störenfried. Absolut sicher läßt sich historisch das Gegenteil nachweisen. Gerade die heutigen Unterwerfungsdemokraten, die sich immer auf Weimar berufen, haben keinen Grund, die Politik ihrer geistigen Vorgänger hinsichtlich Polen als Beispiel einer mustergültigen Friedenspolitik hinzustellen. Es geschah nichts und konnte auch nichts geschehen, weil diese Republik schwach, ohnmächtig und dazu noch in sich zerstritten war. Während der ganzen Zeit des Bestehens der Weimarer Republik befanden sich die verschiedenen Regierungen mit Polen am „Rande eines Krieges". Denn Polen gab sich keinesweg mit dem Erreichten zufrieden, sondern stellte unentwegt weitere Gebietsansprüche. In einer Unzahl von Belegen und Dokumenten läßt sich die damalige chauvinistische und kriegslüsterne polnische Politik nachweisen.

Der erste wirkliche Staatsmann nach dem ersten Weltkrieg, der dieses katastrophale deutsch-polnische Verhältnis zu ändern versuchte, war Adolf Hitler. Nicht weil er die Polen liebte, sondern aus einer nüchternen politischen Notwendigkeit heraus. Hitler war ein Praktiker ohne Illusionen. Er hatte bis zur Berufung als deutscher Kanzler seinen Hauptkampf gegen den Kommunismus und seine zerstörende marxistisch-leninistische Ideologie geführt und hatte im letzten Augenblick damit eine kommunistische Revolution in Deutschland verhindert. In

Fragen Kommunismus gab es für ihn nur eine totale Konfrontation. Deshalb wird auch noch heute die Vergangenheitsbewältigung von den marxistischen Linken so zielbewußt und entstellend geführt, wobei sich das naive Bürgertum, wie üblich, übertölpeln läßt oder schweigt.
Aus dieser antikommunistischen Einstellung heraus sah Hitler trotz aller vorhandenen Spannungen in Polen einen möglichen Bundesgenossen. Dies traf umso mehr zu, als die Polen ebenfalls die kommunistische Ideologie ablehnten und mit ihren Kämpfen gegen die Sowjets unter dem Marschall Pilsudski dies unter Beweis gestellt hatten. Die Polen haben schon immer den russischen Machtansprüchen gegenüber eine feindselige Haltung eingenommen und sich nach dem Kriege in erfolgreichen Kämpfen gegenüber den Sowjets behaupten können. Die derzeitigen Ereignisse liegen auf der Linie des historischen Geschehens.
Verbürgt und historisch nachweisbar sind die Auffassungen Hitlers und seines Außenministers von Ribbentrop, „daß ein starkes Polen angesichts der aggressiven sowjetischen Welteroberungspläne einfach eine politische Notwendigkeit", sei, daß „jede polnische Division den Wert einer deutschen Division ausmache" und militärisch und wirtschaftlich gesehen „ein isoliertes, zerstückeltes und schwaches Polen niemals für beide Länder von Nutzen" sein könne.

Die Worte Hitlers gelegentlich einer politischen Aussprache mit Oberst Beck, dem unglückseligen polnischen Außenminister, in Berchtesgaden am 5.1.1939 bezüglich seiner Grundauffasssung und der absoluten Notwendigkeit einer gemeinsamen Politik im Interesse Europas sind geradezu beschwörend und prophetisch: „Wir würden am Ende alle, Sieger und Besiegte, unter den gleichen Trümmern liegen; und der einzige, der Gewinn daraus zieht, würde Moskau sein."

So war folgerichtig eine der ersten außenpolitischen Maßnahmen Hitlers, ein freundschaftliches Verhältnis mit unserem östlichen Nachbarn Polen herzustellen. Das gipfelte in der Friedens- und Freundschaftserklärung vom 26.1.1934. Diese Vereinbarung sah einen zehnjährigen Verzicht auf jede Anwendung von Gewalt sowie eine friedliche Regelung aller schwebenden strittigen Fragen vor. Die Regelung der Grenzstreitigkeiten blieben zunächst unberührt und sollte zur geeigneten Zeit später aufgegriffen werden. Dieses Abkommen, mit dem damaligen starken Mann, dem polnischen Marschall und Stabschef Pilsudski abgeschlossen, war von Hitler aufrichtig und ernst gemeint. Die Geschichte wird bis Mitte Mai 1939 *keine Aussage oder Handlung Hitlers nachweisen können,* auch kein Dokument vorlegen und ebenso keine deutsche Presseverlautbarung nachweisen können, die sich *gegen Geist und Inhalt dieser Vereinbarung gewandt hätte.*

Absolut falsch, dumm und verächtlich ist die heutige Darstellung dieser Tatsachen durch deutsche und andere Politiker sowie sogenannter

Historiker, die aus Haß gegen alles Deutsche und inbesondere gegen das IE. Reich einfach nicht wahr haben wollen, was wahr ist, und die aus einer Verblendung heraus, ihr eigenes Nest, schon zur Gewohnheit geworden, beschmutzen. So wird man auf die Dauer niemals einer Vergangenheit und einer zukunftsträchtigen Geschichte und einer Lösung der anstehenden politischen Probleme gerecht.
Genauso beklemmend, leichtfertig und würdelos sind die am 30. 8.1979 hinsichtlich Polens während der Berliner Funkaustellung vom Bundeskanzler Schmidt bei einem Presseinterview gemachten Äußerungen, daß das „Hin- und Hergeschiebe von Grenzen, eine Rückkehr von Gebieten, in denen Deutsche nicht mehr leben; in deutsche Hand für ihn nicht vorstellbar sei und er auch nicht glauben' könne, daß ein solches Bestreben dem Frieden in Deutschland und Europa guttun könnte". Mit einem solchen Ausverkauf deutscher Lebensinteressen auf Grund hochsterilierter Schuldkomplexe, den Herr Schmidt haben mag, andere aber nicht, dienen weder der Bewältigung der Vergangenheit noch geben sie grünes Licht für eine ausgewogene, für alle Teile gerechte und akzeptable Lösung eines zukünftigen Europas, es sei denn, Westdeutschland würde in die Sowjetunion miteingegliedert.

Als Hitler diesen Freundschaftsvertrag schloß, hatte Polen in Zusammenarbeit mit Frankreich seit seiner Machtübernahme bereits dreimal geplant, Deutschland anzugreifen. Fast die Hälfte aller Volksdeutschen waren widerrechtlich enteignet oder vertrieben. Polen hat seit seinem Bestehen gegen die Einhaltung des in Versailles festgelegten Minderheitenschutzvertrages verstoßen. Dieser aber war die Voraussetzung für die völkerrechtliche Anerkennung Polens gewesen. Am 24.6.1919 hieß es in einer Note von Clemenceau, dem Präsidenten der Friedenskonferenz, an den polnischen Ministerpräsidenten Paderewski:
…„macht Polen darauf aufmerksam, daß es seine Restauration und Unabhängigkeit dem Sieg der alliierten Mächte verdanke. Dieses Faktum aber bewirke ganz bestimmte Verpflichtungen der Großmächte, die dafür zu sorgen haben, daß durch die Garantie gewisser menschlicher Grundrechte die Stabilisierung dieses Raumes, in dem sie eine neue dauerhafte Ordnung zu errichten haben, nicht gefährdet werde. Diese Verpflichtungen der Hauptmächte ständen natürlich im engsten Zusammenhang mit den *Pflichten,* die man den besiegten Staaten gegenüber zu erfüllen habe. Die Sicherung der inneren Stabilität und die *Aufrechterhaltung des Friedens* im ostmitteleuropäischen Bereich mit einem international *garantierten Minderheitenschutz* müsse einen *Vorrang beanspruchen."*
Diese hier festgelegten Rechte und Pflichten hinsichtlich der Volksdeutschen sind weder von den Signatar-Mächten noch von den Polen wahrgenommen und beachtet worden. Somit haben beide Teile sich von vornherein an einer verhängnisvollen Entwicklung schuldig gemacht

und haben vor der Geschichte dieses zu verantworten, nichtHitleroder Deutschland.

Hitler hatte also sehr frühzeitig mit Polen einen *Friedens- und Freundschaftsvertrag* geschlossen. Deutschland stand damals völlig isoliert allein da, mit den "Fesseln von Versailles belastet und ohne irgendwelche Bündnisse inmitten einer feindlichen mißgünstigen Welt. Die einzige federführende Kontinentalmacht in Europa war Frankreich, hochaufgerüstet mit fast 100 Millionen Menschen, einer unüberwindlichen Maginotlinie und einer entmilitarisierten Rheinlandzone im Vorfeld sowie mit militärischen Bündnissen mit Großbritannien, der Tschecho-Slowakei, Belgien und Polen.

Wenn man aber Militärbündnisse abschließt, ist man naturgemäß wie bei Friedens- und Freundschaftsabkommen nicht *für* sondern *gegen* etwas oder jemanden. Und wenn man sich die Lage der vier Bündnispartner ansieht, so ist auch dem Einfältigsten klar, daß ein solches Bündnissystem keine Friedenspolitik zum Inhalt hat, sondern für Deutschland eine ernstzunehmende, ständige Kriegsbedrohung bedeutete. Schon der frühere Außenminister Curaus zur Weimarer Zeit hat dieses „neurotische" Sicherheitsbedürfnis Frankreich; als ein ernsthaftes Hindernis für eine europäische Verständigung gewertet. Jede verantwortungsbewußte deutsche Regierung - nicht etwa allein das III. Reich -, die sich nicht ihrer politischen Funktion der europäischen Mitte und damit einer geschichtlichen Verantwortung entziehen wollte, konnten nur dies Eunuchentum hinnehmen, wie die Weimarer Regierung es getan hatte, und damit auf Unabhängigkeit und Gleichberechtigung verzichten, oder mußte aus französischer Sicht die Feindschaft der an ihrer Entmachtung interessierten Mächte in Kauf nehmen.

Dieses dem Frieden nicht fördernde französische Bündnissystem wurde 1936 von Seiten der Franzosen mit der Begründung einer „deutschen Gefahr" mit dem Abschluß eines Beistandspaktes mit der Sowjetunion noch erweitert. Dies geschah trotz wiederholter echter Bemühungen Hitlers, „seinem tiefsten Wunsch" entsprechend, mit Frankreich zu einer wirklichen Verständigung zu kommen. Geschichtlich unbestritten ist, daß gerade ein solches Bündnis eine entscheidende Ursache für den ersten Weltkrieg war. Wohlgemerkt wurde dieser Vertrag geschlossen, als sich die deutsche Wehrmacht im Gegensatz zu Frankreichs Stärke noch in einem embryonalen Zustand befand. Ich habe darüber bereits im Kapitel Rüstungsstand berichtet.

Dieser deutsch-polnische Friedens- und Freundschaftsvertrag wurde trotz des bestehenden polnisch-französischen Militärbündnisses unterzeichnet. Ein solcher Vertrag schließt ein, daß beide Völker den Willen zur Verständigung und Lösung ihrer schwierigen Probleme in „Frieden und Freundschaft" als Partner einbrachten. Dieser Vertrag aber wird

naturgemäß gebrochen und hinfällig, wenn einer der Vertragschließenden entgegen Sinn und Zweck eines solchen Vertrages ohne Absprache eingeht, die gegen den einen oder den andere» Partner gerichtet sind. Wer dies tut oder zuläßt, handelt wider „Treu und Glauben", wird schuldig und trägt die Verantwortung für die sich daraus ergebenen Folgen. Aus diesem Grunde hatte Hitler völlig recht, als er in seiner Reichstagsrede vom 28.4.1939 diesen Vertrag aufkündigte, nachdem sich Polen die englische und französische Garantie aufzwingen ließ. Denn diese Garantie war eindeutig gegen Polens Vertragspartner Deutschland gerichtet.

Auch Polen war sich darüber klar, daß die durch das einseitige Diktat von Versailles erzwungene Grenzregulierung und Abtretung vorwiegend von Deutschen bewohnter Gebiete kaum ein gutnachbarliches Verhältnis zuließen. Das geht auch aus dem polnischen Memorandum vom 5. 5.1939 hervor, in dem es heißt:

„Die polnische Regierung hat seit mehreren Jahren vorausgesehen, daß die Schwierigkeiten, welchen der Völkerbund bei Erfüllung seiner Aufgaben in Danzig begegnete, eine verworrene Lage schaffen würde, die zu klären, im Interesse Polens und Deutschlands wichtig wäre. Seit mehreren Jahren gab die polnische Regierung den Deutschen zu verstehen, daß es angezeigt wäre, über diese Fragen aufrichtige Verhandlungen einzuleiten.,.. Schließlich unterstrich die polnische Regierung, daß ihre Haltung in der Frage der Verkehrserleichterung in Pommerellen von der Haltung des Reiches in bezug auf die freie Stadt Danzig abhänge." (Weißbuch der polnischen Regierung, 1940 Nr. 78).

Der Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig, Carl J. Burckhard zum polnischen Außenminister Beck am 22. 7.1938: „Ohne Druck und Drohung werden wir mit dem Reich noch über manche aus dem Versailler Vertrag übriggebliebenen Schwierigkeiten reden können. Die hybride Gründung der Freien Stadt hat 1918 mit der Absicht stattgefunden, zwischen Polen und Deutschland dauernde Unstimmigkeiten zu schaffen."

Der stets zwiespältige Churchill, der je nach Lust und Laune, jeweils der augenblicklichen Zweckmäßigkeit entsprechend sich zu äußern pflegte, sprach am 24.11.1932 im Unterhaus: „Wenn die englische Regierung wirklich wünscht, etwas zur Förderung des Friedens zu tun, dann sollte sie die Führung übernehmen und die Frage Danzigs und des Korridors ihrerseits aufrollen, solange die Siegerstaaten noch überlegen sind. Wenn diese Fragen nicht gelöst werden, kann keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bestehen. (H. Grimm, „Warum, woher, aber wohin?" S. 246)

Der Chamberlain-Biograph K. Feiling zitiert Churchill: „Churchill, sagte 1933 zum Danzig-Korridor-Problem, diese Verhöhnung der Welt-

geschichte und der Vernunft wiedergutzumachen, muß eines der größten paktischen Ziele europäischer Diplomatie sein, die den Frieden erstrebt."
Also hat man den Frieden nicht gewollt, da man diese Konfliktstoffe nicht ausgeräumt hat. Es gehört heute zum guten Ton, alle Ergebnisse eines verlorenen Krieges Hitler als fast selbstverständlich anzulasten. Man behauptet einfach primitiv, Hitler habe den Krieg von Anfang an gewollt und begründet das lächerlicherweise mit Zitaten aus „Mein Kampf". Man vergißt aber, daß dieses Buch während seiner Festungshaft in Landsberg als eine innerpolitische Kampfschrift für seine Anhänger geschrieben wurde, zu einer Zeit also, als Hitler noch keinen Gedanken daran verschwenden konnte, jemals das Staatsoberhaupt Deutschlands zu werden. Bekanntlich wächst jeder Mensch mit den Aufgaben, vor die er dann später gestellt wird. Hitler selbst hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß er dieses Buch niemals in der Form herausgebracht hätte, wenn er gewußt hätte, daß das Schicksal ihn eine solche verantwortungsvolle Position hätte einnehmen lassen. Er hat sich wiederholt mit dem Gedanken getragen, manches zu ändern und zu berichtigen. Aber seine Aufgaben ließen ihm dazu keine Zeit. Hier geht es nur darum, daß Hitler alle die durch Versailles verursachten Probleme ungelöst vorgefunden hat und gezwungen wurde, sich mit diesen im Interesse der Erhaltung des Friedens auseinanderzusetzen und eine tragbare Lösung zu finden.

Dabei ist es aktenkundig, daß Hitler sehr viel realer dachte als seine Vorgänger der Weimarer Republik. Er verzichtete auf vieles und bot Kompromisse an, die seine Vorgänger vor dem deutschen Volk sich niemals hätten erlauben dürfen.
Nur einige Beispiele, die ich an dieser Stelle zitieren will, mögen beweisen, daß einige sehr namhafte Demokraten von damals, auf die sich unsere heutigen Demokraten der Bundesrepublik so gern zu beziehen pflegen, bezüglich der Regulierung der polnischen Fragen einen sehr viel härteren Standpunkt vertreten haben.
So Ministerpräsident Otto Braun im November 1930 in Königsberg: „Ich bestreite nicht das Interesse Polens an einem Ausgang zum Meer, aber wie er dem neuen tschechischen Staat durch Elbe und Hamburg gesichert wurde, konnte er Polen durch Weichsel und Danzig eröffnet werden, ohne daß Ostpreußen vom Mutterland losgerissen und Hunderttausende deutscher Volksgenossen ohne Befragung unter fremde Staatshoheit gepreßt, wo sie jetzt schlimmsten Terror ausgesetzt sind, oder gar aus ihrer Heimat verdrängt werden. Dieses Unrecht könne und werde Deutschland niemals als berechtigt anerkennen." (Chr. Höltje „Die Weimarer Republik und das Osdocarno-Problem 1919-1934").

Der heute wieder so geschätzte **Außenminister** Gustav Stresemann sprach im Namen aller Parteien: „Einer meiner wesentlichen Aufgaben ist die Korrektur der Ostgrenzen: *Die Wiedergewinnung Dornig, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien."* Und an anderer Stelle heißt es „Daß wir die Grenze im Osten nicht anerkennen, habe ich zum Leidwesen der polnischen Regierung einst in einer öffentlichen Rede im Auswärtigen Ausschuß zum Ausdruck gebracht, als ich erklärte, daß keine deutsche Regierung von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten jemals diese Grenze des Versailler Vertrages anerkennen würde." („Vermächtnis-Nachlaß" Bd. II, S. 546/47 und 233-236) Wie kümmerlich und verantwortungslos erweisen sich dagegen die zuvor zitierten Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers Helmut Schmidt. Er hätte selbst in der Weimarer Republik nicht bestehen können!

Und wie heißt es weiter im Weißbuch der polnischen Regierung 1940 in einem Bericht des polnischen Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, Graf Szembeck, am 12. 8.1936 nach einer mit Hitler gehabten Unterredimg: „Im Jahre 1933, als er die Macht übernahm, waren die Beziehungen zwischen Polen und Danzig sehr gespannt. Der Reichskanzler befahl dann „seinen Leuten", sich mit Polen zu verständigen. Man kann die Beschlüsse des Versailler Vertrages bedauern und sich damit unzufrieden, zeigen, doch kann man trotzdem die sich aus ihm ergebenen Tatsachen in Rechnung stellen. Die Danziger Frage ist unbedeutend, verglichen mit der ungeheuren Größe dieses Problems, die für eine Ausgleichung der polnischen und deutschen Politik sprechen.
Der durch den Reichskanzler an Danzig gegebene Befehl, mit den Streitigkeiten gegen Polen Schluß zu machen, stieß auf heftige Angriffe der Deutschnationalen, der Sozialisten und Kommunisten, und zwar gleichzeitig in Danzig wie im Reich. Man beschuldigte den Reichskanzler, die gebieterischen Interessen Deutschlands verraten zu haben. Aber der Kanzler kümmerte sich nicht darum; er wich keinen Schritt und verfolgte den Weg, den er sich vorgezeichnet hatte, nämlich den der unerläßlichen *Verständigung mit Polen* weiter".

Bei einer solchen amtlichen polnischen Bescheinigung der Haltung Hitlers, sollte man historisch zur Kenntnis nehmen, daß er unter allen Umständen bestrebt war, den Ausgleich mit Polen zu suchen, auf keinen Fall aber den Konflikt mit einem Krieg lösen wollte. Die also den Deutschen verordnete Selbstbezichtigung ist völlig fehl am Platze. Ein ernsthaftes Studium der geschichtlichen Fakten und damit eine objektive Überprüfung der Kriegsursachen und Kriegsschuld würde einer Bewältigung der Vergangenheit besser dienen als gewollt unrichtige Darstellungen und Phrasen der Umerzieher ungeprüft hinzunehmen. Ich habe den Eindruck, daß interessierte Kreise das gar nicht wollen, sondern es

raffiniert darauf angelegt haben, durch Unterdrückung und Verfälschung des geschichtlichen Geschehens das deutsche Volk als reuige Schafe und reumütige Sünder mit für Generationen ausgelegten Schuldkomplexen weiter vegetieren zu lassen.

Hitler hatte seine Rechnung ohne den Wirt gemacht, als er sich bemühte, mit Polen zu einem friedlichen Ausgleich zu kommen. Alle seine noch so gut gemeinten Vorschläge für großzügige und erfolgversprechende Lösungen wurden von den Polen zunächst dem Anschein nach aufgegriffen, später aber doch zurückgewiesen. Im Gegensatz zu Hitler spielten die Polen mit verdeckten Karten. Was waren die Gründe? Dazu muß man etwas weiter ausholen und die Vorgeschichte studieren.

Bei der Abstimmung in Ostoberschlesien 1921 erhielten trotz Wahlmanipulationen und Terror die Deutschen in diesem wertvollen Industriegebiet die weitaus meisten Stimmen. Dennoch nahmen sich die Polen mit italienischer und französischer Unterstützung völkerrechtswidrig dieses Gebiet. Sie erhielten also weitaus mehr deutsches Land als ihnen zustand und hätten fordern dürfen. Wie viele Politiker aus aller Welt, ja selbst in Polen feststellten, bedeutete dieser Landraub nichts anderes als eine Fortsetzung des Kriegszustandes. Hier wurde bewußt der Keim für weitere Auseinandersetzungen gelegt. Allein durch die widerrechtliche Aneignung Ostoberschlesiens erhielt Polen nahezu 50 000 qkm urdeutsches Land mit der von uns errichteten Kohle- und Koksindustrie und den daraus resultierenden manigfaltigen anderen Industriezweigen. Deutschland verlor allein hier ein Zehntel seines wertvollsten Landbesitzes.

Statt sich aber nun mit dem Erreichten zufrieden zu geben und zu versuchen, sich mit Deutschland zu arrangieren, wurde von den verantwortlichen polnischen Staatsmännern und ihren Militärs gezielt eine „dogmatische Feindschaft" betrieben. Ausgehend vom Wissen um Frankreichs Beistand, hielt man diese Politik für konstruktiv und friedensfördernd. Dabei spielte es keineswegs eine Rolle, daß Polen alles andere als ein demokratischer Staat war und sich durch laufende Judenpogrome auszeichnete. Es wurde autoritär vom ehemaligen Legionär Pilsudski regiert, der in allen wichtigen Positionen seine Anhänger sitzen hatte. Polens deutsch-feindliche Haltung wird begreiflich, wenn man sich der am 7. 4.1919 von Woodrow Wilson geäußerten Worte erinnert: „Das einzige wahre Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es kein Anrecht besitzt (R. S. Baker „Woodrow Wilson und Worlds Settlement" Bd. II. S. 60). Auch ist es in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß die Welt niemals an dieser polnischen wie übrigens auch der tschechischen Diktatur Anstoß genommen hat, während man

den Führerstaat heute nachträglich Deutschland als besonders verwerflich anzulasten versucht.

Für die Umkehrung aller Begriffe ist noch eine andere psychologische Komponente bedeutsam. Die entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker erzwungene Abtretung urdeutscher Gebiete wurde von der Weltöffentlichkeit als quasi rechtens hingenommen, dagegen die Vertretung des Einheitswillens des deutschen Volkes namens des „Völkerrechts" als aggressiv und damit kriegsfördernd hingestellt. Diese Methode wurde von jeher gegen Deutschland angewendet, ganz gleich, ob gegen das Kaiserreich, gegen die Weimarer Republik, oder das Dritte Reich wie auch heute gegen die Bundesrepublik. Der einzige Unterschied ist nur der, daß Hitlerdiese Methode klar erkannt und mit Recht gebrandmarkt hat, während die Bundesrepublik sich durch ihren anerzogenen und selbstgewollten Schuldkomplex dieser moralischen Waffe selbst beraubte. Ja, im Gegenteil werden solche Wahrheiten vor der Öffentlichkeit bewußt unterdrückt.. Man läßt es zu, daß immer nur einseitig aufgerechnet wird, verschweigt die völkerrechtswidrige Vertreibung von 9 Millionen deutscher Menschen aus ihrer angestammten Heimat und reagiert allergisch, wenn einmal auf die Schändlichkeiten und Morde an den schutzlosen Heimatvertriebenen hingewiesen wird. Bis zum heutigen Tage hat sich die Bundesregierung geweigert, die amtlich zusammengestellten Dokumentationen zu veröffentlichen. Selbst bei notwendigen Staatsverträgen versäumt sie Schuld mit Gegenschuld aufzurechnen, wie es bei allen Staaten normal ist, und wundert sich dann, wenn keine ausgewogenen Verträge zu erhalten sind, so daß wir Deutsche stets draufzahlen müssen.

Unbestritten sind die zahllosen Konfliktstoffe zwischen Deutschen und Polen durch den kriminellen Versailler Vertrag entstanden und haben in ihrer Auswirkung weder den beiden betroffenen Staaten einen guten Dienst erwiesen noch haben sie sich segensreich für die Gestaltung einer zukünftigen Raumordnung in Europa ausgewirkt. Das heute geteilte Europa mit zwei Militärblöcken raumfremder Mächte sind das Ergebnis dieser Fehler der Vergangenheit, die weit *vor Hitler* ihren Anfang nahm.

In der Maßlosigkeit der polnischen Forderungen und der sturen Ablehnung jeglicher noch so bescheidener Forderungen Deutschlands für einen friedlichen Ausgleich lag die Ursache des Zweiten Weltkrieges. Polen wollte keine Gerechtigkeit! Es ließ es auf den Krieg ankommen, da die Polen von Deutschland mehr wollten als sie schon widerrechtlich geschluckt hatten. Hier liegt die eigentliche Ursache zum örtlichen Konflikt, den England und Frankreich dann zum Weltkrieg ausgeweitet haben. Die entscheidende Schuld liegt darin, daß die Polen sich mit Hilfe Frankreichs und des Frankreich hörigen Völkerbundes um jegliche Entscheidungen über die berechtigten deutschen Klagen herumgedrückt

haben, ja es geradezu mit der provozierenden Hilfe Englands auf eine Entscheidung mit Waffen haben ankommen lassen.
Neben der widerrechtlichen Besitznahme deutscher Länder waren es die weiteren Gebietsansprüche der größenwahnsinnig gewordenen wenig demokratischen polnischen Führungskräfte. Nicht Deutschland führte eine imperialistische Politik, sondern nachweislich Polen. Es träumte nicht nur von einer „balance of power" zwischen Rußland und Deutschland und von der Errichtung einer polnischen „Großmacht Europas", sondern forderte dies auch ganz offen, indem es Landkarten veröffentlichte, die nur einem krankhaften Hirn entsprungen sein konnten. Schon bei der Grenzziehung 1921 im Friedensvertrag von Riga mit den Bolschewikis hatten die Polen 7 Millionen Ukrainer und 2 Millionen Weißrussen vereinnahmt. Die Idee von der Übernahme der Ukraine bis Kiew mit Zugang zum Schwarzen Meer wurde schon 1919/20 gefordert und noch einmal am 1. 2.1939 Herrn von Ribbentrop anläßlich seines Staatsbesuches unterbreitet. Es heißt bei A. J. P. Taylor „The Origins of the secound World War", S. 196: „Beck machte kein Geheimnis aus dem Tatbestand, daß Polen Aspirationen auf die sowjetische Ukraine hatte, als Ribbentrop Warschau besuchte".

Interessant für die maßlosen polnischen Gebietsansprüche ist die Denkschrift Dmolwskis vom 8.10.1918, die während der Versailler Verhandlungen dem Präsidenten Wilson vorgelegt und diskutiert wurde, noch mehr die Begründung, daß in Amerika etwa 4 Millionen Polen mit einem beachtlichen Wählerstimmenpotential lebten. Die gleiche Erpressung finden wir auch heute in der USA mit den 6% Wählerstimmen der Juden, die letztlich bei jeder Präsidentenwahl entscheidend sind.
Offen wurde unter anderem 1923 von dem Kulturminister Stanislaus Grabski in seiner Schrift „Bemerkungen über den gegenwärtigen historischen Augenblick Polens" die Expansion Polens nach Norden als vorrangiges Ziel der Außenpolitik gefordert: „Das polnische Volk kann das Ergebnis der Volksabstimmung in Masuren nicht als letztes Urteil der Geschichte anerkennen. Der Bestand der Republik wird erst dann dauerhaft gesichert sein, wenn wir in dem *unvermeidlichen* Kampf mit Deutschland siegen. Um die Ostseeufer wird Polen früher oder später mit Deutschland zusammenstoßen. („Polnische Tragödie" S. 313 von H. Laeuen). Im gleichen Buch auf Seite 298 wird ein Artikel der Zeitung „Dzien Polski" von 1923 zitiert: „Die Besitzergreifung des Memellandes sei eine Probeaktion auf die einmal unabwendbare, kommende Besitzergreifung Ostpreußens durch Polen."

In der „Gazeta Gdansk" heißt es am 9.10.1923 (alles vor der Zeit Hitlers): „Polen muß darauf bestehen, daß es ohne Königsberg, ohne ganz Ostpreußen nicht existieren kann. Wir müssen jetzt in Locarno fordern, daß ganz Ostpreußen liquidiert werde. Es kann eine Autonomie unter

polnischer Oberhoheit erhalten. Dann wird es ja keinen Korridor mehr geben. Sollte dies nicht auf friedlichem Wege geschehen, dann gibt es wieder ein zweites Tannenberg, und alle Länder kehren dann sicher in den Schoß des geliebten Vaterlandes zurück."

1930 schrieb „Mocarstwowiec" in der Pilsudski nahstehenden „Liga der Großmacht": „Wir sind uns bewußt, daß Krieg zwischen Polen und Deutschland nicht vermieden werden kann. Wir müssen uns systematisch und energisch für diesen Krieg vorbereiten. Die heutige Generation wird sehen, daß ein neuer Sieg bei Grunwald (bezogen auf die Schlacht bei Tannenberg 1410) in die Seiten der Geschichte geschrieben wird. Aber wir werden dieses Grunwald (bezogen auf den Grunewald in Berlin) in den Vorstädten von Berlin schlagen. Unser Ideal ist, Polen mit Grenzen an der Oder, im Westen und der Neiße in der Lausitz abzurunden und Preußen vom Pregel bis zur Spree einverleiben. In diesem Krieg werden keine Gefangene genommen, es wird kein Platz für humanitäre Gefühle sein. Wir werden die ganze Welt mit unserem Krieg gegen Deutschland überraschen." (B. de Colonna „Poland from the Inside" S. 90)

Man lese diese Zeilen zweimal. Und man vergleiche sie mit der grausamen Wirklichkeit von heute! Man sieht aber, daß der klare Tatbestand für den Strang in Nürnberg wegen Anstiftung zum Völkermord und anderes mehr erfüllt sind. Nicht Deutsche, sondern Polen waren die Kriegsverbrecher! So wie später das internationale Tribunal in Nürnberg das Recht verhöhnte, in dem es den Sieger zum Richter machte und den Besiegten von vornherein ohne eine faire historische Untersuchung zum angesagten Verbrecher stempelte, genauso setzten die sogenannten Sieger von Versailles, insbesondere die Nutznießer dieses Diktats, nämlich Polen, neue Maßstäbe für Völkerrecht und Kriegsschuld. Derjenige, der die Rechte für seine Selbstbehauptung verteidigte, also das geschehene Unrecht bei Namen nannte und eine friedliche Revision verlangte, wurde als Kriegstreiber und Aggressor hingestellt. Diejenigen aber, die zu keiner noch so maßvollen friedlichen Lösung der dringendsten Bereinigungen der Mißstände bereit waren, ja offen maßlose weitere Gebietsforderungen stellten, offen einen Krieg androhten und Vernichtung und Völkermord predigten, wurden weder zur Ordnung gerufen noch angeklagt. Sie wurden dazu noch von den Siegern belohnt und international gesellschaftsfähig gemacht.

Die Umkehr aller Begriffe ist geradezu ein geschichtlicher Witz. Dieser großpolnische Wahn mit seinen Gebietsforderungen richtete sich nicht nur nach dem Osten, Norden und Westen, sondern auch nach dem Süden, wo tschechische und slowakische Ländereien gefordert wurden mit einer Grenze nach Ungarn. Dies geschah schon gleich nach der Gründung des tschecho-slowakischen Staates und wurde nach Grün-

dung des Protektorats wiederholt. In London wußte man von der polnischen Forderung nach Übernahme deutscher Kolonien (Dok. IV. S. 189). 1926 forderte der polnische Westmarkenverband Grenzen von der Oder einschließlich Stettin bis zur mittleren und unteren Düna einschließlich Riga.

Viel schlimmer und folgenschwerer aber war, daß der neuerstandene polnische Staat kein Nationalstaat, sondern wie die Tschecho-Slowakei ein Nationalitätenstaat war mit vielen Millionen starker Minderheiten, die sich keineswegs innerhalb dieser willkürlich entstandenen Grenzen glücklich fühlten. Polen war mit diesen vielstämmigen Minderheiten völlig überfüttert. Wenn man dann um den Größenwahn und der Arroganz der polnischen Führung, um die Schwierigkeiten einer solchen überdimensionalen Staatsgründung mit allen seinen Unzulänglichkeiten und der geradezu sprichwörtlichen „polnischen Wirtschaft" wußte, so bekommt man einen Begriff von den von Anbeginn an sich abzeichnenden Unterdrückungsmaßnahmen und dem Elend der davon betroffenen fremden Volksangehörigen, zu denen auch besonders die Juden gehörten.

Wie die Geschichte restlos beweist, lehnte der polnische Staat seit seiner Gründung die eigenständige kulturelle, wirtschaftliche oder gar politische Entwicklung dieser verschiedenartigsten Volksangehörigen schroff ab. Neben den Ukrainern waren insbesondere die Deutschen betroffen, die zu einer entsetzlichen Unterdrückung, einer sich stets steigernden Enteignung ihres Besitzes, den Verlust ihrer Existenzen, Verfolgungen und Mord hinnehmen mußten, ohne daß die Garantiemächte irgendwelche Erleichterungen oder Verbesserungen durchzusetzen in der Lage waren, ja sie nicht einmal wollten.

Der Minderheitenschutzvertrag, der Voraussetzung und Grundlage der Sicherung deutschen Besitzes war, wurde von Seiten der polnischen Regierung zunächst getarnt, später in aller Offenheit mißachtet. Man sprach öffentlich im Rahmen dieser völkerrechtswidrigen „Polonisierung" von einer solchen Notwendigkeit und verklärte solches Handeln scheinheilig als „Friedensmission". Das ging soweit, daß man dem Völkerbund die ihm zugesprochenen Rechte verweigerte, eine Überprüfung dieser Verfehlungen vorzunehmen. Man prangerte ein solches Vorhaben als „Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten" an, ohne daß dies Konsequenzen nach sich zog. Der Gipfel dieses offensichtlichen Unrechts war die einseitige Aufkündigung dieser Minderheitenschutzabkommen im Jahre 1934. Die Welt nahm das genauso ohne Empörung hin wie die dortigen üblichen Judenverfolgungen. War doch Polen allein durch seine Existenz, zudem aber infolge des Bündnisvertrages mit Frankreich ein sorgsam behütetes Pflänzlein gegen das als Kriegsverbrecher in Versailles gebrandmarkte Deutschland. Die Polen gehörten eben

trotz ihrer völkerrechtswidrigen Handlungen zu den „Etablierten", die sich ein solches Verhalten ungerügt erlauben durften, während man gleichzeitig das zu diesem Zeitpunkt völlig wehrlose Deutschland als kriegslüstern und aggressiv verketzerte.

Dies ist bis zum heutigen Tag die Methode der Etablierten und Mächtigen geblieben, die es von jeher mit der ihnen hörigen Presse verstanden haben, aus schwarz weiß und aus Unrecht Recht zu machen. Ein solches Verfahren aber mußte - oder sollte - zu Konflikten fuhren, die in dieser Weise ständig aufgeladen einmal zwangsläufig zur Explosion führen mußten. Wenn dann dieser gewünschte Fall folgerichtig eintrifft, ist das Geschrei groß und man tut empört. Wiederum wird dann nach dem gleichen Verfahren und nach dem Gesetz der Etablierten und Mächtigen der Mißhandelte und Angegriffene zum Aggressor und Schuldigen erklärt, während der Unterdrücker, der diese Situation mit seinem Unrecht heraufbeschworen hat, als das beklagenswerte Opfer eines solchen Geschehens dann noch recht bekommt und als unschuldiges Opferlamm hingestellt wird.

Solange das so ist, wird weder ein Versailles noch ein Nürnberg Recht und Frieden sowie Völkermoral zu schaffen in der Lage sein. Hier können nur für alle Zukunft unabhängige von den jeweiligen Konflikten nicht Betroffene, also neutrale Richter, beauftragt von einem internationalem Gremium, Recht sprechen und somit Unheil abwehren. Ein solches Gremium nicht geschaffen zu haben, ist die Unterlassung der sogenannten Versailler Friedensmacher. Aber ein solches Recht mit Füßen getreten zu haben, bleibt für alle Zeiten dem internationalen Militärtribunal vorbehalten. Die Geschichte hat schon heute ihr Urteil gesprochen. Wieder saßen Sieger über Besiegte zu Gericht unter Mißachtung aller historisch gewachsener Rechtsnormen und übten Rachejustiz.

Die Polonisierung Posens, Westpreußens, der rein deutschen Stadt Danzig und des unrechtmäßig erworbenen Oberschlesiens wurde trotz unzähliger Proteste zügig vorangetrieben. Das fing damit an, daß Deutsch als Amtssprache verboten wurde, deutsche Schulen Zug um Zug schließen mußten, so daß von 757 bis Jahresende 1938/39 nur noch 185 übrigblieben. Deutsche Lehrer wurden entlassen und unter Druck gesetzt, deutsche Studenten, Facharbeiter und Lehrlinge an der Berufsausbildung gehindert. Mit überhöhten Steuern ruinierte man Handwerks- und Industriebetriebe. Zeitungen und Gemeinschaftsanlagen wurden einfach beschlagnahmt, Lizenzen nicht erteilt und deutschen Arbeitslosen die Unterstützung nicht gewährt.

Mit Hilfe von Landreformen und sogenannten Hurbereinigungen führte man ein Enteignungsverfahren ein, das hunderttausende Deutscher brot- und erwerbslos werden ließ, das immer mehr Deutsche zwang, Polen zu verlassen. Bis zur Machtergreifung Hitlers mußten über eine

Million Deutsche ihre angestammte Heimat und ihren Besitz im Stich lassen. Über 3/4 Millionen Hektar Land wurde enteignet und damit den deutschen Menschen geraubt. Die später so angeprangerten Synagogenbrände, die im übrigen von Hitler streng verurteilt und dann sofort abgestellt wurden, fanden ihre Vorgänger in Polen, wo vielfach deutsche Gemeinschafts- und Tagesstätten sowie kulturelle Einrichtungen angesteckt und vernichtet wurden. Die Synagogenbrände waren demgegenüber harmlos. Hier aber geschah dies unter Duldung des polnischen Staates und wurde nicht gerügt oder zog nicht wie in Deutschland Bestrafungen nach sich. Besonders rigoros war die Enteignung und Aussiedlung Deutscher in den Grenzgebieten bis zu 100 km ostwärts der deutsch-polnischen Grenze.

Im Buch von K. Rabl „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker" heißt es auf Seite 126/27: „Vorenthaltung oder Entzug der Staatsangehörigkeit unter nachfolgender Landesverweisung mit der Begründung, einen Ausländer vor sich zu haben, Ausweisung ehemaliger Beamter, Lehrer und anderer öffentlicher Bediensteter samt ihrer Familien, voreingenommene Handhabung der Steuer-, insbesondere der Steuervollstreckungsgesetze und Vorschriften über die Agrarreform, Entzug von Berufsberechtigungen (Lizenzen, Konzessionen, Zulassungen) und die dadurch bewirkte Zerstörung der wirtschaftlichen Lebensgrundlagen und behördlich geduldete Boykottaufrufe. Das dadurch hervorgerufene Empfinden der Rechtsunsicherheit und das Bewußtsein des Ausgeliefertseins an eine fremde Staatsmacht erzeugten eine Panikstimmung, die Angstverkäufe und Abwanderung noch über das Maß des polnischerseits angewandten Zwanges hinaus zur Folge hatte. Diese Politik hat das Deutschtum Westpreußens und Posens zwischen 1919 und 1926 massenhaft zur Auswanderung genötigt."

Man könnte hier einwenden, daß dafür die polnische Bevölkerung auch hat leiden müssen, als es zuvor unter russischer, österreichischer und deutscher Herrschaft hat leben müssen. Das aber ist unrichtig. Niemand wurde enteignet, jeder stand in Arbeit und Brot und konnte darüberhinaus Land erwerben. Was immer die Polen über den preußischen Kulturkampf der siebziger Jahre sagen mögen, feststeht, daß nach über hundert Jahren deutscher Herrschaft (1815-1918) in Westpreußen 24,1% des ländlichen Besitzes und in Posen 41,3 % sich in polnischen Händen befand. Hierüber heißt es bei P. Roth als Untermauerung dieser Tatsachen in „Entstehung des polnischen Staates" auf S. 136: „Diese ganze Tätigkeit des deutschen Volkes und der deutschen Regierung konnte den nationalen Widerstand der Polen nicht brechen. Die polnische Bevölkerung und der polnische Grundbesitz faßten schnell wieder Fuß in der Konkurrenz mit dem deutschen Handel und der deutschen Industrie. Das beweist die Kraft und die Lebensfähigkeit der polnischen

Bevölkerung des gesamten Gebietes und ist zugleich das schlagende Beispiel einer Regierung, die gegen den Willen und die Interessen des Volkes handelt, die ihren destruktiven Charakter solange beibehalten wird, als die polnischen Provinzen einen Teil Deutschlands bilden werden."

Hitlers Politik gegenüber Polen

Alle polnischen Unterdrückungsmaßnahmen spitzten sich ab 1933 weiter zu. Der von der polnischen Presse hochstilisierte Zwischenfall auf der Westerlandplatte züchtete geradezu eine deutschfeindliche Stimmung. Die tatsächlichen Deutschenverfolgungen nahmen zu. Man sprach von „kochender Volksseele", schuf aber gesteuert durch eine deutschfeindliche Pressekampagne die Voraussetzungen dafür. Das ging soweit, daß der in Ostoberschlesien eingesetzte Wojewode Grazynski vor dem polnischen Innenmisterium in einer programmatischen Rede die „Ausrottung der Deutschen" empfahl (R. Breyer „Das deutsche Reich und Polen").

Im Gegensatz zu den verantwortlichen Politikern der Weimarer Republik und der damaligen deutschen Presse, die stets diese polnischen Übergriffe verurteilten und sie zur Kenntnis der deutschen Bevölkerung brachten, ließ Hitler sich nicht provozieren und gab der deutschen Presse Anweisung, sich jeder Emotionen oder Angriffe gegen das deutschfeindliche Verhalten der Polen zu enthalten. Hitler wollte unter allen Umständen aus den zu Anfang dieses Kapitels angeführten Gründen mit Polen politisch und wirtschaftlich zu einem friedlichen Ausgleich kommen, weil für ihn Höheres auf dem Spiel stand.

Er wußte sehr wohl, daß Polen auch nach Abschluß des deutsch-polnischen Freundschafts- und Nichtangriffspaktes von 1934 diesen Pakt auch weiterhin als Deckmantel für seine nach wie vor aufrechterhaltene Einengungspolitik gegen deutsche Minderheiten betrieb. Er ordnete sogar ausdrücklich an, die hier in Deutschland seit Jahr und Tag arbeitenden Polen ebenso die jedes Jahr wieder kommenden Saisonarbeiter gut zu behandeln. Hitler glaubte echt an die Möglichkeit einer deutsch-polnischen Verständigung und setzte auf die Zeit Er allein brachte diese Geduld auf und ließ sich von keinerlei Alarmmeldungen erschüttern. Genauso gab er seinen Parteileuten in Danzig die strikte Anweisung, sich im Interesse eines Ausgleichs nicht provozieren zu lassen und keinerlei Anlaß zur Verschärfung der Lage zu geben.

Darüber schreibt der amerikanische Historiker Hoggan in seinem Buch „Der erzwungene Krieg" S. 439/40: „Hitler war aus Gründen der hohen Politik gewillt, den Preis des Verzichts auf die vor 1939 an Polen verlorenen Gebiete zu bezahlen. Stets hat er ausdrücklich betont, es sei

kindisch, den Versuch zu machen, jedes Gebiet zurückzugewinnen, das Deutschland oder die deutschen Österreicher nach dem 1. Weltkrieg abtreten mußte. Seine Haltung in der Tirolfrage ist eines der einleuchtensten Beispiele dieser Politik. Im 8. und 9. Jahrhundert haben bayerische Stämme das ganze österreichische Gebiet erschlossen. Über die Südtirol-Regelung von 1919 waren die Bayern sehr erbittert. Hitler aber war der Ansicht, man solle zugunsten Italiens für immer auf Südtirol verzichten. In den zwanziger Jahren hat er diesen wenig populären Gedanken auch offen in seinen Reden zum Ausdruck gebracht. Er hat damit fraglos das anfängliche Wachstum der nationalsozialistischen Bewegung in Bayern behindert. Südtirol war die Heimat eines festgefügten Blocks lebenstüchtiger und freiheitliebender Deutscher, deren heldische Geschichte jedem Deutschen vertraut ist...
Hitler widersetzte sich keiner der polnischen Wirtschaftsbestrebungen in Danzig, aber er war entschlossen, dort niemals die Errichtung eines polnischen Regimes zuzulassen. Die Schaffung einer autonomen Freien Stadt nach 1918 war eine ernste und ständige Bedrohung des Friedens. Die Bevölkerung Danzigs hatte ihre unerschütterliche Loyalität gegenüber dem Nationalsozialismus und seinen Prinzipien bewiesen und ein nationalsozialistisches Parlament gewählt, noch ehe das im Reich der Fall war. Der Verzicht auf Danzig wäre einer Schmähung dieses Gesinnungsbeweises gleichgekommen...

Die Lage der deutschen Minderheiten in Polen war eine andere. Die Volksdeutschen in Polen hatten sich als loyale Bürger des polnischen Staates bekannt, obwohl man sie in Polen niemals als Gleichberechtigte behandelt hat...
Die Polen aber trachteten ihre Kontrollrechte in Danzig ständig zu erweitern. Hier aber tatenlos zuzusehen, war eine deutsche Prestigefrage, die kein Deutscher im Reich hingenommen hätte, auchHitler nicht."
Der Historiker A. J. P. Taylor berichtet in „The Origins of the secound World War" auf Seite 248: „Die Sudeten-Nazis, ebenso die der Österreicher zuvor vergrößerten die Spannungen ohne Anleitung Hitlers. In Danzig war die Spannung bereits vollständig; und Hitler, sofern er überhaupt etwas tat, hielt die örtlichen Nazis zurück." Der Name Nazi ist übrigens eine typisch jüdische Erfindung, die den Begriff Nationalsozialist abwerten soll.
Das Bemühen Hitlers den bedrängten Volksdeutschen auf friedlichem Wege zu helfen, wurde auch dadurch unterstrichen, daß Hitler 1937 mit Polen einen zweiseitigen Minderheitenschutzvertrag abschloß. Wiederum ein von Deutschland eingebrachter Versuch der Entspannung. Auch dieses Abkommen wurde wie zuvor von Seiten der Polen mißachtet und laufend verletzt, wie Oberst Beck offen eingestanden hat. (BFP Dok. 312)

Der von Hitler angestrebte friedliche Lösungsversuch der polnischen Frage

Trotz dieses aggressiven polnischen Verhaltens steht historisch schon heute fest, daß es bis zum Frühjahr 1939 keinen Angriffsoperationsplan gegen Polen gegeben hat. Dagegen besaßen die Polen zwar keine Verteidigungspläne, dafür aber operative Angriffspläne sowohl gegen Rußland als auch gegen Deutschland. Schon 1931 erhielt der damalige Reichskanzler Professor Heinrich Brüning durch eine ausländische Macht über den General von Schleicher die verläßliche Information über einen polnischen Mobilmachungsplan, der so aufgestellt war, „daß die bestimmte Absicht, ganz Schlesien bei gebotener Gelegenheit durch einen Handstreich zu nehmen, außer Frage stand."

Der ehemalige Reichskanzler Dr. Wirth machte nach dem Krieg als nunmehr kommunistischer Politiker im Krupp-Prozeß folgende Aussagen, die in den Dokumenten nachzulesen sind: „Alle deutschen Regierungen zwischen 1918-1933 und die deutsche Heeresleitung waren von der Sorge um den Bestand des Reiches beseelt, den sie innen- und außenpolitisch bedroht sahen. Bereits in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg hatte Polen wiederholt versucht, Teile des Reichsgebietes gewaltsam abzutrennen. Die Furcht vor weiteren Angriffen war nicht unbegründet. Dabei war die Bewaffnung unserer Reichswehr kläglich... Reichskanzler Dr. Brüning und Reichswehrminster Gröner beschlossen daher, bei einem Angriff der Polen, Schlesien zu räumen. Wer angesichts dieser Tatsache noch behauptet, daß wir Angriffsabsichten gehabt hätten, ist zu bemitleiden. Allen Provokationen der Polen gegenüber blieben wir ruhig und gelassen. Es war wegen der jammervollen Lage an den deutschen Ostgrenzen selbstverständlich, daß Umschau gehalten worden ist, wie man wehrpolitisch die Lage verbessern könne. Als Süddeutscher, katholischer Demokrat war uns jeder Haß gegen Polen durchaus fern. Aber gerade meine Freunde und ich machten mit Polen die bittersten Erfahrungen."

Vor die gleiche Situation war auch Deutschland unter Adolf Hitler gestellt und mußte dieselbe Erfahrung machen. Der einzige Unterschied war nur der, daßHitler es verstanden hatte, das deutsche Volk zu einigen, die österreichische und tschechische Frage zu lösen und nunmehr aus dem Gefühl der Gleichberechtigung Angebote und Verträge zur Lösung der Grenzstreitigkeiten anbieten zu können. Dies war angesichts des Schwächezustands der Weimarer Republik weniger möglich. Außerdem besaß eben Hitler bessere Nerven als alle seine Vorgänger. Hinzu kam noch, daß Polen seit dem 1.1.1939 allen Grund hatte, Deutschland zu einem gewissen Dank verpflichtet zu sein, daß es auch bei der Auflösung der Tschecho-Slowakei Landzuwachs erhalten hatte.

Aber genau das Gegenteil war der Fall. Nach der Einverleibung des „Teschener-Gebietes" begann sofort die gleiche Unterdrückungspolitik gegenüber den mitübernommenen 5000 Deutschen. Diese kamen nunmehr vom Regen in die Traufe. Sowohl gegen die übernommenen Tschechen wie auch gegen die ansässigen Deutschen begannen rücksichtslose Zwangsmaßnahmen wie Arbeitsentlassungen, Verhaftungen, Verbot ihrer Heimatsprache, Aufhebung der Presse- und Versammlungsfreiheit. Um die Situation richtig einschätzen zu können, muß man wissen, daß bei der letzten Landtagswahl 1935 die Polen nur 10 % der Stimmen in Oderberg und 20 % in Teschen erhalten hatten, während die Deutschen einen Stimmanteil von 46,8 bzw. 40 % für sich verbuchen konnten. Trotzdem oder gerade deshalb begann man mit den bekannten Zwangsmaßnahmen, die schon im ersten Monat der polnischen Herrschaft zu einer deutschen Fluchtwelle führte. Auch hier wies Hitler im Wissen um diese Dinge und im Interesse eines Ausgleichs mit Polen die deutsche Presse an, zu schweigen.

Wie aber gedachte nun Hitler die trotz des Minderheitenschutzvertrages und des Friedens- und Freundschaftspaktes sich immer mehr zuspitzende Konfliktsituation zu einer allseitigen, befriedigenden Lösung zu bringen, die einen erhofften Erfolg haben konnte? Schon bei seinem Regierungsantritt schwebte ihm als erste Entspannungslösung vor, das abgeschnittene Ostpreußen mit einer exterritorialen Autobahn zu verbinden. Seit Mai 1935 findet sich dieser Gedanke einer verkehrstechnischen Lösung dieses Konfliktstoffes beurkundet im Dok. 86 im 5. Bd. der Dok. on German Foreign Policity 1918-1945. Offiziell hatten sowohl die deutsche wie die polnische Regierung eine Übereinkunft getroffen, diese Frage zu gegebener Zeit zu diskutieren. Der Zeitpunkt schien nach dem polnischen Gebietserwerb von Teschen Anfang Oktober 1938 günstig, in die lange zuvor vom Thema her bekannten Verhandlungen einzutreten, zumal, wie schon zuvor erwähnt, der Danziger Hochkommissar Carl J. Burckhard nach einem Gespräch mit dem polnischen Außenminister Beck durchblicken ließ, daß es für beide Regierungen vorteilhaft sei, ohne Druck und Drohung bestehende Unstimmigkeiten in der Danziger Frage aus dem Wege zu räumen. Zum anderen erschien am 20. 9.1938 der polnische Botschafter in Berlin im Auswärtigen Amt, um Hitler eine Regelung der Danziger Frage vorzuschlagen.

Zudem hatte Polen ein deutsches Kreditabkommen in Höhe von 120 Millionen Zloty angenommen. Weiter kam hinzu, daß Polen im Falle eines sowjetischen Angriffs auf sein Land um eine wohlwollende Neutralität Deutschlands gebeten hatte (ADAP Bd. V. Dok. 54 und Bd. IV Dok. 83). Was war geschehen? Sowohl die Sowjetunion als auch England und Frankreich waren über die polnische Haltung während der

Sudetenkrise, aber auch später über den Erwerb von Teschen verärgert. Auch dies war ohne Zutun von Hitler geschehen. Zudem wußte man von den stets schlechten Beziehungen Polens zur Tschecho-Slowakei. Nach der Abtretung der Sudetenlande vertrat Polen im Gegensatz zu Hitler die Auffassung, daß dieser Staat nur eine „Karikatur und ein Provisorium" sei. Es forderte eine gemeinsame polnisch-ungarische Grenze, was ohne Erwerb wichtiger tschechischer und slowakischer Gebiete mit den dazu gehörigen Industrierevieren nicht möglich war. Polen drohte sogar, „notfalls auch unter Anwendung von Gewalt" dies zu tun.
Dieses Verhalten hatte zur Folge, daß Sowjetrußland an der polnischen Grenze einige Armeen aufmarschieren ließ und am 23. 9.1938 eine Drohnote der Aufkündigung des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes an Polen richtete. Hier hätte die westliche Welt schon aufhorchen sollen, wenn sie nur einen Funken europäischer Verantwortung gehabt hätte, was sie noch nicht einmal heute im genügenden Maße besitzt. Ihr erschien die Ausräumung des deutschen europäischen Bollwerks in ihrer stupiden Kurzsichtigkeit aber wichtiger.
Zu diesem Zeitpunkt hatten sich also die traditionellen guten Beziehungen Polens zu Frankreich und England um einiges abgekühlt, zu Rußland waren sie ausgesprochen schlecht. Hitler ging zu diesem Zeitpunkt davon aus, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sowie England nach München und den dort paraphierten Freundschaftsbekundungen gut beziehungsweise normal waren. Er ahnte noch nicht, daß schon acht Tage nach München Chamberlain unter dem massiven Druck der Kriegshetzer Churchill, Lord Halifax, Vansittart und anderer stand. Dazu war Herr Churchill noch der Beauftragte Baruchs in New Yorck, der zudem die engsten Beziehungen zu Roosevelt unterhielt. Bevor Churchill Roosevelt zu sprechen wünschte, führte stets zuerst sein Weg zu Baruch. Vor allem wußte er auch nicht, daß Roosevelt nach München fest entschlossen war, Deutschland zur gegebenen Zeit den Krieg zu erklären, indem er entsprechenden Druck auf England, Frankreich und Polen ausübte mit dem Ziel einer Koalition unter Einschluß Rußlands und damit der gewollten Vernichtung Deutschlands. Wann wird die Welt endlich aufwachen, um das zu erkennen? Wann wird Europa endlich begreifen, daß hier die Ursache zu seinem heutigen desolaten Zustand ist.? Niemals aber Adolf Hitler, der sich in europäischer Verantwortung mit aller seiner ihm zur Verfügung stehenden Kraft gegen eine solche verhängnisvolle und verbrecherische Politik gewandt hat.

Aus dieser Konstellation heraus erklärt sich das Bemühen Englands, Polen wieder mehr an die Kandarre zu nehmen. Das begann mit einem Besuch Duff Coopers, dem ersten Lord der englischen Admiralität, mit einem Besuch auf der Halbinsel Hela, wo er sich mit dem polnischen

Außenminister Beck traf. Beck hatte bei dieser Gelegenheit, im August 1938, Andeutungen gemacht, daß er „engere Beziehungen zu England wünsche", und gleichzeitig darum gebeten, aus London gewisse Andeutungen zu erhalten, daß England Polen in der Danzigfrage zu unterstützen gedenke. Nach der Rückkehr Duff Coopers unterrichtete Lord Halifax die Polen mündlich, daß sie diese „so viel wie möglich in der Danzigfrage und gegen Deutschland unterstützen würden". England hatte zu diesem Zeitpunkt offensichtlich Sorge, daß zwischen Polen und Deutschland eine Verständigung zustande kommen könne. Ebenso hatte Halifax den Polen gegenüber durchblicken lassen, daß England sich dafür verwenden werde, daß Polen im Völkerbundsrat einen Sitz bekäme. Dies hieß praktisch die Anerkennung einer Großmachtstellung. Dies ist ein bemerkenswerter Vorgang. Denn Halifax gab diese Zusicherung, obwohl die Verärgerung über den polnischen Einmarsch in Teschen noch sehr frisch war und er stets den Danzig-Status als „Absurdität" bezeichnet hat.

Bismarck hat einmal gesagt: *„Die Politik der Engländer ist weder anständig noch achtbar, noch zuverläßlich; ihre hervorragendste Eigenschaft ist die Heuchelei"* Die Politik des „perfiden Englands" war immer doppelzüngig. Sie war nur darauf abgestellt, dem eigenen Ziel, nämlich der Vernichtung Deutschlands einen Schritt näher zu kommen. Auf der einen Seite wurden die Polen ermuntert, hart zu bleiben, was doch nur heißen konnte, auch vernünftige Entspannungsvorschläge Hitlers abzulehnen. Auf der anderen Seite wurde Hitler laufend ermuntert, seine aus Versailles herrührenden Probleme zu lösen. Schon unter Antony Eden, dem Vorgänger von Lord Halifax, geschah das, als Hitler am 4. 5.1937 durch britische Diplomaten davon unterrichtet wurde, daß „Großbritannien in Osteuropa keine primären Interessen habe" und zu verstehen gab, daß man auch keine „österreichischen Lösung" ausschließe (J. R. M. Buder „Lord Lothian" S. 341/42).

Am 19.11.1937 ließ Lord Halifax Hitler durch einen anderen Diplomaten ausrichten: „In England sei man der Auffassung, daß die zur Zeit bestehenden Mißverständnisse durchaus aus dem Wege geräumt werden könnten. Man erkenne die Verdienste, die sich der Führer um den Wiederaufbau Deutschlands erworben habe, voll und ganz an. Trotz gewisser Schwierigkeiten wäre er (Lord Halifax) und andere Mitglieder der englischen Regierung davon durchdrungen, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt hat....

Halifax betonte, daß in England jeder Deutschland als ein großes und souveränes Volk achte und auch nur auf dieser Grundlage mit ihm verhandelt werden solle. Die Engländer seien ein Volk der Realitäten und

seien vielleicht mehr als andere davon überzeugt, daß die *Fehler des Versailler Diktates richtig gestellt* werden müßten...
Englischerseits glaube man nicht, daß der *„Status quo" unter allen Umständen aufrechterhalten* werden müßte...
Er müsse nochmals im Namen der englischen Regierung betonen, daß *keine Änderungsmöglichkeiten* des bestehenden Zustandes *ausgeschlossen* sein solle, daß aber Änderungen nur auf Grund einer vernünftigen Regelung erfolgen dürften." (ADAP Bd. I, Nr. 31)
Wie die soeben angeführten Dokumente beweisen, gingen diese Informationen und Ermutigungen Hitlers Aktionen voraus. Aber noch klarer kommt diese englische Politik der Doppelzüngigkeit oder Kräfteausgleichspolitik bei P. H. Nicoll in .„Englands Krieg gegen Deutschland" zum Ausdruck. Auf Seite 57 heißt es dort: „Es war Chamberlain auf der Münchener Konferenz bekannt, daß sein Außenmininster Halifax und Duff Cooper, der parlamentarische Erste Lord der Admiralität, die beide Polen im Sommer 1938 ermutigt haben, in Danzig gegenüber Deutschland eine herausfordernde Haltung einzunehmen, obwohl Halifax die deutsche Führung während seines Deutschlandbesuches 1937 davon überzeugt hatte, Großbritannien würde[1] die Rückkehr Danzigs zum Reich als recht und billig ansehen. Der britische Premier wußte genau, daß diese doppelzüngige, von seinen eigenen Ministern verfolgte Politik Europa sehr schnell zu einem neuen Kriege führen würde, aber er hatte *nicht den Mut, diese Situation mit Hitler zu erörtern*
Das heißt doch nichts anderes, als daß sowohl Chamberlain als auch Halifax den Führer des Reiches, Adolf Hitler, täuschten, ihn bewußt ins offene Messer rennen oder auf eine ausgelegte Mine treten ließen, weil sie den Krieg wollten. Wie leicht wäre noch zu diesem Zeitpunkt die Verhinderung eines Krieges mit all seinen entsetzlichen Folgen möglich gewesen, wenn unter Berücksichtigung der staatsmännisch weisen und maßvollen Forderungen Hitlers mit offenen Karten gespielt worden wäre oder anders gesagt, wenn man diesen Krieg wirklich nicht gewollt hätte.
Wer nun aber sind bei einem so offensichtlichen Betrugsspiel die Schuldigen? Auf keinen Fall war es Hitler, der sich mit seiner Äusgleichspolitik mit aller Kraft für eine friedliche Lösung der Spannungen einsetzte und in seiner enormen Aufbauarbeit am allerwenigsten einen Krieg gebrauchen konnte.

Im Oktober 1938 wurde Hitler immer klarer, daß England nicht mehr zu dem in München unterzeichneten Friedens- und Freundschaftsvertrag stand. Denn am 10.10.1938 beschloß Großbritannien die Aufstellung von 16 Divisionen, verkündete drei Tage später die allgemeine Wehrpflicht, ein für England schwerwiegender Vorgang. Am 14./15.10. konnte Hitler der Presse entnehmen, daß auch Roosevelt ein umfangreiches Aufrüstungsprogramm für die Marine und Luftwaffe angeordnet

hatte sowie die Lieferung von 400 Militärflugzeugen nach England. Damit griff Roosevelt massiv in das europäische Geschehen ein, und zwar ohne Rücksicht auf die von Hitler gezeigte friedliche Verhandlungsbereitschaft. Mit einem starken Druck auf England und einem dazu parallel laufenden Wirtschafts- und Propagandakrieg suchte er jegliche noch so geringe Veränderung zu Gunsten Deutschlands zu stoppen.

Das beweist auch ein Dokument des Deutschen Weißbuches Nr. 3 - polnische Dokument zur Vorgeschichte des Krieges Dok. 4. In einem Gespräch mit dem polnischen Botschafter in Washington, Potocki, erklärte der amerikanische Botschafter in Paris, Bullitt, daß Roosevelt der Ansicht ist: „daß nur Stärke, und zwar *am Schluß eines Krieges*, der wahnsinnigen Expansion Deutschlands in Zukunft ein Ende machen könne. Auf meine Frage, wie er sich diesen Krieg vorstelle, erwiderte er, daß vor allem die Vereinigten Staaten, Frankreich und England gewaltig aufrüsten, um der deutschen Macht' die Stirn bieten zu können. Dann erst, wenn der Augenblick reif sei, wird man zu der letzten Entscheidung greifen können." Hier spricht Roosevelt bereits vom Schluß eines Krieges und setzt damit eben gewollten Krieg als selbstverständlich voraus, statt sich um einen Abbau der Spannungen zu bemühen, wie er es zynisch in seinem Telegramm an Hitler vorgab. In Wirklichkeit war dieses Telegramm nur eine Farce, die die Kriegsstimmung psychologisch anheizen sollte.

Zu Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen wußte Hitler noch nichts von den kriegstreiberischen Maßnahmen Roosevelts, wohl aber von der Abkühlung des deutsch-englischen Verhältnisses. Dies war für ihn umso mehr ein Grund, die gezeigte Verhandlungsbereitschaft der Polen freudig aufzugreifen.

Um kein Porzellan zu zerschlagen, ging Hitler sehr vorsichtig und behutsam zu Werke. Nachgewiesen ist, daß die Initiativen für diese Verhandlungen von dem polnischen Botschafter Lipski und dem Staatssekretär Weizsäcker, dem Widerständler, ausgegangen sind. Lipski hatte im Auftrage der polnischen Regierung dem deutschen Staatssekretär Woermann das Ersuchen unterbreitet, die Reichsregierung möge die Übertragung der zum Staatsgebiet der Tschecho-Slowakei gehörenden Karpatho-Ukraine an Ungarn unterstützen. Diesen Vorschlag befand Herr von Weizsäcker so bemerkenswert, daß er Hitler empfahl, „ernsthaft zu prüfen", ob man „mit Polen nicht aus diesem Anlaß ein größeres Gespräch beginnen und von Polen Kompensationen fordern" solle, wobei er an Danzig und Memel dachte. (ADAP Bd. V. Dok. 54 und Bd. IV Dok. 83)

Hitler verhielt sich bewußt weiter im Hintergrund, als er auf Anregung Weizsäckers Herrn von Ribbentrop beauftragte, die Verhandlungen mit

Polen aufzunehmen. Die Verhandlungsvorschläge wurden mündlich vorgetragen und damit bewußt die vorsichtige diplomatische Verhandlungsform gewählt, um beiden Seiten die Möglichkeit eines Rückzugs „ohne Prestigeverlust" offenzuhalten. Ganz wesentlich war, daß es sich hier um Vorschläge und keineswegs um Forderungen der Reichsregierung gehandelt hat. Man wollte bewußt jede Kränkung oder Demütigung ausschließen und vor allem nicht die so oft betonte „Ehre" Polens verletzen. Deshalb wurde auch keinerlei Druck ausgeübt oder irgendwelche Fristen gesetzt.

Das Ziel möglicher Vereinbarungen sollte die Stärkung des deutsch-polnischen Freundschafts- und Friedenspakts sein und der gemeinsamen Abwehrbereitschaft gegen den Bolschewismus dienen. Folgende Verhandlungsgrundlagen wurden den Polen unterbreitet, siehe auch Rede Hitlers:
„Danzig kehrt als Freistaat in den Rahmen des Deutschen Reiches zurück. Deutschland erhält eine exterritoriale Straße und eine Eisenbahnlinie durch Westpreußen. Dafür erklärte sich Hitler bereit:

1. die bestehenden Grenzen zwischen Polen und Deutschland als endgültig anzuerkennen,
2. Polens wirtschaftliche Rechte in Danzig einschließlich eines Freihafens zu sichern,
3. einen 25jährigen Nichtangriffspakt mit Polen abzuschließen,
4. gemeinsam mit Polen und Ungarn die Slowakei zu garantieren, wodurch das Reich auf eine Vormachtstellung in diesem Raum verzichtet.
5. Polen im Falle eines sowjetischen Angriffes militärisch zu unterstützen.

Ich meine, eine großzügigere und „staatsmännisch" weisere Lösung sowie ein für deutsche Interessen und historische Rechte tragbarerer Vorschlag konnte nun wirklich nicht gemacht werden. Hätte auch nur ein Kanzler der Weimarer Republik einen solchen Vorschlag mit der Aufgabe des gesamten deutschen, von den Polen kassierten Gebietes gemacht, er wäre gesteinigt und davongejagt worden. Nur ein so überzeugender und erfolgreicher Mann wie Hitler konnte einen solchen Verzicht deutscher Lebensrechte aussprechen. Alle Vorschläge mit Ausnahme der Wiedereingliederung der rein deutschen Stadt Danzig, die noch nicht einmal Polen gehörte, sondern dem Völkerbund unterstand, forderte absolut nichts von Polen und gingen ausschließlich zu Lasten Deutschlands. Dazu kam noch die Zusage eines Bündnisangebotes gegen die Sowjetunion und der Verzicht auf die deutsche Vormachtstellung in der Slowakei. Nur *'Wahnsinnige konnten ein solches Angebot nicht aufgreifen.*

Ich bezweifle, ob jemals ein Franzose oder gar Engländer freiwillig auf ein noch so kleines Stück eigenes Land, das ihnen seit Jahrhunderten gehörte, jemals verzichtet hätten. Hitler tat es im Interesse der Friedenserhaltung und wurde dennoch als Kriegstreiber und Welteroberer verketzert. Grausamer kann eine Geschichte nicht urteilen!
Man muß hierbei bedenken, daß seinerzeit Wilson unter Punkt 13 seines Programms die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates gefordert hatte, der einen freien Zugang zum Meer erhalten sollte. Es war dabei ähnlich wie bei der Gründung der Tschechoslowakei an die Benutzung der Elbe und einen Freihafen in Hamburg gedacht worden! Wilson verstand in diesem Fall unter Zugang zum Meer die ungehinderte Benutzung der Weichsel mit einem Freihafen in Danzig, niemals aber die Errichtung eines Korridors, der Ostpreußen vom Reich trennte und somit einen auf die Dauer nichttragbaren Zustand schuf. Kein verantwortlicher Politiker der Alliierten hatte damals daran gedacht, daß Polen die Ohnmacht des Reiches dahingehend ausnutzen würde, sich gewaltsam der von Deutschen bewohnten Korridorgebiete zu bemächtigen.

Wenn also Hitler diese mit Gewalt und widerrechtlich von den Polen erworbenen Gebiete im Interesse des Friedens einfach aufgab, so überraschte er damit nicht nur die Polen, sondern auch jeden einsichtigen Politiker der Welt, wie aus hunderten von Dokumenten nachzulesen ist. Dieser Vorschlag Hitlers ging weit über das hinaus, was selbst die Sieger in Versailles gewollt haben.

Dies muß auch der amerikanische Historiker D. Hoggan zugestehen, wenn er im „Erzwungenen Krieg" auf Seite 342/43 schreibt: „Die Polen zogen jedoch den wirklichkeitsfremden Standpunkt vor, daß ein deutsches Angebot, ihre Grenzen von 1919 zu garantieren, für sie kein Zugeständnis bedeutete. In Wirklichkeit hatten Ribbentrop und Hitler im Oktober 1938 eine Regelung vorgeschlagen, die für Deutschland sehr viel weniger günstig war als Punkt 13 des Wilsonschen Programms. Diese Regelung zielte nicht darauf ab, Deutschland die Stellung wiederzugeben, die es *behalten hätte*, wenn von den alliierten Mächten der Waffenstillstandsvertrag nicht verletzt worden wäre. Aus den Bevölkerungszahlen war zu ersehen, daß eine Volksabstimmung niemals zugunsten Polens hätte ausfallen können. Aus diesem Grunde wurden sie verweigert und die Proteste der geschlagenen Deutschen verächtlich beiseite geschoben." Und weiter heißt es bezüglich der von Hitler erbetenen exterritorialen Durchgangsstraße: „Nach den in Frage kommenden Grundsätzen des internationalen Rechts stellt dieses exterritoriale Unternehmen eher eine reine Dienstleistung als eine tatsächliche Souveränitätsübertragung dar. Die Deutschen hätten damit lediglich ein Sonderrecht innerhalb eines unter polnischer Oberhoheit stehendes Gebie-

tes erhalten". Weiter heißt es dann ein paar Zeilen weiter. *„Hitlers Angebot* vom Oktober 1938 *war das Vernünftigste, das Polen seit 1918 von Deutschland erhalten hatte.* Hätten die polnischen Führer auch nur den geringsten Wert auf eine Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland gelegt, so hätten sie in den deutschen Zugeständnissen eine angemessene Grundlage für ein Abkommen erkannt. In den mehr als fünf Monaten vor der endgültigen Ablehnung des Angebots Hitlers preßten die Deutschen den Polen nicht etwa größere Zugeständnisse ab. Vielmehr war es eher die Ungeduld der polnischen Führung als die Hitlers, die im März 1939 den Abbruch der Verhandlungen herbeiführte."

Auf Seite 354/55 heißt es dann weiter: „Die Briten hofften, daß es Polen und Deutschland nicht gelingen würde, ihre Streitigkeiten zu schlichten, und so waren sie erpicht darauf zu erfahren, welche Bedeutung dieser Besuch haben könnte."
Es wäre im Interesse des Friedens besser gewesen, wenn Beck in dieser Zeit genau so offen mit Hitler über Danzig gesprochen hätte. Hitler hätte dann gewußt, woran er war, bevor er sich vor eine polnische Mobilmachung und einer britischen Einkreisungspolitik gestellt sah."

Wenn heute die Meinungsmacher immer von den maßlosen Forderungen Hitlers und seiner Kriegstreiberei sprechen, so beweisen die historischen Tatsachen genau das Gegenteil. Schon die Tatsache, daß die Polen lange Zeit diese Vorschläge weder in Form noch dem Inhalt nach beanstandet haben, spricht eine deutliche Sprache, Wie man heute weiß, hat das nichts damit zu tun, daß die Polen hintergründig gar nicht daran dachten, „von der Kriegsbeute auch nur eben Brosamen herauszugeben".

Dabei hat niemand verlangt, daß sie überhaupt etwas herausgeben sollten. Diese unverständliche Haltung der Polen ist nur damit zu erklären, daß sie sich nicht allein mit den in Versailles zugesprochenen oder sich widerrechtlich angeeigneten Gebieten zufrieden gaben, sondern in Wahrheit vom „Großpolnischen Traum" und damit weiteren Eroberungen besessen waren, so wie man es heute auch aus unzähligen Dokumenten und Erklärungen ersehen kann. Es ist eine Ironie des Schicksals, aber auch eine Tragik der Weltgeschichte, daß der Verursacher dieser Spannungen nach einer totalen Niederlage nach nur 18tägigen Kämpfen heute an der Oder mit Stettin eingeschlossen steht, und mit ihm der Kommunismus. Und in Anbetracht dieser Lage erklärt der deutsche Bundeskanzler Schmidt in Budapest nach der „Welt vom Sonntag", des 4. November 1979, „daß die Preußen keine Deutschen gewesen sind, sondern eine Sprache sprachen, die dem Litauischen ähnlich war.""Dies ist so haarsträubend", schreibt ein Leser, „daß man ihn in die Volksschule zurückversetzen müßte", und ein anderer fragt an, ob Schmidt

etwa ein Holländer sei, weil sein Hamburger Platt mit der niederländischen Sprache Ähnlichkeit hat.

Der Wahnsinnstraum, soweit es Polens Westgrenze betrifft, ist in Erfüllung gegangen, zwar unfrei als Satellit Moskaus unter Verlust seiner Ostgebiete. Und westlich Polens steht als weiterer Satellit Moskaus das andere Drittel Deutschlands. Der eigentliche und ausschließliche Nutznießer dieses polnischen Chauvinismus, der gemeinsam mit Amerika, England und Frankreich die gebotene Friedenshand Hitlers zurückwies, ist eindeutig und stärker denn je die Sowjetunion. Sie steht heute infolge der Unvernunft des Westens mit ihren ihr hörigen Paktstaaten im Herzen Europas und hat damit auch der stupiden reaktionären englischen „Balance of power"-Politik die gebührende Antwort erteilt und absurdum geführt. Vielleicht wird es morgen heißen: „The british to the front!"

Gerade dieses Resultat, was nur Hitler im Falle eines verlorenen Krieges vorausgesehen hat, sollte alle Überlebenden zum Nachdenken zwingen. Die Frage sei gestellt: Hat sich dieser Krieg, ein unnötiger und erzwungener, für die Amerikaner, Engländer und Franzosen gelohnt in Anbetracht der heute erforderlichen Nato, die viel Engagement und ungeheure Kosten verursacht? Hätte man nicht doch die maßvollen Wünsche Deutschlands respektieren und unterstützen sollen? Wäre es nicht besser gewesen, zu einem von Hitler erwünschten friedlichen Ausgleich mit Polen zu kommen, statt mit der verhängnisvollen gewollten Kriegspolitik am Ende halb Europa dem Kommunismus zu überantworten?

Ich kann mich heute des Verdachts nicht erwehren, daß Einsichtige dies längst begriffen haben. Es ist billig und gefährlich, das Resultat einer verschuldeten Kriegspolitik Hitler und damit Deutschland anlasten zu wollen. Ich meine, die Verantwortlichen und ihre Nachfolger wollen damit nur von ihrer Fehlkalkulation und ihren gemachten Fehlern ablenken, weil ihnen der Mut dazu fehlt, dieses offen einzugestehen. Deutschland die Verantwortung dafür zuzuschieben ist zu einfach, zumal die Gefährdung Europas heute ein umso größeres Ausmaß angenommen hat als damals.

Das System der Umerziehung nach 1945 hat die Deutschen zu einem neurotisierten Volk werden lassen. Dieser geistige Zustand der bundesrepublikanischen Gesellschaft machte diese damit unfähig, sich selbst zu erkennen und entscheidende Abwehrmaßnahmen gegen die von Rot und Schwarz betriebene Umwertung der Lebensordnung zu errichten.

In dem von der Carl-Friedrich von Siemens-Stiftung herausgebenen Buch „Die deutsche Neurose über die beschädigte Identität der Deutschen" analysieren acht Wissenschaftler und ein Journalist das geistige Krankheitsbild unseres Volkes. Sie sagen: „Die Deutschen von heute, welcher Generation auch immer, leben in einer besonderen, nicht nor-

malen Situation. Diese ist durch die Epoche der Weltkriege und ihre Interpretation bestimmt Die Anormalität der Lage scheint schwer erträglich zu sein um Abwehrmechanismen nahezulegen. Einer besteht darin, das Anormale normal zu halten. Ein anderer, bestimmte Ereignisse aus dem Gedächtnis zu verbannen.

Mißlingen solche Versuche, so kommt es zu neurotischen Konflikten. Handlungsfähig ist ein Volk erst, wenn es in der Lage ist, seine Geschichte zu erzählen und sich mit ihr und dadurch sie zu identifizieren. Die Deutschen können heute diesen notwendigen Prozeß nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten vollziehen. Ihre Identität ist damit gefährdet."

Diese Identitätsgefährdung hat sich zu einem geistigen Spiegelbild des neurotisierten Volkes verdichtet. Der Professor Hepp sagt dazu: „Ein Volk, das seine eigene Niederlage als Sieg feiert und das als Besiegter sich mit dem Sieger identifiziert, wäre zweifellos reif für ein Völkerirrenhaus, falls es so etwas gäbe". Das deutsche Volk hat durch Gehirnwäsche sein Ich gewechselt. Die Sieger und die deutschen Umerzieher haben die neuesten Erkenntnisse der Sozialpsychologie benutzt, um das Volk der Besiegten systematisch „umzukultivieren". Die Frage erhebt sich, ob die Deutschen noch sie selbst oder ein ganz anderes Volk sind.

Bekenntnis zu und Erkenntnis aus der Geschichte aber sind Voraussetzung für eine zukunftsträchtige Politik, wenn es diese überhaupt noch geben soll. Wie aber soll sich der deutsche Bürger orientieren, wenn die Geschichte bis zum heutigen Tag zweckbestimmt manipuliert wird und unsere geistig zu den Siegern übergelaufenen Verantwortlichen dabei kräftig mitmischen. Kann es da wundernehmen, daß die Deutschen sich nicht mehr mit dem Auftrag der Bundeswehr identifizieren? Man kann als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, weiß Gott, nicht behaupten, daß sich diesmal die Sieger sonderlich Mühe gegeben haben, eine sichtbare Ordnung zu schaffen. Das, was wir heute sehen, ist im besten Falle eine organisierte Unordnung, die alle Keime der Selbstvernichtung in sich trägt.

Es ist höchste Zeit, dies zu erkennen und dem Volk nicht mit narkotisierender einseitiger Vergangenheitsbewältigung die Sicht zu trüben und für politische Notwendigkeiten steril zu machen. Die heutige Situation sieht hinsichtlich einer europäischen Zukunft weitaus schlechter aus, als sie noch 1939 war. Bei dem Aufbau eines völlig falschen Geschichtsbildes und damit der Unmöglichkeit Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, kann ich nur schwerlich einen Hoffnungsschimmer am fernen Horizont erkennen. Was nutzt uns allen die geglaubte Freiheit und unser Wohlstand, wenn niemand dafür zu kämpfen bereit ist und über Nacht nichts mehr davon da ist. Nur trifft es dann Deutschland und Europa, die geistig nicht darauf vorbereitet sind, umso tödlicher. Es

wird heute das Wort Freiheit so groß geschrieben. Man vergißt nur, daß Freiheit stets mit Opfern und Verpflichtungen verbunden ist. Der jetzige Papst hat schon recht, wenn er auf seiner amerikanischen Pilgerreise mahnend die Worte gesprochen hat: „Freiheit ist keine Entschuldigung für moralische Anarchie".

Was nun die von Polen gewünschten Gespräche und ebenso die äußerst maßvollen Vorschläge Hitlers betrifft, so wurden diese hinter verschlossenen Türen geführt. Bezeichnend für die damalige Situation war, daß dies von Seiten der Westmächte mit großem Mißtrauen verfolgt wurde und die Befürchtung auslöste, die Deutschen und Polen könnten sich einigen. Dazu kann doch nur gesagt werden, wenn man schon eine Einigung und damit eine sich daraus resultierende Zusammenarbeit fürchtet, so bedeutet das doch nichts anderes, als daß es eine solche Möglichkeit unter allen Umständen zu verhindern galt. Das wiederum zeigt deutlich, daß man an einer Ausräumung der Konfliktstoffe gar nicht interessiert, sondern ausschließlich am Fortbestehen der vorhandenen Spannung war, die weiter geschürt werden mußte, um zwangsläufig die gewünschte Katastrophe herbeizuführen.

So und nicht anders war es und läßt sich Schritt für Schritt beweisen. Nicht Hitler und damit Deutschland waren die Kriegstreiber. Von dieser Seite wurde wirklich alles getan, um eine kriegerische Auseinandersetzung im Interesse des *benötigten Friedens* zu verhindern. Die Kriegstreiber und damit die Verantwortlichen waren, wie wir weiter sehen werden, Herr Roosevelt mit seinen Beratern, nunmehr auch Herr Chamberlain mit Herrn Halifax, Churchill und seine Mannen im Hintergrund sowie der polnische Außenminister Beck in seinem Großmachtrausch. Es ist in dieser Phase der Entwicklung bezeichnend, daß der polnische Außenminister die Sorge der westlichen Diplomaten, es könne zu einer Einigung kommen, mit einer offensichtlichen Falschmeldung zu beschwichtigen suchte, „Polen führe über Danzig und den Korridor keine Verhandlungen". („Weltgeschichte der Gegenwart" in Dokumenten Bd. I, S. 324 und 405) Das Gegenteil dieser Falschmeldung wird auch bewiesen durch das „Weißbuch der polnischen Regierung", 1940, im Dok. Nr. 45, nachdem der polnische Botschafter Lipski am 31. Oktober 1938 von seinem Außenminister Beck folgende Richtlinien für seine Verhandlungen erhalten hat: „Nach Auffassung der polnischen Regierung sollte sich das etwaige Abkommen, welches *die Festigung der guten Nachbarschaft* beabsichtigt, zum Ziele haben: b) eine solche Regelung der Freien Stadt Danzig, daß in Zukunft die unaufhörlichen Schwierigkeiten technischer und psychologischer Natur verhindert werden, wie sie sich aus den auf dem Boden Danzigs entstandenen Reibungen ergeben. Die Frage der Freien Stadt Danzig wird akut, denn beim gegenwärtigen Zustand, wo sich der Völkerbund recht weitgehende

Vorrechte vorbehält und keine Möglichkeiten bietet, seine Aufgabe in einer der Freien Stadt und den polnischen Belangen nützlichen Weise zu erfüllen, zeigt sich die Notwendigkeit einer freien und offenen Prüfung dieses Problems durch die polnische und deutsche Regierung."

Ebenso unterrichtete der polnische Außenminister den Völkerbundkommissar am 21. November, daß Polen kein Interesse mehr an einer polnischen Vertretung der Freien Stadt habe, sondern nur noch wirtschaftliche Interessen verfolge. (DBFP 1918-45, V/102) Gerade diese Formulierung faßte Hitler als Ermunterung auf, daß von Seiten der Polen im Sinne der von Weizsäcker geführten Gespräche die Frage der Karpatho-Ukraine und Danzig behandelt werden sollten und Polen zu einem Entgegenkommen bereit wäre.

Am 5. Januar 1939 erschien Beck bei Hitler auf dem Obersalzberg in Berchtesgaden zu einem dem Ergebnis nach hinhaltendem Gespräch, in dem er die deutschen Vorschläge sehr wohl zu würdigen wußte, aber sich Bedenkzeit für weitere Überlegungen aller, angeschnittenen Probleme erbat. Auch dieses Treffen bestärkte Hitler in seinem Glauben, daß Beck aufrichtig an einer Lösung der zwischen Deutschland und Polen anstehenden Konflikte interessiert sei.

Etwa 14 Tage später stattete von Ribbentrop dem polnischen Außenminister in Warschau einen Gegenbesuch ab. Bei dieser Gelegenheit unterstrich der deutsche Außenminister nochmals Hitlers echten Wunsch hinsichtlich *eines engen Zusammengehens beider Nationen.* Darüber hinaus bot er ein deutsch-polnisches Defensivbündnis im Rahmen des Anti-Komintern-Paktes an sowie die Garantie der bestehenden Grenzen. Das heißt nichts anderes als ein endgültiger Verzicht auf Ostoberschlesien, Westpreußen und Posen. Außerdem bot er noch einmal eine 25jährige Nichtangriffsgarantie an.

Dies sind Tatsachen und nicht mit noch so viel propagierten derzeitigen Lügen und Verleumdungen aus der Welt zu schaffen. Es ist an der Zeit, daß dies das ewig belogene und umerzogene deutsche Volk, besonders aber die Jugend zur Kenntnis nimmt und sich Gedanken darüber macht, weshalb es bis zum heutigen Tag so belogen wird. Hitler wie Ribbentrop taten unter *Erbringung größter Opfer alles,* um den Frieden zu erhalten. Hitler war *niemals* am Kriege und an ihm unterstellte *Eroberungen* interessiert. Kein anderer als er brauchte den Frieden, um den inneren Aufbau, der ja erst begonnen hatte, mit all den vielen Reformplänen voranzutreiben, die Deutschlands Erneuerung zum fortschrittlichsten Staat der Welt gemacht hätte. Das aber wußte man und darin lag die Gefahr der ewig Gestrigen, die mit ihren Problemen nicht so fertig wurden wie das neue Deutschland. Dies wird eine noch so gefälschte und bösartige Verleumdung niemals abstreiten und verfälschen können.

Über diese Unterredungen in Warschau liegen genügend Dokumente vor, die die Bemühungen Ribbentrops bestätigen und die auf der anderen Seite nichts dagegen aussagen, die auf irgendwelche Verärgerungen der Polen schließen lassen. Am 30. Januar 1939 erklärte noch Beck dem französischen Botschafter in Warschau, Noel: „daß er mit seinem Gesprächspartner Ribbentrop über die Notwendigkeit und Möglichkeit völlig einig gewesen sei, die gegenwärtigen und zukünftigen Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern in dem Geist gutnachbarlicher Beziehungen, der die Grundlage des Vertrages von 1934 bildet, zu ordnen („Gelbbuch der französischen Regierung Nr. 42").
Der französische Außenminister Bonnet schreibt auf Seite 175 in seinem Buch „Vor der Katastrophe": „Nichts an dieser Rede (in Warschau) von Ribbentrops war alarmierend. In Paris beruhigten sich sogar einige Leute angesichts der Herzlichkeit der gewechselten Worte: War das nicht ein Anzeichen, daß Polen sich anschickte, zu *unserem Schaden* (französischen) seine Verbindungen mit Deutschland zu festigen?" Man beachte die Worte „zu unserem Schaden". Auch daran sieht man wieder, wie wenig auch den Franzosen an einem deutsch-polnischen Ausgleich gelegen war und wie bereits alles darauf ausgelegt war, eine Kriegssituation heraufzubeschwören. Nicht wir Deutsche unter Adolf Hitler befanden uns im engherzigen nationalstaatlichen Denken der westlichen Demokratien des 19. Jahrhundert. Hitler war der Engstirnigkeit dieser Demokratien um ein Jahrhundert voraus und sah die politischen Entwicklungen und Gefahren großräumiger. Wir standen damals noch nicht vor dem sich abzeichnenden Atomzeitalter und waren um eine Raumordnung besorgt, die auch in einem Atomzeitalter die Chance des Überlebens gewährte, was heute nicht mehr der Fall ist. Das geht aber niemals zu Lasten Hitlers, sondern unserer kurzsichtigen westlichen Demokratien mit ihrer Gedankenwelt des vergangenen Jahrhunderts. Daß Deutschland heute auch wieder in diese Denkungsweise zurückgefallen ist, macht die Zukunft nur umso düsterer. Schon die Tatsache, daß Deutschland morgen zu einem 40 Millionenvolk herabgesunken sein wird, stellt seiner Regierung für alle Zukunft ein Armutszeugnis aus und ist ein Hinweis dafür, daß wir auch den Rest unseres Bodens kampflos zu räumen bereit sind. Es sei denn, im befreundeten Frankreich erhebt sich ein neuer Geist und eine neue Lebensform, die etwas von dem Geist eines Napoleons erahnen läßt. Keiner wäre darüber glücklicher als ich, der für sich in Anspruch nimmt, als Deutscher ein überzeugter Europäer zu sein.

Obwohl kein sichtbarer Fortschritt der deutsch-polnischen Verhandlungen erkennbar war, verwandte Hitler in seiner Reichstagsrede am 30. Januar 1939, die ich dem Leser nachzulesen empfehle, werbende und versöhnliche Worte für Polen. Zudem gab er nochmals Anweisung an

das Auswärtige Amt und den Danziger Senat, sich durch die weiterlaufende polnische Pressehetze nicht beeindrucken zu lassen, sondern sich größter Zurückhaltung zu befleißigen und jegliche Provokation zu vermeiden.

Hitler hatte am 25. März sogar in Erwägung gezogen, ein „fait accompli" für Danzig zu schaffen, also Danzig zu besetzen, um es der polnischen Regierung zu erleichtern, falls eine freiwillige Abtretung Danzigs der polnischen Bevölkerung gegenüber zu vertreten zu schwierig gewesen wäre. Er wollte damit also der polnischen, Regierung entgegenkommen. Diese Möglichkeit war aber nur ins Auge gefaßt, wenn die polnische Regierung irgend eine „Andeutung" in dieser Richtung gemacht hätte. Oberstes Ziel der deutschen Politik war nach wie vor die gewünschte Zusammenarbeit mit Polen. Danzig diente nur als Sicherheit hierfür.

Bis zu diesem Zeitpunkt war noch alles offen. Die Frage der Tschechoslowakei hatte sich infolge des slowakischen Aufstandes gegen die Tschechen durch Hitlers Eingreifen, wozu er ausdrücklich von beiden Seiten aufgefordert war, friedlich gelöst. Mit Polen bestanden rein sachlich und objektiv gesehen alle Aussichten, im Interesse eines dauerhaften Friedens zu einem vernünftigen Ausgleich zu kommen. Die Hoffnung für einen langandauernden Frieden waren damit für Europa durchaus gegeben. Denn Hitler hatte seine Versprechen und Forderungen, die er vor dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit bekanntgegeben hatte, nämlich die wesentlichen Ungerechtigkeiten des Versailler Schandvertrages zu beseitigen, tatsächlich ohne Krieg erreicht. Er hatte als Staatsmann Größe und Bescheidung bewiesen, indem er gleichzeitig auf große Teile urdeutschen Landes im Interesse der Erhaltung des Friedens verzichtet hatte. Er hatte dies nachweisbar in einem weit größeren Umfang getan als das je ein anderer deutscher Politiker zu tun gewagt hätte. Dies ist eine geschichtliche Tatsache, die nicht einmal seine schärfsten Gegner abzustreiten in der Lage sind.

Nur ein Beispiel möge genügen, um dies zu beweisen. Wenn sich heute unsere Politiker überschlagen, den verräterischen deutschen Widerstand zu feiern und zu ehren, was ich ablehne, dann möge ihnen nur die Auffassung ihres Spitzenwiderständlers Gördelers in Erinnerung gerufen werden, der geradezu einen Krieg hätte heraufbeschwören müssen. Bei K. Zentner in der „Illustrierten Geschichte des 2. Weltkrieges" heißt es auf Seite 60:

„Wie zurückhaltend und berechtigt diese deutschen Forderungen, nämlich Rückkehr Danzigs und exterritoriale Verkehrsverbindungen nach Ostpreußen sind, zeigt am besten der Vergleich mit den Forderungen, die die deutsche Opposition um Gördeler später im Kriege stellt, zu

einer Zeit, da sich das Kriegsglück längst von Deutschland gewendet hat; Gördeler forderte die Wiederherstellung der Reichsgrenze von 1914."

Die englische und französische Garantie für Polen

Im März 1939 kam die entscheidende Wende, als von den Engländern und Amerikanern mit Frankreich und Polen im Gefolge die Weichen auf Krieg gestellt wurden, eindeutig nicht von Hitler oder Deutschland. Sechs provozierende Maßnahmen von Seiten Großbritanniens mit Hilfe des von Roosevelt ausgeübten amerikanischen Druckes im Hintergrund und der größenwahnsinnig gewordenen Polen waren entscheidend für den Willen zum Krieg und damit seine zwangsläufige Auslösung:

1. der englisch-französische Garantievertrag an Polen, der nunmehr schriftlich gegeben wurde und der von den Polen keineswegs erbeten war.
2. Die damit verursachte totale Ablehnung jeder Verhandlungs- und Bereinigungsmöglichkeiten der angereicherten Zündstoffe zwischen Deutschland und Polen.
3. Die ungerechtfertigte und auf Grund der vom Westen ausgestreuten falschen Gerüchte erfolgte polnische Mobilisierung der Streitkräfte an den deutschen Grenzen.
4. Die Verfolgungen und unmenschlichen Behandlungen der deutschen Minderheiten in Polen bis hin zu Mord und Totschlag.
5. Die provozierenden völkerrechtswidrigen Zwangsmaßnahmen der Polen in Danzig.
6. Die durch die Amerikaner, Engländer, Franzosen und Polen betriebene Einkreisungspolitik, die in den Verhandlungen mit den Sowjets in Moskau während dieser entscheidenden Tage ihren Höhepunkt fand.

Dazu kommt dann noch die einseitige und allseitige auf Krieg abgestimmte Hetze- und Verleumdungskampagne in Rundfunk und Presse, und zwar weltweit gelenkt und gesteuert, wobei wiederum die Kreise um Roosevelt eine führende Rolle spielten.

Zur Vorgeschichte dieses englischen Garantieversprechens muß man wissen, daß der Kriegshetzer Lord Halifax ursprünglich vor hatte, in sein mit der Sowjetunion geplantes Militärbündnis die Polen und Rumänen gegen Deutschland miteinzubeziehen. Sowohl die Polen als auch die Rumänen, die zudem noch beste Beziehungen zu Deutschland pflegten, waren scharf dagegen. Das weltumspannende große Britannien unter der außenpolitischen Leitung von Lord Halifax mußte sich dem klaren Njet (nein) des vermessenen polnischen Außenministers Beck beugen.

Damit erhielt seine in aller Eile zusammengebrachte Kriegskonstruktion einen entscheidenden Dämpfer. Auf der anderen Seite machte Bonnet Schwierigkeiten, der einen „englisch-französisch-polnischen Krieg gegen Hitler nicht nach seinem Sinn" fand, zumal die französisch-polnischen Beziehungen derzeit als ausgesprochen schlecht galten. Frankreich wollte die Einbeziehung der Sowjetunion in diese Alliance, zwar nicht wie Halifax offensiv, sondern defensiv. Aus diesem Grunde war auch der Besuch des französischen Staatspräsidenten Albert Lebrun mit seinem Außenminister Bonnet am 22. März 1939 in London nicht ganz befriedigend verlaufen.

Auch die Polen waren mißtrauisch. Der polnische Botschafter in Paris, Lukasiewicz, vertraute noch am 24. Marz dem amerikanischen Botschafter Bullitt an, „daß er den Briten nicht traue und hob hervor, die zynischen englischen Führer seien durchaus fähig, Polen in eine unhaltbare Lage zu bringen" und es dann im Stich zu lassen. Das war wirklich eine bemerkenswerte Prognose, die sich später auch so abspielen sollte.

Halifax stand nunmehr unter Zeitdruck, wenn er nicht mit seiner Kriegspolitik scheitern wollte. Er mußte sich den Forderungen Becks beugen. So kabelte Halifax seinem Botschafter Kennard in Warschau am 27. März, „die Polen hätten in der Frage der Russen gewonnen". Weiter heißt es: „aus Gründen, welche ich zu schätzen weiß, sich geweigert, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten". Er ließ zudem durchblikken, daß später noch immer die Möglichkeit bestünde, an die Sowjetunion mit einem neuen Bündnisangebot heranzutreten.

Die erste Erpressung Englands durch die Polen war perfekt. Polen erhielt den Vorrang vor Rußland. Hoggan schreibt auf Seite 450 in „Der erzwungene Krieg": „Halifax hatte eine *epochale Entscheidung* gefällt. Nun trieb ihn die Ungeduld, seinen neuen Kurs offen herauszustellen. Er wollte nicht - aus oben angegebenen Gründen - bis zur Antwort Becks am 3. April 1939 in London mit der öffentlichen Bekanntgabe warten, daß England eine Verpflichtung gegenüber Polen übernommen habe. Am 30. März kabelte er Kennard, am folgenden Tage werde im britischen Unterhaus eine Garantie an Polen bekanntgegeben. Diese *Garantie* werde auch *ohne feste Zusage von polnischer Seite bindend sein.* Dabei versuchte er Präsident Roosevelt für seine außergewöhnliche Ungeduld verantwortlich zu machen. Etwas ironisch teilte er mit, die amerikanische Botschaft habe ihn mit Behauptungen bombardiert, Ribbentrop drängte Hitler, in Polen einzumarschieren, bevor sich die Briten in irgendeiner Form festgelegt hätten.

Das war ein allzu durchsichtiger Vorwand, um eine tollkühne Politik als vernünftig zu erklären. Zwar traf es zu, daß Bullitt in Paris für sofortiges Handeln der Briten eintrat; die amerikanischen Diplomaten in Berlin hingegen hofften, (diese hatten sich auch über die Antwort Hitlers an

Roosevelt hämisch gefreut) Großbritannien werde vorsichtig und zurückhaltend vorgehen. Der amerikanische Geschäftsträger Geist deutete aus Berlin an, Großbritannien täte klug daran, der deutschen Expansion nach .Osten keine Hindernisse entgegenzusetzen. *Niemand hätte eine übereilte Garantie an Polen deutlicher bedauern können.*
Sorgfältig vermied Halifax den Eindruck, daß er an die Geschichte von Ribbentrops angeblichen Aggressionsabsichten glaube. Dagegen wiederholte er das Argument, Präsident Roosevelt und die Vereinigten Staaten würden Großbritannien die Feindschaft ansagen, *falls es gegen Deutschland keinen Krieg führe.* Die ständige Wiederholung dieses Themas durch Bullitt tat Halifax zweifellos gute Dienste. Auf diese Weise konnte er die Verantwortung für sein Vorgehen auf die Vereinigten Staaten abwälzen... Halifax Entscheidung eine Vorausgarantie zu gewähren, machte Hitlers Hoffnungen zunichte, daß die persönlichen Verhandlungen Becks mit Halifax in Meinungsverschiedenheiten enden würden. Als Beck nach London kam (3. April),' bestanden tatsächlich Reibungen zwischen den beiden Männern. *Ihre Verhandlung hätte ohne die vorsorgliche Garantie mit einem Fehlschlag enden können."*
Am 31. März verlas Chamberlain im britischen Unterhaus die Garantie: „Um den Standpunkt seiner Majestät Regierung für die Zeit, bis die Beratungen (mit anderen Regierungen) abgeschlossen sind, völlig klarzumachen, habe ich dem Haus jetzt mitzuteilen, falls während dieser Periode die polnische Unabhängigkeit durch irgendeine Aktion eindeutig in Gefahr gerate und die polnische Regierung es als lebenswichtig erachte, mit ihren nationalen Streitkräften Widerstand zu leisten, so würde sich die Regierung seiner Majestät sofort verpflichtet sehen, der polnischen Regierung alle in ihrer Macht stehende Unterstützung zu gewähren. Sie hat darum der polnischen Regierung eine entsprechende Zusicherung gegeben."

Für diesen leichtsinnigen und bisher in der englischen Geschichte ohne Vorgang gegebenen „Blankoscheck", wie sich spontan und entsetzt der belgische Gesandte in Berlin, Vicomte Jacqes Davignon, äußerte, fehlt in der Bewertung jeglicher Maßstab. So etwas tut man nur, wenn man unter allen Umständen den Krieg provozieren will. Chamberlain selbst sagt am 3. 4.1939 im Parlament: „Daß wir bei jenem Beistandspakt soweit von unseren traditionellen Überzeugungen abweichen, wie ich das am Freitag im Namen Sr. Majestät Regierung mitgeteilt habe, stellt einen geschichtlichen Sonderfall innerhalb der britischen Politik dar. Ich glaube sagen zu dürfen, der Entschluß hierzu *und was er zeitigen mag,* wird ein *Kapitel für sich erhalten, wenn zukünftige Geschichtsbücher geschrieben* werden." Herr Chamberlain kann sicher sein, daß die Geschichte ihn und seine Mannen für die Zerschlagung Europas verantwortlich machen werden. Als Vorleistung hat England bereits sein

Empire verloren. Die Engländer sollten sich dafür bei ihren verantwortlichen Staatsmännern bedanken!
Also war sich Chamberlain der Bedeutung und der Gefahr dieser unkontrollierbaren Garantieerklärung durchaus bewußt.
Er muß damit auch vor der Geschichte für die Folgen eines so unverantwortlichen Geschehens, wie es dann der Ablauf der Entwicklung ergeben hat, zu tragen bereit sein. Duff Cooper, der seit August all diese Gespräche mit den Polen vorbereitet hatte, schrieb damals richtig: „Das Schicksal des Britischen Reiches und für die Verantwortung für Frieden und Krieg ist hiermit einer Handvoll unbekannter Persönlichkeiten in Polen anvertraut worden." *Wenn heute immer wieder so viel Aufsehens von der sogenannten „harmlosen Kristallnacht" am 9. November 1938 nach dem Mord eines deutschen Legationssekretärs in Paris durch einen Juden gemacht wird, so sollte man auch in diesem Zusammenhang bedenken, daß die Folge dieser britischen Garantie sofort ein mehrfaches an Kristallnächten in Polen ausgelöst hat. In fast allen Städten und Dörfern Polens tobte der Mob sich aus. Umzüge würden spontan und gelenkt veranstaltet „ Auf nach Königsberg", „Auf nach Berlin", Auf nach Danzig", „ Werft die Deutschen heraus" waren die Parolen. Deutsche Schulen wurden geschlossen und tagelang Fenster und Scheiben bei der deutschen Bevölkerung und deutschen Vereinen eingeschlagen. Doch darüber spricht heute keiner, am wenigsten die Polen, die nur nach Wiedergutmachung schreien, obwohl sie zu Unrecht weiteres deutsches Land geraubt und die Bevölkerung der Deutschen blutrünstig vertrieben haben. Als Dank dafür sieht man heute unterwürfige Kniefälle und Pilgerreisen nach Auschwitz, dem erst nach dem Krieg eigens dafür hergerichteten Canossaort! Die Deutschen sollten einmal nachdenken!*
Das am 31. März veröffentlichte englische Garantieversprechen ist sowohl dem Inhalt nach als auch hinsichtlich seiner Konsequenzen ein einmaliger Vorgang in der gesamten Geschichte der Diplomatie. Diese Garantie bedeutete für Polen eine so weitgehende Handlungsvollmacht, die unter „Ignorierung der Frage des Aggressors" ganz Engbnd und sein bis dahin machtvolles Empire der Entscheidungsbefugnis über Krieg oder Frieden ein paar größenwahnsinnigen und voreingenommenen polnischen Politikern und Militärs übertrug. Diese Blankovollmacht richtete sich einseitig gegen Deutschland. Die Sowjetunion war ausdrücklich ausgeklammert, obwohl jeder Informierte wußte, daß Polen stets drohende Gefahren von dorther kommend fürchtete. Diese Garantie galt nicht etwa der deutsch-polnischen Volksgrenze, sondern den 1918 Deutschland geraubten Gebieten Westpreußens und Ostoberschlesiens ebenso der Deutschland unzumutbaren Sonderstellung Danzigs.
Abgesehen davon, daß diese Garantie weder mit Polen besprochen oder zuvor angekündigt worden war, ist diese auch niemals von Polen verlangt worden. Am meisten waren deshalb auch die Polen über eine so

spontan gegebene und mit solchen Vollmachten ausgestattete Garantie eines Weltreiches erstaunt.
Diese Garantie wurde bedenkenlos einem Land gegeben, das gerade eine ungerechtfertigte und damit provozierende Teilmobilmachung bekanntgegeben hatte, einem Land, das seit seinem Bestehen Expansionen propagiert und durchgeführt hatte und zudem nicht demokratisch, sondern diktatorisch regiert wurde. Davon abgesehen, konnte dieses Land von England gar nicht beschützt werden, wie sich zur Enttäuschung der Polen sehr bald herausteilen sollte. Zudem standen die Polen und die Deutschen noch in Verhandlungen über eine annehmbare Lösung des nach Hitlers öffentlich bekanntgegebenen großzügigen Angebotes. Nach den Verlautbarungen und den tatsächlichen Gegebenheiten lag nicht die geringste Kriegsgefahr vor.

Zudem wußte England von der Zügellosigkeit der polnischen Öffentlichkeit hinsichtlich der Behandlung der deutschen Minderheiten und von dem unkontrollierbaren Kriegsgeschrei der aufgeputschten polnischen Massen. Mit der Unterdrückung der vielen Minderheiten hatte sich laufend der Völkerbund und damit auch England beschäftigen müssen, ohne daß Polen diese Rechtsbrüche einzustellen gewillt war. Außerdem war für England Polen Neuland und hatte bislang niemals gute Beziehungen zu diesem gehabt. Es galt auch für die Engländer als großsprecherisch und unzuverlässig, wie es dies jüngst in englischen Augen bei der Tschechenkrise unter Beweis gestellt hatte.

Selbst der Widerständler v. Weizsäcker schreibt in seinen Erinnerungen auf Seite 222 über diesen englischen Blankoscheck: „In einem normalen Bündnisvertrag, versprechen sich Partner militärische Hilfe für den Fall eines nicht provozierten Angriffs durch Dritte. Ob dieser Fall vorliegt, entscheidet natürlich der Partner, der Hilfe leisten soll. Hier nun war alles umgekehrt. Warschau hatte es in der Hand, das Britische Empire in den Krieg zu ziehen." Die englische Garantie ging weit darüber hinaus und sprach nicht von einem „unprovozierten", sondern vom „provozierten" Angriff.

Der Zyniker Churchill schreibt im zweiten Weltkrieg in „Der Sturm zieht auf", S. 421/423: „Die Geschichte durchsucht man vergeblich nach Parallelen zu diesem plötzlichen und vollständigen Richtungswechsel einer Politik, die seit 5 oder 6 Jahren bequeme, versöhnliche Befriedung anstrebte und dann fast über Nacht die Bereitschaft entwickelte, einen offensichtlich nahe bevorstehenden Krieg von größtem Ausmaß und unter den allerschlimmsten Umständen auf sich zu nehmen. Die *Polengarantie war ein Markstein zum Verhängnis.* "Der gleiche Mann in seinem Widerspruch erklärte am 3. 4.1939 im Unterhaus: „Ist diese neue Politik begonnen worden, so kann es kein Zurück mehr geben... Hier mit

einer Garantie an Polen aufzuhören, würde bedeuten, im Niemandsland stehen zu bleiben, ungeschützt unter dem Feuer beider Grabenlinien... Wir müssen nun vorwärts gehen, bis eine Vereinbarung erreicht ist. Nachdem wir begonnen haben, eine Allianz gegen Aggression zu schaffen, können wir sie nicht mißlingen lassen. Wir werden in einer tödlichen Gefahr sein... Sie ist zur Frage von Leben und Tod geworden."
Hier finden wir wieder die durch nichts bewiesene, und uns Deutschen unterschobene Aggression, die nach dem ganzen Geschehen nicht der geschichtlichen Wahrheit entspricht. Genau so verhielt sich Halifax am gleichen Tage kurz vor der Ankunft Becks in London, den er entsprechend „bearbeiten" wollte. Im Oberhaus erklärte er, daß keine „offizielle" Bestätigung der *Gerüchte über irgendeinen projektierten Angriff* (Deutschlands) *vorliege* und dies daher nicht als wahr unterstellt werden dürfte. Der Presse aber sowie den Rumänen und Herrn Beck informiert er in der *betrügerischen Absicht*," daß die britische Regierung nur angesichts der in ihrem Besitz befindlichen Information, die die Möglichkeit eines unmittelbar bevorstehenden Schrittes (Deutschland) gegen Polen *anzudeuten scheinen,* dazu veranlaßt worden sei, diesen vorläufigen Schritt in Bezug auf Polen zu tun." Das sind die schäbigen Methoden einer vielgerühmten britischen Politik. Das sind die gleichen Methoden, mit der ein ganzes Weltreich geschaffen wurde und dennoch, vielleicht wegen solcher Methoden, zugrunde gegangen ist.
Polen hatte am 24. März 1939 durch den Botschafter Raczynski Halifax wissen lassen, daß es an einem englischen polnischen Bündnis interessiert sei, wenn die Sowjetunion nicht in dieses Bündnissystem einbezogen würde. Die Antwort war die englische Garantie im Vorweg ohne einen ausgehandelten Bündnisvertrag. Auch bei dem Beckbesuch in London kam es zu keinem Vertragsabschluß, weil der polnische Außenminister sich eine Bedenkzeit erbat, da Halifax Polens Zustimmung verlangte, auch dann Krieg zu führen - man höre und staune -, wenn Deutschland Holland, Belgien, die Schweiz oder Dänemark angriffe. Beck' verließ London lediglich mit der Zusage der weitgehenden britischen Garantie, aber ohne Bündnisvertrag, wie Halifax es gern gesehen hätte.

Mit der Annahme dieser Garantie aber hatte Beck Hitler den Fehdehandschuh hingeworfen. Er hatte damit klar zum Ausdruck gebracht, daß er ein Kriegsbündnis mit England einer friedlichen Verständigung mit Deutschland vorzog.
Um das aus polnischer Sicht begreifen zu können, muß man um die irrationale Vorstellung der damaligen um Beck versammelte „Führungselite (!)" wissen. Der schon oben erwähnte amerikanische Historiker berichtet im gleichen Buch auf Seite 451/52: „Waclaw Jedrzejewicz, ein glühender Anhänger Becks und Bruder des ehemaligen polnischen

Ministerpräsidenten, bemüht sich, der polnischen Entscheidung ein möglichst hohes moralisches Niveau zu geben. Er erklärte: ,Als wir unsere Wahl zwischen dem Eintritt in den deutschen Bereich und dem loyalen Verbleiben in der Gruppe des Westens getroffen hatten, wurde Polen gewiß nicht von kalter Berechnung getrieben, sondern eher von der historischen Tradition (!) vieler Jahrhunderte und dem Gefühl der engen geistigen Verwandschaft (!) mit dem Westen.' *Die Wahl Polens hatte jedoch zum Ergebnis, daß es mit Sicherheit in die östliche Welt der Sowjetunion eingereiht wurde.* Jedrzejewicz erklärt ferner: „Die Zeit ist vorbei, daß die Halbinsel Europa einer Überflutung aus dem eurasischen Kontinent Einhalt gebieten kann. Nach dieser Theorie ist ein Kräfteausgleich auf dem europäischen Kontinent nicht dadurch herstellbar, daß man entweder Deutschland oder Rußland die Kontrolle des Torwegs zwischen Ostsee und Schwarzen Meer überläßt. Eine Herrschaft über diese Gebiete führt nicht nur in Versuchung, sondern schließlich auch zur Beherrschung Europas und der Welt."

Mit seiner Weigerung, Danzig nach Deutschland zurückkehren zu lassen, traf Polen eine Wahl, welche dazu beitrug, diesen ganzen Torweg unter die Kontrolle der Sowjetunion zu bringen.

Jedrzejewiczs sonderbares Kompendium von Gedanken zur polnischen Geopolitik und Chamberlains Birmingham Rede erklären indessen in unzureichendem Maße die wahren Beweggründe der polnischen Politik. Sie reflektierten lediglich die Gedanken, welche Beck und andere ihrem Volk vorsetzten, um ihre Handlungsweise im März 1939 und danach zu rechtfertigen. Recht lustig ist die in dieser Periode ständig wiederholte Behauptung der Polen, daß Deutschland so wenig wie Rußland im Grunde europäische Nationen sind." Etwas weiter heißt es dann: „Henry Baginski, einer der führenden polnischen Geopolitiker und Fürsprecher des Pilsudskischen Föderationsprogramms, behauptet sogar: ,Polen bildet einen Isthmus zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer.'

Diese und ähnliche Ausführungen verhalfen Baginski zu einer besonderen Abbildung in der damaligen Ausgabe des polnischen „Who is Who?." Man kann derartige polnische Ansichten nur als politische Phantasien bezeichnen."

Aber diese Phantasien haben uns im Zusammenwirken mit angeblicher Intelligenz die Zerstörung Europas eingebracht. Wenn nun noch in Zukunft solche polnische Intelligenz Einfluß nehmen soll auf unsere Schulbücher, kann ich wiederum nur sagen, armes Deutschland, armes hoffnungslos verlorenes Europa!

Innenpolitisch fiel es Herrn Halifax ebenfalls nicht schwer, die Volksmeinung, die kurz zuvor Chamberlain wegen seiner Friedenspolitik zugejubelt hatte, auf Kriegsstimmung umzufunktionieren. Das geschah,

wie schon vor dem ersten Weltkrieg, indem man unersättliche Eroberungspläne Deutschlands erfand und auf die unmittelbare Bedrohung Englands durch die Deutschen hinwies. Auch dem Parlament gegenüber bediente sich der trickreiche Halifax einer sehr einfachen, aber wirksamen Methode, um die verschiedenen Parteien für seine Kriegspolitik zu gewinnen. Die Labour-Führer, die stark links eingestellt waren, zeichneten sich von jeher durch ihren maßlosen Hitler-Haß aus und sahen das zukünftige Heil ihrer Arbeiterschaft in dem Programm der kommunistischen Sowjetunion. Sie unterstützten daher jede Annäherung und Allianz bis hin zum Krieg mit den Sowjets. Aus diesem Grunde verschwieg Halifax den Labour-Führern bis zuletzt die Ablehnung des Bündnisses mit der Sowjetunion durch die Polen. Die Abgeordneten hatten auch keine Ahnung, daß das englische Garantieversprechen schon seit dem 30. März wirksam war. Erst als sie vor der Abstimmung von diesen Zusammenhängen erfuhren, waren sie zwar sehr betroffen. Sie waren aber bereits von Halifax überfahren und für eine Konfrontation war es zu spät. Als dennoch während der Parlamentedebatte verärgerte Stimmen laut wurden, wurden diese von Halifax damit abgekanzelt, indem er den Labours und Liberalen vorwarf, was wollen sie schon, sie haben ja für die Garantie an Polen gestimmt. So sieht die englische Musterdemokratie in Wahrheit aus.

Die Mobilisierung der polnischen Armee und Zurückweisung Hitlers maßvolle Friedensvorschläge

Es scheint mir geradezu symbolhaft, daß Hitler während dieser spannungsgeladenen Zeit auf dem neueingeweihten KDF-Schiff (Kraft durch Freude) „Robert Ley", mit deutschen Arbeitern und ihren Familien eine Ausflugsreise nach Helgoland unternahm. Welch Gegensatz zum Lebensstandard und politischer Einstellung deutscher und englischer Arbeiter! Hitler wollte sich nach Rückkehr von dieser Reise „halbtot lachen", als er von dem merkwürdigen Ansinnen Halifax an Beck erfuhr, daß Polen eine Garantie für einen niemals geplanten Angriff auf die Schweiz, Holland, Belgien oder Dänemark abgeben sollte.

Die Würfel waren ab April 1939 nunmehr von Seiten Englands und Polens einseitig für eine Kriegspolitik gefallen. Die versöhnliche Friedenshand Hitlers war zurückgestoßen worden. Die Frage ging nur noch darum, wer nun als erster den „Rubikon" überschritt. Was ab dieser Zeit noch erfolgt ist, war nur noch der zwangsläufige Ablauf eines Dramas, das infolge totaler Unvernunft nicht allein Deutschland, sondern ganz Europa und die Welt an den Rand des Ruins gebracht hat.

Die Verantwortung dafür wiegt schwer und wird nach Öffnung der Dokumente mehr und mehr Staatsmänner belasten, die sich zum Teil heute noch im Glorienschein ihres angeblichen Sieges sonnen, die aber, dessen bin ich gewiß, in nicht allzu ferner Zukunft von ihrem vermeintlichen Denkmälssockel heruntergeholt werden. Die Geschichte ist oftmals eine „Hure", die zunächst dem recht zu geben scheint, der sie ohne den nötigen Abstand vom Geschehen, auf einer überschaubaren Meinungswelle schwimmend, schreibt. Die Geschichte aber ist auf die Dauer gesehen unbestechlich und läßt sich nicht manipulieren.
Die Folge dieser englischen Blanko-Vollmacht für Polen ließen nicht lange auf sich warten. Die politische Situation, die bislang keinen Abbruch der Verhandlungen erkennen ließ, verschärfte sich zusehends. Während Deutschland nicht einen Soldaten an der polnischen Grenze stationiert hatte, riefen die Polen völlig unmotiviert Reservisten ein und trugen mit dieser Provokation einer Teilmobilmachung allein verantwortlich zur Verschärfung der Lage bei.

Gleichzeitig kam Lipski aus Warschau zurück mit der Weisung, die Verhandlungen nicht abzubrechen, aber mit der festen Weigerung, hinsichtlich Danzigs in irgendeiner Form nachzugeben. Er versuchte vielmehr die Deutschen dazu zu überreden, den Völkerbundskommissar in Danzig entgegen den internationalen Abmachungen abschieben und *nach* einer solchen Zusage eine Erleichterung des deutschen Durchgangsverkehrs nach Ostpreußen zu *erwägen.* Selbst Herrn Beck war klar, daß ein solches Verfahren komplizierte Folgerungen nach sich ziehen mußte. Irgendwelche anderen Lösungen „müßten unweigerlich zum Konflikt führen". Das hieß also praktisch, daß Polen über die Rückkehr der Freien Stadt Danzig, die ihm gar nicht gehörte und dem Völkerbund unterstand, überhaupt nicht zu sprechen gewillt war. Aus dem Deutschen Weißbuch Nr. 2 Dok. 211 ersieht man, daß Polen noch einen Schritt weiterging und zum Ausdruck brachte, „daß Deutschland in Zukunft strengstens für jede vom Senat Danzigs unternommene Handlung verantwortlich gemacht werden sollte."
Da Hitler in seinem Vorschlag sich jeglicher territorialen Forderungen gegenüber Polen enthalten hatte, ja sogar bereit war, die derzeitigen Grenzen zu garantieren, wurden nunmehr alle Schwierigkeiten einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit auf Danzig abgeschoben. Während Hitler gerade diesen Streitpunkt aus dem Wege geräumt wissen wollte, erhielt Beck gerade diesen Konfliktstoff aufrecht. Es kam ihm nicht in den Sinn oder er legte es darauf an, daß gerade dieser Umstand einen folgenschweren Bruch der beiderseitigen Beziehungen zur Folge haben mußte.

Wie wir heute wissen, war dieses Gespräch nur eine Farce. Denn in seinen Gesprächen am 3.-5. April zwischen Halifax und Beck, hatte letzte-

rer auf die Frage, welche Regelung Polen denn für Danzig als annehmbar erachten würde, zur Freude Halifax geantwortet: „er erwarte, daß Deutschland auf seine Bestrebungen verzichte und die Permanenz der Stellung Polens dort garantiere". Hier konnte doch wohl nur der Wunsch der Vater des Gedankens sein! Ebenso hatte Beck auf die Frage Chamberlains, welche Stellung er zu dem Vorschlag einer deutschen Autobahn durch den Korridor einnehme, sich wie folgt geäußert: „Sein Land werde ein derartiges Projekt niemals dulden".

Was aber weiter für die Lage verschärfend hinzukam, war die *Annahme* des englischen und später auch des französischen Garantieversprechens. Dies bedeutete völkerrechtlich nichts anderes als ein glatter *Vertragsbruch* des deutsch-polnischen Friedens- und Freundschaftsabkommens. Darüber waren sich Halifax und Beck auch völlig im klaren. Denn Halifax hatte die Ansicht Becks, daß Hitler keine Feindschaft gegenüber England hege und sich somit mit einem englisch-polnischen Bündnis abfinden werde, als ein schwaches nicht überzeugendes Argument zurückgewiesen. Dieser Vertragsbruch läßt sich schon vom Inhalt des Vertrages her nachweisen, in dem es heißt, daß die deutsche wie die polnische Nation für 10 Jahre auf jede Anwendung von Gewalt verzichten wollen und sich zur *friedlichen Regelung aller strittigen Fragen* bereit erklären. In dem zwischen Chamberlain und Hitler abgeschlossenen Friedens- und Freundschaftsabkommen hieß es, „daß beide niemals wieder gegeneinander Krieg führen wollen". Dasselbe gilt für die deutsch-französische Friedens- und Freundschaftserklärung, die Anfang Dezember 1938 unter der Voraussetzung der Anerkennung der deutsch-französischen Grenze, also endgültiger Verzicht auf Elsaß-Lothringen, zustande kam. Bezeichnend ist, daß gerade dieses Abkommen schon wenige Tage später, am 6. Dezember, die ausdrückliche Mißbilligung durch Roosevelt erfuhr. Also ließ Roosevelt schon damals durchblicken, daß ihm nicht Verständigung, sondern Konfrontation am Herzen lag.

Die These, Hitler habe sich über alle Abmachungen stets hinweggesetzt, man könne ihm daher nicht trauen, ist durch nichts bewiesen und wird dadurch, daß man sie immer wieder wiederholt, darum nicht wahrer. In diesen Fällen ist nicht schwer zu beweisen, daß der Bruch all dieser Verträge nicht durch Hitler, sondern durch die Polen, Engländer und Franzosen erfolgt ist.

Hatte das offizielle England bis in den März 1939 im Rahmen seiner Appeasment-Politik im Zeichen der Verständigung gestanden und Deutschland in seiner friedlichen Revision der Friedensverträge von Versailles gewähren lassen, die etwa nur die Hälfte der verlorengegangenen Gebiete umfaßte und praktisch abgeschlossen war, mit Ausnahme der Frage Danzigs, so war das plötzliche Umschwenken der englischen

Politik auf Kriegspolitik innerhalb von drei Tagen mit dem Ziel der Vernichtung Deutschlands ein unbegreiflicher und einmaliger Vorgang in der Geschichte. Die im März noch guten Aussichten auf Frieden und Wohlstand in Europa wurden nun durch Großbritannien mit einem ernsthaften Anschlag auf den Frieden mit dem Ziel eines weltweiten Krieges gegen Deutschland bedroht. In diesem Vernichtungsstreben kannten die verantwortlichen englischen Führer nunmehr keinerlei Gewissensbisse. Dabei waren Halifax, der Generalstäbler dieses Planes, ähnlich wie Eduard Grey vor dem ersten Weltkrieg, und seine Kollegen der ewig kriegsdurstigen englischen Oberschicht die Schlüsselfiguren. Sie waren entschlossen, die ganze Verantwortung für ihre Verschwörung gegen den Frieden, die man uns fälschlicherweise in Nürnberg unterschieben wollte, auf Adolf Hitler abzuwälzen. Das war die gleiche unlautere Methode, wie nach dem ersten Weltkrieg.
Der amerikanische Historiker David L. Hoggan schreibt auf Seite 291 seiner Schrift „Der erzwungene Krieg": „Die britische Führung unternahm eine Reihe von Schritten, mit denen sie den *Krieg unvermeidbar* machen zu können glaubte. Sie setzte sich damit über die Friedenshoffnungen des weitaus größten Teils aller Völker der Welt hinweg. Sie arbeitete auf den Krieg gegen Deutschland hin trotz der Tatsache, daß die britischen Interessen von deutscher Seite nicht bedroht wurden und die deutsche Führung politisch und auch sonst in jeder Hinsicht probritisch eingestellt war. Im März 1939 bediente sich die britische Führung trotz der Teilnahme am Kellog-Briand-Pakt von 1928, ganz bewußt des Krieges als eines Instruments nationaler Politik. Die britische Politik war vor allem deshalb so verwerflich, weil sie darauf ausging, so viele Nationen wie nur möglich in die Schrecken eines neuen Krieges zu stürzen...
Sie beging einen ungeheuerlichen Betrug hinsichtlich angeblicher deutscher Pläne in Rumänien, die *reine Erfindungen* waren und nur dazu dienen sollten, eine gutgläubige und voreingenommene angelsächsische Öffentlichkeit gegen Hitler aufzubringen. Sie bemühte sich bei der Sowjetunion um die Unterzeichnung eines Bündnisses gegen Deutschland, obgleich das ein *verhängnisvoller* und *gefährlicher* Schritt war, der zu einer bolschewistischen Vorherrschaft in Europa führen konnte. Den Polen bedeutete sie, sie würde ihnen volle militärische Unterstützung für den Fall gewähren, daß sie ein *Abkommen mit Deutschland ablehnten*, und setzten die ganze Welt durch eine Reihe öffentlicher Ankündigungen von diesen neuen diplomatischen Schachzügen in Kenntnis. In dieser Zeit wurden nicht die geringsten Anstrengungen unternommen, mit Deutschland über die Lage zu verhandeln. Dieses Vorgehen Englands hatte seinen Grund *im Fehlen jeglicher moralischer Bedenken* und, was vom Standpunkt erfolgreicher Staatskunst noch viel schlimmer war, in einer Fehleinschätzung britischer Interessen. Hitler hat die offensichtli-

che Entschlossenheit der britischen Führer, ihre eigene Weltstellung zu untergraben, natürlicherweise beklagt."

Die englische Garantie an Polen ging weit darüber hinaus, was man mit defensiv bezeichnen kann. Während der Unterhausdebatte am 3.4. sprach Chamberlain über seine Bemühungen seiner Einkreisungspolitik. Er stellte diese zwar als defensiv hin, doch bewiesen seine unmittelbar anschließend am 4.6. stattfindenden Gespräche mit Beck genau das Gegenteil. Hier gab sich Halifax keineswegs mit der polnischen Zusage der militärischen Unterstützung Englands im Kriegsfalle zufrieden, sondern er forderte auch ein Eingreifen Polens in jedem anderen Falle eines Konfliktes, in den Deutschland verwickelt sein würde. Außerdem sollte Polen den bestehenden Beistandspakt zwischen Polen und Rumänien gegen Rußland gegen Deutschland umfunktionieren, was aber von Beck im Hinblick auf die russische Gefahr abgelehnt wurde.
Außerdem wurde Beck sehr nachhaltig nahegelegt, seine Ablehnung des sowjetischen Beistandspaktes zu revidieren. Dazu muß man wissen, daß von Seiten Englands und Frankreichs seit dem 9. März Verhandlungen mit der Sowjetunion mit dem Ziel liefen, die UdSSR für ein Eingreifen gegen Deutschland zu engagieren. England war also wieder dabei, im Sinne einer „friedlichen" Politik seiner stupiden Balance of Power-Politik „Fesdandsdegen" zu verpflichten, die für das britische Empire die „Kastanien aus dem Feuer" holen sollten. Auf der einen Seite wird unter Schuldigbleiben des Beweises Hitler und damit Deutschland als Aggressor und Welteroberer verketzert, auf der anderen Seite werden gerade die zwei Nationen zum Eingreifen animiert, die wie Polen seit 1919 wiederholt willens waren und angeboten hatten, Deutschland militärisch anzugreifen und Halifax sehr wohl von der aggressiven Haltung der Sowjetunion und von der von ihr angedrohten Vernichtung aller nichtkommunistischen Staaten im Zuge seiner Weltrevolution Kenntnis hatte, ganz zu schweigen von den in zweistelliger Millionenzahl seiner umgebrachten Gegner. Daß es sich darüber hinaus bei beiden Staaten um keine demokratisch geführten Länder, sondern um Diktaturen, bei den Russen zudem um ein besonders verwerfliches Schreckensregime handelt, tat der Liebe keinen Abbruch und belastete keineswegs das Gewissen des perfiden Englands.

Die Skrupellosigkeit von Chamberlain und Halifax wird umso deutlicher sichtbar, daß sie keinerlei Hemmungen hatten, sich nunmehr mit den ihnen verhaßten Kommunisten zu verbinden, während noch kurz zuvor in München Chamberlain Adolf Hitler dafür Anerkennung zollte, daß Deutschland die kommunistische Gefahr beseitigt und damit ein stabiles Bollwerk gegen eine kommunistische Unterwanderung geschaffen habe.

Es lohnt sich, über eine solche skrupellose, perfide englische Politik einmal nachzudenken, die nicht von moralischen Grundsätzen, sondern von reinen machtpolitischen Interessen her bestimmt wird. Es ist heute eine ernsthafte Frage, ob man zukünftig überhaupt noch auf ein verläßliches England bauen kann. Ich wage das zu bezweifeln und halte es nicht für gut, daß England zur europäischen Gemeinschaft gehört.
Völlig aber ließ England dann im November 1939 seine Maske fallen, als nach dem Polenfeldzug, nach den Friedensbemühungen Hitlers, sein Repräsentant Churchill auf die Frage der Holländer und Belgier über Sinn und Zweck seiner Politik gefragt wurde, die Antwort gab: „Dieser Krieg ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands". Dieser Zyniker und Zerstörer Europas mußte dann am Schluß des Krieges, als er mit dem von ihm verursachten Scherbenhaufen konfrontiert wurde, sein verbrecherisches Tun mit den Worten eingestehen, „das falsche Schwein geschlachtet zu haben".
Diese Worte besagen alles.

Die verhängnisvolle Rolle Roosevelts in Amerika

England und in seinem Schlepptau Frankreich hätten dennoch nicht allein gewagt, aus der deutsch-polnischen Frage einen Kriegsgrund zu machen, wenn nicht Washington dauernd gebohrt hätte. Hier war die treibende Kraft Roosevelt mit seinen entscheidenden jüdischen Hintermännern im weißen Haus. Es verdient festgehalten zu werden, daß nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges sich Chamberlain beim amerikanischen Botschafter Kennedy, dem Vater des späteren ermordeten Präsidenten, beklagt hat: „Amerika und das Weltjudentum haben England in den Krieg gezwungen". Kennedy war selbst davon überzeugt, daß „weder die Franzosen noch die Engländer ohne das ständige Drängen Washingtons Polen zu einem Kriegsgrund gemacht hätten". Der Scharfmacher und persönlich von Roosevelt für Europa beauftragte Diplomat war der in Paris sitzende Botschafter William Bullitt, der damit auch als einer der Mitverantwortlichen des desolaten Zustands des heutigen Europas betrachtet werden muß.

Roosevelts Kriegshetze geschah so offensichtlich, daß schon während des Krieges Sven Hedin auf Grund seiner historischen Forschungen schrieb: „Dieser Krieg wird in die Geschichte eingehen als der Krieg des Präsidenten Roosevelt." (Sven Hedin, „Amerika im Kampf der Kontinente", Seite 202) Zum gleichen Resultat kommt der amerikanische Senator Nye, ein besonders hierfür qualifizierter Mann, der als Leiter des Untersuchungsausschusses für die Gründe des Eintritts Amerikas in den ersten Weltkrieg eingesetzt war. „Wir werden von denselben Mäch-

ten (jüdisches Finanzkapital, d. Verf.) zum Narren gehalten, die uns auch im Weltkrieg zum Narren gehalten haben. Wenn wir je in diesen Krieg verwickelt werden, so wird von den künftigen Geschichtsschreibern nur mit einem Namen bezeichnet werden „Der Krieg des Präsidenten, weil jeder seiner Schritte seit seiner Rede bei der Einweihung einer Brücke in Chikago am 5.10.1937 auf den Krieg hinlenkte."
Wer war Roosevelt? „Stalin durchschaute Roosevelt als gescheiterten und skrupellosen Politiker, dem jedoch die Qualitäten des Staatsmannes abgingen." (R. E. Sherwoos, „Roosevelt and Hopkins, an intimate history", New York 1948, Seite 782). Im Zusammenhang mit einem vernichtenden Urteil des englischen Botschafters Sir Ronald Lindsay über Roosevelt sagt der amerikanische Historiker Hoggan: „Es war für Amerika und die ganze Welt eine Tragödie, daß an diesem wichtigen Brennpunkt der Welt ein Präsident saß, dessen Empfindungen und Ideen von einem befreundeten Botschafter als hoffnungslos infantil beurteilt werden können."

Amerika litt immer noch an den Folgen der Weltwirtschaftskrise. Über acht Millionen Menschen waren arbeitslos. Die Produktion hatte bei Ausbruch des Krieges gerade erst den Stand von 1929 wieder erreicht. 1939 betrug das Nationaleinkommen trotz erhöhter Preise immer noch 10 Milliarden Dollar weniger als zehn Jahre zuvor. Da Roosevelt trotz einiger Flickmaßnahmen diese Situation nicht in den Griff bekam, aber auf der anderen Seite gerade die autoritären Staaten wie Japan, Deutschland und Italien mit der vergangenen Krise glänzend fertig geworden waren, schob er die Schuld für sein eigenes Versagen diesen Ländern zu, die er deshalb einfach als Aggressoren bezeichnete. Anfang 1934 führte er autoritär eine radikale Abwertung des Dollars durch, indem er eine neue Parität zwischen Dollar und Gold mit 59,66 der bisherigen festsetzte. Die Folge war eine Erschwerung der deutschen Exporte, ebenso die Einigungsbemühungen über einen geplanten Viererpakt zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland.

Weiter kam hinzu, daß Roosevelt auch nach 1933 glaubte, in gleicher Weise seine politischen und wirtschaftlichen Siegerinteressen einseitig geltend machen zu können, wie während der Weimarer Republik, wo zur Zeit des Dawes-Planes Deutschland wie bei einem Konkurs von einem Konkursverwalter bis in die inneren Angelegenheiten hinein kontrolliert wurde. Etwa 1,8 Milliarden Dollar, das waren 40% unserer Auslandsschulden, waren amerikanische Anleihen. Um den inneren Aufbau Deutschlands nicht zu gefährden, war es Hitler gelungen, vernünftige Regelungen für langfristige Rückzahlungen auszuhandeln, um den bisherigen wirtschaftlichen und finanziellen Druck auszuschalten. Die Londoner Wirtschaftskonferenz am 12.6.1933 war durch Roosevelt infolge seiner Mißachtung deutscher und europäischer Lebensfragen

zum Scheitern gebracht worden. Die Folge war die von Deutschland zwangsläufig eingeschlagene wirtschaftliche Autarkie, die mit beiderseitigen Handels- und Wirtschaftsabkommen mit dem Clearing-System hervorragend funktionierte.

Wie immer im politischen Geschehen, wenn man mit seinen eigenen inneren Schwierigkeiten nicht fertig wird, versucht man die Öffentlichkeit dadurch abzulenken, daß man außen nach Schuldigen sucht. Infolge der wirtschaftlich beunruhigten Bevölkerung angesichts der wirtschaftlichen Gesundung Japans, Italiens und Deutschlands suchte Roosevelt immer neue Vorwände für angeblich außenpolitische Gefahren. Für ihn waren diese Länder einfach Aggressoren, die die Weltherrschaft anstreben wollten. Folgendes Beispiel ist typisch für die Naivität Roosevelts. Im Gegensatz zu Beck, der sich hier in europäischen Verhältnissen auskannte, konnte man Roosevelt jedes Märchen auftischen, das in der Richtung des primitiv denkenden, von weltweiter Sachkenntnis ungetrübten, naiven Präsidenten lagen. So band ihm unter anderem Halifax die Story auf, daß demnächst Deutschland seine Truppen an der holländischen Grenze zusammenziehen würde, um von Holland die Herausgabe seiner ostindischen Besitzungen zu erzwingen, die dann natürlich Japan zugute kommen würden. Wie wir wissen, hat Roosevelt von dieser Information reichlich propagandistischen Gebrauch machen lassen, merkwürdigerweise ohne ausgelacht zu werden. Dies geschah bereits zu einer Zeit, als alle diese Länder mit der Regelung ihrer innerstaatlichen Probleme noch voll beschäftigt waren und noch keinerlei Expansionen oder im Falle Deutschlands noch keinerlei Grenzregulierungen geschehen waren.

Es gibt unzählige Beispiele, daß Roosevelt schon in den Jahren 1933 bis 1937 immer wieder die Presse zu entstellenden Berichten und Lügen über Deutschland ermuntert hat, die er aus seiner jüdischen Umgebung und Emigrantenkreisen schöpfte. Ein Markstein dieses Geschehens war die niveaulose Quarantäne-Rede Roosevelts am 5.10.1937, in der er in hochtönenden, prahlerischen Worten davon sprach, daß man die Aggressoren unter Quarantäne stellen, die Herrschaft des Terrors und der internationalen Rechtlosigkeit bekämpfen müsse. Unschuldige Völker und Nationen würden der Gier nach Macht und Vorherrschaft grausam geopfert.

Hier erkennt man aus dem Grundtenor dieser hetzenden Phrasen die bewußt in die Wege geleitete Kriegspsychose. Es galt, wie Roosevelt dem Engländer Lord Elibank nach England schrieb, die amerikanische Öffentlichkeit dazu zu erziehen, sich einem Kreuzzug gegen Hitler anzuschließen.

Folgerichtig wurde Anfang 1938 eine verstärkte Rüstung und Landesverteidigung, vorrangig zur Behebung der Wirtschaftskrise der Bau von

Schlachtschiffen angeordnet. Der Anschluß Österreichs, von dem Staatssekretär Hull „ohne Besorgnis" und „ohne irgendwie kritische oder gar ablehnende Haltung" zur Kenntnis genommen, wurde von Roosevelt als „Vertragsbruch, Militarismus und Vergewaltigung" gebrandmarkt. Als am 20. 5.1938 die Tschechen mobilisierten, bot Roosevelt an, die US-Hotte vom Pazifik in den Atlantik zu verlegen. Das war deutlich genug und wurde auch von London so verstanden, sich auf den Krieg vorzubereiten.

Im August 1938 sprach Roosevelt als „friedliebender Demokrat" in Kanada: „Das Dominium Kanada ist ein Teil der Schwesternschaft des britischen Empires. Ich gebe ihnen die Versicherung, daß das Volk der Vereinigten Staaten nicht untätig zusehen wird,»wenn die Herrschaft des kanadischen Bodens durch irgendein anderes Reich bedroht wird." Wenn dies nicht so traurig und pervers wäre, müßte man darüber lachen. Ich wundere mich nur darüber, daß damals niemand auf den Gedanken gekommen ist, Herrn Roosevelt zu empfehlen, sich einmal auf seinen Geisteszustand hin untersuchen zu lassen.

Auf der gleichen Ebene wurde weiter zum Krieg getrommelt: „Was immer die Achsenmächte in Südamerika unterhielten, ihre Gesandtschaften, Firmen, Fluglinien, Handels- und Militärmissionen, Vereine, Zeitungen, Propagandabüros, jede nur auffindbare Einzelheit wurde als Vorzeichen einer drohenden „Aggression" bewertet, namentlich auch durch Hull, der die pan-amerikanische Konferenz in Lima mit solchen Hinweisen zu einer demonstrativen Solidaritätserklärung für beide Amerikas bewog." (H. Dams „Roosevelt und der Krieg", S. 24) Noch heute hat diese Hetze Folgen. So im „Deutschen Anzeiger" vom 26.10.1979: Von den Massenmedien unbeachtet - wie sollte es auch anders sein - brachte die Presseagentur (dpa) dieser Tage folgenden Korresspondentenbericht aus La Paz:

„In Bolivien ist eine vor 38 Jahren in Gang gesetzte Affäre abgeschlossen worden, die wegen ihrer weitreichenden politischen Auswirkungen häufig mit dem Fall Dreyfuß verglichen wurde. Major Elia Belmonte, heute 73 Jahre alt, der während des zweiten Weltkrieges wegen Landesverrats angeklagt und in Unehren aus der Armee ausgestoßen worden war, ist in La Paz im Beisein von Regierungsmitgliedern und Diplomaten öffentlich voll rehabilitiert worden. Die bolivianische Regierung hat von den USA und Großbritannien *Wiedergutmachung* verlangt.

Belmonte trug bei der Zeremonie die Luftwaffenuniform, die er vor 38 Jahren als Militärattache in Berlin an den Nagel hatte hängen müssen. Der Oberbefehlshaber der bolivianischen Armee, Padilla, heftete ihm jetzt als Zeichen seiner wiederhergestellten Ehre die goldenen Militärabzeichen eines Generals an den Waffenrock. Aus den Händen des Staats-

Präsidenten Walter Guevara **nahm** Belmonte **den** Generalsdegen **entgegen.**
Die Rehabiliderung Belmontes, der immer seine Unschuld beteuert hatte, wurde durch Enthüllungen des ehemaligen britischen Geheimdienstagenten Montgomery Hyde ausgelöst. Er gab zu, daß der Inhalt eines von ihm 1941 angeblich gefundenen Briefes, in dem Belmonte als Kollaborateur Hitler-Deutschlands hingestellt wurde, von ihm selbst gestammt hatte. Mit der damaligen *Intrige* waren zwei Ziele verfolgt worden: die USA sollten von der Gefahr überzeugt werden, daß sich der Nationalsozialismus in Lateinamerika ausbreiten könne. Zweitens sollte die Regierung in La Paz unter Druck gesetzt werden, damit Bolivien vor allem so kriegswichtige Rohstoffe wie Zinn und Wolfram zu besonders günstigen Bedingungen an die Alliierten verkauft.
Der Inhalt des Briefes bewirkte, daß Bolivien seine Beziehungen zu Deutschland abbrach und den *Krieg erklärte."*

Man sollte meinen, daß eine so wichtige und interessante Meldung als Sensation aufgegriffen worden wäre. Man stelle sich vor, wenn ein so schwerwiegender Vorgang Hitler hätte nachgesagt werden können. Im letzteren Falle wären die Massenmedien übergeschäumt in Hetze und Anklage gegenüber Deutschland. So schweigt man sich aus, um ja nicht das mühsam aufgebaute Bild des „bösen Deutschen" und das Bild der untadelichen Sieger in Gefahr zu bringen. Dieses Beispiel beleuchtet überzeugend, daß noch heute hinsichtlich Kriegshetze, bösartige Unterstellungen und damit Kriegsschuld mit zweierlei Maß gemessen werden. Der mit solchen Methoden von Herrn Roosevelt, Churcill, Halifax und anderen aus reiner Menschenliebe und Gewissenspflicht geführte Kreuzzug kann doch nicht Lug und Trug gewesen sein. Oder doch?
Die Frage erhebt sich, was geschieht, wenn so nach und nach weitere Geheimarchive geöffnet und Zeugen ihr Schweigen brechen werden? Glückliches Deutschland, welche Kosten werden dir dann zurückerstattet werden müssen, wenn die mühsam errichteten Lügengebäude eingerissen werden müssen, um der Wahrheit und nichts mehr als der Wahrheit eine Gasse zu bahnen. Ob dann unsere Politiker, Kirchen, Umerzieher und Geschichtsfälscher auch noch so ernst genommen werden, wie teilweise heute noch, wage ich zu bezweifeln. Fürchtet man die Sicherheit des eigenen Stuhls so sehr, daß man weiterhin alles Positive unserer jüngsten Vergangenheit, was Wissenschaft und Forschung mühsam entdecken, verschweigen muß und nur noch dem Raum gibt, das zur ewigen Weiterverunglimpfung Deutschlands beiträgt? Manchmal muß man sich wirklich schämen, ein Deutscher zu sein, jedenfalls ein Deutscher dieser gehandhabten Art von Vergangenheitsbewältigung. Wann endlich ist Schluß mit dem Sittengericht unserer Sieger und deren Troßknechte in Deutschland?

Daneben lief auf Roosevelts Anweisung die Aufrüstung weiter. Am 1. Dezember 1938 gab der US-Kriegsminister vor Militärs bekannt, daß 10000 Fabriken ihre „endgültigen Kriegsprogramme für die Produktion" erhalten hätten. Eine ähnliche Ankündigung erfolgte am gleichen Tag für die englische Industrie vor dem Unterhaus. Am 4.1.1939 - also 3 Monate vor Prag - ersuchte Roosevelt den Kongreß um Revision der Neutralitätsgesetze, beantragte 1,3 Milliarden Dollar für die Rüstung. Am 1 .Mai des gleichen Jahres wurde die „Cash and Carry"-Clausel des Neutralitätsgesetzes von 1937 außer Kraft gesetzt. Seitdem konnten England und Frankreich mit allen kriegswichtigen Rohstoffen und Waffen beliefert werden.

Aber lassen wir den polnischen Botschafter in Washington, Potocki, zu Wort kommen, der seine mit führenden amerikanischen Politikern und Diplomaten vom 12. bis 16. Januar 1939 geführten Gespräche dahingehend zusammenfaßt:

„Fünf die Entwicklung kennzeichnende Merkmale werden in ihnen genannt:

1. Belebung der Außenpolitik durch F. D. Roosevelt;
2. scharfe und unzweideutige Verurteilung der „totalitären Staaten", worunter allerdings nur Deutschland, Italien und Japan, nicht dagegen die Sowjetunion, Polen, Spanien, Portugal, China und sonstige Staaten verstanden werden;
3. rasche und umfangreiche *Kriegsvorbereitungen;*
4. Druck auf Frankreich und England - auch unter Hinweis auf die Rüstungsstatistiken der Vereinigten Staaten - jeder Kompromißpolitik mit den „totalitären" Staaten entgegenzutreten und Diskussionen, die irgendwelche Gebietsveränderungen bezwecken sollen, abzulehnen;
5. Preisgabe der Isolationspolitik durch die Versicherung, daß die USA im Falle eines Krieges aktiv auf Seiten Englands und Frankreichs eingreifen würden."

Dazu führt Potocki am 12.1.1939 noch im einzelnen aus:

„Die Stimmung, die augenblicklich in den Vereinigten Staaten herrscht, zeichnet sich durch einen immer mehr zunehmenden Haß gegen den Faschismus aus. Die Propaganda ist vor allem in *jüdischen* Händen, ihnen gehört fast zu 100 % das Radio, der Film, die Presse und Zeitschriften. Die Lage hierzulande bildet ein ausgezeichnetes Forum für alle Art Redner, und für die Emigranten aus Deutschland und der Tschecho-Slowakei, die an Worten nicht sparen, um durch die verschiedensten *Verleumdungen* das hiesige Publikum aufzuhetzen... Es ist interessant, daß in dieser sehr durchdachten Kampage, die hauptsächlich gegen den Nationalsozialismus geführt wird, Sowjetrußland fast ganz ausgeschaltet ist. Wenn es überhaupt erwähnt wird, so tut man es in freundli-

i

cher Weise und stellt die Dinge so dar, als ob Sowjetrußland mit dem Block der demokratischen Staaten zusammen hinge.

Außer dieser Propaganda wird auch noch künstlich eine Kriegspsychose geschaffen: Es wird dem amerikanischen Volk eingeredet, daß der Frieden in Europa nur noch an einem Faden hängt, ein Krieg sei unvermeidlich. Dabei wird dem amerikanischen Volk unzweideutig klargemacht, daß Amerika im Falle eines Weltkrieges auch aktiv vorgehen müßte, um die Losungen von Freiheit und Demokratie in der Welt zu verteidigen.

Der Weg war ganz einfach, man mußte nur von der einen Seite die Kriegsgefahr richtig inszenieren, die wegen des Kanzlers Hitlers über der Welt hängt, andererseits mußte man ein Gespenst schaffen, das von einem Angriff der totalen Staaten auf die Vereinigten Staaten faselt. Der Münchener Pakt ist dem Präsidenten Roosevelt sehr gelegen gekommen. Er stellte ihn als Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militarismus hin...

Ferner ist es das brutale Vorgehen gegen die Juden in Deutschland und das Emigrantenproblem, die den herrschenden Haß immer neu schüren gegen alles, was irgendwie mit dem deutschen Nationalsozialismus zusammenhängt. An diesen Aktionen haben die einzelnen jüdischen Intellektuellen teilgenommen, die mit dem Präsidenten Roosevelt persönlich befreundet sind. Sie wollen, daß der Präsident zum *Vorkämpfer* der Menschenrechte wird, der Religions- und Wortfreiheit, und er soll in Zukunft die Unruhestifter bestrafen.

Diese Gruppe von Leuten, die die *höchsten Stellungen* in der amerikanischen Regierung einnehmen und die sich zu Vertretern des „wahren Amerikanismus" und als „Verteidiger der Demokratie" hinstellen möchten, sind im Grund doch durch *unzerreißbare Bande* mit dem *internationalen Judentum* verbunden. Für diese jüdische Internationale, die vor allem die *Interessen „Ihrer Rasse"* im Auge hat, war das Herausstellen des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf diesen *„Idealisten" Posten* eines Verteidigers der Menschenrechte ein *idealer Schachzug.* Sie haben auf diese Weise einen sehr *gefährlichen Herd für Haß* und *Feindschaft* auf dieser Halbkugel geschaffen und haben die Welt in zwei Lager geteilt.

Das ganze Problem wird auf mysteriöse Art bearbeitet: Roosevelt sind die Grundlagen in die Hand gegeben worden, um die Außenpolitik Amerikas zu beleben und auf diesem Wege zugleich die kolossalen militärischen Vorräte zu schaffen für den künftigen Krieg - nicht ohne dabei kräftig zu verdienen - *dem die Juden mit vollem Bewußtsein zustreben.* Innenpolitisch ist es sehr bequem, die Aufmerksamkeit des Publikums von *einem zunehmenden Antisemitismus abzulenken,* indem man von der Notwendigkeit spricht, Glauben und individuelle Freiheit vor den

Angriffen des Faschismus zu verteidigen." (Deutsches Weißbuch Nr. 3 Dok. Nr. 6)
In „Allied London" S. 51 vom 20. Juni 1940 muß der polnische Botschafter in London Raczynski, obige äußerst interessante und über die wahren Hintergründe des zweiten Weltkrieges bezeichnende Dokumente als echt bestätigen. Er schreibt: „Die Deutschen veröffentlichten im April ein Weißbuch, das Dokumente aus Archiven unseres Außenministeriums enthielt, die sich aus Berichten von Potocki aus Washington, Lukasiewicz aus Paris und meinen Berichten zusammensetzten. Ich weiß nicht, wo sie sie gefunden haben, da man uns erzählt hat, daß man die Archive zerstört habe. Die *Dokumente sind mit Sicherheit echt,* und die Faksimiles zeigen, daß die Deutschen zum größten Teil Originale und nicht Kopien aufgefunden haben." Unterschrift der polnischen Botschafter in London. Raczynski.

Roosevelt und seinen „jüdischen Hintermännern" ging es um den Krieg in jedem Fall und um die Vernichtung des verhaßten Deutschlands. Die Frage war für ihn nur, die Mittel und Wege zu finden, ihn in Gang zu bringen. So ermunterte er zum Beispiel England und Frankreich zur „Münchener Konferenz", nicht etwa, um für die Erhaltung der Tschecho-Slowakei, also den status quo, einzutreten, sondern die erforderliche Abtretung des Sudetenlandes zu vollziehen. Als das dann geschehen war, entlud er scheinheilig seinen ganzen Zorn auf die Engländer und Franzosen, um dann im selben Augenblick und Atemzug beide Länder und auch Polen zu ermutigen. „Deutschland gegenüber eine Stellung einzunehmen, die möglicherweise oder sogar sicherlich zum Krieg führen mußte." (H. E. Barnes, „Entlarvte Heuchelei" S. 110)
Potocki berichtet darüber seinem polnischen Außenminister Beck wie folgt: „Dazu kann ich nur sagen, daß der Präsident Roosevelt als geschickter politischer *Spieler* und als Kenner der. amerikanischen Psychologie die Aufmerksamt des amerikanischen Publikums sehr bald von der innerpolitischen Lage abgelenkt hat, um es für die Außenpolitik zu interessieren. Der Weg war ganz einfach. Man mußte nur von der einen Seite die Kriegsgefahr richtig inszenieren, andererseits mußte man ein Gespenst schaffen, das von einem Angriff auf die Vereinigten Staaten faselt. Der Münchener Pakt ist dem Präsidenten sehr gelegen gekommen. Er stellte ihn als eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem deutschen Militarismus hin. Wie man hier zu sagen pflegt, hat Hitler Chamberlain die Pistole auf die Brust gesetzt. Frankreich und England hatten also keine Wahl und mußten einen schändlichen Frieden schließen."

Das Beängstigenste ist nur, daß dieselben Worte ungeprüft von unseren derzeitigen Politikern, Lehrern und Schülern bedenkenlos nachgeplappert werden. Kein Wunder, daß heute noch viele Menschen an die

Welteroberungspläne Hitlers glauben, und daß sie gar nicht merken, daß sie sich der Worte des Heuchlers Roosevelt bedienen.

Auch mit Erpressungsmethoden nahm es dieser kranke und krankhafte amerikanische Präsident nicht so genau; denn kurz darauf erhielten die Engländer und Franzosen von Roosevelt Noten, „daß die USA die ‚Demokratien' nicht mehr unterstützen würden, falls die Münchener Absprachen (Friedens- und Freundschaftserklärungen) mit Deutschland eingehalten würden" (J. Bearn „Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges" S. 164).

Gelegentlich der Informierung über die britische Garantie an Polen war Roosevelt hocherfreut und erklärte seinem Botschafter Kennedy, „daß er diese für ausgezeichnet halte und sie eine große Wirkung haben werde." Wenn Roosevelt damit die Zerschlagung des Abendlandes gemeint hat, war er geradezu ein Prophet.

Am 23. Mai 1939 schlug der japanische Premierminister Baron Hianuma dem Berater in der US-Botschaft in einer Geheimsitzung vor: „Er wolle in Deutschland und Italien sondieren, wenn Roosevelt bereit sei, sich England und Frankreich zu nähern, um eine Konferenz abzuhalten und zu versuchen, die europäischen Schwierigkeiten zu beheben. Hull, der amerikanische Außenminister, fand dieses Entgegenkommen „erstaunlich" und brachte es Roosevelt persönlich zur Kenntnis. Eine Antwort wurde nahezu drei Monate hinausgezögert, in denen sich die Umstände geändert hatten, und eine große Gelegenheit, die vernachlässigt worden war, wurde versäumt - oder vermieden.

Dafür machten die amerikanischen Kriegsvorbereitungen im Geheimen Fortschritte. Am 23. Juni 1939 wurde ein geheimes Tauschabkommen mit England abgeschlossen, „allerhand Geld" wurde ausgegeben, um verschiedenes Kriegsmaterial zu kaufen. 19 große Frachtschiffe wurden am 9. August vom Stapel gelassen, die Aufträge für 100 weitere vergeben, und am 10. August wurde ein Kriegsmaterialamt ins Leben gerufen." (H. E. Barnes „Entlarvte Heuchelei", Seite 133/134).

Am 6. 7.1939 berichtet Graf Szembek über die Eindrücke des von Washington kommenden Grafen Jerzy Potocki: „Er ist starr vor Entsetzen über das in Polen herrschende Klima. Beim Vergleich mit der Psychose, die im Westen um sich greift, hat man den Eindruck, daß unser Land ein Erholungsheim ist.

Im Westen gibt es allerlei Elemente, die offen zum Krieg treiben, die *Juden,* die *Großkapitalisten,* die *Rüstungsfabrikanten.* Alle stehen heute in einer glänzenden Konjunktur, denn die haben einen Ort gefunden, *den man in Brand stecken kann: Danzig, und eine Nation, die bereit ist, zu kämpfen: Polen. Auf unserem Rücken wollen sie Geschäfte machen.* Die Zerstörung unseres Landes würde sie gleichgültig lassen, da später alles wieder aufgebaut werden müßte, würden sie auch daran verdienen.

J. Szembek Journal 1933-1939" S. 475/76) Schöne Worte. Er lütte besser daran getan, seine gräßliche Pistole zu nehmen und seinen Außenminister Beck über den Haufen zu schießen. An ihm war sowieso nicht mehr viel dran. Er starb kurz nach der Vernichtung seines Landes an Tuberkulose. Nur der Weg zu Hitler hätte den Frieden und den Erhalt Polens in seinen Grenzen von damals garantieren können. Heute hat Polen darüber seine Freiheit als Satellit der Sowjets ebenso wie Mitteldeutschland verloren, während wir Bundesrepublikaner dem Geist und der Mentalität nach keine Deutschen, sondern halbe Amerikaner mit einer gebrochenen Seele geworden sind. Vielleicht hätte ein Pistolenschuß dies verhindern können. ,

Bekannt sind auch die Worte Roosevelts geworden, daß er am liebsten Hitler töten oder die Nase abschneiden würde. Solche unqualifizierten Aussprüche eines sogenannten Staatsmannes zeigen, welch armseliger Geist in dieser Ausgeburt der Bosheit gesteckt hat. Ebenso bewies er am 15. April 1939 wenig staatsmännische Weisheit und blamierte Amerika, als er in einer an Hitler und Mussolini gehaltenen Rede mit einem geradezu peinlich wirkendem Schauspielertalent für 31 Nationen Nichtangriffsversprechen für 10 Jahre forderte. Hitler gab ihm in seiner oben zitierten Reichstagsrede vom 28. April 1939 die gebührende Antwort, wenn auch in einer sarkastischen, aber im Gegensatz zu den unqualifizierten Reden Roosevelts sachlichen, höflichen und staatsmännischen Weise. • »

Die Behandlung der deutschen Minderheiten in Polen

Die Westmächte hatten sich also zum Krieg entschlossen und damit Schuld und Veranwortung für alles, was sich daraus ergab, zu tragen. Polen war lediglich der Zuhälter für ihr schmutziges Geschäft und, wie wir oben gesehen haben, sich dessen auch bewußt. Während nun die Westmächte den deutschen Einmarsch in Prag als Ausgangspunkt ihrer sich ständig steigernden Kriegshetze gegen Deutschland wählten, interessierte sich Polen nicht für diesen Vorgang. Denn sie hatten, geschichtlich unberechtigt, an der Leichenfledderei dieses Staates teilgenommen. Die Polen hatten die Tschecho-Slowakei weit weniger geliebt als die Deutschen. Genauso wie sie in der Behandlung ihrer Judenfrage weitaus drastischer vorgegangen waren als je die Deutschen, ohne daß die Welt davon Notiz nahm. Die Ursache der sich in Polen von Monat zu Monat verschärfenden Unterdrückungs- und Ausrottungspolitik gegen das Deutschtum war neben der chauvinistischen Großmachtpolitik die englische Garantie, die nunmehr als Freifahrtschein für alle Greueltaten benutzt wurde. Der Widerständler von Weizsäcker schreibt in seinen

Erinnerungen auf Seite 242: „Angesichts der britisch-polnischen Garantie lief die Welle der Unterdrückung der deutschen Minderheit in Polen immer höher auf und überspülte das ursprüngliche Problem Danzig und die Passage durch den Korridor".

Niemand spricht heute von den Konzentrationslagern der Polen, die es seit eh und je gab und nicht von den Churchillschen KZ-Lager für alle ihm nicht genehmen Engländer und Ausländer, die an Brutalität bei weitem das überstiegen, was bei noch geordneten Verhältnissen in den deutschen Lagern üblich war. Von Seiten der polnischen Juden gab es in Amerika mehr Beschwerden als von Juden, die aus Deutschland kamen. Das sind Tatsachen, die niemand leugnen kann.

In Polen selbst habe ich immer wieder erlebt, wie wir uns dadurch bei der Bevölkerung Symphatie verschafften, daß wir die dort allseitig verhaßten Juden weiter aus dem Wirtschaftsleben ausschalteten und in Ghettos unterbrachten. Genauso wie ich während der Gefangenschaft nach dem Kriege von amerikanischen und englischen Bewachern immer wieder hören mußte, daß Hitler die Juden leider hat überleben lassen und nicht wirklich umgebracht hat.

Auf der gleichen Ebene liegen die zahlreichen jüdischen Flüchtlingsschiffe, die die Engländer zum Beispiel vor Rhodos im Mittelmeer während und noch unmittelbar nach dem Kriege versenkt haben. Auch von der Lübecker Bucht geht das Gerücht, daß die dort auf Reede liegenden Schiffe mit KZ-Häftlingen, die evakuiert waren, noch unmittelbar nach Einstellung der Kampfhandlugen mit Bomben versenkt wurden, nachdem die Strafregister bekannt waren.

Selbst antifaschistische Historiker streiten heute nicht ab, daß die seit Februar 1939 verschärften antideutsche Hetze Gewalttaten entstehen ließen, die bis zu Verstümmelungen, Totschlag und Mord gingen. Nur ein ehrloser Staat läßt sich das auf die Dauer bieten, ohne einzugreifen und die Dinge damit, wenn notwendig, mit Gewalt abzustellen. Hitler blieb keine andere Wahl, wenn er nicht weiterhin zusehen wollte, wie Deutsche, dank englischer Hilfe, abgeschlachtet wurden.

Das erste Blut, das noch zu Friedenszeiten geflossen ist, war deutsches Blut wehrloser Männer, Frauen und Kinder. Mitte August gab es 76 535 registrierte Volksdeutsche, die ohne Hab und Gut völlig verstört unter entsetzlichen Verhältnissen über die deutsche Grenze geflüchtet waren. Über 20000 Ermordete waren vor und unmittelbar nach Beginn der Kampfhandlungen zu beklagen. Das sind doppelt so viel Menschen als die Wehrmacht während der gesamten Kampfhandlungen in Polen verloren hatte. Von den Ermordeten konnten nach unserem Einmarsch nur etwa 12 500 identifiziert werden.

Auch die kommunistische polnische Geschichtsschreibung kann nicht umhin zuzugeben, daß das erste Blut, das geflossen ist, deutsches Blut

war, wenn man auch nicht den Umfang dieser Morde zuzugeben bereit ist und an den Zahlen herumfälscht, genauso wie man es umgekehrt mit den Zahlen der im KZ-Lagern umgekommenen und normal verstorbenen Menschen, insbesondere der Juden gemacht hat. Warum schweigt man darüber und stellt die Dinge geschichtlich nicht richtig? Warum verdirbt man unsere Jugend mit absoluten Unwahrheiten, statt sie über die Zusammenhänge aufzuklären? Warum läßt man heute noch solche unverständlicher Prozesse laufen, die in Ludwigsburg niemandem zu Nutzen angerührt werden.

Stehen wir auch heute noch so unter dem Druck des Weltjudentums, das diesen Krieg entscheidend mitverursacht und uns dieses entsetzliche Unglück eingebrockt hat? Seit wann werden Kriegsschuldige nicht mit Namen genannt und ihnen Rechte und Verbindlichkeiten eingeräumt, die ihnen nicht zustehen? An anderer Stelle werde ich beweisen, daß es im III. Reich keine angeordnete und durchgeführte systematische Judenvernichtung gegeben hat. Dies ist eine Jahrhundertlüge, die nur von eigenen Verbrechen ablenken soll und alle Schuld dem Besiegten aufbürdet. Darüber aber heute noch zu schweigen, ist ein Verbrechen am deutschen Volk.

Ich stehe auch heute dazu, daß Hitler allein aus Gründen der unmenschlichen Deutschenverfolgungen in Polen, nachdem alle seine friedlichen und großzügigen Friedensversuche gescheitert waren, das Recht, ja die Pflicht hatte, seinen bedrängten Volksgenossen zur Hilfe zu kommen. Ich würde es heute in gleicher Lage genau so getan haben. Nicht derjenige ist schuldig, der den ersten Schuß abgegeben hat, sondern diejenigen, die dieses Dilemma verursacht haben. Wie hatte Hitler doch in seiner Reichstagsrede unter dem brausenden Jubel aller Anwesenden und der Millionen am Radio zuhörenden Deutschen am 30. Januar 1937 gesagt?

„Alle die Wiederherstellung der nationalen Ehre notwendigen Maßnahmen waren leider nicht auf dem Wege der Verhandlungen zu erreichen. Aber abgesehen davon: Die Ehre eines Volkes kann überhaupt nicht ausgehandelt, sondern nur *genommen* werden. So wenig wie man sie ihm auch nicht weghandeln, sondern auch nur einst nehmen kann."

Es gibt kein Dokument, kein Beweismaterial, auch keinen Vorgang, der das stets loyale Verhalten der Volksdeutschen gegenüber dem polnischen Staat zu widerlegen in der Lage ist. Sie waren polnische Staatsangehörige und sogar immer bereit, ihren Verpflichtungen auch gegenüber der polnischen Armee nachzukommen. Das wird von neutraler und polnischer Seite auch unumwunden zugegeben. Selbst Oberst Beck hat noch am Vorabend des Krieges bestätigt, daß sich keine ernstlichen Zwischenfälle von Seiten der Deutschen ereignet hätten. Nur ein einziges Mal hatte er sich beim britischen Botschafter beschwert, wobei er

offen ließ, ob es sich um deutsche oder ukrainische Sabotage gehandelt hat. Auch die sogenannte 5. Kolonne hat es bei den Volksdeutschen im polnischen Raum niemals gegeben, wie im Nürnberger Prozeß auch unbestritten hingenommen wurde.
Die Versailler Siegermächte, an der Spitze die Engländer, aber trifft der schwere Vorwurf, nichts, aber auch gar nichts gegen die blutigen Unterdrückungen der deutschen Minderheiten unternommen zu haben, obwohl sie immer wieder von deutscher Seite daraufhin angesprochen und angemahnt worden sind. Aber was bedeutet schon für einen zynischen Engländer der Verlust fremden Blutes, wenn es sich nicht um sein eigenes handelt! Man tue doch heute nicht so, als ob es in dieser Hinsicht auch von Seiten eines Engländers nur die geringste demokratische Denkweise gäbe. „Right or wrong, my country" - Recht oder Unrecht, zunächst kommt mein Vaterland - ist und bleibt die Devise eines jeden Engländers. In dieser Hinsicht könnten wir Deutsche wirklich etwas von ihm lernen.

Das deutsche Weißbuch stellte 1939 unwiderlegbar fest: „Deutsche Proteste sind erfolglos (Nr. 360). Anfang April wird ein öffentlicher Aufruf in ganz Polen verbreitet, der das Generalprogramm für die Entdeutschung des Landes enthält (Nr. 358). Mitte April überschreiten die ersten deutschen Flüchtlinge die Grenze (Nr. 359). Den Konsulaten ist es fast unmöglich, alle Fälle einzeln aufzuführen (Nr. 361). Auch in Oberschlesien tobt die Hetze ohne Maßen (Nr. 362). Terrorakte füllen die Berichte der deutschen Konsulate (363). Der Aufständischenverband gibt die Terrorbefehle aus (363). Am 3. Mai meldet Generalkonsulat Kattowitz 200 Terrorfälle (Nr. 365), am 5. Mai weitere 100 (372) allein aus Oberschlesien. Kein Deutscher ist seines Lebens und Eigentums mehr sicher. Der Terror greift auch auf das kongreß-polnische Gebiet über und wird durch planmäßige Brandstiftung verschärft (Nr. 163). Die letzten kulturpolitischen Stützpunkte des Deutschtums wurden zerstört. Die deutsche Volksgruppe wendet sich in ihrer Verzweifelung an den polnischen Staatspräsidenten (Nr. 369).

Die englische Regierung wird durch die deutsche Botschaft über die friedensgefährdende Entwicklung auf dem laufenden gehalten (Nr. 368), ohne daß etwas geschieht. Mitte Mai steigert sich die Hetze zu Deutschenpogromen, bei denen Tausende von Deutschen wie „Freiwild" gejagt werden (Nr. 370/71). Die Flüchtlingsbewegung nimmt zu (Nr. 374), desgleichen das polnische Säbelrasseln, die Verkündung *anektionistischer Kriegsziele* (Nr. 367/78) und veröffentliche Verunglimpfungen und Beleidigungen des Führers, die erneut zu scharfen Protesten zwingen (Nr. 382). Auf dem wirtschaftlichen Sektor werden planmäßig deutsche Genossenschaften, Molkereien, Apotheken liquidiert (Nr. 380 und 395). Lodz meldet am 7. Juni: „Die Bedrohungen der Volksdeut-

schen mit Totschlag, Folterungen aller Art usw. sind zu täglichen Selbstverständlichkeiten geworden". Ganze Familien bringen wegen der ständigen Morddrohungen ihre Nächte in den Wäldern zu (Nr. 381). Proteste im polnischen Außenminsterium werden mit Achselzucken und stillschweigendem Eingeständnis beantwortet, daß man gegenüber den Militärs machdos und der Gefangene des polnischen Chauvinismus geworden ist (Nr. 382 und 385).

Polnische Bischöfe werden von einem Generaloberst aufgefordert, dafür zu beten, daß den polnischen Brüdern jenseits der Grenze ihre Probezeit verkürzt und sie durch ein zweites Grunwald aus der Urzeit erlöst würden (Nr. 392). Mit diesem Grunwald aber war der Grunewald in Berlin als letzter Schlachtort bei der kommenden Auseinandersetzung mit Deutschland gemeint.

Immer mehr stellte sich heraus, daß die Behörden selbst die Träger des Liquidationsprozesses sind (Nr. 396). Das Deutschtum in Galizien steht vor der Vernichtung und ist mit der Gefahr an Leib und Leben bedroht (Nr. 407). Was der offene Terror übersieht, wird durch Steuerterror und Behördenschikane nachgeholt (Nr. 408). Das ganze ist nur ein kleiner Auszug aus dem „Deutschen Weißbuch" Nr. 2 S. XVII/XIX) (Udo Walendy „Wahrheit für Deutschland", S. 165).

Man sollte statt nach Auschwitz zu pilgern und sich dort von geschichtlich nachweisbaren Unwahrheiten berieseln zu lassen und „Kniefälle" zu machen, einmal ernsthaft darum nachsuchen, in Bromberg ein deutsches Mahnmal zu errichten, um dort der mehr als 10 000 in einer Nacht umgebrachter Deutschen zu gedenken. Ich zweifle daran, daß ein polnischer Präsident sich zur selben Geste herablassen würde wie Herr Brandt. Wohlgemerkt geschah dieser Mord in den ersten Kriegstagen, bevor durch die Sowjets und andere eine Verwahrlosung der bislang ritterlichen Kriegsbräuche einsetzte. Man soll auch hier nicht Ursache und Wirkung verwechseln.

Diese ganzen Ausschreitungen kamen nicht von ungefähr, sie sind von nachdenklichen Beobachtern und auch einigen Staatsmännern seit 1919 vorausgesagt worden und nur allzu leicht in Vergessenheit geraten.

Ich selbst bin als Kompaniechef in Polen miteinmarschiert und war entsetzt über die im wahrsten Sinne augenscheinliche „polnische Wirtschaft" und den nicht faßbaren Größenwahn der polnischen Führungsschicht und des Militärs, aber auch der Dummheit des polnischen Volkes, die nunmehr ihre herausgeforderte Quittung erhalten hatten. Zustände wie im Mittelalter, größte Armut der Bauern, verwahrloste Städte und Dörfer sowie Straßennetze, keinerlei Sozialleistungen, Desorganisation und wohin man schaute Dreck, Schmutz und Ungeziefer. Dazu Konzentrationslager im größten Umfang. Mir klingen noch heute die Worte einiger Juden im Ohr, als ich die ehrwürdige Kathedrale in

Tschenstochau verließ: „Herr Offizier kommen sie mit. Wir haben schöne Tochter für Sie, wird Sie erfreuen". Und wie ist die Reaktion des heutigen Polens hinsichtlich der jüngsten Geschehnisse? Wir bedauern gar nichts? Und die der Deutschen: Wir schämen uns, wir bekennen uns schuldig. Beide Aussagen werden vor der Geschichte keinen Bestand haben.

Ich habe nichts gegen eine erforderliche Entspannung und Versöhnung mit Polen. Nur muß diese auf echter und nicht einseitiger historischer Grundlage geschehen. Wir haben keinerlei Anlaß, dort im Büßergewand und kniefällig zu erscheinen. Die Schuld am Kriegsgeschehen und der Zerschlagung Deutschlands trägt nicht Hitler, sondern vorrangig Polen, das sich als Vorspann westlicher Interessen hat mißbrauchen lassen, durch kurzsichtigen Unverstand den zweiten Weltkrieg heraufbeschworen hat und dann von seinen Verbündeten, insbesondere von England verraten wurde. Polen war es, daß sich zu blutigen Provokationen gegen das Deutschtum hinreißen ließ, auch nach dem Kriege. Wiederum wurden völkerrechtswidrig Millionen Deutsche unter schändlichsten Bedingungen gewaltsam vertrieben. Dabei Hunderttausende umgebracht, geschändet, totgeschlagen und ermordet. Allein im KZ-Buchenwald liegen in 21 Massengräbern 13000 Deutsche, die dort umkamen, nur weil sie Deutsche waren, von denen heute niemand spricht.

Was die Zuverlässigkeit und Freundschaft Polens ehemaliger Alliierten anbetrifft, geht aus zwei Aussprüchen Churchills hervor. In Jalta sagte er 1945: „Ich selbst interessiere mich wenig für Polen". Während des Krieges äußerte er sich dem Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung, Mikolajzyk, gegenüber: „Sie sind keine Regierung... Es handelt sich bei ihnen um rücksichtslose Menschen, die Europa ruinieren wollen. Sie haben nur erbärmliche, kleinliche und selbstsüchtige Interessen vor Augen. Wenn sie die Absicht haben, Rußland zu erobern, dann werden wir sie ihren eigenen Weg gehen lassen. Sie gehören in eine Irrenanstalt" (S. L. Sharp, „Poland White Eagle on a red field" S. 193).

Der Explosionsherd Danzig

Analog zu den Ereignissen in Polen muß man auch die ständig zunehmenden Anmaßungen der Polen in Danzig, einer rein deutschen Stadt, die nicht Polen, sondern dem Völkerbund unterstand, sehen. Auch hier trieb nicht Hitler, sondern Polen Expansionspolitik. Es war bestrebt, eine ständige Erweiterung seiner Befugnisse auf Kosten der Deutschen mit dem Ziel der Eingliederung dieser Freien Stadt in polnische Obrigkeit zu erreichen. Dies war von Anfang an so und bereitete nicht nur

der Weimarer Republik, sondern auch dem Hohen Kommissar und dem Völkerbund erheblichen Ärger und Sorgen.
Anthony Eden hatte als früherer englischer Außenminister sich wiederholt im Völkerbund mit den schwierigen Danziger Problemen beschäftigen müssen. Er wurde 1940 erneut Außenminister, ein ständiger Deutschenfeind, bekannt auch durch die völkerrechtswidrige Besetzung des Suezkanals 1954, wo er anschließend gezwungen wurde, seinen Hut zu nehmen. Er erklärte am 16.12.1944 vor dem Unterhaus: „Ich habe seit vielen Jahren als Privatmann die Auffassung vertreten, daß es für den polnischen Staat unmöglich ist, ein unabhängiges nationales Leben zu behaupten, wenn das Korridor-Problem verewigt wird. Ich habe in Genf als Berichterstatter über diese elende Danziger Geschichte gesessen. Tatsächlich konnte es unmöglich funktionieren. Die einzige Möglichkeit, dieses Problem zu lösen, lag darin, Ostpreußen an Polen fallen zu lassen und die Bevölkerung von dort umzusiedeln".
Immerhin erkannte er diese unmögliche Situation an, wenn auch aus deutscher Sicht gesehen in einer sehr einseitigen und verbrecherischen Weise. Dieses Beispiel ist für die von jeher brutale und bedenkenlose englische Politik bezeichnend, die sich einen Dreck darum kümmert, Rücksicht auf historische gewachsene Rechte anderer Völker zu nehmen, wenn es um eigene Ziele geht.

Dagegen hatte Graf Manfredo Gravina, von 1919-1932 Danziger Hochkommissar, seinerseits vorgeschlagen, Ostpreußen durch eine Erweiterung des Danziger Territoriums nach Westen mit dem deutschen Reich zu verbinden. Man wollte sehr vorausschauend damit der wirtschaftlichen Abdrosselung Danzigs durch die Polen entgegenwirken, zudem Danzig von den Beschränkungen von Bahn, Zoll, Wirtschaft und Außenpolitik von dem polnischen Einfluß befreien, zumal der Ausbau Gdingens von Seiten der Polen längst geschehen war. Sein Nachfolger Burckhardt hat ebenfalls dem Völkerbund gegenüber den Standpunkt vertreten, daß Danzigs Rückkehr zum Reich unerläßlich sei, und zwar 1937 unabhängig von späteren Forderungen Hitlers. Interessant ist eine Tagebucheinzeichnung des Grafen Szembeok, als Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes in Warschau aus dem Jahre 1935: „Viele Leute haben ein Interesse an der Verschlechterung der Polnisch-Danziger Beziehungen, polnische Nationalisten, deutsche Danziger Fliderfeinde, Juden und Wirtschaftler des Hafens Gdingen". Auch hier treten wieder einmal die Juden im deutschfeindlichen Interesse auf. Kann man sich da wundern, daß sie sich damals in Deutschland keiner großen Beliebtheit erfreuten?

Schon an diesen beiden Vorschlägen können wir ersehen, wie bescheiden die im Oktober 1938 vorgebrachten Vorschläge Hitlers gegenüber allen früheren waren. Warum also immer die Verleumdung wegen

angeblicher „maßloser Forderungen Hitlers"? Das ist eine bewußte Geschichtsfälschung, die auch heute noch von nicht denkenden und nichtwissenden Deutschen unseren Siegern nachgeplappert wird. Außer, daß Hitler in allen seinen Regierungsjahren immer wieder mäßigend auf den Danziger Senat eingewirkt und der Presse Zurückhaltung auferlegt hat, tat er gar nichts. Nachweislich erfolgte sein erstes Eingreifen erst am 4. August 1939 nach einem an Danzig gestelltes Ultimatum, das mit 17 Stunden befristet war. Gleichzeitig wurden unverzüglich Repressalien angedroht, wenn eine angebliche, jedoch nicht erlassene Anordnung des Senats bezüglich der nunmehr gesetzwidrig bewaffneten polnischen Zollbeamten nicht zurückgenommen würde. Ausgelöst wurde alles durch ein Gerücht.

Im Weißbuch der polnischen Regierung 1940 Nr. 82 heißt es: „Der französische Botschafter in Warschau ist der Ansicht, daß das polnische Vorgehen ein taktischer Fehler sei". Auch der Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig, Professor Burckhardt, erklärte, „daß das polnische Ultimatum vom 4. August alle Ansätze einer Entspannung zunichte mache. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Polen in diesem Punkte eine Auseinandersetzung auf die Spitze getrieben habe, dem ohne Prestigeverlust und ohne sachliche Nachteile auch auszuweichen gewesen wäre".

Schon vier Tage zuvor hatte Polen die bisher zollfrei ausgeführte Magarine und Heringe von Danzig nach Polen unterbunden, was etwa 10 % des Danziger Handels betraf und damit einen wesentlichen Zweig der Danziger Lebensgrundlage gefährdete. Neben dieser Aushungerungsdrohung wurde eine verhältnismäßig große Zahl von bewaffneten Zollinspektoren in die Freie Stadt eingeschleust, was praktisch einer militärischen Besetzung gleichkam. Dazu wurde in Polen ein begleitendes Propagandafeuer entfacht. Marschall Rydz-Smigly erklärte in Krakau vor 150 000 Legionären: Polen sei entschlossen, auf Gewalt mit Gewalt zu antworten - dabei gab es keinerlei Anzeichen irgendeiner Gewaltanwendung von Seiten Deutschlands -, Polen würde sich jedem Versuch, seine Interessen direkt oder indirekt zu verletzen, nachdrücklich widersetzen. Danzig sei die seit vielen Jahrhunderten mit Polen verbundene Hafenstadt (!) und sei die Lunge des polnischen Wirtschaftsorganismus, und die Warschauer Regierung habe in dieser Frage ihre Haltung klar und eindeutig definiert. „Danzig ist die Lunge Polens! Wir besitzen Freunde, die uns verstehen und ihre Verbundenheit mit uns deutlich zum Ausdruck gebracht haben". Diese Rede wurde von den Massen damit beantwortet, daß sie immer wieder schrieen: „Wir wollen Danzig haben, auf nach Danzig".

Die Reaktion Hitlers war wie so oft in diesen kritischen Tagen kühl und gemessen. Er ließ am 10. 8. den Gauleiter Forster aus Danzig nach

Berchtesgaden kommen, hörte sich ihn an und befahl unter Vermeidung jeder weiteren Komplikation jeden Zwischenfall unter allen Umständen zu vermeiden. Den Polen wurde am gleichen Tag mitgeteilt, daß Deutschland keine Aushungerung Danzigs dulden werde, ebenso auch keinerlei Besetzung Danzigs durch die Polen. Zudem wurde der Völkerbundskommissar zur Vermittlung eingeschaltet. Die Polen reagierten herausfordernd: „Die polnische Regierung... vorgehen wird, und zwar durch Mittel und Maßnahmen, *die sie allein für angebracht hält,* und daß sie eventuelle Einmischungen der Reichsregierung zum Schaden dieser Rechte und Interessen als *Angriffshandlung* ansehen wird". Man muß auch wissen, daß man noch 14 Tage zuvor der britischen Regierung mitteilen ließ, daß von deutscher Seite bezüglich der Danziger Frage keinerlei Eile bestünde und man bereit sei, jederzeit über die Völkerbundsverbindungen zu verhandeln. „Wir nehmen Zuflucht zum Hohen Kommissar und nicht zu Genf selbst" (Britisches Blaubuch Nr. 37).
Ein paar Tage später flogen die Engländer mit ihren französischen Freunden nach Moskau, um ein Militärbündnis gegen Deutschland abzuschließen. Sie zeigten damit ihre Bereitschaft, der bolschewistischen Macht für ihre Interessen das Tor nach Europa zu öffnen.
Während das Ultimatum noch lief, wurde der Senatspräsident Greiser mit der Drohung, die gesamte Lebensmittelzufuhr zu sperren, weiter unter Druck gesetzt. Nach Rücksprache mit dem Hohen Kommissar erklärte sich Greiser zunächst nur bereit, mit dem polnischen Kommissar Chodacki zu telefonieren, um den Sachverhalt richtig zu stellen und damit die Haltlosigkeit der polnischen Beschuldigungen nachzuweisen. Greiser war der Meinung, daß Ton, Inhalt und die kurze Befristung eine schriftliche Antwort unmöglich mache. Chodacki aber bestand auf einer schriftlichen Erklärung. Zeitungsartikel wie „Polen zieht Danzig dem Frieden vor" oder „falls Danziger Nazis versuchen sollten, vollendete Tatsachen zu schaffen, würden die polnischen Kanonen donnern", sowie die Erpressung durch die Androhung der Aushungerung zwangen den deutschen Senatspräsidenten schriftlich zu antworten. Dies war „zweifellos ein Ausweichen", wenn auch die Note souverän abgefaßt und mit einem Protest verbunden war. Auch hier zeigte Greiser eindeutig seinen Willen, die Situation, wie sie die Polen wollten, nicht auf die Spitze zu treiben.

Zu alledem schwieg wie üblich England, obwohl es wie Frankreich mit seinem Außenminister im Rahmen des Dreierpaktes mitverantwortlich war. Daß England sehr wohl informiert war, ersieht man aus einem Bericht Hendersons an seinen Außenminister am 8. 8. 39.
„Diese Elemente, die dazu neigen, Deutschland zu demütigen, würden durch Presseartikel in England und Polen bestärkt; besonders da man hier in Berlin der Meinung ist, daß Polen solche Herausforderungen

ohne Englands Unterstützung im Rücken niemals wagen würde. Es mag sein, daß Demütigung für ihn (Hitler) willkommen ist, aber *wenn diese gefährliche Politik* nicht die Seiner Majestät ist, so schlage ich ernstlich vor, daß sowohl in Warschau als auch in London das äußerste getan werden sollte,- um zu verhindern, daß Hitler in den nächsten paar Wochen in eine Lage getrieben würde, in der des Diktators Stolz ihm nicht mehr gestatten würde, langsam zu treten, selbst wenn er es wollte" (DBFPVol. VI, Dok. 585).

Auch hier muß gesagt werden, daß der Danziger Senatspräsident während dieser ganzen Zeit stets korrekt mit dem zuständigen Völkerbundskommissar Kontakt hielt und ihn über alle Schritte informierte, während die Polen dies nicht für nötig hielten.

Unbestreitbar ist, daß alle Initiativen für die Verschärfung der Lage in Danzig stets von den Polen ausgingen. Schon Ende 1938 ließen die Polen gesetzwidrig Briefmarken drucken, die Danzig als polnischen Staat darstellten. Sie pochten auf ihre Rechte und Interessen des Seehandels, schnürten aber immer mehr Danzig ab, indem sie ihren Hafen Gdingen benutzten. Während die polnischen Zollbeamten, neuerdings bewaffnet, auf Kosten Danzigs sich in den letzten Jahren verdreifacht hatten, war der Handel infolge der polnischen Abschnürung auf ein Drittel zurückgegangen. Der polnische Binnenverkehr betrug 1939 nur noch 2,3 %. Im Juni 1939 erklärte Budszynski am Festtag der Seefahrt, Danzig werde mit Polen durch die *Armee vereinigt* (Französisches Gelbbuch Nr. 175)

Am 9. August erhielt Außenminister Beck von der deutschen Reichsregierung in höflicher Form und ohne Drohung die Mitteilung, daß eine Wiederholung ultimativer Forderungen an Danzig die deutsch-polnischen Beziehungen schwer belasten würden, und daß das Embargo gegen die Freie Stadt dazu führen werde, andere Ein- und Ausfuhrmöglichkeiten zu erschließen.

Innerhalb von 24 Stunden antworteten die Polen, und zwar ohne Paris und London zu konsultieren, daß sie den Einfluß Deutschlands auf Danzig völlig auszuschalten und dort aggressiv vorzugehen gedächten. Das konnte doch nur ein militärisches Eingreifen bedeuten. Dies war wiederum ein Beweis für eine bewußt angesetzte Verschärfung der Lage. Selbst der Widerständler Weizsäcker muß in seinen Erinnerungen feststellen: „Diese Antwort zeigt, wohin wir gekommen waren, nachdem 20 Jahre lang zwischen Berlin und Warschau ständig Danziger Affären ausgefochten werden mußten". Ja, wir waren deshalb dahingekommen, weil durch die irrsinnige Kriegspolitik der Engländer mit dem amerikanischen Druck im Hintergrund der Pole nunmehr glaubte, einen Freifahrtschein für jede noch so unbedachte und provozierende Haltung gegen Deutschland zu haben. Die vielgerühmte englische Politik muß

doch entscheidende Fehler gemacht haben, wenn sie es Freundschaft Deutschlands abzuweisen, und mit ihrem Kriegskurs zur Freude Amerikas sein Empire eingebüßt hat, das Hitler zu garantieren angeboten hatte, und Deutschland nun zerschlagen als Bollwerk Europas seine Funktion nur noch in der Theorie ausübt, in Wirklichkeit dazu gar nicht mehr in der Lage ist.

Während Henderson erstaunt war über Hitlers gemäßigte diplomatische Antwort an Polen und es fast nicht glauben wollte, trieb Lord Halifax das gefährliche Spiel der Doppelzüngigkeit weiter. Er empfahl zwar am 13. 8. im Hinblick auf die Weltmeinung der polnischen Regierung, die Möglichkeit von Verhandlungen mit Danzig zu prüfen, vor allem aber Hitler keinen Vorwand zum Handeln zu geben. Auf der anderen Seite konnte Beck drei Tage später dem amerikanischen Botschafter Biddle über eine Information, die er von seinem Botschafter in London, Raczynski, erhalten hatte, Auskunft geben, wonach die britische Regierung alle bisherigen Schritte Polens ausdrücklich gebilligt habe. (Foreign relations of the United States 1939, Vol. 1 S. 214)

Wenige Tage später, am 18. 8., startete Chodacki die nächste Erpressung und Provokation. Er versprach die Behinderungen der Einfuhrbedingungen aufzuheben, aber unter der Bedingung, die inzwischen bewaffneten Zoll- und Grenzwachen, die dazu noch weiter verstärkt werden sollten, ungehindert auf Danziger Territorium arbeiten zu lassen. Dies war ein feinausgesonnener gefährlicher Vorschlag. Bei einer Annahme dieser Vorschläge wären zwar eventuell die Blockademaßnahmen aufgehoben worden. Die Folge aber wäre einer Besetzung Danzigs gleichgekommen. Bei einer Ablehnung und damit weiter durchgeführter Blockade, hätte man entweder die Grenzen nach Ostpreußen öffnen oder ein Hilfeersuchen an das deutsche Reich richten müssen, um der Aushungerung zu entgehen. Beides aber hätte die Auslösung des angedrohten Kriegszustandes bedeutet. Die Entwicklung zu diesem Zeitpunkt war dadurch gekennzeichnet, daß polnische Familien in aller Eile evakuiert wurden und wenig später auch der britische Generalkonsul Shephard Danzig verließ, ohne wiederzukommen. Aber er hätte hinreichend Gelegenheit gehabt, seine Regierung über den Ernst der Lage zu informieren. Aber es geschah nichts, ein weiterer Beweis, daß England nicht an einer Entschärfung interessiert war, ja im Gegenteil den Konflikt als erwünscht betrachtete und seinen Diplomaten zuvor in Sicherheit brachte.

Der Senat fand sich mit der Blockade ab und verhielt sich passiv. Was sollte er auch anderes tun. Am 24. 8., am selben Tage, als Shepard Danzig verließ, brach Polen die Verhandlungen wegen der Zollinspektorenfrage ab und weigerte sich, einen englischen Vermittler oder den Völkerbundskommissar Burckhardt als Vermittler einzuschalten. Damit

stand Polens Absicht fest. Die Annexionsforderungen in Danzig und Polen wurden immer unverhüllter ausgesprochen. Man hatte ja die britische Garantie. Der Völkerbundskommissar Burckhardt erhielt von Chodacki den Rat, ;ich mit seiner Familie evakuieren zu lassen. Das war deutlich genug. Es lief alles darauf hinaus, daß sowohl England als auch Polen Hitler und damit Deutschland vor die Wahl zwischen unzumutbarer Demütigung, nämlich der Preisgabe Danzigs und damit der Vertreibung der restlichen Volksdeutschen in Polen, hinzunehmen oder aber mit dem Kampf um die deutschen Lebensrechte zu antworten. Jeder anständige Deutsche hätte sich damals für die Erhaltung der deutschen Lebensrechte entschieden. Sollte das heute nicht mehr der Fall seinj wird Deutschland als freies Land keine Uberlebenschancen mehr haben und verdient auch seine Freiheit nicht mehr!

Ein Brief Hitlers an Daladier am 27. 8. beweist noch in letzter Stunde seine Versöhnungsbereitschaft und weist auf den Ernst der Lage hin, um Frankreich zu veranlassen helfend einzugreifen: „Ich habe nun wirklich Jahr für Jahr versucht, die Revision wenigstens der unmöglichsten und untragbarsten Bestimmungen des Versailler Diktates auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Es war dies unmöglich. Daß diese Revision kommen mußte, war zahlreichen einsichtsvollen Männern aus allen Völkern und Ländern klar. Was immer man nun gegen meine Methode ausführen kann, was immer man an ihr aussetzen zu müssen glaubt, so darf doch nicht übersehen oder gestritten werden, daß es durch sie ermöglicht wurde, ohne neues Blutvergießen in vielen Fällen nicht nur für Deutschland befriedigende Lösungen zu finden, sondern daß durch die Art des Verfahrens die Staatsmänner anderer Völker der für sie oft unmöglichen Verpflichtungen enthoben wurden, diese Revision vor ihren eigenen Völkern verantworten zu müssen... Kein Franzose von Ehre auch Sie nicht, Herr Daladier, hätte in einer ähnlichen Lage anders gehandelt als ich...

Es ist eine Lüge, wenn in der anderen Welt behauptet wird, daß wir alle unsere Revisionen nur versuchten, unter Druck durchzuführen. 15 Jahre, ehe der Nationalsozialismus zur Macht kam, hatte man Gelegenheit, auf dem Wege friedlicher Abmachungen die Revision durchzuführen. Man tat es nicht. In jedem einzelnen Falle habe ich später dann von mir aus nicht *einmal,* sondern oftmals Vorschläge gemacht zur Revision unerträglicher Zustände.

Ich bin zutiefst überzeugt, daß, wenn besonders von England aus damals, statt in der Presse gegen Deutschland eine wilde Kampagne loszulassen, Gerüchte von einer deutschen Mobilmachung zu lancieren, Polen irgendwie zugeredet worden wäre, vernünftig zu sein, Europa heute und auf 25 Jahre den Zustand tiefsten Friedens genießen könnte... So aber wurde erst die Lüge von der deutschen Agression die polnische

öffentliche Meinung aufgeregt, der polnischen Regierung die eigenen notwendigen klaren Entschlüsse erschwert und vor allem durch die dann folgende Abgabe des Garantieversprechens der Blick für die Grenzen realer Möglichkeiten getrübt. Ich habe der polnischen Regierung ein Angebot gemacht, über das das deutsche Volk erschrocken ist. Kein anderer als ich konnte es überhaupt wagen, mit einem solchen Angebot vor die Öffentlichkeit zu treten. Die polnische Regierung lehnte die Vorschläge ab. Die polnische öffentliche Meinung begann in der sicheren Überzeugung, daß ja nun England und Frankreich für Polen kämpfen würden, Forderungen zu erheben, die man vielleicht als lächerliche Verrücktheit bezeichnen könnte, wenn sie nicht so unendlichgefährlich wären. Damals setzte ein unerträglicher Terror, eine physischeund wirtschaftliche Drangsalierung der immerhin über 1,5 Millionen zählender Deutschen in den vom Reich abgetretenden Gebieten ein. Ich will hier nicht über die vorgekommenen Scheußlichkeiten sprechen. Allein auch Danzig wurde mit fortgesetzten Übergriffen polnischer Behörden steigend zum Bewußtsein gebracht, daß es scheinbar rettungslos der Willkür einer dem nationalen Charakter der Stadt und der Bevölkerung fremden Gewalt ausgeliefert ist.

Vielleicht können gerade wir uns als alte Frontsoldaten auf manchem Gebiet am leichtesten verstehen, allein ich bitte Sie, verstehen Sie auch dies: *daß es für eine Nation von Ehre unmöglich ist, auf fast 2 Millionen Menschen zu verzichten und sie an seinen eigenen Grenzen mißhandelt zu sehen...*

Daß nun dafür unsere beiden Volker in einen neuen blutigen Vernichttungskrieg eintreten sollen, ist nicht nur für Sie, sondern auch für mich, Herr Daladier, sehr schmerzlich . Ich sehe aber, wie schon bemerkt, von uns aus keine Möglichkeit, auf Polen in einem vernünftigen Sinne einwirken zu können zur Korrektur einer Läge, die für das deutsche Volk und das Deutsche Reich unerträglich ist". (Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Nr. 2, Nr. 461) -

Polens Ehre bestand darin, zu provozieren und mit allen nur erdenklichen Methoden den Krieg heraufzubeschwören, weil es Vabanque spielte und deutsches Land durch Krieg gewinnen zu können glaubte. Hitlers Ehre aber bestand darin, mit allen nur vertretbaren Methoden, den Frieden zu erhalten, um den Bestand des Reiches zu sichern und die sozialen Probleme und die seelische und geistige Verfassung seines Volkes auf den Höchststand einer modernen Entwicklung zu bringen. Das und nichts anderes war sein Ziel. Denn wenn er wirklich den Krieg gewünscht hätte, wären nicht von ihm so eindringliche und mahnende Briefe noch in letzter Stunde geschrieben worden, die man als letzten Versuch betrachten muß, Frankreich aus reinen Vernuftsgründen für

ein Einlenken von der eingeschlagenen Kriegspolitik für eine friedliche Lösung, in Wirklichkeit letzter unbedeutender Frage zu gewinnen.

Die Brände von hunderten deutscher Bauernhäusern durch polnische Brandstifter, Grenzüberfälle aller Art mit zahlreichen Toten auf deutscher Seite und die Sprengung der Dirschauer-Brücke, um Danzig von Ostpreußen abzuschneiden sowie Beschießung deutschen Territoriums leiteten von Seiten der Polen die Kampfhandlungen ein.
Wie sich später noch noch zeigen wird, war Frankreich für ein Einlenken zu gewinnen, England aber niemals, weil es nicht wollte und den Krieg mit der Vernichtung Deutschlands als Ziel vorzog. Welch ein Schock für die Polen, aber auch für die Engländer muß es gewesen sein, als nach 3 Wochen auch Warschau sich ergeben mußte, nachdem ganz Polen mit „Reiter, Roß und Wagen" geschlagen war. Welch jähes Erwachen insbesondere für die Polen, die auf eine tatkräftige Hilfe von Seiten der Engländer gebaut hatten und nunmehr verraten dastanden. Aus mit dem Polnischen Traum von der Schlacht im Grunewald bei Berlin und der Eroberung ganz Ostpreußens und Danzigs. Kein Angriff der französischen Armee gegen den Westwall, der nur kümmerlich mit schwachen 11 deutschen Divisionen besetzt war.

Die englisch-französische Garantieerklärung hatte abrupt die politische Situation und damit das Klima für eine von Hitler gewollten und bis dahin auch durchaus mögliche Verständigung total verändert. Vielleicht war sogar die allzu geduldige und abwartende Haltung Hitlers für eine durchaus im Bereich des Möglichen liegende Verständigung mit Polen mit ein wenig Schuld daran. Hitler wollte eben keinen Druck ausüben und baute bis zuletzt auf die Vernunft der Polen, zumal er wußte, daß Beck Hitler sehr schätzte und zu ihm ein weitaus besseres Verhältnis hatte als zu den westlichen Staatsmännern. Nur widerstand er nicht in seinem Größenwahn den mehr als verlockenden englischen Angeboten. Er glaubte ernsthaft zwischen Rußland und Deutschland eine Ausgleichspolitik treiben zu können. Henderson schrieb am 26. 4.1939 seinem Außenminister Halifax, also vier Wochen nach der Auflösung der Tschecho-Slowakei:

„Wenn Danzig vor sechs Monaten - das wäre Oktober 1938 gewesen - an Deutschland gefallen wäre, würde kein Hahn danach gekräht haben. Ein exterritorialer Korridor durch den Korridor hindurch ist eine durchaus gerechte Lösung. Wenn Schottland von England durch einen irischen Korridor getrennt wäre, würden wir mindestens so viel verlangen, was Hitler jetzt verlangt. Wenn man diese Forderung an und für sich betrachtet, würde es etwas Schlechtes sein, in einen Weltkrieg wegen solcher Punkte hineinzutreiben... Ich kann mich nicht dazu bringen, zu glauben, daß die Politik einer Machtprobe jetzt anstatt später irgendeine moralische oder praktische Rechtfertigung hat" (M. Freund „Weltge-

schichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 200). Nur bedauerlich, daß Henderson nicht in der Lage war, die Politik Englands zu beeinflussen.

Dieser post festum vielleicht falsch gewählte Zeitpunkt für die Bereinigung des deutsch-polnischen Verhältnisses war wiederum nicht voraussehbar und hing von der nicht von Hitler gewollten Auflösung der Rest-Tchecho-Slowakei ab, die wie ein Sturmwind automatisch auf ihn zugekommen war und die er auch nicht verhindern konnte. Hitler hatte, wie schon zuvor ausgeführt, niemals vor, ein Protektorat Böhmen-Mahren zu schaffen. Dies hat sich infolge der explosiven Selbstauflösungserscheinungen erst ergeben. Es ist bekannt, daß Hitler keineswegs glücklich über das Ergebnis der Lösung dieser Frage war, aber ebenso bereit war, über gewisse Änderungen und Neuregelungen zu verhandeln.

Anläßlich seines Besuches in London im April 1939 hatte der rumänische Außenminister Gafencu auf Veranlassung der Reichsregierung gezielt durchblicken lassen, daß Hitler solche Gespräche mit England keineswegs ablehnen werde. (DBFP1919-39, Vol. V S. 304 u. 306) Nur zeigten die scheinheiligen Engländer sich trotz ihres Geschreies nach außen hin intern desinteressiert. Ihnen ging es nicht um Abbau der Spannungen, sondern um eine Verschärfung um jeden Preis. Sie wollten trotz bester deutsch-rumänischer Beziehungen ein polnisch-rumänisches Bündnis gegen Deutschland erreichen, genauso, wie sie es zuvor mit Beck gemacht hatten. Auch Gafencu lehnte dankend ab. Er durchschaute die eigennützigen Engländer.

Die schroffe Ablehnung der deutschen Verhandlungsvorschläge durch Polen hatte keineswegs, wie immer fälschlicher Weise unterstellt wird, einen Tobsuchtsanfall bei Hitler ausgelöst, sie wurde nur bedauernd zur Kenntnis genommen. Hitler entschied sich, in aller Ruhe einen sich ergebenden besseren Zeitpunkt abzuwarten. Nachweislich hat er bis in den August hinein die Dinge treiben lassen und nicht eingegriffen.

Erst die immer deutlicher werdenden Hetzkampagnen der polnischen und internationalen Presse mit ihren verantwortungslosen Gift- und Gerüchteküchen sowie die zunehmenden kriegerischen Fanfarenstöße, hatten eine begrenzte Freigabe der deutschen Presse im Sinne einer notwendigen Abwehrreaktion zur Folge. Sie durfte über die verschärften Unterdrückungsmaßnahmen gegen die deutschen Minderheiten berichten und die offensichtlichen Verleumdungen der internationalen Presse zurückweisen. Bis August verhielt sich die deutsche Presse absolut defensiv und wurde durch das deutsche Nachrichtenbüro kontrolliert.

Überprüft man heute die Verlautbarungen des deutschen Blätterwaldes, mit welcher Disziplin und Korrektheit sie in einer krisengeladenen Zeit ihre Aufgabe erfüllt hat, so kann man nur staunen. Nichts von Hetze und Verleumdungen anderer Nationen, keinerlei Kriegshetze oder Ein-

mischung in Belange fremder Völker, keinerlei Größenwahn oder polemische Herausforderungen, dagegen souveräne Ruhe und Gelassenheit gegenüber dem Schicksal, vielleicht auch ein wenig Stolz auf die aus eigener Kraft erreichten politischen und vor allem wirtschaftlichen Erfolge nach einer Zeit des Elends und der Zerrissenheit sowie Aussaugung und Unterdrückung des Deutschen Volkes. Jeder war wieder stolz, ein Deutscher zu sein.

Presselügen und Verleumdungskampagnen

Die sogenannte „Freie Presse" der sich als friedliebend rühmenden freien Demokratien Amerikas, Englands und Frankreichs zeigte mit wenig Ausnahmen ein völlig anderes Bild. Seit Mitte März konnte man eine beängstigende, sich immer mehr steigernde Pressekampagne gegen Deutschland beobachten. Dabei überschlugen sich manchmal die Massenmedien im Erfinden von Gerüchten, Verdächtigungen und übelsten Verleumdungen. Man merkte sehr bald, daß dahinter eine zielstrebige Planung stand, zumal der Großteil dieser Zeitungen sich vom jüdischen Kapital als abhängig erwies. Einem Kenner von derartig gezielten Verbreitungen nachweisbarer Unwahrheiten und vor allem den Frieden gefährdenden Gerüchten konnte nicht verborgen bleiben, daß dahinter System stand. In den Zeitungen und Rundfunknachrichten erschien im ständig steigendem Maße das Wort Krieg, so daß man den Eindruck gewann, eine gesteuerte „psychologische Kriegsvorbereitung" zu erleben. Nur der konnte seine Nachrichten gut unterbringen, der noch einen gröberen Klotz erfand. Korrespondenten, die versuchten, mäßigend und sachlich zu bleiben, waren nicht gefragt oder wurden zurückgepfiffen.

Die sogenannte „Freie Presse", auch wenn sie gar nicht so frei war und einem gezielten Druck der Kriegshetzer wie Roosevelt, Morgenthau, Churchill, Eden, Halifax, Vansittart, um nur einige zu nennen, ihr Ohr lieh und damit Handlangerdienste leistete, muß sich den historischen Vorwurf gefallen lassen, ganz wesentlich zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges beigetragen zu haben. Man mag heute noch so sehr die gelenkte Presse autoritär regierter Länder verurteilen, eines ist unbestreitbar, daß Verunglimpfungen fremder Nationen nicht ihr Stil war. Der Nationalsozialismus war eine innerdeutsche Angelegenheit und kein Exportartikel, wie auch Hitler des öfteren betont hat, und die freien Demokratien hatten kein Recht, sich in innerpolitische Angelegenheiten hetzend einzumischen. Während gerade diese Demokratien die Reichtümer dieser Welt unter sich aufgeteilt hatten und alles das zu tun gewohnt waren, was man uns unterstellen wollte, war Großdeutschland

gerade dabei, sich von der Stufe eines Armenhauses durch Arbeit und Fleiß und mit einer hervorragenden Führung und Organisationstalent sowie mit einer besseren Gesinnung und Moral zu einer normalen Mittelmacht zu entwickeln, die in Anbetracht ihrer Lage nach wie vor um ihr nacktes Dasein und um ihre Lebensrechte zu kämpfen hatte.

Deutschland hatte bislang nichts anderes getan, als die Wunden von Versailles in den schlimmsten Formen zu heilen. Es hatte gerade die allertödlichsten Krebsgeschwüre herausoperiert, um nicht dem Volkstod zu verfallen, dem wir heute mit unserer Politik und Moral wieder entgegengehen. In einer solchen Situation ohne Kolonien und mit einer beängstigenden negativen Rohstoffsituation von Vorherrschaft oder gar Welteroberung sprechen zu wollen, ist einfach kindisch und war Wahnsinn sowie eine bewußte Verleumdung und Irreführung der Menschheit. Daß Deutschland mit über 80 Millionen Menschen seinen ihm zustehenden Rang als stärkste Macht innerhalb des Mitteleuropäischen Raumes in Anbetracht der latenten Bedrohung aus dem Osten einzunehmen gedachte, war absolut legitim und eine europäische Notwendigkeit. Dies heute abstreiten zu wollen, ist geradezu lächerlich. Die Geschichte hat dies längst unter Beweis gestellt nach dem trostlosen Ergebnis des zweiten Weltkrieges. Diese seine Stellung vernichten zu wollen, hieß Europa zerstören. Nicht der Vernichtete ist der Verbrecher, sondern diejenigen sind es, die solches getan haben. Wenn das das deutsche Volk nicht begreifen will, ist es reif für seinen endgültigen Untergang und niemand wird ihm eine Träne nachweinen.

Das war damals so und gilt auch noch heute. Wenn heute unsere europäischen Freunde die Wiedervereinigung Deutschlands nicht wollen, so schwächen sie verantwortungslos sich selber und dürfen sich nicht wundern, wenn sie morgen ihre so hochgeschätzte Freiheit mit kollektiver Unfreiheit bezahlen müssen. Gerade die vorkriegszeitlichen Pressekampagnen gegen Deutschland haben letztlich das für Europa verheerende Ergebnis trotz äußerster Tapferkeit und Hingabe des deutschen Volkes gezeitigt. Wie sah es, ohne dem folgenden Kapitel Kriegsbereitschaft und Aufrüstung vorgreifen zu wollen, hinsichtlich der Pressehetze des seit 1933 angeblich geplanten Krieges zur Erringung der Weltherrschaft in Wahrheit aus? Der deutsche Wirtschaftsaufbau wurde als „industrielle Mobilmachung" umgefälscht. Grundsätzlich wären alle Fabriken nur für die Kriegswirtschaft vorgesehen, in denen die deutschen Arbeiter täglich 10 Stunden Frondienste abzuleisten hätten. Daß aber beispielsweise deutsche Arbeiter mit ihren Familien kostenlos Urlaubsfahrten auf unserer KDF-Hotte unternehmen konnten, England jedoch nicht anlaufen durften, da dieser unterschiedliche Sozialstand der englischen Regierung zu peinlich war, verschwieg man.

Man schrieb davon, daß der Zivilverbrauch zugunsten einer ungeheuren Aufrüstung eingeschränkt würde. Genau das Gegenteil war der Fall. Obwohl Deutschland als einzigstes Land völlig abgerüstet hatte, also erst die ersten Schritte für seine Verteidigungsbereitschaft unternehmen mußte, betrugen die Aufwendungen für die Rüstungen in den Jahren 1933-1935 4 % des Volkseinkommens, bei den Franzosen, die aufgerüstet waren und volksmäßig nur halb so stark waren wie Deutschland 8,1 und bei den Sowjets 9,1 Prozent. Fachleute wußten um die Unterlegenheit der deutschen Wehrbereitschaft und Aufrüstung und fühlten sich gerade deshalb zu einem scharfen Vorgehen gegen Deutschland ermutigt. Sie kannten die Abneigung Hitlers, im Interesse des sozialen Fortschritts vom Volk wirtschaftliche Opfer zu verlangen.
Der amerikanische Wissenschaftler von der Harvard-Universität Burton Klein erklärte: „In der Vorkriegsperiode produzierte die deutsche Wirtschaft sowohl, Butter als auch Kanonen', viel mehr von der ersteren und viel weniger von den letzteren als allgemein angenommen war. Von einem Aufrüstungsprogramm, das so umfangreich gewesen sei, daß es eine grundlegende Wiederbelebung der zivilen Produktion verhindert hätte, kann keine Rede sein." Bei Ausbruch des Krieges betrug der deutsche Rüstungsstand 18 % des Standes von 1944. Konnten wir uns 1944 nur unter größter Anstrengung unserer Haut wehren, wie sollten wir bei dem Rüstungsstand von 1939 Welteroberungspläne gehabt haben. Dieses dumme Geschwätz wird heute noch aufrecht erhalten und unkritisch weiterverbreitet. Als wir uns der polnischen Provokation erwehren mußten, konnten wir kaum Truppen an den Westwall beordern, so daß es für Frankreich ein Leichtes gewesen wäre, ins Ruhrgebiet einzufallen. Wir hatten nur für 4-6 Monate Munitionsvorräte und keinerlei Reserven an Rohstoffen. Bereitet man so Welteroberungspläne vor?

Weit gefährlicher und nur der Kriegsvorbereitungsstimmung dienend, waren die zahlreichen Unterstellungen einer deutschen Mobilmachung. Schon die Maikrise 1938 war durch eine solche Lüge von Seiten der Tschechen ausgelöst worden, indem sie tatsächlich mobilisierten und damit Deutschland provoziert haben. Genau so wurden solche Alarmmeldungen an Polen geliefert. Im Juli 1939 sah sich der polnische Außenminister veranlaßt, dem britischen Botschafter in Warschau zu antworten: „Das Gerücht, daß die Deutschen sofort in Polen einmarschieren würden, sei nun das Neunundzwanzigste. Er habe mit dem Generalstab gesprochen, und man habe daraufhin entschieden, daß kein einziger polnischer Soldat in Bewegung gesetzt werden sollte."
Dann erfahren plötzlich die Franzosen, aus angeblich Schweizer Quellen, „daß sich die deutsche Armee für einen Überfall auf Frankreich in Marschbereitschaft befände". Ein anderes Pressegerücht weiß davon zu

berichten, „daß der Führer Adolf Hitler anläßlich seines Geburtstages am 20. April 1939 mit einer weiteren Erfolgsmeldung seinem Volk gegenüber aufwarten wolle. Deshalb plane die deutsche Reichsregierung die Wiedereingliederung Danzigs ins Reich". Als dann dieses Gerücht durch die Nichtbesetzung widerlegt wurde, hieß es, „der Führer sei vor den Drohungen und der Entschlossenheit der Demokratien zurückgewichen". Mit solchen plumpen Ausreden gab man sich dann zufrieden, ohne sich darüber Rechenschaft abzulegen, welche Unruhe und gefährliche Konfliktsituationen damit heraufbeschworen wurden.
Am 4. 4.1939 hieß es in einer vertraulichen Information an Roosevelt, „die britische Flotte könne jeden Augenblick das Ziel eines deutschen Blitzangriffs sein". Dazu muß man wissen, daß Deutschland nicht einen Flugzeugträger besaß, ganze 2 Schlachtschiffe und 3 Panzerschiffe gegenüber 7 Flugzeugträgern und 22 französischen und englischen Großkampfschiffen. Das Verhältnis bei den leichten Kreuzern betrug 6:61, bei den Zerstörern und Torpedobooten 34:255 und den U-Booten 51:135. Wenn man Welteroberung treiben will, braucht man Schiffe. Auch dem Dümmsten sollte klar sein, daß dies mit unseren paar Kähnen nicht gut möglich sein konnte.

Gerüchte, daß Deutschland über die Slowakei und Rumänien ans Schwarze Meer zu gelangen trachte und über Kroatien an die Adria, waren nur flankierende Begleitmusik dieser Pressehysterie. Auch hier sollte der Zweck die Mittel heiligen. Wesentlich ernster mußte die sogenannte Tilea-Lüge, von Lord Halifax inszeniert, gewertet werden. Den Engländern war bekannt, daß die deutsche Regierung sehr erfreuliche Wirtschaftsbeziehungen mit Rumänien unterhielt und damit den Neid des Inselvolkes belebte, sie wußten auch, daß Mitte März sich wiederum eine deutsche Handelsdelegation in Rumänien aufhielt und vor dem Abschluß wichtiger Handelsverträge in beiderseitigem Interesse stand. Schon dies betrachtete das britische Empire, das 40 Millionen qkm Land (Deutschland 0,6 Millionen qkm) mit allen Rohstoffquellen besaß, als eine weitere „Störung des europäischen Gleichgewichts", um daraus die „Notwendigkeit" eines Eingreifens zu begründen. Dies geschah wiederum mit einer Intrige und bösartigen Lüge, die, als sie entlarvt werden konnte, noch nicht einmal ein Bedauern oder eine Entschuldigung auslöste. Am 17. März 1938 hielt sich der rumänische Gesandte Virgil Tilea in London auf. Wie von Herrn P. H. Nicoll eingesehene Dokumente nachweisen, ging es in den Geheimbesprechungen zwischen Tilea und dem Deutschenhasser Vansittart um eine englische Anleihe zum Ankauf englischer Munition. Als Gegenleistung für seine Verdienste sollte Tilea finanziell beteiligt werden. Um nun ein Gerücht durch eine glaubhafte Information wahrscheinlicher erscheinen zu lassen, wurde vom englischen Foreign Office ein Anruf von Paris an Tilea veranlaßt

mit der an den britischen Außenminster weiterzugebenen offensichtlichen Falschmeldung, daß soeben Deutschland an Rumänien ein Ultima tum gestellt habe, die deutsche Regierung habe ein Monopol für den rumänischen Export und außerdem die Annahme industrieller Beschränkungen im Sinne deutscher Interessen gefordert. Dafür würde die deutsche Wehrmacht die rumänischen Grenzen garantieren".

Diese Gerüchtepolitik war keineswegs ungeschickt eingefädelt. Befand sich doch derzeit eine deutsche Handelsdelegation in Bukarest, hatte doch Churchill bereits nach der Münchener Konferenz „die Öffnung der Straße zum Schwarzen Meer" und damit die für England schädliche „wirtschaftliche Durchdringung oder Eroberung" dieses Raumes als ein Argument gegen Deutschland propagiert, so war dieses Gerücht für die vorbereiteten englisch-französisch-sowjetischen Wirtschafts- und Militärgespräche mit der beabsichtigten Einkreisungspolitik ein geradezu willkommener Aufhänger. Der Zeitpunkt dieser politischen Attacke lag 14 Tage vor der Garantieerklärung an Polen. Rumänien sollte also das erste Öpfer der britischen Kriegspolitik sein, von Polen befürchtete man zu diesem Zeitpunkt noch einen friedlichen Ausgleich mit Deutschland. Diese Lügenaktion der Briten, bis ins Kleinste gehend durchdacht, war fast generalstabsmäßig vorbereitet. Denn am gleichen Tag sprach Antony Eden im Unterhaus and prophezeite nach Prag weitere Aggressionsabsichten Deutschlands in Richtung Balkan, wobei Ungarn besonders gefährdet erschien, weil es angeblich die Verbindung mit Rumänien blockierte. Hinzu kommt noch, daß erfolgreiche und für beide Länder zweckmäßige, ausgewogene Handelsabkommen, bei denen nun auch noch Öl eine Rolle spielte, für britische Interessen nur schwerlich verdaulich waren. Inzwischen Regen auch Beweise vor, daß Lord Halifax die Tilea-Lüge selbst fabriziert hat. So wußte er schon am Morgen des 16. März, daß sein Premier diese Angelegenheit in einer „ziemlich steifen Rede" behandeln werde, obgleich er erst am Nachmittag von Tilea „offiziell von dem deutschen Ultimatum erfahren haben will". Nach Rücksprache von Halifax mit dem amerikanischen Geschäftsträger Johnson telegraphierte dieser nach Washington: „man argwöhnt, daß Hitler weitermarschiert". Dem sowjetischen Botschafter in London wurde die Rede Chamberlains angekündigt, die den politischen Kurswechsel Englands bekanntgeben werde. Um dann das Maß der Verunsicherung vollzumachen, wurde bei einer Reihe von Hauptstädten wie Washington, Moskau, Warschau, Paris, Belgrad, Ankara und Bukarest nachgefragt, welche Maßnahmen man im Falle einer deutschen Aggression gegen Rumänien zu ergreifen gedenke! (DBFP Vol. IV Dok. 416)

Die Presse hatte nun wieder ihre Sensation und man konnte sich nun weidlich über deutsche Wortbrüche, schändliche Unterdrückung und rücksichtslose Welteroberungspläne verbreiten. Gleichzeitig wurde von

der englischen Regierung und der in ihrem Gefolge handelnden französischen ein massiver Druck auf die rumänische Regierung ausgeübt, tun den Abschluß des Wirtschaftsvertrages beider Länder zu verhindern. (ADAPBd: VIDok. 131).

Ein geschichtlich blamabler Regiefehler geht aus dem Dokument 399 hervor, nämlich aus einem Telegramm, das der ahnungslose britische Gesandte in Rumänien, also vom Ort des Geschehens, am 18. 3. an Sir R. Hoare nach London geschickt hat: „Es scheint mir so äußerst unwahrscheinlich, daß der rumänische Außenminister mich nicht informiert haben sollte, daß sich hier eine unmittelbar drohende Situation entwickelt habe, daß ich ihn anrief, sobald ihre Teigramme nach Warschau und Moskau entziffert waren. Er sagte mir, daß er mit Nachfragen hinsichtlich des Berichtes über das deutsche Ultimatum, der in The Times und Daily Telegraph heute erschienen war, überschwemmt würde. Es ist kein wahres Wort dran."

Nach dem Motto, im Angriff liegt die beste Verteidigung, wurde von Herrn Halifax nach Bekanntwerden dieses Schwindels nicht etwa dementiert, sondern man trat einen weiteren Schritt nach vorn an, indem die Sowjets, Frankreich und Polen aufgefordert wurden, sich für eine „sofortige Demonstration gegen ein weiteres deutsches Vordringen in einem kollektiven Sicherheitssystem zusammenzuschließen". (E. Hughes „Churchill - ein Mann in seinem Widerspruch", S. 160)

Die Russen, Polen und Rumänen durchschauten das intrigante Spiel der Engländer. Zu diesem Zeitpunkt war keiner der drei Länder bereit, für England die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Die Polen und Rumänen waren von eh und je gegen den Kommunismus und beide befürchteten bei einem Durchmarsch der Sowjets eine endgültige Besetzung ihrer Länder und damit den Verlust ihrer Souveränität. Zudem bestanden zwischen Rumänien und Deutschland freundschaftliche Beziehungen und für beide Seiten günstige Handelsverträge. Zwischen Deutschland und Polen lag die Regelung der Danziger Frage und der Passage durch den Korridor noch auf dem Verhandlungstisch. Die Russen haben vielleicht nicht ganz unrecht, wenn sie mit ihrem Zögern das Memorandum des Foreign Office vom 22. 5.1939 als Beleg anführen:

„Wenn der Krieg ausbrechen sollte, ist es wichtig zu versuchen, die Sowjetunion mit hineinzubeziehen. Denn im anderen Fall würde am Ende des Krieges, wenn England und Deutschland am Boden lägen, die Sowjetunion, die noch über eine intakte Armee verfügte, in Europa die Herrschaft ausüben." (DBFP Vol. V, S. 331 u. 646)

Eine andere Propagandalüge entstand schon am 19. November 1938 und wurde dann später immer wieder aufgegriffen und in allen Variationen verbreitet. Der mit besonderen Vollmachten von Roosevelt ausgestattete Botschafter Bullitt unterbreitete seinem polnischen Kollegen Potocki

folgende Version: „Es würde der Wunsch der demokratischen Staaten sein, daß es dort im Osten zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich und Rußland kommen möge... Sodann sprach Bullitt über die ukrainische Frage und über die deutschen Versuche in der Ukraine. Er bestätigte, daß Deutschland eben vollständigen Stab habe, der in Zukunft die Regierung der Ukrainer übernehmen und dort einen unabhängigen ukrainischen Staat unter deutschem Einfluß gründen solle. Eine solche Ukraine würde für Sie gefährlich sein, da diese unmittelbar auf die Ukraine im östlichen Kleinpolen einwirken würde." Auch hier war der Wunsch der Vater des Gedankens und kein Wort wahr. (Deutsches Weißbuch Nr. 3, Dok. 4. Potocki nach Warschau am 21.11.1938) Diesem Bericht beigefügt findet sich im selben Dokument folgender Kommentar von Potocki: „Bullitt zeigte sich hinsichtlich der Situation in Osteuropa nicht allzu gut informiert und führte die Konversation in ziemlich oberflächlicher Weise".
Auch Stalin gab am 10. März 1939 in seiner Rede vor dem 18. Parteitag die entsprechende Antwort: „Kennzeichnend ist der Lärm, den die englische, französische und nordamerikanische Presse um die Sowjet-Ukraine erhob. Die Vertreter dieser Presse schrieen sich heiser, daß die Deutschen gegen die Sowjetukrainer marschieren, daß sie gegenwärtig die sogenannte Karpatho-Ukraine in Händen haben, die etwa 700000 Einwohner zählt, und daß die Deutschen nicht später als im Frühjahr dieses Jahres den Anschluß der Sowjet-Ukraine mit mehr als 30 Millionen Einwohnern an die sogenannte Karpartho-Ukraine vollziehen würden. Es hat den Anschein, als ob dieser verdächtige Lärm den Zweck hatte, bei der Sowjetunion Wut gegen Deutschland zu erregen, die Atmosphäre zu vergiften und einen Konflikt mit Deutschland zu provozieren, *ohne daß dazu sichtbare Gründe vorliegen...* Noch kennzeichnender ist es, daß gewisse Politiker und Pressevertreter in Europa und in den Vereinigten Staaten von Amerika, die in Erwartung eines Feldzuges gegen die Sowjet-Ukraine die Geduld verloren haben, nun selber dazu übergehen, die wahren Hintergründe der Nichteinmischungspolitik zu enthüllen. Sie erklären geradeheraus und geben es schwarz auf weiß, daß sie von den Deutschen schwer „enttäuscht" seien, da diese, statt weiter nach Osten, gegen die Sowjetunion, vorzustoßen, sich - man denke nur - nach Westen wenden und Kolonien verlangen. (J. Stalin „Fragen des Leninismus S. 769/70)

Während in diesem Fall Stalin selber den Kriegstreibern und seinen späteren Verbündeten die nötige Antwort erteilte, mußte Roosevelt seine in der ganzen Welt verbreitete Lüge, daß Deutschland im Zuge seiner angestrebten Weltherrschaft auch Amerika erobern wolle, selbst widerrufen. Der US-General Albert Wedemeyer, einer der höchstqualifizierten Generalstabschefs Amerikas, schreibt nach Prüfung der von Roose-

velt angeordneten Kriegsmaßnahmen: „Roosevelt hatte den Kongreß zu seinen nicht mehr neutralen Handlungen hingerissen, indem er das Gespenst eines unerwarteten Angriffs auf Amerika heraufbeschwor. Wir wissen heute dank der *erschöpfenden Durchforschung der deutschen Geheimarchive* während des Nürnberger Prozesses, daß es niemals einen *Angriffsplan* auf die *Vereinigten Staaten* gegeben hat. Im Gegenteil: Die ungeheure Menge der durchforschten Dokumente bewies, daß Hitler ständig bestrebt war, den Krieg mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden. Er erklärte uns nicht den Krieg, bis er durch das Bündnis mit den Japanern dazu gezwungen wurde". (A. Wedemeyer „Der verwaltete Krieg" S. 17)

P. H. Nicoll weiß in seinem Buch „Englands Krieg gegen Deutschland" auf Seite 45 zu berichten: „Clare Booth-Luce hat viele Menschen schockiert, als sie anläßlich des Parteikonvents der Republikaner 1944 sagte, Roosevelt ‚hat uns in den Krieg gelogen*. Als sich diese Feststellung dann als zutreffend erwies, hörten die Rooseveltanhänger - die *Juden* - auf, sie abzustreiten, und rühmten sich mit der Behauptung, er habe ‚lügen müssen', um sein Land und dann England und die ‚Welt' zu retten".

In Nürnberg fand man von Seiten der Führer des III Reiches nicht ein solches Dokument und man hängte sie dennoch. Um wieviel höher hätte der nachgewiesene Kriegsverbrecher Roosevelt hängen müssen!
Wie sagte doch dieser haßerfüllte, kranke Hysteriker Roosevelt am 6.1.1942 vor dem Kongreß: „Aber die imperialistischen Träume der japanischen und faschistischen Führer waren bescheiden, im Vergleich mit der gefräßigen Gier Hitlers und seiner Nazis, die ihre Eroberungspläne schon fix und fertig hatten, bevor er 1933 zur Macht kam. Diese Pläne zielten auf die schließliche Beherrschung nicht allein eines Teils der Welt ab, sondern der ganzen Erde und der Meere... Die Vernichtung der Zentren materieller und geistiger Kultur war seit jeher das Ziel Hitlers und seiner italienischen und japanischen Schachfiguren. Sie wollen die Macht des Britischen Reiches, Rußlands, Chinas und der Niederlande zerschmettern und dann alle ihre Kräfte auf ihr Endziel konzentrieren: die Eroberung der Vereinigten Staaten... Die Welt ist zu klein, um angemessenen Lebensraum für Hitler und Gott zu bieten. Zum Beweis dessen haben die Nazis nunmehr ihren Plan verkündet, ihre neudeutsche, heidnische Religion der ganzen Welt aufzuzwingen, jenen Plan, der die Heilige Schrift und das Kreuz der Gnade durch „Mein Kampf", das Hakenkreuz und das nackte Schwert ersetzen will!" (Präsident Roosevelt, Auszüge aus Reden und Dokumenten)
Mit solchen unqualifizierten Reden eines Schwachsinnigen oder Narren gelang es, die Menschheit wiederum mit einem Weltkrieg zu beglücken.

Wer garantiert uns für die Zukunft narrenfreie Präsidenten? Armes Amerika, das sich solche Narren als Präsidenten leisten kann!
In gleicher Weise schürten die Engländer zum Krieg. Ende März 1939 veröffentlichte „The News Chronicle" das wilde Gerücht von einem bevorstehenden Einfall der deutschen Armee in Polen. Obwohl die britische Regierung sehr wohl wußte, daß diese Meldung erfunden war, wurde nicht etwa die Zeitung für ihre unverantwortliche Kriegshetze gerügt, sondern man war froh, dieses Gerücht dahingehend auswerten zu können, daß die „Öffentlichkeit" entsprechende Gegenmaßnahmen erwarte. Sehr einfach, man benutzte diese Meldung zur Veröffentlichung des an Beck überreichten Garantieabkommens. Man erwartete aber gleichzeitig von Beck als Gegenleistung eine Garantieerklärung für Rumänien. So leicht ist es, die Öffentliche Meinung zufriedenzustellen. Auf den Gedanken, daß es sich umgekehrt von Seiten der Regierung um eine bewußte Kriegsprovokation handelt und erst auf diese Weise die englische Bevölkerung in Panik versetzt wird, kommt man nicht oder lehnt es ab, dies einzugestehen. (M. Gilbert u. R. Gott „Der gescheiterte Frieden" S. 188)

Wohin die Gedanken der englischen Regierung zielten, beweist das Dokument 51 und Anhang, in dem der englische Luftwaffenattache Vachel dem Foreign Office nach einem Besuch in Warschau und Danzig mitteilt: „Er habe beim britischen Botschafter eine Depesche aus Berlin kommend einsehen können, in der die Meinung ausgedrückt sei, daß vom militärischen Gesichtspunkt gegenwärtig die günstigste Gelegenheit für einen Präventivkrieg gegen Deutschland bestehe, um gegen weitere deutsche Ambitionen einzuschreiten, und daß es sogar unser Vorteil sein würde, solch einen Krieg zu provozieren".
Da England sich hüten würde, sein kostbares Blut für einen provozierten Präventivkrieg zu spenden, konnten damit nur die Polen gemeint sein. Allein schon ein solches Verhalten gab Hitler das Recht, vorausschauend sich auf einen solchen Fall einzustellen.

VII. KAPITEL

DER DEUTSCH-SOWJETISCHE NICHTANGRIFFSPAKT

Die Ausgangslage

Der einzige europäische Staatsmann, der sich mit dem Kommunismus, Stalinismus und der marxistisch-leninistischen Idee ernsthaft auseinandergesetzt, die zerstörerische Ideologie für die uns allen heiligen Werte der abendländischen Kultur begriffen und allen diesen Anhängern und geistigen Mitläufern kompromißlos den Kampf angesagt und ihn auch durchgeführt hat, war Adolf Hitler. Aus der heutigen Sicht findet man dieses Geschehen zwar scheußlich und undemokratisch, damals aber solidarisierte sich aber der überwiegende Teil des deutschen Volkes mit seinen Maßnahmen, die nach Ausschaltung des zerstörerischen Klassenkampfes erst die Basis für ein Zusammenrücken aller Bevölkerungsschichten ergaben und damit Schritt für Schritt eine echte Volksgemeinschaft schufen. Erst diese Gemeinsamkeit war die Grundlage unseres Erstarkens auf allen Ebenen, weil nicht mehr wie zuvor gegeneinander, sondern miteinander zum Nutzen aller, freudig geschaffen und hart gearbeitet wurde.

Innenpolitisch hatte Hitler sich in einem legalen Kampf durchgesetzt, bei dem es nach dem Versagen der bürgerlichen Parteien nur noch darum gegangen war, ob die Kommunisten oder Nationalsozialisten siegen würden. „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft", wobei Mord und Totschlag zur Tagesordnung gehörten, waren damals die Parolen wie leider auch wieder heute gemeinsam mit dem trägen Bürgertum, das zunächst nicht begriff, worum es ging. Diese Parolen sind nicht von den damaligen deutschen Kommunisten erfunden worden, sondern sie kamen vom Mekka der kommunistischen Ideologie, von Moskau, damals wie heute.

Wie heißt es doch in Lenins Werken? „Keine Macht der Welt kann den Weg von der kommunistischen Weltrevolution zur sowjetischen Weltrepublik aufhalten", oder „Kommt es nicht von selbst zum Krieg, so muß dieser angestiftet werden. Wenn wir gezwungen sind, solche Lum-

pen wie die kapitalistischen Diebe zu dulden, von denen jeder das Messer gegen uns wetzt, so ist es unsere direkte Pflicht, dieses Messer gegeneinander zu richten".

Dies galt damals und gilt noch heute. Ein kleines Vorspiel einer solchen Entwicklung sind die jüngsten terroristischen Aktionen. Diese ideologischen Grundsätze der Sowjetunion gelten heute umso mehr, als sie durch den Ausgang des zweiten Weltkrieges eine einzigartige Bestätigung dieser für sie verbindlichen Thesen gefunden haben. Wer waren denn die Aggressoren? Etwa das Großdeutsche Reich, das auf etwa 600000 qkm Bodenfläche mit 80 Millionen Deutschen lebte? War nicht dagegen Rußland immer bestrebt gewesen, zu expandieren, hat die Sowjetunion nicht das Weltherrschaftsstreben zum Grundprinzip seiner Politik gemacht! Ein Blick auf die Karte beweist dies eindeutig.

Rußland hat sich vom Ende des 13. Jahrhunderts vom Fürstentum Moskau mit 16200 qkm bis zum Tode Iwans IH. 1505 mit 2250000 qkm ausgedehnt, bis Mitte des 16. Jahrhunderts auf 12400000 qkm, bis nach dem Wiener Kongreß auf 20000000 qkm und bis zum zweiten Weltkrieg mit 21572 000 qkm entwickelt. Seit der bolschewistischen Revolution wurden folgende weitere Gebiete annektiert:

1919	Weißrußland	mit	127000 qkm
1919	Ukraine	mit	452 000 qkm
1920	Armenien	mit	29 800 qkm
1920	Aserbeidschan	mit	87000 qkm.
1921	Georgien	mit	70 000 qkm
1939	Ostpolen	mit	200000 qkm
1940	Von Finnland	mit	46 000 qkm
1940	Bessarabien und Nordbukowina	mit	44 400 qkm
1940	Estland	mit	47500 qkm
1940	Lettland	mit	65 900 qkm
1940	Litauen	mit	55600 qkm
1945	von Finnland	mit	12 000 qkm
1945	Karpartho-Ukraine	mit	14000 qkm
1945	Nordostpreußen	mit	16029 qkm
1945	Südsacharin	mit	36000 qkm

Somit hat die Sowjetunion ihr imperialistisches Streben mit der Annexion von über 1300000 qkm fremder Ländereien erneut unter Beweis gestellt. Das entspricht etwa der fünffachen Größe der Bundesrepublik. Darüber hinaus hat es halb Europa politisch, wirtschaftlich und ideologisch im Zuge seines Weltherrschaftsstrebens in absolute Abhängigkeit gebracht und wirkt heute in gleicher Weise in Asien, Afrika, ja direkt vor den Toren Amerikas mit seinen die Welt beglückenden Revolutionsideen aggressiv.

Und das alles geschah wegen Danzig und der Passage durch den Korridor oder gar aus Gründen der Vernichtung des Nationalsozialismus, der keine Weltherrschaftsträume verfolgte; das geschah, um sich dafür eine viel brutalere und gefährlichere Idee einzuhandeln, die auf ihren Fahnen die Weltrevolution und damit sich die Weltherrschaft zum Ziel gesetzt hat.

Wer hat denn die These, schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft, erfunden, wer hat sie heute weltweit übernommen? Wer hat das einzige Bollwerk mit einer dem Kommunismus überlegenen Idee zerstört und damit über Europa eine tödlichen Gefahr heraufbeschworen? Die Deutschen etwa oder die kurzsichtigen Amerikaner, Engländer und Franzosen? Was geschieht denn, wenn auf Grund dieser von den sogenannten Siegern geschaffenen weltweiten Unordnung als Ergebnis dieses Krieges die nächst greifbare Katastrophe wie ein Sturmwind über Europa hinwegfegt? Wenn es dann vorbei ist mit unserer viel gerühmten, fast anarchistischen Freiheit, wenn mindestens die Hälfte der davon betroffenen Bevölkerung unter den Trümmern ihrer Städte vernichtet liegt.

Könnte dann nicht doch der Fall eintreten, daß die wenigen Überlebenden, vielleicht auch die für dumm verkaufte Welt sich ein ganz anderes geschichtliches Urteil über Hitler und das damalige Deutschland bildet, als die heutigen Meinungsmacher es zu tun gewohnt sind und sie dafür bezahlt werden? Ich kann nur hoffen, daß dies nicht eintrifft. Diese mit den Händen greifbare Katastrophe wird aber solange wie ein Damoklesschwert über uns schweben, wie wir nicht aus der Geschichte lernen wollen und sie so verfälschen, daß kaum eine Möglichkeit besteht, aus dem Geschehen der Vergangenheit die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Dieses Damoklesschwert wird solange mit eiserner Faust über uns gehalten, solange Rußland nicht eine innere Wandlung erfahrt und sich freischwimmt von seinen Weltbeglückungsideen, die Welt mit ihrem Einheitsbrei beherrschen zu wollen. Das Argument, daß die freie Marktwirtschaft eine bessere Lösung der Probleme überzeugend angeboten und es derzeit unter Beweis gestellt hat, wird nicht überzeugen, vor allem nicht in den unterentwickelten Ländern. Für uns Europäer in erster Linie und für die Welt wird es kein Entrinnen geben, wenn dieses Europa sich nicht ernstlich zu einer politischen Einheit zusammenfindet, zunächst als ein westliches Europa, das stark und gesund ist und nur mit einer Stimme spricht, ein Europa, das sich nicht von kommunistischleninistischen Ideen unterlaufen läßt und kommende Partisanenverbände aufzüchtet, ein Europa, das dann vielleicht auch die Ausstrahlung haben wird, daß der andere Teil dieses Europas sich freudig dazu bekennen wird.

Denn nur ein starkes Europa, dessen Kernstück man im zweiten Weltkrieg verbrecherisch zerschlagen hat, ein Europa, das sich seiner Tradition bewußt ist und auch dafür zu kämpfen bereit ist, wird nur eine kleine Chance haben, diesem Sturm aus dem Osten, der so sicher wie das Amen in der Kirche kommen wird, widerstehen zu können. Es ist mehr als bedauerlich, daß gerade jener Mann, der diese Dinge bereits vor 50 Jahren erkannt und danach gehandelt hat, nicht allein für Deutschland, sondern im Sinne Europas, heute infolge Verfälschung des Geschichtsbildes so unsinnig verketzert wird. Solange das geschieht und die gebotene historische Gerechtigkeit seines Kampfes nicht anerkannt wird, haben wir Europäer wenig Aussicht, diesen von drüben geführten brutalen Kampf zu überstehen.

Wenn wir heute nur satt und gefräßig ohne nennenswerte Ideale uns hinter hemmungsloser Freiheit der moralischen Anarchie verstecken wollen und uns als Europäer auf unseren großen Bruder Amerika verlassen, besteht wenig Spielraum für unsere Freiheit für morgen. Wenn Europa diese Kraft und diesen Willen nicht aufzubringen in der Lage ist, werden die recht behalten, die einen Ausgleich mit dem Kommunismus anstreben und die sich damit zu unterwerfen bereit sind. Die Frage erhebt sich lediglich, ob ein solches Leben noch lebenswert erscheint.

Hitler jedenfalls, als der letzte große Europäer, hat das abgelehnt und war zu kämpfen bereit und mit ihm neben dem deutschen Volk viele hunderttausend junge Europäer aus allen Ländern, die freiwillig kamen und sich in diesen Schicksalskampf eingereiht haben, die nach ihrem heroischen Kampf verachtet, verfolgt, in Gefängnissen darbend, hingerichtet und ermordet wurden. Und das alles im Namen Europas. Deutschland ist heute zu befangen, das erkennen zu können. Das ersieht man allein schon daraus, daß der starke Mann der CSU, Herr Strauß, keine Chance haben wird, als Bundeskanzler gewählt zu werden, wenn er solch unsinnige angebliche Diffamierungsaktionen zuläßt, den Sozialismus mit dem Nationalsozialismus auf eine Stufe stellen zu wollen. Er hat damit nur Wut bei der SPD ausgelöst und sich des erheblichen Stimmenpotentials der echten Nationalsozialisten entledigt. Auf die zukünftige Einstellung und Erkennen dieser Zusammenhänge Frankreichs kommt es an, vielleicht auch Amerikas. Denn mit einer weiteren Verteufelung der Vergangenheit wird man niemals echte Bundesgenossen gewinnen können.

Die heutige katastrophale Unordnung der Welt, besonders aber die verzweifelte politische Situation als Hinterlassenschaft unserer Sieger ist zu offensichtlich, als daß man von einer Befreiung sprechen kann. Sie war das Ergebnis des gewollten und Deutschland aufgezwungenen Krieges. Für dieses Ergebnis kann deshalb auch nicht Hitler als schuldig erklärt werden, sondern man muß endlich einmal den Mut aufbringen, diejeni-

gen damit zu belasten, die ihn mit der Absicht der Vernichtung Deutschlands ohne konkrete politsche Zukunftsziele inszeniert und gewollt haben, und zwar Herrn Roosevelt'immerhin als Präsident Amerikas, Herrn Halifax und dann verantwortlich Churchill mit seinen anderen Kriegstreibern. Wer schützt uns Europäer künftig vor ähnlichen Machtbesessenen und vor Männern, die die Interessen des finanzgewaltigen Weltjudentums vertreten? Denn ein zweites solches Unglück heißt die Preisgabe Europas für die westliche Welt.

Zweimal schon hat Amerika im Bündnis mit Rußland einen Scherbenhaufen in Europa hinterlassen. Es wird Zeit, daß die Europäer aufwachen und ihr Schicksal in eigene Hände nehmen, wobei ich Frankreich eine bevorzugte Stellung einzuräumen bereit bin, weil ich hoffe, daß es die geschichtlichen Zusammenhänge eher zu erkennen fähig ist als das befangene noch in Schuldkomplexen verstrickte Kleindeutschland. Wenn wir glauben, nur mit Hilfe Amerikas überleben zu können, so geben wir Europäer uns selbst auf und sind nicht wert und würdig, unsere Freiheit zu erhalten. Alle derzeitigen Entwicklungen, ebenso auch der mangelnde Abwehrwille solcher Zeiterscheinungen deuten darauf hin, daß es um unsere Selbstbehauptung immer schlechter bestellt ist. Wenn es zum Beispiel möglich ist, daß im Fernsehen ungerügt eine protestantische Pastorin den Standpunkt vertreten kann, „Lieber rot als tot", so ist das bezeichnend für die Umwertung einmal gelebter Werte! Dies sind die sichtbaren und verheerenden Folgen der Umerziehung. Die Erhaltung jeder Freiheit kostet ihren Preis. Sollte aber dieser Grundsatz heute schon soweit unterminiert sein, so ist es für die Erhaltung unserer Volkssubstanz wahrlich besser, das Feld kampflos zu räumen und sich mit dem Schicksal abzufinden, unser Leben als sowjetische Untertanen zu fristen. Dann wären auch die ungeheuren Kosten für unsere Bundeswehr nutzlos vertan und man sollte sie auflösen.

Deutschland war und ist die entscheidende Drehscheibe, auf der die Entscheidung für Sieg oder Untergang der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und damit die geplante Weltbeherrschung ausgetragen wird. Herr Brandt, Wehner, Bahr und andere sind auf Grund ihrer Herkunft sicherlich nicht die Garanten für diesen Abwehrkampf. Vor dem zweiten Weltkrieg war das Deutsche Reich das stärkste und überzeugendste Bollwerk gegen die Gefahr des Ostens. Man ist ihm sehr zum Schaden ganz Europas in den Rücken gefallen. Für einen zweiten derartigen Dolchstoß ist heute weder Raum noch Zeit.

Wenn wir aber unsere Freiheit erhalten wollen, so kann man nicht unentwegt und heute noch wieder verstärkt eine bewußte Geschichtsfälschung betreiben und alles so verteufeln, was einer ganzen Generation einmal Lebensinhalt war. Die heutige Jugend muß ja dann tatsächlich glauben, daß ihre Eltern total beschränkt und borniert gewesen sind.

Die gleichen heute so abqualifizierten Eltern, die damals dem Staat gedient haben, haben trotz aller Enttäuschungen und Entbehrungen immerhin sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR wieder aufgebaut und dazu beigetragen, daß beide Teilstaaten innerhalb beider Machtblöcke die jeweils zweite Wirtschaftsmachtposition einnehmen. Soll etwa die Umwertung aller Begriffe im Rahmen der Vergangenheitsbewältigung die heutige Generation unfähig für die Bewältigung unserer Zukunftsaufgaben machen? Es sieht fast so aus. Mir scheint die Bewältigung der Gegenwart in Anbetracht der fast anarchistischen Zustände heute vordringlicher als die der Vergangenheit. Mir kommt es so vor, daß man auf Grund der Unfähigkeit, Herr der anstehenden Probleme zu werden, als Ablenkung dieses Dilemmas den sogenannten „Neofaschismus" wieder aus der Mottenkiste herausholt und dabei wie Don Quichotte gegen Windmühlen kämpft. Der heutige Mangel an Bekennermut und die schandbare Geschichtsklitterung, die aus opportunistischen Gründen der Wahrheit nicht ins Gesicht schauen will, sind weder Bausteine für eine „Vergangenheitsbewältigung" noch helfen sie uns, einen Weg in die Zukunft zu finden, die heute weitaus mehr als vor dem Weltkrieg gefährdet erscheint.

Das Liebeswerben der Westmächte um Stalin und Hitlers Reaktion

Wie es trotz der offensichtlichen anti-kommunistischen Einstellung Hitlers dennoch zu einer Annäherung und zu dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt kommen konnte, ergab sich zwangsläufig aus der veränderten politischen Lage und ist ebenfalls nicht aus Hitlers Buch „Mein Kampf" zu entnehmen, wie man das nur zu oft tut, wenn man negative Thesen untermauern will. Englands Premier Chamberlain war nach einer Einladung der Sowjetbotschaft in London und schon acht Tage später erneut, eine für einen Premier etwas ungewöhnliche Handlung, zu Gesprächen in dieser Botschaft erschienen. Nach Aussagen Churchills bekundete er damit deutlich seinen Wunsch nach intensiveren Handelsbeziehungen und einer engen politischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Dabei wurde dieser *unaufgefordert* ein englischer Kredit angeboten, der den russischen Botschafter Maisky in Erstaunen setzte und vermuten ließ, daß dahinter sich andere politische Gründe versteckten. Dies war wohlgemerkt noch vor der Besetzung Böhmen-Mährens und zu einer Zeit, in der Hitler noch an das Münchener Friedens- und Freundschaftsabkommen glaubte und sich unbestritten auch daran hielt, während Churchill als Kenner der Interna am 10. März den Chefberater Roosevelts, Herrn Bernard *Baruch* informierte: „Der Krieg

kommt bald. Wir und auch Amerika werden darin verwickelt sein". Hier bahnt sich erneut ein Bruch des in München vereinbarten friedlichen Verhaltens beider Vertragspartner an.
Chamberlain, immer noch als Appeasment-Politiker geltend, wurde von einer Reihe maßgeblicher englischer Kreise, die nicht zu der Kriegsclique gehörten, eindringlich gewarnt, nichts zu unternehmen, was Hitler das Gefühl der Einkreisung geben und was die Sowjets zu einer Kriegsprovokation herausfordern könnte. Der Chamberlain Biograph Feiling gibt noch die am 26. März vorherrschende Meinung des Premiers wieder: „daß ich vom tiefsten Mißtrauen gegen Rußland erfüllt bin. Ich glaube nicht an seine Fähigkeit, eine wirksame Offensive durchzuhalten, auch dann nicht, wenn sie es wirklich durchzuführen wünschte. Und ich mißtraue seinen Motiven, die mir so scheinen, als hätten sie wenig mit unseren Ideen von Freiheit gemein und als seien sie darauf aus, jeden anderen an den Ohren zu nehmen. Darüber hinaus wird Rußland von vielen der kleinen Staaten, vornehmlich Polen, Rumänien und Finnland gehaßt und verachtet...

Daß eine Allianz mit Rußland den Balkan-Widerstand gegen Deutschland aufspalten würde und daß sie Spanien auf die Seite der Achse ziehen und wir daher mehr im Westen verlieren als im Osten gewinnen würden."
Immerhin bleibt Herrn Chamberlain der Vorwurf nicht erspart, daß er wider seiner besseren Einsicht trotzdem diese Gespräche mit Rußland als Dreiergespräch mit Frankreich eingeschlossen fuhren ließ. Dies alles geschah im Wissen um die Gefahren für Polen und Rumänien, die *bewußt* in Kauf genommen wurden. Zudem wurde Chamberlain zunehmend von den Mächtigen der Presse, die wesentlich von den Kriegstreibern unter Druck gesetzt wurde, nach und nach in das Fahrwasser der sich um Halifax versammelten Kriegstreiber gedrängt. Vor der Geschichte aber dürfte dies keine Entschuldigung sein, denn er war der Premier und verantwortlich für die britische Politik. Er persönlich hatte sogar auf eigenen Wunsch hin das Abkommen mit Hitler geschlossen.
Die Sowjetunion wußte sehr wohl um die beabsichtigte Einkreisungspolitik der drei Westmächte, sie hatte aber ebenso vermerkt, daß Frankreich, mit dem ja ein Militärbündnis bestand, gelegentlich der Abtretung der Sudetengebiete nicht für die Tschecho-Slowakei gekämpft hat, obwohl die Sowjetunion auf einen Wink Frankreichs zum Eingreifen mit seiner Armee gewartet hat. Statt dessen wurde der Münchener Vertrag ohne Hinzuziehung der Sowjetunion unterzeichnet, was die Sowjets naturgemäß als Affront betrachteten. Ebenso erkannten die Sowjets, daß auf Grund der immer mehr zu Tage tretenden Selbstauflösungserscheinungen der verkleinerten Tschecho-Slowakei der Fortbestand dieses Landes nur noch eine Frage der Zeit sein konnte. Strate-

gisch hatte das zu bedeuten, daß das als Flugzeugmutterschiff gegen Deutschland eingeplante Land über kurz oder lang in dieser beabsichtigten Funktion für die UdSSR wie auch für die Westmächte ausfallen mußte, ganz abgesehen davon, daß letztere für die Erhaltung der Tscheсho-Slowakei gär nicht zu kämpfen bereit waren.
So blieb den Sowjets zunächst nichts anderes übrig, als gelassen abzuwarten, wie und wann der bereits erkennbare Kriegswille der Westmächte zu einer gewollten militärischen Auseinandersetzung mit Deutschland führen würde, wobei aus ideologischer Sicht der Bolschewisten ein solcher Krieg zwischen den ihnen verhaßten Kapitalisten - dazu rechneten sie auch Deutschland unter dem Nationalsozialismus - zu deren Schwächung zu Gunsten der Weiterverbreitung der Weltrevolution führen mußte. Die Sowjets saßen also in der stärkeren Position, hatten ihre Karten im Skat liegen, und konnten je nachdem wie gereizt wurde, sich am Spiel beteiligen und den Skat aufnehmen.
Nachdem die Engländer von sich aus das Liebeswerben um die Sowjetunion gemeinsam mit Frankreich im Gefolge und im Flintergrund mit dem Druck Amerikas begonnen hatten, mußte folgerichtig irgendwann der dritte Partner für dieses Spiel Deutschland dazu aufgefordert werden, Da man Hitlers Aversion gegen den Kommunismus und dazu die rücksichtslose Zerschlagung der kommunistischen Partei in Deutschland sehr wohl registriert hatte, wurde schon lange vorher der Boden psychologisch vorzubereiten versucht. Schon kurz vor der Übernahme der Regierung durch Hitler hatte am 19. Dezember 1932 der sowjetische Außenminister Litwinow gegenüber dem deutschen Reichskanzler General von Schleicher erklärt: „er würde es durchaus natürlich finden, wenn man die Kommunisten in Deutschland so behandle, wie man in Sowjetrußland Staatsfeinde behandelt". (Aufzeichnung dieses Gesprächs im Koblenzer Bundesarchiv) Auch der deutsche Diplomat Gustav Hilger weiß im Frühjahr 1933 aus Moskau über eine andere Bemerkung Litwinows zu berichten: „Was geht es uns an, wenn ihr Eure Kommunisten erschießt? (Hilger, „Wir und der Kreml" 1955, S. 243)
Michael Moroczow berichtet: „Als einziger europäischer Politiker wußte Stalin seit 1925, was er wollte: am nächsten Krieg partizipieren, aber als letzter und möglichst ohne Risiko. Er glaubte auch zu wissen, daß Hitler seinen Sowjetstaat und ihn damit selbst vernichten wollte, und wußte deshalb auch, daß ihm nur eines blieb: Hitler und dessen Staat zu vernichten".

Der erste Kraftakt geschah bereits im spanischen Bürgerkrieg. „Stalin beteiligte sich vom Oktober 1936 bis Februar 1939 mit über 3000 »Freiwilligen', 648 Flugzeugen, 407 Panzern, 1186 Geschützen, 20500 Maschinengewehren und fast einer halben Million Gewehren am spanischen Bürgerkrieg".

Für diese Hilfe einschließlich einer „freiwilligen" Spende der Sowjetbürger von 61,1 Millionen Rubel und einem 85 Mio. Dollarkredit versäumte es die Sowjetregierung nicht, sich dafür den spanischen Goldschatz zu sichern. Auf der anderen Seite konnte man in der Moskauer „Iswestija" eine am 30.12.1933 von Litwinow gehaltene Rede nachlesen: „Natürlich sympathisieren wir mit den Leiden unserer deutschen Genossen. Aber wir sind als Marxisten die letzten, denen man vorwerfen kann, daß sie ihre Politik von Gefühlen leiten lassen. Die ganze Welt weiß, daß wir gute Beziehungen zu kapitalistischen Staaten jeder Gattung, einschließlich der faschistischen, aufrechterhalten. Wir mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands ebensowenig wie in die der anderen Länder, und unsere Beziehungen zu ihm werden nicht durch seine Innen-, sondern durch seine Außenpolitik bestimmt." Diese Ausführungen mögen sich die heutigen Kommunisten, da sie auch zur Zeit noch Gültigkeit haben, gehörig hinter die Ohren schreiben.

Je weniger Hitler auf Anbiederungsversuche derf Sowjets einging, und je klarer er seinen antikommunistischen Kurs nicht nur innerpolitisch durchsetzte, sondern auch außenpolitisch vertrat, um so weniger ließ sich Stalin beirren und es nicht auf einen Bruch mit Deutschland ankommen. Im Gegenteil, als er sah, daß Deutschland durch den Anschluß Österreichs und der Sudetenlande einen nicht unerheblichen Macht- und Prestigezuwachs für sich verbuchen konnte, ließ man offensichtlich Verständigungsbereitschaft erkennen. Sicherlich spielte hierbei auch die Schwierigkeit eine Rolle, westliche Bündnispartner zu finden, die unter Stalins Bedingungen ein antideutsches Bündnis abzuschließen bereit waren.

Moroczow schreibt weiter: Hinter diesem Blendwerk von Sympathiekundgebung für Hitlers Feinde streckte Stalin im April 1939 seine Fühler nach Berlin aus. Bei der Wiederaufnahme der Kontakte zu Hitler und dessen Auswärtigem Amt, zu Joachim von Ribbentrop, bediente sich Stalin eines Mannes nahmens Georgij Astachow, dessen Spur sich nach 1939 verliert. Astachow war damals sowjetischer Geschäftsträger in Berlin. Mitte April 1939 nahm er Kontakt mit Peter Kleist, einem Vertrauten von Ribbentrop, auf.

Mit dem Satz: „Hören wir doch endlich damit auf, uns gegenseitig umzubringen, um die Interessen anderer Staaten zu fördern" spielte Astachow auf Stalins Erklärung im Rechenschaftsbericht über „die Arbeit des ZK der KPDSU" vor dem XVIII. Parteitag am Abend des 10. März 1939 an: „Die Aufgaben der Partei auf dem Gebiete der Außenpolitik sind: Vorsicht üben und unser Land nicht durch Provokateure des Krieges, die gewohnt sind, die Glut mit fremden Händen heraus zu

holen, in Konflikte verwickeln zu lassen." Wir sagen in unserem Sprichwort, „für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen".
Dieser Satz war eigentlich nur die Fortsetzung dessen, was Stalin schon fünf Jahre zuvor, auf dem XVII. Parteitag, gesagt hatte „Gewiß sind wir weit davon entfernt, über das faschistische Regime in Deutschland begeistert zu sein. Es geht aber hier nicht um den Faschismus, allein deshalb nicht, weil zum Beispiel der Faschismus in Italien die UdSSR nicht daran gehindert hat, die allerbesten Beziehungen zu diesem Land herzustellen."

1934 hatte er das mit Nachdruck erklärt, um seinen Parteidelegierten, diesen internationalistisch erzogenen, auf die Weltrevolution eingeschworenen Genossen, klar zu machen, daß er sich durch keine Ideologie und durch kein marxistisch-leninistisches Dogma das Gesetz des Handelns vorschreiben ließe.

Daß keine seiner beiden Reden im Ausland, vor allem in Deutschland, beachtet wurde, ist inzwischen durch Dutzende von Aussagen belegt. Hitler hat von diesen Sätzen erst im Mai 1939 erfahren.
Hitler verstand die obigen Formulierungen Stalins so, daß Rußland nicht bereit sei, für die Interessen der Westmächte zu kämpfen, also „die Kastanien aus dem Feuer zu holen", indem Stalin auf Grund früherer Enttäuschungen den Westmächten unterstellte, sie wollten den Hitler unterstellten „Expansionsdrang" auf die Sowjetunion ablenken. Hitler verwendete wenig später die Stalin'sche Formulierung mit den „Kastanien" am 1. April 1939 gelegentlich des Stapellaufes des Schlachtkreuzers Tirpitz als Reaktion auf die im englischen Unterhaus am Vortage bekanntgegebene Garantieerklärung gegen Polen:
„Wer sich schon bereit erklärt, für die Großmächte die Kastanien aus dem Feuer zu holen, muß gewärtig sein, daß er sich dabei die Finger verbrennt." Auch das war deutlich genug und hätte Polen zur Vernunft rufen sollen.

Während des ganzen Frühjahrs und Sommers fuhr Rußland zweigleisig! Die englisch-französischen Wirtschafts- und Militärgespräche in Moskau stießen insofern auf Schwierigkeiten, als Polen und Rumänien das von den Sowjets geforderte Durchmarschrecht in Anbetracht der damit verbundenen Gefahr einer dauerhaften Vereinnahmung dieser Länder schroff ablehnten. Auch in dieser Phase der Verhandlungen betätigte sich Churchill, obwohl er kein Mitglied der Regierung war, im Sinne kriegstreiberischer Absichten. So rief er am 18. Mai den russischen Botschafter an und erkundigte sich nach dem Stand der Verhandlungen und weshalb Chamberlain nicht gewillt sei, einige sowjetische Forderungen anzunehmen! I. M. Maisky bestätigt in seinem Buch „Wer half Hitler" auf Seite 115 die in diesem Zusammenhang gebrauchten Worte Churchills: „meinetwegen sind sie alle annehmbar". Churchill offenbart

sich hinsichtlich seiner Denkungsweise sehr klar in „Der Sturm zieht auf" im 1. Buch, Bd. 1 auf Seite 443: „Vor allem darf keine Zeit verloren werden. Schon sind 10 bis 12 Tage vergangen, seit das russische Angebot gemacht wurde. Das britische Volk, das jetzt unter Preisgabe des hochgehaltenen, tiefeingewurzelten Brauches den Grundsatz der Wehrpflicht angenommen hat, ist berechtigt, zusammen mit der französischen Republik *von Polen zu fordern,* daß es der gemeinsamen Sache keine Hindernisse in den Weg lege. Nicht nur die volle Mitarbeit Rußlands muß angenommen werden, sondern es gilt auch die drei baltischen Staaten, *Litauen, Lettland* und *Estland* in das Bündnis einzubeziehen".

So sollten also Polen und die drei baltischen Staaten über ihre Köpfe hinweg vergewaltigt werden. Hier sieht man sehr eindrucksvoll die rigorose Spielernatur eines Churchills, der allein dafür als Hauptangeklagter in Nürnberg hätte gehängt werden müssen.

Aber Churchill spricht es im gleichen Buch zwei Seiten zuvor noch deutlicher aus: „Wenn die Ereignisse so rasch voranschreiten und so überwältigend sind, wie im damaligen Augenblick, ist es klug, einen Schritt nach dem anderen zu tun. Das Bündnis von England, Frankreich und Rußland hätte Deutschland im Jahre 1939 mit größter Beunruhigung erfüllt und niemand vermag zu beweisen, daß sich der Krieg nicht sogar damals noch hätte verhüten lassen. Der *nächste Schritt* hätte mit überlegener *Macht* auf Seiten der Alliierten unternommen werden können. Was kann dieser „nächste Schritt" anders als den Willen zum Krieg ausdrücken. Churchill faßt es etwas später wie folgt zusammen: „Wenn Chamberlain z. B. bei Empfang des russischen Angebots geantwortet hätte: Ja, wir drei wollen uns zusammentun und Hitler das Genick brechen, oder mit anderen Worten dieses Inhalts, so hätte das Parlament zugestimmt. Stalin wäre zufrieden gewesen, und die Geschichte hätte vielleicht einen anderen Verlauf genommen."

Churchill irrt. Stalin war eben nicht zufrieden, sondern setzte seine Kontakte mit Deutschland fort. So kann man aus den Akten des Auswärtigen Amtes Serie D, Bd. VI auf Seite 221 f. entnehmen, daß der sowjetische Botschafter in Berlin, Alexej Merekalow am 17. April 1939 beim Staatssekretär, Herrn von Weizsäcker, vorsprach und erklärte: „Ideologische Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sowjetunion und Deutschland brauchten nicht zu stören. Die Sowjetunion habe die jetzigen Reibungen zwischen Deutschland und den westlichen Demokratien nicht gegen Deutschland ausgenutzt und wünsche das auch in Zukunft nicht zu tun." Dies Liebeswerben um Deutschland ging soweit, daß Stalin auf eine Andeutung Hitlers hin den jüdischen Außenminister Litwinow ablöste und als seinen Nachfolger Wjateslaw Molotow einsetzte. Angehörige der sowjetischen Botschaft in Berlin unterstrichen

mehrfach in Gesprächen diesen Tatbestand, so daß dieser Umstand als weiteres Entgegenkommen Stalins betrachtet werden konnte.
Am 20. Mai deutete Molotow in Moskau dem deutschen Botschafter, dem Grafen Schulenburg, gegenüber an, daß für die bereits laufenden deutsch-sowjetischen Wirtschaftsgespräche ein „politisches Fundament" geschaffen werden sollte. Wenige Tage später, am 30. Mai wiederholte der in Berlin stationierte sowjetische Geschäftsträger, Georgij Astachow, den gleichen Gedankengang, daß Politik und Wirtschaft schwerlich getrennt werden könnten. Trotz dieser vielen Lockungen verhielt sich Hitler weiterhin ungerührt. Er hatte mit seinem Auswärtigen Amt schon zu viele Fehlalarme und zweckgebundene Vorschläge erlebt, daß er sich auf seine Weise Unterlagen für seine Entschlüsse beschaffte. Er tat recht daran. Denn soviel Unverstand und dazu Obstruktion wie aus diesen angeblichen prädestinierten Adelskreisen kamen, waren für ihn nur schwer verdaulich. Er wartete die weitere Entwicklung und wie so oft seine Stunde ab.

Trotz dieser Anbiederungsversuche wußte Hitler sehr wohl, daß es sich um machtpolitische Zweckmäßigkeitserwägungen Stalins handelte, die keineswegs um der lieben deutschen blauen Augen wegen geschahen. Ob Herr Brandt und Herr Bahr das aus ihrer inneren Einstellung her im gleichen Maße können und wollen, erscheint mir **Zumindestens** zweifelhaft. Jedenfalls fand Hitler seine sich selbst auferlegte Reserve gegenüber den sowjetischen Verlockungen vollauf bestätigt. Er kannte die konsequenten Dogmen Lenins hinsichtlich Strategie und Taktik, demzufolge die Differenzen zwischen den streitenden Parteien weiter geschürt werden mußten, um Haß und Zwietracht zu säen, was altbewährte Methoden zur Verschärfung der Gegensätze im Interesse des eigenen Nutzens sind. Die Sowjetunion, die sich fast als einzigste Macht stets in scharfer Form gegen die Versailler Diktatsregelungen ausgesprochen hatte, agierte weiterhin mit ihrem altbekannten Vokabular wegen der „imperialistischen Annektionen" wie Rheinland, Österreich, Sudetenland, Böhmen-Mähren, Memel. Den Sowjets ging es seit jeher um die eigene Ausnutzung und Verwertung von explosiven Spannungen für eigene Expansionsbestrebungen. Das ist auch heute noch so. Afghanistan wäre nie besetzt worden, wenn nicht die amerikanischen Schwierigkeiten in Teheran gewesen wären. Bezeichnend hierfür ist das von Rußland beeinflußte marxistische Sprachrohr, die „Pravo Lidu" in Prag, die am 18. 9.1938, also noch vor der Abtretung der Sudetenlande, es offen aussprach: „Vielleicht sind wir nicht stark genug, um Deutschland zu schlagen, aber wir sind stark genug, um ganz Europa in einen Krieg zu verwickeln".

Im übrigen mißtraute Hitler Stalin auch aus dem Grunde, da sich gerade in Stalins Ära sehr viele Juden in einflußreichen Stellungen befanden und

er von dort her eine internationale Zuammenarbeit des Weltjudentums fürchtete. Und hatte nicht auch Chamberlain die ungeheure Aussage gemacht, daß der *„vollständige Richtungswechsel der Politik zur Kriegsbereitschaft'* nicht allein von London ausgingen, sondern daß Amerika und *das Weltjudentum* England in den Krieg getrieben haben. (M. Millis „The Forrestal Diaries" S. 122)

Hitler wußte, daß schon 1934 die Sowjetunion Frankreich bei einem Konflikt mit Deutschland eine „gut ausgebildete Rote Armee" angeboten hatte. Im gleichen Jahr schrieb der jüdische Schwager Stalins, Kaganowitsch, in der „Iswestija": „Der Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich stärkt unsere Position in Europa, Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den europäischen Ländern müssen vertieft werden." Sicherlich klangen Hitler noch erlebte Reden von. KP-Abgeordneten des Reichstages in den Ohren wie am 1. 8.1931 von Wilhelm Pieck, dem späteren Präsidenten der DDR:

„Die Rote Armee in Sowjetrußland steht bereit, um der kommunistischen Armee in Deutschland Waffenhilfe zu leisten, wenn sie sich anschicke, dem bürgerlichen Staat ein Ende zu machen." Oder wenn Klara Zetkin als kommunistische Alterspräsidentin im Reichstag 1932 erklärte, und zwar unter schweren Beschimpfungen der Nationalsozialisten: „daß sie im Auftrage Moskaus spreche, wenn sie die Hilfe der Roten Armee schon jetzt ankündigen könne, falls die Werktätigen Deutschlands zum Freiheitskampf schreiten würden."

Diese Sätze muß man zweimal lesen, wenn die falsch orientierte Welt oder die europäischen Staaten heute noch Hitler und den Nationalsozialismus so verketzern. Wäre es ihnen lieber gewesen, die Kommunisten hätten 1933 die Macht übernommen? Vermutlich stünden dann im Zusammenwirken mit der französischen Volksfrontregierung heute die Sowjets am Atlantik. Vielleicht hätte sie Herr Atlee in England eingeladen. Denn eine andere Alternative gab es damals nicht mehr, nachdem die Sieger des ersten Weltkrieges mit ihrer Versklavungspolitik an Deutschland diese innerpolitischen Resultate verursacht hatten. Hätten die Kommunisten damals statt Hitler Erfolg gehabt, brauchten wir vermutlich heute keine Nato mehr und das Problem Europa wäre von Moskau im kommunistischen Sinne gelöst gewesen. Dann aber hätte das europäische Wirtschaftspotential den Sowjets zur Verfügung gestanden. Armes Amerika! Du wärst dann längst eine zweitrangige Macht, die um ihren Bestand hätte kämpfen müssen.

Hitler schaltet sich ein

In der zweiten Julihälfte waren die Verhandlungen zwischen Moskau, Paris und London soweit gediehen, daß über eine politische Übereinkunft mit *offensiven* militärischen Absprachen verhandelt werden konnte. Am 24. Juli lag das Ergebnis dieser Verhandlungen unterschriftsreif auf dem Tisch. Dieser Vertragsentwurf ging weit über die Vereinbarungen vom 17. Juni hinaus, die zwischen Frankreich und England vereinbart waren. Während dieser Vertrag noch davon ausging, daß jeder noch so kleine Staat, der mit Deutschland in Konflikt geraten sollte, sich der englischen und französischen militärischen Unterstützung sicher sein konnte, ging dieser sowjetisch-englisch-französische Vertragsentwurf weit darüber hinaus. Hier wollten sich alle drei Staaten unter *Umgehung des Völkerbundes* im Falle einer direkten und *indirekten* Aggression Deutschlands gegen eine der vertragsschließenden Mächte oder *gegen einen anderen europäischen Staat* zu einer sofortigen gegenseitigen Kriegshilfe verpflichten.

Und dies sollte auch geschehen, wenn eine „interessierte Partei" irgendeine Aktion und sei es auch eine friedliche Einigung als die Unabhängigkeit oder Neutralität dieses Staates „bedroht" bezeichnen und militärisch „beantworten" sollte. Mit diesem anormalen, ja kriminellen Vertragstext, der alles einschloß, konnte praktisch jeder kleine Randstaat einen europäischen und damit einen weltweiten Krieg auslösen.

Wenn also zum Beispiel irgendeine interessierte Partei den deutsch-rumänischen Handelsvertrag als eine indirekte Aggression bezeichnete, war der Kriegsfall automatisch ausgelöst oder wenn von der Reichsregierung eine moralische Hilfe oder Unterstützung der verfolgten Minderheiten in Polen geschehen sollte, hätte dies die Auslösung eines Krieges zur Folge gehabt.

Aber moralisch noch verwerflicher als dieser *Friedensverhinderungspakt* um jeden Preis sind die weiteren vorgesehenen Klauseln. Ohne die kleinen Staaten, die zuvor, wiederum unaufgefordert, mit englischen Garantien überschüttet wurden, überhaupt zu fragen oder auch nur zu informieren, haben England und Frankreich, um Stalins Einwände zu zerstreuen, im letzten Stadium der Verhandlungen als *Preis die Auslieferung* der baltischen Staaten *Litauen, Estland, Letland* sowie *Polen* und *Rumänien* angeboten. Diese im wahrsten Sinne des Wortes *kriminelle Handlung* ist wohl ein *einmaliger Vorgang der neueren Geschichte.* Es ist nichts weniger als die übelsten verbrecherischen Kolonialmethoden, wie sie von den Engländern und Franzosen mit Lug und Trug weltweit angewandt worden sind und wie sie heute noch von Israel gegenüber den heimischen Arabern praktiziert werden.

Mit vollem Recht sind beide Länder für diese Politik wider Treu und Glauben mit dem Verlust aller ihrer Übersee-Besitzungen bestraft worden. Ich sage das nicht aus Haß und Schadenfreude, sondern weil ich der Meinung bin, daß ein kommendes Europa nur Bestand haben kann, wenn derartige diplomatische, verantwortungslose Schachzüge sich *niemals* wiederholen können. Ich sage das aber auch, weil endlich mit unserer Selbstbezichtigung aufgehört werden muß, und daß wir keinerlei Grund haben, die Nationen, die solches taten, als die reinsten Unschuldsengel zu bewundern. Wir haben unsere Augen nicht mehr und nicht minder niederzuschlagen als diejenigen, die heute mit uns in Europa in einem Boot sitzen. Niemals hat Hitler solche verwerflichen Verträge geschlossen. Wird es in Zukunft keine objektive geschichtliche Neuorientierung geben, wird das Europa mit seinem Untergang bezahlen und sich als Anhängsel Moskaus begnügen müssen.
Udo Walendy schreibt in „Wahrheit für Deutschland" auf Seite 377: „Es ist erschütternd festzustellen, daß der französische Außenminister Bonnet am 23. 8. sich der Lüge bedient, die Zustimmung Polens zu dem Durchmarsch russischer Truppen durch polnisches Territorium London gegenüber zu behaupten, und daß Halifax diese Lüge erkennt und dennoch dem britischen Delegationschef in **Moskau,** Admiral Drax, eine Note zuleitet, er solle sich den Erklärungen des französischen Generals Doumenc anschließen."

Zur Zeit dieses Geschehens, am gleichen Tage, war der deutsche Außenminister von Ribbentrop in Moskau eingetroffen.
Es heißt dann bei Walendy, zeitlich vorweggreifend, weiter: „Im Juli 1940, nach Wiederaufnahme der Kontakte, empfahl der britische Botschafter Cripps, auf Anregung seiner Regierung Stalin auch die Inbesitznahme des Balkans und von Reservaten in den Dardanellen. Die britische Garantie an Polen, die *lediglich die deutsch-polnische Grenze* betraf, war angesichts der so arrangierten Sachlage als *üble Heuchelei zur Tarnung kriegerischer Absichten entlarvt.* Der britische Botschafter in Berlin, Henderson, gab in einem Schreiben an Lord Halifax am 22. 8.1939 zu, daß Hitlervon England zu diesem Schritt in Moskau gezwungen worden sei. Er zitiert dann Henderson (DBFP VII Dok. 158): „Aber ich kann nicht sagen, daß ich überrascht war, da ich schon immer gefühlt habe, daß unsere Politik mit Polen nur dahingehend enden würde, Deutschland und Rußland zusammenzubringen. Man kann nicht Deutschland dafür tadeln..

Wenn nun doch die politische Übereinkunft vom 24. 7.1939 und der beabsichtigte Militärpakt nicht zustande gekommen sind, so lag das nicht etwa an den Bedenken der Engländer und Franzosen, sondern an Stalin. Einmal lachte er über die von England angebotenen zwei lächerlichen Divisionen, zum anderen wußte er sehr genau, daß er dafür auser-

sehen war, für seine Partner die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Zudem erkannte er den Schwindel mit der angeblichen Bereitschaft der baltischen Staaten, Polens und Rumäniens für den Einmarsch der Roten Armee, ohne daß die Zustimmung der betreffenden Regierungen vorlag.

Was tat nun Hitler während dieser monatelangen Verhandlungen zwischen den Engländern und Franzosen einerseits und den Sowjetrussen andererseits? Da *Hitler keinerlei Expansionspläne hatte,* sondern lediglich im Interesse der Erhaltung des Friedens bestrebt war, die gröbsten Ungerechtigkeiten des Versailler Diktats und damit die gefährlichsten Spannungsfelder auszuräumen, dachte er an alles andere, nur nicht an eine kriegerische Lösung der nur noch wenigen offenen Streitobjekte. Hitlerhatte erreicht, was er wollte. Er hatte sich schon immer durch seine Beharrlichkeit im Verfolgen seiner Ziele ausgezeichnet, ohne dabei besondere Hektik an den Tag zu legen.

Er war trotz der an Polen gegebenen Garantie immer noch davon überzeugt, daß es mit der nötigen Geduld gelingen müsse, England zu einem für beide Länder vorteilhaften Ausgleich zu bewegen. Es bleibt unbestritten, daß Hitler ausgesprochen anglophil eingestellt und neidlos ein großer Bewunderer des britischen Empires war, das er im Interesse einer vernünftigen Weltordnung für notwendig, ja unterstützungswürdig hielt, wenn erforderlich und gewünscht sogar unter Einsatz deutschen Blutes. Voraussetzung hierfür war die klare und notwendige Forderung, daß England die Vorherrschaft Deutschlands auf dem Kontinent, zumindest aber im mitteleuropäischen Raum angesichts der Bedrohung aus dem Osten anerkannte. Er hatte auch nach München ein Recht dazu, daran zu glauben, daß England unter Chamberlain diesen Weg mitzugehen bereit war.

Hatte doch der englische Außenminister Halifax, der keineswegs zu den Freunden Deutschlands gehörte, noch am 1.11.1938 geäußert: „Künftig müssen wir mit Deutschlands Vorherrschaft in Zentral-Europa rechnen. Übrigens habe ich immer gefühlt, daß, wenn Deutschland seine *normale* Stärke wiederhergestellt hat, seine Vorherrschaft aus klaren geographischen und wirtschaftlichen Gründen *unvermeidlich* ist.

Es ist eine Sache, eine deutsche Expansion in Zentral-Europa zu erlauben, die nach meiner Ansicht eine *normale* und *natürliche* Angelegenheit ist." (DBFP III, Dok. 285)

Es geht mir in diesem Buch, in der die Schuldfrage beider Weltkriege kritisch untersucht werden soll, nicht darum, Hitler und dem Nationalsozialismus ein Denkmal zu setzen, oder gar eine Restauration anstreben zu wollen. Das wäre töricht und irreal. Will man aber die Ursachen von Kriegen soweit wie nur irgendmöglich objektiv untersuchen, so muß man die Situation und die politische Entwicklung unvoreingenom-

men auch so schildern, wie sie wirklich war, um aus den derzeit gegebenen Verhältnissen heraus das Geschehen zu begreifen. Dies hat mit einer Verherrlichung Hitlers und des Dritten Reiches wenig zu tun. Es gilt die Frage zu untersuchen, ob das Großdeutsche Reich ein legitimes und historisches Recht und damit die Verpflichtung hatte, diesen mitteleuropäischen Raum seiner Bedeutung gemäß auf politischem, wirtschaftlichem und geistigem Gebiet zu ordnen und zu einem ernstzunehmenden, partnerschaftlich organisierten *Machtblock* zu gestalten?
Damals wie heute kam die Gefahr ausschließlich aus dem Osten, machtpolitisch wie ideologisch aus der Sowjetunion. Diese Gefahr betraf in erster Linie das Großdeutsche Reich als Herzstück Europas, über das nun einmal seiner Lage entsprechend alle Nervenstränge, Verkehrswege, die verschiedensten geistigen und kulturellen wie wirtschaftlichen Strömungen und Einflüsse hinwegziehen. Dies verleugnen zu wollen, heißt von falschen Voraussetzungen ausgehen. Damals war Deutschland unter Adolf Hitler geeint und stark genug, um diese Funktion aus dem Raum der Mitte her wahrzunehmen. Man kann dieses abendländische Europa nicht vom Rande her, von England oder Frankreich, organisieren und beherrschen. Wenn es aber richtig ist, daß Europa nur vom Osten her ernsthaft bedroht war, war es politisch richtig, alle Konfliktstoffe mit England und Frankreich auszuräumen und zu einer friedlichen, partnerschaftlichen Lösung zu bringen. Umgekehrt war es dann auch historisch notwendig, daß die Westmächte diese Politik auch akzeptierten und dem Reich mit ihrer Politik nicht in den Rücken fielen. Dies hat auch Hitler erkannt und man wird ihm geschichtlich nicht vorwerfen können, dies nicht auch mit allen Mitteln versucht zu haben. Genauso wie die Ausräumung des sowjetisch-französischen „Flugzeugmutterschiffes" Tschecho-Slowakei sollten auch die mit dem antisowjetischen Polen bestehenden Zündstoffe beseitigt werden, um Polen als Bundesgenossen zu gewinnen. Diese von Hitler gewollte Politik ist unbestreitbar.

Nur die mißgünstige englische Politik der „Balance of power" hat dies verhindert und als Ergebnis dieser Politik die Zerschlagung Europas erreicht, dazu noch den starken Machtblock des Mittelraumes, das Deutsche Reich, zerschlagen. Erst mit der Erweiterung des sowjetischen Einflußbereiches kamen die Westmächte dahinter, daß aus Freunden Feinde wurden. Sie merkten dann sehr bald, daß England und Frankreich allein auf weiter Hur, gar nicht in der Lage waren, dem Expansionsdrang der Sowjets Paroli zu bieten. Die zuvor verschrieenen und verketzerten deutschen Militaristen waren urplötzlich wieder gefragt und sollten als Winkelriede - das waren im Mittelalter die Männer, die sich beim Aufeinanderprallen zweier in Linien aufgestellter Heeresverbände mit weitausgreifenden Armen die feindlichen Speere in die Brust

drückten, um ihren Kameraden eine Gasse in die gegnerische Front zu bahnen - das mit den Engländern und Franzosen nicht mehr verteidigungsfähige westliche Randeuropa mit verteidigen helfen.
Meine Antwort war damals im Rahmen der Sozialistischen Reichspartei ein glattes „Nein" und „Ohne uns". Wir wurden daraufhin verboten. Wir sagten nein, obwohl in unseren Reihen damals das kämpferische Deutschland stand und wir alles andere als Pazifisten waren. Neben moralischen Gründen - Verleumdung der Wehrmacht, Dönitz, Kesselring, Sepp Dietrich und viele andere saßen noch in alliierten Gefängnissen - hatte unsere Ablehnung der Wiederbewaffnung im Rahmen der Nato politische Gründe. Damals, als wir stark und mächtig waren, war uns der Westen im Kampf um die Erhaltung unserer Freiheit in den Rücken gefallen. Man hatte auf unseren Hinweis auf die Gefahr des Ostens nicht hören wollen und sie als Erfindung der Nationalsozialisten abgetan. Wir traten damals für ein bewaffnetes neutrales Deutschland ein, um nicht die Spaltung, sondern die Wiedervereinigung Deutschlands möglich zu machen. Wir wollten nicht zum Aufbau zweier Festungsbereiche, bei der die Deutschen sich an vorderster Front mit ihren Bajonetten im Vorfeld zweier raumfremder Mächte gegenüberstanden, sondern zum Abbau dieses weltgigantischen Aufmarsches beitragen. Wir waren der Meinung, daß wie im Falle Österreichs eine Teilung unseres Landes hätte vermieden werden können. Erst die Aufstellung der Nato forderte die Bildung des Warschauer Paktes heraus. Eine europäische Schicksalsstunde war wiederum vertan, weil angestauter Haß und Verblendung noch zu groß waren und England und Frankreich so geschwächt aus dem Krieg hervorgegangen waren, daß sie wiederum ihre europäische Aufgabe nicht wahrzunehmen in der Lage waren.

Wer will abstreiten können, daß eine zu diesem Zeitpunkt eingeleitete europäische Politik als sich schrittweise entwickelnde Politik der dritten Kraft außerhalb der beiden Weltmächte unsere Welt etwas sicherer gemacht hätte? Eine solche Politik hätte auch eine ganz andere Anziehungskraft auf unsere osteuropäischen Länder gehabt, ganz abgesehen von der Dritten Welt. Aber dafür ist es heute zu spät. Die Weichen wurden genauso wie 1939 über unsere Köpfe hinweg von den Mächtigen der Welt anders gestellt. Die Frage ist nur, wie die Geschichte dereinst diese Zeit beurteilen wird, sollte es wiederum ohne unseren Willen zum Ausbruch einer solchen Konfrontation kommen, nach der die beiden Weltkriege nur als kleines Geplänkel gewertet werden? Im Gegensatz zu damals stehen wir heute im Atomzeitalter, in dem sich politische Fehlentscheidungen katastrophal auswirken werden.
Polen war damals wie heute ein Unruheherd. Für das Reich ging es damals um die Erfüllung einer für Europa lebensnotwendigen Aufgabe,

das bislang machtpolitische, mitteleuropäische Vacuum mit einer kooperativen politischen und wirtschaftlichen Neuordnung zu beleben, damit es seine Aufgabe als kraftvolles Bollwerk Europas den zu erwartenden Ansturm der kommunistischen Heilslehren und der Expansion des russischen Machtblocks gewachsen war. Diese einmalige europäische Aufgabe, die zudem auch heute noch Gültigkeit hat, war von Hitler erkannt worden und alle Voraussetzungen hierfür so gut wie geschaffen. Als Schlußstein fehlte nur noch der benötigte polnische Partner, mit dem es praktisch nur Danzig und die lächerliche Passage durch den Korridor auszuhandeln galt. Dies mit der englischen und französischen Garantieerklärung bewußt in der Absicht, einen Krieg zu provozieren, verhindert zu haben, wird historisch einmal den beiden Westmächten angerechnet werden müssen. Sie haben damit als Randstaaten Europas den zu erwartenden Existenzkampf dieses Kontinents untergraben.

Das erbärmliche Ergebnis des Krieges für Europa nur Hitler anlasten zu wollen, ist historisch falsch und lächerlich. Auch wird kein Historiker dem Reich irgendeinen geplanten Eroberungsfeldzug oder eine angestrebte Vernichtung anderer Nationen nachweisen können. Dies blieb, wie der Ausgang des Krieges es beweist, ausschließlich den Herren Roosevelt, Churchill und Stalin vorbehalten. Mag Stalin sich damals während des Krieges als großer Vaterländer gefühlt haben, der einen Verteidigungskrieg gegen einen angeblichen Aggressor zu führen gezwungen war, so hat er doch nach dem Kriege sein wahres Gesicht als Unterdrücker und Tyrann dadurch unter Beweis gestellt, daß er sich sowohl seinem eigenen Volk als auch den sogenannten befreiten Völkern gegenüber ohne Skrupel und ohne Zögern übergangslos vom Befreier zum Unterdrücker und Eroberer aufführte. Seine Nachfolger haben diese Linie in ständiger Verkennung der Machtverhältnisse in der ganzen Welt bis hin zu Afghanistan konsequent fortgesetzt.

Nachweisbar legte Hitler damals eine enorme Geduld an den Tag und wartete ab. Erst als er mit den sich täglich steigernden polnischen Ubergriffen und Mißhandlungen der deutschen Minderheiten, verstärkt noch durch die Garantieverträge, konfrontiert wurde und als er begriff, daß die englisch-französische Einkreisungspolitik sich mit einem möglichen Militärpakt zwischen den Westmächten und den Sowjets auf den Höhepunkt einer Kriegspolitik zubewegte, griff er widerstrebend aber blitzartig ein. Polen hatte sich blindlings in eine antideutsche Haltung verrannt. Führung und Volk gerieten immer mehr aus den Fugen. Es bestand unter dieser Voraussetzung keine Möglichkeit mehr, eine friedliche Lösung der zu bereinigenden bescheidenen Probleme auf dem von Hitler erwünschten Verhandlungswege zu erreichen. Das täglich lauter werdende Kriegsgeschrei der westlichen Demokratien zwangen Hitler

den beabsichtigen Würgegriff aufzubrechen. Ich weiß aus einer Reihe mit Hitler geführten Gespräche, daß sein Entschluß, den Weg nach Moskau gehen zu müssen, einer der schwersten seines Lebens war. Ich bin absolut sicher, daß er die ihm aufgezwungene Notwendigkeit als eine Art Kanossagang entsprechend seiner ganzen Einstellung und Mentalität empfunden hat. Aber ebenso bin ich mir auch sicher, daß er sich eher mit dem Teufel verbunden hätte, bevor er sein einmalig geschaffenes Lebenswerk, ein Großdeutsches Reich in seinem ihm angemessenen Lebensraum, hätte zerbrechen lassen.

Noch während die Engländer und Franzosen in Moskau herumfeilschten, erschien mit Vollmachten Hitlers ausgestattet Herr von Ribbentrop in der sowjetischen Hauptstadt. In kürzester Frist wurde in den Morgenstunden des 24. August 1939, rückdatiert auf den 23. August, ein deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt, also ein Defensiv-Bündnis, abgeschlossen. Dies war die notwendige Antwort auf die für Deutschland bedrohliche Bündniskoalition der Westmächte.

Als praktisch innerhalb 24 Stunden das deutsch-sowjetische Abkommen unterzeichnet war, hielt die Welt den Atem an. Wiederum hatte Hitler den Erfolg auf seiner Seite. Viele erhofften damit die Rettung des Friedens, wie Hitler es ja auch mit diesem Vertrag erreichen wollte. Unvorstellbar für Hitler war, daß Polen sich nunmehr nicht verhandlungsbereit erweisen würde. Aber seine schon so oft bewiesene Logik war für die Polen nicht erfaßbar, sie verharrten weiter in Chauvinismus und Größenwahn. I

Wieder einmal hatte Hitler blitzartig den gordischen Knoten durchschlagen. Die Schockwirkung war nur von kurzer Dauer. Zunächst schrieen die Unterlegenen Zeter und Mordio. Dann kam der Wutausbruch über diese Demütigung, begleitet von der nun schon bekannten Verleumdungskampagne. Wie konnte Hitler nur so etwas tun? Gerade er, der sich selbst als der kompromißlose Antikommunist überzeugend dargestellt hatte. Die These vom wortbrüchigen Hitler bekam nun neuen Auftrieb. Wie konnte Hitler nur so etwas tun? Der gleiche Mann, von dem man glaubte, aus seinem „Mein Kampf" ungerechtfertigte Eroberungspläne in der Ukraine herauslesen zu müssen. Wie konnte Stalin so etwa tun? Die Westmächte hatten sich auf Druck Stalins zu einem viel weitergehenderen Militärbündnis offensiver Art bereit erklärt und dabei Stalin, einige ihnen nicht gehörende Länder in den Rachen geworfen. Hitler hatte sich lediglich mit einem defensiven Nichtangriffspakt zufrieden gegeben.

Wenn man Hitler kannte, so war der Grund mehr als einleuchtend. Erstens war Hitler niemals gegen etwas, sondern für eine durchdachte Lösung anstehender Probleme. Zweitens ging es ihm um die Erhaltung des Friedens. Die aus fadenscheinigen Gründen auch heute noch propa-

gierte Unterstellung, daß nunmehr für Hitler der Weg für die Eroberung Polens frei war, ist unsinnig und leicht zu widerlegen. Hitler glaubte sich sicher, daß nunmehr auf Grund der sich veränderten Lage, die Polen ihren selbstmörderischen Amoklauf aufgeben und aus reinen Vernunftsgründen an den Verhandlungstisch zurückkommen würden. Aus diesem Grunde war auch dieses *Defensiv-Bündnis* abgeschlossen worden. Denn, wenn Hitler Polen erobern und mit Rußland hätte aufteilen wollen, wie zuvor schon dreimal in der Geschichte, dann hätte er, wie die Engländer und Franzosen es taten, ein aggressives Militärbündnis abschließen können. Aber gerade das wollte er nicht. Hier erwies er sich wiederum als der einzige europäische Staatsmann von Format und Weitblick. Für ihn hätte eine aus der Lage heraus erforderliche Besetzung Polens mit den Sowjets gemeinsam, eine Preisgabe großer Teile Polens an die Sowjets gleichzeitig eine Preisgabe europäischen Bodens an die kommunistischen Sowjets bedeutet und ,damit ein Schritt vorwärts im Sinne der Weltrevolution. Für Hitler war das undenkbar.
Es ist ein Unglück und führt zu Fehleinschätzungen, wenn Propagandaleute und *Geschichtenschreiber* zwangsläufig abgelaufene Entwicklungen und Ereignisse immer aus der Schau des Geschehens darstellen und ihre falschen Urteile fallen. In Wahrheit aber gehört zur Beurteilung historischer Ereignisse mehr als oberflächliche Darstellung, es gehört schon ein sorgfältiges Studium der Quellen, der vorhandenen Dokumentationen beteiligter Zeugen, eine gerechte Überprüfung der Mentalität und Charaktere der Handelnden dazu. Ein Mann, der die ganze Welt beschäftigt und Deutschland fasziniert hat, kann nicht einfach als Narr und Verbrecher abgetan werden. Oder ist die Welt so einfältig geworden, daß sie kein Gefühl mehr für Großes, gleichwie in welcher Richtung, mehr hat? Gottlob kommen heute immer mehr Quellen und Originaldokumente zu Tage, die unsere Sieger uns lange Zeit aus verständlichen Gründen vorenthalten haben. Es ist aber Pflicht der Historiker und auch der verantwortlichen Politiker, daß nicht absichtlich die Wahrheit verschwiegen und damit der Jugend ein Geschichtsbild vermittelt wird, daß absolut falsch ist. Ist es für uns Deutsche nicht beschämend, daß es immer wieder Ausländer sind, die eine Berichtigung des bisher hingenommenen Geschichtsbildes vornehmen, denen man das Kompliment machen muß, der Wahrheit gedient zu haben?

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt hatte ein geheimes Zusatzprotokoll, in dem eine Abgrenzung beiderseitiger Interessensphären festgelegt wurde, *aber* mit dem ausdrücklichen Vermerk „für den Fall territorialer Veränderungen". Hier erkennt man nämlich die Handschrift Hitlers und deshalb wird der Zusatz immer verschwiegen. Aber auf diesen kommt es entscheidend an. Denn wenn es nach Hitlers Willen und seinen sichtbaren Bemühungen, den Frieden zu erhalten gelang,

waren damit irgendwelche territorialen Veränderungen ausgeschlossen. Und daß Hitler bis zum letzten Tag bestrebt war, den Frieden zu erhalten, werde ich im Kapitel über die letzten Friedenstage nachweisen. Deshalb ist die heute immer wieder auftauchende Unterstellung, Hitler habe durch die von den Russen geforderte Abgrenzung der Interessensphären die baltischen Staaten und halb Polen den Sowjets geopfert, sachlich falsch und schon vom Vertragstext her nicht zu begründen.
Vor allem aber haben diejenigen, die zuvor einen viel weitergehenden •Militärpakt abzuschließen bereit waren, indem sie die Sowjets expansiv gegen Deutschland antreten zu lassen gewillt waren und ihnen als Äquivalent Rumänien, Polen und die baltischen Staaten zum Fraß vorwarfen, überhaupt kein moralisches und sachliches Recht, Hitler oder Deutschland einen Vorwurf zu machen. Gerade ihnen kann man eine gewisse Verantwortung und Schuld nicht absprechen, da sie Hitler ungewollt in eine Verhandlungssituation hineinzwangen, die für ihn und Deutschland eine Überlebensfrage bedeutete.

Schon aus diesem Grunde hatte Hitler den Vertrag ernst gemeint und ihn auch für notwendig erachtet, um es auch nicht zu dem von ihm so gefürchteten Zweifrontenkrieg kommen zu lassen. Unsere Zeitgeschichtler und Rundfunkkommentatoren werden hier sofort einhaken, indem sie sagen, aber Hitler hat es ja gerade durch seinen späteren Angriff auf Rußland zu einem Zweifrontenkrieg kommen lassen. Wie ich im Kapitel „Gründe des Rußlandfeldzuges" nachweisen werde, war Hitler dazu gezwungen, da die Sowjéts durch ihr Verhalten in Balkanfragen den ersten Schritt zum Vertragsbruch taten und dann sich mitten in einem gegen Europa ausgerichteten gewaltigen Aufmarsch befanden, der um ein mehrfaches unseren späteren Angriffstruppen überlegen war.

Hitler war aus Überlebensgründen bereit, seine grundsätzlichen Bedenken gegenüber den Sowjets zurückzustellen, zumindest solange die akute Bedrohung seitens der Westmächte gegeben war. Trotzdem wußte er wohl als einziger der damals handelnden Staatsmänner, daß Verträge, insbesondere aber von den Sowjets nur solange gehalten werden, solange es die Interessen erforderten. Hitler wußte wie kein anderer, daß Bündnisse und Kooperationsverträge aus der leninistisch-stalinistischen Gedankenwelt heraus nur einem Zeitgewinn dienen konnten, daß aber Lügen, Verleumdungen, Vertragsbrüche, jede Art von Geschichtsfälschungen mit von vornherein feststehender Schuld der anderen Seite zum normalen Repertoire der kommunistischen Ideologie der Weltrevolution gehörten, also zur aggressiven Weltbeherrschung. Das war damals so und ist heute noch dasselbe.

Den Sowjets kann man nur mit kompromißloser Stärke begegnen, will man nicht mit Haut und Haaren gefressen werden. Solange die Sowjet-

union nicht bereit ist, ihre revolutionäre Zielsetzung, nämlich die Weltbeherrschung unter ihrem Zuschnitt, kann es keinen Ausgleich und keinen echten Frieden geben, zumal heute die UdSSR dank der Westmächte zum *einzigen Gewinner* des zweiten Weltkrieges neben seiner revolutionären Zielsetzung auch in rein staatlicher Hinsicht ein gewaltiger Machtblock geworden ist, dem als solchen die von der Natur mitgegebenen Raubuerinstinkte anhaftet und der in Wahrheit in doppelter Hinsicht Imperialist ist, auf ideologischer Ebene und ebenso wie staatlich, machtpolitischer. Nur wenn die Sowjets aufgefordert würden, ihr weltrevolutionäres Glaubensbekenntnis in Wort, Schrift und Tat aufzugeben und abzuschwören, gäbe es Hoffnung auf eine Wende in der Weltpolitik und damit einen Ausgleich innerhalb der Spannungsfelder. Nur entsteht die Frage, ob der Kapitalismus westlicher Prägung das geeignete Mittel ist, eine Welt zu überzeugen.

Das aber wußte Hitler und konnte deshalb die Sowjets besser einschätzen und beurteilen als die heutigen kapitalistischen Staaten je dazu in der Lage sein werden. Hitler wußte auch, daß der extreme Kapitalismus amerikanischer Prägung und der staatliche Kapitalismus russischer Prägung wie Feuer und Wasser gegenüberstanden und im Grund die totale unüberbrückbare Konfrontation bedeutete, auch wenn aus Zweckmäßigkeitsgründen ein zeitweiliger Waffenstillstand geboten erscheinen mag. Der asoziale Internationalismus war eine Basis, auf der sich beide treffen konnten, denn auf beiden Seiten saßen die internationalen Brüder, die sich die Bälle zuwarfen. Und diese Mächtigen der Welt haben mitgeholfen, dieses störrische bolschewistische Riesenbaby zu hegen, zu pflegen und aufzuziehen, damit es für seine weltproletarische Aufgabe blühe, wachse und gedeihe. Dieser so geschaffene Einheitsbrei wäre dann umso leichter zu beherrschen und auszusaugen.

Vergleiche zwischen Hitler und Stalin anstellen zu wollen, wie man es oft aus Diffamierungsgründen zu tun versucht hat, sind nicht möglich. Stalin war weder der Schöpfer einer Weltanschauung, weder der Vollstrecker eigener Staatsgedanken, noch der Schöpfer der Sowjetunion. Was man ihm unumschränkt zubilligen muß, ist seine hervorstechende Eigenschaft als schlauer Taktiker und eiskalter Rechner. Im Stile eines großartigen Regisseurs herrschte er unumschränkt ein Lebensalter lang über die Sowjetunion. Er war der brutale Vollstrecker des Erbes, das er angetreten hatte. Niemals wird man bei ihm die Wahrzeichen eines Genies mit dem begnadeten Götterfunken entdecken.

Die Leistung Hitlers, sich vom unbekannten Gefreiten des 1. Weltkrieges aus eigener Kraft bis zum Staatsoberhaupt eines 80-Millionen-Volkes heraufgearbeitet zu haben, ist unbestreitbar und stellt unter Beweis, daß er seiner Umwelt gegenüber an Tatkraft, Energie, geistiger Gewandtheit und an Menschen gewinnenden und Menschen beherr-

schenden Fähigkeiten turmhoch überlegen war. Menschen solcher Art hat es sicher genügend unter Prominenten gegeben, nur waren sie deshalb noch keine Genies, weil ihnen der Götterfunke ermangelte. Dieser aber erst ist das Wahrzeichen eines Genies, den Hitler in Form einer realisiserbaren Idee mitbrachte. Diese aber in die Tat umzusetzen, war seine geschichtliche Leistung und bewies seine Genialität.
Während Stalin als äußerst fähiger Exponent des asozialen Internationalismus wurde, wollte Hitler die völkischen Eigenarten zu höchster Entwicklung und Gestaltung bringen. Stalin wollte die Völker zu einem Konglomerat verschmelzen, um über die niveaulos gemachten Völker dann umso besser herrschen zu können. Hitler erstrebte die Rückbesinnung Europas auf seine ererbten Werte und begann in Deutschland dafür mit Erfolg die Voraussetzung für diese abendländische Aufgabe zu schaffen, unsere ererbten geistigen und kulturellen Werte zu erhalten und auf die höchste Stufe der Entwicklung zu bringen.
Selbst seine Kritiker waren überrascht, wie schnell nach Überwindung aller klassenkämpferischen Ideen ein hoher Lebensstandard entstand und aus einer überfremdeten, rapid dahinschwindenden Existenzfähigkeit auf allen Gebieten des Geisteslebens, der Kunst und Wissenschaft schon in wenigen Jahren eine zivilisatorische und kulturelle Blüte entstand. Wer will heute stichhaltig beweisen, daß seine in reinsten Sinne des Wortes gemeinten nationalsozialistischen Ideen sich nicht überraschend schnell und gut bewährt hatten und das dazu noch in einer Revolutionsepoche, die mit anderen Maßstäben gemessen werden muß als normale andere Zeitabläufe? Wie anders sonst sind die gewaltigen Erfolge und der Geist, der aus ihnen sprach, zu erklären? Dies heute abstreiten zu wollen, ist ein auf die Dauer unmöglicher Versuch, der noch viel Mißklang verursachen wird.

Hitler hatte sich eben keiner der beiden vorhandenen Ideologien bedient und war seine eigenen Wege gegangen. Beide Seiten sahen neidvoll auf das junge Deutschland und fragten sich mit Recht, wie war so etwas möglich. Beide aber sahen darin auch eine Gefahr für ihre eigenen Länder, die anders und rückständiger regiert wurden und damit kam die Furcht, daß ihre eigenen Untertanen gleiche Forderungen stellen könnten. Wenn man in diesem Sinne von einer weltweiten Gefahr der geistigen Ausbreitung dieser Thesen und Ideen von Italien und Deutschland kommend, sprechen würde, kann man dem einen gewissen Wahrheitsgehalt nicht absprechen. Von jeher haben gute Ideen auch andere überzeugt. Aber mit Welteroberungsplänen im Sinne von Landeroberungen hat das nichts zu tun.

Ich mache diese Ausführungen deshalb, weil diese neue Lebensform und die überzeugenden sichtbaren Erfolge, an denen die Arbeiter, die Bauern, die Handwerker, das Bürgertum, Beamte, Industrielle und Wis-

senschafter alle gemeinsam an einem Strang ziehend beteiligt waren und nicht nur Forderungen, sondern auch ihre Pflichten alle freiwillig in den Dienst der Sache stellten.

Daß aber bei einer solchen Wandlung und bei einem solchen Geschehen, das ausschließlich auf die Leistung eines Mannes zurückzuführen war, insbesondere den kommunistischen Sowjets eine geistige Grenze ihres Expansionsstrebens setzte, war offensichtlich. Noch heute ist es Außenstehenden unfaßbar, daß am 1. Mai 1933 im vormals roten Berlin Millionen Arbeiter freiwillig zur Kundgebung auf das Tempelhoferfeld marschierten und in Begeisterungsstürmen ausbrachen, als Hitler sprach. Ganze ehemalige „Rotfront"-Einheiten und Kampfbundeinheiten der Sozialdemokraten marschierten noch zum Teil mit ihren Schalmeien-Kapellen gemeinsam mit den SA-Sturmabteilungen auf. Es war über Nacht alles vergessen und Gemeinsames beseelte alle. Bislang undenkbar!

Hier trat zum ersten Mal eine Lebensform in Erscheinung, die der kommunistischen haushoch überlegen war und die auch der einfache Arbeiter begriff. Hier war in kürzester Frist eine geistige Abwehrfront gegen die Weltrevolution geschaffen. Das bedeutete aber für die Sowjets eine tödliche Gefahr, da Deutschland für sie immer der Schlüssel zur Weltrevolution war. Dieser Gefahr aber galt es nach wie vor zu begegnen trotz des abgeschlossenen Nichtangriffspaktes und des späteren Freundschaftsvertrages vom 28. 9.1939. Das Mittel hieß Vernichtung bis zur Ausrottung der Menschen, die eine solche Lebensform überzeugend in Gang gebracht und sie mitgemacht haben. Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft, von den Sowjets in die Welt gesetzt, ist auch heute in der Welt die Devise, die sich die morgen zu Schlachtenden von ihren eigenen Schlächtern zu eigen gemacht haben. So einfach ist das und so dumm ist die Welt.

Aus diesen Gedankengängen heraus konnte Hitler niemals an die Verläßlichkeit und Dauer der mit den Sowjets abgeschlossenen Verträgen glauben. Er sah in diesen ihm vom Westen aufgezwungenen Verträgen lediglich die politische Notwendigkeit, einer beabsichtigten Einkreisung zu entgehen.

Ebenso zweifelsfrei hatte er auch nicht vor, von sich aus die geschlossenen Verträge zu brechen, solange die kriegerischen Herausforderungen der Amerikaner, Engländer und Franzosen bestanden und er befürchten mußte, daß sein großartiges Lebenswerk zerstört werden konnte. Ernsthafte Zweifel kamen ihm erstmalig während des Polenfeldszuges, als die Sowjets ihren „erhaltenen Wechsel" sehr nachhaltig einzulösen wußten. Schon die Überlassung Ostpolens bis zum Bug, ebenso die Forderung der Überlassung Estlands und Lettlands sowie Teile der Bukowina

waren für ihn als Europäer schmerzliche und nur unter dem Zwang der Verhältnisse zu erfüllende Forderungen.

Weiter war zu berücksichtigen, daß Hitler sehr genau wußte, daß Deutschland keineswegs auf einen Krieg größeren Umfanges vorbereitet und gerüstet war. Vor allen Dingen fehlten ihm die für einen solchen Krieg erforderlichen Rohstoffe, die weiter zu erhalten auf Grund der vereinbarten Wirtschaftsverträge für ihn lebensnotwendig waren. Auch schon bei dieser Gelegenheit wurde Hitler mit einem knochenharten Druck der Sowjets konfrontiert. Trotzdem ließ er sich zumindest bis Mitte 1940 nicht beunruhigen und war von seiner Seite aus am Fortbestand der Verträge interessiert. Er war damals überzeugt, daß die militärische Stärke Deutschlands derzeit ausreichte, Rußland von weiteren Forderungen oder gar aggressiven Handlungen abzuhalten.

Stalin und das ZK der Kommunistischen Internationale

Doch wie sah Stalin und wie bewertete er diesen Pakt? Zunächst muß eindeutig festgestellt werden, daß auf Grund der Kriegspolitik der Westmächte, die ausschließlich gegen Deutschland ausgerichtet war, Stalin sich in der allerstärksten Position befand. Er konnte jederzeit zwischen zwei Möglichkeiten wählen. Er war es, der am langen Hebel saß und aus dieser Position seine Forderungen stellen konnte. Das hatte er ja schon ausgiebig bei den Engländern und Franzosen getan, indem er mit seinen viel weitergehenden Forderungen nach Einfluß auf den Balkan, Zugang zum Mittelmeer und Einfluß auf Rumänien und Bulgarien gefordert hatte. Der Unterschied lag nur darin, daß diese bereit waren, allen Forderungen nachzukommen, während Hitler später anläßlich des Molotow-Besuches in Berlin am 12. November 1940 diese Ansprüche aus einer europäischen Verantwortung her ablehnte. Dies war eine entscheidende Wende in den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Kann man Hitler daraus einen Vorwurf machen? Ich glaube nicht. Jeder Politiker treibt seine Politik aus der Sicht des Raumes, in dem er geboren und gelebt hat. Das ist ganz natürlich. Hitler von Geburt aus Österreicher und damit Habsburger. Seit Jahrhunderten war der Blick Wiens stets sorgenvoll nach Südosten gerichtet, wenn es galt, die Anstürme der Mongolen und später des Islams abzuwehren. So ist auch aus der Sicht Hitlers als Österreicher verständlich, daß es dort im Interesse Europas keine Konzessionen machen durfte. Wäre er Preuße gewesen, hätte er aus dieser Sicht vielleicht anders gehandelt. Aber was soll's. Kein wirklicher Europäer wird ihm für das Eintreten europäischer Interessen daraus einen Vorwurf machen können.

Für Stalin wurden mit Abschluß der Verträge mit Deutschland keineswegs seine weltrevolutionären Ziele hinfällig. Für ihn war von Anfang an der Nichtangriffspakt mit dem Reich darauf abgestellt, Zeit für seine Rüstungen, beziehungsweise Umrüstungen auf Grund der deutschen Erfahrungen zu gewinnen, um zu gegebener Zeit mit geballter Kraft in Europa einfallen zu können. Dazu war zuvor eine entscheidende Schwächung der deutschen Verteidigungskraft notwendig, die Stalin sich aus seiner kriegerischen Auseinandersetzung der Westmächte mit Deutschland erhoffte. Der Westen tat ihm auch den Gefallen, nur mit dem Unterschied, daß die Sowjets nicht diesen Zeitpunkt bestimmen konnte, sondern Hitler ihnen zuvor kam und in einen unvorstellbaren militärischen Aufmarsch hineinstieß und diese Truppen zerschlug, bevor sie ihre vorgesehene Vernichtungsschlacht im Herzen Europas, auf deutschem Gebiet und darüberhinaus am Atlantik zu schlagen bereit waren. Ihnen ist die deutsche Armee nur um zwei Monate zuvorgekommen. Doch darüber werde ich noch besonders berichten. Auch hier wollte Hitler, wie einfach aus rückwärtiger Sicht festgestellt wird, keine geplante Eroberungspolitik treiben, sondern war aus einem Selbsterhaltungstrieb zum Präventivkrieg gezwungen. Rußland war enttäuscht, daß der Frankreichfeldzug so schnell und ohne wesentliche Schwächung der deutschen Armee vorübergegangen war. Nunmehr hoffte Stalin auf eine kräftezehrende Landung der deutschen Armee in England und damit eine langfristige Bindung deutscher Streitkräfte, um dann billige Lorbeeren ernten zu können. So mußte es dann selber erbarmungslos kämpfen und seinen späteren Sieg, der nur durch die gewaltige amerikanische und englische Waffenhilfe in entscheidender Stunde möglich war, mit einem enormen Blutzoll bezahlen. Aber auch den Deutschen wurde nichts geschenkt.

Nicht für Hitler, aber für Stalin hatte nach eigenen Aussagen „der zweite Weltkrieg in politischer Beziehung am 30. Januar 1933 begonnen". Wenn heute noch diese These propagiert wird, auch von der bürgerlichen Mitte, dann kann man ihnen den Vorwurf nicht ersparen, daß sie ungeprüft und wenig kritisch sich noch jetzt der Worte Stalins bedienen, obwohl sie vom Kommunismus nichts wissen wollen. Daß diese These weiterhin von den ewigen Kommunisten verbreitet wird, nimmt deshalb nicht wunder, weil sie aus den Reihen des kommunistischen Widerstands kommt. Und wenn man auch dem Gegner den nötigen Respekt vor seiner Leistung nicht versagen will, muß man historisch festhalten und anerkennen, daß der einzige wirklich ernstzunehmende Widerstand gegen Hitler und damit gegen Deutschland fast ausschließlich aus den Reihen der Kommunisten gekommen ist. Dies aber ist ein weiterer Beweis dafür, daß Stalin zu keiner Zeit den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt und schon gar nicht das Freundschaftsabkom-

men vom 28. 9.1939 ernstgenommen hat. Bezeichnend dafür ist, daß dieses Freundschaftsabkommen in der gesamten neueren Literatur der Sowjets peinlichst verschwiegen wird.
Wenn auch vordergründig die offizielle Agitation gegen Deutschland nach Unterzeichnung des Abkommens etwas eingeschränkt wurde, so hat doch zu keiner Zeit der völkerrechtswidrige Untergrund- und Partisanenkampf aufgehört. Im Gegenteil wurde er gemäß der Richtlinien des ZK der Kommunistischen Internationale - an denen auch Herr Wehner maßgebend beteiligt war - fortgesetzt und auf breiter Ebene verstärkt. Obwohl Stalin Hitler wiederholt zu einem Krieg im Westen ermutigt hatte, gingen ihm aber die Blitzaktionen gegen Polen, Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich zu schnell; vor allem war er enttäuscht, daß diese Aktionen nicht den erhofften Blutzoll und damit eine Schwächung der deutschen Armee gefordert hatten.
„Stalin sah 1939 eine Chance, Hitler vor dem kommenden Angriff auf Rußland zu schwächen, indem er ihn ermutigte, einen Krieg im Westen zu führen." („Die Welt" 1958 vom 11.12., S. 6, Interview mit Walter Lippmann) Bei diesem Zitat muß man die durch nichts erwiesene Absicht Hitlers, Rußland angreifen zu wollen, als eine Zweckagitation beurteilen. Denn wie konnte Stalin sich sonst echt „überrascht" zeigen, als die deutsche Armee am 22. Juni 1941 auf Grund der Angriffsvorbereitungen Stalins zum Angriff antrat?

Historisch jedenfalls steht fest, daß Stalin verstärkt in allen besetzten Ländern kommunistische Kampfgruppen und Partisanenverbände aufstellen und hinterrücks kämpfen ließ. Das alles geschah vertragsbrüchig trotz Nichtangriffspakt und Freundschaftsabkommen, zudem noch völkerrechtswidrig. **Die** Aussagen von M. I. Semirjaga in seinem Buch „Der Zweite Weltkrieg und der proletarische Internationalismus" S. 11 bis 17 legen davon Zeugnis ab; „die grundlegenden strategischen Aufgaben der Arbeiterschaft blieben während des ganzen Verlaufs des Krieges unverändert. Sie bestanden darin, den Faschismus zu vernichten, aber vor allem seine hitlerische Erscheinungsform als das *größte* und *gefährlichste Hindernis* auf dem Wege der Völker zum Frieden, zum sozialen Fortschritt, zum Sozialismus..."

Wenn auch die strategische Linie der kommunistischen Parteien in den Jahren des zweiten Weltkrieges unverändert blieb, so sind doch die taktischen Formen des Kampfes der Arbeiterklasse geändert worden je nach den vorliegenen konkreten historischen Umständen in dieser oder jener Etappe des Krieges. Die Taktik der kommunistischen Parteien war vom ZK der Kommunistischen Internationale festgelegt worden. Es gab im Oktober 1939 einen Aufruf heraus, in dem der Krieg auf beiden Seiten der damals kämpfenden Gruppen als imperialistisch gekennzeichnet wurde. Der Aufruf enthielt die Losung: „Keine Unterstützung der Poli-

tik der herrschenden Klasse... In Verbindung mit dem Einfall der deutschfaschistischen Eroberer in Frankreich änderten die französischen Kommunisten ihre taktische Haltung. Ende Mai 1940 nahm die kommunistische Partei eine Deklaration an über den Kampf mit den fremden Eroberern und den nationalen Verrätern.

Das *Manifest* der Kommunistischen Partei vom 10. Juli 1940 war der *erste Aufruf zur Entfaltung des antihitlerischen Krieges.* Es legte den Grundstein für die Widerstandsbewegung des französischen Volkes. Ende 1940 wurden die Kommunisten die *Organisatoren der ersten kampfkräftigen Gruppen,* die ihren Kampf 1941 entfalteten. Es war die Sammlung der patriotischen antifaschistischen Kräfte…

Die Kommunisten haben überall die patriotischen Bewegungen zur Schaffung einer antifaschistischen Einheitsfront zur Entfaltung des Widerstandes ermuntert und waren deren Organisatoren. In diesen Ländern wie Polen, Holland, Norwegen, Dänemark, Tschecho-Slowakei, Jugoslawien, Griechenland und anderen wurden *bewaffnete Kader* zum Kampf gegen fremde Eroberer aufgestellt.

Die militärische Niederlage vieler europäischer Länder und ihre Besetzung durch die hitlerischen Truppen schilfert im *Frühjahr 1940* - also *vor* Kriegsausbruch mit Rußland - für die kommunistischen Parteien neue Umstände im Kampf für die Einheit der Arbeiterschaft gegen den Faschismus."

Hier wird bewiesen, daß Sowjetrußland über seinen weltweiten Arm des ZK der Kommunistischen Internationale vertragsbrüchig wurde und den Krieg herauszufordern begann und Hitler dann mit seinem strategischen Aufmarsch 1941 mit über 210 Divisionen zwang, die „russische Dampfwalze" zu zerschlagen, bevor sie in Europa einbrechen konnte.

Außerdem erkennt man in diesen Ausführungen die planmäßige völkerrechtswidrige und verbrecherische Vorbereitung des Heckenschützen- und Partisanenkampfes, dem die deutschen Armeen, die nachweisbar einen fairen, ehrenhaften, die Zivilbevölkerung schonenden Kampf geführt haben, ausgesetzt waren. Daß dieses Meuchelmordsystem gemäß internationalem Kriegsrecht scharfe Gegenmaßnahmen herausforderte, war die selbstverständliche Folge dieser ungesetzlichen und damit verbrecherischen Brutalität dieser von den Kommunisten entsprechend ihrem leninistischen Glaubensbekenntnis begonnenen Aktivitäten. Sie haben deshalb auch kein Recht, sich darüber zu beschweren, daß von der deutschen Armee mit vollem Recht zurückgeschlagen wurde. Sie waren die Herausforderer und damit die Verantwortlichen für die von Hitler niemals gewollte Brutalisierung des Krieges, die dann zwangsläufig solche Geschehnisse wie in Lidice, Oradour und Kappler-Unternehmen in Rom zur Folge hatten. Nur sollte man hier nicht Ursache und Wirkung verwechseln. Wer aus dem Hinterhalt in Zivil schießt

und mordet, ist des Todes, und wenn er sich selbst nicht stellt, gefährdet er in unverantwortlicher Weise seine Landsleute, die nach altem Kriegsbrauch dann als Geisel dafür einzustehen haben. Aber gerade das wird ja gewünscht, um die Atmosphäre weiter vergiften zu können.
Die systematische Verrohung des Krieges mit immer mehr sich steigernden Maßnahmen und Gegenmaßnahmen ist durch die kommunistische Ideologie erst ausgelöst worden. Wenn man weiß, daß die Sowjets nach vorliegenden Statistiken die unvorstellbare Zahl von 143 Millionen Menschen bei ihren Säuberungs- und sogenannten Befriedungsaktionen haben über die Klinge springen lassen, und wenn man sieht, was im Zuge weiterer Befriedungsaktionen der Kommunisten in Vietnam, Kambotscha, Äthiopien, Angola, Afghanistan, um nur einige zu nennen, geschieht, kann man sich leicht ausrechnen, was geschehen würde, wenn Europa eine nochmalige Auseinandersetzung mit dieser Weltrevolution erleben müßte, was Gott verhüten möge. Nur befürchte ich, das Tribunal in Nürnberg, wo sich die Sieger das Recht anmaßten, über die Besiegten Recht zu sprechen, nur insofern Zeichen gesetzt hat, als der nächste Krieg noch brutaler bis zur Ausrottung geführt wird, um nicht noch einmal als Besiegter vom Sieger gerichtet zu werden.
Die Welt ist heute leider noch nicht soweit, daß sie sich die gepriesenen Menschenrechte und die Grundrechte der unteilbaren Freiheit in der Masse zu eigen gemacht hat. Trotz des liebenswerten russischen Volkes, das gerade wir Deutsche während des Krieges zu schätzen und zu achten gelernt haben, das genau wie wir die Freiheit und die Menschenrechte schätzt und ersehnt, wird dieses Volk mit über 50 % der verschiedensten Minderheiten durch eine eiserne, mit allen Privilegien ausgestattete Führungsschicht, die auf ganz andere Ideale eingeschworen ist, geführt und unterdrückt. Diese Führungsschicht, bereits in der 3. Generation vererbt, ist vielleicht die einzige gut funktionierende, knochenharte Aristokratie, die ihre Mission kennt und auch dafür zu sterben bereit ist. Ob das auch heute für die dekadente Welt des Westens zutrifft, erscheint mir Zumindestens zweifelhaft. In jedem Fall wird in der westlichen Welt nichts oder zu wenig getan, um auch nur eine annährend ebenbürtige Elite entstehen zu lassen. Aber auf eine solche wird es in Zukunft entscheidend ankommen, wenn wir nicht ganz vermassen wollen.

Machen wir uns doch nichts vor, Auseinandersetzungen und kriegerische Ereignisse werden, wie jeder Tag erneut beweist, auch in Zukunft trotz aller schönen Worte nicht zu vermeiden sein, zumal es sich bei den großen Konflikten um geistig-ideologische Auseinandersetzungen handeln wird. Diese aber sind keine ritterlichen Spiele mehr, sie pflegen mit einer krankhaften Brutalität der von Menschheitsträumen Besessenen geführt zu werden, die keine andere Meinung gelten lassen wollen. Es

sind gleichsam Religionskriege, wie wir sie vor knapp 300 Jahren in Europa erlebt haben mit dem Resultat, daß nur ein drittel der deutschen Bevölkerung überlebt hat.

Stalin ging es nur darum, im Interesse der Weltrevolution den Krieg um jeden Preis zu erreichen. Noch am gleichen Tage der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes erklärte er in einer Geheimsitzung vor den Mitgliedern des Politbüros:
„Ich habe die Überzeugung, daß Deutschland, wenn wir die Allianz mit Frankreich und Großbritannien fortsetzen, sich gezwungen sehen wird, vor Polen zurückzuweichen. Auf diese Weise wird der Krieg vermieden werden. Aber die Ereignisse bekommen dann für uns einen gefährlichen Charakter.
Nehmen andererseits wir die Vorschläge an, wird die Intervention Frankreichs und Englands unvermeidlich. Jedenfalls müssen wir abseits vom Konflikt bleiben. Das verlangen unsere Interessen. Demnach müssen wir den deutschen Vorschlag annehmen und, unter höflicher Ablehnung, die englische und französische Mission wieder heimschicken!

Es ist wesentlich für uns, *daß dieser Krieg ausbricht.* Wir müssen die kommunistische Arbeit verstärken, um wohl vorbereitet zu sein für den Augenblick, wo der Konflikt *sein Ende* finden wird."

Auch der sowjetische Botschafter in London Maiski, bestätigt in seinem Buch „Wer half Hitler" auf Seite 194, daß Stalin bereits während der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes von der „Unvermeidbarkeit des Krieges" überzeugt war. Er formuliert es so: „die sowjetische Regierung habe die sowjetisch-deutsche Vereinbarung vom 23. 8.1939 niemals als vollendeten Akt angesehen". Diese angebliche Unvermeidbarkeit des Krieges kann doch nur bedeuten, daß Stalin ihn für unvermeidbar hielt, weil er ihn wollte. Denn Hitler hatte ihm für eine derartige Unterstellung keinerlei Anlaß gegeben.

Die heute von interessierter Seite immer wieder angeführten „Lebensraumbestrebungen" Hitlers im Osten aus seinem 1925 geschriebenen Buch „Mein Kampf" sind geradezu kindisch und für einen Historiker absolut wertlos. Einmal wurde dieses Buch in einer Zelle in Landsberg geschrieben, als Hitler auf der Stufe Null seines politischen Kampfes stand und er noch ein kleiner Provinzpolitiker war. Damals konnte er auch in seinen künsten Träumen niemals wissen, daß er einmal Führer und Kanzler des IQ. Reiches werden würde. Dieses Buch war eine parteiinterne Kampfschrift. Die Lebensraumfrage wurde deshalb von ihm aufgeworfen, um insbesondere Frankreich zu beruhigen, daß er hinsichtlich Rückgewinnung Elsaß-Lothringens im Interesse des europäischen Friedens keinerlei Ambitionen habe. Außerdem ist mit keinem Wort von einer Eroberung die Rede.

Zudem, seit wann ist es üblich, daß irgendwelche in Pubertätsjahren geäußerten Storys später einem ausgereiften Mann in verantwortlicher Position aufgerechnet werden? Jeder weiß, daß der Mensch in dem Maße wächst, in dem er mit großen und größten Aufgaben konfrontiert wird, ebenso, daß er ganz andere Erkenntnisse und Auffassungen gewinnt. Warum ist man nicht bereit, dies auch Hitler zuzubilligen? Denn bekanntlich hat Hitler selbst mehrmals sich geäußert, daß er dieses Buch in der Form nicht geschrieben hätte, wenn er gewußt hätte, daß er einmal der Führer des Deutschen Reiches sein werde. Er hat bedauert, daß ihm seine Aufgaben keine Zeit ließen, gewisse Stellen zu berichtigen oder seine Gedanken und sein Vermächtnis in einem neuen Buch darzustellen.

Abschließend möchte ich das Kapitel Stalinpakt abschließen mit den Ausführungen des deutschen Historikers Udo Walendy aus „Wahrheit für Deutschland" auf Seite 375:

„Nicht die Person Adolf Hitler, nicht der Gehalt seiner Ideen, nicht einzelne Maßnahmen der Reichsregierung waren für die Kommunisten Wertmesser. Allein, daß er sich nicht den Moskauer Weltrevolutionsplänen zur Verfügung stellte und den Marxismus-Leninismus als der Weisheit letzter Schluß anerkannte, genügte, um ihn, seine Partei und schließlich das von ihm geführte deutsche Volk summarisch zu verurteilen, als Verbrecher, Aggressoren, Verschwörer, Imperialisten, Militaristen, Kapitalisten usw.

Die Fähigkeit, der kommunistischen Unterwanderung einen Riegel vorzuschieben, genügt dem kommunistischen System, einen rücksichtslosen und weltweiten Diffamierungs- und Lügenfeldzug aufzuziehen. Millionen von Menschen werden kraft der Herrschaftsstruktur des Kommunismus gezwungen, die so fundierten Wertungen als „wissenschaftlich erwiesene Wahrheiten", als „geistiges Allgemeingut der Menschheit" anzuerkennen und für sie ihr Leben einzusetzen!
Es entspricht der kommunistischen Taktik, einen Gegner (sprich: nichtkommunistischen Gegner) nach dem anderen unter propagandistischen Trommelfeuer zu nehmen und die übrigen „kapitalistischen Staaten" mit „allen Kniffen und Winkelzügen" in das Streben einzuspannen, diesen unmittelbaren Gegner niederzuschlagen. Das verwundert dem Sachkenner nicht, daß genau die gleichen Diffamierungsmethoden und die gleichen Schlagworte, die gegen das Deutsche Reich angewandt worden sind, nach dem zweiten Weltkrieg auf die *Vereinigten Staaten* von Amerika übertragen wurden.

Die Kommunisten sagen offen, daß sie selbst Lügen, Verleumdungen, Vertragsbrüche, Geschichtsfälschungen für moralisch halten, sofern sie ihren Interessen, d.h. der Weltrevolution dienen. Hier zeigt sich die Haltlosigkeit und die Gefährlichkeit der Wertbasis, von der die Kom-

munisten ausgehen. Indem man jeden sofort einer „Schuld" bezichtigt und ihn sogar mit Liquidierung bedroht, der nicht im marxistisch-leninistischen und damals noch stalinistischen Gedankenfolgen denkt und sich dem Moskauer Willen unterwirft, indem man jeden Nichtkommunisten von vornherein zum Aggressor und Friedensfeind stempelt, kann man keinen Frieden fördern, keine völkischen Probleme lösen, kein internationales Vertrauen schaffen und schon gar keine ‚Rechtsgrundsätze' konstruieren."

Der deutsche Operationsplan gegen Polen

Nach der polnischen Absage, ernsthaft zu verhandeln, der Drohung, daß jede Veränderung Krieg bedeute, nach der provozierenden englischen Garantieerklärung und der nunmehr erkennbaren Einkreisungspolitik der Westmächte gab Hitler, nachdem er noch weitere vier Wochen abgewartet hatte, am 3. April 1939 dem Oberkommando der Wehrmacht den Auftrag, einen Operationsplan gegen Polen auszuarbeiten, der ein Einschreiten gegen weitere Provokationen jederzeit ab 1. September ermöglicht. Dies war naturgemäß ein Geheimbefehl. Alle Maßnahmen waren auf einen *Eventualfall* abgestimmt und sollten ohne eine spektakuläre Mobilmachung vorbereitet werden.
Während zu diesem Zeitpunkt die Polen auf Grund der britischen Garantie bereits völlig grundlos eine Teilmobilisierung ihrer Armee verkündet hatten, ließ Hitler erst einen Operationsplan aufstellen. Einen solchen erst ausarbeiten, heißt doch, daß bisher überhaupt keiner da war. Auch hier erhebt sich die Frage, wie sich ein solcher Tatbestand mit den Hitler immer wieder nachgesagten Aggressions- und Welteroberungsplänen in Einklang bringen läßt.

Auch kann man aus der Aufstellung eines solchen Operationsplanes, der übrigens „Fall Weiß" genannt wurde, nicht die Absicht oder den Willen zu einem aggressiven Vorgehen gegen Polen herauslesen, wie-das immer wieder getan wird. Hier handelte es sich um eine vorsorgliche Maßnahme, wie sie jeder Generalstab eines Landes zu treffen pflegt und legitim ist. Auch kann man aus einer solchen Anordnung keinen Kriegsentschluß ablesen oder konstruieren. Dies war eine selbstverständliche Vorsichtsmaßnahme, die auf Grund der durch die Polen aufgezwungenen Lageveränderung erforderlich wurde. Sie bedeutet ein Minimum dessen, was jeder andere Staat in gleicher Lage pflichtgemäß auch getan hätte.

Auch waren hiermit keinerlei politische Kriegsziele genannt oder vorgesehen. Dagegen hatte Polen seit Bestehen nachweisbar Operationspläne vorliegen, die den Erwerb von Danzig, Ostpreußen und Gebiete bis zur Oder betrafen.

Nach Clausewitz ist der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Die Politik Hitlers war auf Verhandlungsbereitschaft und den Willen, mit Polen zu einem friedlichen Ausgleich zu kommen, angelegt. Noch am 11. 4.1939 ging eine zusätzliche Weisung Hitlers an die Operationsabteilung, daß dieser Plan nur der Vorbeugung dienen solle, falls die Polen weiterhin eine drohende Haltung gegen das Großdeutsche Reich einnehmen sollten. Diese Vorsichtsmaßnahme war zweifellos durch das von Frankreich und England geschaffene Bündnissystem berechtigt. Denn schon am 6. 2.1939 hatte Chamberlain in einer Erklärung vor dem Unterhaus, also schon *vor* dem Einmarsch in Prag, gesagt, daß bei Bedrohung von „Lebensinteressen" England der französischen Regierung „vorbehaltlos" militärisch unterstützen werde. Umgekehrt hatte der französische Außenminister Bonnet eine gleichlautende Erklärung wie später bei der polnischen Garantie abgegeben, wobei völlig ungewöhnlich die Frage des Aggressors völlig ausgeklammert wurde. Dies war für eine Auslösung des Krieges umso bedenklicher, als sich England unkontrollierbar in die Abhängigkeit Frankreichs begab, daß sich ja in einem Militärbündnissystem mit Polen, den Sowjets und der damals noch bestehenden Tschecho-Slowakei befand. Die denkbare Folge eines so weit reichenden Systems konnte ein allgemeiner Krieg sein, wenn zum Beispiel die Tschecho-Slowakei Deutschland angriff. In einem solchen Falle hätten alle fünf Länder, die UdSSR, England, Polen und Frankreich, zusammen mit der Tschecho-Slowakei über Deutschland herfallen müssen. Auch hier erhebt sich die berechtigte Frage, *wer* nun eigentlich der *Bedrohte* war. Doch eindeutig Deutschland.

Bei einem derartigen Arrangement kann man wirklich nicht mehr von Friedensinitiativen zur Auflockerung der Fronten sprechen, sondern man muß hier klar eine gewollte Kriegspolitik erkennen.

Nachdem England schon, wie erwähnt, um 10.10.1938 die Allgemeine Wehrpflicht und die Aufstellung von 16 Divisionen beschlossen hatte, wurde am 23. Januar 1939 die Einführung des nationalen freiwilligen Dienstes als weitere Kriegsvorbereitung beschlossen. Ebenso wurde Englands Bereitschaft erklärt, im Falle bedrohter Lebensinteressen nicht genannter europäischer Länder auf dem Kontinent militärisch einzugreifen. Auch dies war ein ungewöhnlicher Vorgang, nämlich eine Einmischung in die Angelegenheiten fremder Länder, wie sie provozierender gar nicht vorstellbar ist. Die gleiche Situation würde heute heraufbeschworen, wenn die Bundesrepublik erklären würde, daß sie jeden Ostblockstaat militärisch unterstützen würde, wenn es den Sowjets einfallen sollte, im Falle innerer Unruhen sich einzumischen. Wenn das keine Kriegspolitik ist, weiß ich nicht, wie man ein solches Verhalten anders nennen soll.

Zum „Fall Weiß" liegt die Aussage des Generalfeldmarschalls Keitel im Nürnberger Prozeß vor: „Immer wieder versicherte Hitler, daß er mit Polen keineswegs einen Krieg wolle, und daß er es niemals dazu kommen lassen werde, wenn ein Eingreifen Frankreichs, im Geiste seiner Ostverträge, zu befürchten sei". (W. Görlitz „Keitel - Verbrecher oder Offizier" S. 207).
Nicht Hitler, sondern England hat die europäische Schicksalswende herbeigeführt, obwohl Deutschland weder England noch Polen bedroht hatte. Im Gegenteil warb Hitler weiter um die Freundschaft mit England, hatte Polen die weitgehendsten Angebote gemacht, während Großbritannien alles nur Erdenkliche für eine Spannungsverschärfung tat, wie der Blankoscheck für Polen, Billigung der polnischen Terrormaßnahmen gegen die deutschen Minderheiten, Einkreisungspolitik, Tilea-Lüge und andere Unterstellungen Hitlers bis hin zu den vorgeschobenen Erobererungsplänen.

Das Militärabkemmen Polen-Frankreich

Ein weiterer Schritt zum Kriege ging von Frankreich aus. Der französische Außenminister Bonnet wußte sehr wohl um die von Polen ausgehende Kriegshetze. Noch am 5. 5.1939 hatte der polnische Außenminister Beck vor dem Sejm in einer Rede angesichts der großzügigen und großherzigen Vorschläge Hitlers die Dinge geradezu auf den Kopf gestellt. Mit den Worten „wir Polen erkennen die Auffassung vom Frieden um jeden Preis nicht an" oder ich bestehe auf der Bezeichnung „Provinz Pommerellen". Das Wort Korridor ist eine künstliche Erfindung; denn dies ist ein altes polnisches Land mit einem unbedeutenden Prozentsatz deutscher Kolonisten. Damit schlug er jeden Verständigungswillen aus, überbot sich in einem kaum vorstellbaren Zynismus und ließ offen seinen Kriegswillen erkennen. Bonnet vernahm kopfschüttelnd die Meinung des in Paris akkreditierten polnischen Botschafters Lukasiewicz: „Wir fürchten nichts. Rußland wird nicht erlauben, daß Deutschland uns anrührt, Deutschland wird Rußland daran hindern, uns etwas zu tun". (C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission" S. 353).

Trotzdem oder gerade deshalb wurde am 17. Mai 1939 zwischen Frankreich und Polen ein Militärabkommen geschlossen, wonach sich der französische Generalstab verpflichtete, am 15. Tage nach Kriegsbeginn die „Siegfriedlinie" zu durchbrechen. Es handelte sich hier um den noch im Bau befindlichen Westwall. Damit war Frankreich dem polnischen Wunsch eines Angriffskrieges mit dem Angriffsziel Berlin entgegengekommen. Außerdem drang Lukasiewicz auf die Fixierung einer

Geheimklausel, „daß Danzig für Polen von lebenswichtiger Bedeutung sei". Das besagt eigentlich alles und wollte bewußt unüberbrückbare Konflikte schaffen. Bonnet schreibt auf Seite 223 seines Buches „Vor der Katastrophe": „Es schien mir, daß Becks feines Spiel darin bestand, die französisch-britische Verbundenheit auszunutzen, um den einen von uns mit Hilfe des anderen zum Abschluß immer umfassenderer und eindeutigerer Verpflichtungen hinzureißen".

Aber Bonnet tat trotz seines Kopfschütteins und obiger nachträglicher Erkenntnis nichts, um die auf den Händen liegende Katastrophe zu verhindern. Er war einfach den Engländern nicht gewachsen und persönlich zu schwach und energielos. Er wußte sehr wohl wie auch Herr Beck, daß sie mit ihrem Abkommen sowohl den deutsch-polnischen als auch den französisch-polnischen Freundschaftsvertrag mit Hitler bedenkenlos brachen. Für Frankreich war das umso beschämender, da der Verzicht auf Elsaß-Lothringen nur unter einer dauerhaften Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland zustande gekommen war. Bonnet aber spielte mit und unterstützte die größenwahnsinnige „Großmachtspolitik" eines Herrn Beck ohne realen Flintergrund, wie sich bald zeigen sollte, sehr überzeugend.

Auf der gleichen Ebene liegt ein anderes für die Arroganz Becks bezeichnendes Beispiel. Am 5. Juli bat Beck den Außenminister Halifax gelegentlich der Vorbereitung des Textes über die polnische Außenpolitik, die im englischen Unterhaus von Chamberlain vorgetragen werden sollte, folgende Formulierung zu streichen: „daß die polnische Regierung als solche Gespräche mit Deutschland objektiv, aber guten Willens führen würde". Das geschah auch tatsächlich, als Chamberlain am 10. Juli im Unterhaus sprach. (M. Gilbert u. R. Gott „Der gescheiterte Frieden", S. 200 und Dok. 236 Vol. VI DBFP) Schon hieraus ersieht man, daß Polen gar nicht vorhatte, einen guten Willen zu zeigen, und, dadurch, daß England sich mit dieser Streichung einverstanden erklärte, den Beweis erbrachte, ebenfalls gewollt auf den Krieg zuzusteuern. Nur wir stupiden Deutschen sind heute vom Gegenteil überzeugt und machen unberechtigte Unterwerfungspolitik, statt mit Würde unser Recht zu vertreten, das stets von anderen mit Füßen getreten wurde.

Ein weiterer Störversuch Englands, Italien aus der Achse herauszubrechen

Vom 11. bis 13. Januar 1939 fanden im Rom zwischen Mussolini und seinem Außenminster Ciano einerseits und Chamberlain mit seinem Außenminister Halifax andererseits wichtige Besprechungen statt. Hier ging es den Engländern vordringlich darum, Mussolini einzuschüchtern

und durch Säen von Mißtrauen, die Achsengemeinschaft aufzubrechen. Mussolini vertrat hier sehr nachhaltig seinen und Hitlers Standpunkt, den Frieden im Interesse der ganzen Zivilisation zu erhalten. Er bedauerte, daß nach München eine verabredete Zusammenarbeit der vier beteiligten Mächte zur Erhaltung des Friedens leider nicht zustande gekommen sei. Er verwies auf seine früheren Vorschläge von 1933, zwischen den vier Mächten England, Frankreich, Italien und Deutschland einen Viermächtefreundschafts- und -konsultationspakt abzuschließen, ebenso an seine vergeblichen Abrüstungsbemühungen. Er trug auch seine persönliche Meinung vor, daß es für alle Staaten wünschenswert sein müsse, die leidige Judenfrage dadurch einer Lösung zuzuführen, daß man auch im Interesse der Juden einen eigenen souveränen Judenstaat ins Leben rufen solle, ein Gedanke, den auch Hitler vertrat und deshalb jüdische Ausbildungsstätten einrichten und finanzieren ließ, um neben fachlicher Schulung dieses Vorhabens das völkische Bewußtsein der Juden zu stärken. Mussolini gab auch offen seine Besorgnis zu erkennen über die neue von England eingeschlagene Konfrontationspolitik gegenüber Deutschland, die jegliche Verständigung ausschließe.

Wie die englischen und italienischen Protokolle ausweisen, entgegnete Chamberlain, daß nach vielfachen Überlegungen er Ende 1938 seine Meinung über Deutschland geändert, da ihn die Deutsche Haltung enttäuscht habe. Er definiert aber keineswegs seine Gründe. Das konnte er auch wohl nicht gut, da zu diesem Zeitpunkt keinerlei politische Gründe vorlagen, die dies gerechtfertigt hätten. Die außenpolitische Lage war die gleiche wie zur Zeit Münchens. Er konnte wohl auch nicht gut zugeben, daß diese Änderung lediglich auf Grund des Druckes der Kriegstreiber aus seinem eigenen Lande und aus Amerika ihn inzwischen mürbe gemacht hatten.

Im Zusammenhang mit der jüngsten merkwürdigen Demonstration in der italienischen Deputiertenkammer, wo Forderungen nach Korsika, Tunis und Nizza laut geworden seien und damit das Verhältnis Frankreich-Italien getrübt habe, meinte Mussolini, dies sei eine spontane Willensäußerung einiger Abgeordneter gewesen, die keinerlei entscheidende Bedeutung habe und ausgeräumt werden könne. Sodann kam das Gespräch auf Deutschland. Hier wird das alte englische Spiel wieder sichtbar. Er behauptete, Deutschland wolle eine unabhängige Ukraine schaffen und bereite einen Angriff auf England, Polen, Frankreich und die Sowjetunion vor.

Diese Äußerungen setzten Mussolini in echtes Erstaunen, da er über Hitlers Absichten auf Grund enger Zusammenarbeit sehr genau orientiert war. Er wies diese Gerüchte als solche energisch zurück und verwies auf den derzeitigen deutschen Rüstungsstand, der lediglich für eine Verteidigung ausreiche, aber niemals für offensive Unternehmungen.

Chamberlain bestritt das scheinheilig und behauptete ebenso wahrheitswidrig, daß Englands Aufrüstung nur der Verteidigung gegen Deutschland diene. Nachdem Chamberlain dann noch einfließen ließ, daß ihm auch militärische Vorbereitungen Deutschlands gegen Italien bekannt seien, war dem Duce klar, welches Spiel England zu treiben vor hatte. Um dann dem italienischen Staatsführer weiter zu imponieren, verwies er auf die derzeitige Kampfbereitschaft Englands und Frankreichs, die im Gegensatz zu 1938 nunmehr gegeben sei.

Mussolini bestritt nochmals die Behauptung, daß das Reich übermäßig aufgerüstet hatte und erwähnte in diesem Zusammenhang die enorme Aufrüstung der russischen Armee, die nunmehr ein Friedensheer von 2 Millionen Soldaten unterhalte und über das dreifache der deutschen Armee betrage. Auch in dieser Hinsicht müßten Deutschlands Defensivplanungen gesehen werden. Interessant ist, daß in den englischen Protokollen die Defensiverfordernisse der Deutschen gegenüber den Russen fortgelassen wurden, ebenso die Beurteilung der sowjetischen Armee im Gegensatz zu Chamberlain, der meinte, die Verhaftung und Hinrichtung von 20000 sowjetischen Offizieren durch Stalin habe die russische Armee auf unabsehbare Zeit so geschwächt, daß sie kein ernst zu nehmender Faktor mehr sei. Dabei hatte noch während dieser Konferenz die „Krasnaja Swesda" (Roter Stern) den Sieg des Kommunismus über die ganze Welt gefordert.

„Feierlich erklärte Mussolini, daß Hitler niemals feindselige Pläne gegen den Westen hege", auch wolle Hitler „keinerlei Zerstückelung Rußlands", obwohl für die russische Bevölkerung das Ende des Kommunismus ein wahrer Segen sei. Dies aber ließ den vormaligen Kommunistenfeind Chamberlain, auf Grund seiner politischen Umorientierung eiskalt und überging diese Bemerkung des Duce. Weiter überraschte Mussolini die Bemerkung des britischen Premiers, daß demnächst eine Verschärfung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen eintreten werde. Zu diesem Zeitpunkt war das ein unverkennbarer Wunsch der Briten, aber bislang durch keinerlei Fakten untermauert. Im Gegenteil fürchteten die Engländer zu dieser Stunde nichts mehr als eine natürliche Annäherung beider Staaten, von der auch Mussolini überzeugt war.

Die dem Duce vorgespielte Version, Deutschland brauche mit Rücksicht auf die derzeitige Schwäche Rußlands keine Koalition von überwältigender Stärke zu fürchten, hielt Mussolini nicht für stichhaltig und versuchte nochmals auf Chamberlain und seinen Außenminister einzuwirken, um beide von der Wahnvorstellung einer england- oder frankreichfeindlichen deutschen Politik abzubringen. Letztlich sei der gerade errichtete deutsche Westwall für Verteidigungszwecke ein schlagender Beweis über Hitlers Friedfertigkeit dem Westen gegenüber. Auf den Einwurf Chamberlains, warum Hitler nicht seinen Wunsch nach Frie-

den öffentlich bekunde, verwies der Duce auf die von Hitler immer wieder getanen Äußerungen, zuletzt erst bei seiner Neujahrserklärung, „in der der deutsche Führer erneut seinen heißen Wunsch nach Fortdauer des Friedens in Europa bekundet habe".
Mussolini unterrichtete den deutschen Botschafter, von Mackensen, über alle Einzelheiten dieses Gespräches und gab zum Ausdruck, „daß er sich gleichsam als Anwalt für die deutsche Sache vor einem britischen Gericht gefühlt habe". Diese Formulierung besagt alles, um die auf Konfrontation der Engländer abgestimmte Konferenz erfassen zu können.
Auch der Hinweis Mussolinis auf die offensichtlichen Versäumnisse der Tschechen, sich nicht von den sowjetischen Bindungen gelöst zu haben oder eine neutrale Politik zu verfolgen, ließ den englischen Premier unberührt. Beide Staatsführer waren sich lediglich darüber einig, daß noch einges hinsichtlich der endgültigen Festlegung der Grenzen durch die internationale Grenzkommission getan werden müsse, bevor Besprechungen über die Garantie dieses Staates erfolgen könne. Mussolini hatten den Eindruck, daß für alle diese Fragen von Seiten des Premiers wenig Interesse gezeigt wurde.

Das Ergebnis dieser Unterredung war für Mussolini weniger befriedigend, der zwar auf die Einhaltung des am 16. April 1938 geschlossenen englisch-italienischen Paktes ausdrücklich Wert legte, aber ebenso das Achsenbündnis mit Deutschland für wichtig erachte. Für die Engländer aber war dieser Besuch erfreulicher. Denn sie erhofften sich von diesem Einschüchterungsversuch ein Fernbleiben Italiens bei einem kommenden Krieg, was ja zunächst auch der Fall war, bis Frankreich dann 1940 unerwartet schnell zusammenbrach und die Italiener sich Hoffnungen auf Siegestrophäen machten. Italien glaubte wie Hitler nach dem Fall Frankreichs und Norwegens an einen leicht zu erringenden Frieden, wobei Italien sich eine Stimme bei dieser Konferenz zu sichern glaubte.
Die Konferenz aber hatte eindeutig gezeigt, daß England die Friedenshand gegenüber Deutschland abwies und auf unerbittlichen Konfrontatitionskurs gegenüber Deutschland gegangen war. Die Stellung Italiens als imperiale Macht wurde auf dem Boden der völligen Gleichberechtigung von den Briten mit ihrem Empire hingenommen, da bekanntlich beide Länder Herren über unentwickelte Rassen waren. Der Anspruch Hitlers aber, auf die Beschränkung seines Herrschaftsbereiches auf dem Kontinent, mit dem Hitler sich beschieden und zufrieden gegeben hatte, wurde nicht zugelassen und daraus ein Kriegsgrund konstruiert, der in der Beurteilung vor der Geschichte, die Engländer, insbesondere wegen des schaurigen Ergebnisses dieser verfehlten englischen Politik, unter Anklage stellen wird. Das geschah alles, ohne daß Deutschland in Kollision mit englischen Interessen kam und auf jegliche Hissung seiner Flagge außerhalb Europas praktisch verzichtet hatte.

VIII. KAPITEL

HITLERS INTENSIVE FRIEDENSBEMÜHUNGEN WÄHREND DER LETZTEN FRIEDENSTAGE - DER KRIEGSAUSBRUCH -

Hitlers globales Freundschaftsangebot an England

Das von Frau Anneliese von Ribbentrop nach britischen Geheimdokumenten, „Documents of British Policy (DBFP)", im Druffel-Verlag erschienene Buch unter dem Titel „Wer wollte den Krieg?" gibt einige sehr interessante Aufschlüsse. Ich kann hier nur einiges Wesentliche zitieren. Wie schon in einem anderen Zusammenhang zuvor erwähnt, entspricht im Gegensatz zu der heutigen propagierten Darstellung, daß Hitler den deutsch-russischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 als Startschuß für einen lange vorher geplanten Angriffskrieg gesehen oder benutzt hat, nicht der geschichtlichen Wahrheit. Ganz im Gegenteil hoffte Hitler, wie er mir im August 1944, als ich als Kampfkommandant seines Hauptquartieres für seine Sicherheit verantwortlich war, bestätigt hat, durch den Abschluß dieses Vertrages Polen zum Einlenken zu veranlassen und es zu einer friedlichen Lösung der nur gering anstehenden Probleme an den Konferenztisch zu zwingen. Hitler sagte mir damals auf meine diesbezüglichen Fragen: „dieser von mir nicht gewollte, mir aufgezwungene entsetzliche Krieg zerstört mir alle meine erst im Ansatz vorhandenen Reformpläne, die für das deutsche Volk zu gestalten mein höchstes und sehnlichstes Ziel war."

Hitler kannte die Arroganz, die Verblendung, den Größenwahn der polnischen Führung nur zu gut, um von ihr allzu große Einsicht in die gegebenen Realitäten erwarten zu können. Er wußte, daß seit der unverantwortlichen Garantieerklärung der Engländer an die Polen der Schlüssel der Vernunft nur in London zu suchen war. Der deutsche Reichsaußenminister von Ribbentrop schlug deshalb Hitler als letzten Versuch zur Verhinderung einer kriegerischen Auseinandersetzung vor, mit England zu verhandeln und alles zu versuchen, um mit London zu einer Einigung zu kommen. Hitler war sofort einverstanden und empfing am 25. 8. 39 um 13.30 Uhr in Anwesenheit von Ribbentrop den

englischen Botschafter, Sir Nevile Henderson, in der Reichskanzlei. Er unterbreitete England ein globales Freundschaftsangebot und bat den Botschafter, noch am gleichen Tag nach London zu fliegen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Machtdosigkeit der Warschauer Regierung und auf die Unfähigkeit, in ihrem eigenen Lande die Ordnung aufrechtzuerhalten. In diesem Angebot heißt es:
„Die polnischen Akte der Provokation sind unerträglich geworden, gleich wer verantwortlich ist... In der letzten Nacht seien wieder 21 neue Grenzzwischenfälle erfolgt, auf deutscher Seite habe man größte Disziplin bewahrt... Außerdem wurden Verkehrsflugzeuge beschossen. .. Deutschland sei unter allen Umständen entschlossen, die chaotischen Zustände an seiner Ostgrenze zu beseitigen, und zwar nicht nur im Interesse von Ruhe und Ordnung, sondern auch im Interesse des europäischen Friedens... Er - Hitler - bejaht das britische Empire und ist bereit, sich für dessen Bestand persönlich zu verpflichten und die Kraft des Deutschen Reiches dafür einzusetzen, wenn seine kolonialen Forderungen, die begrenzt sind und auf friedlichem Wege ausgehandelt werden können, Erfüllung finden, wobei er zu einer weiteren Terminbestimmung bereit ist... Er fordert von England nicht die Preisgabe seiner französischen Verpflichtungen und könnte sich seinerseits auch nicht von den italienischen Verpflichtungen entfernen... Er wünscht nie mehr mit England in einen Konflikt einzutreten... und würde auch bereit sein, eine vernünftige Begrenzung der Rüstung zu akzeptieren... Eine Grenzkorrektur im Westen stehe außer jeder Erwägung. Der mit Milliarden errichtete Westwall sei die endgültige Reichsgrenze nach Westen.
Wenn die britische Regierung diesen Gedanken erwägen würde, so könnte sich daraus ein Segen für Deutschland und auch für das britische Weltreich ergeben. Wenn sie diesen Gedanken ablehnt, wird es Krieg geben. Auf keinen Fall würde Großbritannien aus diesem Kriege stärker hervorgehen; schon der letzte Krieg habe dieses bewiesen." (FBFP VII, Nr. 284, Akten IV, Dok. 265). Protokollführer Dr. Schmidt.
Diese Unterredung hatte etwa 1 Stunde gedauert. Zur Ehre Hendersons muß gesagt werden, daß er im Gegensatz zu Halifax nicht zu den Kriegstreibern gehörte, sondern im Rahmen seiner beschränkten Möglichkeiten alles tat, um es zu einem Krieg nicht kommen zu lassen. Er verständigte sofort per Telefon seine Regierung, daß Hitler ihm soeben wichtige Vorschläge unterbreitet hätte mit der Bitte, diese sofort der britischen Regierung persönlich zu übergeben. Aus dem Dokument DBFP VH, Nr. 312 ist ersichtlich, daß Henderson schon vor dieser Unterredung in einem Privatbrief Halifax von der überraschenden Einladung Hitlers berichtet hat. Zudem warnte Henderson am gleichen Tage ebenfalls in einem persönlichen Brief an Cadogan seine Regierung vor dem gefährlichen Weg, den sie nunmehr beschritten hatte. Es heißt dort

im Dokument DBFP VH, Nr. 313: „Im letzten Jahr führten wir die Tschechen ins Verderben und in diesem März führten wir die Polen auf denselben Weg, ad nauseam."
Unmittelbar nach seinem Telefongespräch mit seiner Regierung sandte Henderson, wie aus den Urkunden ersichtlich, ein Telegramm, in dem er Hitlers „Mitteilung" dahingehend zusammenfaßte, „daß die polnische Frage zuerst geregelt werden müßte, anschließend werde er England ein Angebot machen. Hitler verpflichtete sich auch persönlich für das dauernde Fortbestehen des britischen Weltreiches."

Die Hintertreibung dieses Angebots Hitlers durch Halifax Brüskierung durch Ratifizierung des Garantievertrages

Wie sehr zu diesem Zeitpunkt, im Gegensatz zu Hitler, Lord Halifax auf den Krieg eingestimmt war und damit vor der Geschichte ein hohes Maß an Schuld auf sich geladen hat, beweisen zwei Tatsachen. Erstens, die am 25. August um 15.30 Uhr - also nach dem Erhalt des Telefongesprächs und des Telegramms vom britischen Botschafter Henderson - von Halifax an seinen in Paris akkreditierten Botschafter, Sir Eric Philipps, für die französische Regierung bestimmte Weisung mit folgendem Inhalt:

„1. Bitte erklären Sie sofort der französischen Regierung daß wir jetzt unser Vorgehen unverzüglich abstimmen müssen für den Fall, daß wir unsere Verpflichtungen gegenüber Polen zu erfüllen hätten, d. h. im Falle einer deutschen Verletzung polnischen Gebietes, der Polen Widerstand leisten würde.

2. In diesem Falle würde Seiner Majestät Regierung vorschlagen, zu verlangen, daß die deutsche Regierung innerhalb einer festgelegten Frist *ihre Truppen anhalten* und ihre Bereitschaft erklären sollte, in Verhandlungen einzutreten, widrigenfalls würde seiner Majestät Regierung alle notwendigen Schritte unternehmen müssen, um bei Ablauf der Frist ihre Verpflichtungen gegenüber Polen zu erfüllen.

3. Ich würde mich freuen, sobald wie möglich zu erfahren, daß die französische Regierung mit uns übereinstimmt, so daß im gegebenen Fall keine Verwirrung und kein Zeitverlust entsteht." (DBFP VII, Nr. 278).

Zweitens wurde um 17.30 Uhr durch Rundfunk die Ratifizierung des englisch-polnischen Garantievertrages bekanntgegeben. Dies konnte nur als Brüskierung der Vorschläge Hitlers aufgefaßt werden. In Deutschland mußte man diesen Pakt „als eine Herausforderung und eine aus-

drückliche Erklärung der britischen Regierung auffassen, daß sie eine friedliche Lösung nicht wünsche". (Birger Dahlems „Der letzte Versuch", München 1948 S. 54 f.).

Bemerkenswert an dem für die französische Regierung gedachten Telegramm ist, daß Halifax mit keinem Wort das Angebot Hitlers erwähnt, sondern einfach voraussetzt, daß es trotz der Friedensbemühungen Hitlers und seines Freundschaftsangebotes zu einer Widerstandsleistung Polens kommen wird. Statt gleich, wie von Hitler gefordert, zu verhandeln, will man es anscheinend zum Konflikt kommen lassen und dann verlangen, die Truppen anzuhalten, um anschließend Verhandlungen zu führen. Ein ungewöhnlicher Vorgang!

Hitler dagegen zeigte weiter seinen guten Willen für die Erhaltung des Friedens, als er nach Bekanntgabe des englisch-polnischen Garantievertrages auf Veranlassung seines Außenministers seinen am 23. 8. 39 erteilten Marschbefehl in die Bereitschaftsräume stoppen ließ. Auch hier spricht die Legende immer von einem bereits erteilten Angriffsbefehl, während es sich in Wahrheit nur um das Vorrücken der Truppe in die Bereitschaftsräume gehandelt hat, aus denen heraus dann der endgültige Angriffsbefehl hätte erteilt werden können, wenn die politische Lage es erfordern sollte.

Am 26. 8. 39 um 10.04 Uhr erhielt Halifax von seinem Botschafter Philipps aus Paris die telefonische Nachricht, daß die französische Regierung mit den Vorschlägen vom Vortage einverstanden sei.

Es ist notwendig, noch ein Wort über die am 23. 8. angeordnete Freigabe der Truppenbewegungen zu verlieren, die dann am 25. 8. um 18.15 Uhr angehalten wurde. Bei der Ausgabe dieses Befehls war von vornherein von Hitler angeordnet worden, daß jederzeit das Anhalten der Truppe durch einen Gegenbefehl gewährleistet werden müsse (F. Lenz „Nie wieder München", Bd. 1, S. 304). Schon daraus geht hervor, daß Hitler keineswegs einen Krieg auf jeden Fall wollte. Er wollte sich vielmehr des militärischen Druckmittels - wie es damals unter machtvollen Politikern durchaus üblich war - bedienen, um mit Hilfe der Engländer die Polen an den erwünschten Verhandlungstisch zu bekommen. Dabei spielte sicherlich eine Rolle, daß Hitler eine gewisse Schockwirkung, ausgelöst durch den Abschluß des am 23. 8. ausgehandelten deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes für eine geneigtere Verhandlungsbereitschaft einkalkuliert hat. Für die Beurteilung der Kriegsschuld sind nicht scheinbare militärische Maßnahmen, sondern die politische Zielsetzung entscheidend.

Mussolinis Verhalten

Für Hitler war aber nicht allein die Ratifizierung des englisch-polnischen Garandevertrages eine bittere Enttäuschung, sondern auch das Verhalten seines Freundes Mussolini, das geradezu einem „Verrat" gleichkam, da sich der Duce nicht im Sinne der Absichten Hitlers verhielt. Keitel erinnert sich dazu wie folgt: Dann kam erst die tiefste Ursache seiner Enttäuschung über Mussolinis ‚Verrat'. Er sagte etwa: »Selbstverständlich hat London längst Nachricht, daß Italien nicht mitmachen will, nun wird Englands Haltung sich entschieden versteifen und Polen den Rükken stärken. Der politische Erfolg meines Briefes ist genau das Gegenteil meiner Erwartungen.'

Was war geschehen? Attolico hatte gleichfalls am 25. 8. die Antwort Mussolinis Hitler übergeben. In diesem Schreiben hatte Mussolini die Erfüllung seiner Bündnisverpflichtungen von unerfüllbaren Forderungen von Seiten Deutschlands abhängig gemacht wie 6 Mio. to Kohle, 2 Mio. to Stahl, 7 Mio. to Öl, 150 Hakbatterien pp. Hitler mußte damit rechnen, daß England von der Haltung Italiens unterrichtet war und damit erst recht keinen Grund zum Einlenken sah.
Seit dem 22. Mai 1939 bestand zwischen Deutschland und Italien der sogenannte Stahlpakt. Dieses Bündnis forderte in aller Öffentlichkeit das Zusammenstehen beider Nationen, falls eine von beiden trotz friedlicher Absichten in eine Konfliktsituation geraten würde. Noch am 13. August war von Seiten des italienischen Außenministers Ciano eine Bestätigung dieser Verpflichtung erfolgt. Mussolini hatte auch den Abschluß des deutsch-sowjetischen Paktes bejaht und erblickte darin, wie Hitler, ein Mittel zur Erhaltung des Friedens. Dagegen intrigierte der italienische Botschafter in Berlin, Bernardo Attolico, indem er den Treuekomplex des Duce gegenüber Hitler dadurch zu dämpfen versuchte, daß er von voreiligen Schritten abriet. So berichtete er unrichtig und zweckgebunden über Hendersons Gespräch mit Hitler im negativen Sinne über seine Annahme, daß Hitler am nächsten Tag ein Ultimatum an Polen zu stellen gedenke. Auch stellte er die verlogene Behauptung auf, daß von Ribbentrop hinsichtlich der Zuverlässigkeit des deutsch-sowjetischen Paktes im Zweifel sei und sich in seinen Hoffnungen getäuscht sähe. Zweck seines Berichtes war, Mussolini daran zu hindern, seine volle Unterstützung dem Reich zu gewähren, die sich aus den Verpflichtungen des Stahlpaktes ergaben.

Dabei erwartete Hitler keineswegs eine Teilnahme Italiens am Polen-Konflikt, sondern ausschließlich eine politische Solidaritätserklärung, um eine bessere Verhandlungsposition gegenüber England zu haben.
Mussolinis Antwort war keine offene Verneinung des Bündnisses, was für ihn unerträglich gewesen wäre, aber ein Hinweis auf eine einzuneh-

mende Neutralitätsstellung, die es ihm ermöglichen würde, ähnlich wie im Falle München als Vermittler auftreten zu können. Er wußte, daß Hitler Verhandlungen mit England und Polen wünschte und mit seinen militärischen Maßnahmen wie aber auch mit dem Stalinpakt Druck auf das Zustandekommen solcher friedlichen Verhandlungen ausüben wollte. In Wahrheit aber schwächte er infolge seiner Verlautbarungen an die Engländer die Verhandlungsposition Hitlers, da nunmehr der Verdacht des Bluffs nicht auszuschließen war.

Somit entfiel der politische Zweck der militärischen Maßnahme mit dem Resultat der Aufhebung des Marschbefehls. Hitler war weniger über den erweiterten englisch-polnischen Garantievertrag erschüttert als über die politische Brüskierung durch Italien infolge der Zurückweisung seiner politischen Solidarität. Es war klar, daß England zu diesem Zeitpunkt über die italienische Neutralität unterrichtet war.

Daß mit dem Aufmarschplan des 23. 8. keine Kriegsabsicht verbunden war, sondern dahinter die politische Absicht steckte, England und Polen an den Verhandlungstisch zu bekommen, bestätigt auch der General von Manstein: „Die militärischen Maßnahmen jedenfalls, die im August 1939 getroffen wurden, konnten - trotz des Aufmarschplans ‚Weiß' - durchaus dazu bestimmt sein, den politischen Druck auf Polen zu verstärken, um es zum Nachgeben zu bewegen. Seit dem Sommer wurde auf Befehl Hitlers fieberhaft am Ostwall gearbeitet. Ganze Divisionen, darunter auch die 18. Division, wurden in stetem Wechsel jeweils für einige Wochen an die polnische Grenze verlegt, um an diesem Ostwall zu arbeiten. Was sollte dieser Aufwand, wenn Hitler Polen angreifen wollte? Auch für den Fall, daß er - entgegen allen seinen Versicherungen - die Möglichkeit eines Zweifrontenkrieges in Betracht zog, wäre dieser Ostwall fehl am Platze gewesen. Denn in einem solchen Fall wäre es immer für Deutschland das einzig Richtige gewesen, zunächst Polen angriffsweise niederzuwerfen, während es im Westen defensiv blieb. Die umgekehrte Lösung, Offensive im Westen, Defensive im Osten, konnte nach den derzeitigen Kräfteverhältnissen gar nicht in Frage kommen. Auch bestanden für eine West-Offensive keinerlei Pläne, noch wurden irgendwelche Vorbereitungen dafür getroffen. Wenn also der Bau des ‚Ostwalls' in der damals gegebenen Lage einen Sinn zu haben schien, so doch wohl nur den, durch größere Truppenansammlungen an der polnischen Grenze einen Druck auf Polen auszuüben. Auch der im letzten Drittel des August einsetzende Aufmarsch der Infanterie-Divisionen auf dem östlichen Oderufer und die Heranführung der Panzer- und motorisierten Divisionen in Bereitstellungsräume westlich der Oder brauchten keine wirklichen Angriffsvorbereitungen, sondern konnte ein politisches Druckmittel sein." (E. v. Manstein „Verlorene Sie^e", S. 17-18).

Genau wie heute dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt fälschlicherweise unterstellt wird, die Voraussetzung eines beabsichtigten oder geplanten militärischen Angriffs auf Polen von Seiten Hitlers oder gar eine von Rußland und Deutschland abgesprochene Teilung Polens geschaffen zu haben, genau so verlogen wertete damals England diesen Nichtangriffspakt als Kriegspakt und traf Maßnahmen für eine bewaffnete Auseinandersetzung. Man lese nur in den Memoiren von Winston Churchill nach in seinem Buch „der 2. Weltkrieg, Band I, „Der Sturm zieht auf" S. 477, welche weltweiten militärischen Maßnahmen von Seiten der britischen Führung ergriffen worden sind. Auch hier handelt es sich um eine typische englische Heuchelei, die vergaß, daß zuvor monatelange britisch-französische Militärverhandlungen vorausgegangen waren. Man kann England nicht von der Schuld freisprechen, diesen Stalin-Hitler-Pakt überhaupt erst provoziert zu haben. Man kann zwar sehr die Verärgerung der Briten und Franzosen über ihr diplomatisches Ungeschick verstehen. Daß aber die. Verärgerung soweit ging, daß friedliche Ausgleichsmöglichkeiten überhaupt nicht mehr in Erwägung gezogen wurde, spricht die verantwortlichen englischen Politiker nicht von ihrer Kriegsschuld frei.
Dieses englische Verhalten ist umso bedenklicher und verwerflicher, als man wußte und völlig davon überzeugt war, daß Hitler den Krieg mit Polen scheute und nur um eine großzügige und angemessene friedliche Lösung der haidosen Zustände mit Polen bestrebt war. Dies wird auch offen zugegeben. Die verantwortlichen Engländer wußten und waren der Überzeugung, daß die Polen zur Vernunft gerufen werden sollten und nicht die Deutschen. (A. J. P. Taylor „The Origins of the secound World War" S. 272 u. 175).
Der Biograph Chamberlains, K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain" schreibt auf Seite 416/17 im Zusammenhang mit Hitlers Angebot vom 25. 8. 1939: „Die Unterredungen mit Hitler und Göring hinterließen den Eindruck, wahrscheinlich mit Absicht, daß es möglich sei, eine friedliche und vernünftige Lösung der polnischen Frage anzunehmen, um eine deutsch-englische Übereinkunft zu treffen, was er(Hitler) unentwegt als seine größte Sehnsucht bezeichnete."

Die Fehleinschätzung der Lage durch die Polen

Es gibt noch zwei andere Gründe, die die Waage zu Gunsten eines von England und Polen gewollten Krieges ausschlagen ließen und die damit die Friedensbemühungen Hitlers zum Scheitern brachten. Polen glaubte wirklich daran, daß seine Armee der deutschen um ein mehrfaches überlegen sei. Es glaubte an eine zeitgerechte echte militärische Hilfe

durch Frankreich und England. Es glaubte, Ostpreußen überrennen und dann den Marsch auf Berlin antreten zu können. Die späteren militärischen schnellen Erfolge der Deutschen basierten auf der Tatsache, daß die Polen keine Verteidigungskonzeption hatten, sondern nur zum Angriff auf das deutsche Reichsgebiet bereitstanden. Zudem hielten sie uns auf Grund unserer Wirtschaftslage und unserer Vorräte für nicht in der Lage, länger als ein paar Wochen einen Krieg durchstehen zu können. Hier hatten sie sogar nicht ganz unrecht; denn Deutschland war wirklich nicht, wie uns immer wieder unterstellt wird, auf einen europäischen oder gar Weltkrieg vorbereitet oder bei dem derzeitigen Rüstungsstand in der Lage, einen solchen zu führen.

Die polnische Führung hielt tatsächlich die immer wieder von Hitler unterbreiteten Verhandlungsvorschläge, gerade weil sie entsprechend unserer weitaus größeren geschichtlichen Ansprüche sehr maßvoll und bescheiden waren, für ein Zeichen der Schwäche. Auch der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt wurde uns als Schwächebeweis ausgelegt. Umgekehrt wurde jedes Zeichen vermeintlicher „deutscher Schwäche" von der polnischen Regierung als Sieg angesehen. (Aus diesem Grunde war man auch polnischerseits sehr darauf bedacht, sich niemals „ein Zeichen der Schwäche" nachsagen zu lassen. Ein geradezu törichtes Verhalten.

Der deutsche Widerstand
Eine Ermunterung Englands für den Krieg

Was aber weitaus gefährlicher und schwerwiegender hinsichtlich der deutschen Lagebeurteilung durch die Polen und Engländer ins Gewicht fiel, war der Kontakt und auch die erfolgten Zusagen sogenannter deutscher Widerstandskämpfer - sprich Landesverräter -. Oberst Beck erhielt von der englischen Regierung laufend Informationen über Umsturzpläne dieser Verräter. So hatte unter anderem Chamberlain Herrn Beck am 31. 8.1939 den verräterischen Kleist-Schmenzin-Bericht (DBFP VII, Nr. 546) mit den wichtigsten deutschen militärischen Geheimberichten zugeschickt. In dem Deutschen Anzeiger vom 14.9.1979 heißt es in einem Abdruck der „Darstellung von Frau von Ribbentrop" nach dem Studium britischer Geheimdokumente wörtlich: „Ohne die Hoffnung auf Hitlers Beseitigung wäre selbst der verrückteste und chauvinistische Pole nicht so größenwahnsinnig gewesen zu glauben, Deutschland und dem mit ihm verbundenen Rußland widerstehen zu können. Ohne den Verrat der Verschwörer wäre es wegen Polen nicht zum Weltkrieg gekommen." An anderer Stelle heißt es:

„Am 2. September 1939 wandte sich Halifax im Auftrage Chamberlains zum zweiten Male innerhalb von drei Tagen an die bekannten ‚gewisse Kreise' in Berlin, denen er vorzeitig mitteilen ließ, daß nunmehr ein Ultimatum an die deutsche Regierung ergehen werde." Wörtlich heißt es dann in dieser Anweisung an Henderson: „Sie brauchen das der deutschen Regierung nicht mitzuteilen, aber Sie können dies sofort an gewisse Kreise weiterleiten, um diesen für Ihre Antwort soviel Zeit wie möglich zu lassen." (DBFP VE, Nr. 735). Die von London erwartete „Antwort" war die Einleitung des zugesagten Umsturzes in Deutschland, den Chamberlain in der Nacht auf den 3. September erhoffte und der ihm seine prekäre Kriegserklärung an Deutschland erspart hätte. Aber die deutschen Verräter blieben tatenlos, wovor Henderson immer gewarnt hatte. Als bester Kenner der internationalen Lage war er der Überzeugung, daß die Verschwörer zunächst einmal den Korridor in Besitz nehmen wollten, auf den Hitler verzichtet hatte. So hatte sich jedenfalls Kleist-Schmetzin bereits im Jahre 1938 gegenüber Churchill ausgedrückt." Soweit das Zitat aus dem „Deutschen Anzeiger".

Unmittelbar vor den beginnenden Kampfhandlungen erklärte der polnische Botschafter Lipski am 31. 8. 39 dem Legationsrat der britischen Botschaft in Berlin, Olgivie-Forbes: „Er (Lipski) erklärte, davon überzeugt zu sein, daß im Falle eines Krieges Unruhen in diesem Land (Deutschland) ausbrechen und die polnischen Truppen erfolgreich gegen Berlin marschieren würden." (M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. HI, S. 372).

„… dieser Plan (Vorschlag Hitlers vom 29. 8. 39) bedeute einen Bruch der polnischen Souveränität und steht völlig außer Frage. Er besitze vieljährige Deutschlanderfahrung. Er würde seinen Ruf für seine Überzeugung aufs Spiel setzen, daß die deutsche Moral im Begriff sei zu zerbrechen und das gegenwärtige Regime bald zusammenbrechen werde... Dieses deutsche Angebot sei eine Falle. Es sei auch ein Zeichen der Schwäche seitens der Deutschen, was durch die Lageeinschätzung des Botschafters bestätigt wurde." (DBFP Vol. III, Dok. 597).

Mit welch hohem Schuldanteil der Landesverrat der 20.-Juli-Verschwörung am Ausbruch des Krieges beteiligt war, zeigt die Tagebucheintragung Chamberlains vom 10. September 1939, in der es heißt: „Was ich erhoffte, ist nicht der militärische Sieg - ich zweifele sehr, ob er möglich ist - aber ein Zusammenbruch der deutschen inneren Front. (Zitiert bei Keith Feiling, „The Life of Neville Chamberlain", Seite 418)

Hendersons Mission und Antwort der britischen Regierung

Nach dem Gespräch mit Hitler flog Henderson am 26. 8. 39 mit allen Unterlagen und Informationen dem Wunsch Hitlers entsprechend nach London. In Anbetracht der Wichtigkeit und Dringlichkeit dieser Mission muß dem Historiker auffallen, daß der britische Botschafter fast drei Tage bis zum 28. 8. um 17 Uhr dort zurückgehalten wurde. Diese Verzögerung trug naturgemäß zur weiteren Zuspitzung der Lage bei. Während Hitler glauben mußte, daß diese Zeitspanne für intensive Kontakte mit der Polnischen Regierung genutzt wurden, um den Weg der Verhandlungen unter dem Schutz der Engländer und Franzosen freizumachen, geschah so gut wie nichts. Im Gegenteil wurde Hitler absichtlich hingehalten, indem die englische Regierung mit „gezinkten Karten" spielte und damit selbst wesentlich zur Verschärfung der Lage beitrug. Unter Vorspiegelung falscher Tatsachen unter „äußerst dringlich" erhielt Hitler die Information der britischen Regierung, „daß sobald wie möglich diesbezügliche Besprechungen eingeleitet würden" sowie die Mitteilung: „Seiner Majestät Regierung hat bereits eine *definitive Zusicherung* von der polnischen Regierung erhalten, daß diese bereit sei, auf dieser Grundlage in Besprechungen einzutreten." (Deutsches Weißbuch Nr. 2 Dok. 463 sowie DBFP Vol. VE, Dok. 355)
Auf Grund dieser nunmehr vorliegenden polnischen Verhandlungszusagen begann Hitler sofort seinen Vorschlag auszuarbeiten, den er dann am 29. 8. Henderson überreichte. Heute ist bekannt, daß keine Rede von einer polnischen Verhandlungsbereitschaft vorlag, ja, daß Halifax gar nicht vermitteln wollte und sich damit im Einvernehmen mit der polnischen Regierung befand. Nach Aussagen des britischen Außenministers gegenüber dem polnischen Botschafter stand „nunmehr jeder Versuch, die Dinge in Ordnung zu bringen, außerhalb jeder Diskussion." (E. Raczynski „Allied London" S. 24). Herr Raczynski als polnischer Botschafter müßte dies ja besser als kein anderer wissen. Die wohl *bedeutendste* und *wichtigste Demarche,* die Hitler am 28. 8. zugeleitet wurde, *war also von Lord Halifax in betrügerischer Absicht gefälscht.*
An dieser Stelle erhebt sich mit allem Nachdruck die Frage, wer waren nun wirklich die Kriegstreiber und die vor der Geschichte verantwortlichen wahren Kriegsverbrecher? War es etwa Hitler, der sich intensiv mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Polen an den Verhandlungstisch holen wollte und sich im Interesse der Friedenserhaltung mit äußerst maßvollen Vorschlägen zufrieden gab, oder der Engländer Halifax mit seinen kriegstreiberischen Hintermännern und der Pole Beck, der auf die Friedensbemühungen Hitlers hin am Abend (27. 8.) dem britischen Botschafter in Warschau die angeordnete General-Mobilmachung mitteilte, die Lord Halifax noch am gleichen Tage 22.46

Uhr erhielt? Das Telegramm lautete: „Mr. Beck, hat mich (Kennard) soeben darüber informiert, daß die polnische Regierung angesichts der Sprache Hitlers hinsichtlich Polens in der Unterhaltung mit Sir Henderson (25. 8.) die volle Mobilmachung beschlossen hat." (DBFP Vol. VH Dok. 391)

Die General-Mobilmachung war nur der Schlußstein der erkennbaren polnischen Kriegsabsicht. Polen hatte bereits im Frühjahr 1939 mit der Einberufung von Soldaten begonnen und dann nach und nach bis zum Sommer so viele militärische Verbände mobilisiert, daß die Vollmobilisierung nur noch eine Restergänzung bedeuten konnte. Schon am 25. März hatte Kennard (britischer Botschafter in Warschau) seinem Außenminister telegraphiert: „Die Aushebung von Reservisten ist, wie ich glaube, beträchtlich über die in meinem Telegramm Nr. 69 angegebene Größenordnung hinausgegangen. Eine kompetente Persönlichkeit nannte 750000 als die Zahl der unter Waffen Stehenden." Man beachte, das war im März! (Deutsches Weißbuch Nr. 208)

Das schlechte Gewissen und die Sorge um die spätere geschichtliche Verantwortung ging für Halifax soweit, daß er *gefälschte Dokumente* wie das Dokument 420 des DBFP in die britischen Akten einschmuggelte, in diesem Fall am 28. 8. eine angebliche um 16 Uhr von Kennard erhaltene telefonische Zusage der polnischen Verhandlungsbereitschaft. Bei dieser einen Fälschung ist es leider nicht geblieben. Sie zog eine Reihe anderer nach sich. Nachzulesen in „Wahrheit für Deutschland" von Udo Walendy, S. 386-395.

Am 28. 8. gegen 10.30 Uhr abends überbrachte Henderson nach seiner Rückkehr aus London Hitler im Beisein von Ribbentrop die Antwortnote der britischen Regierung. Hitler wußte zu diesem Zeitpunkt noch nichts von der polnischen Generalmobilmachung, die die englische Regierung für gut gehießen hatte, und die auf ihren Wunsch hin noch zwei Tage geheimgehalten werden sollte. Er wußte nichts davon, daß Chamberlain und seine Berater Kirkpatrik, Sargent, Vansittart und Halifax auf Grund des deutschen Angebots die „größten Befürchtungen ‚vor einer Regelung ohne Krieg' hegten, die Deutschlands Stärke intakt gelassen hätte." (DBFP VII, Nr. 455, Anm. 8). Er wußte nicht, daß Halifax eine Hinhaltetaktik betrieb und auf Zeitgewinn aus war. Aus diesem Grunde hatte Halifax seinen Botschafter Henderson ohne schriftliche Antwort nach Berlin zurückgeschickt und die Antwort auf Hitlers Friedensangebot ihm telegrafisch nachgesandt, wahrscheinlich auch deshalb, um dem kritischen Henderson die Tatsache vorzuenthalten, daß eine polnische Verhandlungsbereitschaft ja effektiv nicht vorlag. Unter diesen Umständen muß man die Antwortnote auf Hitlers Vorschlag vom 25. 8. nur als Farce betrachten, die den Eindruck erwecken soll, daß England nach wie vor an der Erhaltung des Friedens interes-

siert sei. Es heißt dort auszugsweise in den 8 Punkten: „Seiner Majestät Regierung hat den vom Herrn Reichskanzler zum Ausdruck gebrachten Wunsch, daß Freundschaft die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und dem Britischen Imperium bilden möge, zur Kenntnis genommen und sie teilt den Wunsch voll und ganz. Auch glaubt sie, wie der Herr Reichskanzler, daß, wenn eine vollständige und dauerhafte Verständigung zwischen diesen zwei Nationen hergestellt werden könnte, es beiden Völkern unermeßlichen Segen bringen würde."

Unter Punkt 2 heißt es: „… .Diese (deutschen) Vorschläge sind naturgemäß in sehr allgemeiner Form gehalten und würden eine genauere Definierung erfordern, aber Seiner Majestät Regierung ist voll und ganz bereit, sie mit einigen Zusätzen als Gegenstand von Unterhaltungen anzunehmen, und sie würde bereit sein, wenn die Streitfragen zwischen Deutschland und Polen auf friedlichem Wege beigelegt werden, so bald wie möglich diesbezügliche Besprechungen einzuleiten mit dem *Aufrichtigen* Wunsch (!), zu einer Verständigung zu kommen." Was nützt aber ein solch' aufrichtiger Wunsch, wenn man die Wege dazu so verbaut, daß es gar nicht zu einer Verhandlung kommen kann und soll!

Unter Punkt 3 heißt es: „...Alles hängt jedoch ab von der Art der Lösung und von der Methode, die zur Erzielung desselben angewandt wird..." Hier ignoriert die englische Regierung einfach alle ohne irgendwelchen Druck vorgeschlagenen friedlichen Verhandlungsangebote Hitlers an Polen und tut so, als ob Hitler Methoden angewandt hätte, die die polnische Regierung brüskiert habe. Die englische Regierung hätte besser daran getan, diese Methoden der polnischen Regierung zum Vorwurf zu machen. Zudem widerspricht sich Halifax, wenn er unter Punkt 4 ausführt. „Nach Ansicht Seiner Majestät Regierung könnte und sollte eine vernünftige Lösung der Differenzen zwischen Deutschland und Polen auf dem Wege der Vereinbarung zwischen den beiden Nationen erzielt werden auf einer Grundlage, die die Sicherstellung der wesentlichen Interessen Polens einbeziehen würde, und seiner Majestät Regierung erinnert sich, daß der Herr Reichskanzler in seiner Rede am 28. April die Wichtigkeit dieser Interessen für Polen *anerkannt* hat."

Sodann verlangt England für ein zu erzielendes Abkommen eine Garantie anderer Mächte und erklärt sich ebenfalls zu einer solchen bereit. „Nach Ansicht seiner Majestät Regierung folgt hieraus, daß als nächster Schritt *direkte Verhandlungen zwischen der Deutschen und der Polnischen Regierung* eingeleitet werden sollten auf der Grundlage, die die oben erwähnten Grundsätze einschließen würden, nämlich die Sicherstellung der unentbehrlichen Interessen Polens und die Sicherstellung des Abkommens durch eine internationale Garantie. Seiner Majestät Regierung hat bereits eine definitive *Zusage* der Polnischen Regierung erhalten, daß sie bereit ist, auf dieser Grundlage in Besprechungen einzutre-

ten, und Seiner Majestät Regierung hofft, daß die Deutsche Regierung ihrerseits ebenfalls bereit sein würde, einem solchen Verfahren zuzustimmen.
Wenn, wie Seiner Majestät Regierung hofft, solche Besprechungen über jene breitere und umfassendere Verständigung zwischen Großbritannien und Deutschland, die beide Nationen erstreben." Was sollen solche schönen Worte, wenn eine *Zusage* der Polen für eine Verhandlung weder vorlag noch eine solche Verhandlung gar nicht erwünscht war, was ja auch die von den Engländern genehmigte polnische General-Mobilmachung unter Beweis stellt und auf englischen Wunsch dazu noch zwei Tage verschwiegen werden soll!

Sodann wird unter Ziffer 5 die Hitler unter den Fingernägeln brennende brutale Vertreibung mit Mord und Totschlag in einer sehr lauen Form angesprochen, da es ja nicht um das Opfer englischen Blutes ging. „Seiner Majestät Regierung stimmt mit dem Herren Reichkanzler darin überein, daß einer der hauptsächlichsten Gefahren... in Berichten über die Behandlung der Minderheiten ihren Ursprung hat. Der gegenwärtige Spannungszustand - ausschließlich durch die Polen entstanden - zusammen mit den ihn begleitenden Grenzzwischenfällen, Berichten über Mißhandlungen und der aufreizenden Propaganda ist eine ständige Gefahr für den Frieden. Es ist offensichtlich eine Frage äußerster Dringlichkeit, daß alle Zwischenfälle dieser Art unverzüglich und mit fester Hand unterdrückt werden, und daß die Verbreitung unbestätigter Gerüchte verhindert wird, um eine Frist zu erlangen, in der ohne Provokation auf beiden Seiten eine eingehende Prüfung der Möglichkeiten einer Lösung unternommen werden könnte. Seiner Majestät Regierung ist überzeugt, daß beide beteiligten Regierungen sich dieser Erwägung völlig bewußt sind."

Scheinheiliger geht es nun wirklich nicht mehr. Seit über einem halben Jahr werden deutsche Minderheiten auf das Schrecklichste mißhandelt, ohne daß England Kenntnis davon nimmt. Jetzt soll typisch auf demokratische Art diese für die Deutschen tödliche Situation auf die Lange Bank der Verhandlungen geschoben werden, damit noch mehr deutsches Leben gefährdet wird, statt sofortige energische Schritte gegen die Veranlasser solcher Rechtsbrüche zu unternehmen. Dabei wußte die Englische Regierung sehr wohl, daß Hitler im Grunde nur zwei Möglichkeiten hatte, entweder diese polnischen Verbrechen hinzunehmen und damit sein Gesicht zu verlieren oder militärisch örtlich begrenzt diesen Zuständen mit Gewalt ein Ende zu setzen. Kein Militär, auch ich nicht, hätte diese polnischen Verbrechen hingenommen.
Ich bin sicher, daß auch England dies getan hätte und bei Bedrohung seiner eigenen Lebensinteressen ohne demokratisches Verfahren zugeschlagen hätte. NurHitler suchte im Interesse seines Lebenswerkes

zur weiteren inneren Ausgestaltung des Reiches, den Frieden dadurch zu retten, daß er England für einsichtsvoll genug hielt, die Verhandlungen mit Polen mit seinem ganzen Einfluß wieder in Gang zu bringen. Aber England dachte nicht daran und wollte den Krieg zur Vernichtung Deutschlands unter allen Umständen und schaufelte sich damit, geschichtlich gesehen, sein eigenes Grab.
Deshalb sind auch die weiteren Ausführungen der englischen Regierung nur oberflächliches Geschwätz, das lediglich aus den Dokumenten den Nachweis seiner Unschuld am Geschehen nachweisen soll, was aber nicht gelingen wird. So muß man auch das Brimborium der hochtönenden Worte verstehen, wenn man den Hintergrund der englischen Politik kennt. „Sie vertraut darauf, daß der Reichskanzler nicht glauben wird, daß Seiner Majestät Regierung, weil sie ihre Verpflichtung gegenüber Polen genau nimmt, aus diesem Grund nicht bestrebt ist, ihren ganzen Einfluß für das Zustandekommen einer sowohl Deutschland wie Polen befriedigende Lösung einzusetzen. Daß eine solche Lösung erzielt werden sollte, erscheint Seiner Majestät Regierung als unbedingt notwendig, nicht nur aus Gründen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Lösung selbst entstehen, sondern auch wegen der *umfassenden Erwägungen*, von denen Herr Reichskanzler mit solcher Überzeugung gesprochen hat... indem sie mit Interesse den in der Botschaft des Herrn Reichskanzlers enthaltenen Hinweis auf eine Begrenzung der Rüstungen Kenntnis nimmt..."

Unter Ziffer 8 heißt es zum Schluß: „Eine gerechte Lösung dieser zwischen Deutschland und Polen bestehenden Fragen kann den Weg zum *Weltfrieden* öffnen. Das Ausbleiben einer solchen Lösung würde die Hoffnung auf eine bessere Verständigung zwischen Deutschland und Großbritannien zerschlagen, würde die beiden Nationen in Konflikt bringen und *könnte sehr wohl die gesamte Welt in* den *Krieg stürzen.* Ein solches *Ergebnis* wäre eine *Katastrophe ohne Beispiel in der Geschichte."*
England hat diese von ihm selbst prophezeite Katastrophe dann auch herbeigeführt und entgegen dem Willen seines Freundes Hitler sein Weltreich verloren und ist heute in seinem desolaten Zustand nicht zu bemitleiden.

Bei dieser erneuten Zusammenkunft mit Henderson, als er obige Note erhielt, versicherte Hitler wiederum mit Nachdruck, „daß er gewillt sei zu verhandeln, wenn es eine polnische Regierung gäbe, die vernünftig sein wolle und das Land wirklich in der Hand habe." Auf der anderen Seite versicherte Henderson wiederholt, „Hitler die gewünschte britische Freundschaft haben könne, wenn er keine übertriebenen Forderungen an Polen stelle."

Hitler ging bei diesem Gespräch soweit, daß er im Interesse des Friedens sogar einen Austausch der deutschen und polnischen Bevölkerung

zusagte. Soweit war noch kein Politiker der Weimarer Regierung gegangen. Nur ein Mann wie Hitler konnte einen solchen Verzicht widerspruchslos wagen, wie er es ja auch im Falle Tirols und Elsaß-Lothringens getan hatte.. Denn ein solcher Austausch bedeutete ein Verzicht auf Westpreußen und Oberschlesien, also Gebiete, die uns völkerrechtlich gehörten.

Zu den anderen Punkten dieser Note erbat sich Hitler Bedenkzeit und sagte zu, nach sorgfältigem Studium eine Antwort zu geben, die er am nächsten Tage dem britischen Botschafter schriftlich überreichen wolle. Hitler hegte Zweifel an der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit der britischen Note. Deshalb stellte er Henderson die Frage: „ob England bereit sei, ein Bündnis mit Deutschland zu akzeptieren?" Die Antwort Hendersons war typisch englisch und ausweichend: „Ich persönlich schließe eine solche Möglichkeit nicht aus, vorausgesetzt, daß die Entwicklung der Ereignisse dieses rechtfertigen würde." (DBFP VII, Nr. 455)

Es ist bezeichnend für die hintergründige Denkungs- und Handlungsweise der britischen Regierung zu diesem Zeitpunkt, daß diese Äußerung Hendersons eine heftige Erregung der britischen Politiker zur Folge hatte mit dem Ergebnis, daß er eine scharfe *Rüge* erhielt. (DBFP VE, Nr. 447) Dies ist umso unverständlicher für eine vorbehaltlose Beurteilung; denn in der englischen Regierungsnote hieß es klipp und klar: „Die englische Regierung teile Hitlers Wunsch nach freundschaftlichen deutsch-britischen Beziehungen voll und ganz."

Bemerkenswert bei dieser Unterredung waren die äußerst sachlichen und maßvollen Verhandlungsvorschläge, die Hitler gelegentlich seiner Fragen an Henderson einfließen ließ. Es ist bezeugt, daß Hitler während dieser Unterredung äußerst ruhig und beherrscht war. Er mußte im Grunde genommen ja auch zufrieden sein, da Henderson entgegen der Realität ihm die gewünschte englisch-deutsche Freundschaft und die *Verhandlungszusage* der Polen in Aussicht gestellt hatte. Naturgemäß führte in erster Linie der britische Botschafter das Gespräch; denn er überbrachte die englische Antwort und übergab obige behandelte Note mit einigen Erläuterungen. Hitler erbat sich lediglich Zeit für ein Studium und sagte eine kurzfristige Stellungnahme zu.

Umso unverantwortlicher und folgenschwerer mußte sich daher eine absolut falsche Berichterstattung, die keineswegs von Henderson kommen konnte, sondern im Foreign Office geschah, in einer bewußt kriegstreiberischen Weise auswirken. Wer persönlich nun dafür die Verantwortung trägt, Herr Henderson, wie im Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 285 und 287 behauptet wird, oder andere Herren des Foreign Office, ist weniger entscheidend. Jedenfalls muß sich die englische Diplomatie den erneuten Vorwurf einer *betrügerischen Berichterstattung zur Anreicherung weiterer Zündstoffe zum Krieg gefallen lassen!*

So informierte das Foreign Office seinen Botschafter in Paris für die französische Regierung: „Der Reichskanzler gab, nachdem er außer seinen früheren Forderungen noch Schlesien zurückverlangt hatte, klar zu verstehen, daß das, was von Polen übrigbleiben würde, nicht auf eine unabhängige Zukunft rechnen könne… Er ließ durchblicken, daß er mit Polen nur verhandeln würde, wenn er von vornherein sicher sei, Polen werde alle seine Wünsche annehmen." (Gelbbuch» der franz. Regierung Nr. 293).

Um den stets schwankenden französischen Bundesgenossen weiter auf die englische Linie einzuschwören, wird die absolute Lüge aufgetischt, daß Hitler den ganzen Korridor und Ostoberschlesien gefordert habe. Chamberlain vergiftete die Atmosphäre mit Argumenten wie: „der Führer kann nicht umhin, sich über den „Abscheu" Rechenschaft abzulegen, den das von Deutschland mit der Sowjetunion abgeschlossene Abkommen, die noch am Vortage von ihm als sein schlimmster Feind angesehen worden war, in der ganzen Kulturwelt hervorgerufen hat" (Gelbbuch der franz. Regierung Nr. 293). Die Aussage war geradezu lächerlich und war die eines typischen scheinheiligen Presbytherianers, wenn man umgekehrt das monatelange Bemühen der englischen und französischen Regierung um ein expansives gegen Mitteleuropa gerichtetes Militärbündnis weiß, das bekanntlich trotz der vorgebrachten Lügen des Einvernehmens mit Polen und Rumänien gescheitert ist.

Die gleiche puritanistische Doppelzüngigkeit kann man auch Herrn Henderson nachweisen, der sichtlich von der erlebten Londoner Atmosphäre angesteckt worden war. Auf der einen Seite verfaßte er am 28. 8. folgenden Bericht: „Um 10.30 Uhr (22.30) fuhr ich, gestärkt durch eine halbe Hasche Champagner, zur Wilhelmstraße zum Haupteingang der Reichskanzlei. Eine Anzahl Leute wartete außerhalb der Botschaft und eine beträchtliche Menge außerhalb der Reichskanzlei. Keine Feindseligkeiten, soweit ich erkennen konnte, absolutes Schweigen, vielleicht Unbehagen. Ich wurde durch eine Ehrengarde in vollem Glänze empfangen, so als sollte ich mein Beglaubigungsschreiben übergeben. Ich wurde sogleich hineingeleitet unter Begleitung von Ribbentrop und dem unvermeidlichen Dr. Schmidt (Chefdollmetscher). Der Kanzler sah gut aus, war vollkommen ruhig und normal. Kein Feuerwerk oder Tiraden irgendwelcher Art… Hitler blieb ohne Erregung, als er den deutschen Text (der britischen Note) las… Ich bin nicht ohne Hoffnung, daß Hitlers Antwort nicht unvernünftig sein wird… Die allgemeine Atmosphäre war ganz freundlich, sogar von Seiten Ribbentrops... Ein anderer Punkt unserer Unterhaltung war, daß Hitler auf dem Wert einer britisch-deutschen Freundschaft bestand." (DBFP 501)

Umso überraschender und unverständlicher waren darum die lügnerischen und entstellenden Telegramme, deren sich dann wie üblich, auch

die Presse mit üblen Verleumdungen anschloß und damit die Situation ohne jegliche Ursache anheizte.

Antwortnote Hitlers am 29. August 1939

Aber nicht zu verstehen und damit um so unverzeihlicher war am nächsten Tag, am 29. 8. um 16 Uhr, das Benehmen Hendersons bei seinem Zusammentreffen mit dem Führer, zumal der Botschafter um die Verantwortung und den Ernst der Lage wußte. Obwohl er nicht „ohne Hoffnung" auf die Vernunft Hitlers nach seinen eigenen Aussagen war und er gar nicht wissen konnte, wie Hitler sich verhalten würde, nahm er sich dennoch vor, und zwar nach „sorgfältiger Überlegung", sich gehen zu lassen, Hitler anzuschreien und zu provozieren, ja unter Umständen die Unterredung abzubrechen! Was waren die Gründe eines solchen unqualifizierten Verhaltens? Konnte man doch auf keinen Fall Herrn Henderson bislang absprechen, daß er die prekäre Situation kannte und sich stets Mühe gab, es zu Verhandlungen mit Polen kommen zu lassen. Noch sein Brief am 21. 8. an Halifax spricht eine klare Sprache: „... Tatbestand bleibt, daß es gegenwärtig wahrscheinlich nicht weniger als 10 000 Flüchtlinge in Deutschland gibt, daß deutsche Institutionen systematisch geschlossen werden, deutsche Arbeiter entlassen werden usw. Man muß zur Kenntnis nehmen, daß der Konflikt gegenwärtig über Danzig hinausgegangen ist. Hitler kann hinsichtlich der freien Stadt Danzig zur Geduld gedrängt werden, aber es würde dem entgegengesetzten Zweck dienen, sie hinsichtlich der Verfolgung der deutschen Minderheiten zu predigen. Ich versuche nicht die Schuld aufzuteilen, sondern Tatsachen festzustellen. Zur Regelung der Minderheitenfrage scheint mir ein direkter und sofortiger Kontakt zwischen Warschau und Berlin wesentlich." (DBFP VII, Nr. 112)
In einem anderen Brief an Halifax im Dokument 117 am gleichenTage heißt es: „Gestern trank ich mit einem meiner Freunde (gemeint war der Widerständler von Weizsäcker) Tee, und er bestand nachhaltig auf einer sofortigen Aktion. Obwohl er Übertreibungen der Presse zugab, versicherte er mir, daß das, was vor sich ginge, eine Art erzwungener deutscher Abwanderung wäre, wo man keinen Deutschen erlaube, einen Lebensunterhalt zu finden. Das ist eine dringliche Frage. Der hiesige Korrespondent der ‚Times' hat mir soeben berichtet, daß er gestern mit seinem Warschauer Kollegen telefoniert habe, der ihm erklärte, daß sich die Polen,*unglaublich töricht* benähmen."

Am 24. 8. heißt es nach Dokument 219: „Die Antwort von Herrn Hitler weist deutlich darauf hin, daß die gegenwärtige Frage nicht so sehr Danzig und der Korridor ist, die *ohne weiteres* bis zu einer *späteren*

Lösung verschoben werden kann, als vielmehr die *Verfolgung der deutschen Minderheit.* Es gibt keinen Zweifel darüber, daß Grund für deutsche Beschwerden in dieser Hinsicht weitgehend vorhanden ist. Das Enteignungsgesetz, auf das im Warschauer Telegramm Nr. 271 hingewiesen worden ist, ist für mich - und ich gebe das zu bedenken - das grundlegende Anzeichen einer sehr verständlichen, aber gleichwohl inopportunen Bemühung, die deutsche Bevölkerung in Polen unter den Schutz der Garantien der Westmächte loszuwerden."

Also kannte Henderson, wie aus seinen eigenen Briefen hervorgeht, sehr genau das Problem der gequälten Deutschen, um die es Hitler nunmehr vordringlich ging und die zu endasten so oder so seine staatsmännische Pflicht war.

Was war nun der Inhalt der Besprechungen zwischen Henderson einerseits und Hitler und von Ribbentrop andererseits an diesem 29. August, also zwei Tage vor Kriegsausbruch? Die Henderson vom Führer für die Britische Regierung überreichte Note als Antwort der gestrigen britischen Note hatte folgenden Inhalt:

„Der Königlich Britische Botschafter in Berlin hat der Königlich Britischen Regierung Anregungen übermittelt, die ich vorschlagen zu müssen glaubte, um

1. dem Willen der Reichsregierung nach einer aufrichtigen deutsch-englischen Verständigung, Zusammenarbeit und Freundschaft noch einmal Ausdruck zu geben;
2. keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß eine solche Verständigung nicht erkauft werden könnte mit dem Verzicht auf lebenswichtige deutsche Interessen oder gar eine Preisgabe von Forderungen, die ebenso im allgemeinen menschlichen Recht wie in der nationalen Würde und Ehre unseres Volkes begründet sind.

Mit Befriedigung hat die Deutsche Reichsregierung aus dem Antwortschreiben der Königlich Britischen Regierung und den mündlichen Erläuterungen des Königlich Britischen Botschafters entnommen, daß die Königlich-Britische Regierung auch ihrerseits bereit ist, das deutsch-englische Verhältnis zu bessern, es im Sinne der deutschen Anregungen zu entwickeln und auszubauen.

Die Königlich-Britische Regierung ist dabei ebenfalls überzeugt, daß die Lösung der unerträglich gewordenen deutsch-polnischen Spannungen die Voraussetzung für eine Realisierung dieser Hoffnung ist.

Seit dem Herbst des vergangenen Jahres und zuletzt im März 1939 wurden der polnischen Regierung mündlich und schriftlich Vorschläge unterbreitet, die unter der Berücksichtigung der damals zwischen Deutschland und Polen bestehenden Freundschaft eine für beide Teile annehmbare Lösung der strittigen Fragen ermöglichen konnten. Es ist der Königlich Britischen Regierung bekannt, daß die polnische Regie-

rang glaubt, im März dieses Jahres diese Vorschläge endgültig ablehnen zu müssen. Sie hat diese Ablehnung gleichzeitig zum Vorwand oder Anlaß genommen, militärische Maßnahmen zu treffen, die seitdem eine fortgesetzte Steigerung erfuhren. Schon in der Mitte des vergangenen Monats hat der Polnische Staat tatsächlich mobil gemacht. In Verbindung damit haben zahlreiche Übergriffe in der Freien Stadt Danzig stattgefunden, hervorgerufen durch polnische Behörden; mehr oder weniger drohend ultimative Forderungen wurden an diese Stadt gerichtet. Die Verhängung einer erst zollpolitisch durchgeführten, nunmehr auch militärisch und verkehrstechnisch erweiterten Grenzsperre mit dem Ziel der politischen Zermürbung und wirtschaftlichen Zerstörung dieses deutschen Gemeinwesens fand statt.

Hinzu kommen himmelschreiende, barbarische Mißhandlungen und sonstige Verfolgungen der großen deutschen Volksgruppen in Polen, die bis zur Tötung vieler dort lebender Deutschen oder zur Verschleppung unter grausamsten Begleitumständen führten. Diese Zustände sind für eine Großmacht unerträglich. Sie haben Deutschland gezwungen, nach monatelangem Zusehen nunmehr ebenfalls die notwendigen Schritte zur Wahrung der berechtigten deutschen Interessen zu ergreifen. Und die Deutsche Reichsregierung kann der Britischen Regierung nur auf das ernsteste versichern, daß nunmehr jener Zustand erreicht ist, der ein weiteres Hinnehmen oder auch nur Zusehen ausschließt.

Die Forderung der Deutschen Reichsregierung entspricht der von Anfang an als notwendig erkannten Revision des Versailler Vertrages in diesem Gebiet; Rückkehr von Danzig und dem Korridor an Deutschland, Sicherung des Lebens der deutschen Volksgruppen in den restlich Polen verbleibenden Gebieten.

Die Deutsche Reichsregierung nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß auch die Königlich Britische Regierung im grundsätzlichen überzeugt ist, daß die entstandene Lage einer Lösung zugeführt werden muß. Sie glaubt weiter annehmen zu dürfen, daß auch die Königlich Britische Regierung sich keinem Zweifel darüber hingibt, daß. es sich hier nicht mehr um Zustände handelt, zu deren *Beseitigung Tage* oder gar *Wochen, sondern vielleicht nur Stunden* zur *Verfügung* stehen. Denn es ist in jedem Augenblick angesichts der desorganisierten Verhältnisse in Polen mit der Möglichkeit des Eintretens von Akten zu rechnen, die hinzunehmen für Deutschland unmöglich sein könnte.

Wenn die Königlich Britische Regierung noch immer glaubt, daß diese schwerwiegenden Differenzen auf dem Wege direkter Verhandlungen zu lösen seien, so kann die Deutsche Reichsregierung diese Auffassung von vornherein nicht mehr teilen. Denn sie hat es ja versucht, den Weg einer solchen friedlichen Verhandlung einzuleiten, wurde aber dabei von der polnischen Regierung nicht unterstützt, sondern durch brüsk einge-

leitete Maßnahmen militärischen Charakters im Sinne der schon angedeuteten Entwicklung abgewiesen.
Die Königlich Britische Regierung sieht 2 Momente als wichtig an:

1. daß durch direkte Verhandlungen schnellstens die vorhandene Gefahr einer drohenden Entladung beseitigt wird, und daß
2. der Existenz des im übrigen dann fortbestehenden Polnischen Staates durch internationale Garantien wirtschaftlich und politische notwendige Sicherung gegeben wird.

Die Deutsche Reichsregierung hat dazu folgende Erklärung abzugeben:
Trotz ihrer skeptischen Beurteilung der Aussichten solcher direkten Besprechungen will sie dennoch den englischen Vorschlag akzeptieren und in diese eintreten. Sie tut dies ausschließlich unter dem Eindruck der - wie schon betont - ihr zugegangenen schriftlichen Mitteilung der Königlich Britischen Regierung, daß auch diese' ein Freundschaftsabkommen unter Zugrundelegung der dem Botschafter Henderson gegebenen Anhaltspunkte wünscht. Die Deutsche Regierung will dadurch der Königlich Britischen Regierung und dem englischen Volk einen Beweis für die Aufrichtigkeit der deutschen Absicht, zu einer dauerhaften Freundschaft mit Großbritannien zu kommen, geben.
Die Deutsche Reichsregierung muß die Britische Regierung pflichtgemäß aber darauf aufmerksam machen, daß sie im Falle einer Neugestaltung der territorialen Verhältnisse in Polen nicht mehr in der Lage wäre, ohne Hinzuziehung der Sowjetunion sich zu Garantien zu verpflichten oder an Garantien teilzunehmen.

Im übrigen hat die Deutsche Reichsregierung, bei ihren Vorschlägen nie die Absicht gehabt, lebenswichtige Interessen Polens anzugreifen oder die Existenz eines unabhängigen Polnischen Staates in Frage zu stellen.
Die Deutsche Reichsregierung ist unter diesen Umständen damit einverstanden, die vorgeschlagene Vermittlung der Königlich Britischen Regierung zur Entsendung einer mit allen Vollmachten versehenen polnischen Persönlichkeit nach Berlin anzunehmen. Sie rechnet mit dem Eintreffen dieser Persönlichkeit für Mittwoch, den 30. August 1939.
Die Reichsregierung wird die Vorschläge einer für sie akzeptablen Lösung sofort ausarbeiten und diese, wenn möglich, bis zur Ankunft des polnischen Unterhändlers auch der Britischen Regierung zur Verfügung stellen." (Auswärtiges Amt 1939 Nr. 2, Nr. 464)
Die Deutsche Reichsregierung erklärte sich schweren Herzens also damit einverstanden, wie die Engländer es forderten, „direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen aufzunehmen." Sie akzeptierte ebenfalls die internationalen Garantien, die Existenz des fortbestehenden polnischen Staates mit allen wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen beinhalten. Hitler entschloß sich zu dieser Zusage „ausschließlich unter dem Eindruck der ihm zugegangenen schriftlichen Mitteilung

der Königlich Britischen Regierung, daß auch diese ein Freundschaftsabkommen unter Zugrundelegung der dem Botschafter Henderson - am 25. August - gegebenen Anhaltspunkte wünscht."
Niemand wird in Anbetracht der Verfolgung deutscher Minderheiten und der Tatsache, daß sich nunmehr zwei Armeen gegenüberstanden, die Vorschläge Hitlers als unvernünftig bezeichnen können. Aber Henderson war zu diesem Zeitpunkt nach seinen eigenen Worten kein „freihandelnder" Mann mehr. Sicherlich war er „weisungsgebunden" oder war von seinen „Widerstandsfreunden instruiert". Zumindestens mußte er nach der Verwarnung durch das Foreign Office auf Grund des Vortagsgespräches mit Hitler auf der „Hut" sein und durfte sich nicht nochmals in Freundschaftsgespräche verstricken lassen. So blieben diesem bemitleidenswerten Repräsentanten des britischen Weltreiches kein anderer Ausweg, als eines, wie er es selbst nennt, „nebensächlichen Punktes" wegen seine Zuflucht zum „Schreien auf den Gipfel seiner Stimmkraft" zu suchen - ich schätze, er hat dafür zuvor mindestens zwei Flaschen Champagner benötigt -, wohl in der Hoffnung, daß Hitler sich provozieren ließe und das Gespräch abbrach. Was war nun dieser untergeordnete Punkt? Hitler hatte kurz die unerträgliche Verfolgung der deutschen Minderheit mit einer Reihe von Morden erwähnt und um vordringliche Abstellung gebeten. Dazu ist rein sachlich zu sagen, daß die Behauptung Hitlers „daß er (Henderson) oder Seiner Majestät Regierung nicht einen Pfifferling danach fragten, ob Deutsche in Polen ermordet würden oder nicht", den Tatsachen entsprach. England hat sich bislang weder darum besorgt gezeigt noch ist mit irgendeiner Demarche in Polen vorstellig geworden, obwohl es, wie oben angeführt, zweifelsfrei informiert war. Ganz im Gegenteil hatte die englische Regierung ja schon im Frühjahr 1939 diese Entwicklung bewußt forciert, indem sie bei ihrer Garantie sogar die „Frage des Aggressors" ignorieren würde. (DBFPIV Dok. 584)

Zum anderen ist es unbegreiflich und läßt die englische Mentalität erkennen, bei Erwähnung von Morden von einem „untergeordneten Punkt" zu sprechen. Im übrigen widerspricht sich Henderson selber, wenn er die Verfolgungen der Volksdeutschen durch die Polen herunterzuspielen versucht, denn seine zuvor erwähnten Berichte sprechen deutlich eine andere Sprache. Es täte mir aber trotzdem leid, wenn er durch sein Schreien seine kostbare englische Stimme der Heiserkeit ausgesetzt haben sollte!
Obwohl, wie Ribbentrop berichtete, Henderson „als britische Demonstration" noch mit der Faust auf den Tisch geschlagen hat, blieb Hitler ob dieser überzeugenden Freundschaftsdemonstration betont unberührt und völlig ruhig. Er nahm das unqualifizierte Benehmen eines königlich-britischen Diplomaten gelassen hin. Ihm ging es um die Sache,

um die Erhaltung des Friedens und um die gewünschte Verhandlung mit den Engländern und Polen, an die er leider immer noch glaubte. Aber Beharrlichkeit im Verfolgen seiner Ziele war schon immer eine hervorstechende Eigenschaft des Führers gewesen, sonst hätte er niemals die gewaltigen Erfolge erringen können. Deshalb stand auch der Führer nach dieser unsinnigen Brüskierung nicht auf, sondern führte das Gespräch gelassen zu Ende.

Um nun sein mannhaftes „Soll" auch ganz zu erfüllen berichtete Henderson in einem Privatbrief Halifax: „So gab ich ihm es gehörig, als er mir die Gelegenheit bei einem .untergeordneten Punkt' gab, nämlich bei unserer angeblichen Gleichgültigkeit gegenüber der Ermordung von Deutschen in Polen. Er (Hitler) reagierte auf keine bemerkenswerte Art, aber ich habe keinen Zweifel, daß es eine unangenehme und ungewöhnliche Überraschung war. Ich muß noch hinzufügen, daß ich im Begriffe war aufzustehen, nachdem das Schlimmste geschehen war, aber er rührte sich nicht." (DBFP VE, Nr. 508) Herr Henderson hatte auftragsgemäß sein „Soll" erfüllt!

Während Herr Henderson sich mit diesen kindischen Lapalien beschäftigte, wußte Hitler zum Zeitpunkt dieses Gespräches durch den Göringschen Abhördienst von der General-Mobilmachung Polens und hatte Kenntnis von dem konzentrierten Aufmarsch der polnischen Angriffsarmeen gegen deutsches Reichsgebiet. Zuvor hatte man auf Kundgebungen und in Presseaufrufen hören und lesen können, „auf nach Danzig", „auf nach Ostpreußen" und „auf nach Berlin". Hitler verheimlichte Henderson keineswegs sein Wissen um diese Dinge, die er auf Grund seiner weitreichenden Geheimdienstquellen nach Warschau hatte. (Dok. 493) Da dieser polnische Aufmarsch unmittelbar deutsche Gegenmaßnahmen herausfordern mußte, erbat Hitler in obiger Antwortnote an die britische Regierung einen bevollmächtigten Polen zum 30. 8., und zwar in „Anbetracht der überaus dringlichen Lage, da sich zwei mobilisierte Armeen gegenüberstehen und die Deutschen in Polen massakriert würden."

Hitler glaubte zu diesem Zeitpunkt immer noch an die mögliche am Tage zuvor von Henderson in Aussicht gestellte deutsch-englische Freundschaft und damit an eine echte englische Vermittlerrolle.

Diese Freundschaft war ihm für ein Überleben Europas soviel wert, daß er hinsichtlich der polnischen Übergriffe und der gezeigten Angriffsbereitschaft auf Deutschland die offensichtliche Gefahr zurückstellte und nicht präventiv zuschlug. Dies sollten heute verantwortliche Europäer und auch Amerika, das morgen auf unsere Hilfe angewiesen ist, wenn es nicht dem Bolschewismus erliegen will, gebührend zur Kenntnis nehmen.

Hitler wußte zu diesem Zeitpunkt nicht, daß Halifax nach einem Gespräch mit dem schwedischen Friedensvermittler Dahlerus, der im Auftrage Görings mit Wissen Hitlers sich ebenfalls um eine friedliche Regulierung des Konfliktes bemühte, eine Vermutung von Dahlerus, die Rückgabe des Korridors dem britischen Kabinett gegenüber in der Nacht vom 26. 8. auf den 27. 8. als wahr hingestellt hat, um damit Gespräche mit Deutschland abzulehnen. Ebenso wußte er nicht, daß am gleichen Tage wenige Stunden vor der Unterredung Hitlers mit Henderson Sir Orme Sargent, Ivone A. Kirkpatrick sowie Lord Halifax im Widerspruch zum Wortlaut der offiziellen Antwortnote vom Vortag das deutsche Bündnisangebot endgültig abgelehnt haben.

Diese verhängnisvolle Entscheidung der engsten Mitarbeiter Chamberlains stimmte den größten Deutschland-Hasser Vansittart geradezu emphatisch zu. Bezeichnend war seine Begründung, daß *allein schon der Gedanke eines deutsch-englischen Bündnisses England „in den Vereinigten Staaten erledigen würde* und sowohl dort wie in allen befreundeten Ländern den schlimmsten Eindruck erwecken könnte. Er verlangte kategorisch, daß „wir vor solchen Gesprächen auf der Hut sein müssen." (DBFP VD, Nr. 455 Anm. 8)

Es zeigte sich also wieder einmal, wie recht Ribbentrop mit seiner Beurteilung der Persönlichkeit und des Wirkens Vansittarts hatte, als er in seinen „Schlußfolgerungen" schrieb, daß dieser „unser bedeutsamster und zähester Gegner" in seiner Stellung als „Diplomatischer Hauptberater des britischen Außenministeriums jederzeit in das diplomatische Spiel gegen Deutschland führend eingreifen kann." (Akten I, Doc. 93)

Somit waren die Weichen auf Veranlassung Englands *endgültig auf Krieg* gestellt und man ließ Hitler, der immer noch an eine Vermittlerrolle Englands glaubte, geradezu ins offene Messer laufen. Gerade dieser Umstand sollte bei einem Studium der Kriegsschuld eine vorrangige Beurteilung finden. Dabei kann auch nicht die Rolle Amerikas, die viel plumper war, ja fast primitiv, mit Roosevelt an der Spitze, dem einige Historiker seine Herkunft aus Galizien nachsagen, mit seinen engsten jüdischen Beratern übersehen werden. Sprechen schon die Zeilen Roosevelts an Hitler, die im Kapitel V dieses Buches durch Hitler in seiner Reichstagsrede ihre gebührende Antwort erfuhren, schon Bände, so muß doch hinzugefügt werden, daß in der Zwischenzeit Herr Roosevelt alles andere als unaktiv war, um die politische Situation für Deutschland zu verschlechtern. Es würde Bände füllen, um einen lückenlosen Nachweis darüber zu führen, daß neben Churchill der wahre Kriegshetzer Roosevelt und seine Hintermänner und damit die Kriegsverbrecher waren, die eigentlich in Nürnberg hätten abgeurteilt werden müssen. Sein Nachfolger Truman hat die Bombe abwerfen lassen.

Historisches Material hinsichtlich der Kriegsschuld am Zweiten Weltkrieg

Graf Szemberg, polnischer Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt nach einer Aufzeichnung des US-Botschafters Biddle am 6.1.1939: „Die Juden und deutsche Intellektuelle, die dort emigriert sind, inspirieren die amerikanische öffentliche Meinung in einem ungünstigen Sinne gegen das Hitlerische Deutschland.

Am 19. 3. 1939 versicherten Lukasiewicz und Bullitt dem polnischen Außenminister, daß Roosevelt alles tun werde, um Deutschland militärisch entgegenzutreten: „Bullitt ließ Polen wissen, ihm sei die Hoffnung der Deutschen auf die Erwerbung Danzigs bekannt, und er rechne mit der polnischen Bereitschaft, die Danzigfrage zu einem Kriegsanlaß zu machen. Er drängte Lukasiewicz, dem Westen die Forderung nach Waffenlieferungen und anderem militärischen Beistand zu stellen." (Amerikanischer Historiker D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 412).

Der britische Militärhistoriker J. F. Füller aus der US-Geheimdiplomatie: „Wiegand, der älteste der amerikanischen Journalisten in Europa, erzählt, daß er am 25. April 1939 zum amerikanischen Botschafter in Paris, Bullitt, gerufen wurde, der ihm erklärte: „Der Krieg in Europa ist eine beschlossene Sache... Amerika wird in den Krieg eintreten, nach Frankreich und Großbritannien." Dies wird durch die White House Papers von Hary Hopkins bestätigt, wonach Winston Churchill um diese Zeit zu Bernhard Baruch gesagt hat: „Der Krieg kommt nun bald. Wir werden hineinsteigen und sie (die Vereinigten Staaten) werden es tun. Sie (Baruch) werden die Sache drüben machen, aber ich werde hier aufpassen." (Fuller „The decisi Batde of the Western World and their influence upon History", Bd. DI, S. 375). '

Post festum kann man nur Hitler bedauern. Während er seine ganze Energie in diesem kritischen Augenblick für das Zustandekommen friedlicher Verhandlungen verwendete, waren in Wahrheit die Weichen von übermächtigen Kräften längst auf Krieg gestellt. Dies geschah nicht etwa deshalb, weil Deutschland, wie heute immer behauptet wird, nationalsozialistisch war, sondern einfach deshalb, weil man die berechtigten Interessen des deutschen Lebens- und Wirtschaftsraumes, ein erstarktes Deutschland als ein Bollwerk gegen den Bolschewismus und gegen die Vermassung nicht akzeptieren wollte.

Was hatten alle Friedensbemühungen und gewünschten Verhandlungstermine von Seiten Hitlers noch einen Sinn, wenn man sich der Worte eines kriegsentschlossenen Halifax vergegenwärtigt, die er bereits am 28. 8. 39 gebrauchte: „jeder Versuch, die Dinge in Ordnung zu bringen, stünde außer Frage". Für ihn ging es doch nach der betrügerischen

Note Hitlers seit dem 28. 8. nur darum, seine Rolle bis zum bitteren Ende konsequent weiter durchzuspielen, weitere Falschinformationen und provozierende Unwahrheiten in die Welt zu setzen und in Anbetracht der polnischen Generalmobilmachung Zeit zu gewinnen, indem man sofortige Gespräche boykottierte und sich weigerte, „es eilig zu haben". (M. Freund; „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten", Bd. HI, S. 340). Zu keinem Zeitpunkt hat die britische Regierung, wie es im Interesse der Friedenserhaltung notwendig gewesen wäre, die Garantie von der polnischen Verhandlungsbereitschaft abhängig gemacht. Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist der Brief von dem verwarnten, dem weisungsgebundenen, dem schreienden und sich „auf der Hut" befindlichen Henderson, der noch am 29. 8. als ‚mit der Faust auf den Tisch schlagende Diplomat' an seinen Außenminister schrieb: „Es ist nicht ohne Interesse, daß, während jeder Diplomat gebeten hat, mich zu sprechen, keinerlei Anzeichen für irgendein Interesse vom polnischen Botschafter (Lipski) vorliegt,' obwohl meine Beziehungen zu ihm persönlich ausgezeichnet sind." (DBFP VH, Dok. 4707) Und im Dokument 501 heißt es weiter von ihm: „Wenn wir erlauben, daß die letzteren (Polen) die ganze Zeit ihre amour propre (Selbstsucht), ihr Prestige und den zu vermeidenden Schein der Schwäche reden, dann sind wir nicht *schuldlos* an der Verantwortung für das Unglück." Man merke sich das gut: dann sind wir nicht *schuldlos* für das Unglück. Schade, daß Herr Henderson sich nicht für Nürnberg als Endlastungszeuge gemeldet hat! Vielleicht würde so mancher Gehängter heute noch unter uns Lebenden weilen und Herr Halifax hätte als erster den Strick um seinen adligen Hals bekommen müssen.

Auf Seite 403 „Wahrheit für Deutschland" schreibt Udo Walendy wörtlich: „Der polnische Außenminister Beck beanstandete am Abend des 29. 8. - zu einer Zeit also, da Warschau, dank der britischen Verzögerungstaktik weder den Inhalt der deutschen Verhandlungsgrundlagen noch die Fristbegrenzung kannte - gegenüber Kennard (dem britischen Botschafter in Warschau) nicht die Dringlichkeit des deutschen Gesprächswunsches, sondern lediglich, daß Hitler nicht auf Danzig verzichten wolle. Beck verharrte auf dem Standpunkt, daß die Wiederaufnahme des Gesprächs mit Deutschland auf der Grundlage der Märzvorschläge nach wie vor Krieg bedeute. Sollte Hitler nicht in den nächsten Stunden der Nacht (29./30. 8.) eine positive günstige Antwort geben (also einen endgültigen Verzicht auf Danzig und auf Verbesserung der Durchgangsregelung durch den Korridor aussprechen), so würde, drohte Beck dem britischen und französischen Botschafter, die Generalmobilmachung - zumal auf die strategischen Ziele Polens (Berlin, Danzig, Ostpreußen) - dies einen entscheidenden Schritt zur weiteren Kriegsentwicklung darstellen." *Dieses Verlangen Becks klärt die Schuldfrage*

eindeutig. Wenn schon der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, zwei Tage später den deutschen Vorschlag als „Zeichen der Schwäche" bezeichnete, wie wäre erst ein deutscher Verzicht im Sinne dieser Wertung von Polen behandelt worden?

Fest steht jedenfalls, daß der britische Außenminister pflichtwidrig und verlogen am 29. 8. die Polen nicht von dem Wunsche der deutschen Verhandlungsbereitschaft informiert hat, sondern diese Information erst am späten Abend des nächsten Tages um 19 Uhr an Herrn Kennard richtete, und zwar mit der Anweisung, diese erst um Mitternacht auszuhändigen (Dok. 539). Zudem sollte er bei der Übergabe so gelegentlich einflechten, daß die britische Regierung die deutsche Darstellung als „unhaltbar und irreführend" betrachte und „einen ausdrücklichen Vorbehalt hinsichtlich der deutschen Forderungen" gemacht habe! (Dok. 539).

Zur gleichen Zeit aber informierte das Foreign Office die Polen über die getroffenen militärischen Maßnahmen und legte Polen nahe, im Interesse seiner Sicherheit alle notwendigen Maßnahmen zu treffen. (DBFP VH, Doc. 491, 495, 505) Es steht heute fest, daß England sich mit dieser bewußten Verzögerungstaktik nicht nur an der Zuspitzung der Lage schuldig gemacht hat, sondern bei diesem Verhalten sogar eine untergründige Furcht erkennen ließ, den Krieg nicht doch noch in Gang zu bekommen, falls die Polen doch in letzter Minute direkte und erfolgreiche Verhandlungen führen sollten.

Diese These bestätigte sich, als am 30. 8. das britische Kabinett die deutsche Bitte nach einem polnischen Verhandlungsbevollmächtigten diskutierte. Chamberlain war es, der dieses Ersuchen Hitlers als die „unbefriedigendste Sache in Hitlers Antwort nannte und es für entscheidend hielt, vollkommen klarzumachen, daß wir in diesem Punkt nicht nachgeben werden." (Colvin S. 244). Er verstand mit „diesem Punkt", daß keine deutsch-polnischen Gespräche stattfinden dürften, die eine Einigung zwischen Berlin und Warschau herbeiführen könnten. Obwohl am 28. 8. Chamberlain sich als Vermittler angeboten hatte und Hitler dieses Angebot angenommen hatte, sabotierte nunmehr der Premierminister selbst jede Möglichkeit, daß ein polnischer Bevollmächtigter nach Deutschland kommen könnte. *Seine ganze Staatskunst bestand darin, die Schuld des NichtZustandekommens* der deutsch-polnischen Verhandlungen Deutschland zuzuschieben, obwohl die Verantwortung dafür *er allein* zu tragen hatte.

Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist die Manipulation der deutschen Antwortnote, die von Henderson noch am gleichen Tage, spät abends, an Halifax herausging. Es hieß dort im Telegramm: „daß die deutsche Regierung Vorschläge für eine annehmbare Regelung - mit Polen - sofort ausarbeite und die britische Regierung, wenn möglich, *vor dem*

Eintreffen eines polnischen Bevollmächtigten informieren werde." (DBFP VII, Nr. 490).
Auch hier wurde aus durchsichtigen Gründen eine bewußte Fälschung vorgenommen. Im Original heißt es: „daß *‚auch* die britische Regierung *‚möglichst bis zum Eintreffen'* eines polnischen Bevollmächtigten Kenntnis von den Vorschlägen haben solle".
Es fehlt also das Wort „auch" und aus der Formulierung „möglichst bis" wurde „vor dem" gemacht. Durch diese Falschübersetzung wollte man der Welt vortäuschen, daß England Anspruch auf den Erhalt der an Polen zu unterbreitenden Vorschläge habe, auch wenn kein polnischer Bevollmächtigter kommen sollte. Man machte solche Fälschung, um in der Propaganda wieder Hitler des Wortbruchs bezichtigen zu können. An dieser Version hielt Chamberlain noch am 1. September in seiner Unterhausrede (Britisches Blaubuch, London 1939 Nr. 105) fest.
Bezeichnend ist auch, daß der ebenfalls am 29. 8. abends übersandte Originaltext der Deutschen Note sich erst am 2. 9. in den Händen von Halifax befunden haben *soll* (Brit. Aktendokumentation Vol. VII, Nr. 498) Dieser Trick mußte angewendet werden, um die gefälschte Note vor der Weltöffentlichkeit als wahr erscheinen zu lassen.

Die verhängnisvolle Rolle des deutschen Widerstandes Mitursache zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges

Ein weiteres Dokument ist hinsichtlich der Beurteilung der historischen Verantwortung für den Krieg bezeichnend. In Beantwortung der telegrafischen Berichte Hendersons erhielt dieser in den frühen Morgenstunden des 30. 8. von Halifax, der also den Hendersonbericht erst am 2. September erhalten haben will, folgendes Telegramm: „wir werden über die Antwort der deutschen Regierung sorgfältige Überlegungen anstellen, aber es ist natürlich unvernünftig zu erwarten, daß wir einen polnischen Bevollmächtigten heute nach Berlin bringen können. Es wäre gut, wenn Sie dieses durch *passende Kanäle* (!) den maßgebenden Stellen bekanntgeben würden. Wir hoffen, Ihre Antwort heute nachmittag zu erhalten."
Das gleiche Telegramm wurde auch den britischen Botschaften in Warschau, Rom und Paris übermittelt! (DBFP VH, Nr. 504, m. Sp). Mit „maßgebenden Stellen" war nicht etwa die Deutsche Regierung gemeint, sondern der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Weizsäcker mit seinen Hintermännern des verräterischen Widerstandes. Es klingt fast unglaublich, daß diese Verräter somit schon in den frühen Morgenstunden des 30. 8. darüber orientiert waren, daß kein polnischer Unterhändler kommen würde, während man bei der Regierung noch

bis 24 Uhr vergeblich auf einen polnischen Bevollmächtigten wartete, weil man den Worten der englischen Regierung traute. Warum hat Weizsäcker es unterlassen, diese Meldung pflichtgemäß seiner Regierung, dessen Gehalt er bezog, zur Kenntnis zu bringen? Infolge des Telegrammwechsels nach Warschau, Rom und Paris war zweifellos auch der polnische Außenminister Beck von den Vorschlägen Hitlers informiert, so daß er, wenn er gewollt hätte, Zeitgerecht (1,5 Flugstunden) einen Bevollmächtigten hätte schicken können. Aber gerade durch die Weitergabe der Halifax-Informationen wurde ihm bedeutet, daß er keinen Unterhändler schicken durfte.

So benutzte Chamberlain seine noch am 25. 8. erhobene Forderung nach deutsch-polnischen Verhandlungen und damit seine Vermittlerrolle zur *Sabotage* jeglicher Kontaktaufnahme zwischen Berlin und Warschau, ein bewußtes Falschspiel, was heute für jeden Historiker offenkundig ist. Nur unsere Politiker und unsere Schulpläne sind unbelehrbar. Besonders verächtlich dabei ist und entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, daß der heute so gefeierte Widerstand dazu seine Hand gereicht hat und damit sich vor der Geschichte am Ausbruch des Krieges mitschuldig gemacht hat, weil auch er offensichtlich das Zustandekommen von Verhandlungen zur Erhaltung des Friedens sabotiert hat. Die Frage erhebt sich, ob bei diesem Tatbestand in der Zukunft die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik mit seinen Widerstandskämpfern in verantwortlichen Positionen ein verläßlicher Partner sein wird. Verräter bleiben Verräter!

Dies alles wird noch untermauert durch den schon zuvor erwähnten Geheimnisverrat des deutschen Majors Ewald von Kleist-Schmenzin, der zusammen mit anderen Widerständlern enge Verbindungen zum deutschen Kriegsministerium hatte. Er gab dem britischen Militärattache in Berlin mündlich verräterische Informationen, die sofort in einem „telefonisch aufgegebenen Telegramm" an Halifax weitergeleitet wurden:

„Hitler hat den Generalstab gezwungen, den ausgearbeiteten Plan gegen Polen zu ändern, wonach Warschau von Ostpreußen aus in der Nordsüd-Richtung auf breiter Front angegriffen werden sollte, und zwar in Verbindung mit dem Vormarsch Ihrer Haupttruppen von Böhmisch-Mähren und Westsiowakien aus in Nordost-Richtung auf Krakau... Der neue Plan besteht in einer direkten Offensive von Pommern und der Grenzmark aus gegen Warschau____Brauchitsch war dagegen, weil er meinte, daß ein Zweifrontenkrieg nicht in Frage komme, weil Polens Widerstandskraft beträchtlich sei und der neue Plan keine rasche Entscheidung bringen könne. Der Westwall ist nur stellenweise stark, was sich durch Versuche erwiesen habe. Schwache Stellen sind solche wie Freiburg-Saarbrücken-Aachen. Generalstab befürchtet, daß ein Durch-

bruch durch den Westwall möglich ist... Hitler erlitt nach dem Henderson-Besuch am 23. August einen Nervenzusammenbruch... Der Generalstab will Hitlers nervösen Zustand ausnutzen, um einen militärischen Coup zu ermöglichen, aber er muß zuvor sicher sein, daß *England nicht nachgeben* wird...

Wenn der Generalstab wüßte, daß ein Angriff auf den Westwall sicher sei, so würde das seine Position stärken... Die Stimmung in der deutschen Luftwaffe sei gut, aber nicht in der Armee, und es sei die Armee, die letzten Endes die Ereignisse entscheiden werde____Die Generäle Hammerstein, Beck (Generaloberst) und Rundstedt hätten selbständige hohe Kommandostellen erhalten, und dies seien die Männer, in die der Generalstab Vertrauen habe... Die deutschen Konzentrationen würden in den Gebieten von Landsberg-Schneidemühl-Schlochau stattfinden. Tempelburg sei das größte Horch- und D-F-Zentrum an der Ostfront. .. Wenn der Generalstab endgültig überzeugt sei, daß Ribbentrops Berichte über England falsch seien, so würde dies die Lage der dissidentischen (eine Umschreibung des Wortes Verräter, der Verfasser) Elemente begünstigen. Nach Warschau weitergegeben." (DBFPVII, Nr. 546).

Diesem Geheimbericht wurde in der Anmerkung 4 eine Zusatzbemerkung von Herrn Kirkpatrick beigefügt und alles dem britischen Premier am Morgen des 31. 8. vorgelegt: „Diese Information bestätigt den Aufmarschbefehl, den auch Dahlems gesehen hat (Nr. 437). Wir besitzen eine hiervon unabhängige Information, wonach auch Halder Schwierigkeiten gemacht hat.

Ich bin sicher, daß die Deutschen einen Angriff auf den Westwall fürchten, aber unsere Lage ist nicht stark genug, als daß wir einen Druck auf die Franzosen ausüben könnten, sich solchen Risiken und Verlusten auszusetzen... Der Beschreibung nach kann ich diesen Offizier nicht identifizieren, aber ich glaube, es ist ein verabschiedeter Offizier, der mit den *reaktionären Elementen* des Generalstabs in Verbindung steht. Er gab uns schon im letzten September (vorigen Jahres) eine Menge ziemlich konkreter Informationen, als er sich bemühte, uns zu veranlassen, Hitler gegenüber Widerstand zu leisten."

Wenn man einen so krassen Fall von Landesverrat aus höchsten deutschen Adelskreisen vernimmt, schäme *ich* mich jedenfalls, ein Deutscher zu sein. Diese Leute wurden, soweit sie gefaßt wurden, in Plötzensee gehängt, wo man heute eine Gedenkstätte für angebliche Märtyrer errichtet hat.

Abgesehen davon, daß diese Kleist-Schmenzinsche Information von Berlin nach Warschau bereits durchgegeben war, veranlaßte Chamberlain, diese verräterische Geheiminformation direkt an den polnischen Außenminister weiterzuleiten, nicht etwa aus Gründen erforderlicher

militärischer Abwehrmaßnahmen - das Schicksal Polens war den perfiden Engländern höchst gleichgültig sondern um seinen Widerstand gegenüber dem deutschen Verhandlungswillen zu stärken. (DBFP VII, Nr. 605). Denn Verhandlung hätte Frieden bedeutet. Dies aber war für die englischen Kriegshetzer gleichbedeutend mit einer diplomatischen Niederlage.

Am 30. August erhielt von Ribbentrop einen Bericht über ein abgehörtes Telefongespräch zwischen London und Henderson in Berlin: Eine unbekannte Dame vom Foreign Office kündigte Henderson zwei Telegramme an, ein langes und ein kurzes. Man habe sein Telegramm über das „Geschrei" (gemeint ist das unqualifizierte Verhalten Hendersons bei seiner Unterredung mit Hitler am 29. 8.) erhalten. Er solle sich darüber nicht aufregen. Das angekündigte Telegramm würde ihm als Wegweiser für weitere Verhandlungen dienen. Telegramme würden nur schnell und kurz abgefaßt. Der Premierminister verstünde auch deshalb sehr gut; denn er sei ja drüben gewesen und verstehe daher alles recht gut. In London sei man, wie Henderson wisse, sehr ruhig. Man glaube, man sei auf dem richtigen Wege, sie - die Deutschen - könnten wirklich nicht damit rechnen, Leute hinzuzitieren, ihnen Schriftstücke vorzulegen und auf vorgedruckten Linien unterschreiben zu lassen. Diese Zeiten sind vorbei. Das müsse man in Berlin genauso gut wissen wie in London. Henderson solle erkennen, was der Vorschlag bedeute, der in der Absicht verfaßt sei, ihm bei der Weiterführung der Angelegenheit zu helfen. Henderson erwiderte, der Eindruck, den er gewonnen habe, sei gut. Er könne jetzt keine Privatbriefe mehr schreiben, aber der Eindruck sei gut. Im übrigen sei man in London immer zu dem bereit, worüber Henderson gesagt habe, daß London dazu bereit sei. Aber von anderen Sachen wollen sie in London nichts wissen. Henderson, der dieser Äußerung zustimmt, erklärt, London solle absolut unerschütterlich bleiben. (Dienststelle Ribbentrop Bd. 1-4 T120. 32,29636)

Was hat nun dieses abgehörte Gespräch zu bedeuten? In einem der angekündigten Telegramme, wahrscheinlich Nr. 529 wird Henderson die Ankunft von Dahlems zwischen 21.30 Uhr und 22.30 Uhr angekündigt, den er sehen müsse, bevor dieser zu Göring ginge. In dem anderen um 17.30 Uhr abgegangenen Telegramm Nr. 534 wird Henderson angekündigt, daß er dem deutschen Kanzler eine Mitteilung machen solle, jedoch nicht, bevor er weitere Instruktionen von Halifax erhalten habe. In den weiteren Instruktionen heißt es ausdrücklich, daß Henderson erst „nach Mitternacht" ins Außenministerium gehen solle. - Dies hieß doch nichts anderes, als den Termin eines Treffens mit dem polnischen Bevollmächtigten bis 24 Uhr des 30. 8. ungenutzt verstreichen zu lassen. Weiter wurde Henderson in diesem Telegramm angewiesen, von der deutschen Regierung keine Vorschläge mehr entgegenzunehmen. Dafür

wurde Henderson nahegelegt, zu den deutschen *Verschwörern* weiterhin Kontakt zu halten, für die *England „immer bereit"* sei. Chamberlain läßt ausdrücklich mitteilen, daß er die Frage, über die Henderson „gesagt habe, daß London dazu bereit sei", gut verstehe, denn er sei ja drüben gewesen und verstehe daher alle sehr gut. Dagegen wollte Chamberlain von „anderen Sachen" nichts wissen und meinte damit die Ablehnung der Vermittlung zwischen den Polen und den Deutschen, um die ja Henderson noch in seinen letzten Privatbriefen gebeten hatte.

So hatte nun Henderson seine klare Marschrichtung erhalten, aber gleichzeitig auch das Auswärtige Amt, und wußte nun, wie er sich verhalten mußte, indem er nun um Mitternacht mit von Ribbentrop auffallend provozierend zu verhandeln hatte. Genauso wie Henderson seine „Richtschnur" erhalten hatte, so bekam sie auch der britische Botschafter in .Warschau, Sir Kennard, von Herrn Halifax. In diesem Telegramm hieß es: da er (Halifax) „eine Richtschnur" verfolge und er Wert darauf lege, daß Außenminister Beck diese Richtschnur „bemerken" werde. Hierzu gehörte die Verzögerung der Übergabe der Note, die inhaltlichen Vorbehalte Londons zum deutschen Vorschlag, das betrügerische Handeln von Halifax am 25. und 28. 8. sowie die vorbehaltlose Billigung der General-Mobilmachung der Polen. Um seine Pläne noch mehr zu verdeutlichen, fügte er hinzu, daß er Verhandlungen empfehle im Hinblick auf „die innere Situation in Deutschland und auf die öffentliche Weltmeinung". Im Dokument 576 heißt es: „Solange sich die deutsche Regierung zu Verhandlungen bereit erklärt, sollte ihr keine Gelegenheit geboten werden, die Verantwortung für einen Konflikt auf Polen zu schieben."

Roosevelts Friedensschwindel

Die gleiche scheinheilige Taktik wandte auch parallel laufend Herr Roosevelt an, so daß die englisch-amerikanische Absprache immer offensichtlicher wurden. Beiden Mächten ging es nur darum, die Schuld für den von ihnen beschlossenen Krieg gegen Deutschland, von dessen echten Friedensbemühungen man überzeugt war, abzuwälzen. Roosevelt hatte klar erkannt, daß eine friedliche diplomatische Regelung der Streitfragen zwischen Deutschland und Polen seinen Kriegsträumen ein Ende setzen würde. Jede nur erdenkliche Einmischung in europäische Verhältnisse mit gekoppelten betrügerischen Manipulationen seinem eigenen Volk und dem Kongreß gegenüber tat er alles, um die Spannungen in Europa zu schüren, um bei Ausbruch eines Krieges durch die Hintertür kommend an diesem lukrativ zu partizipieren, nicht ohne den Willen,

im Eigeninteresse seine Partner wie Churchill und Stalin dabei an die Wand zu drücken.
Amerika geriet mehr und mehr in die Hände eines besessenen und fremden Einflüssen zugänglichen Mannes, dem jedes Mittel recht war, Deutschland zu vernichten und mit seiner Kurzsichtigkeit und Boshaftigkeit die halbe Welt ins Unglück zu stürzen. Der Scherbenhaufen, den dieser krankhafte, ehrgeizige und für europäische Probleme ahnungslose Mann, einschließlich der Atombomben für Hiroschima und Nagasaki, hinterlassen hat, ist so furchtbar und grausam, daß das Vertrauen zu Amerika noch für ein Jahrhundert darunter leiden wird. Ein Land, das sich solche Präsidenten erlaubt, gewinnt kein Vertrauen in der Welt. Die Nachkriegsereignisse beweisen dies weltweit, Die janglückselige Fortsetzung dieser reinen Machtpolitik scheint ihrem Ende entgegenzugehen, da ein Atompat jede Bewegungsmöglichkeit ausschließt, will man nicht einige 100 Millionen Tote in Kauf nehmen.

Vor dem zweiten Weltkrieg ging es Roosevelt ausschließlich darum, die Schuld am kommenden Krieg schon vorweg Deutschland in die Schuhe zu schieben. Dazu hatte die gelenkte Vorkriegspropaganda bereits gute Vorarbeit geleistet und das unpolitische amerikanische Volk, das an einem europäischen Krieg desinteressiert war, mehr und mehr beeinflußt. Roosevelt wußte zudem sehr wohl, daß ohne einen allgemeinen Krieg auf Grund innerpolitischer Schwierigkeiten seine Wiederwahl 1940 kaum denkbar war. Deshalb mußte Roosevelt dem Schein nach die Rolle des Friedensapostels spielen. So schickte er, wie ja schon in der abgedruckten Antwort Hitlers hervorgeht, an die Westmächte, an Italien, an Deutschland und Polen sogenannte Friedensbotschaften und wies auf dringend notwendige Verhandlungen hin, wenn der erstrebenswerte Frieden erhalten werden sollte. Dabei brüskierte er noch Mussolini, weil er seine Botschaft an den italienischen König schickte, was in England ob dieser Ungeschicklichkeit nur ein Kopfschütteln und Verärgerung über die ungehobelte amerikanische Außenpolitik verursachte.
So gerieten die Briten in arge Verlegenheit, als am 25. 8. 1939 der ahnungslose polnische Staatspräsident Moscicki dem amerikanischen Präsidenten seine Anregung direkter Verhandlungen bestätigte, „da Polen sie stets als die geeignetste Methode angesehen habe". Doch am selben Tage versicherte Beck dem amerikanischen Botschafter, kurz vor Mitternacht, „daß der Krieg zwischen Deutschland und Polen unvermeidlich sei". Diese Mitteilung setzte Roosevelt „geradezu in Ekstase". Roosevelt sandte auch Hitler die Note mit der flehentlichen Bemerkung, „die ganze Welt bete, daß auch Deutschland zusagen möge". Dies war eine effektvolle Propaganda, die dann vor der einfaltigen amerikanischen Öffentlichkeit genügend ausgeschlachtet wurde und den amerikanischen Präsidenten als den reinsten Friedensengel darstellte. Nur Hitler fiel auf

solche Noten nicht herein. Er war scharfsinnig genug, zu erkennen, daß ein von Polen den USA gegebenes Versprechen nicht einmal das Papier wert war, auf dem dies geschrieben stand.

Die Friedensbemühungen von Dahlems im Auftrage Görings

Zur weiteren Beurteilung der Lage muß hier noch von den Friedensbemühungen Hermann Görings mit Hilfe der Dahlerusgruppe gesprochen werden, die parallel zu den Gesprächen auf Botschafterebene liefen. Dahlems war ein schwedischer Industrieller mit guten Beziehungen zu England und mit Göring freundschaftlich verbunden. Dahlems wurde am 30. 8. um 10.30 Uhr von Halifax, Cadogan und Chamberlain im Kabinettsaal der Downingstreet empfangen. Dieser Besuch war noch in der Nacht von Henderson angekündigt worden, um unter Ausschaltung von Ribbentrop weitere Friedensbemühungen zu erörtern. Zuvor hatte ihm Göring die wesentlichen Punkte der Verhandlungsgrundlagen mit Polen auseinandergesetzt und ihn vom aufrichtigen Wunsch Hitlers überzeugt, eine friedliche Verständigung mit Polen zu erreichen.
In erster Linie ging es um die der britischen Regierung bereits angekündigten 16 Verhandlungspunkte und Vorschläge an Polen. Ebenso wurden die erneuten Grenzzwischenfälle und andere polnische Provokationen zur Sprache gebracht. Während dieser Unterredung wurde Dahlems von Chamberlain gefragt, ob er es „nach deutscher Ansicht für eine entscheidende Bedingung halte, daß ein polnischer Delegierter heute nach Berlin komme. (DBFP VH, Nr. 514)". Seine Entgegnung war, „daß er dies nicht für entscheidend halte, daß er aber Feldmarschall Göring dieserhalb anrufen werde". Noch während dieser Unterredung fand dieses Telefongespräch mit Göring statt, der die Vollmacht und die Angaben von Dahlems bestätigte. In seinem Buch „Der letzte Versuch", S. 103, heißt es: „Er (Göring) versicherte sofort, daß die Note fertig sei und in der Tat Polen günstigere Bedingungen böte, als er mir in der Nacht erzählt habe." Diese Vorschläge seien eine Diskussionsgrundlage. „Bedingung allerdings sei, daß ein polnischer Bevollmächtigter sie entgegennehme." (Dok. 519)
Vor allem erscheint hier wesentlich, daß schon am Vormittag des 30. 8. die englische Regierung, die ja wenige Stunden zuvor das Erscheinen eines polnischen Delegierten verhindert hatte, aber dies nur den deutschen Verschwörern in der Hoffnung auf einen Umsturz mitteilen ließ, und die um den Vorschlag Hitlers wußte, daß Volksabstimmungen in denjenigen Teilen des Korridors vorgesehen waren, in denen sich eine „gemischt deutsch-polnische Bevölkerung befindet". Je nach dem Ergebnis des Plebiszits sollte entweder Deutschland oder Polen „eine

Verkehrszone, eine Verbindung durch den Korridor erhalten. Der Vertrag sollte von den 5 Großmächten garantiert werden". In den ADAP VII, Nr. 422 wird festgehalten, daß Hitler Polen keine ultimativen Forderungen vorlegen wollte, sondern länger dauernde Verhandlungen erwogen hatte, als deren vordringlichster Punkt die Beendigung der Deutschen-Verfolgungen in Polen benannt war.
Die Folge dieses Gesprächs mit Birger Dahlems war lediglich, daß Halifax um 17.30 Uhr mit der Begründung „Hitler den Vorwand zu nehmen, eine maßlose Aktion zu rechtfertigen, der polnischen Regierung empfahl, nicht mehr auf deutsche Flüchtlinge oder ‚Unruhestifter' - die es gar nicht gab - zu schießen, sondern sie zu verhaften, gegen die deutsche Minderheit keine Gewalt anzuwenden, Angehörige der deutschen Minderheit ungehindert die deutsche Grenze passieren zu lassen und die aufreizende Rundfunkpropaganda einzustellen." (Dok. 532)
Die vorauszusehende Reaktion von Beck, wie man bei M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II, S. 348 nachlesen kann: „Der polnische Außenminister verbietet der britischen Regierung, ohne Ermächtigung durch die polnische Regierung Ansichten und Meinungen zu polnischen Problemen zu äußern. Es ist der schroffste Großmachts- und Souveränitäts-Standpunkt. Über polnische Fragen steht ein Urteil allein und ausschließlich der polnischen Regierung zu." Diese Unverschämtheiten mußte England hinnehmen, da sich Polen der englischen Garantie, auch unter Ignorierung der Frage des Aggressors sicher war. Allein diese Antwort von Beck besagt hinsichtlich des Geistes diesen unterentwickelten Staates und Volkes alles.
Ostentativ verschärfte die polnische Regierung die Lage, indem sie die schon eine Zeitlang geheim laufende General-Mobilmachung offiziell verkündete, den Zugverkehr nach Ostpreußen einstellte und am nächsten Tag die *Dirschauer Brücke* sprengte.

Die Mittemachtsunterredung zwischen Ribbentrup und Henderson am 30. 8.1939

Am 30. 8. um 24 Uhr, also nach Ablauf der Verhandlungsfrist mit den Polen, erschien Henderson bei Ribbentrop im Auswärtigen Amt. Er hatte sich um 23 Uhr angesagt und ließ bewußt den deutschen Außenminister eine Stunde warten. Das ließ auf nichts Gutes schließen. Während Henderson bestimmt durch Dahlems und wahrscheinlich von Weizsäcker und dem Verschwörerkreis über den Inhalt der Verhandlungsvorschläge an Polen unterrichtet war, mußte Hitler davon ausgehen, daß dies nicht der Fall sei. Denn sonst hätte er Ribbentrop nicht beauftragt, Henderson „über die wichtigsten Punkte dieser Vorschläge

nur kurz" zu informieren, da ja der polnische Delegierte nicht gekommen war.

Henderson erschien allein ohne Dolmetscher und führte die Unterhaltung auf eigenen Wunsch in deutsch, obwohl er diese Sprache nicht perfekt beherrschte. Er tat das, wie wir heute wissen, bewußt, um sich gegebenenfalls auf Mißverständnisse herausreden zu können. Herr von Ribbentrop hatte den bewährten Dolmetscher Dr. Schmidt bei sich. Henderson übergab dem Reichsaußenminister das britische Memorandum als Antwort auf die deutsche Note vom 29. 8. 39. Nach Studium dieses Memorandums in Gegenwart von Henderson mußte Ribbentrop feststellen, daß die englische Antwort unbefriedigend war. Es wurde zwar in unverbindlich schönen Worten die Notwendigkeit eines deutsch-polnischen Meinungsaustausches „in aller Eile" betont, aber im Widerspruch dazu erklärt, „daß es untunlich wäre, diese Fühlungnahme schon heute herzustellen." (Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, 1939 Nr. 2, Anlage 466)

Praktisch war das das Eingeständnis, daß England trotz seiner Zusage sich gar nicht um das Zustandekommen einer Verhandlung bemüht hat, oder es war das Eingeständnis der Unmöglichkeit, Polen, das seit März die Verhandlungen unter Kriegsdrohung beendet hatte und nunmehr infolge seiner General-Mobilmachung kampfbereit war, an den Verhandlungstisch zu bewegen.

Bezeichnend sind die Anweisungen, die Henderson von Halifax für diese Gesprächsrunde mit auf den Weg bekommen hatte. Er sollte „auf mögliche Provokationen" der deutschen Minderheit - von der heute nachgewiesenermaßen überhaupt keine Rede sein konnte - hinweisen, zum anderen darauf, daß die britische Regierung nicht in der Lage sei, der polnischen Regierung zu empfehlen, auf das von Deutschland „vorgeschlagene Verfahren" einzugehen. Vielmehr sollte die deutsche Regierung „auf diplomatischem Wege, nämlich durch Überreichung ihrer Vorschläge an den polnischen Botschafter in Berlin, die Dinge ins Rollen bringen". (Doc. 461). Diese Forderungen mußten für Henderson sicherlich peinlich sein. Wußte er doch, daß der polnische Botschafter in Berlin weisungsgebunden nicht bereit war, irgendwelche Vorschläge anzunehmen, und mußte er doch von seinem eigenen Vorschlag, Beck zur friedlichen Regelung der Probleme nach Berlin kommen zu lassen, abrücken und nunmehr zugestehen, daß ein polnischer Verhandlungsbevollmächtigter überhaupt nicht kommen werde. Außerdem mußte Henderson wider besseren Wissens weisungsgemäß die Einladung des polnischen Verhändlers, so wie er das schon am 29. 8. getan hatte, als Ultimatum hinstellen.

Der Reichsaußenminister wies die Bemerkung über angebliche Sabotageakte der deutschen Minderheit nachdrücklichst zurück. Deutschland

kenne ausschließlich polnische Provokationen, aber die polnische Propaganda schiene bei der britischen Regierung ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Er lehne es ab, mit der britischen Regierung überhaupt über dieses Thema zu sprechen. Sodann antwortete Ribbentrop bezüglich der für den polnischen Unterhändler gedachten deutschen Verhandlungsvorschläge, daß 1. die britische Vermittlung bisher nur ein klares Ergebnis gezeitigt hätte, nämlich die polnische General-Mobilmachung; 2. habe man deutscherseits mit dem Erscheinen eines polnischen Vertreters am heutigen Tage gerechnet. Es sei dies nicht, wie die britische Regierung irrtümlich angenommen habe, ein Ultimatum gewesen, sondern wie der Führer bereits am Vortage auseinandergesetzt hatte, ein von den Zeitumständen diktierter praktischer Vorschlag gewesen. Bis Mitternacht habe man auf deutscher Seite nichts von den Polen gehört. Die Frage eines eventuellen Vorschlages sei daher nicht länger aktuell.
Zum Schluß fragte dann Henderson, „unter Hinweis auf den letzten Absatz der deutschen Antwort vom Vortage, ob die deutschen Vorschläge bereits ausgearbeitet seien und ob ihm diese Vorschläge übergeben werden könnte" (Dok. 461). Wie schon einige Seiten zuvor erwähnt, leitete Henderson dieses Ansinnen auf seine von ihm selbst gefälschte Übersetzung der deutschen Note vom Vortag her, die Aushändigung zu beanspruchen, weil er aus dem „bis zum" Eintreffen eines polnischen Beauftragten „vor dem" geändert hatte.
Ribbentrop aber war großzügig und las trotzdem die Vorschläge Hitlers im Wortlaut aller 16 Ziffern vor und „erläuterte sie im einzelnen". Dies wurde von Dr. Schmidt in Nürnberg bestätigt. Es geschah entgegen der Weisung Hitlers, da ja der polnische Verhändler nicht gekommen war. Ribbentrop entschloß sich dennoch es zu tun, und zwar unter dem Gesichtspunkt, was Deutschland vorgeschlagen hätte, wenn der polnische Delegierte gekommen wäre. Aber eine Übergabe der von Henderson geforderten Note lehnte Ribbentrop mit Recht ab. Dennoch hat er am nächsten Tage auf Anweisung Hitlers eine Kopie dieser Note bekommen.

Dieser nun von Ribbentrop verlesene Verhandlungsvorschlag beinhaltete im wesentlichen die Rückkehr Danzigs zum Großdeutschen Reich, Abstimmung innerhalb eines Jahres unter neutraler Kontrolle über die Zugehörigkeit des Korridors (Westpreußens). Falls der Korridor durch das Abstimmungsergebnis dem Reich zufiel, so sollte Polen den Hafen Gdingen und eine exterritoriale Straße mit Eisenbahnlinie durch Westpreußen erhalten. Würde dagegen die Bevölkerung sich für Polen entscheiden, sollte das deutsche Reich eine exterritoriale Straße und Eisenbahnlinie nach Ostpreußen erhalten. Zudem wurden Minderheiten-Schutzverträge gefordert und Austausch der Bevölkerung, wenn es gewünscht wird. Vor allem aber sollten die endgültig festzulegenden

Grenzen international garantiert werden. Weder war von einer immer wieder zu hörenden Abtretung der Provinz Posen oder der wertvollen ostoberschlesischen Industriegebiete die Rede noch von irgendwelchen anderen Forderungen, obwohl Deutschland ein legitimes Recht darauf gehabt hätte, da diese Gebiete willkürlich und völkerrechtswidrig, ohne das Selbstbestimmungsrecht zu beachten, abgetreten oder mit Gewalt annektiert worden waren. Solche Forderungen sind von Hitler nie ins Gespräch gebracht worden. Anders lautende Behauptungen oder sogenannte „authentische Dokumente", die sich unter anderem auch im französischen Gelbbuch befinden, sind Fälschungen und beruhen auf Falschmeldungen, die von französischen, polnischen und englischen Diplomaten und anderen anonymen Hintermännern als Täuschungsmanöver in die Welt gesetzt worden sind (Gelbbuch der franz. Regierung, Nr. 285, 287, 291, 293 und das engl. Dok. 450).
Dieser Vorschlag war nach Dr. Schmidt „Statist auf diplomatischer Bühne", Seite 456, ein „richtiger Völkerbundsvorschlag", weil er in Bezug auf Westpreußen das Selbstbestimmungsrecht zur Grundlage hatte und zudem noch auf dieses Recht bezüglich Posen und Ostoberschlesien verzichtete. Großzügiger konnte dieses Angebot, wie jeder Historiker heute nun feststellen muß, wirklich nicht sein. Selbst Henderson, der soeben noch geschrieben hatte, daß Hitler eine solche Basis verweigern würde, mußte sich nunmehr eines besseren belehren lassen. Enthielt doch der soeben verlesene Vorschlag Hitlers genau die von ihm skizzierten Mindestforderungen. Daher konnte er auch nicht nach der Unterredung umhin, dieses Angebot als „nicht unvernünftig" zu beurteilen, zumal die Polen sich in dem umstrittenen Gebiet des Abstimmungsergebnisses zu ihren Gunsten sicher waren. Ja, was sollte und konnte Hitler noch mehr tun in Anbetracht eines von England, Polen und Amerika gewollten und erzwungenen Krieges?
Daß Henderson im Auftrage seiner Regierung auch bei dieser Unterredung nur Hinhaltetaktik übte und diese in Ermangelung erfolgversprechender Vorschläge im Sinne von Halifax nur zur Verschleierung der wahren Absichten der britischen Regierung diente, kann man auch aus zwei Begebenheiten ablesen. Ähnlich wie am Tage zuvor, als er „wegen eines untergeordneten Punktes" vor Hitler zu schreien begann, versuchte er diesmal weisungsgebunden von Ribbentrop wegen einer angeblich „mißverstandenen Stelle" zu provozieren, was er dann bei Klarstellung dann tatsächlich mit Sprachschwierigkeiten begründete, obwohl er selbst aus durchsichtigen Gründen diese Sprache gewählt hatte.

Zum anderen versuchte er in seinem anschließenden Bericht in der altbekannten britischen Methode, die Schuld an einem kommenden Krieg von sich abzuwälzen, was sicherlich einen zunächst wirksamen Propa-

gandaeffekt hinterläßt, aber vor der historischen Forschung später an Gewicht verliert.

Auch der Vorschlag am Schluß des Gespräches, Ribbentrop möge doch den polnischen Botschafter Lipski kommen lassen und ihm die soeben verlesenen Vorschläge unterbreiten, war nur eine Farce zur Verschleierung Chamberlains wahrer Absichten. Henderson wußte sehr wohl, daß Lipski von seiner Regierung keine Vollmachten hatte und ihm diese wenige Stunden später von Beck ausdrücklich verboten wurden. Immerhin aber beweist dieser Vorschlag, daß Henderson im Gegensatz zu verbreiteten Behauptungen die vorgetragenen 16 Punkte gut verstanden hatte und sie in Ordnung befand. Denn sonst hätte er wohl kaum diesen Vorschlag machen können.

Immerhin muß sich Henderson seiner von vielen so geschätzten alten Verantwortung und vielleicht der Qualität der auch von ihm akzeptierten Vorschläge Hitlers bewußt geworden sein, daß er gleich anschließend zum polnischen Botschafter Lipski fuhr und ihn sehr genau über die einzelnen Verhandlungsvorschläge unterrichtete. Er beschwor ihn geradezu - und zwar entgegen den Weisungen! seiner eigenen Regierung -, sich unverzüglich bei Ribbentrop zu melden und die Vorschläge entgegenzunehmen.

Er unternahm am nächsten Tag noch einen weiteren Anlauf, indem er durch Dahlems und Ogilvie-Forbes dem polnischen Botschafter die 16 Punkte übersetzen ließ. Aber Lipski, bleich vor Erregung, konnte nur stammeln. Dahlems berichtet, daß der Botschafter bereits gepackt habe und auf Kisten säße. Lipski gab auch hier wieder klar zu verstehen, daß er sich nicht für deutsche Noten und Angebote interessiere. „Er kenne die Lage in Deutschland nach 5 Jahren Tätigkeit als Botschafter und habe auch Verbindung zu Göring und anderen *‚maßgebenden Kreisen'* (Widerständler, die er irrtümlich maßgebend nennt). Er wisse, daß im Falle eines Krieges Unruhen in Deutschland ausbrechen und *polnische Truppen siegreich nach Berlin marschieren würden.*" (Dahlems, „der letzte Versuch" S. 110)

Auch hier kann man nicht ernsthaft bestreiten, daß *deutscher Verrat an der Mitschuld am Kriege beitrug.* Ich bin mir absolut sicher, daß eine unabhängige Geschichtsschreibung diesen Verrat nicht als Legende, sondern als Dolchstoß gegen Deutschland feststellen wird und damit jeglichen Führungsanspruch dieser Verräter und ihrer Schichten, aus denen sie kamen, verneinen wird. Deshalb kann und darf sich auch heute niemand wundern, daß solche Verräter, die gefaßt wurden, nach dem uralten Kriegsrecht, „wer im Kriege verrät, ist des Todes", hingerichtet wurden. Gedenkstätten für diese Leute heute sind eine Unterwerfungserscheinung einer Nachkriegszeit. Dieser Verrat ist umso verwerflicher, als selbst diese Widerstandskämpfer den Opfertod von Hun-

dertausenden deutscher Soldaten vertreten haben für eine Sache, an die sie nicht glaubten.
Zur objektiven Beurteilung der Lage und zur Ehre des echten Henderson muß sein Brief an seinen Außenminister noch kurz vor dieser letzten Unterredung mit von Ribbentrop gewertet werden:
„Wenn überhaupt ein echter Friede in Zukunft zwischen Polen und seinem mächtigen Nachbarn bestehen soll, müssen die Beschwerdegründe des letzteren, *die nicht Herr Hitler* geschaffen hat, sondern die *nationalen Beschwerdegründe* sind, *ausgemerzt* werden. Um dies zu erreichen, muß meiner Meinung nach die Stadt Danzig mit Ausnahme des Hafens an Deutschland zurückgegeben werden; es muß eine direkte und exterritoriale Verbindung zwischen dem Reich und Ostpreußen geben, und das deutsche Minderheitenproblem muß auf dem Wege des Bevölkerungsaustausches gelöst werden. Ein echter und dauerhafter Friede zwischen den beiden Ländern kann auf keiner anderen Basis begründet sein. Es besteht keine Hoffnung, daß einem' *diplomatischen Kompromiß* ein dauerhafter Erfolg beschieden sein könnte.
Wenn wir jemals die deutsche Armee und Nation dazu bekommen sollten, gegen die unerträgliche Regierung von Hitler zu revoltieren, so kann dies, sofern es Polen betrifft, nur auf einer Basis sein, die die ganze Nation und sogar ihre gemäßigten Gruppen als fair für Deutschland betrachte... In der Zwischenzeit kann ich nur noch einmal dringend darauf verweisen, wie wichtig es ist, daß Polen sofort den Vorschlag zur direkten Verhandlung annimmt und sich hiermit vor den Augen der Welt ins Recht setzt." Pok. 537 VE, DBFP)

Kriegserklärung des Weltjudentums - Mussolinis Friedensappell

Für die Beurteilung der Kriegsursachen und für die historische Verantwortung kann hinsichtlich einer weiteren Verschärfung der Lage ein überaus bedeutender Vorgang nicht außer Acht gelassen werden, der sich hinsichtlich seiner unheilvollen Auswirkungen erst später erweisen sollte. Am Tage zuvor erhielt der englische Premier von dem Führer der *Zionisten* und dem späteren Präsidenten von Israel, Dr. Chaim Weizmann am 29. 8.1939, also am Tage, da alles auf des Messers Schneide sowohl zum Guten wie zum Bösen hin stand, eine äußerst bemerkenswerte Note:
„Ich wünsche in nachdrücklicher Form die Erklärung zu bestätigen, daß *wir Juden* an der *Seite Großbritanniens* stehen und für die Demokratie kämpfen werden. Aus diesem Grunde stellen wir uns in den kleinsten und größten Dingen unter die zusammenfassende Leitung der britischen Regierung (Mandatsmacht in Palästina!). Die jüdische Vertretung ist

bereit, in sofortige Abkommen einzutreten, um alle menschliche - jüdische Kraft, ihre Technik, ihre Hilfsmittel und alle Fähigkeiten nützlich einzusetzen."

Hier wird bewiesen, daß sich bereits *vor Kriegsausbruch vorbehaltlos* unter *Ignorierung des Aggressors das Weltjudentum* aktiv in die Reihe der *Kriegstreiber* gestellt hat. Es bezog sich damit selber in die Reihe der kriegsführenden Mächte als unser potentioneller Gegner ein und konnte und durfte daher nicht verwundert sein, daß die unter deutscher Obrigkeit stehenden Juden auch als solche behandelt wurden, und nach internationalem Recht völlig zurecht interniert wurden.

Diese Erklärung wurde aus guten Gründen der Weltöffentlichkeit erst nach Ausbruch des Krieges am 5. 9. 39 unterbreitet.

Am 31. 8. gegen 11 Uhr schaltete sich unabhängig voneinander der italienische Regierungschef und Attolico, der italienische Botschafter in Berlin, zur Erhaltung des Friedens ein. Sie ließen London wissen, daß, wenn ein Krieg vermieden werden sollte, die britische Regierung darauf drängen sollte, Botschafter Lipski für Verhandlungen mit der Reichsregierung zu ermächtigen. Zum anderen sollte zum 5. 9. eine internationale Konferenz stattfinden mit dem Ziel, die Klauseln des Vertrages von Versailles zu revidieren, die als Ursache der gegenwärtigen Spannungen des europäischen Zusammenlebens anzusehen sind. (M. Freund, „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten", Bd. DI, Dok. 142)

War es schon merkwürdig, daß Hitler nichts von diesen Aktivitäten Mussolinis erfuhr - er wollte erst nach Zustimmung der Engländer und Franzosen Hitler informieren -, so ist es aber umso unverständlicher, daß hierüber Hitler nichts von dem durch Attolico informierten Staatssekretär von Weizsäcker erfuhr. Dies geschah erst zwei Tage später am 2.9. vormittags, also *nach* Eröffnung der Kampfhandlungen. Auch hier erhebt sich wiederum die Frage, weshalb eine so wichtige Nachricht nicht von Weizsäcker pflichtgemäß sofort gemeldet worden ist? Dieses Geschehen bedarf einer geschichtlichen Klärung! Es ist bedrückend zu erfahren, welche Entwicklung der Ereignisse durch eine solche zweigleisige Politik in so entscheidender Stunde, hervorgerufen durch heute gefeierte Widerständler, genommen hat oder hätte nehmen können. Ich halte es für durchaus möglich, daß Hitler in Kenntnis dieser überaus wichtigen Information noch gewartet hätte und nicht seine Armee lütte marschieren lassen, wie er es ja schon am 25. 8. durch seinen Widerruf des Aufmarsches unter Beweis gestellt hatte. Ist etwa Herr Weizsäcker am Ausbruch des Krieges schuldig?

Diese meine Behauptung wird noch dadurch unterstrichen, daß Hitler am Nachmittag des 2. September, als die Kämpfe schon mit erheblichen Anfangserfolgen ins Rollen gekommen waren, den Plan eines Waffenstillstandes verbunden mit einer internationalen Konferenz angenom-

men hat. Um wieviel einfacher wäre ein Krieg zu verhindern gewesen, wenn es bei Kenntnis dieser politischen Aktivitäten gar nicht erst zu Kampfhandlungen gekommen wäre. Diesen Vorwurf muß sich Herr von Weizsäcker und sein schmählicher Anhang schon vor der Geschichte gefallen lassen. Heute wissen wir, daß die Bereitschaft Hitlers, auch noch nach Beginn der Kampfhandlungen zu verhandeln, *nur* an der unrealistischen englischen Forderung im Widerspruch zu der Halifaxnote vom 25. 8., Ziffer 2 an die Franzosen gescheitert ist, daß die Truppen nicht nur „angehalten", wie es in dieser Note hieß, sondern nunmehr bis an die Grenze „zurückgezogen" werden müßten, bevor mit Deutschland in Verhandlungen eingetreten werden könnte. Gegen diese nicht abgesprochene neue Forderung wehrte sich später hartnäckig die französische Regierung ohne Erfolg. Nicht nur Daladier, sondern auch Bonnet bemühten sich bis zum äußersten, dem italienischen Waffenstillstandsplan zum Erfolg zu verhelfen, zumal dieser Mussolini-Plan absolut identisch war mit dem am 25. 8. von der französischen Regierung akzeptierten Halifaxplan. Wiederum eine Brüskierung Frankreichs und Eigenmächtigkeit Englands!

Ein weiterer Grund, weshalb Hitler und sein Außenminister von Mussolini nichts über seine Verhandlungen erfuhren, war die Forderung des französischen Ministerpräsidenten Daladier, „die Konferenz erst dann einzuberufen, wenn die direkten Besprechungen zwischen Deutschland und Polen scheitern sollten." (Bonnet „Vor der Katastrophe" S. 287).

Die letzten Stunden vor Ausbruch der Kampfhandlungen

Schon zwei Stunden nach Erhalt von Mussolinis Vorschlag am Vortag des Krieges um 12.50 Uhr lehnte Chamberlain diesen in seiner ersten Reaktion „unter Drohung mobilisierter Armeen" ab. (M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten", Bd. DI, S. 380). Hierbei vergaß England nur zu sagen, daß Polen seit einem halben Jahr mit dem Einverständnis der englischen Regierung mobilisiert hatte und auch mit dem Blankoscheck die General-Mobilmachung nicht nur gefördert, sondern auch ausschließlich für gut befunden hat, während Deutschland erst in der jüngsten Zeit auf Grund der erkennbaren polnischen Aggressionsabsichten zögernd nachgezogen hatte. England hatte ja infolge seiner irrsinnigen Garantiepolitik erst die „Drohung mobilisierter Armeen" geschaffen, ebenso die von Roosevelt empfohlene und von England ausgeführte Politik der „Methoden dicht am Rande des Krieges"! (K. Feiling „The life of Neville Chamberlain", S. 392).

Auch nutzte England den letzten Friedenstag statt den Willen zu Verhandlungen zu zeigen, mit falschen Instruktionen an die Presse für eine

Verschärfung der Lage. Polens General-Mobilmachung sei erst eine „Frage der neuen, von Hitler vorgebrachten Ansprüche", die „britische Regierung habe Hitlers Note vom 29. 8. sofort nach Warschau weitergeleitet", „deutschen Armeeführern seien in den Grenzgebieten besondere Vollmachten übertragen worden" und andere mehr.
Bei F. Lenz „Nie wieder München" auf S. 443 heißt es verlogen: „Nach Erhalt einer Botschaft von London, die die Art der neuen vonHitler vorgebrachten Ansprüche anzeigte, gab die polnische Regierung außerordentliche Verteidigungsmaßnahmen bekannt".
Während der schwedische Vermittler Dahlems mit Unterstützung Hitlers und Görings sich weiterbemühe, jede nur denkbare Friedensmöglichkeit auszuschöpfen, wurde ein von ihm geführtes Telefongespräch, das er mit Genehmigung Hendersons von der englischen Botschaft in Berlin mit Sir Horace Wilson im Foreign Office in London führte und das die Unterstreichung des deutschen Verhandlungswillens, der Weigerung Lipskis, Verhandlungsvorschläge entgegenzunehmen und die Folgen dieser Starrköpfigkeit zum Inhalt hatte, abrupt von Wilson mit den Worten „shut up" - halten sie den Mund - durch Auflegen des Hörers abgebrochen. (DBFP VH, Dok. 589)

Polen wurde an diesem entscheidenden 31. 8. wegen der bewiesenen „Festigkeit" seines Außenministers Beck ausdrücklich von Halifax gelobt, ebenso der Entschluß gebilligt, Lipski nicht „äußerstem Druck und Erpressung" in Berlin auszusetzen, dafür aber Henderson erneut getadelt, weil er entgegen der Weisung mit seiner Initiative, Lipski dem Druck von Seiten Dahlems hat aussetzen lassen.
Polen war hoffnungslos auf Krieg eingestimmt. Es sah sich schon in Berlin siegreich einziehen! Es glaubte an den von Kleist-Schmenzin und anderen angekündigten Sturz von Hitler. Der 31. 8. war für Beck, wie er dem französischen Botschafter Noel sagte, der Tag der Entscheidung. „Man befände sich im Kriege, zur Debatte stünde nicht die Einberufung einer gemeinsamen Konferenz, sondern der gemeinsame Widerstand gegen den Angreifer." (VII, Dok. 693) Man lese diese Zeilen 10 mal und jammere nicht über das Leid, das durch Eigenverschulden dann über Polen hereinbrach.

Am 31. 8. um 12.40 Uhr, wurde durch das Forschungsamt Görings ein Chiffre Telegramm aus Warschau an Lipski ausgewertet, in dem er um eine Unterredung nachsuchen solle. (Deutsches Weißbuch Nr. 2, S. XXIV). Natürlich ist auch dieses Telegramm vom polnischen Weißbuch unterschlagen worden. Aber Polen wie auch Lipski haben diese Darstellung des deutschen Weißbuches nie bestritten oder zurückgewiesen. Es hieß dort eindeutig, „daß er um eine Unterredung nachsuchen, aber sich auf *keine ernsthaften Gespräche einlassen soll"* Also sollte diese Unterredung nur dazu dienen, der Weltöffentlichkeit im Hinblick auf

die Kriegsschuld die Verhandlungsbereitschaft Polens bis zur letzten Stunde unter Beweis zu stellen. Dies aber zu glauben, ist bislang nur der deutschen umerzogenen Öffentlichkeit vorbehalten geblieben.

Weisungsgemäß setzte sich dann auch wenig später Lipski mit Ribbentrop telefonisch in Verbindung und suchte um eine Unterredung nach. Da Ribbentrop dieses Telegramm kannte, daß Lipski nicht ernsthaft verhandeln sollte und auch keine Vollmacht mitbrachte, wollte er ihm eine goldene Brücke bauen und ließ nachfragen, ob er „in der Eigenschaft eines Sonderbevollmächtigten oder in einer anderen Eigenschaft" käme. (ADAP VE, Dok. 475).

In dem Buch von Frau A. v. Ribbentrop „Verschwörung gegen den Frieden" S. 500, heißt es diesbezüglich: „Das war ein deutlicher Wink und bot der polnischen Regierung eine neue Chance". Nun brauchte sie keine Unterhändler mehr zu entsenden, sondern Lipski nur noch eine „Sondervollmacht" zu erteilen, um die direkten Verhandlungen in letzter Stunde doch noch zustande zu bringen.

Lipski erkannte die Bedeutung dieser Frage, denn er ließ um 15.15 Uhr den polnischen Außenminister telegraphisch unterrichten und ihm mitteilen, er selbst habe geantwortet, „daß er in seiner Eigenschaft als Botschafter um eine Audienz nachsuche, um eine Mitteilung seiner Regierung vorzulegen". Es blieb also Beck freigestellt, diese „Mitteilung" dahin zu erweitern, daß Lipski als Sonderbevollmächtigter handeln könne.

Ribbentrop hat auch diese Möglichkeit noch ausgeschöpft: Um der polnischen Regierung Zeit zu einer solchen Disposition einzuräumen, bestellte er den polnischen Botschafter erst um 18.30 Uhr in das Auswärtige Amt.

Aber Beck wollte nicht und Lipski saß bereits auf gepackten Koffern, weil ihnen Krieg lieber war als ein dauerhafter Friede, der nach Aushandlung der für beide Länder erträglichen Bedingungen leicht zu erreichen war. Beck, der sich nach seinen eigenen Worten schon im Kriegszustand befand, hatte diese angebotene Zeitspanne wiederum nicht genutzt. So war der um 18.30 Uhr angesetzte Besuch Lipski bei von Ribbentrop nur eine Farce. Er erschien „ohne Vollmacht", durfte keine „Vorschläge annehmen" und keine Sachgespräche führen und erklärte, nur indirekte Informationen über die Situation zu haben. Beck fühlte sich am Vorabend des Krieges „anscheinend weder eingeladen noch aufgefordert", ebenso wie ihm später nach einer totalen Niederlage die Einreise nach England, also von seinen angeblichen Freunden verweigert wurde. Er starb 1944 als gebrochener Mann nur noch unter Stimulancen lebend im Exil an Lungenschwindsucht.

Vor der Geschichte aber bedeutet eine solche Mißachtung eines deutschen Verhandlungswillens bis zur letzten Stunde ein *verantwortungslo-*

ses Aufsichnehmen einer *Kriegsschuld.* Dies war zumindest aus taktischen Gründen dem eigentlichen Verantwortlichen für die Zuspitzung der Lage, der englischen Regierung, zuviel, wie aus dem nächtlichen Telegramm von Halifax an Kennard in Warschau hervorgeht:

„Andererseits sehe ich nicht ein, warum die polnische Regierung es schwierig finden sollte, den polnischen Botschafter zu ermächtigen, ein Dokument von der deutschen Regierung anzunehmen, und ich hoffe ernstlich, sie werde imstande sein, ihre Weisung an ihn in dieser Beziehung abzuändern. In dem uns gelieferten Bericht über die deutschen Vorschläge wurde keinerlei *Ultimatum* erwähnt, und die Vermutung, daß die Forderung nach der Entsendung eines polnischen Bevollmächtigten nach Berlin am 30. August einem Ultimatum gleichkomme, wurde von Herrn Ribbentrop im Gespräch mit Seiner Majestät Botschafter heftig zurückgewiesen. Wenn das Dokument dies wirklich enthielte, so würde die polnische Regierung natürlich solange ablehnen, darüber zu diskutieren, bis das Ultimatum zurückgenommen würde. Andererseits würde eine Weigerung ihrerseits, Vorschläge entgegenzunehmen, von der öffentlichen Meinung außerhalb mißverstanden.

Ich hätte gedacht, man könnte den polnischen Botschafter sicherlich anweisen, ein Dokument anzunehmen und weiterzuleiten und zu sagen,

a) falls es irgendetwas wie ein Ultimatum enthalte, sehe er voraus, daß die polnische Regierung sicher unmöglich solche Grundlagen diskutieren könne und
b) daß jedenfalls nach Ansicht der polnischen Regierung Fragen über den Ort der Verhandlungen, die Grundlagen, auf der sie abgehalten werden sollen, und die daran beteiligten Personen zwischen den beiden Regierungen besprochen und beschlossen werden müssen." (Blaubuch der Britischen Regierung Nr. 100)

Möglich ist auch, daß obiges vernünftige Telegramm für die spätere Geschichtsforschung verschickt wurde, also aus optischen Gründen, zumindestens kam es zu spät und zeitigte nach dem englischen Gebahren zuvor keine greifbare Früchte mehr.

Nach dieser ergebnislosen Unterredung zwischen von Ribbentrop und Lipski überschlugen sich die Ereignisse. Die Berichte von polnischen Brandschatzungen, Plünderungen, Verschleppungen, Mißhandlungen und Morden deutscher Minderheiten sowie Grenzüberfällen häuften sich in augenscheinlicher Weise und sind keine Legenden, sondern nachweisbare betrübliche Tatsachen. 48 Stunden waren nach der polnischen General-Mobilmachung vergangen. Es mußte stündlich mit einem polnischen Angriff gerechnet werden. Es galt nach all den Friedensbemühungen, die ergebnislos verlaufen waren und den Polen und seinen Verbündeten Zeitgewinn gebracht hatten, die nutzlos vertane Zeit wieder aufzuholen, zumal bei dem geringsten Anlaß, hervorgerufen durch

die Polen, auf Grund der Garantie mit einem aggressiven Eingreifen der Westmächte gerechnet werden mußte, zumal auch mit französischen Aktivitäten am Westwall zu rechnen war. Niemals aber durfte es bei der derzeitigen Unterlegenheit der deutschen Wehrmacht und Rüstung zu einem Zweifrontenkrieg kommen.
Um 21.15 Uhr wurde durch den Deutschlandsender Hitlers Angebot an Polen publiziert und somit der polnischen Regierung noch einmal die Gelegenheit zum Einlenken angeboten. Statt dessen ließ die polnische Regierung nunmehr vollends ihre Maske fallen. Um 23 Uhr antwortete der Warschauer Sender mit der Zurückweisung jeglicher Verhandlungen, bezeichnete den großzügigen Vorschlag Hiders für eine langfristige Lösung aller Streitigkeiten zwischen beiden Nachbarländern als „unverschämten Vorschlag" und erklärten höhnisch, bislang vergeblich auf die „neuen Hunnen" gewartet zu haben. *Die Antwort Polens könne nur eine militärische sein!* Polen habe bereits auf die deutschen Verhandlungsforderungen der Vortage mit „militärischen Anordnungen" geantwortet.
Dies war eine *klare Kriegserklärung* und muß als solche eindeutig zu Lasten Polens hinsichtlich der Kriegsschuldfrage gewertet werden. Alles andere entspricht *nicht* den historischen Tatsachen. Entscheidende Hilfestellungen gaben die ewigen Unruhestörer, die Engländer, mit ihrer nicht mehr zu kontrollierenden Garantie, ermuntert durch Roosevelt in Amerika, der nie ein Hehl aus seinem Vernichtungswillen gegenüber Deutschland gemacht hat. Frankreich spielte nur eine untergeordnete Rolle und wurde nur im Schlepptau Englands für englische Interessen benutzt.

Eine einmalige von Hitler angebotene Chance, die letzte, aber größte territoriale Rechtsverletzung des Versailler Diktats ohne Blutvergießen mit einer großzügigen, fairen, auf Deutschlands Kosten gehenden Lösung, zu der vor Hitler sich keine Deutsche Regierung bereit erklärt hätte, war ruhmlos vertan und hat Europa an den Rand des Absturzes gebracht. Daß die kurzsichtigen, mit europäischen Verhältnissen nicht vertrauten und unbedarften Amerikaner das nicht begreifen konnten, ist noch zu verstehen, daß aber das historische Britische Weltreich dies nicht begriff und sich zu einer solchen für Europa unsinnigen Politik aus Mißgunst, Profitgier und auch Minderwertigkeitskomplexen einem Mann wie Hitler gegenüber hat hinreißen lassen, hat Europa das Grab geschaufelt und England das Weltreich gekostet.
Um 18.40 Uhr erhielt die Deutsche Wehrmacht von Hitler den Angriffsbefehl zum 1. 9.1939 um 4.45 Uhr, um weiteren Verfolgungen deutscher Menschen und der Aushungerung Danzigs ein Ende zu setzen.

Wenn heute immer wieder behauptet wird, daß mit der militärischen Planung gegen Polen auf Weisung Hitlers schon seit April 1939 begon-

nen wurde, und daß diese Vorbereitungen zum 1. September abgeschlossen sein sollten, so ist das zwar richtig. Aber dies war, wie in jeder Armee üblich, eine Vorsichtsmaßnahme, der keine definitive Angriffsabsicht oder gar ein Aggressionsbefehl zugrunde lag. Diese Anweisung - der Fall „Weiß genannt" - ist befehlsgemäß unter der Voraussetzung erarbeitet worden, daß Polen, wie schon so oft „eine das Reich bedrohende Haltung" einnehmen würde. Das ist legitim und hat mit Kriegsschuld nicht das geringste zu tun. Ebenso geschichtlich erwiesen ist, daß bis nach dem Polenfeldzug es keinerlei Operationspläne gegen England oder Frankreich gegeben hat.

Von deutscher Seite erfolgte keine Kriegserklärung gegen Polen. Es war offiziell und in der Presse nur von einem „Zurückschießen" gesprochen. Auch wurden die Verhandlungen Mussolinis und von Dahlems fortgesetzt. Der polnische Botschafter wurde nicht gezwungen, Berlin zu verlassen. Mussolinis Bemühungen, eine Waffenstillstands- und Friedenskonferenz einzuberufen, werden von Deutschland und Frankreich angenommen. Nur, wie üblich, sabotiert England und stellte die irrsinnige Forderung der Zurückziehung der Truppen, bevor verhandelt werden könne.
Am 1. 9. gegen 10 Uhr wurde Großbritannien erneut von Dahlems darüber unterrichtet, daß angesichts der Sprengung der Dirschauer Brücke durch die Polen und damit der gewaltsamen Unterbindung des Transitweges nach Ostpreußen und der am Vortage stattgefundenen Kämpfe im Danziger Raum der Deutschen Wehrmacht der Befehl erteilt sei, die polnische Armee von der Grenze zu vertreiben und die polnische Luftwaffe im Grenzraum zu vernichten. Die Deutsche Regierung sei außer Lage, allein mehr zu tun, nach dem die polnische Regierung den Beweis erbracht habe, nicht verhandeln zu wollen. Er - Dahlerus - habe vom Führer die Erlaubnis erhalten, mit dem britischen und polnischen Botschafter eine sehr freundschaftliche Diskussion zu arrangieren. (DBFP VH, Nr. 639 u. 644).

Diese Information sollte in letzter Stunde wiederum eine Möglichkeit für erforderliche Verhandlungen schaffen. Deswegen war nur von Grenzkämpfen die Rede und nicht von einer Vernichtung Polens. Als Antwort kam 5 Stunden später eine „Warnung" Englands. Kein Wort von Verhandlungsmöglichkeiten im Falle einer Zusage Deutschlands, die Truppen zurückzuziehen. Dafür aber kam die Androhung eines befristeten Ultimatums oder einer Kriegserklärung.

Im englischen Unterhaus verbreitet der englische Premier die Lüge: „Wir haben nie eine Abschrift dieser Vorschläge (Hitlers vom 30. 8.) erhalten, und zum ersten Mal haben wir gestern Nacht diese im Rundfunk gehört." (Britisches Blaubuch Nr. 105).

Ebenso irreführend waren Berichte in der Presse, wonach Hitlers Vorschläge dem britischen Botschafter „in Höchstgeschwindigkeit" vorgelesen und gar nicht ernst gemeint gewesen seien.
An: 3. 9. um 9 Uhr übergab Henderson der Reichsregierung ein auf zwei Stürzen befristetes Ultimatum mit der Forderung der Zurückziehung der Truppen aus Polen. Eine viertel Stunde später sprach Chamberlain vor dem Unterhaus und verkündete der Weltöffentlichkeit, daß „man den deutschen Führern kein Wort glauben könne" und deshalb die Lage „unerträglich" geworden sei. Kurz nach 11 Uhr verkündete er im Rundfunk daß sich Großbritannien im Kriegszustand mit Deutschland befinde, weil die Reichsregierung die englische Note (9 Uhr) nicht vor 11 Uhr beantwortet habe.

Eine Woche später gab derselbe Mann in einem Privatbrief zu, „daß er überzeugt sei, Hitler habe ernstlich eine Regelung mit uns gewollt und ernsthaft an seinen später durch den Rundfunk veröffentlichten Vorschlägen gearbeitet."
England und Polen hatten ihren gewollten und erzwungenen Krieg. Frankreich, im Kielwasser Englands schwimmend, schloß sich widerstrebend wenige Stunden später der englischen Kriegserklärung an.
Für Polen fand der Marsch nach Danzig, Ostpreußen und Berlin nicht statt. Der erhoffte und einkalkulierte Umsturz in Deutschland blieb aus. England verlor nach 5 Jahren Krieg für nichts und wieder nichts sein Weltreich und ist heute nur noch eine Mittelmacht. Europa lebt heute von Amerikas Gnaden, das sich die kostbare Nato leisten muß, um noch zu retten, was zu retten ist. Nur Stalin kann heute noch im Grabe Grinsen ob soviel westlichen Unverstandes.

Zunächst war ausschließlich Polen der Leidtragende. Ein aufschlußreiches Dokument, das den in der USA gefilmten erbeuteten deutschen Akten entstammte, gibt Auskunft über die furchtbare Tragödie Polens: „Nach der Niederlage Polens im September 1939 hat der polnische Marschall Rydz-Smigly gegenüber rumänischen Würdenträgern erklärt, daß schon zwei Tage nach Kriegsbeginn das polnische Oberkommando durch die Wirkung der deutschen Luftwaffe die Verbindung mit den einzeln operierenden Armeen verloren habe. England aber habe der polnischen Regierung offiziell mitgeteilt, daß 1500 englische Flugzeuge unterwegs nach Polen seien. Keines sei jedoch angekommen... Ferner sei von den Westmächten versichert worden, daß die Franzosen die Siegfriedlinie (Westwall) an zwei Stellen durchbrochen hätten und tief in das deutsche Gebiet eingedrungen seien... Rydz-Smigly erklärte erregt, man habe sich auf die *‚offiziellen Mitteilmgen'* und Hilfszusagen der Engländer verlassen. Besonders bitter war die Bemerkung des Staatspräsidenten Moscicki, daß Polen schließlich die Bedingungen Deutschlands habe annehmen wollen, *von England aber daran gehindert* worden sei.

Weil seine Minister auf englische Hilfe gerechnet hätten, hätten sie es schließlich zum Kriege kommen lassen." (MSp; Nr. 1585 Mikrorolle T120,1946, frame 626 334, England Bände 2 u. 3 für den Zeitraum 7.1. 1933 bis 30.7.1940). Obiger Artikel erschienen im „Deutschen Anzeiger" von Anneliese von Ribbentrop.

Diese aus Rumänien stammende Meldung erschien im DNB-Auslandsdienst. Nachdem sie am 26. 9. 39 vom päpstlichen Organ „Observatore Romano" angezweifelt worden war, gab das, Auswärtige Amt der deutschen Botschaft in Rom am 23. Oktober 1939 die folgende Erklärung: „Mit den" *offiziellen Mitteilungen* waren die von Halifax am 31.8. nachmittags offiziell an Oberst Beck übermittelten Geheiminformationen des Kleist-Schmetzin über die angeblich hoffnungslose innerpolitische Lage in Deutschland und den zugesagten Umsturz gemeint. Somit hat die Haltung der *deutschen Verschwörer* das bis zum Schluß immer noch schwankende Polen schließlich veranlaßt, die friedliche Lösung abzulehnen und sich *für den Krieg* zu *entscheiden.* So geht es, wenn man Verräter ernst nimmt!

Auch noch am 3. Tag des unaufhaltsamen deutschen Vormarsches, zu einer Zeit also, als nach obigen Aussagen sich bereits die Niederlage der polnischen Armee anbahnte, erklärte sich Hitler bereit, seinen Vormarsch einzustellen und Polens Souveränität zu garantieren, wenn England, Frankreich und Polen bereit sind, über seine bekannten Verhandlungsvorschläge zu sprechen. Dahlems war ermächtigt, diesen Vorschlag sofort England zu übermitteln. Weiterhin hatte Hitler angeboten, sofort den Feldmarschall Göring für Verhandlungen nach London zu entsenden. Voraussetzung war das Einverständnis der Engländer, daß die deutschen Truppen an den Stellen der Fronten stehen blieben, an denen sie sich im Augenblick des Verhandlungsbeginnes befanden.

Im DBFP VII, Dok. 762 heißt es: „Dahlems rief das Foreign Office um 10.50 Uhr an, um zu erklären, die deutsche Regierung habe ihre Antwort abgefaßt, welche sich auf dem Wege zu uns befindet. Sie würde uns um 11 Uhr erreichen, obgleich er dies nicht garantieren könnte. Als letzten Versuch möge er anregen, daß Feldmarschall Göring nach London fliegen und die anstehenden Probleme diskutieren könne. Der Staatssekretär gab mir zur Antwort des Inhalts, daß unsere Position der Deutschen Regierung vor einiger Zeit bekannt gemacht worden sei und wir jetzt unser Vorgehen nicht mehr verzögern könnten."

Also auch diese Möglichkeit war vertan. Aber es erhebt sich die Frage, wie sich ein solches Angebot Hitlers nach einem erfolgreichen Durchstoß aller Fronten mit dem sichtbaren Feldherrnlorbeer mit dem Zerrbild eines blutrünstigen Welteroberers vereinbaren, der im Interesse einer langfristigen Friedenshaltung auf diesen Ruhm verzichtet. Ich

glaube schon, daß man eines Tages gezwungen sein wird, das um Hitler aufgebaute Klischee zu ändern.

Ist es nicht vielmehr umgekehrt so, daß die wahren blutdürstigen Eroberer, denen fast die halbe Welt gehörte, dieses nur vorschoben, weil ihnen ein starker Ordnungsfaktor wie Großdeutschland innerhalb des europäischen Raumes und eine unabhängige gesunde Wirtschaft, die niemand zu stören brauchte, als Erschwerung ihres totalen Weltherrschaftsstrebens nicht paßte, einfach, weil sie den Rachen nicht voll genug bekommen konnten! Für mich gibt es keinen Zweifel, daß ausschließlich letzteres der Fall war. Wie vor dem ersten Weltkrieg, galt wiederum das bekannte englische Wort: „Germaniam esse delendam" (Deutschland muß zerstört werden), weil es wieder zu tüchtig und zu stark war. Die Bundesrepublik heute scheint sich nur deshalb aus dieser Gefahrenlinie herauszuziehen, weil sie unseren Volkstod fördert, indem fast mit Genugtuung davon gesprochen wird, daß wir im Jahre 2000 nur noch 40 Millionen Deutsche sind.. Hitler würde sich noch im Grabe umdrehen!

Am 3. 9. um 11.30 Uhr, wurde dem britischen Botschafter Henderson vom deutschen Reichsaußenminister von Ribbentrop die deutsche Antwort in Form eines Memorandums überreicht. Sie lautete:

„Die Deutsche Reichsregierung hat das Ultimatum der Britischen Regierung vom 3. September 1939 erhalten. Sie beehrt sich, darauf folgendes zu erwidern:

1. Die Deutsche Reichsregierung und das Deutsche Volk lehnen es ab, von der Britischen Regierung ultimative Forderungen entgegenzunehmen, anzunehmen oder gar zu erfüllen.
2. Seit vielen Monaten herrscht an unserer Ostgrenze der tatsächliche Zustand des Krieges. Nachdem der Versailler Vertrag Deutschland erst zerrissen hat, wurde allen deutschen Regierungen seitdem jede friedliche Regelung verweigert. Auch die Nationalsozialistische Regierung hat nach dem Jahre 1933 immer wieder versucht, auf dem Wege friedlicher Aushandlungen die schlimmsten Vergewaltigungen und Rechtsbrüche dieses Vertrages zu beseitigen. Es ist mit in erster Linie die Britische Regierung gewesen, die durch ihr intransigentes Verhalten jede praktische Revision vereitelte. Ohne das Dazwischentreten der Britischen Regierung wäre zwischen Deutschland und Polen sicher eine vernünftige und beiden Seiten gerechte Lösung gefunden worden. Denn Deutschland hatte *nicht die Absicht* oder die Forderung gestellt, *Polen zu vernichten.* Das Reich forderte nur die Revision jener Artikel des Versailler Vertrages, die von einsichtsvollen Staatsmännern aller Völker schon zur Zeit der Abfassung dieses Diktats als für eine große Nation sowohl als für die gesamten politischen und wirtschaftlichen Interessen Europas auf die Dauer als

untragbar und damit unmöglich bezeichnet worden waren. Auch britische Staatsmänner erklären die damals Deutschland aufgezwungene Lösung im Osten als den Keim späterer Kriege. Diese Gefahr zu beseitigen, war der Wunsch aller deutschen Regierungen und besonders die Absicht der neuen nationalsozialistischen Volksregierung. Diese friedliche Revision verhindert zu haben, ist die Schuld der britischen Kabinettspolitik.

3. Die Britische Regierung hat - ein einmaliger Vorgang in der Geschichte - dem polnischen Staat eine Generalvollmacht erteilt für alle Handlungen gegen Deutschland, die dieser Staat etwa vorzunehmen beabsichtigen würde. Die Britische Regierung sicherte der Polnischen Regierung unter allen Umständen für den Fall, daß sich Deutschland gegen irgendeine Provokation oder Angriff zur Wehr setzen würde, ihre militärische Unterstützung zu. Daraufhin hat der polnische Terror gegen die in den einst von Deutschland weggerissenen Gebieten lebenden Deutschen sofort unerträgliche Formen angenommen. Die Freie Stadt Danzig wurde gegen alle gesetzlichen Bestimmungen rechtswidrig behandelt, erst wirtschaftlich und zollpolitisch mit der Vernichtung bedroht und endlich militärisch zerniert und verkehrstechnisch abgedrosselt. Alle diese der Britischen Regierung genau bekannten Verstöße gegen das Gesetz des Danziger Statuts wurden gebilligt und durch die ausgestellte Blankovollmacht an Polen gedeckt. Die Deutsche Regierung hat, ergriffen von dem Leid der von Polen gequälten und unmenschlich mißhandelten deutschen Bevölkerung, dennoch 5 Monate lang geduldig zugesehen, ohne auch nur einmal gegen Polen eine ähnliche aggressive Handlung zu betätigen.

   Sie hat nur Polen gewarnt, daß diese Vorgänge auf die Dauer unerträglich sein würden und daß sie entschlossen sei für den Fall, daß dieser Bevölkerung sonst keiner helfen würde, zur Selbsthilfe zu schreiten. Alle diese Vorgänge waren der Britischen Regierung auf das genaueste bekannt. Es wäre ihr ein leichtes gewesen, ihren großen Einfluß in Warschau anzubieten, um die dortigen Machthaber zu ermahnen, Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen und die bestehenden Verpflichtungen einzuhalten. Die Britische Regierung hat dies nicht getan. Sie hat im Gegenteil unter steter Betonung ihrer Pflicht, Polen unter allen Umständen beizustehen, die Polnische Regierung geradezu ermuntert, in ihrem verbrecherischen, den Frieden Europas gefährdenden Verhalten fortzufahren. Die Britische Regierung hat aus diesem Geiste heraus, den Frieden Europas immer noch retten können, den Vorschlag Mussolinis zurückgewiesen, obwohl die Deutsche Reichsregierung ihre Bereitwilligkeit erklärt hatte, darauf einzugehen. Die Britische Regierung trägt daher

die Verantwortung für all das Unglück und das Leid, das jetzt über viele Völker gekommen ist und kommen wird.

4. Nachdem alle Versuche, eine friedliche Lösung zu finden und abzuschließen, durch die Intransigenz der von England gedeckten Polnischen Regierung unmöglich gemacht worden waren, nachdem die seit Monaten bestehenden bürgerkriegsähnlichen Zustände an der Ostgrenze des Reiches, ohne daß die Britische Regierung etwas dagegen einzuwenden hätte, sich allmählich zu offenen Angriffen auf das Reichsgebiet verstärkten, hat sich die Deutsche Regierung entschlossen, diese fortdauernde und für eine Großmacht unerträgliche Bedrohung des erst äußeren und dann endlich auch inneren Friedens des deutschen Volkes ein Ende zu bereiten, mit jenen Mitteln, die, nachdem die Regierungen der Demokratien alle anderen Revisionsmöglichkeiten praktisch sabotiert hatten, allein noch übrigbleiben, um die Ruhe, die Sicherheit und die Ehre des deutschen Reiches zu verteidigen. Die Deutsche Reichsregierung ist nicht gewillt, infolge irgendwelcher britischen Absichten oder Verpflichtungen im Osten Zustände zu dulden, die jenen gleichen, wie wir sie in dem unter britischen Protektorat stehenden Palästina vorfinden. Das deutsche Volk aber ist vor allem nicht gewillt, sich von Polen mißhandeln zu lassen.

5. Die Deutsche Reichsregierung lehnt daher die Versuche, durch eine ultimative Forderung Deutschland zu zwingen, seine zum Schutz des Reiches angetretene Wehrmacht wieder zurückzurufen und damit die alte Unruhe erneut hinzunehmen, ab. Die Drohung, ansonsten Deutschland im Kriege zu bekämpfen, entspricht der seit Jahren proklamierten Absicht zahlreicher britischer Politiker. Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben dem englischen Volk unzählige Male versichert, wie sehr sie eine Verständigung, ja eine enge Freundschaft mit ihm wünschen. Wenn die Britische Regierung diese Angebote bisher immer ablehnte und nunmehr mit einer offenen Kriegsdrohung beantwortet, ist dies nicht Schuld des deutschen Volkes und seiner Regierung, sondern ausschließlich Schuld des britischen Kabinetts bzw. Männer, die seit Jahren die Vernichtung und Ausrottung des deutschen Volkes predigen. Das deutsche Volk und seine Regierung haben nicht wie Großbritannien die Absicht, die Welt zu beherrschen, aber sie sind entschlossen, ihre eigene Freiheit, ihre Unabhängigkeit und vor allem ihr Leben zu verteidigen. Die im Auftrage der Britischen Regierung von Herrn King-Hall uns mitgeteilte Absicht, das deutsche Volk noch mehr zu vernichten als durch den Versailler Vertrag, nehmen wir zur Kenntnis und werden daher jede Angriffshandlung Englands mit den gleichen Waffen und in der gleichen Form beantworten."

Dieses Memorandum erhielt England als Antwort auf sein Ultimatum. Schon am Tage zuvor hatte Hitler vom Pressebeirat der deutschen Botschaft, Herrn Dr. Fritz Hesse vom engsten Mitarbeiter Chamberlains, Herrn Sir Horace Wilson, die Nachricht erhalten, „daß England zum Kriege entschlossen und nicht mehr für einen Kompromiß zu haben ist." Wie F. Hesse auf Seite 210 seines Buches „Das Spiel um Deutschland" berichtet, war das die Antwort auf von Ribbentrops telefonisch durchgegebenes Kompromißersuchen: „Der Führer ist bereit, aus Polen wieder herauszugehen und Schadensersatz für den bereits angerichteten Schaden anzubieten unter der Voraussetzung, daß wir Danzig und die Straße durch den Korridor erhalten, wenn England im deutsch-polnischen Konflikt die Vermittlung übernimmt. Sie sind vom Führer ermächtigt, diesen Vorschlag dem englischen Kabinett zu unterbreiten und sofort Verhandlungen hierüber aufzunehmen."
Auch diese Aktion in allerletzter Stunde mit einem weiteren Entgegenkommen des Führers zur Erhaltung des Friedens war fruchtlos. Bezeichnend ist die Äußerung des britischen Außenministers, die er geradezu freudestrahlend machte und das bewußt auf Krieg angelegte Spiel Englands erkennen läßt: Jetzt haben wir Hitler zum Kriege gezwungen, so daß er nicht mehr auf friedlichem Wege ein Stück des Versailler Vertrages nach dem anderen aufheben kann."
Für den Zynismus und die Leichtfertigkeit dieses Mannes ist eine Aufzeichnung vom anwesenden Diplomaten Kirkpatrick bezeichnend: „Halifax schien erlöst, daß wir unsere Entscheidimg getroffen hatten. Er bestellte Bier, das von einem verschlafenen Angestellten, der im Hause wohnte, im Pyjama heruntergebracht wurde. *Wir lachten und machten Witze."*

Hitlers Friedensvorschläge nach dem Polenfeldzug an die Welt

Am 6. Oktober 1939, unmittelbar nach Abschluß des Polenfeldzugs, trat Hitler vor den Reichstag und damit vor die Weltöffentlichkeit mit einem konstruktiven und umfassenden Friedensprogramm an die Weltmächte, um einen militärischen Zusammenstoß zu verhindern.
„Zwei Probleme stehen heute zu Diskussion:"

1. die Regelung der durch das Auseinanderfallen Polens entstehenden Fragen und
2. das Problem der Behebung jener internationaler Besorgnisse, die politisch und wirtschaftlich das Leben der Völker erschweren.

Welches sind nun die Ziele der Reichsregierung in Bezug auf die Ordnung der Verhältnisse in dem Raum, der westlich der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie als deutsche Einflußsphäre anerkannt ist?

1. Die Schaffung einer Reichsgrenze, die - wie schon betont - den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Bedingungen entspricht,"
2. Die Ordnung des gesamten Lebensraums nach Nationalitäten, d. h. eine Lösung jener Minoritätenfragen, die nicht nur diesen Raum berühren, sondern die darüber hinaus fast alle süd- und südosteuropäischen Staaten betreffen,
3. in diesem Zusammenhang der Versuch einer Ordnung und Regelung des jüdischen Problems,
4. Neuaufbau des Verkehrs- und Wirtschaftslebens zum Nutzen aller in diesem Raum lebenden Menschen,
5. die Garantie der Sicherheit dieses ganzen Gebietes und
6. die Herstellung des polnischen Staates, der in seinem Aufbau und in seiner Führung eine Garantie bietet, daß weder ein neuer Brandherd gegen das Deutsche Reich entsteht, noch eine Intrigenzentrale gegen Deutschland und Rußland gebildet wird.

Darüber hinaus muß sofort versucht werden, die Wirkung des Krieges zu beseitigen oder wenigstens zu mildern, d.h. durch eine praktische Hilfstätigkeit das vorhandene übergroße Leid zu lindern.

Die zweite in meinen Augen weitaus wichtigere Aufgabe ist aber die Herstellung nicht nur der Überzeugung, sondern auch des Gefühls einer europäischen Sicherheit. Dazu ist notwendig, daß

1. eine unbedingte Klarheit über die Ziele der Außenpolitik der europäischen Staaten eintritt. Insoweit es sich um Deutschland handelt, ist die Reichsregierung bereit, eine restlose und volle Klarheit über ihre außenpolitischen Absichten zu geben. Sie stellt dabei an die Spitze dieser Erklärung die Feststellung, daß der Versailler Vertrag für sie nicht mehr bestehend angesehen wird, bzw. daß die deutsche Reichsregierung und mit ihr das ganze deutsche Volk keine Ursache und keinen Anlaß für irgendeine weitere Revision erblicken außer der Forderung nach einem dem Reich gebührenden und entsprechenden kolonialen Besitz, in erster Linie also auf Rückgabe der Kolonien.

   Diese Forderung nach Kolonien ist begründet nicht nur im historischen Rechtsanspruch, sondern vor allem in dem elementaren Rechtsanspruch auf eine Beteiligung an den Rohstoffquellen der Erde. Diese Forderung ist keine ultimative, und sie ist keine Forderung, hinter der die Gewalt steht, sondern eine Forderung der politischen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen allgemeinen Vernunft.
2. Die Forderung nach einem wirklichen Aufblühen der internationalen Wirtschaft in Verbindung mit der Steigerung des Handels und des Verkehrs setzt die Inordnungbringung der Binnenwirtschaften bzw. der Produktionen innerhalb der einzelnen Staaten voraus. Zur

Erleichterung des Austauschs dieser Produktionen aber muß man zu einer Neuordnung der Märkte kommen und zu einer endgültigen Regelung der Währungen, um so die Hindernisse für einen freien Handel allmählich abzubauen.

3. Die wichtigste Voraussetzung aber für ein wirkliches Aufblühen der europäischen und auch außereuropäischen Wirtschaft ist die Herstellung eines unbedingt garantierten Friedens und eines Gefühls der Sicherheit der einzelnen Völker. Diese Sicherheit wird nicht ermöglicht durch die endgültige Sanktionierung des europäischen Status, sondern vor allem durch das Zurückführen der Rüstungen auf ein vernünftiges und wirtschaftlich tragbares Ausmaß. Zu diesem notwendigen Gefühl der Sicherheit gehört vor allem aber eine Klärung der Anwendbarkeit und des Verwendungsbereiches gewisser moderner Waffen, die in ihrer Wirkung geeignet sind, jederzeit in das Herz eines jeden einzelnen Volkes vorzustoßen, und die damit ein dauerndes Gefühl der Unsicherheit zurücklassen werden. Ich habe schon in meinen früheren Reichstagsreden in dieser Richtung Vorschläge gemacht. Sie sind damals - wahrscheinlich schon, weil sie von mir ausgingen - der Ablehnung verfallen. Ich glaube aber, daß das Gefühl einer nationalen Sicherheit in Europa erst dann einkehren wird, wenn auf diesem Gebiet durch klare internationale und gültige Verpflichtungen eine umfassende Fixierung des Begriffes erlaubter und unerlaubter Waffenanwendung stattfindet.

So, wie die Genfer Konvention einst es fertigbrachte, wenigstens bei den zivilisierten Staaten die Tötung Verwundeter, die Mißhandlung Gefangener, den Kampf gegen Nichtkriegsteilnehmer usw. zu verbieten, und so, wie es gelang, diesem Verbot im Laufe der Zeit zu einer allgemeinen Respektierung zu verhelfen, so muß es auch gelingen, den Einsatz der Luftwaffe, die Anwendung von Gas usw., des U-Bootes, aber auch die Begriffe der Konterbande so festzulegen, daß der Krieg des furchtbaren Charakters eines Kampfes gegen Frauen und Kinder und überhaupt gegen Nichtkriegsteilnehmer entkleidet wird. Die Perhorreszierung bestimmter Verfahren wird von uns selbst zur Beseitigung der dann überflüssig gewordenen Waffen führen. Ich habe mich bemüht, schon in diesem Kriege mit Polen die Luftwaffe nur dann in Erscheinung treten zu lassen, wenn ein aktiver Widerstand an einer Stelle geleistet wurde.

Es muß aber auch möglich sein, in Anlehnung an das Rote Kreuz eine grundsätzliche, allgemein gültige internationale Regelung zu finden. Nur unter solchen Voraussetzungen wird besonders in unserem dicht besiedelten Kontinent ein Friede einkehren können, der dann, befreit von Mißtrauen und von Angst, die Voraussetzung für eine wirkliche Blüte auch des wirtschaftlichen Lebens geben kann. Ich glaube, es gibt keinen verantwortlichen europäischen Staatsmann, der nicht im tiefsten Grund

seines Herzens die Blüte seines Volkes wünscht. Eine Realisierung dieses Wunsches ist aber nur denkbar im Rahmen einer allgemeinen Zusammenarbeit der Nationen des Kontinents. Diese Zusammenarbeit sicherzustellen, kann daher nur das Ziel jedes einzelnen, wirklich um die Zukunft auch seines eigenen Volkes ringenden Mannes sein.
Um dieses große Ziel zu erreichen, werden doch einmal die großen Nationen auf diesem Kontinent zusammentreten müssen, um in einer umfassenden Regelung ein Statut auszuarbeiten, anzunehmen und zu garantieren, das ihnen allen das Gefühl der Sicherheit, der Ruhe und damit des Friedens gibt. Es ist unmöglich, daß eine solche Konferenz zusammentritt ohne die gründliche Vorarbeit, d.h. ohne die Klärung der einzelnen Punkte und vor allem ohne eine vorbereitende Arbeit. Es ist aber ebenso unmöglich, daß eine solche Konferenz, die das Schicksal gerade dieses Kontinents auf Jahrzehnte hinaus bestimmen soll, tätig ist unter dem Dröhnen der Kanonen oder auch nur unter dem Druck mobilisierter Armeen. Wenn aber .früher oder später dieses Problem doch gelöst werden muß, dann wäre es vernünftiger, an diese Lösung heranzugehen, ehe noch erst Millionen an Menschen zwecklos verbluten und Milliarden an Werten zerstört sind."

Hier erkennt man die geniale Handschrift Hitlers, eines Architekten, eines Baumeisters, der kaum vom erzwungenen Fronteinsatz zurückgekehrt ist und sich mit konstruktiven Gedanken beschäftigt. Nicht das Kriegshandwerk ist sein Beruf, sondern das Reißbrett mit Kohlestift und Lineal, mit denen er sofort wieder friedlich für die Zukunft zu schaffen sich bereit erklärt.

Nur fand er unter den Staatsmännern keinen, der ihm gewachsen war, der klare Zukunftsvorstellungen hatte. Sie wollten nicht aufbauen, sie versteckten sich hinter hohlen geistigen Menschheitsbeglückungsphrasenund waren dennoch nur kümmerliche Zerstörer und keine Baumeister an der Zukunft Europas.

Wo je nach dem Krieg hat es eine ordnende Hand gegeben, wo je ist wirklich Friede eingekehrt. Alle die verantwortlichen Zerstörer, soweit sie nicht starben, wurden abgewählt und wurden für einen friedlichen Aufbau nicht für würdig befunden. Das Ergebnis sah dementsprechend aus.

Kein Problem wurde gelöst, indem nur geteilt, geflickt und improvisiert, wurde mit allen Fehlkonstruktionen von Nichtarchitekten. Die bestehenden Spannungen wurden zum Pulverfaß, das diese organisierte Unordnung eines Tages explodieren lassen wird. Wo ist heute ein Mann vom Format eines Adolf Hitlers zu erkennen, der den Willen und die Fähigkeit hat, diese Endkatastrophe zu verhindern? Sind die Völker heute noch dazu bereit, sich im Interesse des Überlebens und der Sorge für künftige Generationen einzusetzen und Opfer zu bringen?

Hitlers unterschiedliche Denk- und Handlungsweise gegenüber den Weltdemokraten

Hitler war kein Kriegsabenteurer. Er hätte nie einen Krieg gegen England und Frankreich oder gar mit Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien oder später gegen Jugoslawien und Griechenland geführt, wenn er nicht auf Grund der politischen Großlage dazu gezwungen worden wäre.

Er ließ in Dünkirchen die Engländer entkommen, um germanisches Blut zu schonen und um mit England zu einem Frieden zu kommen, der nicht gegen dessen Ehre sei. Er verweigerte Franco französische und italienische Kolonien, die als Äquivalent für einen Kriegseintritt gefordert wurden. Er war entsetzt über den eigenmächtigen und törichten italienischen Griechenlandfeldzug. Um Europas wegen lehnte er die sowjetischen Molotowschen Forderungen ab und handelte sich lieber damit einen Feind ein, als daß er europäische Interessen preisgab.

Wie anders die Weltdemokraten vom Schlage Roosevelt, Churchill, später Truman und Attlee gegenüber den sowjetischen Forderungen in Teheran, Yalta und in Potsdam, ganz abgesehen von der für Europa tödlichen und törichten Forderung der bedingungslosen Kapitulation.

Wie unterschiedlich -die Behandlung der Franzosen bei den Waffenstillstandsverhandlungen am 21. 6.1940 im Walde von Compiegne und der schamlosen Verhaftung der deutschen Reichsregierung unter Dönitz durch die Engländer am Schluß des Krieges. Es verlohnt sich darüber nachzudenken und zu prüfen, wo Weitblick, Anstand und Moral gestanden haben. Bismarck mag uns auch hier ein wenig helfen, wenn im folgenden an zwei Beispielen das Kapitel Fairnes und Anstand kurz behandelt werden soll.

Im September 1870 klagte die „Nationalzeitung" über die rücksichtslose Behandlung des gefangenen Kaisers der Franzosen. „Die Nemesis", meinte sie, „hätte gegen den Mann des 2. September, den Urheber der Sicherheitsgesetze, den Anstifter des mexikanischen Trauerspiels, den Anzettler dieses greulvollen Krieges" weniger galant sein sollen; der Sieger sei nach dem Urteil des „Volksgemüts" allzu ritterlich gewesen.

Bismarck war durchaus nicht dieser Ansicht. „Das Volksgemüt, die öffentliche Meinung", sagte er, „denkt allerdings so. Die Leute verlangen, daß bei Konflikten von Staaten der Sieger sich mit dem Moralkodex in der Hand über den Besiegten zu Gericht setze und ihn zu Strafe ziehe für das, was er gegen ihn begangen, womöglich auch für deine Sünden an Dritte. Das aber ist ein ganz ungebührliches Verlangen. Die Begriffe Strafe, Lohn, Rache gehören nicht in die Politik. Die Politik darf der Nemesis nicht ins Handwerk pfuschen, nicht das Richteramt üben wollen. Das ist Sache der göttlichen Vorsehung. Die Politik hat

nicht zu rächen, was geschehen ist, sondern zu sorgen, daß es nicht wieder geschehe. Sie hat sich unter allen Umständen einzig und allein mit der Frage zu beschäftigen: Was ist hierbei der Vorteil meines Landes, und wie nehme ich diesen Vorteil am besten und fruchtbarsten wahr? Sie hat sich in diesem Falle zu fragen: Wer wird nützlicher für uns sein, ein schlecht behandelter Napoleon oder ein gutbehandelter? Die Möglichkeit ist doch nicht ausgeschlossen, daß er einmal wieder obenauf kommt."

Das sind wahrlich weise Worte, von denen unsere Sieger, die Weltdemokraten nicht einmal die Spur einer Ahnung hatten. Niemals aber hat Hitler einen geschlagenen Gegner geschmäht oder ihm die Achtung versagt, immer hat er mit Hochachtung von der Tapferkeit seiner unterlegenen Gegner gesprochen.

Zu den Waffenstillstandsverhandlungen nach dem Zusammenbruch der französischen Armee erschien Hitler mit seinem Stabe persönlich. Nicht Rache, sondern Ritterlichkeit einem besiegten, aber stolzem Volk, gegenüber waren seine schlichten Beweggründe. In Compiegne wurde der Stern mit der schmählichen Inschrift, „Hier unterlag am 11.11.1918 der verbrecherische Hochmut des Deutschen Reiches, besiegt von den freien Völkern, die es versklaven wollte", war mit der Reichskriegsflagge zugedeckt, nicht etwa der Stein gesprengt. Auf Hitlers Befehl war der alte Eisenbahnwagen herangeschafft worden. Damals wurden die deutschen Unterhändler in betont verächtlicher Weise angeredet, nachdem sie auf die Ankunft des französischen Marschalls Foch hinter ihren Stühlen zu warten hatten.

Wie anders die von Hitler angeordnete Zeremonie. Die französische Kommission unter Führung des Generals Huntzinger wurde von einer präsentierenden Ehrenformation empfangen. Für ihre Besprechungen miteinander war mit allen Bequemlichkeiten ein Zelt aufgebaut.
Hitler erwartete mit seinen Begleitern die Franzosen im Verhandlungswagen. Er und seine Begleiter erhoben sich feierlich beim Eintritt der Franzosen und erwiesen dem unterlegenem Gegner ihre Ehrenbezeigung. Die deutschen Waffenstillstandsbedingungen wurden zweisprachig verlesen und lauteten: „Am 3. September 1939 - 25 Jahre nach dem Ausbruch des Weltkrieges - haben England und Frankreich wieder ohne Grund an Deutschland den Krieg erklärt. Nun ist die Entscheidung der Waffen gefallen. Frankreich ist besiegt, die französische Regierung hat die Reichsregierung gebeten, ihr die deutschen Bedingungen für einen Waffenstillstand bekannt zu geben. Wenn zu einer Entgegennahme dieser Bedingungen der historische Wald von Compiegne bestimmt wurde, dann geschah es, um durch diesen Akt einer wiedergutzumachenden Gerechtigkeit - einmal für immer - eine Erinnerung zu löschen, die für

Frankreich kein Ruhmesblatt seiner Geschichte war, vom deutschen Volk aber als tiefste Schande empfunden wurde. Frankreich ist nach einem *Heroischen* Widerstand in einer einzigen Folge blutiger Schlachten besiegt worden und zusammengebrochen. Deutschland beabsichtigt daher nicht, den Waffenstillstandsbedingungen die Charakterzüge von Schmähungen gegenüber einem so tapferen Gegner zu geben. Der Zweck der deutschen Forderungen ist es

1. eine Wiederaufnahme des Kampfes zu verhindern;
2. Deutschland alle Sicherheiten zu bieten für eine ihm aufgezwungene Weiterführung des Krieges gegen England, sowie
3. die Voraussetzungen zu schaffen für die Gestaltung eines neuen Friedens, dessen wesentlicher Inhalt die Wiedergutmachung des dem Deutschen Reich selbst mit Gewalt angetanen Unrechts sein wird."

Schon am nächsten Tag konnten die Waffenstillstandsbedingungen unterzeichnet werden. Während der ganzen Verhandlungszeit hatte der General Huntzinger telefonischen Kontakt mit der neuen französischen Regierung des Marschalls Petain.

Welch ein Unterschied zu 1918, als man die nicht besiegten Deutschen erpreßte! Hier gab es keinerlei Erpressung. Es wurde nur das verlangt, was bei einem noch andauerndem Krieg verlangt werden mußte, ohne Frankreichs Stolz zu kränken. Dies mußte selbst der General Huntzinger in einem Telefongespräch mit seinem Marschall Petain zugeben, in dem er die Worte fand: „Die Bedingungen sind hart, aber sie enthalten nichst gegen die Ehre Frankreichs". Das war wiederum die Handschrift Hitlers, der nicht demütigen und zerstören wollte, Sondern als Architekt Ausschau nach einer für alle Teile tragbaren Lösung hielt. Hitlerwollte Kooperation für ein künftig zu gestaltendes Europa. Er respektierte die völkischen Eigenarten der sehr unterschiedlichen Völker und Volksgruppen. Er wollte keinen Einheitsbrei, sondern die Vielgestaltigkeit der Völker in schöpferischer völkischer Selbstbetätigung und Verantwortung und am großen Werk zur Mitgestaltung gewinnen.

Dagegen sah die Handschrift des ewigen Zerstörers englischer Machtbesessenheit, Churchills am Schluß des Krieges anders aus und ließ von Beginn an deutlich erkennen, daß er niemals ein schöpferischer Mensch gewesen ist. , ,

Ich glaube nicht, daß es heute noch einen Deutschen gibt, dem nicht die Schamröte ins Gesicht steigt, wenn er die ehrlosen Umstände der Verhaftung der Deutschen Reichsregierung und seines Staatsoberhauptes Großadmiral Dönitz sich vergegenwärtigt. Der persönliche Adjutant des Großadmirals Herr Lüdde-Neurath berichtete in seinem Bericht, „Regierung Dönitz, die letzten Tage des III. Reiches."

„Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht wurde am 8. Mai 1945 vom Großadmiral Dönitz, dem ruhigen, vornehmen Mann,

unterzeichnet. Er faßte seine Ernennung zum Staatsoberhaupt als Auftrag zur Beendigung des Krieges auf. Er glaubte damals, daß Hitler in Erkenntnis der Aussichtslosigkeit durch seinen Tod den Weg freigeben wollte, den er selbst unter keinen Umständen zu gehen bereit war: den Weg der Kapitulation. Dönitz war ihn schweren Herzens gegangen und hielt diesen Auftrag mit Unterzeichnung am 8. Mai früh für erfüllt. Jener Akt war zugleich der letzte freie Entschluß einer selbständigen deutschen Reichsregierung. Sie hatte zwar nicht auf ihre Souveränität verzichtet; doch ungeachtet ihrer Legalität ließen die Sieger ihr keine Möglichkeit. Das Land war vollständig besetzt, es regierte der Feind. Nachdem die geschäftsführende Reichsregierung zunächst unangetastet blieb, wurde sie am 23. Mai 1945 plötzlich als gefangen und aufgelöst erklärt.
Bis hierher war die Gefangennahme in korrekten Formen erfolgt. Wir sahen keinen Grund, weshalb sich die Behandlung im weiteren Verlauf ändern sollte. Admiral von Friedeburg war jedoch anderer Ansicht. Er ging mit dem Großadmiral vor dessen Wohnung auf und ab. Er überlegte sich sehr, ob er den „nun beginnenden Zirkus mit allen seinen entehrenden Begleiterscheinungen" mitmachen solle. Dönitz widersprach. Er glaubte, daß uns kriegsgefangenen Soldaten gemäß Genfer Konvention eine Behandlung zugestanden würde. Ein Glaube, der allerdings sehr bald und sehr kraß Lügen gestraft wurde.

Von Friedeburg fand bereits unmittelbar nach diesem Gespräch seine Vermutung bestätigt, als er vor dem Regierungsgebäude Zeuge einer der unwürdigsten Szenen dieses Tages wurde, und nahm sich - ohne Zweifel unter dem Eindruck derselben, aber entsprechend einem schon vorher gefaßten Entschluß - kurz darauf durch Einnahme von Gift das Leben. Ich kann ihn, der als Soldat seine Pflicht bis zu dem für ihn als Unterhändler besonders bitteren Ende erfüllt hat, nicht verdammen, weil er sich nun die entehrende Behandlung als Verbrecher ersparte.
Wir hatten gerade begonnen, in Ruhe die letzten Vorkehrungen für unseren Abtransport zu treffen, als gegen 11 Uhr ein englischer Captain mit einigen Soldaten auf der Bildfläche erschien, der den Großadmiral unter Außerachtlassung jedes militärischen Anstandes anzutreiben versuchte. Vergebens bedeutete ich ihm, daß seine Befehle „Abfahrt sofort" und „nur einen Koffer" im Widerspruch zu der eben erhaltenen Weisung des amerikanischen Generalmajors Rooks stünden. Da das Umpacken unserer Sachen in nur einen Koffer Zeit beansprucht hätte, blieb es bei den vorgesehenen zwei Gepäckstücken für den Großadmiral und für mich.

Immerhin gab diese Episode Anlaß zu einem Märchen von acht Koffern und seidener Unterwäsche, mit dem sein Schreiber einen bedauerlichen Mangel an Wahrheitsliebe unter Beweis gestellt hat. Auch meine höflich vorgetragene Bitte, den Ton etwas zu mäßigen, weil der Hausherr, Bril-

lantenträger Kapitän zur See Lüth, erst durch einen Unglücksfall wenige Tage zuvor verschieden sei, blieb völlig unbeachtet. Im Gegenteil wurde mit lautem Hallo das Trauerhaus durchstöbert, und Frau Lüth flüchtete weinend mit den wertvollen Kriegsauszeichnungen ihres Mannes zu mir. Da ich einen besseren Rat nicht wußte, bat ich den amerikanischen Begleitoffizier, der sich deutlich von dem Verhalten seines Bundesgenossen distanzierte, diese Dinge vor dem Zugriff der englischen Soldaten zu retten, was er zusagte.

Unter starker Bewachung wurden wir nun zum Polizeipräsidium in Flensburg gefahren. Hier fand eine körperliche Untersuchung statt, deren genaue Beschreibung ich mir an dieser Stelle versagen muß. Es mag die Feststellung genügen, daß nichts unerforscht blieb... Bei der gleichzeitigen Durchsuchung des Gepäcks, die ohne unser Beisein erfolgte, wurde neben einigen Schriftstücken, deren Abnahme für dienstlich notwendig erachtet wurde, eine Reihe privater Gegenstände wie Aktenmappen, Füllhalter, Fotos von Angehörigen und dergleichen entwendet. Der Feldmarschallstab des Großadmirals, sowie sein Interimstab, Abzeichen, die ebenso zu seinem Rang gehörten, wie die Schulterstücke zu jedem Offizier, wurden gleichfalls abgenommen. Angesichts des Wertes dieser beiden Stäbe zweifle ich, ob sie einen dienstlichen Weg genommen haben. Sicher ist jedenfalls daß in den vergangenen 14 Tagen es ein leichtes gewesen wäre, diese Dinge vor dem Zugriff der Sieger zu retten. Aber auf den Gedanken der Abnahme, die ja nach der Genfer Konvention unzulässig ist, waren wir vorher nicht gekommen, wie überhaupt die Gesamtbehandlung von diesem Tage an nach militärischen Begriffen von Ritterlichkeit gegenüber dem gefangenen Gegner nicht vorstellbar war. Nach etwa einstündiger Wartezeit in der Halle des Gebäudes, ebenfalls unter schwerer Bewachung, wurden Reichsminister Graf Schwerin von Krosigk mit den Mitgliedern der geschäftsführenden Reichsregierung und Generaloberst Jodl mit den Spitzen des OKW eingeliefert. Von ihnen erfuhren wir den Ablauf der Ereignisse im Regierungsgebäude. Mit einem militärischen Aufwand von Panzern, Infanterie und Militärpolizei, der in keinem Verhältnis zu der zu lösenden Aufgabe stand, war die Enklave umstellt worden… Es sollte ein Schauspiel geboten werden. Die Soldaten der 11. englischen Panzerdivision spielten diese Rolle jedenfalls ebensogut wie der vorhin erwähnte englische Captain im Hause des Großadmirals. Ihr Benehmen überraschte umso mehr, als der Name dieser Division auch in der deutschen Wehrmacht einen guten Klang hatte und der Büffel am Oberarm als Zeichen einer tapferen und anständigen Truppe galt. Da auch der Leiter der Gesamtaktion, der englische Kampfkommandant von Hensburg, Brigadier Chucher, sich vorher als korrekter Verhandlungspartner gegenüber den deutschen Dienststellen gezeigt hatte, muß angenommen

werden, daß über die Form der Verhaftung höhere Weisungen vorgelegen haben...
In das Regierungsgebäude platzten kurz nach Beginn der Sitzung mit gezogener Maschinenpistole und Handgranaten bis an die Zähne bewaffnete englische Soldaten in den Saal: „Hände hoch!" Zweite Maßnahme: „Hose runter!" Und dann wurde die vorher angedeutete Untersuchung, die mit uns wenigstens einzeln vorgenommen war, in Corona durchgeführt. Der Vollständigkeit halber muß erwähnt werden, daß diese Behandlung auch einigen im Hause anwesenden Sekretärinnen und Offizieren zusammen widerfahren sein soll. Ich habe auch diese mir glaubhaft berichteten Vorkommnisse für erwiesen angesichts der Aufnahmen, die über dieses Dekollete in alliierten Zeitungen erschienen sind mit der Bemerkung, man habe das Herrenvolk in den Betten überrascht.

Danach wurden alle Insassen des Hauses in unwürdiger Form auf den Hof getrieben, wo sie übermäßig lange mit erhobenen Händen stehen mußten, dem Kreuzfeuer der Fotographen, den Beleidigungen der Soldaten und den neugierigen, aber mit dieser Behandlung offenbar nicht einverstandenen Blicken der Bevölkerung ausgesetzt... Nach langem Hin und Her durften die für den Abtransport vorgesehenen Herren unter Bewachung ihr Gepäck holen, wobei sie feststellen mußten, daß alle Räume bereits gründlich durchsucht waren. Man trug nicht einmal Bedenken, die abgenommenen Uhren, Radios und sonstige Wertgegenstände unter den Augen der Eigentümer fortzuschaffen.
Nach Einlieferung ins Polizeirevier fand erneut die eingehende „Untersuchung" auch des Gepäcks statt. Für das, was wirklich geschah, prägte Jodl die Bezeichnung „organisierte Plünderung". Angesichts der Ereignisse gab es keine Möglichkeit, ihm zu widersprechen... Der „entehrenden Behandlung", die Admiral von Friedeburg befürchtet hatte, hat er sich allerdings auch durch den Tod nicht entziehen können. Seine Leiche wurde geplündert. Für diesen Vorfall ist später eine offizielle Entschuldigung - meines Wissens die einzige - von englischer Seite erfolgt."

Die Rechtslage des Deutschen Reiches

Großadmiral Dönitz hat dann als Gefangener und Internierter in seiner Eigenschaft als letztes Deutsches Staatsoberhaupt im Lager Mondorf, wohin er mit den Angehörigen seiner Regierung von den Alliierten verlegt worden war, folgende Erklärung abgegeben:

1. „Die Kapitulation ist von meinen Beauftragten auf Grund einer schriftlichen Vollmacht geschlossen worden, die ich als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und damit als oberster Befehlshaber

der Wehrmacht ausgestellt habe, und die in dieser Form von den bevollmächtigten Vertretern der Alliierten Streitkräfte verlangt war und anerkannt wurde. Die Alliierten haben mich damit selbst als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches anerkannt.

2. Durch die mit meiner Vollmacht am 9. Mai 1945 angeschlossene bedingungslose Kapitulation der drei Deutschen Wehrmachtsteile hat weder das *Deutsche Reich aufgehört zu bestehen,* noch ist damit mein *Amt als Staatsoberhaupt* beendet worden. Auch die von mir berufene geschäftsführende Regierung ist im Amt geblieben; mit ihr hat die alliierte Überwachungskommission in Flensburg bis zum 23. Mai in Geschäftsverkehr gestanden.
3. Die im Anschluß an die Kapitulation erfolgende vollständige Besetzung des Deutschen Reichsgebietes hat an dieser Rechtslage nichts geändert. Sie hat nur mich und meine Regierung tatsächlich behindert, in Deutschland Regierungshandlungen zu vollziehen.
4. Ebensowenig konnte meine und meiner Regierung Gefangennahme auf die dargelegte Rechtslage Einfluß haben. Sie hat nur zur Folge, daß jede tatsächliche Amtstätigkeit für mich und meine Regierung vollständig aufhörte.
5. Mit dieser Auffassung über die Rechtsfolgen der erwähnten militärischen Vorgänge befinde ich mich in Übereinstimmung mit den allgemeinen anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts."

Diese Erklärung von Dönitz ist nicht nur historisch von Wert, sondern sie hat auch völkerrechtliche Bedeutung. Es gibt nämlich keinen legalen Akt der Siegernationen, der die Beendigung des Deutschen Reiches erklärt hat. Dönitz war als derzeitiges Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches gezwungen, die Bedingungslose Kapitulation zu unterzeichnen. Das Deutsche Reich blieb existent. Die Sieger besetzten in eigener Verantwortung das Deutsche Reichsgebiet und teilten es in 4 Verantwortungsbereiche, Zonen genannt, auf. Sie übten dort in eigener Verantwortung ihre Rechte und Pflichten als Besatzungsmächte aus. Eine funktionsfähige deutsche Regierung gab es nicht. Erst nach und nach begannen die Besatzer in unterschiedlicher Weise sich deutscher Hilfskräfte vor allem in der Verwaltung zu bedienen. Die eigentlichen Hoheitsrechte standen den Besatzern zu. Erst als die Umstände es verlangten, übertrug man einen Teil der Verantwortung deutschen, den Besatzungsmächten genehmen Kräften. Man wollte eine Entlastung und mehr deutsche Mitarbeit und Verantwortung. Der parlamentarische Rat wurde ins Leben gerufen und sollte eine Föderalistische Verfassung erstellen.

Einmalig aber in dieser politischen Situation war, daß niemand von den damaligen zur Mitarbeit herangezogenen Politikern erklärt hat, wir sind bereit, das mögliche von euch Siegern gewünschte Maß der Verantwor-

tung wieder in eigene Hand zu nehmen. Aber das Deutsche Reich, wenn auch verkleinert, ist nach wie vor existent, es gibt keinen legalen Akt der Siegernationen, der die Beendigung des Reiches ausgesprochen hat. Wenn ihr nunmehr verlangt, daß wir unser Schicksal wieder selbst in die Hand nehmen sollen, so kann das nur für das gesamte Gebiet des besetzten deutschen Raumes geschehen. Ist das aber nicht möglich, können wir nicht mehr tun, als uns mit einem Verwaltungsstatut zu begnügen.

Statt dessen aber wurde über den parlamentarischen Rat die Bundesregierung gegründet, ein in der deutschen Geschichte einmaliger Vorgang. Nicht die Sieger, sondern wir Deutsche haben das Deutsche Reich mit der Gründung der Bundesrepublik selbst zerschlagen. Wie einmal dieser unglaubliche Vorgang historisch gewertet werden wird, vermag heute noch niemand zu sagen. Die Antwort auf diese Teilung konnte nicht ausbleiben. Der von den Sowjets besetzte Teil des Reiches zog nach und gründete die Volksdemokratie. Damit hatten wir über Nacht nicht etwa zwei Bruderstaaten, sondern zwei Welten geschaffen, die im Vorfeld zweier Weltmächte jeweils deren Politik zu treiben gezwungen waren. Dies trifft für die ideologische wie wirtschaftlich und politische, aber was weit schlimmer ist, auch für die militärische Seite zu.

Die Österreicher waren damals in gleicher Situation, ebenfalls in Ost- und Westzonen aufgeteilt, waren geschickter und klüger als das deutsche Brudervolk. Sie warteten ihre Stunde ab und sind heute eine Einheit und unabhängig. Es wäre ein Traum, wenn heute oder morgen Österreich der Kristallisationskern für beide deutsche Staaten werden könnte. Dazu dann noch Frankreich im Bunde könnte wieder ein Ausgangspunkt für eine unabhängige europäische Politik werden.

Für ein kommendes Europa darf es in der Zukunft keine Einordnung in jeweilige Machtblöcke geben. Unsere einzige geschichtliche Chance kann nur Trennung dieser Blöcke heißen mit einer eigenständigen europäischen Politik. Wenn wir dazu die Kraft nicht aufbringen, werden wir als Schlachtfeld kommender Auseinandersetzungen zwischen Amerika und der Sowjetunion keine Europäer mehr haben, die diese Aufgabe gestalten könnten.

Aber alles das wäre nicht nötig gewesen, wenn man das Großdeutsche Reich nicht zerstört und damit Europa funktionsunfähig gemacht hätte. Wann werden die Europäer erkennen, daß England nach zwei Zerstörungskriegen gegen Deutschland sein Recht als europäische Macht verwirkt hat? England wird immer ein Störenfried bleiben und wäre als amerikanische Kolonie besser aufgehoben. Es kommt für Europa nur darauf an, daß Frankreich und Deutschland gemeinsam die Initiative ergreifen. Wenn der Wille zur dritten Kraft nicht mehr vorhanden ist,

der allein die Machtblöcke zu trennen in der Lage ist, sollten wir unser Testament gleich jetzt machen.

Die einzige echte deutsche Opposition, die es im Nachkriegsdeutschland gegeben hat, war die sozialistische Reichspartei (SRP). Sie wurde nach überwältigenden Anfangserfolgen verboten. Aus der Sicht Bonns sogar mit Recht. Nur war die Begründung: Neofaschismus falsch. Die Gründe lagen tiefer oder wurden nicht einmal vom Bundesverfassungsgericht durchschaut. In Wahrheit waren sie weder Bundesrepublikaner noch Volksdemokraten. Wir waren nichts anderes als schlichte Deutsche und Europäer. Wir waren in Wahrheit aus der Sicht Bonns gesehen Hochverräter, die Bonn nicht liebten und Pankow nicht wollten. Wir wollten eine Deutsche Reichsregierung. Die Kernfrage war damals die Remilitarisierung, die wir trotz Wehrwillens und aus dem kämpferischen Deutschland kommend als nationales Unglück scharf ablehnten, weil wir Natosoldaten werden sollten. Es gab derzeit eine echte Chance für ein gemeinsames Deutschland, das die Sowjets zu gewähren bereit waren, wenn statt einer militärischen Einordnung in die Nato ein bewaffnetes neutrales und damit blockfreies Deutschland auch ohne SED dazu bereit gewesen wäre.

Ob uns noch einmal eine solche Möglichkeit geboten wird, bleibt fraglich und bedarf kraftvoller Politiker mit Selbstvertrauen. Ich wäre froh, wenn diese Kräfte aus Frankreich kämen, die das zögernde Deutschland an die Hand nehmen würden. Diese Kräfte aber können niemals aus linken Kreisen kommen, da dann die Unabhängigkeit nur als Vorwand für eine eingeplante Unterwerfung den Sowjets gegenüber enden würde. Die dritte Welt wartet auf diesen dritten Machtblock und wird daraus freudig ihren Nutzen ziehen. Der Ausgangspunkt liegt einzig und allein in Europa. Dualismus heißt, wie die Geschichte lehrt, in der Endphase Krieg. Nur eine dritte ebenbürtige Kraft kann wie der Wiegebalken einer Waage für Ausgleich und Abbau einer Konfrontation Sorge tragen. Die Zweiteilung der Welt ist ein Unglück und der Hauptgefahrenpunkt für ihre Selbstauflösung.

IX. KAPITEL

HINTERGRÜNDE DES RUSSLANDFELDZUGES

Stalins Rechnung ging nicht auf

Es ist mehr als erstaunlich, daß heute noch die Version vom Vertragsbruch Hitlers und vom perfiden Überfall auf die Sowjetunion geglaubt und aufrecht erhalten wird. Noch schlimmer ist, das offizielle Kreise diese These verbreiten und das auch noch bei jeder Verhandlung mit den Sowjets vertreten, indem sie Hitler und Deutschland die Schuld für das damit verursachte menschliche Leid für die russische Bevölkerung zuschrieben. Noch verheerender aber ist es, daß unsere linken und ultramontanen Politiker mit Sowjetrußland unter der Voraussetzung eines Schuldkomplexes für uns wenig gewinnbringende Verträge abschließen. Warum werden auch heute noch die politischen Realitäten verschwiegen?

Im Kapitel deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt habe ich ausgeführt, daß es grundsätzlich ein Trugschluß ist, daß mit solchen Verträgen ein Verzicht auf die weltrevolutionäre Zielsetzung des Marxismus-Leninismus-Stalinismus eingeleitet wurde. Keiner wußte das besser als Adolf Hitler. Wenn ihm auch dieser Vertrag in Anbetracht eines Zweifrontenkrieges für die Verhinderung eines solchen höchst willkommen erschien und er gewillt war, ihn von seiner Seite aus auch einzuhalten, so kannte er doch die Motive Stalins, der diese Verträge im Sinne der revolutionären Taktik Lenins und aus Gründen des Zeitgewinns für eine noch intensivere Nachrüstung abgeschlossen hatte.

Im Kommunist Nr. 5 im April 1958 heißt es auf Seite 77/80: „Der Nichtangriffspakt mit Deutschland war darauf berechnet, Zeit zu gewinnen und unsere Verteidigungsmacht zu verstärken... Nicht England und Frankreich waren die wahren Kämpfer gegen die faschistische Gefahr, die von Anfang bis Ende konsequente Kämpfer blieben, sondern die kommunistischen Parteien. Die Kommunisten kämpften unversöhnlich gegen den Faschismus."

Für Stalin ging es ausschließlich darum, daß der zweite Weltkrieg in irgendeiner Form in Gang kam. Er hoffte, daß die polnisch-britische Aliance dazu den Anlaß geben würde, ganz gleich, ob von Polen oder Deutschland oder England ausgelöst. England und die Sowjetunion hat-

ten in ihrem Denken eines gemeinsam, nämlich zunächst andere die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, um dann in dem Augenblick einzugreifen, in dem eine militärische Schwächung der Kontrahenten erfolgt war. Rußland lag vorrangig an einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich, weil es sich gerade aus den gezeigten Erfahrungen des ersten Weltkrieges von einer solchen Auseinandersetzung einen langwierigen kräftezehrenden Kampf erhoffte.
Die Blitzsiege in Polen, Norwegen, Belgien, Holland und Frankreich waren für die Sowjetunion, natürlich auch für die Welt, eine sensationelle Überraschung und verdarben ihr dieses Konzept. Trotz der fast völligen Entblößung der Ostfront - die vorhandenen deutschen Truppen wurden ja dringend auf anderen Kriegsschauplätzen gebraucht - fand Stalin keine günstige Gelegenheit, einzugreifen.
Nur hatte Stalin das einmalige Glück, in Churchill und Roosevelt zwei echte Bundesgenossen zu finden. Beide waren abhängig vom Weltjudentum, das die vorherrschende Meinung vertrat, daß „der Kommunismus im wesentlichen eine wohltätige Macht sei, während jene nationalistischen Staaten wie Vichy-Frankreich, das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland das Urbild der angeblichen Böswilligkeit darstellten, vor allem deshalb, weil sie sich der Herrschaft Stalins entziehen wollten. Hätte England oder Amerika im Jahre 1940 einen antikommunistischen Staatsmann gehabt, so würde das für Stalin genau wie Jahre davor, als er Franco den Krieg in Spanien gewinnen ließ, ein ausreichender Grund dafür gewesen sein, sein Programm zugunsten seiner Außenpolitik maßvoller zu gestalten." (Hoggan, „Der unnötige Krieg", Seite 438/439).

Seit 1940 wurde immer offensichtlicher, daß Stalin die Annäherung an diese zwei für die Welt verhängnisvollen Männer suchte. Das Zusammenspiel Churchills und Stalins zeigte sich sehr deutlich bei den Machenschaften, die zum Sturz der jugoslawischen Regierung führten. Dieser Sturz sollte nach Stalins Wunsch einen Bundesgenossen zur Errichtung einer Front in der Südflanke Deutschlands schaffen.
Alle Schläge der deutschen Wehrmacht gingen so schnell und nachhaltig vonstatten, daß mit dem beabsichtigten Einfall der Roten Armee, was auch später von Chruschtschow bestätigt worden ist, praktisch die Eröffnung eines Zweifrontenkrieges für die Sowjetunion noch nicht gegeben war. Deshalb erhoffte man sich eine bessere Gelegenheit, wenn Hitler seinen einzigen und letzten Gegner, der Deutschland den Krieg erklärt hatte, nämlich England angriff. Das wäre auch die logische Folge der Ereignisse gewesen, die sich aus der Lage heraus ergab.
Es ist Tatsache, daß der angebliche „Welteroberer Hitler" am Tage der Beendigung des Blitzkrieges gegen Frankreich noch keinen Opera-

tionsplan gegen England hatte. Die Operation „Seelöwe" gegen England wurde erst in aller Eile nach der Niederlage Frankreichs ausgearbeitet. In diesem Zusammenhang ist folgende eidliche Aussage des Herrn von Schlabrendorff interessant, die er anläßlich meines an den Haaren herbeigezogenen Prozesses in Braunschweig wegen angeblicher Beleidigung der Widerstandskämpfer machte: „Er habe seinerzeit im Führungsstab des vorbereitenden ‚Seelöwe-Unternehmens' gesessen. Obwohl man dort zum positiven Ergebnis gekommen sei, habe man dennoch die - folgenschwere - Meldung überstellt, daß diese - aus der politischen Absicht heraus, eine solche zu verhindern, militärisch nicht möglich sei". Derselbe Herr von Schlabrendorff hatte auch *vor* dem Hitler-Stalinpakt Churchill aufgesucht und hinter dem Rücken der Reichsregierung vor den Folgen gewarnt. Darüber ist bei Hans Grimm „Warum - Woher - aber Wohin" auf Seite 436 nachzulesen: „Schlabrendorff gibt an: Als ich meine Darlegungen mit dem Satz einleitete, ich bin kein Nazi, aber ein guter Patriot, lächelte Ghurchill über sein breites Gesicht und sagte: ich auch nicht! Welche Verachtung mag der englische Churchill bei diesen drei Worten in sich gespürt haben!" Dazu muß man wissen, daß die gesamte deutsche Botschaft in Moskau unter dem Grafen Schulenburg und auch der dort oft tätige General Köstring zum deutschen Widerstand gehört haben und alles taten, um Hitler das Leben schwer zu machen.

Soweit ich aus meiner Sicht der persönlichen Verbindung mit Hitler dies beurteilen kann, war ihm die Meldung über die Schwierigkeiten der Durchführung des Seelöwe-Unternehmens nicht ganz unangenehm. Träumte er doch immer noch von einer möglichen Verständigung der beiden Brudervölker. Und hoffte er doch nach der mißlungenen Landung der Engländer in Norwegen, weil wir dieser nur um Stunden zuvorgekommen waren, und nach dem grandiosen Sieg über Frankreich und damit praktisch der Besetzung der gesamten Atlantikküste immer noch auf ein Einlenken Englands und einen friedlichen Ausgleich angesicht der drohenden Gefahr, die von der Sowjetunion für Europa gegeben war. Diese Denkweise wird noch unterstrichen durch das Eingreifen Hitlers in Dünkirchen, als er dafür Sorge trug, daß die eingeschlossenen Engländer ohne ihre Ausrüstung entkommen konnten, wahrlich eine noble, aber rückblickend eine verhängnisvolle Geste. Auch hierüber gibt es einen authentischen Zeugen, Dr. Hans Severus Ziegler, aus einem persönlichen Gespräch mit Hitler Ende Juli 1940 im „Elefanten" in Weimar:

Hier sprach keiner, der als „der größte Feldherr aller Zeiten" gepriesen werden wollte. Ebenso wie er (Hitler) die Byzantiner haßte, haßte er solche Titulierungen, die jene erfanden. Unter anderem weiß ich von dieser Stunde her aus seinem Munde, also authentisch, daß er jenen den

meisten Generälen unverständlichen Abzug der größten Teile der geschlagenen englischen Truppen bei Dünkirchen aus sehr triftigen politischen Gründen hat geschehen lassen.
Hitler erschien am 24. Mai im Hauptquartier des Chefs der Heeresgruppe A, Generaloberst von Rundstedt, in Charleville, um die am 23. Mai erlassenen Befehle, wonach der Panzerkessel um Dünkirchen zusammenzudrücken und die gesamte englisch-französische Truppenansammlung in die Gefangenschaft zu führen sei, zurückzunehmen. Hitler hat den Generälen Rundstedt, Blumentritt und Sodenstern seinen Haltebefehl in allen Einzelheiten begründet, vor allem mit dem Argument, daß er mit England zu einem Frieden kommen wolle, der nicht gegen dessen Ehre sei. Das gleiche Argument hat ihn auch von dem Plan einer Invasion in England schließlich abgebracht. Er hielt eisern und verbissen an dem Grundsatz fest, daß Deutschland England für die Zukunft brauche und er es deshalb jetzt im Hinblick auf künftige politische Möglichkeiten unter keinen Umständen demütigen wolle.
Natürlich wurde dieser Befehl aus der Sicht der Generäle für falsch gehalten und später entsprechend gerügt. Aber Bismarck tat 1866 nach der siegreichen Schlacht über die Österreicher bei Königsgrätz dasselbe. Er setzte sich nach dem Sieg seinen Generälen gegenüber ebenfalls durch und unterband aus politischen Gründen den Weitermarsch nach Wien, um das Brudervolk, die Österreicher, nicht zu demütigen. Dieser Bismarcksche Geist Hitlers war nichts anderes als der Vorrang der Politik gegenüber militärischen Entscheidungen.

Für die aggressiven Absichten der Sowjets gab es von Monat zu Monat mehr Beweise. Man lese nur in dem Memoiren von W. Schellenberg nach. Zweifelsohne wäre auch das verhältnismäßig inhaltslose Buch von Gehlen interessanter geworden, wenn er etwas mehr aus seiner alten Erfahrung der Tätigkeit „Fremde Heere Ost" gebracht hätte. Dies war wohl sicherlich nicht im Sinne seiner Regierung, die ihn als ehemaligen Fachmann der deutschen Wehrmacht, als Beamten übernommen hatte. Es wäre sicherlich segensreich, wenn er noch vor seinem Dahinscheiden um der geschichtlichen Wahrheit willen, aus seinen reichen Quellen und seinem Wissen einen historischen Beitrag zu der Absicht der Sowjets, in Europa einzufallen, authentisches Material geliefert hätte.
Auf zwei Ebenen wurden die auftretenden Schatten immer offensichtlicher. Auf der politischen Seite waren es die sich immer mehr steigernden Forderungen der Sowjets, die fundamental gegen deutsche und damit europäische Interessen gerichtet waren. War schon das Vorgehen der Sowjets als Leichenfledderer beim Polenkonflikt erstaunlich, so waren die gegen die baltischen Staaten, Finnland, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien gerichteten Forderungen ebenso wie gegen die Türkei unerträglich. Man verlangte, daß Bulgarien einen Zugang zum Mittel-

meer erhielt, forderte Stützpunkte in den Dardanellen, bedrohte die für Deutschland lebensnotwendigen Ölquellen von Ploesti, ebenso die Nickelvorkommen in Petsamo und forderte weitere Abtretungen von Rumänien inklusive der Bukowina. Darüber hinaus wurden Stützpunkte in Dänemark und Mitspracherechte bei den Ostseeeingängen angemeldet. Zu diesem Zeitpunkt waren Molotow die ungeheuren Bomberproduktionszahlen der Engländer sowie die Zulieferungen aus Amerika bekannt geworden, so daß er bei seinem Besuch Hitler und Ribbentrop geradezu verhöhnte, als er von der sich von Monat zu Monat versteifenden Luftüberlegenheit Englands sprach. Es war offensichtlich, daß die Sowjets bereit standen, ins englische Fahrwasser einzuschwenken.

Die Ablehnung dieser Molotowforderungen, die während des Besuches vom 11.-14. November 1940 durch Hitler offensichtlich wurden, bedeutete praktisch den Krieg. Im Buch des britischen Rundfunkkommentators Chester Wilmot, „The Struggle for Europe" (Der Kampf um Europa) heißt es: „Hitler wie den Engländern und Amerikanern sei viel zu wenig bewußt gewesen, unter welch schwerer sowjetischen Hypothek der ganze Krieg gestanden habe." Hier irrt er nur in Bezug auf Hitler, der wohl wußte, was auf Europa zukam. Richtiger sieht die englische Zeitschrift „Contemporary Review 1948" bei ihrer Rückschau auf den zweiten Weltkrieg, wenn sie schreibt: „In der Tat war es eine der Ungereimtheiten dieses irren Krieges zwischen 1939 und 1945, daß *allein Hitler* Rußlands Spiel unbeirrt durchschaute." Hitler hat dies später noch einmal am 20.11.1943 bei einer Ansprache vor Fahnenjunkern bestätigt: „Wenn Deutschland diesen Kampf für sich selbst und für Europa nicht gewinnen würde, käme die Barbarei der Steppe über unseren Kontinent, sie würde ihn als Träger und Quelle menschlicher Kultur zerstören."

Auf der militärischen Ebene vermehrten sich die Nachrichten über die Errichtung ständig neuer Flugplätze entlang der russischen Grenze, die auf eine offensive Zielsetzung hinwiesen. Zu einer Zeit, als keinerlei Anzeichen für eine Verletzung des Nichtangriffspaktes von deutscher Seite vorlagen, ja die Ostfront fast völlig entblößt war, nahmen gleich nach dem Polenfeldzug die sowjetischen Truppenverstärkungen im gleichbleibenden Maße zu. Die Massierungen der neu eintreffenden Truppenverbände erfolgten längs der Demarkationslinie zwischen Finnland über das Baltikum bis ans Schwarze Meer.

Darüber hinaus nahmen die Aktivitäten der Kommunisten sowie die Untergrundtätigkeiten und die Spionage innerhalb der europäischen Staaten, insbesondere in den von Deutschland besetzten Gebieten planmäßig zu, wobei man sich zunächst noch befleißigte, innerhalb des deutschen Reichsgebietes aus optischen Gründen eine gewisse Vorsicht an

den Tag zu legen. Die ersten Sabotageakte und Partisanenunternehmungen erfolgten, so daß sich die Konzentrationslager eines sich steigernden kommunistischen Zuspruch erfreuten. Herr Wehner wäre sicherlich besser in der Lage, zu all diesen Untergrundtätigkeiten und Sabotageakten wesentlich mehr aussagen zu können. Aber er schweigt, da ihm inzwischen andere honorige Aufgaben zuteil geworden sind.
Ich möchte auch hier in aller Klarheit feststellen, auch wenn es weh tut, daß sich an diesem Spiel nur insofern etwas geändert hat, als damals Tod und KZ diesem Geschehen Einhalt geboten hat, während man heutzutage den „Linken" geradezu paradiesische Verhältnisse einräumt und wie in einem Naturschutzpark ungefährdet diesen Partisanenkampf für die Stunde X heranzüchtet, während man alle, die rechts von der niveaulosen Mitte der Nivellierung stehenden Deutschen, die sich Sorgen um das Morgen machen und keine Verräter sind, verfolgt und zu demütigen versucht, ohne allerdings damit auch nur den geringsten Erfolg zu haben. Gesinnungen lassen sich nun einmal nicht ändern. Das bleibt nur denen vorbehalten, die heute in höchsten Positionen sitzen und profitieren.

Der von den Sowjets erhoffte kräftebindende und kräfteverzehrende Kampf um das englische Inselreich blieb aus. Dafür mußte wiederum ein weitab liegendes Land, mit dem das Deutsche Reich keinerlei Differenzen hatte, das sich aber unwidersprochen eine englische Garantie hat aufdrängen lassen und somit eine englische Landung hinnehmen mußte, nämlich Griechenland, die Folgen dieser Politik bezahlen. Zu dieser Zeit trug Adolf Hitler die Bürde der Verantwortung für Europa, es war praktisch eine Festung Europa, die von Deutschland und Italien allein verteidigt wurde. Vor der Geschichte muß hier festgestellt werden, daß Adolf Hitler zu diesem Zeitpunkt der erste wirkliche Europäer und der für die Geschicke Europas verantwortliche Staatsmann dieses Raumes gewesen ist. Dies entsprach keinem Eroberungswillen, sondern war die Folge des von England Deutschland aufgezwungenen Krieges. Diese Position konnte er niemals erträumt haben. Sie war ihm zugefallen auf Grund der Fehlspekulation seiner Gegner, die nicht Frieden, sondern den Krieg gewählt hatten. Ob gewollt oder nicht gewollt, lag damals das Schicksal Europas in deutschen Händen. Dieser Traum der „Vereinigten Staaten von Europa" war Wirklichkeit geworden.
Heute träumen wir von einem halben Europa und bringen es dennoch nicht fertig, diesen Traum Wirklichkeit werden zu lassen. Auch wenn es sich in dieser Existenz bedrohenden Kriegszeit um eine Festung mit allen ihr anhaftenden Unzulänglichkeiten gehandelt hat, so war doch vor Eintritt in das verhängnisvolle Atomzeitalter die Voraussetzung für eine europäische Raumordnung geschaffen, die diesem Kontinent, dem europäischen Abendland, eine andere Rolle zugedacht hatte, als es heut-

zutage der Fall ist. Es war ein Europa, das alle Voraussetzungen eines Dritten Machtblockes zwischen Amerika und der Sowjetunion erfüllte. Die Welt sähe heute bestimmt sicherer aus als bei dieser Zweiteilung. Die Zerstörung dieser einmaligen traumhaften und schöpferischen Möglichkeit wurde von raumfremden Mächten mit dem Ergebnis einer totalen politischen Unordnung zerschlagen. Neben zwei völlig gegensetzlichen weltanschaulich-ideologischen und wirtschaftlichen Auffassungen ist es die Errichtung zweier Militärblöcke, die die verhängnisvolle Teilung Europas zementieren sollen. Sie schaffen damit Spannungsfelder, die auch aus dem Weltgeschehen auf uns übergreifen, ohne daß wir Europäer darauf Einfluß nehmen können, und sammeln damit Zündstoff an, der leicht zu einer bis dahin noch nicht gekannten Katastrophe führen kann.

Die von Hitler zuvor erreichte Raumordnung war nur möglich mit dem revolutionären Schwung einer neuen Idee, die der kommunistischen haushoch überlegen war. Eine ähnliche große Leistung hatte knapp 11/2 Jahrhundert zuvor nur der große Franzose Napoleon fertig gebracht. Es nimmt nicht wunder, daß - außer bei den Franzosen - dieser geschichtlich große Mann fast überall verteufelt wird. Er wurde auf der Insel St. Helena mit englischem Gift umgebracht. Hitler aber stand in Ehrfurcht am Grabe dieses großen Mannes, als er Paris besuchte. Auch er hatte mit einer revolutionären Idee eine zukunftsweisende Raumordnung angestrebt und vollbracht. Natürlich brauchte auch er dazu seine tapferen Soldaten und fremde Mitstreiter. Er wird heute von kleinen Menschen als schrecklicher Eroberer abwertend abgetan. Ich tue das nicht und verneige mich vor der Größe solcher Persönlichkeiten, unabhängig davon, welche Schandtaten man ihnen angedichtet hat.
Vielleicht ist auch hier die Wurzel darin zu suchen, daß zwei gleichrangige Nationen wie heute das kleine Westdeutschland und das traditionelle Frankreich zusammengefunden haben und hoffentlich immer enger als Kernstück eines kommenden Europas zusammenwachsen werden. Vielleicht ist auch das ergebnislose Liebeswerben durch Adolf Hitler und die gewollte Vernichtung Deutschlands durch Churchill ein Grund dafür, das bei den meisten Deutschen die Liebe und der Respekt zu England erkaltet ist. Die meisten lehnen heute England als Partner in der EWG ab und meinen, daß es als Inselvolk stets nur ein Anhängsel eines kommenden Europas bleiben wird. Es ist ein Jammer, mit ansehen zu müssen, wie dieses Land heute durch den von ihm verursachten zweiten Weltkrieg sein von Hitler vorausgesagtes Weltreich verloren hat und sich unmodern und rückständig als Mittelmacht schwer tut, sich den gegebenen Verhältnissen anzupassen. Mir scheint, daß es doch noch eine geschichtliche Gerechtigkeit gibt, deren Folgen heute noch gar nicht abzuschätzen sind. Ich sage das nicht schadenfroh, sondern in

tiefer Trauer in Anbetracht des politischen desolaten Zustandes, in dem Europa trotz der so hoch gepriesenen freiheitlichen Demokratien und Wohlstandes sich befindet. Aber diese sicherlich hochzuschätzenden Güter und Errungenschaften reichen nicht aus, tun kommenden Generationen unseren Lebensraum mit den ererbten abendländischen Werten zu erhalten.

Während nun Deutschland die Herausfordeung Churchills mit seinem ähnlichen Landeunternehmen in Griechenland und Kreta annahm, wie das Landeunternehmen des gleichen Mannes in Gallipoli an den Dardanellen im ersten Weltkrieg - beide endeten mit einer vernichtenden Niederlage Churchills -, konnte der Russe in aller Ruhe hohnlächelnd seinen weiteren Aufmarsch an seinen Westgrenzen zum tödlichen Stoß ins Herz Europas vervollkommnen. Es ist wirklich erstaunlich, daß trotz der vielen dokumentarischen Veröffentlichungen, auch von Seiten der Sowjets, darüber heute noch geschwiegen wird. Dies aber ist, sollte dieses Schweigen aus Furcht vor den Sowjets geschehen, ein entscheidender Fehler. Man kann die Zukunft nicht meistern, wenn man mit einer geschichtsfälschenden Vergangenheitsbewältigung historische Tatsachen nicht zur Kenntnis nehmen will. Man macht Politik in den Wind hinein und muß deshalb eines Tages scheitern und mit bösen Überraschungen rechnen. Es gibt in der Geschichte keine Tabus. Das ist der entscheidende Irrtum unserer heutigen verantwortlichen Politiker, die zwar das Wort Freiheit im Munde führen, sie aber in Wahrheit unterdrücken lassen.

Lüge ist, daß Deutschland Rußland aus Eroberungsgründen angegriffen hat. Wahrheit ist, daß Hitler dem vorbereiteten sowjetischen Angriff ins Herz Europas um wenige Wochen aus Selbsterhaltungstrieb zuvorkam, wobei 17000 Eisenbahntransporte erforderlich waren, um den schnellen Aufmarsch zum Blitzkrieg zu ermöglichen. Nur aus diesem Grunde sind die über 3 Millionen Gefangenen, die unermeßliche Ausrüstung und das unvorstellbare Kriegsmaterial in den ersten Kriegstagen und Wochen vernichtet oder erbeutet worden, Zahlen, die bislang in der erfaßbaren Kriegsgeschichte unvorstellbar waren.

Im „Der Zweite Weltkrieg", Seite 178, von Platanowa Pawlenkow und Parotkina wird berichtet und von Fabri in „Der Hitler-Stalin Pakt", Seite 396, bestätigt, daß von 1940 bis Juni 1941 auf Anweisung der sowjetischen Regierung Zug um Zug die Rote Armee in die westlichen Grenzgebiete der Sowjetunion eingeschleust worden sind. Dies geschah zunächst sehr getarnt mit größter Vorsicht. Bei diesem Aufmarsch, der nicht zu Verteidigungszwecken geschah, traten auf Grund der schlechten Transportmöglichkeiten zwar erhebliche Verzögerungen auf.

Immerhin war die rote Armee nach H. A. Jacobsen und H. Dollinger „Zweiter Weltkrieg in Bildern und Dokumenten" Bd I, S. 572, bis Juni

1941 mit annähernd 4,7 Millionen Soldaten aufmarschiert. Man beachte diese ungeheure Zahl gegenüber der zuvor erwähnten Roten Armee von 1 Million Soldaten. Allein aus diesen Zahlen ersieht man die durchgeführte Mobilmachung der Sowjets. Es waren unmittelbar an der Westgrenze zusammengezogen: 13 Armeen mit 131 Infanterie Divisionen, 23 Kavallerie- und 40 Panzer-Divisionen sowie 36 motorisierte Brigaden.

Insgesamt verfügte zu diesem Zeitpunkt die Sowjetunion über 21000 Panzer, eine unvorstellbare Zahl für deutsche Verhältnisse. Bekanntlich sind wir mit nur 3050 Panzern gegen Rußland angetreten. Die sowjetische Produktion der T 34 und des KW war angelaufen und wurde im Verlauf des Krieges auf einen Ausstoß von 2000 monatlich gesteigert. Wir hatten diesen Panzern zunächst nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Diese Panzer konnten nur durch unsere beschränkt vorhandenen 8,8 Flakgeschütze vernichtet werden. Unsere damals vorhandenen 3,7 und 5 cm Pak (Panzerabwehrkanonen) wurden mit Recht Panzeranklopfgeräte genannt, weil die neuen sowjetischen Panzer nicht zu durchschlagen waren. Die Panther und Tiger gab es damals noch nicht, ebenso auch noch nicht die Panzerabwehrkanone 7,5. Die deutsche Wehrmachtsführung hatte damals noch keine Vorstellung von diesen modernen Waffen. Zudem hatte unsere Aufklärung den russischen Aufmarsch, der in Wahrheit über 240 Großverbände umfaßte, um fast 100 Verbände unterschätzt.

Wäre diese gigantischste Armee der Welt vorzeitig ins Rollen gekommen, hätten auch alle vereinigten Armeen Europas einschließlich der englischen und französischen diese Dampfwalze niemals aufhalten können und heute hätte über ganz Europa einschließlich England die rote Fahne geweht. Das geschichtliche Verdienst Hitlers liegt darin, daß er dies gerade noch rechtzeitig erkannt hat, und in diesen gewaltigen Aufmarsch, der Mitte August seinen Abschluß finden sollte, hineinstieß und dank der geschichtlich einmaligen Kesselschlachten dieses enorme Kräftepotential zerschlug.

Genau wie beim Polenfeldzug lagen diesem Angriff keine Eroberungspläne zugrunde, sondern hier ging es zunächst ausschließlich um Präventivschläge, um der von den Sowjets ausgehenden tödlichen Vernichtung *zuvorzukommen.* Allein die Zahlen des bedrohlichen Aufmarsches beweisen das, ebenso das aufgefundene Kartenmaterial mit eingezeichneten Vorstößen bis ins Reichsgebiet sowie die Aussagen zahlreicher Gefangenen und die inzwischen von den Sowjets herausgegebenen Veröffentlichungen, von denen nur wir Deutsche als einfältige „Vergangenheitsbewältiger" keine Kenntnis nehmen wollen und uns damit vor aller Welt selbst lächerlich machen.

Ich war damals mit meiner Heereseinheit, die schwere 15 cm Infanteriegeschütze mit Rädern auf Panzer montiert hatte (Vorläufer des Sturmgeschützes, auch ein persönlicher Vorschlag Hitlers) der 9. Panzerdivision unterstellt. Oft gaben wir in der Vorausabteilung fahrend bei Feindberührung den ersten Schuß ab, auf 100-200 m setzten wir im direkten Schuß mit Verzögerung das Zentnergeschoß so auf, daß es als Apraller in 50 m Höhe den ganzen Segen von oben zur Wirkung brachte. Das war dann zugleich die Visitenkarte für den Feind, damit er wußte, wen er vor sich hatte. Das Geschütz hatte eine ungeheure moralische Wirkung.

Wir waren unmittelbar nach dem Waffenstillstand in Frankreich nach Wien zur Auffrischung, dann wenig später zur Militärmission nach Rumänien verlegt worden. Bald danach marschierten wir aber nach Süden über den Schipkapaß nach Bulgarien, in der Annahme, die in Griechenland gelandeten Engländer wieder ins Meer zu werfen. Zwischendurch lernten wir Land und Leute kennen. Es erscheint mir wichtig, zu erwähnen, daß die Truppe jeweils für jedes Land eine Broschüre erhielt, aus der Leben, Bräuche und Sitten der Bevölkerung beschrieben waren, der wir uns anzupassen und die wir in Rechnung zu stellen hatten, um die Gastfreundschaft dieser Länder nicht zu mißbrauchen und durch unser vorbildliches Benehmen überzeugenden Eindruck für Deutschland und den europäischen Gemeinschaftsgedanken zu machen.

So war es. Auch darüber spricht heute keiner. Nur die heutigen deutschen Touristen sind noch Nutznießer dieser anerkannten Disziplin deutscher Soldaten. Man sollte das nicht vergessen. Der deutsche Soldat braucht sich nirgends zu schämen, wenn er Länder, die er friedlich oder kämpfend durchmessen hat, heute wieder besucht. Mein sehnlichster Wunsch wäre, meine vielleicht 20 Quartierwirte in Rußland, mit denen wir Freud und Leid geteilt haben, einmal wieder besuchen zu können. Ich bin sicher, daß es ein herzliches Wiedersehen geben würde, sofern nicht ein kommunistischer Kommissar zugegen wäre.
Der Autor Wolfgang Henning berichtet in seiner Schrift „Zeitgeschichte in Zitaten" über eine vergleichende Übersicht, die belegt, daß die deutschen Streitkräfte in beiden Weltkriegen die tapfersten und diszipliniertesten gewesen sind. Die Übersicht basiert auf dem Urteil hoher Offiziere aller Nationen wie des US-Generals Marshall, des französischen Generals König und des britischen Militärschriftstellers Liddell Hart.
Von möglichen 100 Punkten erhielten:
Im ersten Weltkriege

Die deutsche Armee	86 Punkte	
Die französische Armee	65 Punkte	t
Die englische Armee	59 Punkte	

Die türkische Armee	52 Punkte
Die amerikanische Armee	49 Punkte
Die russische Armee	45 Punkte

Im zweiten Weltkriege

Die deutsche Armee	93 Punkte
Die japanische Armee	86 Punkte
Die sowjetische Armee	83 Punkte
Die finnische Armee	79 Punkte
Die polnische Armee	71 Punkte
Die amerikanische Armee	55 Punkte
Die französische Armee	39 Punkte
Die italienische Armee	24 Punkte

(Wolfgang Henning, „Zeitgeschichte in Zitaten", Türmer-Verlag, Berg/ Starnberger See, S. 125 f.)

Wir waren gerade in unserer Bereitstellungs-Räume an der griechischen Grenze angekommen, als die deutschfreundliche jugoslawische Regierung in Belgrad gestürzt wurde. Durch Einflüsse seitens der Engländer und Sowjets wurden die Jugoslawen Deutschland gegenüber vertragsbrüchig. Damit erwuchs in der Südflanke Europas ein weiterer Gefahrenherd. Diesen Abkommensbruch gedachte Hitler nicht hinzunehmen, und entschloß sich daher, auch diesen weiteren Gefahrenpunkt aus der Welt zu schaffen. So wurde dann in einem Abwaschen sowohl in Jugoslawien als auch in Griechenland die gefährliche Lage beseitigt, die sich gegen die Interessen Deutschlands richteten und damit aus der Sicht Hitlers eine Gefährdung der Sicherheit Europas ergab. Der bereits festgesetzte Angriff gegen die Engländer in Griechenland verzögerte sich nur um wenige Tage. Die 9. Panzerdivision, zu der ich gehörte, wurde über Nacht von der griechischen Grenze abgezogen und über Sofia im Landmarsch innerhalb von zwei Tagen an die jugoslawische Grenze verlegt, um aus dem Stand heraus Skolpje zu nehmen und an die albanische Grenze vorzustoßen. Dabei mußten wir noch die ausgerissenen dort befindlichen Italiener zurückholen, da sie glaubten, von Jugoslawien angegriffen zu werden.

Das alles geschah nach harten Grenzkämpfen innerhalb von drei Tagen. Dann ging es wieder zurück nach Skolpje und dann sofort weiter nach Süden über Larissa zu den Thermopylen, immer nur gegen hart kämpfende Engländer, die wir bei Volos ins Meer trieben, und sie zwangen, überhastet das Lande zu verlassen. Die griechische Armee leistete kaum Widerstand. Wir haben die griechischen Soldaten überall, wo sie sich ergaben, sofort entlassen und in die Heimat geschickt. Die Freude war groß, kein Haß gegen die Deutschen, nur Wut gegen die erfolglos kämpfenden Italiener, denen wir durch unser Eingreifen zum Sieg verholfen hatten.

Nachdem ich schon in Rumänien und Bulgarien von Offizieren der dortigen Armeen von dem sich ständig verstärkenden Aufmarsch der Sowjets erfahren hatte, hörte ich in Volos erstmals vertraulich von der deutschen Armeeführung von dem gefahrdrohenden Aufmarsch der Russen an der gesamten Front, ohne daß bislang deutsche Kampfverbände aufmarschiert waren. Da ich einen Heeresverband führte, mußte ich sofort per Landmarsch, nur die Kettenfahrzeuge wurden per Bahn verladen, mit meiner Einheit zur Auffrischung nach Deutschland zurück, so daß für uns die Siegesparade in Athen ausfiel.
Wir lagen in Olbersdorf bei Jägerndorf-Troppau, als ich am Morgen des 22. Juni 1941 beim Frühstück von den begonnenen Kampfhandlungen in Rußland im Radio hörte. Schon eine Stunde später lag für uns, die wir die Auffrischung noch gar nicht abgeschlossen hatten, der Marschbefehl in den Raum Lemberg vor. Nach vier Stunden Vorbereitung rückten wir in den Raum um Lemberg ab und griffen schon am dritten Tage immer in der Vorausabteilung der 9. Panzerdivision kämpfend in die Kampfhandlungen ein.

Man erkennt aus dieser kurzen Schilderung,'in Welcher Großräumigkeit eine Spezialtruppe eingesetzt wurde. Das geschah nicht etwa deshalb, weil wir aus dem Vollen schöpfen konnten, sondern weil wir uns mit dem knapp Vorhandenen begnügen mußten. Wendigkeit, Einsatzbereitschaft, den Willen zum Sieg und einfaltsreiche Führung und später auch Erfahrung, die es verstand, das Wenige zur befohlenen Zeit, mit Überraschung und Konzentration zum vollen Einsatz zu bringen, waren unsere erfolgreichen Waffen. Dazu kam der Geist einer gläubigen und verschworenen Kameradschaft und Gemeinschaft, wie sie in dieser Form wohl nie wieder entstehen wird. Wer nicht für uns war, war gegen uns. Dem Gläubigen gehört der Sieg und damit die Zukunft! Das Vaterland, das sich nunmehr auf Europa auszudehnen schien, war für jedermann Inhalt und Glaubensbekenntnis, für das zu siegen und notfalls zu sterben Selbstverständlichkeiten waren, von dem die heutigen Träumer nicht einmal eine Vorstellung haben. Wir wußten, wofür wir kämpften, ob der Soldat das auch morgen noch weiß, wird erst die Zukunft lehren. Der Rotarmist weiß es bestimmt.
Von deutscher Seite waren in Anbetracht der sowjetischen Truppenmassierungen erst Ende Januar einige frei werdende Infanteriedivisionen nach Osten verlegt, Ende Mai geschah dies erst in einem größeren Umfange. Von einer Massierung der anrückenden Verbände konnte erst ab Mitte Juni gesprochen werden. Wie schon gesagt, waren dazu 17000 Eisenbahntransporte nötig, die, wie gewohnt minutiös verliefen. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es noch keinerlei Panzerverbände, die erst dann zu erscheinen pflegten, wenn offensiv gekämpft werden soll. Diese wurden erst in letzter Minute herangeführt, ab das Feindbild eine klare

aggressive Haltung erkennen ließ. Dies ging auch schon daraus hervor, daß die Sowjets keinerlei wesentliche Verteidigungsanstrengungen unternommen hatten. Die sogenannte Stalinlinie, die sich später weit im rückwärtigem Gebiet liegend als nur andeutungsweise ausgebaut, als Bluff, erwies, lag weit hinter den zur Offensive gegliederten sowjetischen Angriffsverbänden und war später bei unserem zügigen' Vormarsch noch nicht einmal besetzt.

Die Stärke der am 22. Juni 1941 zur Verfügung stehenden deutschen Divisionen einschließlich der noch nach Beginn der Kampfhandlungen herangeführten Kampfverbände war weitaus schwächer als die sowjetischen, ja sie standen im umgekehrten Verhältnis der üblichen Stärken zwischen Angreifer und Verteidiger. Insgesamt war 3/4 des inzwischen gewachsenen Feldheeres mit zusammen etwa 3 Millionen Soldaten an der Ostfront zusammengezogen worden. Insgesamt hatte die deutsche Heeresleitung 118 Dvisionen zur Verfügung mit nur 19 Panzer- und 15 motorisierten Schützendivisionen, deren Ausrüstung noch keineswegs abgeschlossen war.

Aus der sowjetischen Kriegswissenschaft wissen wir heute, daß der Abschluß der Bereitstellung sowjetischer Truppen für den Einfall in Europa für den Juli 1941, dann später wegen der Transportschwierigkeiten für Ende August festgesetzt war. Neben von der deutschen Wehrmacht aufgefundenen Plänen werden diese Tatsachen in „Der Große Vaterländische Krieg der Sowjetunion 1941-1945" von F. D. Worobiew und W. M. Krawzow bestätigt. Es wird dort nie von Verteidigung, sondern nur vom Angriff der „angewachsenen Streitkräfte" gesprochen mit der „strategischen Zielsetzung der völligen Zerschlagung des Aggressors auf seinem eigenen Territorium". Dieser theoretischen Ausarbeitung für den Angriff wurde breitester Raum eingeräumt. „Diesen Krieg werden wir-offensiv führen, indem wir ihn auf das Territorium des Gegners übertragen." (S. 440).

Es wird von taktischen Durchbrüchen gesprochen, die sich zu strategischen Operationen in die Tiefe hinein ausgeweitet werden sollten, ohne den Feind zu erneutem Festsetzen Zeit zu lassen. Von überholender Verfolgung und totaler Vernichtung des Gegners ist dann weiter die Rede. Vor allem soll kein Halt vor auftretenden Ländergrenzen gemacht werden. Sodann gibt es genauere Anweisungen über Gliederungen und Angriffsbreiten der Stoßarmeen und über die Entfernung der Tagesziele, jeweils unterschiedlich für die Panzer- und Schützenverbände. Von 50 km täglich wird dort gesprochen. Verteidigung sollte insoweit geschehen, als es für die Flankensicherung erforderlich sein sollte.

Die Luftwaffe hatte Tiefenoperationen durchzuführen und die Luftherrschaft anzustreben. Das gleiche sollte auch flankierend mit offensiven

Schlägen der Marine-Einheiten geschehen. „Schwerpunkt des Aufmarsches war der Militärbezirk Kiew, aus der Mitte der langen Front." Ich selbst konnte mir damals bei unserem Vormarsch über Lemberg-Tran opol-Uman-Kremenschuck-Dnjepropetrosk - dann nach Norden Briansk-Orel-Kurk-Schickry ein Bild machen. Das waren in 4 Monaten über 3000 km. Was ich in dieser Zeit an Vernichtung und Gefangenenzahlen miterlebt habe, übersteigt bei weitem das Vorstellungsvermögen. Allein in Uman fiel uns ein Kriegsmaterial in die Hände oder lag zerstört beiderseits unserer Vormarschstraßen herum, wie es nur dahingehend zu erklären war, daß die Sowjets nicht innerhalb einer rief gestaffelten Verteidigungsstellung angegriffen, sondern massiert in den Bereitstellungsräumen einer selbst beabsichtigten Offensive gepackt worden waren. Wir haben damals immer gesagt, mein Gott, was wäre geschehen, wenn die Sowjets voll intakt mit diesen Menschenmassen und dieser unfaßlichen Menge von Panzern in Europa eingefallen wären. Auch die tapferste deutsche Armee hätte sie nicht aufhalten können.
Im übrigen lagen schon damals Unmengen von Gefangenenaussagen vor, die eindeutig die von den Sowjets geplante Großoffensive gegen Deutschland bestätigten, darunter vom hochdekorierten stellvertretenden Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Wolchow, dem General Andrej Andrejewisch Wlassow, der eindeutig die Frage von Stalins beabsichtigter Offensive ins Herz Europas wie folgt beantwortete:

„Der Angriff sei für August/September 1941 vorgesehen gewesen. Die Russen hätten sich seit Beginn des Jahres im Aufmarsch befunden, der bei den schlechten russischen Bahnverbindungen ziemlich lange dauerte. Hitler habe die Situation völlig richtig erfaßt und sei direkt in den russischen Aufmarsch hineingestoßen." (H. G. Seraphim „Die deutsch-russischen Beziehungen 1939-1941", S. 85).

General Wlassow hatte während des Krieges aus freiwilligen, übergelaufenen Russen und Kriegsgefangenen eine Armee zum Kampf gegen den Bolschewismus aufgestellt. Er wurde nach Kriegsschluß an die Sowjets auf Anweisung Eisenhowers ausgeliefert und 1946 in Moskau gehängt, alle sein Soldaten erschossen, ein Kriegsverbrechen Eisenhowers ersten Ranges, wenn man dazu heute die Aufregung der Bundesregierung in Vergleich zieht, weil zwei tschechische Exilsuchende durch Mißgriff untergeordneter Organe wieder zurückgeschickt worden waren. Es ist geradezu lächerlich, wie hier wiederum mit zweierlei Maß gemessen wird.
Unabhängig von der Aussage Wlassows wurde .die gleiche Aussage des sowjetischen Generals Markow 1950 mit gleichen Daten des geplanten Angriffsbeginnes der Roten Armee wiederholt.

Was soll also die Scheinheiligkeit und die Unschuldsgeschichtsschreibung der UdSSR? Was sollen die verwerflichen Schuldkomplexe unserer Regierung, die sie selber hegt und pflegt und das deutsche Volk belügt? Es ist an der Zeit, daß das auch die deutsche Bevölkerung und die Welt erfährt, wie sie noch heute getäuscht wird, nur um den großen Europäer Hitler weiterhin verteufeln zu können. Gerade in diesem Fall wird sich eine einseitige Geschichtslüge einmal katastrophal für eine mögliche und wahrscheinlich kommende Entwicklung auswirken, weil man Wahrheiten mit Wunschträumen verwechselt, um von der Gefahr kommender Ereignisse abzulenken.

Es ist auch bezeichnend, daß die sowjetischen Historiker das mit Deutschland abgeschlossene Freundschaftsabkommen weder erwähnen noch ihre Angriffsvorbereitungen mit konkreten Maßnahmen der Reichsregierung begründen.

X. KAPITEL

SCHLUSSGEDANKEN

Trägt Deutschland die Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg?

Es verlohnt sich hier einige Zitate zu bringen, die für sich selbst sprechen. Zunächst der Deutschland-Hasser Lord Vansittart an den Pressebeirat der deutschen Botschaft, Herrn Fritz Hesse: „Aber mein lieber Hesse, den Krieg zwischen Deutschland und England werden sie nicht verhindern können. Sehen Sie, Herr Hitler will Deutschland zur ersten Macht Europas machen, und ich glaube, meine Informationen hierüber sind richtig. Sehen Sie, das werden wir nicht erlauben können" (F. Hesse „Das Spiel um Deutschland", S. 28 f.)

Der britische Historiker General Fuller in „Der zweite Weltkrieg, Strategie und Taktik", Seite 487: „Nicht die politischen Lehren Hitlers haben uns in den Weltkrieg gestürzt; Anlaß war diesmal der Erfolg seines Versuches, eine neue Wirtschaft aufzubauen. Die Wurzel des Krieges waren: Neid, Gier und Angst" Vorsicht Bundesrepublik!

Schon 1933 verfaßte Vansittart sein Memorandum, wie es vor dem ersten Weltkrieg geschah, „germaniam esse delendam" (Deutschland muß zerstört werden) und äußerte weitsichtig: „Wenn Hitler fehlschlägt, wird sein Nachfolger der Bolschewismus sein, was einer machtpolitischen Entwertung des deutschen Raumes gleichkommt. Wenn er aber Erfog hat, wird er innerhalb von 5 Jahren einen *europäischen Krieg bekommen.* Nach der Logik Vansittarts ist nur eines fehlgelaufen, daß mit dem erzwungenen Krieg gegen Deutschland zwar die machtpolitische Entwertung des deutschen Raumes erreicht wurde, nur mit dem Unterschied, daß diese natürliche Funktion heute von den Sowjets ausgeübt wird. Herr Vansittart ist mit dieser seiner Einsicht zum geschichtlichen Verbrecher Europas geworden, für den der Galgen in Nürnberg noch zu niedrig war, er hätte höher gehängt werden müssen.

Der Hauptverbrecher Churchill in einer Unterredung 1937 mit Ribbentrop: „Wenn Deutschland zu stark wird, wird es wieder wie 1914 zerschlagen". Auf die Antwort Ribbentrops, daß es diesmal nicht so leicht sein wird, da Deutschland Freunde habe, entgegnete Churchill: „Oh, wir bringen es ganz gut fertig, Eure Freunde schließlich doch noch zu uns herüberzuziehen". Diese Zitate, die man zu Hunderten fortsetzen

könnte, beweisen den brutalen Zerstörungs- und Kriegswillen Englands eindeutig und legen damit vor der Geschichte die Kriegsschuld Englands, als dem nunmehrigen Zerstörer des Abendlandes, eindeutig fest.
Und England heute, nachdem es mit seinem Unverstand zum eigentlichen Verlierer des zweiten Weltkriegs, wie von Hitler vorausgesagt geworden ist: „Die Deutschen würden die Teilung ihres Landes gewiß nicht mögen, aber sie ist .großartig' für die anderen. Zwei Kriege habe England gegen Deutschland geführt, die durch verschiedene Motive ausgelöst worden sind. Im Grunde ging es immer um dasselbe: Es gibt zuviele Deutsche, und Deutschland ist stark. Wenn man alle Deutschen zusammenkommen läßt, dann überschatten sie Europa. Jetzt wird uns eine Lösung auf dem Tablett serviert. Wir sollten dankbar sein, statt dessen erklären wir, daß Deutschland wiedervereinigt werden müsse." (Britischer Historiker A. J. P. Taylor 1957 im Sunday Expreß)
Derselbe rabiate Deutschlandhasser 1965: „Das britische Volk hat keine Interesse daran, Deutschland wiederzuvereinigen. Im Gegenteil, die große Mehrheit ist entzückt über die glückliche Chance, die Deutschland geteilt und unschädlich gemacht hat. Des Führers der Labour-Party (Wilsons Bundesgenosse Brandt) stärkste Anhänger sind auch zugleich die jenigen, die sich am entschlossensten einer Wiedervereinigung wiedersetzen".

Armes Europa, das nicht begreifen will, daß der Kampf um unsere Tradition und unsere Lebensrechte gegenüber Sowjetrußland erst kommen wird. Dann Deutsche, seid klug und ruft vernehmlich: the Britains to the front - die Engländer an die Front -, die bislang stets für die Zerstörung Europas eingetreten sind, niemals aber nur einen Finger für die Erhaltung dieses Kontinents mit allen seinen Werten auch nur andeutungsweise verschwendet haben. Die Antwort einer solchen verantwortungslosen Gesinnung müßte lauten: raus aus der EWG, wo heute Frau Thatcher um Erlaß von Beitragszahlungen bettelt, aber dennoch an den Vorteil dieser Gemeinschaft profitieren will.

Anscheinend wird immer noch nicht begriffen, worum es geht. Bei diesem desolaten Zustand und dieser Gesinnung des westlichen Europa, erhebt sich ernsthaft für Deutschland die Frage, ob es nicht zur Erhaltung der letzten Volkssubstanz, über die die Deutschen noch verfugen, notwendig wird, sich ernsthaft mit dem Russen zu arrangieren. Es kostet zwar vielleicht teilweise unsere Freiheit, aber enthält die Chance eines Überlebens. Denn an ein gemeinsames Europa zu glauben, fallt schwer, solange nicht England umzudenken in der Lage ist, aber auch die anderen westeuropäischen Staaten mit ihrer Kurzsichtigkeit und ihrem Eigennutz tragen wenig dazu bei, der Zukunft Opfer zu bringen. Ich meine, heute ist einzig und allein Frankreich aufgerufen, eine kraftvolle Entscheidung zu fällen, die den Weg Deutschlands so oder so zur

Entscheidung bringen wird. Amerika wird niemals für Europa überzeugend wirksam werden können, solange es die Geschichtsfälschung wie bisher führend betreibt und Deutschland nicht die Anerkennung seines Kampfes um Europa zubilligt.
Aber wer war Churchill? Diese Bulldogge, die ferrig brachte, mit einem völlig unschöpferischen Geist, nicht allein Deutschland, sondern Europa an den Rand des Ruins zu bringen und gleichzeitig als Vernichter des großen bewunderungswürdigen britischen Weltreiches in die Geschichte einzugehen?

Churchills Lebenslauf»

Wieso konnte ein solcher Mann, drittrangig im üblen Triumvirat Roosevelts, Stalin, Churchill, der dazu noch hoffnungslos den Zeitgeist hinterherrannte, geschichtlich gesehen, den Vorsitz über die Auflösung des Empire führen und dazu noch Europa wieder in die Zeit Karls des Großen zurückstufen? Der Historiker der Oxforder Universität, Robert Rhodes James gibt ein seinem Werk „Churchill: a Study in Failure" - eine Studie des Mißlingens - aufschlußreiche Hinweise über seine Herkunft: Jeanette Jerome, die mit dem zukünftigen Winston Churchill schwanger war, als der hoffnungslos dekadente Randolph Churchill sie am 15. April 1874 in'Paris heiratete, war niemals eine richtige Mutter, und Winston, der niemals richtig Elternliebe gekannt hat, ersetzte diese durch einen leidenschaftlichen Ehrgeiz. Churchills Mutter war die Tochter von Leonhard Jerome, einem jüdisch-amerikanischen Börsenmaklers in New York. Ihre Eltern mißbilligten ihre Ehe mit Randolph Churchill, einem psychotisch manisch-depressiven Mann; seine kurze Laufbahn im Unterhaus in den Jahren um 1880 begann mit einem Kampf gegen die politischen Rechte der Iren und führte 1886 zum Zusammenbruch und Mißlingen. Bei seinem Tode im Januar 1895 war Randolph Churchill, der die letzten acht Jahre ‚verlassen und gebrochen' gelebt hatte, 46 Jahre alt und „im Grunde genommen geisteskrank."

Schon zur Geburt von Winston war die Ehe zwischen Randolph und Jeanette hoffnungslos, denn die Eltern lebten völlig getrennt; Jeanette „egoistisch und leichtsinnig in der Gesellschaft von Hunderten von Liebhabern" und Randolph, der seit seiner Studienzeit an Syphilis gelitten hatte, gaben andauernd Anlaß zu perversen sexuellen Skandalen. James schließt daraus, daß Winston, der nicht gewünschte Sohn einer kranken und skandalösen Ehe „offenkundig ein Abenteurer und Opportunist" wurde.

Als Parlamentarier wechselte er, ohne jemals einer Partei treu zu bleiben, mehrfach zwischen den Tories und Liberalen. Am 28. Juli 1914 drückte er, wie aus einem Brief an seine Frau hervorgeht, seine übergroße Freude über die Aussicht eines Krieges aus, an dem er natürlich niemals selbst teilnahm, sondern nur andere in den Tod schickte. Zuvor war er Militär-Korrespondent im spanischen Krieg gegen die Insurgenten auf Kuba, dann bei den frisch-fröhlichen Kämpfen gegen die Moslems in Indien, schließlich im Sudan und Südafrika, wo er vorrübergehend von den Buren interniert wurde, nachdem er zuvor die Errichtung der englischen KZs bewundern durfte, von denen er im Kriege dann selber ausgiebigen Gebrauch machte, als er unumschränkter Herrscher und Diktator wurde. Es verlohnt sich darüber ein Buch zu schreiben, aber davon nimmt die Welt keinerlei Kenntnis. Aber alle diese verhältnismäßig kleinen Gewalttätigkeiten konnten einen Mann wie Winston Churchill in keiner Weise befriedigen. Er wollte höher hinaus. Krieg und Zerstörung waren seine Berufung.

Im ersten Weltkrieg war Churchill als Erster Lord der Admiralität im Oktober 1914 für die Überführung englischer Truppen nach Antwerpen verantwortlich. Er selbst zog sich dann schnell zurück, als die Deutschen dieses Kontingent einschlossen, vernichteten oder gefangennahmen. Ebenso war er nach dieser negativen Generalprobe für den katastrophalen Angriff der Alliierten auf die Dardanellen verantwortlich, bei dem 6 Kriegsschiffe versenkt oder schwer beschädigt wurden, während die gelandeten Truppen mit 250000 Verlusten eine schwere Niederlage erlitten.

Im zweiten Weltkrieg endete seine gleiche Aktion in Griechenland und Kreta mit den gleichen negativen Ergebnissen, nachdem er zuvor aus seinen mißglückten Landungsversuchen in Norwegen nichts gelernt hatte.

Am 15.11.1915 mußte er mit Schimpf und Schande aus der Admiralität ausscheiden. In diesem Zusammenhang schreibt der Engländer Emrys Hughes zur Synthese der Churchillschen Verteidigungsschrift - schreiben konnte er schon immer, je nachdem, wie es die Lage erforderte und zweckmäßig erschien, auch wenn das nicht ausschloß, sich schon auf der nächsten Seite widerrufen zu müssen - in seinem Buch „Winston Churchill, die britische Bulldogge" sarkastisch: „Bei der Nachricht von Churchills Entlassung müssen die deutschen Generäle genauso trostlos gewesen sein wie Winston Churchill selbst, als die politische Krise infolge der Resignation vom Chef der Admiralität, Lord Fisher, ihn von der Admiralität und einer weiteren Befehlsgewalt über die Strategie des Krieges entsetzte. Niemand kann leugnen, daß Churchill sein Äußerstes getan hat, die Welt auf seinen Anteil in der Geschichte hinzuweisen."

Wenn es schon nach dem ersten Weltkrieg ein Nürnberger Gericht für Sieger und Besiegte gegeben hätte, so würde sicherlich Winston Churchill wegen der Inszenierung der verbrecherischen und im höchsten Maße verabscheuungswürdigen „Lusitania"-Affäre am Galgen geendet haben. Vielleicht stünde dann Europa besser da und hätte nicht den Bolschewismus vor der Tür. Hughes weiß von dieser Affäre zu berichten, nachzulegen bei Hoggan „Der unnötige Krieg" S. 307: „Die Lüsitania hatte eine große Ladung Munition an Bord und damit den Rang und die Immunität eines Handelsschiffes verloren. Der amerikanische Staatssekretär William Jennings Bryan, der später endassen wurde, damit die Schuld und die doppelte unmoralische Stellung des amerikanischen Präsidenten Wilson nicht ans Tageslicht kommen sollte, warnte die Amerikaner davor, mit diesem Schiff zu fahren. Doch buchten von den leichtgläubigen Engländern so viele wie nur möglich schnellstens für die Überfährt.

Anstelle des regelrechten Kapitäns stellte Churchill noch in letzter Minute William Turner ein, der später von ihm persönlich für seine verbrecherische Rolle dekoriert wurde, die er in dieser schmutzigen Angelegenheit gespielt hat. Turner hatte nämlich die Aufgabe, die Versenkung dieses Schiffes durchzuführen, nachdem es im östlichen Atlantik verschwunden war. Sodann näherte sich die Lusitania der Gefahrenzone; sie setzte ihre Geschwindigkeit herab und unterließ das Zickzackfahren."

Churchill brauchte die Versenkung aus politischen Gründen, um Amerika einen Schritt näher in den Krieg zu ziehen. Die Lusitania war ein zum Hilfskreuzer ausgestatteter Passagierdampfer mit 30000 t und wurde auf der Fahrt nach England am 5. 7.1915 von dem deutschen U-Boot U 20 torpediert und versenkt. Zwei Drittel der Fahrgäste ertranken, weil für England widerrechtlich gelieferte Munition an Bord explodierte. Da auch nordamerikanische Staatsangehörige trotz Warnung des deutschen Botschafters das Schiff benutzend, umkamen, wurde die deutschfeindliche Stimmung in den USA verschärft. Ein deutsch-amerikanischer Notenwechsel führte zur teilweisen Einschränkung des U-Bootkrieges. Aber gerade das wollte Churchill erreichen, das auch die Amerikaner in den Krieg ziehen. Daß ein solcher Mann, der bedenkenlos für seine Ziele Hunderte von unschuldigen Menschen sterben ließ, im zweiten Weltkrieg in eine so entscheidende Position gelangen konnte, spricht der englischen antiquierten Führungsschicht jede Qualifikation ab. Daß aber die Bundesrepublik einem solchen Mann den Karlspreis verliehen hat, ist ein Witz der Weltgeschichte.

Skrupellos änderte Churchill je nach Zweckmäßigkeit seine Meinung. Am 19. 2.1919 nennt er den Sowjet-Kommunismus ein widerwärtiges Affentheater. Im März 1920 klagt er Lloyd George gegenüber: „Ruß-

land ist zugrunde gegangen; was von ihm übriggeblieben ist, ist in den Händen von Giftschlangen". Noch 1938 äußerte Churchill: „wie der Kommunismus die Seele einer Nation verdirbt, wie er sie im Frieden gemein und hungrig, im Kriege niedrig und verabscheuungswürdig macht, wie er die Spur des Fortschritts durch 2000 Jahre vernichtet und ein Vorbote einer Rückkehr ins finstere Mittelalter ist."
Am 27.11.1945 spricht Churchill im Unterhaus: „Hier wünsche ich zu sagen, wie glücklich wir alle sind zu wissen und zu fühlen, daß Generalissimus Stalin immer noch das Steuer fest in der Hand hat und sein gewaltiges Schiff steuert. Persönlich kann ich nichts anderes fühlen als die lebhafte Bewunderung für diesen wahrhaft großen Mann, den Vater seines Landes, den Herrscher über dessen Geschicke in Zeiten des Friedens und den siegreichen Verteidiger des Lebens in Zeiten des Krieges."
Noch im Kriege sprach er von „ehrenhafter Freundschaft und Gleichberechtigung mit den westlichen Demokratien. Ich fühle auch, daß ihr Wort ihre Bürgschaft ist. Ich kenne keine Regierung, die verläßlicher hinter ihren Verpflichtungen steht als die russische Sowjetregierung. Ich lehne es absolut ab, hier in eine Diskussion über den guten Willen der Russen einzusteigen."

Churchill im November 1935 über Hitler: „Während sich all diese schrecklichen Veränderungen ereigneten, kämpfte der Gefreite Hitler seine lange ermüdende Schlacht um das deutsche Herz. Die Geschichte des Kampfes kann nicht gelesen werden, ohne Bewunderung für den Mut, die Aufrichtigkeit und die Kraft der Persönlichkeit, die ihn dazu befähigten, herauszufordern, zu trotzen, zu überwältigen oder zu versöhnen - jedenfalls sich durchzusetzen gegenüber allen Autoritäten und Widerständen, die seinen Weg versperrten. Er und die immer wachsenden Scharen derer, die sich ihm anschlossen, zeigten in ihrem patriotischen Feuer und ihrer Vaterlandsliebe, daß es nichts gab, was sie nicht zu tun, oder zu wagen bereit wären." Noch 1938 heißt es: „Man mag Hiders System mißbilligen und doch seine patriotische Leistung bewundern. Sollte unser Land einmal geschlagen werden, so würde ich hoffen, einen solchen bewunderungswürdigen Kämpfer zu finden, der unseren Mut wieder aufrichtet und uns zurückführt zu unserem Platz der siegreichen Nationen." An anderer Stelle: „Unsere Führung muß wenigstens ein Stück vom Geist jenes deutschen Gefreiten haben, der, als alles um ihn in Trümmer gefallen war, als Deutschland für alle Zukunft in Chaos versunken schien, nicht zögerte, gegen die gewaltigen Schlachtreihen der siegreichen Nation zu ziehen."

Dann heißt es vom gleichen Mann: „ich habe nur einen Zweck, die Vernichtung Hitlers, und mein Leben ist dadurch sehr vereinfacht"!
Churchill in seinem Widerspruch würde Bände füllen, aber hier nur verwirren und es wäre diesem schizophrenen Mann zu viel Bedeutung

zugemessen. Auf jeden Fall aber steht historisch fest, daß nicht Churchill England auf Kriegskurs gebracht hat, sondern Halifax. Dies geschah im März 1939 innerhalb weniger Tage, als die englische Politik eine Schwenkung um 180 Grad vornahm. Churchill war darüber zwar hocherfreut, hatte aber an dieser Entwicklung keinerlei Anteil. Lord Halifax war ein ausgesprochen englischer Rassist, der von der weltweiten rassischen Überlegenheit Englands überzeugt war.

Er wurde vom geheimen Wunsch beseelt, den Juden in irgendeiner Weise zur Hilfe zu kommen. Von 1926 bis 1931 war er Vizekönig von Indien und vertrat die typisch englische Manie, auch Europa beherrschen zu müssen, wie es in den letzten vierhundert Jahren in England Tradition war. Dazu kam der typische insulare paranoide Fremdenhaß mit untergründigen Minderwertigkeitskomplexen, die dadurch entstanden, daß es nach dem 16. Jahrhundert nicht gelungen war, Frankreich zu annektieren und das fast 400 Jahre lang der deutsche Hansa-Bund England wirtschaftlich beherrscht hatte. Halifax ging es auch nicht um die Vernichtung des Nationalsozialismus, sondern schlicht um die Vernichtung Deutschlands, das seine nationale Einigung gefunden hatte und für England einfach zu unerträglich stark wurde.

Churchill dagegen hatte keinerlei Funktion und war zwischen 1929 und 1939 einflußlos. Er übte lediglich seine ihm von dem märchenhaft reichen Börsenmakler Bernhard Baruch zugedachte Rolle eines führenden Tory-Lobbyisten in England für den jüdischen Kreuzzug gegen Deutschland aus. Nichts anderes war der Grund der ständigen gehässigen Attacken gegen Deutschland, die zunächst viele Engländer echt schockierten. Churchill war nicht wohlhabend, dafür aber für seine Verschwendung bekannt. Baruch wird als „der Weise auf dem Markt" beschrieben und galt seit 1912, also zu Woodrow Wilsons Zeiten als der „Macher und Zertrümmerer" der amerikanischen Präsidenten.

Churchill aber wurde erst dann Premier und Diktator Englands, als das von ihm angestiftete Norwegenunternehmen durch schnelles deutsches Zupacken scheiterte. Die Schuld aber wurde von Churchill Chamberlain zugeschoben. Er wurde zur selben Zeit berufen, als Hitler seinen Großangriff auf Frankreich führte, der nach sechs Wochen mir einer Niederlage endete. Mit seiner Berufung begann er im Namen Englands die geplanten Bombenangriffe gegen Deutschland mit dem ausschließlichen Ziel der Vernichtung deutscher Menschen im größten Umfang, der mit dem Bombenangriff auf Dresden mit über 200000 deutschen toten Menschen seinen Höhepunkt erreichte und damit England für alle Zeiten mit Schimpf und Schande bedeckte. Alle diese Planungen mit Hilfe des Lindemann-Plans, waren jüdischen Ursprungs, auch im Zusammenhang mit der Vertreibung, möglichst vieler Deutsche auszu-

rotten, um damit Deutschland ein für alle Mal funktionsunfähig zu machen.
Das Verhängnis war, daß Churchill dem Hauptwerkzeug der Zionisten, Roosevelt, folgte, damit er nur noch die zweite Geige spielen konnte und England verriet, das durch seinen hochstilisierten Heroen Churchill sein Weltreich aufs Spiel setzte und alles verlor, genau wie es Amerika wünschte.

Meine letzte Meldung und Vortrag bei Adolf Hitler

Am 30. Januar 1945 hatte ich das letzte Mal die Gelegenheit, den Führer Adolf Hitler zu sprechen. Meine Panzerbrigade, „die Führer-Begleit-Brigade", war nach der Ardennen-Offensive herausgezogen worden und versammelte sich im Moselraum, um als „Feuerwehr" im Osten an kritischen Brennpunkten zunächst bei Nörenberg (Raum Stargard in Pommern) verlegt zu werden. Während dieser kurzen Verschnaufpause sollte meine Brigade zu einer der modernsten vollwertigen Panzerdivision aufgestockt werden.
Nach Abmeldung beim Generalfeldmarschall Model in der Eifel war ich selbst zum persönlichen Vortrag zum Führer befohlen worden, der zu diesem Zeitpunkt sich in der Reichskanzlei in Berlin aufhielt. Meine Brigade war eine Elitetruppe, hervorragend ausgerüstet, zumeist mit Freiwilligen und fronterfahrenen Offizieren und Grenadieren ausgestattet. Im übrigen war sie der einzige Wehrmachtsverband. Die Masse der Soldaten kam aus dem Heer, den Großdeutschlandverbänden, die zuvor in der Wolfsschanze in Ostpreußen eingesetzt waren. Dazu gehörte auch eine SS-Einheit der Leibstandarte „Adolf Hitler" und eines der modernsten Hakregimenter mit 3,7 und 2 cm Vierlingsflak auf Selbstfahrlafetten sowie mit 12,5 cm Flakkanonen vom „Regiment Hermann Göring". Aus diesem Grunde glaubten unsere Gegner oft verschiedene Verbände vor sich zu haben, wie ich später in der Gefangenschaft von einem amerikanischen Kommandeur erfuhr, zumal meine Brigade und spätere Division aus Tarnungsgründen auch Brigade Remer genannt wurde.

Meine Brigade durfte auf Befehl des Führers nicht auseinandergerissen werden, sondern nur geschlossen an wichtigen Schwerpunkten der Front eingesetzt werden. Zudem hatte ich eine direkte Funkverbindung zum Hauptquartier und mußte täglich über die Gefechtslage, Kampferfahrungen sowie über die genauen Gefechtsstärken, Zustand und Stimmung der Truppe berichten. Der Führer hatte mir bei meiner Abmeldung gesagt, daß er oft nicht die ganze Wahrheit erführe. Er verlangte von mir ein ungeschminktes Bild über die wirkliche Lage und die

Möglichkeiten, die sich im Großkampf aus der sich ständig ändernden Kampfkraft der Truppe ergeben.

Der Führer empfing mich sehr herzlich, sagte mir, daß er meine täglichen Berichte von Keitel vorgelegt mit Interesse studiert hätte und bat mich, bedingungslos offen eine Beurteilung der Lage aus meiner Sicht zu geben.

Was mich zutiefst erschütterte, war Hitlers körperlicher Zustand, der sich seit Anfang Dezember, als ich ihn auf seinem Gefechtsstand in Bad Nauheim zuletzt sprach, merklich verschlechtert hatte. Er stand gebeugt, mit kraftlos herunterhängenden Schultern und Armen vor mir, seine Augen flackerten, seine Mundwinkel wurden beim Sprechen feucht. Während der halbstündigen Unterredung gingen wir in einem sehr geräumigen Zimmer, völlig allein, seine Umgebung wurde hinausgebeten, auf einem Läufer auf und ab. Bei jeder Kehrtwendung blieb er stehen und sah mir in die Augen. Offensichtlich fiel ihm jede Bewegung schwer.

Ich hatte den Eindruck, so etwa muß Friedrich der Große nach der Schlacht von Kunersdorf, als alles verloren schien und nach all den Schicksalsschlägen, ausgesehen haben.

Ich sagte etwa: Mein Führer! Die Truppe ist nach ihren Weisungen am Tage des Beginns der Ardennenoffensive eingehend über die noch mögliche kriegsentscheidende Wende und Bedeutung dieser Offensive belehrt worden. Jeder Offizier, jeder Unteroffizier und jeder Soldat wußten um die Bedeutung dieses Unternehmens. Es war bekannt, daß etwa 72 alliierte Divisionen in Frankreich gelandet waren. Jedem wurde eingehämmert, in vier Tagen sind wir über die Maas, in 10 Tagen wird der für die Alliierten lebenswichtige Nachschubhafen Antwerpen genommen. Es gilt also die Feindkräfte zu durchstoßen, sie zu halbieren, um dann die nördlich dieser Linie stehenden vor allem englischen Kräfte einzukesseln und zu vernichten, bevor sie in der Lage sind, ihre aus dem Großraum Aachen beabsichtigte entscheidende Offensive ins Ruhrgebiet zu beginnen. Dieser Kampf sollte mit größter Härte, Entschlossenheit, Beweglichkeit und Schnelligkeit geführt werden. Darüber hinaus war vorgesehen, daß ein Großteil der Verbände, auch meiner, bereits für Mitte Januar wieder zur Abwehr der zu erwartenden russischen Großoffensive zur Verfügung stehen müßte.

Sie, mein Führer erhofften sich von dem Erfolg dieser großen Kesselschlacht einen möglichen Sturz Churchills und damit ein Ausscheiden Englands aus dem Kriegsgeschehen.

Nun, die Stimmung der Truppe war ausgezeichnet. Ausrüstungsmäßig hatten wir fast alles bekommen, was zugesagt war. Diese zuversichtliche Stimmung der Truppe übertrug sich auch auf die nicht evakuierte hinter der Front lebende deutsche Bevölkerung, die zuvor etwas deprimiert

war, aber nunmehr wieder Mut faßte. Das Verhältnis war ausgezeichnet, die Bevölkerung half uns, wo immer es nur möglich war. Die Zuversicht der Truppe war überzeugender und besser, als ich das zu Beginn des Krieges feststellen konnte. Es herrschte eine ungeheure Wut auf die raumfremden Amerikaner, vor allem aber auf die Engländer.
„In 4 Tagen über die Maas, in 10 Tagen in Antwerpen" war ein zündender Kampfaufruf. Hinzu kam, daß sich jeder von der lange nicht erlebten Versammlung einer großen Zahl gut ausgerüsteter Kampfverbände und den erstmals über uns hinwegbrausenden Raketenwaffen mit Kurs auf England überzeugen konnte.
Mein Führer! Diese Offensive hat zwar eine Entlastung gebracht, aber ihr Ziel nicht erreicht. Dieser Mißerfolg hat hinsichtlich Hoffnung und Zuversicht das Gegenteil bewirkt. Das gilt nicht nur für die Masse der Kampfverbände, deren Kommandeure ich sprechen konnte - von meiner Truppe will ich nicht sprechen, sie ist gewohnt, mit anderen Maßstäben gemessen zu werden -, sondern auch für die Bevölkerung, die sich nunmehr wieder mit Bombenteppichen abplagen muß. Die Depression ist entsetzlich und hat sich noch verstärkt durch das offenkundige Herausziehen bester Kampfverbände.

Nach meiner Auffassung haben uns 3 Dinge den Erfolg versagt:
1. Obwohl wir uns im Erdkampf stets dem Gegner gewachsen und überlegen fühlten, waren wir in unserer Beweglichkeit infolge des Ausbleibens einer angemessenen Luftunterstützung, sehr behindert, da nach dem unerwarteten Aufreißen des zuvor bedeckten Himmels die feindliche Luftwaffe tagsüber jede Bewegung auf den Straßen unmöglich machte, zudem zerschlugen geschickt plazierte Bombenteppiche alle Verkehrsknotenpunkte.

2. War uns zugesagt, daß die Kampfverbände mit 4-5 Verbrauchssätzen ausgestattet werden sollten (1 Verbrauchssatz mit Treibstoff bedeutet 100 km Fahrstrecke). Ich erhielt nur 2,5 Verbrauchssätze und mußte damit antreten, obwohl ich den Fehlbestand pflichtgemäß gemeldet hatte. Ich mußte, als ich am Feind stand, fast ohne Treibstoff operieren. Zuvor hatte ich aus Ersparnisgründen ein Teil der lebensnotwendigen Fahrzeuge in Schlepp nehmen müssen. Eine Führung ist dadurch sehr erschwert, da nicht nach den sich anbietenden Möglichkeiten die Truppe eingesetzt werden konnte, sondern nach dem noch vorhandenen Treibstoff.

3. Bei Beginn der Offensive wurde offensichtlich ein Großteil der Verbände viel zu früh in Marsch gesetzt, so daß sich zeitweise drei Divisionen auf einer Vormarschstraße vorwärts quälten und infolge dieser Behinderung noch mehr Benzin verbrauchten. Das alles führte zu unnötigen Zeitverlusten und behinderte den Nachschub. St. Vieth habe ich abgesessen in weitem Fußmarsch von Westen her nehmen müssen.

Sodann wies ich noch auf einige mir wesentlich erscheinende andere Auswirkungen der mißglückten Offensive hin. Unter anderem sagte ich: Bei einer Reihe neu aufgestellter Verbände ohne Tradition habe ich beobachten können, daß infolge sehr schnell anfallender Verluste der Kampfgeist und damit die Zuverlässigkeit zu wünschen übrig ließ. Dies war auch daraus zu erkennen, daß die zurückkehrenden Urlauber zu uns so schnell wie möglich zurückkamen, bei den neuen Verbänden sich Zeit ließen. Aus diesem Grund erscheint es mir ganz wesentlich, daß alles getan werden muß, die Kampfkraft der alten fronterfahrenen traditionsbewußten Divisionen mit Rang und Namen zu erhalten. Nur diese sind in der Lage, blutsparend erfolgreich zu kämpfen. Nur in solchen Divisionen können junge sehr willige Soldaten zu ganzen Kämpfern erzogen werden und Mut fassen.

Sodann, mein Führer, muß ich noch einen schmerzlichen Punkt zur Sprache bringen. Die bislang hervorragende Waffenkameradschaft zwischen Heer und Waffen-SS, scheint mir, läßt neuerdings zu wünschen übrig. Den Grund sehe ich darin, daß auf Grund ungeschickter Berichterstattung über den 20. Juli das Heer schlechthin in seiner Pflichttreue angezweifelt wird. Sie, mein Führer wissen, daß das nicht der Fall ist. Ich kenne als fronterfahrener Offizier eine Unzahl von Kommandeuren und Offizieren, die mit Leib und Seele sich einsetzen und alles tun, um unser drohendes Schicksal gegenüber einer Übermacht von Feinden zu wenden. Wenn vielleicht auch nicht alle überzeugte Nationalsozialisten sind wie ich, so sind sie doch in der preußischen Tradition erzogen worden. Niemand hat das Recht, ihre Pflichterfüllung gegenüber Volk und Reich anzuzweifeln. Keiner kann sein Letztes geben, wenn seine Ehre angezweifelt wird.

Ich habe, mein Führer, ohne ein Blatt vorm Mund gesprochen, wie ich die Dinge sehe. Sie wissen, daß ich mit meinen tapferen Männern überall dorthin gehe, wohin Sie uns befehlen. Ich werde meine Pflicht auch in Zukunft bis zum Äußersten erfüllen. Aber gibt es nach dieser mißlungenen Offensive noch einen Hoffnungsschimmer, oder ist dieser Krieg militärisch endgültig verloren?

Nach diesen meinen Worten sah mich der Führer durchdringend an. Ich entdeckte lediglich eine leichte unterdrückte Erregung. Dann sagte er: „Friedrich der Große hat am Schluß des 7jährigen Krieges eine noch schwierigere Situation erlebt als ich. Er hat auch in dieser verzweifelten Lage nicht kapituliert und auf sein ‚Fortune' gehofft. Er hat Glück gehabt, daß eine seiner Widersacherinnen, die russische Kaiserin Elisabeth II., starb und damit aus der Feindkoalition ausschied. Das unbeirrbare Durchstehen des Königs führte Preußen in die Reihe der Großmächte.

Ich weiß nicht, ob die Vorsehung mir nicht eine gleiche Chance für unsere Standhaftigkeit einräumen wird. Aber eines weiß ich sicher, daß ich niemals mein Wort brechen und kapitulieren werde.
Ganz gleich, was die Vorsehung mit uns vorhat, ich halte es mit den Worten eines Clausewitz: ‚In einem ehrenvollen Untergang liegt der Keim des Aufstiegs.' Die Zukunft wird mir einmal recht geben und unsere blutigen Opfer respektieren, die wir als Deutsche gegenüber dem alles zerstörenden Bolschewismus zu erbringen gezwungen waren. Es wird einmal die Zeit kommen, in dem man unseren für die Erhaltung des Abendlandes geführten kompromißlosen Kampf, unsere Treue und unsere vorbildliche Pflichterfüllung begreifen und richtig einzuschätzen in der Lage sein wird. Jede Unvernunft und Kurzsichtigkeit nimmt einmal ein Ende."

Hitler hatte diese Worte, nicht wie zuvor mich ansehend, visionär in den Raum hineingesprochen. Dann sah er mir fest in die Augen, gab mir seine Hand und hielt sie dann umschlossen mit seinen beiden Händen und sagte: Herr General, das sind Sie nämlich seit heute, ich habe ihre Frontberichte und ihre mündlichen Ausführungen mit Interesse zur Kenntnis genommen. Ich bin mit ihrer Führung und der Leistung der Brigade zufrieden gewesen. Ich weiß, wo sie stehen, brauche ich keine Sorge zu haben. Sie und ihre Männer haben den Namen ihrer Brigade, den sie führt, alle Ehre gemacht. Wie sie bereits wissen, wird Ihre Brigade auf meinen ausdrücklichen Befehl sofort zur Panzerdivision aufgestockt. Ich habe angeordnet, daß sie personell und materiell das Beste erhalten, was derzeit noch verfügbar. General Burgdorf ist im Hause, er hat noch zwei hervorragende Kommandeure für Sie.
Ihre Division wird nur noch auf meinen Befehl freigegeben und an den Brennpunkten der Ostfront eingesetzt. Der Russe darf keinen Schritt mehr vorankommen. Mir wird Ensetzliches über die Schändlichkeiten dieser asiatischen Horden berichtet. Es gibt kein Pardon mehr, wir werden umso härter und fanatischer zurückschlagen. Das sind wir unseren tapferen Frauen und Kindern schuldig, die größte Opfer auf sich nehmen müssen, und die es dem Zugriff dieser Bestien zu entziehen gilt.
„Ich brauche zur Beendigung dieses Krieges einige absolut zuverlässige und zu allem bereite Divisionen, auf die ich mich bis zur letzten Stunde verlassen kann. Nun gehen sie mit Gott und grüßen sie ihre tapferen Männer."

Ich verließ den Führer tief erschüttert. Vor mir hatte ein um Jahre gealterter, körperlich gebrochener Mann gestanden, ein Mann aber, der geistig völlig klar war, und trotz der mehr als verzweifelten Lage wie ein Fels Kraft und Zuversicht ausstrahlte.
Hitler hatte meinen ungeschminkten Bericht, meine ausgesprochene Sorge um eine sich anbahnende Niederlage fast ohne Unterbrechung

aufmerksam mitangehört. Er hat nicht, wie so oft behauptet wird, getobt oder mich gar verhaften lassen. Ich hatte das Gefühl, daß er meine rückhaltslose geäußerten Sorgen und meine Lagebeurteilung respektierte. Er nahm es hin, weil er mir vertraute und wußte, daß meine Worte aus einem heißen Herzen kamen, das sich um die Zukunft der Nation die gleichen Sorgen machte.

Ich kann heute immer noch nicht verstehen, daß es nicht unter den wirklich Verantwortlichen mehr Männer gegeben hat, die auf Grund einer gewollten Vertrauensstellung offen und ehrlich ihre Meinung und, falls notwendig ihre Kritik zum Ausdruck gebracht haben, notfalls ihren Hut genommen hätten. Es gibt kein Zweifel, das war möglich, nur fehlte gerade denen, die heute so munter Kritik üben, die erforderliche Courage dazu. Gerade diese Leute haben heute nicht das Recht, mit ihrem Unvermögen und mangelndem Mut einen Mann wie Adolf Hitler zu belasten.

Ich habe lange über diese meine letzte Begegnung mit Hitler nachgedacht. Ich hatte immer wieder die Vision, dem großen König, dem alten Fritz, begegnet zu sein, als er gramgebeugt, übers Schlachtfeld reitend einem jammernden schwerverwundeten Fähnrich zurief: „Stirb er anstän-dig

Ähnlich klangen mir die soeben gehörten Worte des Führers in den Ohren: „In einem ehrenvollen Untergang liegt der Keim des Aufstiegs."

Für mich als Soldat war das Auftrag und Verpflichtung.

Schlußwort

Zweimal war Deutschland zu mächtig und erweckte Neid und Mißgunst. Zweimal tat Deutschland nichts anderes als Vorsorge für seinen Bestand und für sein Überleben zu treffen. Zweimal war es England, das dem Deutschen Reich ohne jeden Grund den Kampf und die Vernichtung ansagte und es verstand, mit einer unnatürlichen, überlegenen Feindkoalition sein Ziel auch zu erreichen.

Jedesmal wurde Deutschland von vornherein schuldig gesprochen, nicht etwa, weil die Geschichte dies nachwies, sondern weil jeweils die Sieger es so wollten.

Wie unsere Verderber es wollten, ist *derzeit* das stolze traditionsreiche Deutsche Reich versunken. Mit ihm aber wurde halb Europa mit in den Abgrund gerissen und das stolze britische Empire verfiel, weil England sich in seiner Kurzsichtigkeit übernommen hatte. Unvernunft und teuflischer Vernichtungswille brachten auch fertig, daß der *einzige Sieger,* die bolschewistische Weltrevolution nunmehr vor den Toren Englands und dicht vor den Küsten des Atlantik stehen. Wahrlich eine Großtat schöpferischer Leistung!

Aber nicht diese machtpolitische Konstellation allein ist entsetzlich und entscheidend, der Geist, die Gesinnung, die Seele sind es, die diesem Restanhängsel des eurasischen Kontinents, dieses für Verteidigungszwecke allzu schmale Handtuch Westeuropa unglaubwürdig und wenig vertrauensvoll erscheinen läßt.

Monarchien, Republiken und freiheitlich demokratische Institutionen sind äußere Formen, die noch nichts über ihren Inhalt aussagen. Die europäische Gemeinschaft ist keine ernstzunehmende politische Kraft, sie wird von Eigennutz und Übervorteilung geschüttelt und gerüttelt, daß niemand sie so recht mehr ernst nimmt und die große Hoffnung und der Glaube erschüttert sind.

Persönliche Freiheit, materieller Wohlstand, und derzeitiger Frieden sind sicherlich angenehme Beigaben solcher Einrichtungen, die auch dankbar hingenommen werden. Sie sind aber keine Gewähr dafür, daß sie einem Sturm standhalten, da ihnen die selbsttätige, engagierte und gläubige Gefolgschaft fehlt. Es ist alles zu anonym und unfaßbar.

Wie sagte doch der ermordete Präsident John F. Kennedy am 24. 6. 1961: „Die Selbstgefälligen, die Genußsüchtigen, die weichen Gesellschaften sind im Begriff, mit dem Treibholz der Geschichte hinweggeschwemmt zu werden. Nur der Starke, der Arbeitsame, der Entschlossene, der Mutige, der Weitblickende, der die Natur unserer Auseinandersetzung kennt, kann überhaupt überleben."

Es ist mehr als merkwürdig, daß ausgerechnet die angeblich freiheitlichen Demokraten, die sicherlich nicht mehr als 5 % der Bevölkerung hinter sich hatten, wie Roosevelt und Churchill, sowie der Tyrann Stalin, dem 90% der Bevölkerung mit Haß begegneten, diesen Krieg gewinnen konnten. Verloren aber hat ihn ausgerechnet der Mann, der mehr als 90 % einer geschlossenen, gläubigen und idealistisch gesinnten deutschen Gefolgschaft hinter sich wußte, eine verschworene Gemeinschaft, die untadelig und unter vollem und überzeugtem, Einsatz bis zur letzten Stunde gekämpft und gearbeitet hatte. Der Geist wurde durch die Masse und die Materie erdrückt. Sicherlich ein bedrohliches Kennzeichen der fortschreitenden Vermassung und Vertechnisierung unserer Gesellschaft. Ist das aber der Sinn des Lebens? Es wäre grausam.

Auch heute noch muß man ein sehr schlechtes Gewissen haben und im höchsten Maß verunsichert sein, wenn man die ständigen Verleumdungen, bewußten Geschichtsfälschungen, Lügen und Diskriminierungen würdelosester Art mit den verächtlichen Prozessen einschließlich der Aufhebung der Verjährungsfrist beobachten muß, denen heute noch anständige pflichtbewußte Deutsche ausgesetzt sind. Dies alles aber ist nichts anderes als ein Zeichen der Furcht und der Schwäche. Dies alles aber beweist auch, daß die Größe dieser Tat noch nicht vergessen ist und Millionen von Menschen nach wie vor beschäftigt. Nur ein Mann mit einem solchen außergewöhnlichen Format kann solche Beobachtung, auch im negativen, verdienen.

Sicher haben Persönlichkeiten und hervorragende Einzelgestalten immer nur ihre Zeit. Sie werden gemessen an ihrem Werk, das sie vollbracht haben. Ein Mann aber, der aus der großen Spannung seiner Zeit sprach, handelte und gestaltete, wie Adolf Hitler dies tat, vergeht dann nicht, solange die gleiche Spannung besteht. Und das ist das Dilemma für unsere Umerzieher. Die Lage hat sich nämlich nicht geändert, sie ist nur noch bedrohlicher geworden.

Geist und Gesinnung kann man wohl verfolgen, man kann sie aber niemals töten. Der friedliche Auf- und Ausbau des IQ. Reiches ist für viele immer noch ein Phänomen und der deutsche Kampf an allen Fronten eine bewundernswerte Leistung. Der moralische Kredit aber ist es, den Deutschland sich für alle Zukunft verschafft hat, auch wenn es dennoch unterlag, ein Kredit, der manche unruhig macht, aber weit mehr denkende Menschen auch hoffen läßt, daß Europas letzte Stunde noch

nicht geschlagen hat. Wie sagte doch Hitler bei einem letzten Vortrag: „In einem ehrenvollen Untergang liegt der Keim des Wideraufstiegs." Nur gehört dazu auch der Wille, die moralische Kraft und Gesinnung und das nötige Mannestum, das stets nur einer Elite vorbehalten bleibt.
Deshalb tut echte Geschichtsforschung not. Nur sie kann wertvolle Erkenntnisse und Wissen um die Dinge vermitteln, die morgen für ein Überleben von Wichtigkeit sind. Vergangenheitsbewältigung der bislang erlebten Art ist nichts anderes als ein vorbereitendes Schaufeln unseres eigenen Grabes. Mut und Bekenntnis zum Deutschtum ist gleichzeitig auch ein Bekenntnis zu Europa mit all seinen verschiedenartigen abendländischen Werten, die es zu erhalten gilt. Mannesmut, Ehre und Treue bis ins Grab sind dazu die sittlichen Voraussetzungen. Ich wüßte niemanden, der dies mehr unter Beweis gestellt hat, als der Mann der den selbstlosen, äußerst schwierigen und verantwortungsvollen Flug nach Schottland ausführte, der ein letztes Opfer für den Frieden erbringen wollte. Er saß dafür in Spandau. Seine Worte als. Angeklagter in Nürnberg sind so klassisch, daß sich jeder Ehrenmann der Welt davor verneigen sollte. Rudolf Heß, Stellvertreter des Führers sagte:
„Ich verteidige mich nicht gegen Ankläger, denen ich das Recht abspreche, gegen mich und meine Volksgenossen Anklage zu erheben. Ich setze mich nicht mit Vorwürfen auseinander, die sich mit Dingen befassen, die innerdeutsche Angelegenheiten sind und daher Ausländer nichts angehen. Ich erhebe keinen Einspruch gegen Äußerungen, die darauf abzielen, mich oder das ganze deutsche Volk in der Ehre zu treffen. Es war mir vergönnt, viele Jahre meines Lebens unter dem größten Sohne zu wirken, den mein Volk in seiner tausendjährigen Geschichte hervorgebracht hat. Selbst wenn ich es könnte, wollte ich diese Zeit nicht auslöschen aus meinem Dasein. Ich bin glücklich zu wissen, daß ich meine Pflicht getan habe meinem Volk gegenüber - meine Pflicht als Deutscher, als Nationalsozialist, als getreuer Gefolgsmann des Führers. Ich bereue nichts. Stünde ich wieder am Anfang, würde ich wieder handeln, wie ich handelte. Auch wenn ich wüßte, daß am Ende ein Scheiterhaufen für meinen Flammentod brennt. Gleichgültig, was Menschen tun, dereinst stehe ich vor dem Richterstuhl des Ewigen; ihm werde ich mich verantworten und ich weiß: er spricht mich frei!"
Rudolf Heß hat sich mit diesen Worten sein Denkmal gesetzt.

Nachwort

General Graf Baudissin schuf nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg den „Bürgersoldaten". So geschehen gleich nach der von den Westalliierten geforderten Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Die Bundeswehr ist keine deutsche Armee, sondern ein Kind der Nato. Wieweit diese Idee des Bürgersoldaten zukunftsträchtige Geschichte machen wird, bleibt abzuwarten.

Der General von Clausewitz hat Geschichte gemacht und wird heute in der ganzen Welt als maßgebender Militärphilosoph anerkannt. Preußen und Europa befanden sich nach der napoleonischen Zeit in einem ähnlich trostlosen Zustand. Er wußte die Seele der verzagten Deutschen zu packen und schuf damit die Befreiung.

„Ich sage mich los:

von der leichtfertigen Hoffnung einer Errettung durch die Hand des Zufalls; von der dumpfen Erwartung der Zukunft, die ein stumpfer Sinn nicht erkennen will; von der kindlichen Hoffnung, den Zorn eines Tyrannen durch freiwillige Entwaffnung zu beschwören, durch niedrige Untertänigkeit und Schmeicheleien sein Vertrauen zu gewinnen;

von dem unvernünftigen Mißtrauen in die uns von Gott gegebenen Kräfte; von der sündhaften Vergessenheit aller Pflichten für das allgemeine Beste; von der schamlosen Aufopferung aller Ehre des Staates und Volkes, aller persönlichen und Menschenwürde.

Ich glaube und bekenne:

daß ein Volk nichts höher zu achten hat als die Würde und Freiheit seines Daseins;

daß es diese mit dem letzten Blutstropfen verteidigen soll;

daß es keine heiligere Pflicht zu erfüllen, keinem höheren Gesetz zu gehorchen hat;

daß der Schandfleck der feigen Unterwerfung nie zu verwischen ist; daß man die Ehre nur einmal verlieren kann;

daß die Ehre des Königs und der Regierung eins ist mit der Ehre des Volkes und das einzige Palladium seines Wohles;

daß ein Volk unter den meisten Verhältnissen unüberwindlich ist in dem großen Kampf um seine Freiheit;

daß selbst der Untergang dieser Freiheit nach einem blutigen und ehrenvollen Kampf die Wiedergeburt des Volkes sichert und der Kern des Lebens ist, aus dem einst einer neuer Baum die sichere Wurzel schlägt.

Ich erkläre und beteure der Welt und der Nachwelt:

daß ich die falsche Klugheit, die sich der Gefahr entziehen will, für das Verderblichste halte, was Furcht und Angst einflößen können;

daß ich die wildeste Verzweifelung für weise halten würde, wenn es uns durchaus versagt wäre, mit einem männlichen Mute, d.h. mit ruhigem und festem Entschlüsse und klarem Bewußtsein der Gefahr zu begegnen;

daß ich mich rein fühle von jeder Selbstsucht;

daß ich jeden Gedanken und jedes Gefühl in mir, vor allem meinen Mitbürgern, mit offener Stirn bekennen darf;

daß ich mich nur zu glücklich fühlen würde, einst in dem herrlichen Kampfe um Freiheit und Würde des Vaterlandes einen glorreichen Untergang zu finden.

Verdient dieser Glaube in mir und den mir Gleichgesinnten die Verachtung und den Hohn unserer Mitbürger?

Die Nachwelt entscheide hierüber."

Personenregister .

Aehrental, Baron von 51
Antonescu, Jon, rumän, Staatspräs. 133
App, Dr. Austin J., dt-amerik. Prof. 215, 233
Astachow, Baron, Georgij, sowj. Diplomat 377, 380
Atatürk, Kemal, türk. Staatspräs. 133
Attlee, Clement, Earl, brit. Premier 14, 238, 381, 463
Attolico, Bernardo, ital. Botschafter 412, 447

Baginski, Henry, poln. Geopolitiker 330 f.
Bahr, Egon, SPD-Politiker 373, 380
Baldwin, Stanley, brit. Premier 152
Balfour, Arthur, brit. Premier 112
Ballin, Albert, Jude, dt. Wirtschaftspolitiker (1857-1918) 62
Bernardistojn, brit. Militärattache 70 f.
Barnes, Harry E., 8, 13, 206, 215, 343
Baruch, Bernard, jüd.-amerik. Bankier 311, 374, 431, 493
Baudissin, Wolf, Bundeswehrgeneral 504
Bauer, Gustav, Sozialdemokr., v. 1919-1920 Reichskanzler 91
Bauer, Otto 173
Beckjoseph, poln. Außenminister 153,170f., 187,192,221,294,308,311,317,320ff., 326, 329f., 333, 335, 343, 345, 354, 404f., 415, 417ff.(432f., 435, 438f., 441f„ 450, 455
Beck, Ludwig, Widerständler, Generaloberst 237, 436, 449
Begbie, Harold 61
Benedikt XV., Papst 16
Benesch, Eduard, tschech. Staatspräs. 188,192ff., 194,196,198ff., 201f., 203ff., 208ff„ 232ff., 234, 256, 261
Benoist-Michin, Baron, frz. Historiker 104
Bethmann-Hollweg, Theobald von, dt. Reichskanzler 39ff., 43f., 60, 62ff., 66ff., 73
Biddle, H. J. Drexel, amerik. Botschafter 431
Bismarck, Otto von, Fürst, dt. Reichskanzler 15,18,26,27,44,50,68,73,86,182,312,463, 475
Blum, Leon, frz. Sozialistenführer 188
Bonderenko, W. P., sowj. Historiker 196
Bonnet, Gustav, frz. Außenminister 221, 322, 325, 402ff., 404f., 448
Brand, (Frahm), Willy, SPD-Politiker, ehem. Kommunist 16, 373, 380
Brauchitsch, Walter von, Generalfeldmarschall 435
Braun, Otto, preuß. Ministerpräsident i. d. Weimarer Republik 297
Bridges, Oberstleutnant 71
Brockdorff-Rantzau, Graf Ulrich von, dt. Diplomat 82 ff., 84 ff., 90 f.
Brüning, Heinrich, dt Reichskanzler 7,123,124f., 309f.
Buckmaster, engl. Lord 116
Bullitt, William C, amerik. Botschafter 314, 325 ff., 336, 365 ff., 431 f.
Bülow, Bernhard von, Fürst, dt Reichskanzler 28, 31, 53, 59
Burckhardt, Carl J., Prof., Völkerbundkomm. 238, 297, 310, 352, 355f„ 403
Buß, Franz Joseph von, Präs. des 1. dt Katholikentages 15

Caesar, Gajus Julius, röm. Staatsmann 215
Cambon, Jules, frz. Botschafter 42, 47, 48
Canaris, Wilhelm, Admiral, Abwehrchef u. Widerständler 136
Cassels, engl. Jude 62
Cato der Ältere, altröm. Staatsmann 19
Chamberlain, Neville, brit. Premier 10,164, 182, 189ff., 197ff., 199, 203f., 204ff., 207f„ 210ff., 213ff., 215ff., 225f., 237ff., 262ff„ 311, 320, 326f., 330, 332, 335, 343, 364ff., 374 ff., 378 ff., 381,384,402,404 ff., 416,423,430,433,435,438,440,445,448,454,493
Chodacki, poln. Gebietskommissar 353 f., 355 f.
Chruschtschow, Nikita, sowj. Ministerpräs. 473
Churchill, Winston, jüd. Abstammung, brit. Premier U.Kriegstreiber 7, 9,14, 64,113,121, 135, 137, 147f., 155ff., 160ff„ 163ff., 169f., 182ff„ 193, 198ff., 208, 210f., 214ff., 226, 232f., 238,247, 311,320, 328, 336, 360,364, 373ff., 378ff„ 386f., 414, 430ff., 439,463, 465, 473ff., 478ff., 487f„ 489ff., 501
Chvalkowsky, Frantisek, tschech. Außenminister 220, 235, 260 f.
Ciano, Galeazzo, Graf, ital. Außenminister 404, 412
Clausewitz, Carl von, dt. Generalstäbler im Stabe Blüchers 402, 498, 504
Clémenceau, Georges, frz. Premier 82ff„ 85, 89, 90f., 91f„ 97,109,112ff., 113,117, 295
Cohn, Emil Ludwig, Schriftsteller 143
Colonna B. de, polit. Schriftsteller 303
Cooper, Duff, brit. Minister 7, 193, 198, 214, 238, 311 ff., 313, 327
Coulondre, Robert, frz. Botschafter 152, 187
Cromwell, Oliver engl. Staatsmann (1599-1658) 134, 137, 138 ff.
Curtius, Dr. Julius, dt. Außenminister 97, 296

Dahlems, Birger, schwed. Industrieller u. Polit. 411, 430, 436f., 440f., 445, 449, 453, 455
Daladier, Edouard, frz. Ministerpräs. 206, 210, 215, 220, 356ff., 448
Davignon, Jacqes, Vicomte 326
Delcassé, frz. Außenminister 29, 31, 45, 48 f.
Dietrich, Sepp, SS-Obergruppenführer 386
Dmolski 302
Dönitz, Karl, Großadmiral, letzter dt. Staatspräsident 386, 463, 465 ff., 468 ff.
Dollfuß, Engelbert, dt.-österr. Staatsmann 175
Dollinger, H., histor. Schriftsteller 479
Dorten, Dr., Seperatist 104f.
Ducarne, Chef d. belg. Generalstabs 70 ff.

Ebert, Friedrich, SPD-Reichskanzler 108
Eden, Anthony, brit. Außenminister 178f., 193, 198, 210f., 214, 238, 351, 360, 364
Eisner, Kurt, Jude, Logenbruder, bayer. Ministerpräs. 85
Eduard VII., brit. König (1841-1910) 13, 16, 37, 39, 40
Eisenhower, Dwight D., amerik. General u. US-Präs. 485
Elisabeth II., Zarin von Rußland (1741-1762) 497
Erzberger, Mathias, Jude u. Freimaurer, SPD-Polit. 84, 90, 99 f.
Eugen, Prinz von Savoyen 172

Fabri 479
Fisher, John, brit. Admiral 58, 490
Fleming A., 168
Franco, Francisco, span. Generalissimus 133, 272, 473
Francois-Poncet, André, frz. Botschafter 152, 216f.
Franz Ferdinand, Erzherzg. v. Österr.-Este (1868-1914) österr. Thronfolger 16,54ff., 208

Franz Joseph, Kaiser von Österreich 52 ,
Freemantie, brit. Admiral 104
Friedeburg, Hans Georg von, Großadmiral 466, 468
Friedrich der Große, König von Preußen 495, 497
Foch, Ferdinand, frz. Marschall 99,188
Füller, J. F., brit. Militärschriftst 431, 487

Gafencu, Grigor, rumän. Außenminister 229, 359 f.
Gaulle, Charles de, frz. General u. Staatspräs. 232, 239
Gehlen, Reinhard, Geheimdienstgeneral 475 i
Giesler, Prof. Hermann, Architekt 163
Gravina, Manfred, Graf 351
Grabski, Stanislaus, poln. Minister 302 1
Greiser, Hermann, Senatspräs, von Danzig 353 f.
Grey, Edward, brit. Außenminister 13,18, 39f.-42f., 47, 60fi, 62ff., 70, 334
Grierson, brit. General 69, 71 !
Grimm, Prof. Hans, dt. Dichter 131 f., 212, 214, 297, 474
Grybowski, Graf 187
Goerdeler, Dr. Karl Friedrich, ehem. OB v. Leipzig 322 ff.
Göring, Hermann, Reichsmarschall 104,144f., 151,216,222,414,430,437,440 f., 445,449, 455
Guevara, Walter, boliv. Staatspräsident 340

Hacha, Emil, Dr., tschech. Staatspräsident 220ff., 224f., 227ff., 236
Halifax, Edward Frederik, Earl of, brit. Außenminister u. Kriegstreiber, 164,170,187,193, 198,204 ff., 214,229 f., 237ff., 311ff., 320ff., 326 ff., 333ff., 358 ff., 363 ff., 373ff., 383 ff., 404, 409ff., 416f.-419, 424f., 429f.-434f., 437ff., 440ff., 442, 444, 449, 451, 455, 459, 493
Haidane, Richard, Lord, engl. Kriegsminist. (1905-1912) 61 f.-64
Halder, Franz, Generaloberst, Widerständler 237, 436
Hammerstein-Equord, Karl von, Widerständler (der „Rote General") 436
Hardy, Gathorne, engl. Historiker 241
Hedin, Prof. Sven, schwed. Asienforscher 336
Heise, Karl, Sachbuchautor 15
Henderson, Neville, Sir, brit. Botschafter in Berlin 194,204,225,228,243,355,358,383 f., 409ff., 412, 416ff., 421 ff., 423-425, 428ff., 432f., 434, 437ff., 44If.-443ff., 445, 449, 454, 456
Henlein, Konrad, Führer der Sudetendeutschen 197, 201 ff.
Henning, W., dt. Zeitgeschichtler 481 ff. 1 '
Hermann, Fritz, Schriftsteller 15
Herriot, Edouard, frz. Politiker 10
Herzl, Theodor, Gründer des polit. Zionismus 14
Heß, Rudolf, Stellvertreter des Führers, Friedens-Parlamentär 502 f.
Hesse, Dr. Fritz, dt. Pressebeirat 459, 487
Heuß, Dr. Theodor, 1. Bundespräsident 127,131
Heydrich, Reinhard, Reichsprotektor von Böhmen u. Mähren 202 f., 232 f.
Heymans, belg. Außenminister 83
Hianuma, Baron, jap. Premierminister 344
Hilger, Gustav, dt. Diplomat 376 f.
Hindenburg, Paul von, Feldmarschall, Reichspräsident 96ff., 124f., 130, 158
Hitler, Adolf, Reichskanzler des Deutschen Reiches, von Seite 8 bis 502
Hoare, Sir Samuel, brit. Minister 365

Hodscha, Milan, tschech. Ministerpräsident 208
Hoggan, David L., amerik. Geschichtsprofessor 153,157,170,216,307,316,325,334,337, 431, 473
Hopkins, Harry, Sonderbeauftragter Roosevelts 337
Horkheimer, Max, dt. Soziologe, mit Adorno Begr. der „Frankf. Schule" 16
House, Edward Mandel, engster Mitarb. des amerik. Präs. Wilson 83 f.
Howald, brit. Diplomat 115
Hugenberg, Wilhelm 125
Hughes, E., brit. Schriftsteller 162, 365, 491
Hull, Cordell, amerik. Außenminister 339
Huntzinger, Charles, frz. General 464 ff.

Innitzer, Theodor, dt.-österr. Theologe 185
Ingr, Sergej., sowj. General 234
Iswolski, Alexander Petrowich, zaristischer Außenminister 47ff., 53

Jacobsen, Hans-Adolf, histor. Schriftsteller 479
Jagow von, dt. Staatssekretär 60
Jedrzejewicz, Bruder des ehem. poln. Ministerpräsidenten 329 f.
Jodl, Alfred, Generaloberst 160,181, 467 ff. '
Jungbluth, belg. Generalstabschef 71

Kaas, Prälat, Zentrum-Politiker 126
Kaganowitsch, Lasar Moissejewitsch, Jude, sowj. Politiker 187, 381
Karl L (der Große), König der Franken (742-814) 169,171
Karl I., König von England 135
Karl n., Sohn Karl 1.138 ff.
Karl Martell („Der Hammer"), fränk. Majordomus 172
Kautzki, Karl, österr. Sozialdemokr. Parteitheoretiker 20, 86 ff.
Keitel, Wilhelm, Feldmarschall 403, 412
Kempner, Robert, Max, Wassilij, Jude, Chefankläger IMT Nürnberg 117
Kennedy, John F., amerik. Präsident
Kennedy, Joseph Patrick (Joe), Vater von John F., amerik. Botschafter i. London 10, 336
Kennard, amerik. Botschafter 325f., 418, 432ff., 438, 451
Kesselring, Albert, Feldmarschall 386
King-Hall, Stephen 458
Kirkpatrik, Sir Ivon, brit. Diplomat 418, 430, 459
Klarsfeld, Beate, „Ohrfeigen-Beate" 196
Klein, Burten 362
Kleist-Schmenzin, Ewald von 415, 435ff., 449
Kneesah, J. W., brit. Labour-Abgeordn. 115
Kordt, Dr. Erich, Legationsrat 237
Kordt, Theo, Botschaftsrat 237
Krawzow, W. M. sowj. Schriftsteller 484
Kreisky, Bruno, Jude, SPÖ-Poütiker, dt.-österr. Bundeskanzler 185

Lansing, amerik. Staatssekretär 81,112,116f.
Lascelles, Frank, brit. Botschafter 53 f.
Lee, Gvil Lord, brit. Admiralität 33, 58
Lenin, Wladimir Iljitsch, erster Machthaber der SU 380, 472
Leopold II., König der Belgier 69
Lichnowski, Fürst Max von, dt. Botschafter i. London (1912-14) 39

Liebknecht, Karl, Jude, Gründer des kommun. Spartakusbundes 119,122
Lindemann (Lord Cherwall), Jude, Urheber des Flächenbombardements auf deutsche Städte 156
Lindsay, Sir Ronald, brit. Botschafter 337
Lippmann, Walter, US-Politiker u. Journalist 396
Lipski, Joseph, poln. Botschafter in Berlin 320, 332, 416, 432ff., 445f., 447, 449, 450
Litwinow, Walach-Finkelstein, Maxim, Jude, sowj. Politiker 200, 376f., 379
Lloyd George, David, brit. Politiker 10, 30, 59, 72, 83f., 97,109, 112ff., 116, 152, 491
Ludendorff, Erich, dt. Feldherr und Volksaufklärer 74
Ludwig, Emil, Schriftsteller 16,140
Ludwig XVm., frz. König 138
Lüdde-Neurath, Adjutant von Großadmiral Dönitz 469
Lukasiewicz, poln. Botschafter 221 f., 325, 409, 431 f.
Luther, Martin, dt. Reformator 15
Luther, Dr. Hans, Reichskanzler 92
Lutz, H., dt. Schriftsteller 116
Luxemburg, Rosa, marxistische Sozialdemokr., jüdisch-polnischer Abstammung 119,122

Mackensen von, dt. Botschafter 407
Maier-Dorn, Emil, dt. Historiker u. polit Schriftsteller 8
Maisky, Iwan M., sowj. Botschafter 199, 207, 374, 378, 399
Manstein, Erich von (von Lewinski), Feldmarschall 182, 413
Marcuse, Herbert, dt.-amerik. Soziologe 16
Markow, sowj. General 485
Masaryk, Tomas Garrigue, tschechosl. Politiker 232 ff., 234
Marx, Wilhelm, Zentrumspolitiker und ehem. Reichskanzler 92 ff., 95
Matny, A., tscEech. Botschafter 216, 226
Max, Prinz von Baden (der „Rote Prinz"), letzt. Kanzler d. Kaiserreichs 82
Meißner, Otto, Staatssekretär 161, 223
Merekalow, Alexey, sowj. Botschafter i. Berlin 379
Metternich, Fürst von 171
Mischke, F. O., tschech. Historiker 188
Molotow, W. M. sowj. Außenkommissar 379 ff., 476
Moltke, Graf Helmuth von, preußischer Heeresreformer 68
Montefiore, Moses, Oberst. Zivilbeamter d. City of London 15,140
Montgelas, Graf von 20
Morgan, jüd.-amerik. Bankier 129
Morgenthau, Henry jr., jüd.-amerik. US-Politiker 360
Morozow, Michael 376 ff.
Moscicki, poln. Staatspräsident 439, 454
Mosley, Oswald, Führer der brit. Nationalisten 133
Müller, Dr. Hermann, SPD-Reichskanzler 49, 97,123
Münster, Graf von, dt. Botschafter 26
Murphy, Robert, amerik. Botschafter 234
Mussert, Anton Adriaan, Führer der niederl. Nationalisten 133
Mussolini, Benito, Duce, Führer der Faschisten, ital. Ministerpräsident 181,210,226,345, 404f.-407f., 412f., 439, 448f., 453, 457

Napoleon, Kaiser der Franzosen 45, 107,137 ff., 322, 464, 478
Nedovesow, A. J. 196
Newton, Basil, brit. Gesandter in Prag 207, 222
Nicoll, P. H., brit. Historiker 225, 235, 313, 363, 367

Niemöller, Martin, protestant. Geistlicher 126
Nikolaus H., Zar von Rußland 23, 80
Nid, Francesco, ital. Ministerpräsident 116f.
Northcliff, Alfred, Lord, Leiter des engl. Pressewesens 14
Noske, Wilhelm, Reichswehrminister 122 f.
Nye, amerik. Senator 336
Nys, Ernst, belg. Rechtsgelehrter 68

Ogilvi-Forbes, brit. Politiker 445
Orlando, ital. Regierungschef 112,113

Paderewski, Ignacy Jan, poln. Pianist und ehem. Staatspräsident 295
Paleologue, Maurice, frz. Botschafter in Petersburg 23
Palmerstone, John Temple, Lord, brit. Premierminister 68
Papen, Franz von, dt. Reichskanzler 124, 176 f.
Platanowa, Pawlenkow, Parotkina russ. Historiker 158, 479
Pétain, Philipp, frz. Marschall 465 f.
Philipps, Sir Erik, brit. Botschafter 410 ff.
Pieck, Wilhelm, KPD-Politiker 381
Pilsudski, Joseph, poln. Marschall und Staatspräsident 133,153f. 187,268,271,294f., 303
Pius IX., Papst 15
Pius XII., Eugenio Pacelli 127
Pohl, Oswald, SS-Hauptamt 140 ,
Poincaré, Raymond, frz. Staatspräsident 17, 23, 46-48, 54 ff., 85, 97
Potocki, Jerzy, Graf, poln. Botschafter 9, 341f., 343f., 365f.

Äaczynski, poln. Botschafter 329, 343 f., 417
Raeder, Erich, dt. Großadmiral 155 ff.
Rathenau, Walter, Jude, Außenminister in der Weimarer Republik 117
Reichenau, Walter von, Generalfeldmarschall 161
Renner, Karl, dt.-österr. Bundeskanzler 102,173 ff., 185
Reuter, Admirai von, (Versenkt die dt. Flotte vor Scapa Flow) 104
Revage, Eli (Schriftstellername), Jude, Schriftsteller 117
Reventlow, Graf von, dt. Politiker 43
Ribbentrop, Joachim von, Reichsaußenminister im III. Reich 182,237,294, 302, 314, 316, 321 ff., 377, 383, 388, 408f., 418, 423, 428, 430, 437f., 441ff., 443f„ 445f„ 450ff., 456, 459, 476, 487
Rivier, belg. Rechtsgelehrter 69
Roberts, Lord, brit. Feldmarschall 61 f., 69
Robespierre, Maximilian, frz. Revolutionär 134, 138
Rockefeiler H., John D., Wallstreet-Banker 129
Roosevelt, Delano, amerik. Präsident, Hochgradfreimaurer, 11, 135, 137, 148, 163, 202, 205ff„ 210f., 215,229,233,245,274ff., 311,313ff., 320,325ff., 333ff., 360,367f„ 373ff., 386f., 430ff., 438f., 448, 452, 463, 473, 494, 501
Rooster, Dr. Conrad, dt.-österr. Historiker 7, 8, 14
Roth, Armin, dt. Schriftsteller 16
Rothermere, Harold Sidney, Viscount, Jude, brit. Minister 15, 187
Runciman, Walter, Lord, brit. Politiker 197 f., 199, 203, 237 f., 238
Rundstedt, Gerd von, Generalfeldmarschall 436, 475 f.
Rydz-Smigly, Eduard, poln. Marschall 352, 454

Salisbury, Lord, Robert, brit. Ministerpräsident 68
Sasonow, Sergej Dimitrij, russ. Außenminister 43, 47, 56, 75
Salazar, Antonio de Oliveira, portug. Nationalökonom 133
Schacht, Dr. Hjalmar, Freimaurer, ehem. Reichsbankpräsident 143, 165
Scheidemann, Philipp, SPD-Politiker 82, 90, 120
Schlabrendorff, Fabian von, Umerzieher u. Widerständer 474
Schlageter, Leo 105
Schleicher, Kurt von, dt. General und ehem. Reichskanzler 124, 309
Schmidt, Guido, dt.-österr. Außenminister 177,179
Schmidt, Helmut, SPD-Politiker, ehem. Bundeskanzler der BRD 201, 295f., 299, 317f.
Schulenburg, Graf Fritz Dietloff von der, Widerständler, dt. Botschafter in Moskau 380, 474
Schuschnigg, Kurt von, dt.-österr. Bundeskanzler 175ff., 178-181 f.
Schwerin-Krosigk, Lutz von, Graf, dt. Reichsminister 467
Seeger, Wolfgang, polit. Schriftsteller 16
Sekistow, W. A., russ. Militärschriftsteller 162
Seyß-Inquart, Dr. Arthur, dt.-österr. Minister 177
Shepard, brit. Generalkonsul i. Danzig 355
Showcross, Sir Hartley, Ankläger im IMT Nürnberg 11
Skobolow, Victor, russ. General 34
Solf, Dr., Freimaurer, Staatssekretär im AA 82f.
Solonji, jap. Regierungschef 112
Spaight, J. M,, 1. Staatssekretär i. brit. Luftfahrtminist. . 157
Stalin, J. W., sowj. Diktator 121,187,196, 202, 220, 337, 366f., 374, 376f.-379f., 380ff., 386ff., 392f., 394ff., 399, 439, 454, 472ff.
Straaten, Graf von, Direktor d. belg. Außenminist. 71
Strauß, F. J., CSU-Politiker, bayer. Ministerpräsident 372
Stresemann, Gustav, Freimaurer, Reichsaußenminister u. ehem. Reichskanzler 92f., 95f., 97, 126, 231, 299
Sündermann, Helmut, dt. Historiker und polit. Schriftsteller 181
Swinderen van, niedl. Gesandte 115
Szembek, Graf von, poln. Botschafter 9, 299, 344ff., 351, 431

Tardieu, André, frz. Journalist und Minister 45 f.
Taylor! A. J. P., brit. Historiker 156,159,181,190, 203, 215 ff., 225, 302, 308, 414, 488
Thatcher, Margaret Hilda, brit. Premierministerin 488
Tilea, Virgil, rum. Gesandter 363 f.
Tirpitz, Alfred, kaiserl. Großadmiral 58f., 62ff., 73, 86
Tiso, Josef, slow. Ministerpräsident 221
Tito (Brodz), Josip, jugosl. Partisan und KP-Diktator 50
Truman, Harry S., Hochgradfreimaurer, amerik. Präsident 430, 463
Tuka, Vojtech, Prof. der Rechtswissenschaft, Führer der Slowaken 220 f.

Valera, Eamon de, irischer Staatspräsident 284
Vansittart, Lord, Robert Gilbert jude, einflußr. Publizist und brit. Politiker 193,198 f., 238, 311, 360, 363, 418, 430f., 487f.

Walendy, Udo, Dipl.-Polit., dt. Historiker, Publizist u. Schriftsteller 168, 349, 383, 400, 418, 432
Wehner, Herbert, SPD-Politiker, ehem. Kommunist 16, 373, 396, 477
Wedemeyer, Albert, amerik. Generalstäbler 366 ff.
Weizmann, Dr. Chaim, führender Zionist 446

Weizsäcker, Ernst, Freiherr von, Widerständler, Staatssekretär i. AA 236ff., 238, 314f., 320, 328, 345, 354, 379, 434ff„ 447ff.
Weizsäcker, Richard, Freiherr von, Sohn von E. v. W., Bundespräsident 8
Wels, Otto, SPD-Politiker 126 ff.
Wheeler, Bennett, brit. Historiker 24
Whitmann, Sidney 18
Wilhelm IL, dt. Kaiser (1859-1941) 13, 22, 37f., 40, 50, 55f., 86, 109
Wilmont, ehester, brit. Rundfunkkommentator 476
Wilson, Woodrow, Hochgradfreimaurer, amerik. Präsident 80f., 83ff., 101, 105, 112, 113 f.-116, 300, 302, 316 f., 424, 491, 493
Wilson, Sir Horace, brit. Politiker 449, 459
Wirth, Dr. Josef, dt. Zentrumspolitiker u. ehem. Reichskanzler 97, 309
Witzleben, Erwin von, Widerständler, Generalfeldmarschall 237
Wlassow, A. A., russ. General 485
Worowbiew, F. D., sowj. Schriftsteller 484

Zentner, K., Herausgeber u. Schriftsteller 180, 194, 215, 222, 323
Zetkin, Klara, kommunist. Reichstagsabgeordnete 381
Ziegler, Hans Severus, nationals. Kulturfunktionär u. Theaterintend. 474

Quellenverzeichnis

Aigner, Dietrich, „Das Ringen um England", München 1969
Aigner, Dietrich, „Winston Churchill", München 1975

Bakex, R. S. „Woodrov Wilson and World Settlement", Bd. II, 1923-1924
Balzer, Karl, „Verschwörung gegen Deutschland", Preuß. Oldendorf 1978
Balzer, Karl, „Am Pranger der Nation", Preuß. Oldendorf 1988
Barnes, Harry Elmer, „Entlarvte Heuchelei", Wiesbaden 1961
Bauer, Otto, „Rede vor der Österreichischen Nationalversammlung" vom 7. Juni 1919
Benoist-Mechin, J., „Wollte Adolf Hitler den Krieg 1939 ?" Preuß. Oldendorf 1971
Blaubuch der Britischen Regierung, Nr. 37,100,105
Bonnet, Georges, „Vor Katastrophe", Köln 1951
Bullok, Allan, „Hitler and the Origins of the Second World War", London 1967
Burckhardt, C. I., „Meine Danziger Mission", München 1960

„Ceuvre" vom 16. Juli 1915
„Ceuvre" vom 9. August 1916
Churchill, Winston, „Ins Gefecht", Reden 1938-1940
Churchill, Winston, „Der Zweite Weltkrieg", Bern 1948
Churchill, Winston, „Der Zweite Weltkrieg", Bd. 1-6. Der Sturm zieht auf, Lizenzausgabe Scherz & Govern 1954-1959
Colvin, Jan, „Vansittart in Office", London 1965

Dahlems, Birger, „Der letzte Versuch London Berlin Sommer 1939", München 1948
„DBFP"-Dokumente 1919-1939
„Deutscher Anzeiger", München vom 14.9.1979
„Deutscher Anzeiger", München vom 16.11.1979
„Deutsches Weißbuch", Nr. 3, Dok. Nr. 6
„Deutsches Weißbuch", Nr. 2
„Deutsches Weißbuch", Nr. 3 - Potocki Bericht nach Warschau
„Deutsches Weißbuch", Nr. 208
„Die Welt", Hamburg vom 11.12.1958 - Interview mit Walter Lippmann
„Die Welt am Sonntag", Hamburg vom 4.11.1979
„Der Spiegel", Hamburg, Nr. 47/1962

Duff Cooper, Norvich, „Das läßt sich nicht vergessen", München 1954

„Echo de Paris", 1912
Eden, Anthony, „Facing the Dictators", London 1962

Fabri, Phillipp, W., „Die Sowjetunion und das Dritte Reich", Stuttgart 1972
Fabri, Phillipp, W., „Der Hitler-Stalin Pakt", Darmstadt 1962
„Französisches Gelbbuch", Nr. 42,175, 285, 287, 291, 293
Feiling, Keith, „The Life of Neville Chamberlain", London 1946
„France Militaire", Frühjahr 1914
Freund, Michael, „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten", 2. Auflage, Bandii, 1954-1959
Fuller, J. F. C, „The second War", dt. Eine Darstellung einer Strategie und Taktik, Wien-Stuttgart 1950
Francois-Poncet, André „Als Botschafter in Berlin", Mainz 1942

„Gazeta Gdansk" vom 9.10.1923
Grimm, Hans, „Warum, woher, wohin ?", 4. Auflage, Lippoldsberg 1954
Görlitz, Walter, „Generalfeldmarschall Keitel - Verbrecher oder Offizier", Göttingen 1961

Härtle, Heinrich, „Die Kriegsschuld der Sieger", Göttingen 1966
Hedin, Sven, „Amerika im Kampf der Kontinente", Leipzig 1942
Henderson, Neville, „Failure of a Mission", Berlin 1937-39, London 1940
Henning, Wolf gang, „Zeitgeschichte in Zitaten", Berg/Starnberger See 1977
Heise, Karl, „Die Entente-Freimaurerei und der Weltkrieg", Basel 1919
Hermann, Fritz, „Ein Schwarzbuch des XX. Jahrhunderts", 1956
Hilger, Gustav, „Wir und der Kreml", Frankfurt 1955
Hoggan, David L., „Der unnötige Krieg", Tübingen 1974
Hoggan, David L., „Der erzwungene Krieg", Grabert-Tübingen 1961
Höltje, Christian, „Die Weimarer Republik und das Ostiocarno - Problem 1919-1934", Würzburg 1958
Hughes, E., „Churchill - Ein Mann in seinem Widerspruch", Tübingen 1959

I. M. T., Der Prozeß vor dem intemat. Militärgerichtshof Nürnberg.

Jaksch, Wenzel, „Europas Weg nach Potsdam", Stuttgart 1958

Kautzky, Karl, Graf Montgelas, Schücking, W., „Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch 1914", Bd. 1-4, 1919
Kern, Erich/Balzer, Karl, „Alliierte Verbrechen an Deutschland", Preuß. Oldendorf 1980
Kleist, Peter, „Die europäische Tragödie", Göttingen 1961
Kordt, Erich, „Nicht aus den Akten", Stuttgart 1950

Laeuen, Harald, „Die Polnische Tragödie", Stuttgart 1955
Lenz, Friedrich, „Zauber um Dr. Schacht", Heidelberg 1954

Maisky, Iwan, M., „Wer half Hitler?" - Deutsch von E. Margolis, Moskau 1965
Maier-Dorn, Emil, „Zu v. Weizsäckers Ansprache vom 8. Mai 1985", Großaitingen 1985
Manstein, von, Erich, „Verlorene Siege", Bonn 1955

Nedoresow, „ Die nationale Befreiungsbewegung in der Tschechoslowakei", 1957
Nicoll, P. H., „Englands Krieg gegen Deutschland", Tübingen 1963

Papen, von, Franz, „Der Wahrheit eine Gasse", München 1952
Pawlenko, Platanowa, „Der Zweite Weltkrieg" keine Angaben.

Rabl, K., „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker", München 1963
Raeder, Erich, „Mein Leben", Bd. 1+2 Tübingen 1956/57
Bd. 1 Bis zum Flottenabkommen mit England 1935
Bd. 2 Von 1935 bis Spandau 1955, 1957.
Rothermere, Garold, S., Viscount, „Warnungen und Prophezeiungen", Zürich 1939
Rönnefahrt, Helmut, „Die Sudetenkrise und die internationale Politik", Wiesbaden 1961
Ribbentrop, von.Joachim, „Zwischen London und Moskau", Leoni/Starnberger See 1953
Ribbentrop, von, Anneliese, „Verschwörung gegen den Frieden", Leoni/Starnberger See 1962
Ribbentrop, von, Anneliese, „Die Kriegsschuld des Widerstandes", Leoni/Starnberger See 1974
Ribbentrop, von, Anneliese, „Deutsch-englische Geheimverbindungen", Tübingen 1967
Rooster, Conrad, „Der Lügenkreis", Beerfelden-Hetzbach 1976

„Saturday Review", London vom 11.9.1897
Schlabrendorff, von, Fabian, „Offiziere gegen Hitler", Zürich 1946
Schmidt, Paul, „Statist auf diplomatischer Bühne", Bonn 1949
„Scotsman", vom 27. Februar 1915
Seraphim, H. G., „Die deutsch-russischen Beziehungen", Göttingen 1949
Sherwoos, R. E., „Roosevelt and Hopkins, an intimate history", New York 1948

Taylor, A. J. P.I., „The Origens of the second World War" (Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges), Gütersloh 1962
„The Century Magazine", Nr. 3 vom Januar 1928
„The Times", London, vom 7.9.1938

Walendy, Udo, „Wahrheit für Deutschland", Vlotho 1964
Wedemeyer, Albert C., „Der verwaltete Krieg", Gütersloh 1958
„Weißbuch der polnischen Regierung", Nr. 78, Nr. 82 - 1940
v. Weizsäcker, Ernst, „Erinnerungen", München 1950
Worobiew, F. D. und Krawzow, W. M., „Der große Vaterländische Krieg", russ. Moskau 1961

Zentner, K., „Illustrierte Geschichte des 2. Weltkrieges", München 1964